

274  
75-114

*Boston Athenaeum*

*From the  
Bowditch*

**CANCELLED**

*Received Aug. 20, 1889.*

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE  
LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM.

“If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matter shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set.”



Digitized by the Internet Archive  
in 2010 with funding from  
University of Florida, George A. Smathers Libraries

<http://www.archive.org/details/staatsarchiv48inst>

UNIVERSITY  
OF FLORIDA  
LIBRARIES





*Handwritten notes in the top left corner:*  
Herausg. von Prof.  
Hof. Rat. Dr. Aegidi  
Direktor des Arch.  
Prof.

# Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

**Aegidi und Klauhold.**

Herausgegeben

von

**Hans Delbrück.**

**Achtundvierzigster Band.**



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1889.

30408  
2475  
v.48



1911  
v.48

## Inhaltsverzeichniss.

### Batum.

1886.	Juli	3.	Russland. Notiz an die Signatarmächte des Berliner Vertrages. Darlegung der Unzuträglichkeiten, welche die Freihafenstellung Batums für die Stadt, die Umgebung und den russischen Staat gehabt hat, und Anzeige der beabsichtigten Schliessung des Freihafens .	9476.
„	„	3.	England. Min. d. Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Berichtet über die von ihm erhobenen Einwände gegen die Berechtigung Russlands, den Freihafen von Batum zu schliessen, bei Anzeige dieser Absicht durch den russischen Botschafter . . . . .	9477.
„	„	13.	— Min. d. Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Erklärt die Aufhebung des Freihafens von Batum als eine Verletzung des Berliner Vertrages: England könne im Interesse der Unverletzlichkeit internationaler Abmachungen daher das russische Verfahren nicht anerkennen, noch darein willigen . . . . .	9478.
„	„	22.	Russland. Min. d. Ausw. an den Botschafter in London. Antwort auf die englischen Vorstellungen. Giers erklärt die Batumangelegenheit lediglich für eine innere Angelegenheit Russlands und hält seine Ansicht, dass die Errichtung des Freihafens aus freiwilligem Entschlusse des Czaren Alexander II. hervorgegangen und keine vertragsmässige Verpflichtung Russlands sei, aufrecht . . . . .	9479.

### Birma und Tibet.

1886.	Juli	24.	England und China. Vertrag über die Herrschaft Englands in Birma und den Handel an den Grenzen von Birma und China und von Indien und Tibet . . . . .	9487.
-------	------	-----	---	-------

### Bulgarische Revolution. (Vgl. Bd. 47.)

1886.	Oct.	18.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Die Sobranje wird nur die Fürstenwahl vornehmen; lehnt der Gewählte ab, so werden die Bulgaren den Fürsten Alexander zurückrufen . . . . .	9413.
„	„	19.	— Min. d. Ausw. an den Vertreter in Sophia. Instruction. . . . .	9414.
„	„	19.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Gadban Effendi unterstützt die russische Forderung betreffs Verschiebung der Sobranje und erklärt, dass zwischen Russland und der Türkei ein Einverständniss betr. der bulgarischen Frage erzielt sei . . . . .	9415.

1886.	Oct.	19.	Russland. Ausserordentl. Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. d. Ausw. Beschwerde über angeblich von der bulg. Regierung während seiner Reise und von der Regierungspartei im Lande begangene Ausschreitungen.	9416.
„	„	19.	Italien. Min. d. Ausw. an den Vertreter in Sophia. Instruction . . . . .	9417.
„	„	20.	Russland. Vertreter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Erhebt erneute Beschwerden über die angeblich von der Regierung ausgeübten Bedrückungen der Oppositionspartei . . . . .	9418.
„	„	21.	England. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Es erscheint unvortheilhaft, dass Lascelles allein von den Vertretern der Grossmächte nach Tirnowa reise.	9419.
„	„	22.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Wünscht lieber selbst nach Tirnowa zu gehen, als durch einen Sekretär vertreten zu sein . . . . .	9420.
„	„	22.	Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. Zeigt an, dass die grosse Sobranje sofort nach ihrem Zusammentritte in Tirnowa zur Fürstenwahl schreiten werde . . . . .	9421.
„	„	22.	— Min. d. Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. Antwort auf das Beschwerdetelegramm des Generals Kaulbars aus Rutschuk . . . . .	9422.
„	„	22.	— Min. des Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. Ersucht um Angabe besonderer Fälle anstatt genereller Beschwerden über angebliche Bedrückungen der Oppositionspartei durch die bulg. Regierung und ihre Anhänger . . . . .	9423.
„	„	22.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Kaulbars will hinfort die bulg. Regierung ignoriren; Besorgniss, das Ministerium werde dem russ. Drucke vielleicht erliegen . . . . .	9424.
„	„	23.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Aeusserungen Gadban Effendi's über den Zweck seiner Mission, Kaulbars' über das Ergebniss seiner Reise . . . . .	9425.
„	„	24.	Russland. Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. Erklärt die von den bulg. Regenten einberufene Sobranje und alle von derselben in Zukunft gefassten Beschlüsse für ungesetzlich . . . . .	9426.
„	„	25.	— Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. Erklärt die Unmöglichkeit für Russland, im Falle eines summarischen Verfahrens der bulgarischen Regenten gegen die wegen der Verschwörung gegen den Fürsten verhafteten Officiere seine Zurückhaltung weiter zu beobachten, und ersucht die Grossmächte um ihre Mitwirkung zur Verhinderung dieses äussersten Schrittes . . . . .	9427.
„	„	25.	England. Vertreter in Constantinopel an den Min. des Ausw. Die Pforte bestreitet die Nothwendigkeit der Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna . . . . .	9428.
„	„	25.	Serbien und Bulgarien. Vertrag über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten und die Beilegung der schwebenden Streitigkeiten . . . . .	9429.
„	„	26.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Anfrage, ob die verbrannte Fahne des Strumski-Regimentes die von der Stadt Samara einst einer Druschina bulgarischer Freiwilliger geschenkt ist . . . . .	9430.
„	„	26.	Italien. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Seine Antwort auf die russische Erklärung; Instruction . . . . .	9431.
„	„	27.	— Min. des Ausw. an den Botschafter in Wien. Antwort Kalnokys auf die russische Anzeige der Nichtanerkennung der Sobranje und Zustimmung Robilants zu derselben . . . . .	9432.

1886.	Oct.	27.	England. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Wünscht genaue Auskunft über den Stand der Dinge in Varna . . . . .	9433.
"	"	27.	— Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. Russland bezeichnet als Zweck der Entsendung von Kriegsschiffen nach Varna allein den Schutz seiner Unterthanen; die Pforte wird keine Kriegsschiffe dahin schicken . . . . .	9434.
"	"	27.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Erklärt den Grund der Ankunft der russischen Kriegsschiffe vor Varna . . . . .	9435.
"	"	28.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Ueber Sophia ist der Belagerungszustand verhängt; Karaweloff hat die Unterzeichnung dieses Beschlusses verweigert . . . . .	9436.
"	"	28.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Ersucht um sofortige Freilassung der wegen Theilnahme am Staatsstreiche verhafteten Officiere . . . . .	9437.
"	"	28.	Türkei. Der Grossvezier an den türk. Vertreter in Sophia. Beauftragt ihn, auf die Aufschiebung des Verfahrens gegen die Verschwörer bei der bulgarischen Regentenschaft hinzuwirken . . . . .	9438.
"	"	28.	Russland. Min. des Ausw. an den Botschafter in London. Theilt die von Kaulbars gemeldeten Gewaltthaten der bulgarischen Behörde in Dubnitsa mit . . . . .	9439.
"	"	28.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Meldet die Forderungen und Drohungen des russischen Consuls in Varna . . . . .	9440.
"	"	29.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Antwort auf die Freilassung der verhafteten Verschwörer . . . . .	9441.
"	"	29.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Russland erklärt die Einsetzung eines Fürsten in Bulgarien für nöthig, schlägt aber keinen Kandidaten vor . . . . .	9442.
"	"	29.	— Vertreter in Belgrad an den Min. des Ausw. Stransky ist als ständiger Vertreter Bulgariens in Sophia angenommen worden . . . . .	9443.
"	"	30.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Erwartet binnen 3 Tagen wirksame Maassregeln zur Einstellung der Gewaltthaten gegen die unter russischem Schutze stehenden Personen, widrigenfalls er mit dem gesammten russischen Vertreterpersonal das Land verlassen wird . . . . .	9444.
"	"	30.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Vertreter in Sophia. Ubersendet einen Erlass des bulgarischen Ministers des Innern an die Behörden betreffs des Schutzes der unter russischer Protektion stehenden Personen und ersucht um Mittheilung der speciellen Fälle von Vergewaltigung derselben . . . . .	9445.
"	"	30.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Lehnt die gewünschten Unterweisungen ab und erklärt, bei der ersten Nachricht eines irgendwo vorgefallenen Gewaltaktes abzureisen . . . . .	9446.
"	"	31.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Der Befehl zur Freilassung der verhafteten Officiere ist gegeben worden . . . . .	9447.
"	"	31.	— Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Zeigt die Freilassung der verhafteten Verschwörer an . . . . .	9448.

1886.	Oct.	31.	Bulgarien. Botschaft der Regenten an die grosse Sobranje bei deren Eröffnung in Tirnowa . . . . .	9449.
"	"	31.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Erklärt die von Kaulbars gemeldeten Gewaltthaten der bulgarischen Behörden in Dubnitza für unrichtig und übertrieben . . . . .	9450.
"	Novbr.	1.	— Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. Auslassungen Giers' über die Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna und das von Kaulbars der bulgarischen Regierung gestellte Ultimatum . . . . .	9451.
"	"	2.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Berichtet über russische Ausschreitungen in Varna . . . . .	9452.
"	"	3.	— Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. Berichtet über eine Unterredung mit Giers, betreffend die angekündigte Abreise des Generals Kaulbars und die Neuwahl eines Fürsten in Bulgarien . . . . .	9453.
"	"	5.	— Consulssekretär Graves in Tirnowa an den Min. des Ausw. Berichtet über einen Aufstand in Burgas . . . . .	9454.
"	"	6.	Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Mächte in Sophia. Ersucht um möglichst schleunige Namhaftmachung eines Candidaten für den bulg. Fürstenthron. . . . .	9455.
"	"	7.	Italien. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Antwort Italiens auf das bulg. Circular betr. Namhaftmachung eines Throncandidaten . . . . .	9456.
"	"	8.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Fordert sofortige Annahme der chiffirten Depeschen des russ. Consuls in Burgas durch das Telegraphenam . . . . .	9457.
"	"	9.	England. Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. Der russische Viceconsul in Burgas hat die Auslieferung Nabokoffs gefordert . . . . .	9458.
"	"	10.	Bulgarien. Die Regenten und Minister an den Prinzen Waldemar von Dänemark. Anzeige der auf ihn gefallenen Wahl zum Fürsten von Bulgarien . . . . .	9459.
"	"	10.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Meldet den Rücktritt Karaweloffs von der Regentschaft. . . . .	9460.
"	"	10.	Italien. Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Oesterreichische Vorstellungen bei Russland und deren Beschwichtigung durch Giers; Russland wird bald einen Throncandidaten vorschlagen . . . . .	9461.
"	"	11.	— Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Russischer und italienischer Standpunkt gegenüber der bulg. Sobranje . . . . .	9462.
"	"	11.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Macht die bulgarische Regierung auf die grausame Behandlung der Aufständischen in Dubnitza und Burgas aufmerksam . . . . .	9463.
"	"	12.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russ. ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Berichtet über die Freilassung der bei dem Aufstande in Burgas verhafteten russischen Offiziere . . . . .	9464.
"	"	12.	— Min. des Ausw. an den russ. ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Weist die Beschwerde über schlechte Behandlung der in Burgas und Dubnitza gefangenen Anführer als unbegründet zurück . . . . .	9465.
"	"	12.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in Rom. Bericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter über die Throncandidatur des Fürsten von Mingrelien . . . . .	9466.
"	"	13.	Italien. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Meldet die ablehnende Antwort des Königs von Dänemark, die Ergänzung der Regentschaft, die Abordnung einer bulg. Deputation an die Grossmächte und die Vertagung der Sobranje . . . . .	9467.

1886.	Novbr.	14.	Italien. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Kaulbars fordert von der bulg. Regierung unter Androhung des Abbruchs der Beziehungen die Absetzung der Behörden in Philippopol . . . . .	9468.
„	„	18.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Erklärung des Generals Kaulbars an die bulg. Regierung über den Abbruch der Beziehungen zu ihr und seine Abreise mit der gesammten russ. Vertretung . . . . .	9469.
„	„	18.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Kaulbars hat den von Natschewitsch erbetenen Aufschub der Ultimatumfrist abgelehnt . . . . .	9470.
„	„	19.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in Constantinopel. Stellung Englands zur bulg. Fürstenthumsfrage . . . . .	9471.
„	„	20.	Italien. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Bericht über Kaulbars' Abreise . . . . .	9472.
„	„	23.	Russland. Min. des Ausw. an den Botschafter in London. Exposé über die Ziele und den Erfolg der Sendung des Generals Kaulbars . . . . .	9473.
„	Dec.	3.	Türkei. Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. Erklärt sich für die Wahl des Fürsten von Mingrelien und ersucht die Mächte, diese Candidatur zu unterstützen . . . . .	9474.
„	„	8.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Standpunkt Englands zur gegenwärtigen Lage in Bulgarien . . . . .	9475.

**Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle.** (Vgl. Bd. 47 u. vorg.)

1847.	Juni	19.	Grossbritannien-Frankreich. Vertrag in Bezug auf die Unabhängigkeit der Inseln Huahine, Raiatea und Borabora. . . . .	9598.
1881.	Mai	23.	Deutschland. Abkommen zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn wegen Verlängerung des Handelsvertrages vom 23. Mai 1881 . . . . .	9580.
1886.	Juli	3.	— Vertrag zwischen dem Reich und Serbien, betr. den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle . . . . .	9577.
„	„	24.	England und China. Vertrag über die Herrschaft Englands in Birma und den Handel an den Grenzen von Birma und China und von Indien und Tibet. . . . .	9487.
„	Dec.	24.	Centralamerika. Schiedsrichterspruch des Präsidenten der Verein. Staaten zwischen den Republiken Costa Rica und Nicaragua, betr. den Grenzfluss San Juan. . . . .	9582.
1887.	Juli	21.	Deutschland. Meistbegünstigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Paraguay . . . . .	9578.
„	Sept	20.	— Freundschafts, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Guatemala . . . . .	9579.
„	Novbr.	16.	Frankreich und Grossbritannien. Vertrag betr. die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln . . . . .	9630.
„	„	16.	Niederlande. Internationaler Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See . . . . .	9581.

**Deutsch-österreichisches Bündniss 1879.**

1879.	Oct.	7.	Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn. Veröffentlichung im deutschen Reichsanzeiger, der Wiener Abendpost und dem Pester Lloyd vom 3. Februar 1888 . . . . .	9539.
-------	------	----	---	-------

**Das deutsch-österreichische Bündniss und Russland.**

1887.	April	20.	Deutschland. Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. April 1887 . . . . .	9540.
-------	-------	-----	---	-------

1887.	April	27.	Deutschland, Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 27. April 1887 . . . . .	9541.
„	„	28.	— Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 28. April 1887 . . . . .	9542.
„	„	30.	Oesterreich-Ungarn, Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. Mai 1887. . . . .	9543.
„	Mai	2.	Deutschland, Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. Mai 1887 . . . . .	9544.
„	„	3.	— Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ v. 3. Mai 1887. . . . .	9545.
„	„	5.	— Antwort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 5. Mai 1887 auf den Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. d. M. . . . .	9546.
„	„	6.	— Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ v. 6. Mai 1887. . . . .	9547.
„	„	7.	— Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Mai 1887 . . . . .	9548.
„	„	11.	— Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 11. Mai 1887 . . . . .	9549.
„	„	12.	Oesterreich-Ungarn, Artikel des Wiener „Fremdenblattes“ vom 12. Mai 1887 . . . . .	9550.

### Diplomatische Fälschungen.

1887.	Dec.	31.	Deutschland, Veröffentlichung im Deutschen Reichs-Anzeiger am 31. December 1887 . . . . .	9538.
-------	------	-----	---	-------

### Deutschland, Frankreich und Russland im Jahre 1875.

1887.	Mai	15.	Frankreich, General le Flo, von 1871—1879 Botschafter in St.-Petersburg: Aufzeichnungen über seine erfolgreichen Bemühungen, die Intervention des Czaren Alexander II. gegen den von Deutschland 1875 angeblich geplanten Angriff auf Frankreich zu erreichen . . . . .	9480.
„	„	22.	— Min. des Ausw. an die hervorragendsten Pariser Zeitungen. Erklärt, dass General Leflo zur Veröffentlichung der im Figaro abgedruckten Aktenstücke nicht ermächtigt war . . . . .	9481.
„	„	26.	Oesterreich-Ungarn, Mittheilung des Pester Lloyd vom 26. Mai 1887 bei Besprechung der Leflo'schen Veröffentlichung . . . . .	9482.
„	„	26.	Türkei, Officielle Kundgebung in der Constantinopler Zeitung „La Turquie“ vom 26. Mai 1887 . . . . .	9483.
„	Juni	1.	Deutschland, Mittheilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Juni 1887 . . . . .	9484.
„	„	2.	Frankreich, General Leflo an die Redaction des Figaro. Hält gegenüber dem türk. Dementi seine Auffassung der Mission des Herrn v. Radowitz aufrecht . . . . .	9485.
„	„	3.	Deutschland, Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 3. Juni 1887 . . . . .	9486.

### Deutschland und Frankreich 1887.

1887.	April	28.	Deutschland, Staatssekretär im Reichs-Amt des Ausw. Graf Herbert Bismarck an den französischen Botschafter in Berlin. Erklärung über die Gründe der Freilassung des am 20. April auf deutschem Gebiete wegen Spionage verhafteten französischen Grenzkommissars Schnäbele . . . . .	9596.
„	„	28.	— Mittheilung des Reichsjustizamts an die Norddeutsche Allg. Ztg. Amtliche Darstellung der Gründe für die Verhaftung Schnäbele's und deren Ausführung zur Berichtigung der namentlich in der französischen Presse verbreiteten falschen Berichte . . . . .	9597.



**Internationale Zuckerkonferenz in London.**

1887.	Jan.	5.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Min. des Ausw. Anfrage betr. Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz . . . . .	9551.
„	März	28.	Frankreich, Min. des Ausw. an den engl. Botschafter. Bereitwilligkeit Frankreichs zu einer internationalen Verständigung über die Zuckerfrage . . . . .	9552.
„	Juli	2.	Grossbritannien, Cirkularschreiben der Regierung an die Vertreter im Ausland. Die wichtigsten Berathungsgegenstände auf der zu berufenden Konferenz . . . . .	9553.
„	„	8.	— Botschafter in Paris an d. Min. des Ausw. Einladung zur Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz in London . . . . .	9554.
„	Sept.	16.	Frankreich, Min. des Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. Bedingte Bereiterklärung zur Antheilnahme an der Konferenz . . . . .	9555.
„	Oct.	25.	— Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger. Bereiterklärung Frankreichs zur Theilnahme a. d. Konferenz.	9556.
„	„	29.	Grossbritannien, Engl. Geschäftsträger in Paris a. d. dort. Min. des Ausw. Bestimmung des Termins d. Konferenz. Bitte um Exposé über den Stand der französischen Zuckerindustrie . . . . .	9557.
„	Nov.	16.	Frankreich, Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger. Die Vertreter der französischen Regierung auf der Konferenz . . . . .	9558.
„	„	23.	— Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London. Ueber sendung des erbetenen Exposé . . . . .	9559.
			Konferenz-Staaten, Exposés d. Mächte über ihre Zuckerpolitik . . . . .	9560.
			— Sitzungsberichte der Konferenz . . . . .	9561.
			Frankreich, Protokoll der Konferenz . . . . .	9562.
			— Entwurf einer Zuckerkonvention . . . . .	9563.
1888.	Jan.	2.	Grossbritannien, Botschafter in Paris a. d. Min. des Ausw. Interpellation über Frankreichs weitere Stellung zur Zuckerfrage . . . . .	9564.
			Russland, - Exposé Russlands über seine Zuckerpolitik . . . . .	9565.

**Die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln.**

1847.	Juni	19.	Grossbritannien-Frankreich, Vertrag in Bezug auf die Unabhängigkeit der Inseln Huahine, Raiatea u. Borabora.	9598.
1878.	Jan.	15.	Frankreich, Marquis d'Harcourt, französischer Botschafter in London an Lord Derby, Staatssekretär des Ausw. Anfrage über die Stellung der grossbrit. Regierung zur Unabhängigkeit der Neuen Hebriden . . . . .	9599.
„	Febr.	26.	Grossbritannien, Lord Derby an Marquis d'Harcourt. Bereitwilligkeit der grossbritannischen Regierung, die Unabhängigkeit der Neuen Hebriden zu erhalten . . . . .	9600.
1879.	Juli	21.	Frankreich, Min. des Ausw. Waddington an den Botschafter in London, Pothuau. Bitte um Modifikation des Vertrages von 1847 . . . . .	9601.
„	Nov.	24.	— Botschafter in London Pothuau a. d. Min. des Ausw. Waddington. Bereitwilligkeit d. grossbrit. Regierung.	9602.
1880.	Juni	28.	— Min. des Ausw. Freycinet an d. grossbrit. Botschafter in Paris Lyons. Vorläufige Ablehnung d. Schutzes . . . . .	9604.
„	Juli	26.	— Marinemin. Jauréguiberry a. d. Min. des Ausw. Freycinet. Anrufung des französischen Schutzes auf Raiatea . . . . .	9603.
„	Aug.	27.	— Vertreter d. Min. des Ausw. Jauréguiberry an d. Ges. in Paris Adams. Neue Aufforderung zur Modifikation des Vertrages von 1847 . . . . .	9605.
„	Nov.	5.	Grossbritannien, Botsch. in Paris Lyons a. d. Min. des Ausw. Saint-Hilaire. Bereitwilligkeit d. grossbrit. Regierung.	9606.

1881.	Febr.	11.	Grossbritannien. Botschafter in Paris Lyons an d. Min. des Ausw. Saint-Hilaire Stellung der grossbrit. Regierung zum franz. Protektorat auf Raiatea . . . . .	9607.
„	„	28.	Frankreich. Min. des Ausw. Saint-Hilaire. Bitte um Verlängerung des Termins zur Verständigung . . . . .	9608.
„	April	12.	Grossbritannien. Botschafter in Paris Lyons an den Min. des Ausw. Saint-Hilaire. Verlängerung des Verständigungstermins . . . . .	9609.
1885.	Juli	22.	Frankreich. Min. des Ausw. an den Botsch. in London Waddington. Forderung freien Handelns a. d. Neuen Hebriden . . . . .	9610.
1886.	April	30.	— Botschafter in London Waddington a. d. Min. d. Ausw. Freycinet. Stellung Australiens zu der Frage . . . . .	9611.
„	Juni	9.	— Min. des Ausw. an den Botsch. in London. Landung französ. Truppen auf den Neuen Hebriden . . . . .	9612.
„	„	13.	— Marinemin. Aube a. d. Gouverneur von Neu-Caledonien. Keine Okkupation der Neuen Hebriden . . . . .	9613.
„	Juli	6.	— Botsch. in London Waddington an d. Min. d. Ausw. Freycinet. Zweifel der Australier an dem Massacre auf den Neuen Hebriden . . . . .	9614.
„	„	7.	Grossbritannien. Staatssekretär des Ausw. an den franz. Botsch. Waddington. Stellung Australiens zu der Neu-Hebridenfrage . . . . .	9615.
„	„	15.	Frankreich. Min. des Ausw. an den Botsch. in London Waddington. Forderung d. Sicherstellung der Unterthanen beider Staaten . . . . .	9616.
„	Aug.	11.	— Botschafter in London a. d. Min. d. Ausw. Freycinet. Stellung d. neuen grossbrit. Staatssekretärs z. d. Frage . . . . .	9617.
„	„	26.	Grossbritannien. Staatssekretär d. Ausw. Iddesleigh a. d. Botsch. in London. Vorschlag vereinten militärischen Vorgehens . . . . .	9618.
„	Sept.	9.	Frankreich. Geschäftsträger in London a. d. Min. d. Ausw. Freycinet. Vorschlag gemeinsamer Verhandlung der Neu-Hebriden- und Tahitifrage . . . . .	9619.
„	„	12.	— Min. des Ausw. an den Geschäftsträger in London d'Aubigny. Bedingte Zustimmung zu dem Vorschlage. Grossbritannien. Grossbritannische Regierung an die französische Regierung. Vertragsprojekt . . . . .	9620.
„	„		Frankreich. Französische Regierung a. d. grossbrit. Regierung. Gegenvorschläge . . . . .	9621.
„	„		— Botschafter in London, Waddington an Lord Iddesleigh. Erläuterungen zu den französischen Gegenvorschlägen . . . . .	9622.
1886.	Nov.	26.	Grossbritannien. Staatssekretär des Ausw. an den Botschafter in London, Waddington. Einwände gegen die französischen Gegenvorschläge . . . . .	9623.
1887.	März	16.	Frankreich. Minister d. Ausw. an den Botsch. in London, Waddington. Vermittlungsversuch . . . . .	9624.
„	Mai	4.	— Botschafter in London an Marquis v. Salisbury. Neuer Verständigungsversuch . . . . .	9625.
„	„	19.	Grossbritannien. Marquis v. Salisbury an d. franz. Botschafter in London. Weitere Modifikation d. Vertrages. . . . .	9626.
„	Juni	8.	Frankreich. Minister d. Ausw. an d. französ. Botschafter in London, Waddington. Forderung der Einlösung d. Versprechens Englands in Bezug auf den Suez-Kanal . . . . .	9627.
„	Oct.	21.	Grossbritannien. Marquis v. Salisbury an d. grossbritannischen Ges. in Paris. Nochmaliges Vertragsprojekt . . . . .	9628.
„	Nov.	16.	Frankreich-Grossbritannien. Vertrag betreffend die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln . . . . .	9629.
				9630.

### Protestantisches Bisthum Jerusalem.

1882.	Juli	17.	Preussen. Deutscher Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Ersucht unter Darlegung der Unzuverlässigkeiten, welche aus dem preussisch-englischen
-------	------	-----	---

			Uebereinkommen über das protestantische Bisthum Jerusalem für die deutsche Kirche im Heiligen Lande entstanden sind, um Aufhebung des Vertrages . . . . .	9488.
1883.	März	22.	England. Erzbischof v. Canterbury an d. Min. des Ausw. Einwendungen geg. d. Darlegungen d. Grafen Münster.	9489.
1884.	Jan.	24.	Preussen. Deutscher Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Preussen will den bestehenden Vertrag nur nach Neuordnung zweier Punkte aufrecht erhalten u. erst dann z. Ernennung eines neuen Bischofs schreiten.	9490.
	„	Febr.	9. England. Erzbischof v. Canterbury an d. Min. d. Ausw. Die von Graf Münster gestellten Bedingungen machen erhebliche Schwierigkeiten und erlauben ihm im Augenblick nicht, endgültig Stellung dazu zu nehmen . . .	9491.
	„	Sept.	19. Preussen. Deutscher Geschäftsträger in London an den engl. Min. des Ausw. Memoranda 1) über den rechtlichen Charakter des preussisch-englischen Vertrages über die Errichtung des Bisthums Jerusalem und die von der englischen Kirche anerkannten Grundlagen desselben; 2) über die im Falle der Ablehnung der Auflösung von Preussen aufgestellten zwei Punkte . . .	9492.
1886.	Febr.	19.	England. Erzbischof v. Canterbury an den Min. d. Ausw. Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Lordbischof von London erklären sich mit der Aufhebung des Vertrages von 1841 einverstanden . . .	9493.
	„	März	20. — Min. des Ausw. an den deutschen Botsch. in London. Ersucht unter Mittheilung des Beschlusses der engl. Bischöfe um Angabe des besten Modus zur Aufhebung des Vertrages von 1841 . . .	9494.
	„	April	2. — Min. des Ausw. an den Botschafter in Berlin. Graf Hatzfeldt schlägt den Austausch identischer Noten Preussens und Englands über die Aufhebung des Vertrages von 1841 vor; Rosebery stimmt zu . . . . .	9495.
	„	Dec.	4. Preussen. Deutscher Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Preussen erklärt den Vertrag von 1841 als erledigt . . . . .	9496.
1887.	Jan.	8.	England. Min. des Ausw. an den deutschen Vertreter in London. Der Erzbischof v. Canterbury stimmt der Auflösung des Vertrages mit Preussen ausdrücklich zu.	9497.

**Port Hamilton.**

1885.	April	9.	England. Gesandter in Tokio an d. Min. d. Ausw. Beunruhigung der japanischen Regierung durch die Nachricht von der engl. Besetzung von Port Hamilton.	9498.
	„	„	14. — Sekretär der Admiralität an den Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation, Viceadmiral Sir W. Dowell. Befehl, Port Hamilton zu besetzen . . . . .	9499.
	„	„	16. — Min. d. Ausw. an den ausserordentl. chinesischen Gesandten in London. Meldet die zeitweil. Besetzung von Port Hamilton und erklärt Englands Bereitwilligkeit zu einem die Interessen Chinas wahrnehmenden Abkommen hierüber . . . . .	9500.
	„	„	17. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Tokio. Auftrag, nach der Meldung von der erfolgten Besetzung von Port Hamilton der japanischen Regierung vertraulich die Nothwendigkeit zeitweiliger Besetzung im Hinblick auf gewisse Möglichkeiten zu erklären . . . . .	9501.
	„	„	23. — Gesandter in Tokio an den Min. des Ausw. Japan wünscht Aufklärung, ob ein Abkommen zwischen England u. Korea betreffs Port Hamiltons geschlossen sei.	9502.
	„	„	27. China; Ausserordentl. Ges. in London a. d. engl. Min. d. Ausw. Theilt mit, dass er ermächtigt ist, die Vorschläge Englands zu einer Verständigung mit China über die zeitweil. Besetzung Port Hamiltons entgegenzunehmen.	9503.

1885.	April 28.	England.	Vorschlag eines Abkommens mit China über die Besetzung Port Hamiltons . . . . .	9504.
„	Anf. Mai	China.	Der Yamen an den ausserordentlichen Gesandten in London. Lehnt im Hinblick auf mögliche Verwickelungen mit Russland und Japan d. engl. Vorschlag ab. . . . .	9505.
„	Mai 12.	England.	Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. Ein russisches u. ein japanisches Kriegsschiff haben Port Hamilton besucht; die brit. Flagge ist in Port Hamilton gehisst word. . . . .	9506.
„	„ 18.	—	Geschwaderchef d. chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. Korea hat gegen die engl. Flaggenhissung protestirt; Bedenken wegen des militärischen Werthes von Port Hamilton; vorläufige Vertheidigungsmaassregeln . . . . .	9507.
„	„ 19.	Korea.	Die Minister Om Si-Yong und v. Möllendorf a. d. engl. Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation. Ersuchen um Aufklärung über die Gründe der Besetzung und um Sichtbarmachung, dass Port Hamilton ein Bestandtheil des Reiches Korea ist. . . . .	9508.
„	„ 20.	—	Präsident d. Ausw. Amts an den engl. Generalconsul in Soul. Erklärt in halbofficieller Note die Besetzung von Port Hamilton als völkerrechtswidrig und ersucht um deren Zurückziehung . . . . .	9509.
„	„ 20.	England.	Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. Gutachten üb. d. militärischen Werth Port Hamiltons. . . . .	9510.
„	„ 25.	—	Vertreter in Peking an den Min. des Ausw. Vorstellung der koreanischen Regierung an England; Vorschlag Englands, mit derselben über eine zeitweil. Besetzung von Port Hamilton sich zu verständigen . . . . .	9511.
„	Juni 4.	—	Vertreter in Peking an d. Generalconsul in Hanyang. Beanfragt ihn, den Protest Koreas erneut mit beruhigenden Versicherungen zu beantworten . . . . .	9512.
„	„ 19.	—	Generalconsul in Hanyang an den Vertreter in Peking. Korea dringt weiter auf Aufgabe der engl. Besetzung von Port Hamilton und lehnt eine Vereinbarung ab . . . . .	9513.
„	„ 27.	—	Vertreter in Peking an den Min. des Ausw. Korea lehnt ab, einen Vorschlag üb. Port Hamilton zu machen. . . . .	9514.
„	„ 30.	—	Vertreter in Peking an den Präsidenten des ausw. Amts von Korea. Betont, dass die Besetzung von Port Hamilton nur vorübergehend sei, England die Einwendungen Koreas in ernste Erwägung ziehen werde und auf dem Wunsche nach einer Verständigung mit Korea beharre . . . . .	9515.
„	Juli 7.	—	Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. Bevollmächtigt ihn, China zu versichern, dass die Integrität Koreas gewahrt werden würde, und ein Abkommen über Entschädigung Koreas für die zeitweilige Besetzung Port Hamiltons als Kohlenstation zu schliessen. . . . .	9516.
„	„ 13.	—	Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Korea hat seinen Protest zurückgezogen. . . . .	9517.
„	Oct. 14.	—	Vertreter in Peking an den Min. des Ausw. Forderungen und Vorschläge Chinas. . . . .	9518.
„	„ 23.	—	Sekretär des Generalconsuls in Hanyang an den Vertreter in Peking. Der König von Korea dringt auf eine Beantwortung der Vorstellungen seiner Regierung; diese erneuert den Hinweis auf die ihr aus der Besetzung erwachsenen Schwierigkeiten . . . . .	9519.
„	Dec. 5.	—	Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Chinesische Erkundigungen über den Stand der Besetzung von Port Hamilton . . . . .	9521.
„	„ 12.	—	Min. d. Ausw. an den Vertreter in Peking. Anfrage, ob China verhindern will, dass irgend eine and. Macht im Falle d. Rückzuges d. Engl. Port Hamilton besetze. . . . .	9520.

1886.	Jan.	7.	England. Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Antwort d. Tsung-li Yamen auf die Frage, ob im Falle der Räumung China selbst Port Hamilton besetzen od. für dessen Nichtbesetzung durch eine andere europäische Macht sich verbürgen wolle . . . . .	9522.
„	„	20.	— Der Sekretär der Admiralität an das Auswärtige Amt. Gutachten der Flottenbefehlshaber in den chinesischen Gewässern üb. den Unwerth Port Hamiltons als Stützpunkt für den Krieg . . . . .	9523.
„	März	19.	— Der Sekretär der Admiralität an das Auswärt. Amt. Gutachten der Admiralität über die Aufgebung von Port Hamilton . . . . .	9524.
„	April	1.	— Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. Drohungen Russlands gegen China . . . . .	9525.
„	„	14.	— Memorandum des auswärtigen Amtes an den chines. Gesandten in London. Bereitwilligkeit Englands zur Räumung Port Hamiltons und Vorschlag eines internationalen Abkommens zur Garantie der Unverletzlichkeit des Gebietes von Korea . . . . .	9526.
„	Juni	12.	— Auswärtiges Amt an die Admiralität. Da China den Vorschlag einer internationalen Garantie der Unverletzlichkeit Koreas unbeantwortet gelassen, muss England Vorkehrungen für eine Verlängerung der Besetzung Port Hamiltons treffen . . . . .	9527.
„	Juli	27.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Er hat auf Beantwortung des engl. Vorschlages durch China gedrungen . . . . .	9528.
„	„	31.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Korea drängt auf definitive Antwort über den Zeitpunkt der Räumung; Anfrage, ob d. Erklärung von Port Hamilton und Port Lazareff zu Vertragshäfen als Lösung der Frage sich eignen würde . . . . .	9529.
„	Aug.	12.	— Min. d. Ausw. an d. Gesandten in Peking. Instruktion.	9530.
„	Oct.	31.	China. Der Tsung-li Yamen an den engl. Gesandten in Peking. Zusage Russlands, kein Koreanisches Gebiet zu besetzen, wenn England Port Hamilton räumen würde; China bietet daher England die gewünschten Garantien und dringt auf Räumung Port Hamiltons.	9531.
„	Nov.	19.	England. Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. Zusage der unmittelbaren Räumung Port Hamiltons, da China die angebotenen Garantien gewährt . . . . .	9532.
„	Dec.	1.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Vorschläge Chinas, Bitte um Instruktion . . . . .	9533.
„	„	10.	— Min. d. Ausw. a. d. Gesandten in Peking. Instruktion.	9534.
„	„	23.	— Gesandter in Peking an den Tsung-li Yamen. Anzeige der Einwilligung Englands zur Räumung Port Hamiltons nach den gebotenen Garantien Chinas . . . . .	9535.
„	„	23.	— Gesandter in Peking an d. Vorsitzenden d. Ministeraths von Korea. Anzeige der bevorstehenden Räumung Port Hamiltons . . . . .	9536.
1887.	März	2.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Anzeige der erfolgten Niederholung der engl. Flagge auf Port Hamilton, Mittheilung der Antwort Koreas.	9537.

### Römische Kurie.

1886.	Dec.	4.	Römische Kurie. Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Bischof Kopp v. Fulda. Erklärung und Anerkennung für seine Thätigkeit zur Herstellung des kirchlichen Friedens in Preussen . . . . .	9568.
1887.	Jan.	3.	— Kardinalstaatssekretär Jacobini an den päpstlichen Nuntius Monsignore di Pietro in München. Der Papst wünscht im Hinblick a. d. bevorstehende befriedigende Revision der preussischen Maigesetze und im Interesse	

			der Erhaltung des europäischen Friedens, dass das Centrum für die Heeresvorlage im deutschen Reichstage eintrete . . . . .	9569.
1887.	Jan.	21.	Römische Kurie. Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Nuntius Monsignore di Pietro in München. Der Papst erneuert sein Begehren, dass die Centrumspartei für d. Heeresvorlage im deutschen Reichstage stimme . . . . .	9570.
„	Febr.	13.	Preussen. Königliche Verordnung über die Eidesformel der katholischen Bischöfe . . . . .	9571.
„	„	14.	Deutschland. Erklärung des Reichstagsabgeordneten Freiherrn zu Franckenstein über die Unterlassung der vom Papste gewünschten Mittheilung der päpstlichen Wünsche betreffs der Heeresvorlage an die Mitglieder der Centrumspartei . . . . .	9572.
„	März	27.	Preussen. Veröffentl. der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 27. März 1887 . . . . .	9574.
„	April	7.	Römische Kurie. Papst Leo XIII. an den Erzbischof von Köln. Erklärt seinen Wunsch, dass die Centrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses für die kirchenpolitische Vorlage in der Form der Beschlüsse des Herrenhauses stimmen möge, und beauftragt den Erzbischof, mit den übrigen preussischen Bischöfen dahin zu wirken . . . . .	9573.
„	„	10.	Preussen. Veröffentlichung der Norddeutschen Allgem. Zeitung vom 10. April 1887 . . . . .	9575.
„	Mai	3.	— Veröffentlichung der Norddeutschen Allgem. Zeitung vom 3. Mai 1887 . . . . .	9576.
„	Dec.	22.	Römische Kurie. Encyklika Papst Leos XIII. an d. bair. Bischöfe. Hervorhebung der Ansprüche der Kirche namentlich auf die Erziehung der Geistlichkeit in den Seminarien; Aufforderung a. d. Bischöfe, d. Gläubigen von dem Verkehr mit Andersgläubigen u. Freimaurern abzuwenden; Ermahnung an den Staat, seinen Pflichten mit Bezug auf das abgeschlossene Konkordat nachzukommen . . . . .	9566.
1888.	April	20.	— Dekret der Kongregation der h. Inquisition an die irischen Bischöfe, betreffend den „Feldzugsplan“ und das „Boycotten“ . . . . .	9567.

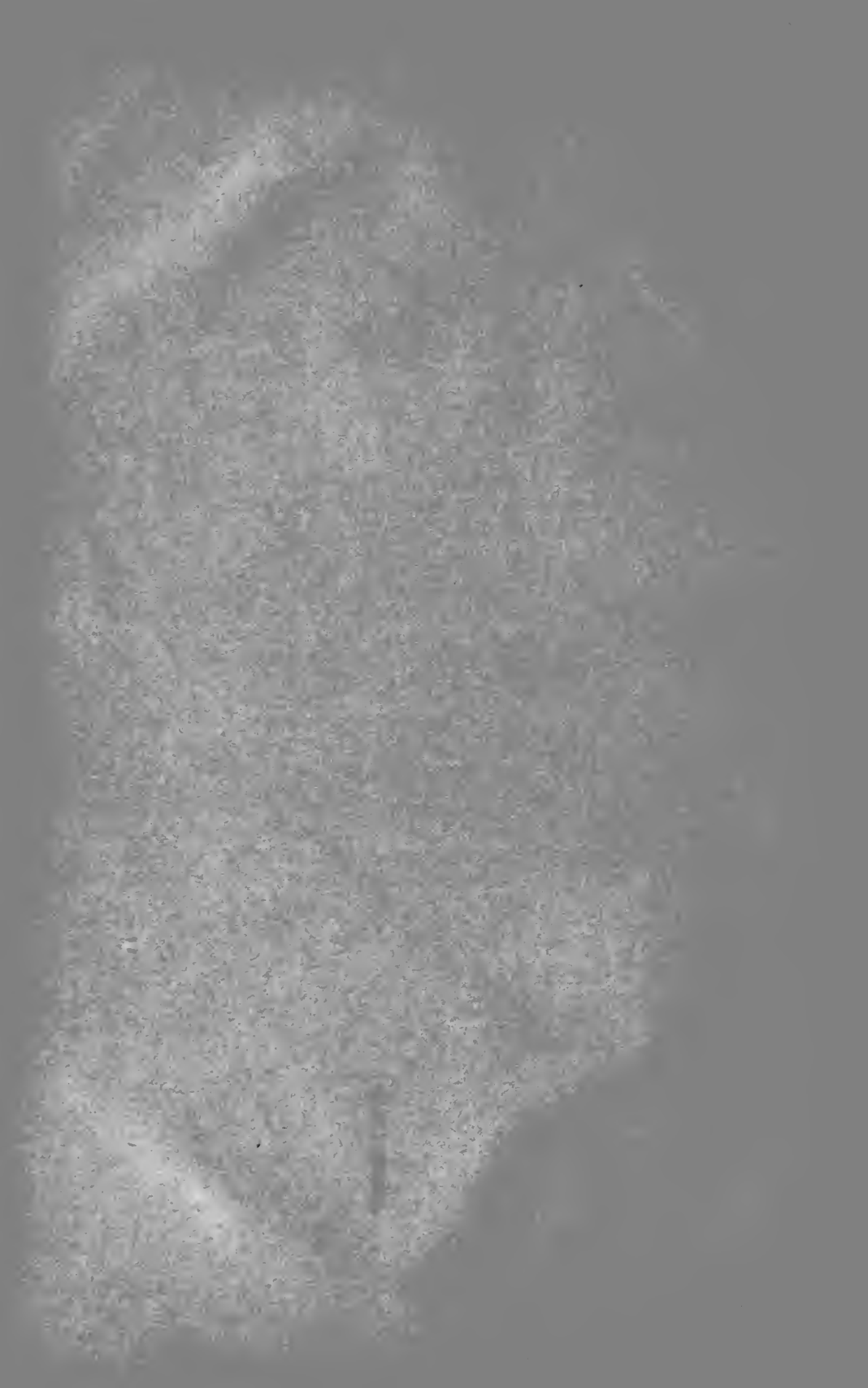
**Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vgl. Bd. 47 u. vorg.)**

1886.	Oct.	31.	Bulgarien. Botschaft der Regenten a. d. grosse Sobranje bei deren Eröffnung in Tirnowa . . . . .	9449.
1887.	Dec.	22.	Römische Kurie. Encyklika Papst Leo XIII. an die bair. Bischöfe . . . . .	9566.
„	Febr.	13.	Preussen. Königl. Verordnung über die Eidesformel der katholischen Bischöfe . . . . .	9571.
1888.	März	9.	Deutschland. Bekanntmachung d. Todes Kaiser Wilhelms durch das Staatsministerium . . . . .	9583.
„	„	12.	— Proclamation Kaiser Friedrichs . . . . .	9584.
„	„	12.	— Erlass Kaiser Friedrichs an den Reichskanzler und Präsidenten des Staats-Ministeriums . . . . .	9585.
„	„	15.	— Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs a. d. Reichstag . . . . .	9588.
„	„	15.	— Erlass Kaiser Friedrichs für die Reichslande . . . . .	9590.
„	„	17.	Preussen. Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an die beiden Häuser des Landtags . . . . .	9589.
„	Juni	15.	Deutschland. Bekanntmachung des Todes Kaiser Friedrichs durch das Staatsministerium . . . . .	9591.
„	„	15.	— Erlass Kaiser Wilhelms II. an die Armee u. Marine. . . . .	9592.
„	„	18.	Preussen. Proclamation König Wilhelms II. . . . .	9593.
„	„	25.	Deutschland. Thronrede Kaiser Wilhelms II. a. d. Reichstag . . . . .	9594.
„	„	25.	Preussen. Thronrede König Wilhelms II. an beide Häuser des Landtags . . . . .	9595.



**Tod Kaiser Wilhelms und Friedrichs.**

1888.	März	9.	Deutschland. Bekanntmachung d. Todes Kaiser Wilhelms durch das Staatsministerium . . . . .	9583.
"	"	12.	Deutschland. Proklamation Kaiser Friedrichs . . . . .	9584.
"	"	12.	— Erlass Kaiser Friedrichs an den Reichskanzler und Präsidenten des Staats-Ministeriums . . . . .	9585.
"	"	13.	Italien. Condolenztelegramm des italienischen Ministerpräsidenten an den deutschen Reichskanzler . . . . .	9586.
"	"	13.	Russland. Beisetzungsreise des Grossfürsten-Thronfolger als Garantie für die weiteren friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland . . . . .	9587.
"	"	15.	Deutschland. Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an den Reichstag . . . . .	9588.
"	"	15.	— Erlass Kaiser Friedrichs für die Reichslande . . . . .	9590.
"	"	17.	Preussen. Allerhöchste Botschaft König Friedrichs an die beiden Häuser des Landtags . . . . .	9589.
"	Juni	15.	Deutschland. Bekanntmachung d. Todes Kaiser Friedrichs durch das Staatsministerium . . . . .	9591.
"	"	15.	— Erlass Kaiser Wilhelms II. an die Armee und Marine. . . . .	9592.
"	"	18.	Preussen. Proklamation König Wilhelms II. . . . .	9593.
"	"	25.	Deutschland. Thronrede Kaiser Wilhelms II. a. d. Reichstag. . . . .	9594.
"	"	25.	Preussen. Thronrede König Wilhelms II. an beide Häuser des Landtags . . . . .	9595.





## Bulgarische Revolution\*).

Nr. 9413. **ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Die Sobranje wird nur die Fürstenwahl vornehmen; lehnt der gewählte ab, so werden die Bulgaren den Fürsten Alexander zurückrufen. [B. 451.]

(Telegram. Extract.)

Sophia, October 18, 1886.

This afternoon I received a visit from M. Stambouloff and Colonel Moutkouroff, two of the Bulgarian Regents, who came to give me their views with regard to the convocation of the Great National Assembly. They observed, that the only object of the convocation was the election of a new Prince of Bulgaria, and they hoped that the Great Powers would indicate the candidate who would be sanctioned by Europe. If, however, this should not be the case, they would propose that the Assembly should proceed to the election of some Prince who would, in their opinion, be likely to obtain the sanction of the Great Powers, and they mentioned Prince Waldemar as the probable candidate. If, however, the Prince thus elected should not be approved, or should refuse to accept the Throne, there would be only one course left open to them, viz., to request Prince Alexander, whom they still considered as their own Prince, to return to Bulgaria, and thus save the country from the anarchy and ruin with which it was threatened. || MM. Stambouloff and Mutkouroff explained to me, that this was merely their personal opinion.

Nr. 9413.  
England.  
18. Oct. 1886.

---

Nr. 9414. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Instruction. [B. 452.]

Foreign Office, October 19, 1886.

Sir, || I have received your telegram of this day, informing me of a conversation you had had with two of the Regents, who, in speaking to you on the subject of the meeting of the Great National Assembly, expressed their opinion that the Powers should indicate a candidate to succeed Prince

Nr. 9414.  
England  
19. Oct. 1886.

---

\*) Fortsetzung aus dem XLVII. Bande. Die Aktenstücke sind aus den dort S. 193 beschriebenen Buntbüchern entnommen.

Nr. 9414.  
England.  
19. Oct. 1886.

Alexander, but that failing this the Assembly should proceed to the election of some Prince who might seem likely to be approved by the Powers. || I have to-day informed you by telegraph, that in this matter Her Majesty's Government are disposed to leave it to the Bulgarian Government to decide as to the course they should pursue. || I am, &c. Iddesleigh.

**Nr. 9415. ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Gadban Effendi unterstützt die russische Forderung betreffs Verschiebung der Sobranje und erklärt, dass zwischen Russland und der Türkei ein Einverständniss betr. der bulgarischen Frage erzielt sei. [B. 455.]

(Telegram.)

Sophia, October 19, 1886.

Nr. 9415.  
England.  
19. Oct. 1886.

My Lord, || Gadban Effendi returned to Sophia last night. He has applied to the Regents for the postponement of the convocation of the Great National Assembly, at all events until General Kaulbars, who is expected to arrive at Sophia on Friday morning, shall have had time to communicate any fresh instructions he may have received. || Gadban Effendi has also given it to be understood, that Turkey and Russia have come to a complete understanding on the Bulgarian question. || The Bulgarian Government have replied, that, if Gadban Effendi can effect a reconciliation between Bulgaria and Russia, they would be glad to make concessions to the latter Power, but that, as matters now stood, they must decline to change the date fixed for the convocation of the Assembly\*). || M. Grecoff will start to-morrow for Constantinople. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

**Nr. 9416. RUSSLAND.** — Ausserordentl. Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Beschwerde über angeblich von der bulg. Regierung während seiner Reise und von der Regierungspartei im Lande begangene Ausschreitungen\*\*). [Gr. 43.]

Roustchouk, 7/19 octobre 1886.

Nr. 9416.  
Russland.  
19. Oct. 1886.

Monsieur le ministre, || Au cours de mon voyage à travers la Bulgarie, j'ai constaté, à plusieurs reprises, que les autorités locales prenaient les mesures les plus minutieuses afin de ne pas laisser arriver auprès de moi les

\*) Auf erncutes Drängen Gadban Effendi's am folgenden Tage erwiderte Natschewitsch „that he was confident of being able to induce the Government to consent to a postponement for a fortnight or even longer, if General Kaulbars would undertake to propose a candidate for the Throne of Bulgaria within that time." [B. 458.]

\*\*) Mitgetheilt von Nekljudoff den Vertretern der Grossmächte in Sophia am 21. October.

députations des habitants, en leur substituant en même temps leurs propres adhérents. || A plusieurs reprises il est arrivé que des individus ont été arrêtés et même battus pour avoir visité nos consulats; on est allé jusqu'à user des mêmes procédés vis-à-vis de sujets russes. Ainsi, à Roustchouk, on s'est permis d'arrêter trois de nos sous-officiers en retraite, lesquels, remplissant un devoir qui incombait à tout russe, étaient venus me reconduire à la gare. A Varna on a fait subir des châtimens corporels aux maires des villages qui s'étaient présentés à moi pour connaître les désirs et les intentions du gouvernement de Russie, etc.

Je reçois continuellement des informations identiques de la part de notre agence à Sophia et des autres consulats impériaux de Russie dans le pays. || De plus, j'ai personnellement constaté que des bandes, incitées par des employés du gouvernement, se présentaient à plusieurs reprises devant l'agence et les consulats de Russie, se permettant de faire du tapage, de violer l'ordre et allant même jusqu'à se livrer à des voies de fait, tandis que les autorités locales gardaient une parfaite indifférence et ne prenaient aucune mesure pour écarter ces faits et rétablir l'ordre. || Je me vois obligé, monsieur le ministre, d'y attirer votre *attention la plus sérieuse* et celle des gouvernants bulgares, afin qu'il soit pris les mesures les plus énergiques pour faire cesser les susdits désordres et violences. C'est sur vous et sur eux que je rejette en même temps l'entière responsabilité des suites que pourrait amener la continuation d'un pareil ordre de choses. || Veuillez agréer, etc.

Kaulbars.

**Nr. 9417. ITALIEN.** — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Instruction\*). [Gr. 42.]

(Telegramma.)

Roma, 19 ottobre 1886.

Trovo assai opportuno di mandare il signor Acton a Tirnovo, beninteso al solo scopo di raccogliere precise informazioni su quanto verrà operato nella grande assemblea.

Robilant.

Nr. 9417.  
Italien.  
19. Oct. 1886.

**Nr. 9418. RUSSLAND.** — Vertreter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Erhebt erneute Beschwerden über die angeblich von der Regierung ausgeübten Bedrückungen der Oppositionspartei. [B. 545; Gr. 44.]

Sophia, le 8 (20) Octobre, 1885.

M. le Ministre, || Vu le prochain retour à Sophia du Général Baron de Kaulbars, je m'abstiens de vous faire part de mes observations au sujet des

Nr. 9418.  
Russland.  
19. Oct. 1886.

\*) Zwei Tage vorher hatte der ital. Vertreter dem Min. gemeldet, dass die Vertreter Englands und Oesterreichs mit ihm in der Idee übereinstimmten, einen Vizeconsul nach Tirnowa zu entsenden. [Gr. 41.]

Nr. 9418.  
Russland.  
20. Oct. 1886. deux notes que vous avez bien voulu m'adresser à la date du 1<sup>er</sup> (13) Octobre, en réponse à celles que je vous ai transmises, par ordre du Général, les 28 et 29 Septembre. || Mais je crois de mon devoir, M. le Ministre, de réfuter votre note du 2 (14), répondant à celle du 29 Septembre, dans laquelle je signalais les actes de violence commis sur quelques centaines de paysans Bulgares et l'attaque dirigée contre l'Agence Impériale de Russie.

Les faits auxquels se rapportait cette note et contre lesquels j'ai cru devoir protester d'une façon si énergique, se sont passés devant mes yeux. Je ne puis donc, ni revenir sur l'appréciation que j'en ai faite, ni refaire mon opinion sur la base de la lettre de M. Radoslavoff annexée à votre note. || Loin d'acquiescer à ce récit officiel des événements du 28 Septembre, qui tendrait à prouver que les autorités avaient observé dans cette circonstance les préceptes de la loi, de l'équité et de la prudence, je dois, tout au contraire, constater que ce que j'ai vu et entendu ce jour-là à Sophia est venu corroborer à mes yeux d'une façon malheureusement irréfutable les plaintes qui me parviennent de tous côtés de la province au sujet des agissements des Gouvernants actuels, des autorités qui en relèvent, et des partisans qui les soutiennent. || Ces récits me parlent de vexations inouïes, d'emprisonnements aussi cruels qu'illégaux, d'hommes morts sous le bâton des gendarmes, de rapines et de viols commis par les représentants de l'ordre public! || Et depuis le 28 Septembre ces terribles récits ne sont même plus mitigés à mes yeux par l'espoir de leur exagération. || Veuillez, &c. A. Nekludoff.

Nr. 9419. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Es erscheint unvorthellhaft, dass Lascelles allein von den Vertretern der Grossmächte nach Tirnowa reise. [B. 459.]

Foreign Office, October 21, 1886.

Nr. 9419.  
England.  
21. Oct. 1886. Sir, || In your telegram of the 19th instant you state, that your Austrian colleague will not go to Tirnova for the opening of the Great Sobranje, and you request instructions as to the course you should adopt in consequence. || Her Majesty's Government do not think, that it would be expedient for the British Agent to proceed to Tirnova alone if none of the other Representatives do so. His solitary attendance would accentuate and mark as hostile the absence of the Representatives of the other Powers, and the result would be to seriously discourage the Bulgarian population. || You might explain this to the Regents as the reason for the non-attendance of Her Majesty's Representative, and you should inform me of any reply which they may make. || You may also let them know, that there seems to be no chance of Prince Waldemar being a candidate for the office of Prince, or accepting it if offered. || I am, &c. Iddesleigh.

**Nr. 9420. ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Wünscht lieber selbst nach Tirnowa zu gehen, als durch einen Sekretär vertreten zu sein\*.) [B. 461.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 22, 1887.

My Lord, || The Acting Austrian Agent has been authorized to send one of his Secretaries to Tirnova, for the purpose of keeping him informed of what occurs there. || Does your Lordship desire me, in the event of my not going myself, to send either Mr. Thornton or Mr. Graves. This arrangement appears to me to be one which would place both the Secretaries and the Agents in a false position, and it seems to me that if any one is to be sent to Tirnova it would be better that the Agents themselves should go there. || I have, &c.

Nr. 9420.  
England.  
22. Oct. 1886.

Frank C. Lascelles.

**Nr. 9421. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. — Zeigt an, dass die grosse Sobranje sofort nach ihrem Zusammentritte in Tirnowa zur Fürstenwahl schreiten werde. [B. 546; Gr. 47.]

(Circulaire.)

Sophia, le 10 (22) Octobre, 1886.

M. l'Agent, || Pour faire suite à la note Circulaire verbale du 4 (16) de ce mois, j'ai l'honneur de vous informer que la Grande Assemblée Nationale convoquée à Tirnova pour le 15 (27) courant, après avoir vérifié les pouvoirs de ses membres et s'être constituée dans un très bref délai, procédera immédiatement à l'élection du nouveau Prince de Bulgarie. || Veuillez, &c.

Nr. 9421.  
Bulgarien.  
22. Oct. 1886.

G. D. Natchevitch.

**Nr. 9422. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. — Antwort auf das Beschwerdetelegramm des Generals Kaulbars aus Rustschuk. [B. 545; Gr. 44.]

Sophia, le 10 (22) Octobre, 1886.

M. le Gérant, || J'ai reçu de Roustchouk un long télégramme de son Excellence le Général de Kaulbars, m'informant que les autorités locales auraient empêché les députations de se présenter à son Excellence, qu'elles lui auraient envoyé des "partisans du Gouvernement", qu'elles auraient maltraité les personnes qui ont fait visite au Consulat de Russie, et qu'elles auraient envoyé des bandes pour faire du désordre devant les Consulats Impériaux. ||

Nr. 9422.  
Bulgarien.  
22. Oct. 1886.

\*) Iddesleigh antwortet am 23., Lascelles solle in dieser Sache denselben Weg wie der österreich. Vertreter befolgen [B. 473], und ordnet demzufolge am 27. an, dass, weil der österreich. Consulatssekretär nicht nach Tirnowa gehen werde, auch der englische zurückbleiben solle. [B. 494.]

Nr. 9422.  
Bulgarien.  
22. Oct. 1886.

Je n'a pas manqué de porter ce télégramme à la connaissance de mon collègue de l'Intérieur, et je m'empresse de vous communiquer ci-après sa réponse.

Lorsque M. le Baron de Kaulbars a fait part au Gouvernement Bulgare de son intention de parcourir la Bulgarie, le Ministère de l'Intérieur avait transmis aux autorités les ordres les plus rigoureux de se tenir à la disposition de son Excellence, et de lui donner toutes les facilités possibles pour l'accomplissement de son voyage. || Le Ministère a été informé que beaucoup de députations sont allées au-devant de M. le Général Kaulbars; qu'elles lui ont fait visite dans les maisons où il est descendu, et qu'aucun obstacle de la part de personne n'a été mis aux rapports du public avec son Excellence. || Mais, d'après les informations que possède le Gouvernement jusqu'à ce jour, il est un fait acquis à ses yeux que les autorités locales observèrent toujours et en tous lieux la plus stricte neutralité au cours des diverses péripéties du voyage de M. le Général de Kaulbars. Au surplus, elles n'auraient eu à intervenir que s'il y avait eu menace de voir troubler l'ordre et la tranquillité sur la voie publique; ce qui, nous avons eu la satisfaction de le constater, ne s'est produit nulle part. || Cependant, mon collègue de l'Intérieur s'est fait un devoir d'inviter les autorités à ouvrir une enquête minutieuse sur les faits qui ont donné lieu aux plaintes de son Excellence le Général de Kaulbars, et à livrer à la sévérité de la justice les individus qui ont pu, dans ces circonstances, se compromettre par leur mauvaise conduite et leur agissements. ||  
Veuillez, &c. G. D. Natchevitch.

**Nr. 9423. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. — Ersucht um Angabe besonderer Fälle anstatt genereller Beschwerden über angebliche Bedrückungen der Oppositionspartei durch die bulg. Regierung und ihre Anhänger. [B. 545; Gr. 44.]

Sophia, le 10 (22) Octobre, 1886.

Nr. 9423.  
Bulgarien.  
22. Oct. 1886.

M. le Gérant, || J'ai l'honneur d'accuser réception à la note que vous avez bien voulu m'adresser le 8 (20) de ce mois, en réponse à la communication que je vous ai faite le 2 (14). || Je ne puis prétendre à ce que vous accordiez, M. le Gérant, votre acquiescement à l'exposé circonstancié qui a été donné par mon collègue de l'Intérieur des événements du 28 Septembre, exposé basé sur les récits de témoins oculaires dignes de foi. || Toutefois, je suis heureux de pouvoir constater que, grâce à votre esprit de justice, vous n'avez plus employé l'expression d'atrocités et que vous ne parlez dans votre seconde note que d'actes de violence. || Sans m'arrêter davantage à ce qui a trait à la réfutation de la lettre de M. Radoslavoff, je me reporte à la partie de votre note relative à des plaintes qui vous sont parvenues de tous côtés de la province. || Comme le Gouvernement Bulgare n'a jusqu'aujourd'hui reçu

aucune réclamation au sujet de violences qui auraient été commises dans le pays "par les Gouvernants actuels, par les autorités qui en relèvent, et par les partisans qui les soutiennent", je me permettrai de vous prier instamment de vouloir bien, M. le Gérant, m'énumérer, nominativement, les cas de "vexations inouïes, d'emprisonnements cruels, d'hommes morts sous le bâton des gendarmes, de rapines et de viols commis par les représentants de l'ordre public." || Encore que le Gouvernement Bulgare soit porté à croire que les récits qui vous sont parvenus proviennent de sources intéressées à répandre des calomnies contre les autorités, il tient néanmoins à honneur d'éclaircir de tels faits par une enquête des plus sévères, afin que, dans le cas où la véracité en serait établie, les coupables fussent poursuivis et punis avec toute la rigueur des lois. || Dans l'espoir que vous voudrez bien me transmettre bientôt les données que j'ai l'honneur de vous demander à ce sujet, je vous prie d'agréer, &c.

G. D. Natchevitch.

Nr. 9423.  
Bulgarien.  
22. Oct. 1886.

**Nr. 9424. ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Kaulbars will hinfort die bulg. Regierung ignoriren; Besorgniss, das Ministerium werde dem russ. Drucke vielleicht erliegen. [B. 472.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 22, 1886.

My Lord, || General Kaulbars arrived early this morning at Sophia. He has made no communication to the Bulgarian Government, and has informed Gadban Effendi and one of my colleagues that it is his intention to ignore them completely. They have deliberately disregarded the wishes of the Emperor of Russia, and have proceeded with the elections for the Great National Assembly, which, in the opinion of Russia, are illegal, and consequently neither the Government nor the Great National Assembly have any legal existence in the eyes of Russia\*). || M. Natchevitch will remain here till Monday; but the other Ministers and the Regents intend to start for Tirnova to-morrow. It is, however, probable, that the opening of the Assembly will not take place before the 31st instant, and that a considerable time may be spent in the verification of the Powers of the members. || It would seem, that General Kaulbars entertains the hope that his attitude of abstention may bring about a change of Ministry, and, in the present agitated state of the country, it is not impossible that this may occur. There are, indeed, some indications that the Government may be unable, unless they receive assistance, to continue to resist the pressure which is being put on the country by Russia. || I have forwarded the above to Her Majesty's Ambassadors at Vienna and Constantinople. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 9424.  
England.  
22. Oct. 1886.

\*) Kaulbars hatte diese Erklärungen nach Lascelles' Berichte vom 19. [B. 457] bereits in einer am 13. Oct. an Natschewitsch gerichteten Note abgegeben.

**Nr. 9425. ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Aeusserungen Gadban Effendi's über den Zweck seiner Mission, Kaulbars' über das Ergebniss seiner Reise. [B. 475.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 23, 1886.

Nr. 9425.  
England.  
23. Oct. 1886.

My Lord, || Gadban Effendi informed me, in the course of conversation yesterday, that he had been instructed to ascertain the reasons which induced General Kaulbars to declare the election illegal; he was then to hear what the Bulgarian Government had to say on the subject, and to make a full report on the subject to the Porte. He was also to suggest that, until this had been done, the Assembly should not be convoked. He had, however, after a conversation he had had with General Kaulbars yesterday, lost all hope of an amicable solution being arrived at. || This afternoon I received a visit from General Kaulbars, who said that the result of his journey through Bulgaria had been to convince him that the vast majority of the Bulgarian people were opposed to the present Government, but that they dared not express their opinion in consequence of the organized terrorism of the Government. In reply to an observation I made, the General admitted that this showed that the Government were very powerful; but he added that, however long the present state of things might continue, neither the Government nor the Assembly would ever be recognized by Russia, and he thought that Bulgaria was not likely to be able to hold out as long as Russia. || I have, &c

Frank C. Lascelles.

**Nr. 9426. RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. — Erklärt die von den bulg. Regenten einberufene Sobranje und alle von derselben in Zukunft gefassten Beschlüsse für ungesetzlich. [B. 479.]

(Télégraphique.)

St.-Petersbourg, le 12 (24) Octobre, 1886.

Nr. 9426.  
Russland.  
24. Oct. 1886.

Une Circulaire de Natchevitch reçue par le Général Kaulbars annonce que Grande Assemblée est convoquée pour le 15 (27) courant à Tirnovo, et qu'elle ne tardera pas à procéder à l'élection d'un Prince. Croyons devoir prévenir les Puissances que nous ne saurions reconnaître la validité des décisions d'une Assemblée que nous considérons comme illégale. Veuillez le faire connaître au Cabinet auprès duquel vous êtes accrédité\*).

\*) Am nämlichen Tage erwiederte Kaulbars auf das bulg. Cirkular vom 22. ebenfalls, dass der Zar, nachdem er die Sobranje für „ungesetzlich“ erklärt habe, „n'acceptera aucune de ses décisions de quelque nature qu'elles fussent.“ [B. 547; Gr. 49.]



**Nr. 9427. RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. — Erklärt die Unmöglichkeit für Russland, im Falle eines summarischen Verfahrens der bulgarischen Regenten gegen die wegen der Verschwörung gegen den Fürsten verhafteten Officiere seine Zurückhaltung weiter zu beobachten, und ersucht die Grossmächte um ihre Mitwirkung zur Verhinderung dieses äussersten Schrittes. [B. 484.]

(Télégraphique.)

St. Pétersbourg, le 13 (25) Octobre, 1886.

D'après des renseignements de Sophia, les dispositions des Régents font craindre un jugement sommaire et l'exécution des officiers qui sont mis en accusation pour le mouvement du 9 Août. Désirant prévenir un semblable acte de violence, nous avons prescrit au Général Kaulbars de déclarer\*), que nous le considérerions comme une provocation directe et que nous agirions en conséquence. Veuillez en informer le Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité et lui demander le concours de son influence et de ses conseils afin d'écarter cette extrémité, qui ne nous permettrait plus de rester dans l'attitude de patience et de modération que, jusqu'à présent, nous nous sommes imposée.

Nr. 9427.  
Russland.  
25. Oct. 1886.

**Nr. 9428. ENGLAND.** — Vertreter in Constantinopel an den Min. des Ausw. — Die Pforte bestreitet die Nothwendigkeit der Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna. [B. 483.]

(Telegraphic.)

Constantinople, October 25, 1886.

My Lord, || I was told this afternoon by one of the Ambassadors here, that M. de Nélidoff had to-day acquainted the Porte that the Russian Government intended to send two vessels of war to Varna to protect their Consul and subjects at that place. The Porte had stated to the Russian Ambassador its objections to such a course, for which it could not believe that there existed any necessity. || I had the honour this evening of telegraphing to your Lordship the above information. || I have, &c.

Nr. 9428.  
England.  
25. Oct. 1886.

Edmund Fane.

\*) Geschah Tags darauf [B. 550]; die Schlussphrase gab Kaulbars so wieder: „que . . . par suite le Gouvernement Impérial se considérera en droit d'avoir recours aux mesures les plus extrêmes.“ Das Blaubuch enthält an derselben Stelle eine zweite, undatirte Note Kaulbars', welche schon die Verurtheilung der Verschwörer für eine directe Herausforderung Russlands erklärt, das dann „sera obligé de prendre des mesures extrêmes“. Dieser Fassung nach müsste sie zwischen den 26. und 28. Octbr. fallen; doch nimmt der General am 28. October [Nr. 9439] auffallender Weise nur auf eine Note vom 14/26. Bezug, so dass vielleicht beide Stücke nur eine Note — etwa als Entwurf und in definitiver Fassung — darstellen.

**Nr. 9429. SERBIEN und BULGARIEN.** — Vertrag über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten und die Beilegung der schwebenden Streitigkeiten. [B. 530.]

Nr. 9429. (Translation.)  
Serbien  
und  
Bulgarien.  
25. Oct. 1886.

The Government of His Majesty the King of Servia having readily accepted the proposal of the Government of the Principality of Bulgaria respecting the re-establishment of diplomatic relations between the two countries, and having by this given proof of its disposition to renew relations of friendship and good neighbourship, the following Arrangement has been signed between— || Colonel D. Franassovitch, Minister for Foreign Affairs of the Kingdom of Servia, in the name of the kingdom, on the one side; and || Dr. G. Stransky, Bulgarian Diplomatic Agent, who has been charged for the above purpose as Plenipotentiary of the Regents of the Principality of Bulgaria, on the other:—

**Article I.**

The Government of the Principality of Bulgaria, regretting the Bregovo incident, which has shaken the relations of friendship between two neighbouring States, will evacuate the disputed territory opposite to that village immediately after the signature of this document. The disputed territory will be declared neutral until a special Servo-Bulgar Commission, which will be specially appointed for this purpose, shall have definitely settled this question. Should the Commission allot the disputed territory to Servia, the Royal Government consents in principle to cede it to Bulgaria in return for a corresponding piece of territory elsewhere on the frontier.

**Article II.**

In order to insure the mutual development of both countries in economical interests, and to strengthen still further the bonds which link them together, the two Contracting Parties bind themselves to appoint, within two months' time, a Mixed Commission to investigate the commercial relations of the two States. Within a further period of six months a Commercial Treaty between the Kingdom of Servia and the Principality of Bulgaria will have to be concluded, which must be in accordance with the legal prescriptions of both States. Until the conclusion of this Treaty the Contracting Parties bind themselves to render to each other mutually all possible facilities for the benefit of the commercial interests of the two countries.

**Article III.**

The Government of the Principality of Bulgaria binds itself to forbid the Servian political emigrants to reside within a zone of 60 kilom. along the

Servian frontier, and to stop any action of theirs which might tend to disturb order and peace in the Kingdom of Servia. The Royal Government, on its side, accepts a like obligation respecting Bulgarian political emigrants, who may be found in the kingdom.

Nr. 9429.  
Serbien  
und  
Bulgarien.  
25. Oct. 1886.

#### Article IV.

The Government of the Principality of Bulgaria binds itself to use all its efforts in order that the Vakarel-Sophia-Tsaribrod railway line be constructed, as far as may be possible, within the same time as the Pirot-Nisch line. || The Arrangement shall come into force immediately after it has been signed.

In witness whereof the Undersigned have signed it, and have affixed thereto their seals. || Executed in duplicate at Nisch, the 13th (25th) October, 1886.

D. Franassovitch, *Minister for Foreign Affairs  
of the Kingdom of Servia, Colonel.*

Dr. Stransky, *Diplomatic Agent of the Principality  
of Bulgaria.*

Nr. 9430. **RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Anfrage, ob die verbrannte Fahne des Strumski-Regimentes die von der Stadt Samara einst einer Druschina bulgarischer Freiwilliger geschenkt ist. [B. 550; Gr. 60.]

Le 14 (26) Octobre, 1886.

Ayant en vue le triste fait de la destruction du drapeau du Stroumski Polk, la Municipalité de Samara qui dans le temps, comme vous le savez, a fait don d'un drapeau à une droujina des volontaires Bulgares, vient par l'entremise de son Maire de s'adresser à moi avec la question suivante:— || "Est-ce le drapeau donné par la ville de Samara qui a été brûlé ou un autre? Et, si ce drapeau n'a pas été brûlé, où se trouve-t-il actuellement?" || En vous priant, M. le Ministre, de vouloir bien me donner le plus tôt possible des renseignements sur cette question, qui intéresse tant la communauté de Samara, veuillez, &c.\*).

Nr. 9430.  
Russland.  
26. Oct. 1886.

\*) Natschewitsch antwortete hierauf, dass die geschenkte Fahne nicht verbrannt sei, sondern im fürstlichen Palaste aufbewahrt werde, wo sie schon seit 1883 hinterlegt sei. [B. 550; Gr. 60.]

**Nr. 9431. ITALIEN.** — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia.  
— Seine Antwort auf die russische Erklärung; In-  
struction. [Gr. 54.]

(Der erste Theil, der nur eine Wiedergabe des Inhalts von Nr. 9427 ist, wurde  
weggelassen.)

Roma, 26 ottobre 1886.

Nr. 9431.  
Italien.  
26. Oct. 1886.

Signor agente, . . . . . Ho risposto al barone d'Uxkull che noi man-  
chiamo totalmente di ragguagli a questo proposito. Non potevo, per conseguenza,  
impegnarmi a dare alla reggenza consigli in una questione interna e di ordine  
così delicato, dal punto di vista specialmente della disciplina militare. Domanderò,  
dissi, informazioni e provvederò in conformità. Non ho d'uopo di  
soggiungere, conchiusi, che nei limiti del giusto e del possibile non tralascierò  
nulla per prevenire maggiori complicazioni. || La pregarò, con telegramma di  
stamane, di farmi avere, il più presto possibile, informazioni sul processo degli  
ufficiali, sul modo con cui è condotto e sulle intenzioni della reggenza\*). Ella  
si asterrà, però, dal dare consigli ai reggenti prima di avere ricevuto istruzioni  
speciali. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

**Nr. 9432. ITALIEN.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in  
Wien. — Antwort Kalnokys auf die russische Anzeige der  
Nichtanerkennung der Sobranje und Zustimmung Robi-  
lants zu derselben. [Gr. 55.]

Roma, 27 ottobre 1886.

Nr. 9432.  
Italien.  
27. Oct. 1886.

Signor ambasciatore, || Il conte Ludolf mi ha fatto conoscere la risposta del  
conte Kalnoky alla comunicazione del principe Labanoff con cui il governo russo  
dichiarava doversi ritenere come nulle tutte le decisioni della grande assemblea bul-  
gara. || Il ministro imperiale ha richiamato l'attenzione dell'ambasciatore di Russia  
su questa considerazione: che, cioè, se il suo governo persistesse a rimanere sul  
terreno della negazione assoluta, il ritorno, in Bulgaria, di un ordine di cose  
regolare diverrebbe impossibile. Il conte Kalnoky ha enumerato i vari fatti  
successivi di tale natura: l'allontanamento del principe Alessandro, il non  
riconoscimento della reggenza, la dichiarazione attuale, ecc. In qualsivoglia  
altro paese, ha soggiunto il ministro austro-ungarico, tutto ciò avrebbe condotto  
alle più gravi conseguenze. Il conte Kalnoky riguarda come assolutamente  
necessario di giungere alla sola soluzione possibile, che sarebbe di dare pronta-  
mente alla Bulgaria un nuovo principe. || Ho ringraziato il conte Ludolf della

\*) Die bulgarische Regierung liess hierauf den Vertretern der Mächte officiell mit-  
theilen: che la data del giudizio degli ufficiali compromessi nella conspirazione del 21 agosto  
non era ancora fissata, e che l'istruttoria non aveva fatto passo veruno, da tre settimane  
in qua molte persone, come gli antichi ministri, non potendosi interrogare senza un  
permesso speciale della grande assemblea. [Gr. 56.]

sua comunicazione, pregandolo di far sapere al conte Kalnoky che divido, nel modo più completo, la sua opinione. Aggiunsi che, se mi sono limitato a dar atto al barone d'Uxkull della sua comunicazione, ciò fu perchè già più di una volta avevo sviluppato, con l'ambasciatore di Russia, le stesse idee che il conte Kalnoky ha ora espresso al principe Labanoff. || Le confermo così il mio telegramma d'oggi. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9432.  
Italien.  
27. Oct. 1886.

**Nr. 9433. ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Wünscht genaue Auskunft über den Stand der Dinge in Varna. [B. 495.]

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 27, 1886, 7:30 P.M.

Send all Information as to state of affairs at Varna which you are able to procure.

Nr. 9433.  
England.  
27. Oct. 1886.

**Nr. 9434. ENGLAND.** — Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. — Russland bezeichnet als Zweck der Entsendung von Kriegsschiffen nach Varna allein den Schutz seiner Unterthanen; die Pforte wird keine Kriegsschiffe dahin schicken. [B. 497.]

(Telegraphic. Extract.)

Constantinople, October 27, 1886.

I have the honour to report that representation have been made to the Russian Government by the Ambassador of the Porte, and also to M. de Nélidoff here, on the subject of the Russian ships of war, one of which has already arrived at Varna, and the other of which is expected shortly. || In reply, Saïd-Pasha received assurances, that this step had only been taken by the Russian Government for the protection of the Russian Consulate and subjects at Varna in case of disturbances arising; and Saïd-Pasha further stated to me, that, although the Turkish Government considered that they had an undoubted right to send Turkish ships to Varna, they did not intend to do so for the present.

Nr. 9434.  
England.  
27. Oct. 1886.

**Nr. 9435. RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Erklärt den Grund der Ankunft der russischen Kriegsschiffe vor Varna. [B. 512; Gr. 58.]

(Traduction.)

Le 15 (27) Octobre, 1886.

M. le Ministre, || En vue du bruit répandu par les Agents du Gouvernement que les bateaux de guerre arrivés à Varna n'auraient pas de signification,

Nr. 9435.  
Russland.  
27. Oct. 1886.

Nr. 9435.  
Russland.  
27. Oct. 1886.

je me vois forcé de vous prévenir que l'arrivée de ces bateaux est la conséquence directe et non pas indirecte de ce que j'ai eu l'honneur de vous communiquer par ma note du 7 Octobre, et que ces bateaux ne manqueront pas de démontrer très résolument leur importance si les tristes faits cités dans la note précédente se reproduisent. || Agréez, &c.

**Nr. 9436. ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Ueber Sophia ist der Belagerungszustand verhängt; Karaweloff hat die Unterzeichnung dieses Beschlusses verweigert. [B. 504.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 28, 1886.

Nr. 9436.  
England.  
28. Oct. 1886.

My Lord, || A Decree has just been issued proclaiming the state of siege in the district of Sophia. The names of only two of the Regents are appended to it, M. Karaveloff, acting, I understand, under the advice of General Kaulbars, having refused to sign it. The General telegraphed last night to the Minister for Foreign Affairs to prevent the measure being carried out; but the order was given in spite of his advice\*). || I have &c.

Frank C. Lascelles.

**Nr. 9437. RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Ersucht um sofortige Freilassung der wegen Theilnahme am Staatsstreiche verhafteten Officiere. [Gr. 56; B. 550\*\*].

Le 16 (28) Octobre, 1886.

Nr. 9437.  
Russland.  
28. Oct. 1886.

En complément de ma dépêche du 14/26 Octobre, je vous prie de mettre immédiatement en liberté tous les officiers qui sont arrêtés pour le coup d'État du 9/21 Août, et de m'honorer d'une reponse dans le plus bref délai. || Veuillez, etc.

Kaulbars.

\*) Bei Uebersendung einer Abschrift des betr. Dekrets bemerkt der italienische Vertreter in Sophia, dass die Regentschaft diese Maassregel ergriffen habe: „avendo serio timore che il Generale di Kaulbars volesse tentare di profittare dell'assenza del governo da Sofia per provarsi a rovesciarla, istituendo nella capitale un governo provvisorio composto di Zancovisti, aiutato forse dal signor Karaveloff . . .“ [Gr. 53.]

\*\*) Die Note im Blaubuch weicht in der Form mehrfach von der hier aus dem Grünbuche mitgetheilten ab.

**Nr. 9438. TÜRKEL.** — Der Grossvezier an den türk. Vertreter in Sophia. — Beauftragt ihn, auf die Aufschiebung des Verfahrens gegen die Verschwörer bei der bulgarischen Regentschaft hinzuwirken. [B. 550.]

Le 16 (28) Octobre, 1886.

Veuillez donner des conseils pressants à la Lieutenantance pour différer le jugement des personnes impliquées dans le dernier complot, parce que l'exécution de l'Arrêt serait considérée comme une provocation manifeste contre la Russie, et amènerait des conséquences sérieuses. D'ailleurs, vous le disiez dans votre télégramme du 26, la promesse vous a été donnée pour l'ajournement de ce jugement. || En faisant des communications dans ce sens à qui de droit, vous aurez soin de m'en prévenir du résultat.

Nr. 9438.  
Türkel.  
28. Oct. 1886.

**Nr. 9439. RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in London. — Theilt die von Kaulbars gemeldeten Gewaltthaten der bulgarischen Behörde in Dubnitsa mit. [B. 506.]

(Télégraphique.)

St. Pétersbourg, le 16 (28) Octobre, 1886.

Selon télégramme du Général Kaulbars, les autorités continuent à se livrer à des excès à Doubnitsa. || Conformément à informations authentiques, trois individus y ont été tués; sur ceux, qui ont été emprisonnés, quarante sont morts sous les coups; 100 autres sont encore gardés en prison, où ils sont exposés à des mauvais traitements de toute sorte. Un habitant de Doubnitsa est arrivé à l'Agence Russe de Sophia tout couvert de blessures. La terreur continue également dans cette dernière ville. Une quarantaine d'individus se sont rendus à l'Agence et n'osent pas en sortir, les autorités ayant posté des gendarmes chargés de tirer sur tous ceux qui quitteraient cet asile.

Nr. 9439.  
Russland.  
28. Oct. 1886.

**Nr. 9440. ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Meldet die Forderungen und Drohungen des russischen Consuls in Varna. [B. 507.]

Sophia, October 28, 1886.

My Lord, || I have the honour to state that, General Kaulbars has telegraphed to the Minister for Foreign Affairs to demand that the state of siege should be raised. || I am informed, that the Russian Consul at Varna is reported by the Prefect of that town to have made a series of verbal demands, two of them being that the persons arrested during the visit of General Kaulbars should be released, and that the town should no longer be patrolled. || The Prefect also reported, that the Russian Consul had threatened, that if the Russian sailors were molested, the town would be bombaraded by the gun-boats. || I have, &c.

Nr. 9440.  
England.  
28. Oct. 1886.

Frank C. Lascelles.

**Nr. 9441. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. — Antwort auf die Forderung der Freilassung der verhafteten Verschwörer. [B. 550.]

Tirnov, le 17 (29) Octobre 1886.

Nr. 9441.  
Bulgarien.  
29. Oct. 1886.

Excellence, || En réponse à votre télégramme du 16 du mois courant, j'ai l'honneur d'informer votre Excellence que, d'après les renseignements reçus des autorités militaires compétentes à Sophia, les mesures nécessaires ont été prises pour satisfaire au désir exprimé dans votre note susmentionnée. || Veuillez, &c.

**Nr. 9442. ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Russland erklärt die Einsetzung eines Fürsten in Bulgarien für nöthig, schlägt aber keinen Kandidaten vor. [B. 508.]

Foreign Office, October 29, 1886.

Nr. 9442.  
England.  
29. Oct. 1886.

Sir, || The Russian Ambassador called upon me to-day and gave me a copy of the inclosed telegram which he had received from M. de Giers\*). His Excellency asked whether I had any information of the condition of affairs in Bulgaria. I said I had not any very recent details; reports which appeared in the newspapers might be true or false. || M. de Staal observed, that he feared there was a good deal of agitation, and that some very mischievous spirits were abroad. He did not refer to the Regents, but to a number of Socialists, Nihilists and revolutionists, who seemed to think they had got a chance of annoying and injuring Russia. || I remarked, that of course the duration of the present state of things tended to encourage troublesome characters. That was a reason for desiring to bring about a settled Government. || M. de Staal agreed, and said it was important that a Prince should be elected. I said I thought so too, and asked if he had any candidate to suggest. He replied in the negative. || His Excellency referred to the apprehended trial and execution of the officers concerned in the events of the 9th August. I read and gave to him an extract from Sir F. Lascelles' telegram of the 27th, to the effect that the date of the trials had not yet been fixed, and that no progress had been made in the preliminary inquiry for the last three weeks; that General Kaulbars had informed one of the foreign Agents that his apprehensions were based on information received from the relatives of the insurgents and from persons connected with the Government. || I asked M. de Staal about the Russian ships of war at Varna; but his Excellency could give me no further information. || I am, &c.

Iddesleigh.

\*) Nr. 9439.



Nr. 9443. **ENGLAND.** — Vertreter in Belgrad an den Min. des Ausw. — Stransky ist als ständiger Vertreter Bulgariens in Sophia angenommen worden. [B. 527.]

Belgrade, October 29, 1886.

My Lord, || I have the honour to inform your Lordship, that the semi-official paper "Videlo," of yesterday's date, announces that Dr. Stransky was received as permanent Diplomatic Agent for Bulgaria by King Milan at a special audience at Nisch on the 27th instant. || I have, &c.

Nr. 9443.  
England.  
29. Oct. 1886.

Hugh Wyndham.

Nr. 9444. **RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Erwartet binnen 3 Tagen wirksame Maassregeln zur Einstellung der Gewaltthaten gegen die unter russischem Schutze stehenden Personen, widrigenfalls er mit dem gesammten russischen Vertreterpersonal das Land verlassen wird. [B. 550; Gr. 61.]

Le 18 (30) Octobre, 1886.

M. le Ministre, || Les actes de violence qui se répètent chaque jour tant à Sophia que dans les autres villes de Bulgarie contre les sujets Russes et les personnes qui se trouvent sous la protection Russe, mettent l'Agent Impérial Diplomatique de Russie dans l'impossibilité de rester plus longtemps dans l'état actuel. || En m'adressant à vous pour exiger que vous preniez les mesures les plus énergiques afin que cette situation cesse, je considère de mon devoir de vous prévenir que j'attendrai, durant trois jours, l'accomplissement de cette demande, et que, si je ne reçois pas une réponse satisfaisante, je serai forcé de partir de la Bulgarie avec tout le personnel de l'Agence, en laissant au Gouvernement Bulgare actuel la responsabilité de toutes les conséquences. || Agréez, &c.

Nr. 9444.  
Russland.  
30. Oct. 1886.

Nr. 9445. **BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Vertreter in Sophia. — Uebersendet einen Erlass des bulgarischen Ministers des Innern an die Behörden betreffs des Schutzes der unter russischer Protektion stehenden Personen und ersucht um Mittheilung der speciellen Fälle von Vergewaltigung derselben. [B. 550; Gr. 61.]

Tirnov, le 18 Octobre, 1886.

En informant votre Excellence que j'ai reçu sa dépêche de ce jour, j'ai l'honneur de lui communiquer que mon collègue, M. Radoslavoff, Ministre de

Nr. 9445.  
Bulgarien.  
30. Oct. 1886.

Nr. 9445.  
Bulgarien.  
30. Oct. 1886.

l'Intérieur, à la suite de votre dépêche susmentionnée, a transmis à tous les Préfets de la Bulgarie du nord et du sud ainsi qu'au Préfet de la ville de Sophia le télégramme-circulaire suivant:—

“M. le Général Baron Kaulbars, Agent Diplomatique de Russie, déclare que tous les jours, tant à Sophia que dans les autres villes de la Bulgarie, se répètent des actes de violence contre les sujets Russes et les personnes qui se trouvent sous la protection Russe. En vous communiquant ce qui précède, je vous ordonne de m'informer sans retard si des pareils actes de violence ont eu lieu dans votre district et par qui? Vous emploierez, de même, tous vos efforts à ce que les sujets Russes, ainsi que les personnes qui se trouvent sous la protection Russe, ne soient pas molestés. En cas contraire, je prendrai des mesures sérieuses pour la punition de ceux qui ne se conformeront pas exactement au présent ordre. Communiquez cet ordre aux Sous-Préfets du district qui vous est confié.”

“Ministre Radoslavoff.”

En vous faisant part de ce qui précède, j'ai l'honneur de prier votre Excellence de vouloir bien m'informer où et quels sujets Russes ou personnes se trouvant sous la protection Russe ont été persécutés, afin que le Gouvernement puisse rechercher les coupables et les remettre aux mains de la justice. || Veuillez, &c.

Nr. 9446. **RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Lehnt die gewünschten Unterweisungen ab und erklärt, bei der ersten Nachricht eines irgendwo vorgefallenen Gewaltaktes abzureisen. [B. 550; Gr. 61.]

Sophia, le 18 (30) Octobre, 1886.

Nr. 9446.  
Russland.  
30. Oct. 1886.

J'ai reçu votre réponse à ma note d'aujourd'hui. Ayant en vue que les Gouvernants Bulgares n'ont pas le désir d'exécuter les demandes de la Russie et en présence des tristes et nombreux faits dont j'ai été témoin dès le jour de mon arrivée en Bulgarie, faits très bien connus de MM. les Gouvernants Bulgares eux-mêmes, je ne trouve pas possible d'entrer dans les renseignements demandés par votre note responsive. C'est pourquoi je considère de mon devoir de vous prévenir que, au premier acte de violence qui se produirait sur un point quelconque du territoire Bulgare, je serai forcé d'avoir recours à la mesure indiquée dans ma note de 18 courant. || Veuillez, &c.

**Nr. 9447. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. — Der Befehl zur Freilassung der verhafteten Officiere ist gegeben worden. [B. 550.]

Tirnova, le 19 (31) Octobre, 1886.

Des ordres ont été donnés pour que tous les officiers impliqués dans le complot du 9 Août fussent mis en liberté, comme votre Excellence l'a demandé, et je suis sûr que l'ordre a été exécuté. Pour plus de certitude, j'ai demandé au Ministère de la Guerre si tous ont été relâchés, et je communiquerai immédiatement à votre Excellence la réponse que je recevrai. || Veuillez, &c.

Nr. 9447.  
Bulgarien.  
31. Oct. 1886.

**Nr. 9448. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. — Zeigt die Freilassung der verhafteten Verschwörer an. [B. 550; Gr. 60.]

Tirnova, le 19 Octobre, 1886.

Faisant suite à mon télégramme de ce matin, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence que le Ministère de la Guerre m'a envoyé la réponse suivante:— || "Les autorités compétentes donnèrent déjà avant-hier des ordres pour que les officiers impliqués dans le complot du 21 Août fussent immédiatement relâchés. Ceux qui se trouvaient à Sophia furent élargis déjà hier, ceux de Tirnova, aujourd'hui. Nous n'avons pas encore de réponse de Roustchouk et Silistrie; mais nous sommes persuadés qu'eux aussi sont mis en liberté. Je transmettrai à votre Excellence les réponses qui me parviendront des deux dernières villes." || Veuillez, &c.

Nr. 9448.  
Bulgarien.  
31. Oct. 1886.

**Nr. 9449. BULGARIEN.** — Botschaft der Regenten an die grosse Sobranje bei deren Eröffnung in Tirnowa. [B. 549; Gr. 59.]

MM. les Représentants, || Après l'abdication du premier Prince de Bulgarie, Son Altesse Alexandre I<sup>er</sup>, le Gouvernement prit la direction des affaires du pays, et consacra ses efforts à maintenir la paix et la sécurité, de conserver la vie, les biens et l'honneur des citoyens Bulgares, ainsi que pour tirer la patrie de la crise dans laquelle l'a jeté le coup d'État du 21 Août. || Le Gouvernement a considéré comme la tâche la plus importante qui lui incom- bait la convocation de la Grande Assemblée, en vue d'élire un Prince au trône vacant. Malgré les difficultés inhérentes aux régimes provisoires les élections furent accomplies sans incidents, et le Gouvernement voit avec plaisir aujourd'hui les Représentants de la nation réunis dans l'ancienne capitale de la Bulgarie. || Étant pleinement persuadés, Messieurs les Représentants, que vous saurez

Nr. 9449.  
Bulgarien.  
31. Oct. 1886.

Nr. 9449.  
Bulgarien.  
31. Oct. 1886.

élire un Prince qui consacrerá sa vie pour la sauvegarde des intérêts et de la liberté de la patrie, et qui conduira la nation dans la voie du progrès en ayant pour but sa grandeur, sa gloire et ses destinées historiques, nous déclarons ouverte la Grande Assemblée Nationale, et appelons la bénédiction de Dieu sur ses travaux.

Vive la Bulgarie indépendante et libre:

Stambouloff.  
Karaveloff.  
Moutkouroff.

Nr. 9450. **ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Erklärt die von Kaulbars gemeldeten Gewaltthaten der bulgarischen Behörden in Dubnitza für unrichtig und übertrieben. [B. 519.]

(Telegraphic. Extract.)

Sophia, October 31, 1886.

Nr. 9450.  
England.  
31. Oct. 1886.

The Report of General Kaulbars, to which your Lordship refers in your telegram of yesterday, appears to me to be a misrepresentation of the events which have taken place. It is true, that three persons were killed at Doubnitza; but, as I had the honour to report in my telegram to your Lordship of the 11th instant, those persons were assassinated on that day during an election riot by persons supposed to be partizans of Russia. Several persons were arrested in connection with this affair and are now in prison. Your Lordship's telegram was the first intimation that reached me of the report that forty persons had died in prison, and that 100 were still in prison and exposed to all kinds of ill-treatment. || The statement that a state of terror exists at Sophia is a gross exaggeration. Certain measures have certainly been taken by the Government in consequence of information they have received as to the existence of plots being prepared against them, and it is not impossible that these measures may have entailed a certain amount of hardship. As regards the forty persons said to have taken refuge in the Russian Agency, I am in a position to state that about that number of Montenegrins arrived at Sophia a short time before the elections, and have remained at the Russian Agency up to this time. It is generally believed, that the object of their presence at Sophia was to create disturbances during the elections. I have been informed, that General Kaulbars has expressed his intention of sending them away to-day, which is sufficient to prove that they are at liberty to leave the Agency.

Nr. 9451. **ENGLAND.** — Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. — Auslassungen Giers' über die Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna und das von Kaulbars der bulgarischen Regierung gestellte Ultimatum. [B. 521.]

(Telegraphic. Extract.)

St. Petersburg, November 1, 1886.

I received your Lordship's telegram of yesterday this morning, and proceeded, at the earliest hour at which I could see M. de Giers, to the Ministry of Foreign Affairs, to communicate its substance to his Excellency\*). I said, that Her Majesty's Government were alarmed at the threatening language used by General Kaulbars, and that, being in possession of the text of a note and a telegram addressed by him to the Bulgarian Government, I was instructed to inquire whether these communications had been made under instructions from the Imperial Government, or *proprio motu*.

Nr. 9451.  
England.  
1. Nov. 1886.

Before reading out the first of Sir F. Lascelles' two telegrams, I reminded M. de Giers of the assurance he had given me on the 28th ultimo, to the effect that the two corvettes had only proceeded to Varna to protect the Russian Consul and his nationals against the violence and insults to which they were exposed, and to enable them, if necessary, to leave, but not in any way for the purpose of coercion. The threat held out by General Kaulbars as to the use to which the ships would be put if the demands made by him were not complied with seemed to stand in direct contradiction to these assurances, and I could therefore only suppose that General Kaulbars was, as he had evidently done often before, acting on his own initiative. M. de Giers endeavoured to minimize the language of the note, pointing out that it did not threaten anything in particular, but was only a kind of general protest against the insulting manner in which the friends of the Government were triumphantly proclaiming that the ships neither could nor would do anything. I said that, putting this particular note aside, what it was important to ascertain was, whether instructions had been sent from St. Petersburg authorizing the use of force by the ships. His Excellency did not give me a perfectly direct answer; nevertheless, his words distinctly conveyed the meaning that no such orders had been sent. I said that the Russian Consul at Varna had threatened bombardment. He absolutely refused to believe this, and said that the idea of Russia's bombarding a Bulgarian town was absurd upon the face of it.

His Excellency's language as regards the three days' ultimatum was very different from the above, and quite explicit. General Kaulbars had been in-

\*) Unter Uebersendung der beiden von Lascelles eingesandten Noten Kaulbars' (Nr. 9435 und Nr. 9444) hatte Earl Iddesleigh den Botschafter beauftragt, Giers zu fragen: „whether General Kaulbars' proceedings are in accordance with the instructions which he has received from the Russian Government.“ [B. 515.]

Nr. 9451.  
England.  
1. Nov. 1886.

structed to insist under this threat on the immediate cessation of the ill-treatment of Russian subjects and protected Bulgarians. The matter was one which concerned Russia only, and was wholly unconnected with international arrangements respecting Bulgaria, on which Russia stood on a line with the other Governments. For she, and she only, was the judge of what concerned her own dignity. No country with self-respect would continue to submit to the indignities, to which Russian officials and Russian subjects were daily exposed, and there was only one way to meet such a case, that of breaking off all communication and withdrawing from the country. Nevertheless, it had been his intention to communicate the step taken and its results to the Powers. The Bulgarian Government had replied to the ultimatum by asking, that they should be furnished with each individual case, and the evidence on which it was based. General Kaulbars had met this demand by stating it was one which could not be complied with, as the cases were innumerable, having been of daily occurrence in every portion of Bulgaria. He had, however, telegraphed, and the telegram had only just been received, suggesting that he should be authorized to declare that the ultimatum would take effect on the occurrence of the first new case. M. de Giers approved of this solution, and said that, as soon as he had obtained the Emperor's consent, which he had no doubt would be given, he would telegraph in this sense to General Kaulbars. || I said, that what seemed strangest in regard to this ultimatum was, that it had been sent after the receipt by General Kaulbars of the telegram from the Bulgarian Government, stating that satisfaction would be given to the demands formulated by him, and after the measures for the liberation of the prisoners had actually been taken. M. de Giers replied, that neither of these facts had been telegraphed to him by General Kaulbars; all that he had received from the General in this sense being contained in the bag end of a telegram he had received that morning, to the effect that the General was not without hopes that the prisoners would be released. || I had the honour to transmit the substance of the above in my telegram of this day's date.

---

Nr. 9452. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Bericht über russische Ausschreitungen in Varna. [B. 525.]

(Telegraphic.)

Sophia, November 2, 1886.

Nr. 9452.  
England.  
2. Nov. 1886.

My Lord, || Two telegrams, dated the 31st ultimo, have been received by the Bulgarian Government from the Prefect of Varna. The first states, that the cavass of the Russian Vice-Consulate, accompanied by two sailors, had gone to the door of the prison and had promised the prisoners that he would release them in three days' time. The second states, that the same cavass had torn down the official notices which had been posted up in the town



with the text of the Speech delivered by the Regents on the meeting of the Great National Assembly. The Prefect added that the gendarmes, in order to avoid anything that might occasion a scandal, had abstained from interfering.

|| I have &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 9453. **ENGLAND.** — Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. — Berichtet über eine Unterredung mit Giers, betreffend die angekündigte Abreise des Generals Kaulbars und die Neuwahl eines Fürsten in Bulgarien. [B. 528.]

(Telegraphic. Extract.)

St. Petersburg, November 3, 1886.

As Sir F. Lascelles' telegram of the 31st ultimo was sent in reply to the telegram in which your Lordship informed him, that you had received directly from the Russian Ambassador the Report from General Kaulbars respecting the ill-treatment of the Bulgarians opposed to the Regency, I assumed that you would yourself communicate this reply to M. de Staal, and that as this would carry infinitely more weight than would a communication coming through me, it was not your Lordship's intention that I should convey the information formally to M. de Giers. Nevertheless, in the course of conversation this afternoon, adverting to the Notification in the official Gazette respecting General Kaulbars' intended withdrawal on the first new case of ill-treatment, I said that I hoped that the General would be a little more careful in establishing the case on which such portentous issues might depend than he had been when amongst the Russian "grieffs" which he had telegraphed to his Excellency; he had put on the debit side of the account the murder of three persons at Dubnitsa belonging to the Government party by the partizans of the opposition, who proclaimed themselves the friends of Russia, and whose murderers had been captured and were being brought to justice by the Bulgarian Government. || I then asked his Excellency what would happen if General Kaulbars carried out his threat and quitted Sophia with all his personnel. He said, that, in that case, Russia would have to request the other Powers to undertake the protection of her subjects; but he spoke in what struck me as a very hopeful tone, to the effect that he did not contemplate such an eventuality, and that he thought that the threat would suffice to bring about a discontinuance of the conduct complained of. He said, that it was only on Tuesday morning that he had received a telegram from General Kaulbars announcing that the prisoners had been released. I said, that I had been glad to notice in the statement given in the "Journal de St.-Petersbourg" this morning that they had been released on bail, and I reminded his Excellency of our former conversation on this point, and told him, that I had not failed to inform Her Majesty's Government that his Excellency had given me a distinct assurance that this from the first had been the demand of the Russian

Nr. 9453.  
England.  
2. Nov. 1886.

Nr. 9453.  
England.  
3. Nov. 1886.

Government, and that it had been their intention to accentuate thereby that they had no wish to quash the proceedings against men guilty of the crime of high treason, but only to put off the proceedings to a time when public opinion had recovered its calm. It had been therefore with great regret that I had learnt, that General Kaulbars had asked for the liberation of the prisoners pure and simple. M. de Giers made some observations of a general kind exculpating General Kaulbars on the ground of the difficulty of his position and the demands of public opinion in Russia. || I then asked his Excellency whether he had made any progress in finding a candidate: I said I had no instructions whatever to broach the subject to him, and only spoke as a looker on; but that it did seem to me, as such, that anything more unfair than the position in which the Sobranjé was placed by Russia's refusal to declare her candidate I could not conceive. Russia was declaiming against the illegal state of things in Bulgaria. The only way legality could be restored was by the election of a Prince. The Sobranjé knew it was no use electing a Prince that Russia would disapprove of, and yet Russia refused to tell them what candidate she would approve of. His Excellency replied, that I seemed to forget that other people besides Russia had to be consulted. It would be very easy, he said, to find a candidate to suit both Russia and Bulgaria, but such a choice might not be equally pleasant to the other parties concerned. I gathered, however, from what he said that the Prince of Mingrelia was being communicated with, as he stated he was in the Caucasus, and that it would take some days to get an answer from him. || Before leaving, I said that, since my arrival in Russia, I had never known a time when the political atmosphere seemed so charged with electricity and when so many sinister rumours prevailed. His Excellency, who seemed in better spirits than I had seen him in for some time, spoke with much confidence of the future. There was many a *mauvais quart d'heure* to be got over; but he felt assured, that peace would be maintained. I said this was a consummation devoutly to be wished, but that I could not give General Kaulbars the credit of contributing much to this result. || I had the honour to convey the substance of a portion of this despatch to your Lordship in my telegram of this day's date.

---

Nr. 9454. ENGLAND. — Consulssekretär Graves in Tirnowa an den Min. des Ausw. — Berichtet über einen Aufstand in Burgas\*). [B. 532.]

(Telegraphic.)

Tirnowa, November 5, 1886.

Nr. 9454.  
England.  
5. Nov. 1886.

A revolt was carried out at Bourgas on night of 3rd instant by authors of former conspiracy. A number of Montenegrins, assisted by a few soldiers

\*) Tags darauf meldet derselbe die unblutige Unterdrückung des Aufstandes und die Verhaftung des Leiters, des russischen Kapitäns Nabokoff. [B. 542.] Ueber den



of garrison and three subaltern officers, arrested authorities and loyal officers, and proclaimed their separation from Bulgaria and Russian protection. Movement is not popular, but mainly promoted and executed by foreigners. Government are confident that, order will be restored by to-morrow night, Panitzka having been dispatched with ample force, unless Russia interferes by force in favour of the revolt. Foreign Minister requests, that, for this reason, this information may be regard as secret for the present.

(Sent to Sir F. Lascelles.)

**Nr. 9455. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an die Vertreter der Mächte in Sophia. — Ersucht um möglichst schleunige Namhaftmachung eines Candidaten für den bulg. Fürstenthron\*). [B. 543; Gr. 64.]

(Circulaire.)

Sophia, le 25 Octobre (6 Novembre), 1886\*\*).

M. l'Agent, || J'ai l'honneur de vous prier, au nom de la Régence et du Ministère Bulgares, de vouloir bien interposer vos bons offices auprès de votre Haut Gouvernement pour qu'il daigne nous indiquer, le plus tôt possible, le candidat qu'il recommande comme Prince de Bulgarie. || En vous remerciant d'avance de la communication que vous voudrez bien nous faire du résultat de vos obligeantes démarches à ce sujet, je vous prie d'agréer, &c.

Pour le Ministre et par son ordre:

Le Gérant du Ministère des Affaires Étrangères,

I. D. Panayotoff\*\*\*).

**Nr. 9456. ITALIEN.** — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Antwort Italiens auf das bulg. Circular betr. Namhaftmachung eines Throncandidaten. [Gr. 65.]

Roma, 7 novembre 1886.

Signor agente, || Con telegramma di ieri, la Signoria Vostra mi faceva conoscere la circolare diretta da cotesto ministro degli affari esteri ai rappresentanti delle potenze firmatarie del trattato di Berlino, per pregarli d'indicare,

Eindruck, welchen dieser Putsch und die Erklärung der Nichtanerkennung der Sobranjebeschlüsse in der Sobranje hervorbrachte, meldet Mr. Graves am 8. Nov.: Die Erregung der Deputirten sei sehr gross; eine starke Partei und das Heer hätten sich an diesem Tage für directe Wiederwahl Alexanders erklärt. [B. 556.]

\*) General Kaulbars lehnte die Uebersendung dieses Circulars an das russ. Cabinet ab mit der Motivirung, dass Russland die Sobranje als ungesetzlich ansehe und also auch alle von ihr vollzogenen Akte als ungültig. [B. 555; Gr. 66.]

\*\*) Die Ausfertigung für den italien. Vertreter ist vom 24. Oct./5. Nov. datirt.

\*\*\*) Im Grünbuché ist die Form dieses Namens stets Panenzotow.

Nr. 9456. al più presto possibile, il candidato che dai rispettivi governi sarebbe racco-  
 Italien. mandato alla scelta dell'assemblea bulgara.  
 7. Nov. 1886.

Voglia, La prego, dichiarare a Sua Eccellenza il ministro che apprezziamo pienamente la correttezza e la opportunità di codesta comunicazione del governo bulgaro. || Desidero che, nel tempo stesso, Ella porga l'assicurazione nulla più starci a cuore che di vedere la Bulgaria uscire prontamente dalla delicata e pericolosa situazione in cui attualmente si trova; ciò che potrà solo avverarsi coll'assunzione al trono di un nuovo principe, in base alle precise stipulazioni del trattato di Berlino. || Nelle circostanze attuali, la preliminare ed officiosa indicazione, da parte delle potenze, del candidato sul quale si raccolga l'unanimità dei suffragi che devono concorrere alla sua elezione, è indubbiamente e sommamente opportuna. Ella può affermare che l'Italia, dal canto suo, non tralascia, precisamente in questo momento, di applicarsi, per tale scopo, ad opportuno scambio di vedute coi gabinetti amici. Giova sperare che gli intendimenti di quei governi, che particolarmente dimostrano il loro volere di raggiungerè sollecitamente l'intento, condurranno, senza soverchio ritardo, al necessario accordo anche intorno al *modus procedendi*, che non è certo fra le minori difficoltà della questione. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9457. **RUSSLAND.** — Ausserordentl. Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Fordert sofortige Annahme der chiffirten Depeschen des russ. Consuls in Burgas durch das Telegraphenam. [Gr. 68.]

Sophia, 27 octobre (8 novembre) 1886.

Nr. 9457. **Russland.** bureau télégraphique de ladite ville d'accepter ses télégrammes chiffrés. || Je préviens que, si les dépêches du dit consul ne sont pas immédiatement acceptées et régulièrement transmises, je serai forcé de prendre des mesures énergiques pour lui assurer le libre accès du télégraphe. || Je communique copie de la présente aux représentants des Puissances.  
 England. 8. Nov. 1886. Kaulbars.

Nr. 9458. **ENGLAND.** — Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. — Der russ. Viceconsul in Burgas hat die Auslieferung Nabokoffs gefordert. [B. 557.]

(Telegraphic.)

Constantinople, November 9, 1886, 6:27 P.M.

Nr. 9458. I have received the following telegram from Consul-General Jones, Philippopoli:— || "Russian Vice-Consul at Burgas has demanded, that the

Russian officer, Captain Nabokoff by name, who was arrested there while overtly inciting rebellion, should be surrendered to him."

Nr. 9458.  
England.  
9. Nov. 1886.

**Nr. 9459. BULGARIEN.** — Die Regenten und Minister an den Prinzen Waldemar von Dänemark. — Anzeige der auf ihn gefallenen Wahl zum Fürsten von Bulgarien. [Gr. 72; B. 563.]

Nous soussignés, régents et membres du gouvernement bulgare, avons l'honneur de porter à la connaissance de Votre Altesse que, aujourd'hui, à dix heures et demie, la grande assemblée nationale, convoquée dans l'ancienne capitale de la Bulgarie, Vous a unanimement et par acclamation élu prince de Bulgarie. || L'acte de l'élection sera présenté à Votre Altesse par une députation spéciale, élue par la même assemblée. || Convaincus que Votre Altesse acceptera la noble tâche de consacrer sa vie précieuse au bonheur et à la prospérité d'un peuple qui a donné tant de preuves de vitalité et d'aptitude au progrès et à la civilisation, et qu'Elle s'empressera de venir prendre en mains les rênes du gouvernement, nous avons l'honneur, etc.

Nr. 9459.  
Bulgarien.  
29. Oct.  
10. Nov. 1886.

Les régents et les ministres  
(Suivent les signatures).

Tirnovó, 29 octobre 1886.

**Nr. 9460. ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Meldet den Rücktritt Karaweloffs von der Regentschaft. [B. 564.]

Sophia, November 10, 1886.

My Lord, || M. Karaveloff, one of the Bulgarian Regents, tendered yesterday his resignation of the post he holds to the Great National Assembly by telegraph. The reasons which he gave for resigning were that there were several important questions on which he found it impossible to agree with his colleagues. || I have forwarded the above to Her Majesty's Ambassadors at Constantinople and Vienna. || I have, &c. Frank C. Lascelles.

Nr. 9460.  
England.  
10. Nov. 1886.

**Nr. 9461. ITALIEN.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Oesterreichische Vorstellungen bei Russland und deren Beschwichtigung durch Giers; Russland wird bald einen Throncandidaten vorschlagen. [Gr. 70.]

Roma, 10 novembre 1886.

Signor ambasciatore, || È venuto, oggi, alla Consulta l'ambasciatore di Russia per farmi conoscere, incaricatone dal suo governo, talune dichiarazioni

Nr. 9461.  
Italien.  
10. Nov. 1886.

Nr. 9461. e avvertenze che, con telegramma di ieri, furono dal signor di Giers trasmesse  
 Italien. all'ambasciatore dello Czar a Vienna, acciò ne porgesse comunicazione al conte  
 10. Nov. 1886. Kalnoky. || Il ministro austro-ungarico degli affari esteri aveva fatto manifestare,  
 per mezzo del conte di Wolkenstein, ambasciatore imperiale e reale a Pietro-  
 burgo, l'inquietudine ispiratagli dalla situazione presente, in Bulgaria, a dai  
 procedimenti del generale di Kaulbars. Ed il signor di Giers erasi affrettato  
 a rassicurarlo sugli intendimenti del gabinetto imperiale, esprimendo il con-  
 vincimento che complicazioni europee non sono da temersi fin tanto che, come il re-  
 cente discorso dell'Imperatore Francesco Giuseppe alle delegazioni lo lascia sperare,  
 dura l'accordo fra le tre corti per il mantenimento della pace. || Il signor di Giers  
 incarica, col suo telegramma, il principe Labanoff di ripetere le stesse cose  
 al conte Kalnoky. Aggiunge Sua Eccellenza che il gabinetto di Pietroburgo ha  
 in vista, per il trono bulgaro, un candidato che potrà in breve proporre alle  
 potenze. Si intenderà, allora, con esse per una base legale sopra la quale il  
 nuovo principe possa inaugurare un governo regolare. Il regime attuale nel  
 principato (così conchiude il signor di Giers) non è che la continuazione dell'  
 ambiente rivoluzionario in cui la Bulgaria si trova avvolta dopo la rivoluzione  
 dello scorso anno; importa quindi, anzitutto, che si ristabilisca uno stato di  
 cose legale. || Il barone d'Uxkull non aggiungeva alla sua comunicazione do-  
 manda alcuna. Mi limitai a ringraziarlo. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9462. ITALIEN. — Min. des Ausw. an den Botschafter in  
 St.-Petersburg. — Russischer und italienischer Stand-  
 punkt gegenüber der bulg. Sobranje. [Gr. 71.]

Roma, 11 novembre 1886.

Nr. 9462. Signor ambasciatore, || L'ambasciatore di Russia, nella visita che oggi  
 Italien. facevami, in occasione del mio ordinario ricevimento, ritornava sull'argomento  
 11. Nov. 1886. che forma oggetto del mio dispaccio di ieri. Sua Eccellenza insisteva sulla  
 necessità che anzitutto si *sgombri il terreno* in Bulgaria, per far posto ad una  
 nuova reggenza, ed indi ad una nuova Sobranje, *di cui non facciano  
 parte i deputati rumelioti*, e che abbia così un carattere legale. La  
 nuova assemblea eleggerebbe il Principe che in precedenza si saprebbe  
 accetto a tutte le potenze. || Non esitai a manifestare il mio pensiero al  
 barone di Uxkul. Gli dissi che l'attuazione di quel programma incon-  
 trerebbe molte difficoltà costituzionali, tali da renderne forse impossibile  
 l'attuazione, e da condurre, in ogni modo, alla conseguenza che per  
 lungo tempo ancora non si abbia l'elezione di un principe; mentre siffatta  
 elezione potrebbe, sola, se si avverasse senza indugio, far cessare il periculo-  
 sissimo ed anormale stato di cose che regna in Bulgaria. Osservai, quindi,  
 che il solo sistema pratico da seguirsi consisterebbe, a mio avviso, nel metterci

prontamente d'accordo intorno al candidato da indicare alla attuale Sobranje; non potendosi dubitare, raggiunto questo risultato, che l'assemblea non esiterebbe ad acclamare il principe sul nome del quale saprebbe esser unanimi i suffragi delle grandi potenze. || Ai concetti da me svolti, in questa circostanza, col barone di Uxkuil desidero che, presentandosene l'opportunità, l'Eccellenza Vostra conformi il suo linguaggio col signor di Giers. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

**Nr. 9463. RUSSLAND.** — Ausserord. Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Macht die bulgarische Regierung auf die grausame Behandlung der Aufständischen in Dubnizza und Burgas aufmerksam\*). [Gr. 73; B. 566.]

Le 30 October (11 Novembre), 1886.

Monsieur le Ministre, || J'attire l'attention des Gouvernants Bulgares sur la conduite cruelle des autorités vis-à-vis les révoltés de Doubnizza et de Bourgas ainsi que sur les conséquences qui pourraient en résulter. || Je communique la présente à tous les Représentants des Puissances. || Veuillez, &c.

Kaulbars.

**Nr. 9464. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russ. ausserordentl. Bevollmächtigten in Sophia. — Berichtet über die Freilassung der bei dem Aufstande in Burgas verhafteten russ. Offiziere. [Gr. 76.]

(Traduzione.)

Tirnovò, le 31 octobre 1886.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le sous-lieutenant Zalewski n'a pas été arrêté par les autorités de Bourgas, mais qu'il se trouve dans le consulat impérial de cette ville. || Le capitaine d'état-major Nabokoff, qui a été arrêté à Ankialo, est détenu pour l'examen de cette affaire. || Le conseil des ministres a, dès le commencement, décidé que le capitaine Nabokoff fût livré au consulat russe à Bourgas, aussitôt après la conclusion de l'interrogatoire. || Je remettrai entre les mains de M. le ministre de la guerre le télégramme de Votre Excellence, en le priant de donner les ordres nécessaires à Bourgas pour faire livrer au consulat impérial le susdit individu, dont l'interrogatoire pourra être achevé aujourd'hui, ainsi qu'il ressort des renseignements qui viennent de nous être fournis. || Veuillez agréer, etc.

Natchovitch.

\*) In einer 2. Note von demselben Tage forderte Kaulbars die Auslieferung der beiden hauptbetheiligten Auführer, des russischen Kapitän Nabokoff und eines russischen Lieutenants, an den russischen Viceconsul in Burgas. [B. 566; Gr. 73.]

**Nr. 9465. BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an den russ. ausserordentl. Bevollmächtigten in Sophia. — Weist die Beschwerde über schlechte Behandlung der in Burgas und Dubnitza gefangenen Aufrührer als unbegründet zurück. [Gr. 77.]

Tirnov, 31 octobre (12 novembre) 1886.

Nr. 9465.  
Bulgarien.  
12. Nov. 1886.

En réponse à votre télégramme en date d'hier, concernant la manière d'agir, en quelque sorte inhumaine, des autorités envers les détenus à Bourgas et Doubnitza, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de ne point ajouter foi aux récits qui Lui sont faits par des intéressés. || Il ressort, des renseignements que j'ai reçus de Bourgas, que le vice-consul impérial s'est convaincu lui-même que les plaintes de ce genre, qui lui sont adressées, sont des calomnies, et que les autorités ont agi avec les détenus conformément aux prescriptions des lois. D'un autre côté, le ministère de la justice ne possède de Doubnitza qu'une seule plainte, formulée par l'avocat d'un détenu, individu qui n'inspire pas grande confiance. || En tout cas, les lois donnent le droit, aux personnes lésées, de porter plainte contre les abus de pouvoir par-devant les instances supérieures, qui ne laissent jamais sans suite des réclamations de cette nature. || Veuillez agréer, etc.

Natchovitch.

**Nr. 9466. ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in Rom — Bericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter über die Throncandidatur des Fürsten von Mingrelie(n\*). [B. 567.]

Foreign Office, November 12, 1886.

Nr. 9466.  
England.  
12. Nov. 1886.

Sir, || The Italian Ambassador called to-day to inquire what view Her Majesty's Government took of the candidature of the Prince of Mingrelia as successor to Prince Alexander of Bulgaria. || I said that I thought the Prince's appointment would be open to much objection, from the fact of his being a vassal, or rather a subject, of Russia. || His Excellency agreed, but asked what I thought ought to be done. Was it not better, he observed, to come to some arrangement which would put an end to the present inconvenient and dangerous state of things? || I said I had not as yet given serious consideration to the Prince's candidature, as I imagined that the Russian Government, having protested against the legality of the Sobranje, would not propose to it a candidate of their own, or accept one selected by the Sobranje itself. || Count Corti observed, that the presence of the East Roumelian Delegates

\*) Am 15. Nov. berichtet Graf Robilant über ein Gespräch mit Baron Üxküll, betreffend den russ. Throncandidaten. Er erklärt sich geneigt, ihn anzunehmen, wenn alle Mächte zustimmen, dringt aber auch auf beschleunigte Wahl durch die gegenwärtige Sobranje. [Gr. 80.]

undoubtedly impaired the strict legality of the Sobranje. After a few more observations, his Excellency asked whether Her Majesty's Government would modify in any way their view of the candidature of the Prince of Mingrelia if the Powers were to recognize the Sobranje and the Prince were accepted by that Assembly? || I said, that I would think over the question, and Count Corti observed that he would call again very soon in the hope of receiving an answer. || His Excellency referred approvingly to Lord Salisbury's speech at the Guildhall. || I am, &c. Nr. 9466.  
England.  
12. Nov. 1886.

Iddesleigh.

---

**Nr. 9467. ITALIEN.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Meldet die ablehnende Antwort des Königs von Dänemark, die Ergänzung der Regentschaft, die Abordnung einer bulg. Deputation an die Grossmächte und die Vertagung der Sobranje. [Gr. 75.]

Sofia, 13 novembre 1886. Ric. il 22.

Signor ministro, || Venne comunicato, ieri, alla assemblea costituente il rifiuto del Re di Danimarca di accettare, per suo figlio, il trono di Bulgaria. || L'assemblea ha accettato le dimissioni di Karaveloff, respingendo quelle dei due altri reggenti, e nominando Zifcoff a terzo reggente. || Fu scelta una commissione di tre deputati, signori Stoiloff, Grecoff e Calcieff, incaricati di chiedere alle grandi potenze la designazione di un principe. || L'assemblea si è prorogata *sine die*. || Il vice-console Acton si dispone a rientrare in Sofia coi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra. || Gradisca, ecc. Nr. 9467.  
Italien.  
13. Nov. 1886.

Gerbaix de Sonnaz.

---

**Nr. 9468. ITALIEN.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Kaulbars fordert von der bulg. Regierung unter Androhung des Abbruchs der Beziehungen die Absetzung der Behörden in Philippopel. [Gr. 78.]

(Telegramma.)

Sofia, 14 novembre 1886.

Causa un *cavas* del consolato russo, ferito a Filippopoli, il generale Kaulbars ha chiesto, ieri, la destituzione delle autorità locali, minacciando inoltre di rompere le relazioni qualora non gli sia data soddisfazione entro 24 ore\*). Nr. 9468.  
Italien.  
14. Nov. 1886.

Sonnaz.

---

\*) Tags darauf benachrichtigte der General den ital. Vertreter, dass er diese Frist bis zum 17. d. M. verlängert habe. Er fordert die Absetzung der Civil- und Militärbehörden Philippopels und die Salutirung der russ. Flagge. [Gr. 79.]



**Nr. 9469. ITALIEN.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Erklärung des Generals Kaulbars an die bulg. Regierung über den Abbruch der Beziehungen zu ihr und seine Abreise mit der gesammten russ. Vertretung. [Gr. 81.]

(Telegramma.)

Sofia, 18 novembre 1886.

Nr. 9469.  
Italien.  
18. Nov. 1886.

Il generale Kaulbars ha inviato al governo bulgaro una nota dichiarando che rompe le relazioni e lascia il principato con tutti i funzionari dei consolati russi in Bulgaria ed in Rumelia. || La nota è sostanzialmente così concepita:

Lo Czar volle attestare i suoi sinceri sentimenti verso il popolo bulgaro, ma non un consiglio della Russia fu seguito. Attentati insolenti furono commessi contro i sudditi russi, senza che il governo bulgaro provvedesse. Infine la Sobranje si è riunita senza accordo preventivo, malgrado le proteste della Russia. I fatti provano la risoluzione della reggenza di agire all'infuori della Russia. Il generale Kaulbars dichiara, adunque, che il presente governo bulgaro ha perduto la fiducia della Russia, e che si è resa impossibile la continuazione delle relazioni finchè il governo bulgaro si comporrà dei suoi membri attuali.

Il generale Kaulbars partirà, sabato mattina, per la via di Costantinopoli.  
Sonnaz.

**Nr. 9470. ITALIEN.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Kaulbars hat den von Natschewitsch erbetenen Aufschub der Ultimatumfrist abgelehnt. [Gr. 82.]

(Telegramma.)

Sofia, 18 novembre 1886.

Nr. 9470.  
Italien.  
18. Nov. 1886.

Il signor Natchovitch ha inviato al generale Kaulbars un telegramma, concepito in termini assai moderati, per spiegare la situazione e domandare il tempo necessario a fare un'inchiesta circa il caso di Filippopoli. || Il generale ha semplicemente risposto essere troppo tardi, senza aggiungere altra spiegazione.  
Sonnaz.

**Nr. 9471. ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in Constantinopel. — Stellung Englands zur bulg. Fürstenwahlfrage. [B. 1.]\*)

Foreign Office, November 19, 1886.

Nr. 9471.  
England.  
19. Nov. 1886.

Sir, || I telegraphed to your Excellency to-day to inform you of the present attitude of Her Majesty's Government with regard to the question of the election

\*) Von hier an sind die als aus B entstammend bezeichneten Aktenstücke dem Blaubuche Turkey 1887 Nr. 2 entnommen.



of a Prince of Bulgaria. || They do not think it desirable at this stage to discuss the conditions on which they might agree to any particular candidate. || They reserve all expression of opinion until they are called upon in due course to say whether they agree to the candidate proposed for their assent, according to the terms of the Treaty of Berlin. || I am, &c.

Iddesleigh.

**Nr. 9472. ITALIEN.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Bericht über Kaulbars' Abreise. [Gr. 84.]

(Telegramma.)

Sofia, 20 novembre 1886.

Il generale Kaulbars è partito senza manifestazioni favorevoli od ostili. Fu salutato, questà mattina, dai colleghi e da una ventina di Bulgari.

Sonnaz.

Nr. 9472.  
Italien.  
20. Nov. 1886.

**Nr. 9473. RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in London. — Exposé über die Ziele und den Erfolg der Sendung des Generals Kaulbars.

St. Pétersbourg, le 11 (23) Novembre, 1886.

Votre Excellence aura déjà appris, qu'en présence de l'état de choses arbitraire et anarchique qui subsiste en Bulgarie, et de l'impossibilité de poursuivre aucun rapport avec le Gouvernement de fait dans sa composition actuelle, le Général Baron de Kaulbars ainsi que tous nos Consuls viennent de quitter ce pays et la Roumélie-Orientale. || Je crois nécessaire de vous exposer les vues de l'Empereur dans la situation qui en résulte.

Lorsque le Prince de Battenberg quitta définitivement la Bulgarie, le Cabinet Impérial ne crut pas possible d'abandonner dans cet état de crise un pays créé par la Russie. Il avait le droit et le devoir de l'aider à en sortir. || Ce fut l'objet de la mission du Général de Kaulbars. Elle avait deux buts: assister de ses conseils les hommes au pouvoir, et s'enquérir des vœux réels de la population. || Les conseils que fit entendre le Général de Kaulbars au Gouvernement de fait furent ceux que réclamait la situation, c'est-à-dire, la cessation des luttes de partis, l'apaisement des passions et l'ajournement de toute mesure pouvant y fournir de nouveaux aliments, afin de donner à la Russie et au Sultan la possibilité de se concerter avec les Puissances sur la meilleure solution de cette crise. || Cependant, les détenteurs du pouvoir refusèrent de déférer aux conseils du Général de Kaulbars. Ils poursuivirent le cours de leurs violences contre toute opposition et convoquèrent une Assemblée qui, élue sous un pareil régime, représentait leur propre parti, mais nullement le peuple Bulgare. || Le Général de Kaulbars fut obligé de déclarer en consé-

Nr. 9473.  
Russland.  
23. Nov. 1886.

Nr. 9473.  
Russland.  
23. Nov. 1886.

quence que le Cabinet Impérial ne reconnaissait ni la Régence, ni le Gouvernement, ni l'Assemblée issue d'élections illégales, ni aucune des décisions qu'elle prendrait.

La première partie de sa mission, celle des conseils, était épuisée. Restait la seconde, l'enquête sur les vœux de la population. Ce n'était pas à Sophia, sous les yeux de ce Gouvernement, qu'il pouvait la remplir. Il dut se rendre dans l'intérieur du pays et se mettre en contact direct avec la population. Il avait non seulement à s'enquérir des vœux du peuple Bulgare, mais encore à lui faire connaître les vues bienveillantes de l'Empereur, cachées ou dénaturées par les Agents du Gouvernement. || Il le fit ouvertement, loyalement, au grand jour, et put confirmer de ses propres yeux la certitude que la grande majorité du peuple Bulgare, confiante dans la sollicitude du Souverain de la Russie, invoquait sa protection pour être soustraite à l'oppression, mais que, incapable par elle-même d'aucune initiative, elle se laissait terroriser par la minorité Radicale; en effet, la présence du Général de Kaulbars en province devint le signal d'un redoublement de violences de la part des Agents du Gouvernement contre tous les Bulgares qui avaient osé exprimer leur sentiment au Représentant de l'Empereur de Russie et même contre des sujets Russes. || Le Général de Kaulbars protesta en vain contre ces brutalités. Il n'obtint que des réponses évasives ou des satisfactions apparentes. || Les choses en vinrent au point que le Cabinet Impérial dut envoyer à Varna deux bâtiments de la Marine Impériale pour protéger le Consulat et les sujets Russes, et les soustraire, au besoin, à ces actes de violence. || Cette mesure n'imposa pas un frein aux atteintes contre la sécurité des Consuls et des sujets Russes. || Le Général de Kaulbars se vit alors obligé de déclarer à M. Natchévitch qu'au premier attentat qui serait dirigé contre un des sujets ou protégés Russes, il se trouverait dans la nécessité de quitter la Bulgarie avec tous les Consuls.

Mais cette déclaration ne devait pas non plus avoir de résultat. || Les Gouvernants, ayant la force en main, étaient résolus à n'en user jusqu'au bout que pour se maintenir. || Le mécontentement croissant du pays ne les intimidait pas. Les révoltes partielles et isolées étaient réprimées par la force. || En proposant à l'Assemblée l'élection du Prince Waldemar de Danemark, ils se donnaient l'apparence de vouloir se conformer aux prévisions du Traité de Berlin. Ils devaient être certains qu'aucun Prince n'accepterait la tâche de gouverner le pays dans ces conditions. La réélection du Prince de Battenberg n'offrait pas plus de chances. Elle avait été exclue d'avance. Il ne restait aux dictateurs qu'à faire confirmer leur pouvoir par l'Assemblée, à la dissoudre et à former un triumvirat qui resterait à la tête du pays.

Dans ces conditions un moyen de conciliation avait été suggéré. Une des premières demandes du Général de Kaulbars avait été la formation d'un Gouvernement de fusion qui fit cesser la lutte des partis, apaisât les passions, ajournât l'Assemblée jusqu'à ce que la tranquillité fût rétablie. || Le Sultan, intéressé comme nous à accélérer le terme de cette crise, avait donné à son

Délégué l'ordre de s'entendre avec le Général de Kaulbars. Il conseilla aux triumvirs de modifier la composition de la Régence, d'y faire entrer des hommes des divers partis, inspirant assez de confiance pour qu'on pût traiter avec eux, puis de dissoudre l'Assemblée pour en convoquer une nouvelle, légalement élue, lorsque les Puissances se seraient mises d'accord sur le choix d'un Prince et sur les conditions dans lesquelles il pourrait prendre le pouvoir. || Un instant les dictateurs parurent vouloir entrer dans cette voie. Leur position était fortement ébranlée; la discorde régnant entre eux, leur avenir était compromis. Ils se prêtèrent à des négociations avec les chefs de l'Opposition. Elles ne purent pas aboutir à la suite d'encouragements que les gens au pouvoir crurent pouvoir puiser du dehors et dans leur confiance d'une impunité assurée par l'absence de toute intervention militaire. Dès lors, loin de modifier la Régence dans le sens de la conciliation, ils la complétèrent dans le sens le plus radical. || En présence de cet état de choses une nouvelle atteinte ayant été portée à la sécurité du cavas du Consulat de Russie à Philippopoli, sans que la satisfaction exigée ait été donnée, il a été prescrit au Général de Kaulbars et à tous les Consuls Russes de quitter la Bulgarie avec tout leur personnel. En même temps ordre a été donné aux navires de la Marine Impériale, en station à Varna, d'embarquer les sujets Russes qui voudraient s'éloigner du pays, où ils ne se sentent plus en sûreté.

Telle est la marche suivie par le Cabinet Impérial. Elle est conforme aux traditions de la Russie, à sa bienveillance pour la nation Bulgare, à sa sollicitude pour la paix de l'Orient et de l'Europe. || La Russie qui a créé la Bulgarie ne veut certainement pas attenter à son indépendance. Elle veut la lui rendre. Elle a le droit et le devoir de ne point permettre que le peuple Bulgare, pour lequel elle a combattu, le peuple qui ne fait pas de politique, mais qui travaille, veut vivre en ordre et en paix et contient en lui le germe de l'avenir du pays, soit opprimé par une minorité d'agitateurs Radicaux, détourné de sa voie naturelle et transformé en un foyer d'anarchie, de révolution et d'hostilité envers la nation qui l'a appelé à la vie et n'a pas d'autre désir que de la lui conserver. || Sa Majesté l'Empereur ne renonce pas à l'espoir d'atteindre ce but. Sa Majesté continuera à y vouer ses efforts. Elle veut le poursuivre par des voies pacifiques et sans s'écarter des Traités tant qu'ils seront également respectés par les autres Puissances. || C'est dans ces conditions que notre auguste Maître attendra le développement de la situation. || Veuillez donner lecture de la présente dépêche à M. le Ministre des Affaires Étrangères, et lui en laisser copie si son Excellence le désire. || Agréez, &c.

Nr. 9473.  
Russland.  
23. Nov. 1886.

**Nr. 9474. TÜRKEI.** — Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. — Erklärt sich für die Wahl des Fürsten von Mingrelien und ersucht die Mächte, diese Candidatur zu unterstützen\*). [B. 3.]

(Télégraphique.)

Constantinople, le 3 Décembre, 1886.

Nr. 9474.  
Türkei.  
3. Dec. 1886.

Depuis les derniers événements survenus en Bulgarie, la situation reste incéise dans cette Principauté. Il est vrai que le Gouvernement Provisoire s'efforce d'y maintenir l'ordre; mais tant qu'on s'y trouvera placé en présence d'éléments opposés qui envisagent les intérêts du pays à des points de vue différents, la porte restera à tout moment ouverte devant des éventualités que l'on ne saurait prévoir. Les préjudices qui résulteraient de cet état de choses sont de nature à toucher directement le Gouvernement Impérial, qui, dès lors, doit tenir, à l'instar des Grandes Puissances, à ce que les difficultés actuelles disparaissent sans donner motif à la reproduction d'incidents inattendus. || Justement préoccupé de la question de la vacance du poste Princier, les Bulgares ont déjà eu recours à la Cour Suzeraine, leur autorité suprême légitime, pour leur désigner le candidat à élire par eux. Sur ces entrefaites, le Gouvernement Impérial de Russie nous a proposé la candidature du Prince de Mingrélie; et le Gouvernement Impérial, après avoir constaté qu'il n'y avait aucun motif de décliner cette proposition, y a donné, en vue de la prompte solution de la question, son adhésion, persuadé qu'il est que les autres Puissances ne refuseraient pas à leur tour leur assentiment. || En soumettant ce qui précède à la haute attention du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, vous voudrez bien lui exprimer notre confiance de le voir nous prêter son bienveillant concours dans les dispositions que le Gouvernement Impérial croira devoir recommander à Sophia pour l'élection du Prince de Mingrélie. || Vous êtes autorisé à donner copie de cette dépêche à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères.

---

\*) In der Beantwortung der türkischen Note in einer Depesché an den englischen Botschafter in Constantinopel vom 17. December [B. 5] giebt Iddesleigh zunächst die Erklärungen wieder, welche er in St.-Petersburg über den englischen Standpunkt zur bulg. Frage am 8. December [Nr. 9476] hatte geben lassen, und fährt dann fort:

The accounts which have been received by Her Majesty's Government give reason to doubt whether the candidature of the Prince of Mingrelia would be favourably received by the people of Bulgaria. They are, moreover, without information as to the conditions on which the Russian Government would be ready to recognize his election, and they cannot, under the circumstances, undertake to join the Turkish Government in recommending the Prince at Sophia for election.

---

Nr. 9475. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Standpunkt Englands zur gegenwärtigen Lage in Bulgarien. [B. 4.]

Foreign Office, December 8, 1886.

Sir, || The Russian Chargé d'Affaires communicated to me on the 3rd instant a copy of M. de Giers' Circular despatch of the 11th (23rd) ultimo, explaining the circumstances under which General Kaulbars and the Russian Consular officers have been withdrawn from Bulgaria and Eastern Roumelia. || Her Majesty's Government have given their careful consideration to this important paper. || I do not propose to enter into any detailed examination of the recital of facts contained in it. I think it right to state, that the impressions of the Russian Government differ widely in many respects from those which Her Majesty's Government have formed from the Reports of the same events received from their Agents on the spot, and from other and various sources of information. Her Majesty's Government believe, that their views in regard to these events, and to the existing condition of Bulgaria and Eastern Roumelia, are in substantial agreement with those of other Governments who have the means of independent observation.

I may, however, pass without further observation from this part of the subject to the statements made by M. de Giers as to the intentions of the Russian Government for the future. His Excellency declares, that Russia has no intention of attacking the independence of Bulgaria; that she wishes to save the Bulgarian people from oppression by a minority, which M. de Giers describes as consisting of Radical agitators. The Emperor will, he says, continue to devote his efforts to this object, and desires to pursue it by pacific means, and without departing from Treaty engagements so long as these are equally respected by the other Powers. || Her Majesty's Government equally desire the maintenance of Treaties, the settlement of the questions which have arisen by pacific means, and the free exercise by Bulgaria of the autonomy provided for her by European agreement. || Her Majesty's Government will be happy to take part in any discussions between the Powers parties to the Treaty of Berlin with a view to the attainment of these objects, whether in the form of an exchange of ideas, of a Conference of Plenipotentiaries, or of an International Commission to determine the conditions of the union between Bulgaria and Eastern Roumelia. It would, they think, be most in accordance with the course of procedure prescribed in the Treaty of Berlin on the occasion of the original constitution of the Principality, that such deliberations should precede any decision as to the choice of the new Ruler of Bulgaria, and Her Majesty's Government would themselves prefer to reserve their opinion on this point until the conditions of the union have been examined and settled. || You will read this despatch to M. de Giers, and leave him a copy of it if he should desire it. || I am, &c.

I d d e s l e i g h.

Nr. 9475.  
England.  
8. Dec. 1886.

## Batum\*).

Nr. 9476. **RUSSLAND.** — Notiz an die Signatarmächte des Berliner Vertrages. — Darlegung der Unzuträglichkeiten, welche die Freihafenstellung Batums für die Stadt, die Umgebung und den russischen Staat gehabt hat, und Anzeige der beabsichtigten Schliessung des Freihafens. [W. 1. Inclos.]

*Notice.*

(Ueberreicht in London am 3. Juli 1886.)

Nr. 9476.  
Russland.  
3. Juli 1886.

Les conditions dans lesquelles Batoum a été placé depuis son annexion à la Russie, et qui font l'objet de l'Article LIX du Traité de Berlin\*\*), ont créé tant à la ville même qu'à toute la région environnante, une situation anormale dont les pernicieuses conséquences ne peuvent plus tarder à appeler l'attention et la sollicitude du Gouvernement Impérial. || Le dommage qui en résulte pour le fisc et qui ne se réduit pas à la perte sèche des droits sur les importations consommées à Batoum, mais comprend également la charge supplémentaire de l'entretien d'un cordon de Douane territoriale et les facilités offertes à la contrebande, ne présente néanmoins ici qu'un intérêt secondaire. C'est la prospérité même et le développement commercial de Batoum qui sont frappés à leur source par le fait de l'existence aux portes de la ville d'un cordon Douanier. L'État ne saurait reculer les limites de la zone de franchise sans grever son Budget d'un surcroît de frais de surveillance dont la garantie deviendrait, en outre, d'autant plus illusoire. Resserré et, pour ainsi dire, étranglé sur une étroite superficie, le commerce local se voit voué à une stagnation forcée au lieu de l'expansion progressive que semblerait lui promettre l'essor économique imprimé au pays depuis son annexion à la Russie. D'autre part, les établissements commerciaux ou industriels qu'on a essayé de fonder en dehors du cordon ne peuvent évidemment soutenir la lutte avec des concurrents libérés, pour l'entrée de leur outillage, du paiement de droits de douane. Tel est le cas notamment pour les entrepôts de pétrole. Batoum,

\*) Die Aktenstücke sind entnommen dem englischen Weissbuche: Russia Nr. 1 (1886). Correspondence respecting the port of Batoum. In den Ueberschriften: W.

\*\*) Vgl. Staatsarchiv Bd. XXXIV.

tête de ligne du Chemin de Fer de Bakou, constitue à ce titre le débouché le plus naturel pour une branche du commerce dont le développement intéresse à un si haut degré la prospérité de nos possessions du Transcaucase, en même temps que les besoins de la consommation Européenne. Mais les avantages que Batoum pourrait tirer de sa position sont entièrement paralysés par les conditions défavorables qui résultent pour cette ville de sa qualité de port franc; et l'autorité reçoit des négociants en pétrole des plaintes incessantes sur les difficultés que leur crée la circonstance en question. || Là ne se bornent pourtant pas les inconvénients de la situation isolée qui a été ainsi faite à Batoum. Les voyageurs qui y débarquent pour se rendre au Caucase par la voie la plus rapide ont à traverser au sortir de la ville les formalités et les tracasseries d'une visite de Douane. Mais ce qui est bien plus grave, c'est que les mêmes précautions devant nécessairement être appliquées à toute personne qui aurait à franchir la ligne du cordon de surveillance, on n'a pu éviter d'y soumettre la population rustique des districts contigus, qui, de date immémoriale, est toujours venue chercher à Batoum les articles nécessaires à son ménage: les vêtements, la chaussure, les outils, &c. Les villageois doivent acquitter les droits pour toutes leurs emplettes, et cela en argent comptant, qui n'abonde guère dans le pays. Il arrive, en outre, qu'ils soient tenus de justifier la provenance des objets même qu'ils portent sur le corps, ce qui ne laisse pas de donner prise à des contestations fréquentes et pénibles. Les femmes ne sont pas exemptes d'une visite très minutieuse, et rien ne répugne davantage aux moeurs Muselmanes, qui considèrent tout contact de ce genre comme une sorte de sacrilège. Aussi des Pétitions couvertes de milliers de signatures ont-elles été adressées à l'Administration du Caucase par les populations locales, pour protester contre des mesures qui portent à leurs yeux un caractère odieux et vexatoire, mais qui sont évidemment inhérentes à l'existence même d'un cordon Douanier. || En présence des circonstances de cette importance, le Gouvernement Impérial ne saurait perdre de vue que l'Article LIX occupe dans le Traité de Berlin une place à part; car il n'est pas, comme les autres, le produit d'un accord collectif, mais il se borne à enregistrer une déclaration libre et spontanée de Sa Majesté l'Empereur Alexandre II, d'impérissable mémoire. Les avantages que cette promesse avait alors en vue d'assurer aux autres États Consignataires semblent désormais écartés de la question; car avec la suppression du transit du Caucase, Batoum a perdu toute sa valeur comme entrepôt des produits autrefois échangés par cette voie entre les États d'Europe et la Perse, et n'a conservé que le caractère d'un port d'importation. Il n'existe donc plus au dehors d'intérêts au nom desquels le Gouvernement Impérial puisse s'imposer plus longtemps un sacrifice aussi préjudiciable au bien-être d'une province de l'Empire. Une expérience de huit années a trop bien démontré les désastreux effets de cette concession toute volontaire pour qu'il soit permis de méconnaître l'urgence de son retrait.



Nr. 9477. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Berichtet über die von ihm erhobenen Einwände gegen die Berechtigung Russlands, den Freihafen von Batum zu schliessen, bei Anzeige dieser Absicht durch den russ. Botschafter. [W. 1.]

(Extract.)

Foreign Office, Juli 3, 1886.

Nr. 9477.  
England.  
3. Juli 1886.

At an interview which I had with the Russian Ambassador to-day, his Excellency read to me a Circular despatch from his Government and delivered to me a Notice, of which I inclose a copy herewith, announcing the intention of the Emperor to terminate the Arrangement, embodied in the LIXth Article of the Treaty of Berlin, constituting Batoum a free port: || In handing me this document M. de Staal made a verbal statement to the following effect. || His Excellency said that the provision, by virtue of which Batoum was granted the privileges of a free port, although formally included in the Treaty of Berlin, was none the less due to the spontaneous initiative of His Majesty the Emperor Alexander II, and was so accepted by the Congress. The object of this provision was to insure the interests of commerce in transit, which the port in question formerly served, and to contribute at the same time to the development of the welfare of the population which had just been annexed to Russia. But, as the experience of eight years had sufficiently proved, the results obtained by the application of the system inaugurated in 1878 had not fulfilled the intentions of the Imperial Government. With regard to trade, Batoum no longer enjoyed such importance as it did before the suppression of transit by the Caucasus. It had only preserved such importance as resulted from its geographical position as the terminus of the railway which traversed that country. Moreover, as appeared from the Circular, the existence of a Customs cordon at the very gates of the town created an insurmountable barrier to the development of local industry, and weighed heavily on the neighbouring population, which was obliged to obtain from thence all the necessaries of life. In his solicitude for the welfare of this district His Majesty the Emperor did not deem it possible to permit this state of things to exist any longer, and he had resolved henceforth to apply at Batoum the system in force at the other commercial ports of the Empire. || M. de Staal was instructed to add, that the Imperial Government had too much confidence in the sentiments of equity of the Powers to admit that this measure could give rise to any objection on their part. It was only destined to give just satisfaction to the wishes of a population whose most legitimate interests had been injured, and to set aside the obstacles which prevented the natural and progressive development of a province of the Empire. Furthermore, as Batoum was to preserve in the future the character of a port essentially commercial, the measure in no way modified the actual state of things in the Black Sea, and could not, consequently, be considered as contrary to the stipulations of the Treaty



of Berlin, as a whole, which the Imperial Government had never, under any circumstances, failed to observe.

Nr. 9477.  
England.  
3. Juli 1886.

I told his Excellency, that, in my opinion, the matter, though it did not concern this country alone, but affected all the Powers signatory of the Treaty of Berlin, was most grave. Its gravity consisted mainly in this, that Russia, of her own motion and without consulting the other Signatory Powers, had declared null one of the principal stipulations of the Treaty of Berlin, and one which had been taken as a set-off against the relinquishment of claims which were considered essential by the British Representatives at the Congress. || To illustrate my meaning I pointed out to his Excellency some passages from the 14th Protocol of the Congress of the 6th July, 1878, when the question of Batoum was discussed. On that occasion Prince Gortchakoff, after announcing the abandonment of the Russian claims to Erzeroum, Bayazid and the Valley of Alashkerd, proceeded as follows:—

“I am further authorized to declare that my august Master, exercising his right of sovereignty, will declare Batoum a free port. This meets the material interests of all commercial nations, and more particularly, perhaps, those of Great Britain, whose commerce employs the largest number of vessels.”

Prince Bismarck, in placing on record the importance of the communication thus made, observed, that the abandonment of Bayazid and of the Valley of Alashkerd and, above all, the constitution of Batoum as a free port formed considerable modifications of the Treaty of San Stefano, and added that the last concession facilitated the evacuation of Batoum and the exchange of it for Erzeroum. || Lord Beaconsfield would have preferred, that Batoum, in becoming a free port, were not comprised in Russian territory. Full of confidence in the declarations of the Emperor of Russia, Lord Beaconsfield saw, undoubtedly, in the advantages of the freedom of this port a compensation for an annexation which he was unable to approve; but he could not avoid saying that it was painful to think, that, while fully congratulating himself on the creation of a free port, there were grounds at the same time for anxiety as to the means of preventing, or at least of diminishing, fresh disorders. || Count Andrassy heard with satisfaction the declarations of Prince Gortchakoff, and he believed that the constitution of Batoum as a free port was an evident advantage for all European Powers. || The Congress having passed to the question of the Straits, Lord Salisbury declared that, if the acquisition of Batoum had been maintained under conditions menacing to the liberty of the Black Sea, England could no have taken the engagement towards the other European Powers to interdict to herself the entry of that sea. But Batoum having been declared a free and commercial port, the English Government would not decline to renew their engagements under the modifications imposed by the decisions already taken at the Congress. || After a discussion as to the character of the *status quo ante* in the Straits, Count Schouvaloff stated that, in his opinion, the Congress had not on this point to discuss the Acts of

Nr. 9477. 1856 and 1871. What did Russia demand? She demanded solely the *status*  
 England. *quo ante* for the Straits. Lord Salisbury made the *status quo* dependent on  
 3. Juli 1886. the conditions of the possession of Batoum by Russia. It would be very easy  
 to prove, that Batoum constituted a menace for no one, and that the possession  
 of that port was only necessary to Russia for the purpose of securing her  
 communications with the large territory which she already possessed on that  
 portion of the coast of the Black Sea, and of securing her commerce. The  
 declaration of the freedom of the port must have removed the last doubts.  
 The port would become an important point for the commerce of the whole  
 world; it could not be a menace for the Straits, and everything counselled,  
 consequently, that the *status quo* should be maintained there. || Lord Salisbury  
 then, on the understanding that Batoum was to be only a commercial port,  
 accepted in principle the *status quo ante* for the Straits.

Resuming my observations, I contended that to say Russia could free  
 herself from this engagement on the ground that it was a spontaneous decla-  
 ration of the late Emperor's was not a valid argument. In the first place,  
 if we were not to consider the declarations of the Emperor as binding, where  
 were we to find, in Russia, the Government and the authority whose decla-  
 rations could be considered as valid? In the second place, it was to be  
 remarked that, as the Protocol clearly showed, the Emperor's declaration with  
 regard to Batoum was in the nature of a solemn contract between His Imperial  
 Majesty and the other Powers, and in no sense a free gift of his own un-  
 accompanied by other stipulations. || I did not think it necessary to call his  
 Excellency's attention to the Annex of Protocol No. 1 of the Black Sea Con-  
 ference, which was signed in London the 17th January, 1871. But familiar  
 as that document is, I cannot close this despatch without repeating its terms  
 to your Excellency:— || "The Plenipotentiaries of North Germany, of Austria-  
 Hungary, of Great Britain, of Italy, of Russia and of Turkey, assembled to-  
 day in Conference, recognize that it is an essential principle of the law of  
 nations that no Power can liberate itself from the engagements of a Treaty,  
 nor modify the stipulations thereof, unless with the consent of the Contracting  
 Powers by means of an amicable arrangement." || Without this citation, even  
 a *prima facie* review of the Russian note would be obviously incomplete.

---

Nr. 9478. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in  
 St.-Petersburg. — Erklärt die Aufhebung des Frei-  
 hafens von Batoum als eine Verletzung des Berliner  
 Vertrages: England könne im Interesse der Unver-  
 letzlichkeit internationaler Abmachungen daher das  
 russische Verfahren nicht anerkennen, noch darein  
 willigen. [W. 2.]

Foreign Office, July 13, 1886.

Nr. 9478. Sir, || On the 3rd instant the Russian Ambassador read to me a Circular  
 England. despatch from his Government announcing the determination of the Emperor  
 13. Juli 1886.

of Russia to abrogate the clause of the LIXth Article of the Treaty of Berlin, which declares His Majesty's intention to constitute Batoum a free port. It is argued in the Circular and the Memorandum annexed to it, that this step is no infraction of the Treaty, as the Article is not an ordinary one, but rests on a spontaneous declaration of the late Emperor. || The Circular further explains, that the inconvenience arising from the status of Batoum under the Treaty renders an alteration of that status necessary. || And lastly, it announces that as Batoum would remain essentially a commercial port, the situation would not be changed.

As regards the last point, I need only say, that Her Majesty's Government fully appreciate this declaration. || I took the opportunity of at once pointing out to M. de Staal some of the considerations which occurred to me at first sight. These observations I have already recorded in my despatch of the 3rd instant to your Excellency. || But it is necessary, without loss of time, to define the attitude of Her Majesty's Government in face of this proceeding. || In the first place, it must be understood that, Her Majesty's Government cannot accept the view that this step on the part of Russia does not constitute an infraction of the Treaty of Berlin, of which, indeed, it obliterates a distinct stipulation. Granting the doctrine, which, as far as Her Majesty's Government are aware, is an entirely novel one, that the spontaneous declaration of His Majesty the late Emperor is not to be considered as binding because it was spontaneous, it cannot be denied that its embodiment in the Treaty placed it on the same footing as any other part of that instrument. If this be not so, for what reason was it inserted? Had it merely been desired to place an intention on record, the statements in the Protocol were more than sufficient. But there are further circumstances which are conclusive on this point. || I have already cited both to your Excellency and M. de Staal the passages from the Protocols of the Congress of Berlin, which show that Prince Bismarck and Count Andrassy on the part of Germany and Austria-Hungary, and Count Schouvaloff on the part of Russia, recognized the action of Russia as "constituting" Batoum a free port, not at the will and pleasure of the Russian Government, but as a definitive act, endorsed by Europe, and international in its character, while the British Plenipotentiaries stated that it was the condition on which they assented to the acquisition of Batoum by Russia. The declaration, accepted in this spirit and on this understanding, was embodied in an integral clause of the Treaty. It is, therefore, impossible to contend, that this provision stands on a different footing from the other stipulations of that instrument. This being so, the terms of the Protocol of London of the 17th January, 1871, are applicable in all their force. I have already cited it to your Excellency, and I need hardly repeat that the Great Powers on that occasion recognized by a solemn act "that it is an essential principle of the law of nations that no Power can liberate itself from the engagements of a Treaty, nor modify the stipulations thereof, unless with the consent of the

Nr. 9478.  
England.  
13. Juli 1886.

Contracting Powers by means of an amicable arrangement." That consent Russia does not even seek on the present occasion. But it is scarcely possible, that her Government should consider this international act as having become obsolete, for it was appealed to by the Russian Plenipotentiary in the recent Conference at Constantinople. In the seventh sitting of that Conference, on the 25th November last, M. de Nélidoff remarked: "A un point de vue plus général, le maintien du Traité de Berlin était en accord avec les termes du Protocole signé à Londres le 17 Janvier, 1871, Protocole qui établit comme un principe essentiel du droit des gens", &c. || "Ce principe nous paraissait particulièrement applicable à la situation diplomatique produite par les récents engagements, et aucune Puissance n'ayant exprimé l'intention de s'écarter du Traité de Berlin, nous avons des raisons de croire à son maintien intégral." || To these observations the British Plenipotentiary replied: "Le fait de viser dans la Conférence l'un des Articles du Traité ne peut conduire à cette conclusion qu'on désire toucher à la validité du Traité lui-même; bien au contraire, le Gouvernement Anglais y tient tout autant que les autres Puissances." . . . . "Aucune modification au texte d'un Article du Traité de Berlin ne peut évidemment être faite que du consentement unanime des Puissances, et c'est justement le terrain sur lequel le Gouvernement Britannique s'est toujours placé, et sur lequel il se maintient aujourd'hui.

Under these circumstances, Her Majesty's Government cannot recognize any amount of commercial inconvenience as furnishing a justification for a peremptory declaration of the Russian Government on its whole sole authority that this portion of the Treaty is to be regarded as no longer valid. The question, from this point of view, is one which concerns all the Powers parties to the Declaration of the 19th January, 1871, and to the Treaty of Berlin. || Apart from the position of Great Britain as one of those Powers, Her Majesty's Government have little or no material interest in the question. As a matter of commerce, it may be remarked, that the trade of France with Batoum is much the most considerable, that of Turkey comes next, and that of Great Britain is relatively small. Nor are there any further interests involved which mainly concern this country. Other Powers are no doubt directly or indirectly affected by the alteration of the commercial status of Batoum; but Her Majesty's Government do not feel, that this is sensibly the case so far as Great Britain is concerned. || One direct, supreme and perpetual interest, however, is no doubt at stake in this transaction—that of the binding force and sanctity of international engagements. Great Britain is ready at all times and in all seasons to uphold that principle, and she cannot palter with it in the present instance. || Her Majesty's Government cannot, therefore, consent to recognize or associate themselves in any shape or form with this proceeding of the Russian Government. They are compelled to place on record their view, that it constitutes a violation of the Treaty of Berlin, unsanctioned by the Signatory Powers, that it tends to make future Conventions of the kind

difficult, if not impossible, and to cast doubt at least on those already concluded. || It must be for the other Powers to judge how far they can acquiesce in this breach of an international engagement. But in no case can Her Majesty's Government have any share in it. It must rest upon the sole responsibility of its authors. || Your Excellency will read and give a copy of this despatch to M. de Giers. || I am, &c.

Rosebery.

Nr. 9479. **RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in London. — Antwort auf die englischen Vorstellungen. — Giers erklärt die Batumangelegenheit lediglich für eine innere Angelegenheit Russlands und hält seine Ansicht, dass die Errichtung des Freihafens aus freiwilligem Entschlusse des Czaren Alexander II. hervorgegangen und keine vertragmässige Verpflichtung Russlands sei, aufrecht. [W. 3.]

St.-Pétersbourg, le 10 (22) Julliet, 1886.

M. l'Ambassadeur, || M. l'ambassadeur d'Angleterre m'a remis, d'ordre de son Gouvernement, la dépêche de Lord Rosebery, dont je joins ci-près une copie. || Je n'ai pas caché à M. Morier la pénible surprise que me causait cette communication, et surtout l'accusation portée contre une Grande Puissance de violer la foi des Traités. Je l'ai repoussée de toute la force de mes convictions. En notifiant aux Gouvernements un avis pouvant intéresser leur commerce, le Cabinet Impérial a cru être dispensé de toute discussion sur une mesure d'ordre purement intérieur administratif et commercial. Mais j'ai ajouté que du moment où le Gouvernement de Sa Majesté Britannique croyait devoir nous faire des observations, en se plaçant sur le terrain du Traité de Berlin, je me réservais de lui faire part de notre point de vue après avoir pris les ordres de Sa Majesté l'Empereur. || Veuillez dire à Lord Rosebery que nous maintenons notre opinion que la déclaration spontanée de l'intention de l'Empereur d'ériger Batoum en port-franc ne constituait pas une obligation, et que par conséquent la modification de cette intention, réclamée par les circonstances, ne saurait être envisagée comme une dérogation à des engagements qui n'existaient pas. || Vous avez déjà été chargé d'exposer ce point de vue. Je n'ai rien à ajouter aux observations judicieuses que vous avez présentées à ce sujet.

Il s'ensuit que le Protocole de Londres de 1871, invoqué par Lord Rosebery, n'est nullement applicable au cas présent. || Quant au Traité de Berlin, je ne relèverai pas les violations qui y ont été faites. Je me bornerai à rappeler que le Cabinet Impérial a donné des preuves suffisantes de son respect pour cette transaction en tant qu'elle était destinée à préserver la paix

Nr. 9478.  
England.  
13. Juli 1886.

Nr. 9479.  
Russland.  
22. Juli 1886.

Nr. 9479.  
Russland.  
22. Juli 1886.

de l'Orient et de l'Europe. Il n'a pas dépendu de nous que son maintien absolu, s'il avait été appuyé par toutes les Puissances, n'écartât les perturbations qui ont agité la presqu'île des Balkans et altéré son équilibre. || Vous pouvez assurer Lord Rosebery que le Cabinet Impérial reste désireux de contribuer à la consolidation de la paix générale dans l'espoir que les Puissances, qui en ont posé et garanti les bases, les respecteront elles-mêmes.

Veillez donner lecture de cette dépêche à Lord Rosebery et en laisser copie à son Excellence. || Agréé, &c.

Giers.

---

# Deutschland, Frankreich und Russland im Jahre 1875.

Nr. 9480. **FRANKREICH.** — General le Flo, von 1871—1879. Botschafter in St.-Petersburg: Aufzeichnungen über seine erfolgreichen Bemühungen, die Intervention des Czaren Alexander II. gegen den von Deutschland 1875 angeblich geplanten Angriff auf Frankreich zu erreichen.

(Veröffentlicht im Supplément littéraire des Pariser Figaro vom 21. Mai 1887.)

*L'Empereur Alexandre II et la France en 1875.*

## I.

On a beaucoup écrit déjà et beaucoup discouru, un peu au hasard et sans grand souci de la vérité et de la justice, j'ai quelque droit de le dire, sur les incidents diplomatiques qui amenèrent, en 1875, l'heureuse et décisive intervention de la Russie en faveur de la paix très sérieusement menacée. Le moment est peut-être venu, il est surtout opportun de faire enfin le jour, et une fois pour toutes, sur un fait historique qui importe à l'honneur de plusieurs; je m'y résigne non pas sans hésitation et sans quelque émotion; sans parler de l'intérêt supérieur de la patrie, ce sera surtout et avant tout de ma part un pieux hommage rendu à la mémoire chère et à jamais vénérée du noble et généreux empereur Alexandre II.

Les menaces de guerre qui émurent si profondément la France et l'Europe tout entière, au printemps de 1875, s'étaient déjà produites avec une extrême vivacité dès le mois de janvier 1874, à la suite de certaines publications de quelques-uns de nos évêques, et particulièrement d'un mandement de Monseigneur de Nîmes, qui avait fortement irrité le prince de Bismarck. Mais ce n'était là qu'un prétexte: la vraie raison pour nous chercher querelle, était l'inquiétude que causait à Berlin la merveilleuse rapidité avec laquelle, après l'étonnant affranchissement de notre formidable contribution de guerre, nous procédions à la réorganisation de notre armée et à la reconstitution de notre

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.

matériel. L'agitation était grande et ne fut cependant pas prise au sérieux à Saint-Pétersbourg. || — Tout cela, me disait le prince Gortchakow, est une comédie, pas autre chose, qui se terminera d'elle-même faute d'acteurs; car Bismarck ne pourra la jouer indéfiniment à lui tout seul.

C'était aussi l'opinion de l'Empereur: || — Entre nous, m'avait dit Sa Majesté, c'est une manière de détourner l'attention, pour échapper à des embarras intérieurs. (Il y avait déjà, à cette époque, une première question de Septennat.) Rassurez-vous donc! Personne ne veut la guerre, et il n'y en aura pas.

Le prince Orlow, venu à Pétersbourg à l'occasion du mariage de la grande-duchesse Marie, et qui avait eu, à son passage à Berlin, de longues et saisissantes conversations avec le prince de Bismarck, me donnait les mêmes assurances, et l'empereur d'Autriche enfin, en visite au mois de février en Russie, m'avait dit: || — On a été un peu nerveux à Berlin; mais je crois qu'on s'y est beaucoup calmé.

J'ai quelque raison de croire que les deux grands souverains dont je viens de parler durent s'entendre pour faire prévaloir auprès de qui de droit des conseils de modération. || Quoi qu'il en soit, il est certain que, grâce au sentiment de bienveillante sympathie qui se manifesta à notre égard dans toutes les cours de l'Europe, et grâce aussi à l'habile et sage politique de notre gouvernement, l'orage fut dissipé, ou le sembla du moins, et le monde parut pouvoir respirer à l'aise. Pour ce qui est de la Russie, la confiance dans le maintien de la paix était absolue, et le prince Gortchakow et l'Empereur ne manquaient pas une occasion de me l'affirmer. || En France, cependant, on n'était pas encore tout à fait rassuré, et le Chancelier m'avait dit à plusieurs reprises: || — "Tâchez donc, pour Dieu! de calmer votre gouvernement; Orlow nous écrit qu'il persiste, malgré tout, dans son cauchemar d'une guerre prochaine, et qu'il le manifeste à tout propos; c'est une faiblesse, croyez-moi, qui est de nature à vous amoindrir aux yeux de l'Europe; je vous répète que vous n'êtes pas menacés; mais en tout cas, vous n'avez qu'une chose à faire: vous rendre forts, très forts."

C'était absolument mon sentiment et c'est sous cette impression que je quittai la Russie, le 15 février 1875, appelé en France, en ma qualité de député, pour prendre part au vote des lois constitutionnelles. C'était la grosse question du moment, et elle absorbait toutes autres préoccupations. Cette grosse affaire terminée, je me rendis dans ma famille, en Bretagne, d'où je ne revins, dans les premiers jours d'avril, que pour reprendre la route de Pétersbourg. Toute agitation avait alors cessé à Paris, le ministère venait d'être reconstitué, le monde officiel était content, tout au repos, du moins en apparence, et je pus prendre congé du maréchal-président et de mon chef direct, le duc Decazes, en pleine sécurité et sans avoir reçu de l'un ni de l'autre aucune nouvelle information et, par suite, aucune autre instruction que d'observer, dans mes rapports en Russie, une très grande réserve à l'égard des choses de Berlin.



Le lendemain, qui était fixé pour mon départ, je devais déjeuner chez le prince Orlow, et comme j'entrais dans son cabinet:— Ah! vous venez à propos, me dit-il, j'écris au prince Gortchakow, et juste, je parlais de vous en ce moment. — Pourrais-je savoir, mon prince, ce que vous voulez bien dire de moi? — Ce n'est point un mystère, tenez, lisez vous-même. || Cette lettre était une répétition de ce qui avait été dit déjà maintes fois, des persistantes et fâcheuses dispositions d'esprit de nos gouvernants à l'égard des prétendues menaces de guerre; Orlow n'y croyait à aucun degré, chose assez étrange par parenthèse et, passionnément français, il s'en affligeait sincèrement; j'en souffrais comme lui et, bien que je fusse sensé parti, je résolus de revoir le maréchal et de m'en expliquer sans ménagements avec lui.

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.

Une heure après déjeuner, je courus à l'Elysée; le Président n'y était pas; je me retournai alors vers le Ministère, le duc Decazes était sorti; une ressource me restait, le directeur des affaires politiques, M. Desprès; il était à une noce. Sans me rebuter, je repris le chemin de l'Elysée, mais sans plus de chance, le Président n'était pas rentré, et forcée me fut ainsi d'attendre au lendemain. A neuf heures du matin, j'étais chez le maréchal à qui, causant à coeur ouvert, je ne dissimulai rien de mes pénibles impressions; je me sentais humilié et je m'en exprimai avec une vive émotion. || — Mais, mon cher général, me dit mon chef suprême, vous ne savez donc pas ce qui se passe? — Je ne sais, monsieur le maréchal, que ce que l'on me dit, et je ne puis supposer qu'on me cache quelque chose. || — Tenez, lisez cela, me dit-il alors en me présentant une liasse de papiers.

Je lus avec stupéfaction! C'était une série de rapports et de documents secrets, quelques-uns de date toute récente, qui ne pouvaient laisser aucun doute sur le projet arrêté de l'Allemagne de nous faire la guerre sans délai, avec ou sans déclaration. J'y relevai surtout deux lettres d'un des plus grands personnages de l'Europe, un prince dont j'ai le devoir de taire le nom, et dont l'une disait: || *Vous serez attaqués au printemps*, et l'autre: *Les dispositions sont changées, la guerre est remise au mois de septembre*. || Je tombai de mon haut. || — Comment! dis-je au maréchal, de pareilles choses existent, j'ai l'honneur d'être accrédité auprès du seul grand souverain qui puisse nous venir en aide, et on me les laisse ignorer? Quelle confiance avez-vous donc en moi? . . . .

Le soir du même jour, à huit heures, j'étais en route pour Pétersbourg, profondément contristé, mais absolument résolu aussi à ne m'inspirer désormais que de mon patriotisme qui saurait, je l'espérais, me dicter ce qui serait, selon les circonstances, le plus conforme aux intérêts et à la dignité de mon pays. Je tenais surtout à saisir le plus tôt possible l'Empereur de cette grave et périlleuse situation; j'étais sûr de ne pas l'y trouver indifférent.

L'occasion ne s'en fit pas attendre. || Dès le lendemain de mon arrivée en effet, le 10 avril, comme j'étais encore couché, un peu fatigué de mes soixante-douze heures de chemin de fer, l'huissier vint me prévenir que le

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.

prince Gortchakow m'attendait dans mon cabinet. Je fus bien vite debout: || — Ah! mon prince, lui dis-je, quel bon réveil vous me procurez! Mais quel événement vous amène donc si matin? || — Aucun événement; le désir seulement d'avoir de vos nouvelles.

— J'en suis bien touché; mais assurément Votre Altesse ne s'est pas dérangée pour si peu. || — Eh bien! oui, il y a autre chose. Et le prince aborda sur-le-champ le sujet délicat de nos tristes relations avec l'Allemagne.

Je l'arrêtai tout court, et lui racontai ma dernière visite au maréchal-président et tout ce que j'y avais vu, entendu et appris. || La conversation qui s'ensuivit est tout entière rapportée dans la lettre ci-jointe, que j'écrivis au duc Decazes après avoir été reçu par l'Empereur.

Saint-Pétersbourg, 20 avril 1875.

Monsieur le Duc,

(Frankreich.  
Boisch.inSt.-  
Petersburg  
an den Min.  
des Answ.  
20. Apr. 1875.)

Mon télégramme du 15 de ce mois vous a déjà fait connaître, d'une manière succincte, l'entretien très rassurant dont l'Empereur a daigné m'honorer. J'y reviendrai avec plus de détails dans cette dépêche; mais je crois devoir vous rendre compte d'abord de la conversation que j'avais eue, l'avant-veille, avec le prince Gortchakow. Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le dire, le Chancelier, sans attendre ma visite, était gracieusement venu me chercher à l'ambassade, dès le lendemain de mon arrivée; et après les quelques compliments d'usage, et quelques observations bienveillantes sur notre situation intérieure qu'il trouve très améliorée et beaucoup plus rassurante depuis l'adoption des lois constitutionnelles, il avait ajouté: "Laissez-moi vous demander seulement de ne pas vous préoccuper avec autant de persistance de ce qui se dit ou se fait à Berlin. Orlow nous a écrit que vous vous alarmiez beaucoup; soyez convaincu que vous vous exagérez la gravité d'un état de choses qui ne s'est pas sensiblement modifié, et que les inquiétudes que vous manifestez, qui ne peuvent être utiles en aucun cas, finiraient par vous amoindrir. A toutes ces prétendues menaces il n'y a qu'une réponse à faire: *vous rendre forts, très forts.*" || — Je ne suis pas éloigné, ai-je répondu, de partager cette manière de voir: j'adopte surtout absolument la dernière observation. Votre Altesse ne saurait nier cependant les symptômes très significatifs qui se révèlent fréquemment encore depuis quelque temps chez nos adversaires. Sans reparler de la mesure de l'interdiction de la sortie des chevaux, sur laquelle vous vous êtes déjà expliqué, vous n'ignorez pas l'activité fiévreuse avec laquelle sont poussés en Allemagne les armements de toute sorte. Je pourrais vous en signaler de tout récents qui portent avec eux leur enseignement. Vous vous étonnez de nos alarmes; mais songez donc, mon prince, qu'une guerre venant nous surprendre au milieu de notre réorganisation militaire, financière, administrative, serait la plus redoutable catastrophe qui pût nous atteindre; et j'ose dire qu'il n'y a pas un Français, à quelque parti qu'il appartienne, qui

ne soit pénétré de cette triste vérité. Vous en voyez la preuve dans la prudence et la sagesse du gouvernement, et plus encore peut-être dans l'étonnante mesure et la circonspection de tous les organes, sans exception, de l'opinion publique. || — C'est vrai, me dit le prince, et c'est une justice que tout le monde se plait à vous rendre. || — Eh bien! n'est-ce pas alors une atroce comédie que de nous signaler chaque jour, dans toute la presse allemande, comme les ennemis du repos de l'Europe, n'ayant qu'une pensée, celle de la revanche à la plus courte échéance? || — Je le reconnais; mais vous n'êtes pas les seuls en butte à toutes ces histoires ridicules. N'a-t-on pas fait courir le bruit, et fait dire partout, il y a quelques mois, que nous étions à la veille d'une rupture avec l'Angleterre? Vous l'avez bien su et vous savez ce qu'il en était! Mais ce que vous ignorez peut-être, et ce dont nous sommes certains, c'est que toutes ces rumeurs malsaines sortaient de la même officine de Berlin. Dans quel but? Dieu le sait!

Révenant quelques instants après sur la question de la guerre, j'ai cru devoir dire au prince qu'après tout on pouvait se faire, en Allemagne, de singulières illusions à notre égard: qu'à coup sûr nous ne sommes pas en mesure de faire une guerre offensive, mais que nous serions cependant en état de nous défendre, et qu'en présence d'une agression sauvage et sans raison, la France se trouverait encore bien vite debout, tout entière et prête à tous les sacrifices; et, comme je m'étendais avec une certaine émotion sur toutes les ressources qui sortiraient des entrailles de la nation exaspérée, poussée à bout et qui n'a pas encore perdu, quoi qu'en disent certains Prussiens, toutes ses qualités guerrières, le prince m'a dit avec vivacité: || — Et vous ne parlez pas de la réprobation générale que soulèverait dans toute l'Europe une pareille agression, et que l'on ne bravera pas, soyez en sûr! || — A la condition cependant, mon prince, ai-je répondu en souriant, que cette réprobation ne restât pas à l'état purement platonique. En tous cas, nous y compterions bien; nous compterions surtout sur l'intervention sympathique et hautement modératrice de S. M. l'Empereur et sur celle de Votre Altesse, nous compterions enfin sur la justice des autres cabinets et sur leurs intérêts. Car, ne vous y trompez pas! une pareille guerre ne serait pas une guerre de six semaines; elle pourrait être une guerre de dix ans, qui ne resterait pas longtemps un simple duel, mais deviendrait bientôt une conflagration générale.

C'est en effet là une opinion très acceptée ici et qui nous est très favorable. Le prince n'avait cessé de m'écouter avec une bienveillance marquée. Au cours de la conversation, je lui ai rappelé le gros argument que l'on tire toujours à Berlin de l'opiniâtre espoir que nous conservons de recouvrer un jour l'Alsace et la Lorraine et du peu de garantie qui en résulte, selon eux, pour le maintien d'une paix qui n'est alors à leurs yeux qu'une trêve. || — Ah! quant à cela, m'a dit le chancelier, ils n'ont pas le droit de se plaindre, ils l'ont voulu! On ne saurait vraiment vous reprocher de nourrir au fond de vos coeurs une semblable espérance, et, si j'étais Français, je la garderais

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.  
(Botsch. in  
St.-Peters-  
burg a. d. Min.  
des Ausw.  
20. Apr. 1875.)

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.  
(Botsch. in  
St.-Peters-  
burg a. d. Min.  
des Ausw.  
20. Apr. 1875.)

comme vous. || — L'Alsace et la Lorraine sont en effet, entre l'Allemagne et nous, la question capitale; une question qui se résoudra un jour, j'espère, dans l'intérêt de l'Europe, diplomatiquement et pacifiquement. Nous n'avons pas, quant à présent du moins, d'autre aspiration. || — Affaire de temps et d'opportunité, a reparti le prince. Je crois comme vous que les choses pourront se passer ainsi, au moins pour ce qui est de la Lorraine. L'Alsace, qui renferme tant d'éléments allemands, pourra présenter plus de difficultés. En attendant, soyez assuré encore une fois que tous les efforts de la Russie tendront à contenir les impatiences de Berlin et à y faire prévaloir les idées de paix et de modération.

Le prince, que j'ai revu ce matin même, m'a confié qu'il n'accompagnerait l'Empereur dans son prochain voyage à Berlin, où il s'arrêtera deux jours, que pour agir dans ce sens sur l'esprit de M. de Bismarck, tandis que Sa Majesté emploiera toute son influence sur celui de l'empereur Guillaume.

Je reviens maintenant, Monsieur le duc, sur ma réception de l'autre semaine par l'Empereur, et, pour plus de clarté, je vous prie de me permettre de reproduire les principaux passages de mon télégramme du 15. Sa Majesté avait commencé par m'adresser une série de questions, toutes bienveillantes et sympathiques, sur notre situation intérieure, sur les diverses incidents qui avaient amené et le vote de la loi sur le Sénat et la déclaration de la République, — deux actes qu'elle a approuvés parce qu'ils lui semblent de nature à donner, dans les circonstances actuelles, de nouveaux gages à la sécurité publique et une plus grande stabilité au gouvernement. L'Empereur m'a dit à ce sujet les choses les plus flatteuses pour le maréchal. Je l'en ai remercié avec effusion, et j'en ai pris occasion de dire à Sa Majesté qu'il était bien vrai qu'un sensible apaisement s'était déjà produit dans les esprits, qu'à aucune époque la tranquillité n'avait été plus assurée à l'intérieur, et l'esprit de l'armée meilleur à tous les points de vue, mais que, pour notre malheur, M. de Bismarck se plaisait à multiplier, à l'extérieur, une succession non interrompue de points noirs qui troublaient le pays et étaient de nature à faire naître les plus vives inquiétudes. || — Je comprends cette anxiété, m'a répondu Sa Majesté, et j'en déplore les causes. J'ai la conviction cependant que l'Allemagne est très loin de vouloir la guerre, et que tous ces agissements très regrettables de Bismarck ne sont que des ruses employées par lui, pour mieux assurer son pouvoir, en se faisant croire plus nécessaire par l'étalage de dangers imaginaires. Je sais pertinemment que l'empereur Guillaume est très résolument opposé à toute nouvelle guerre, et, si Sa Majesté venait à manquer, je crois que le prince royal ne la voudrait pas plus que son père. En tous cas, soyez assuré que je veux la paix comme vous, et que je ne négligerai rien pour qu'elle ne soit pas troublée. || — La France l'espère ainsi, Sire, ai-je répondu, et elle compte, pour détourner d'elle les dangers qui la menacent, sur la puissante intervention de Votre Majesté, dont la parole respectée exerce aujourd'hui une si grande influence en Europe.

J'ai ajouté que c'était un grand honneur pour la Russie d'avoir conquis en pleine paix, sans tirer un coup de canon, et grâce seulement à la sagesse de son gouvernement et au caractère de l'Empereur, une prépondérance qui peut encore être faiblement discutée à Berlin, qui en tiendrait compte cependant, et dans laquelle nous nous plaisons, nous, avec tous les autres Cabinets, à mettre notre plus grande confiance! || Sa Majesté a paru goûter ce compliment d'ailleurs très sincère. Revenant ensuite sur les divers indices de dispositions hostiles que j'avais signalés, l'Empereur m'a fait observer, par exemple, que le fait des 40 millions de douilles métalliques pour cartouches commandés à Vienne s'explique par l'adoption du nouveau fusil Mauser, auquel les anciennes douilles peuvent ne pas s'adapter, et par le désir de refaire ainsi les nouveaux approvisionnements de réserve dans les mêmes proportions qui existaient pour l'ancienne arme. Il a fait une remarque analogue pour la livraison par la maison Krupp de 400 canons de nouveau modèle par mois, et il a ajouté, mais avec bonté, que le reproche que nous adressons à cet égard à la Prusse, elle nous le retourne avec une apparence de raison. — Non pas; a dit l'Empereur, que je ne trouve pas parfaitement légitime l'activité que vous apportez à augmenter les forces de votre armée: mais l'argument se présente trop naturellement pour que Bismarck ne s'en serve pas contre vous. || — La situation n'est cependant pas tout à fait la même, Sire; car les forces militaires de l'Allemagne étaient restées complètes après la guerre. Elles avaient même peut-être augmenté, tandis que les nôtres avaient sombré entièrement, et coulé comme à pic. || — C'est vrai, m'a dit l'Empereur; je le reconnais et je ne vous blâme pas, tant s'en faut! Quoi qu'il en soit, je le répète, on ne peut pas vous faire la guerre, tant que vous n'y donnez aucune raison sérieuse, et vous n'en donnez pas. S'il en était autrement, c'est-à-dire si l'Allemagne entendait entrer en campagne sans motif ou sous des prétextes futiles, elles se placerait vis-à-vis de l'Europe dans la même situation que Bonaparte en 1870. || Et Sa Majesté a ajouté d'un ton plus bas et entre les dents quelque chose comme ceci, que l'expression du visage indiquait mieux que la parole: *Et ce serait à ses risques et périls.*

Je termine, monsieur le duc, par la reproduction des dernières phrases de mon entretien avec Sa Majesté, déjà signalées dans mon télégramme du 15: || — Ne vous alarmez donc pas; général, et rassurez votre gouvernement; dites-lui que j'espère que nos relations resteront toujours ce qu'elles sont aujourd'hui, sincèrement cordiales. Vous savez combien j'ai d'estime pour votre personne, j'ai une confiance entière en vous; je crois tout ce que vous me dites: ayez la même confiance en moi. Les intérêts de nos deux pays sont communs, et si, ce que je me refuse à croire, vous étiez un jour sérieusement menacés, vous le sauriez bien vite. || Et l'Empereur a ajouté, après une petite pause qui semblait comme une hésitation: "Et vous le sauriez par moi."

Si Votre Excellence veut bien tenir compte du caractère et des habitudes de langage toujours si réservées de Sa Majesté, elle trouvera, j'espère, ce que

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.  
(Botsch. in  
St.-Peters-  
burg a. d. Min.  
des Ausw.  
20. Apr. 1875.)

Nr. 9480.  
Frankreich,  
15. Mai 1875.  
(Botsch. in  
St.-Peters-  
burg a.d. Min.  
des Ausw.  
20. Apr. 1875.)

je trouve moi-même dans cette conversation, d'incontestables éléments de sécurité. || Veuillez agréer, monsieur de duc, etc. . . .

*L'Ambassadeur de France.*  
Général le Flo.

## II.

En attendant la réponse à cette lettre qui devait me fixer sur les démarches ultérieures que j'aurais à faire auprès de l'Empereur, je m'occupai activement de rechercher tous les symptômes qui pouvaient m'éclairer sur les dispositions dominantes de l'opinion publique et du monde officiel. De tous côtés et de la part du corps diplomatique tout entier, je recueillais les témoignages les moins équivoques de sympathie pour nous et d'une réprobation énergique contre la politique turbulente de Berlin. Tous étaient évidemment fatigués des alertes continuelles du fait du prince de Bismarck, et des alarmes qu'il se faisait un jeu, presque un système de répandre dans toute l'Europe, de Bruxelles à Rome aussi bien que de Vienne à Paris et à la Haye. || — Sans doute, disait un jour un de ses rares partisans, vous avez un peu raison; mais il faut aussi tenir compte de la mauvaise santé et des nerfs du prince de Bismarck. || — Ah! je ne savais pas, répondit l'interlocuteur, que l'état nerveux et bilieux d'un homme d'Etat dût être considéré comme un argument diplomatique.

L'Empereur et le prince Gortchakow continuaient aussi à me tenir le langage le plus rassurant. Sa Majesté, que je rencontrai à la promenade quelques jours après mon audience, m'avait dit: "Eh bien! on se calme un peu là-bas!" *Là-bas*, visait-il Paris ou Berlin? Je pris Paris et je répondis: "Tant mieux, Sire; on y est naturellement porté par la pensée du prochain voyage de Votre Majesté à Berlin, où l'on sait qu'elle n'apportera que des conseils de modération et des paroles de paix." — "Ah! certainement, reprit l'Empereur, *j'y serai un élément calmant.*"

Mais un fait doublement caractéristique s'était produit pendant mon absence. Je veux parler de la mission extraordinaire à Pétersbourg du comte de Radowitz, l'un des agents intimes du prince de Bismarck. En quoi consistait cette mission? Elle avait deux objets: Le premier, avoué, se rapportait à quelques questions de politique générale alors pendantes en Europe; le second, confidentiel, nous concernait directement. M. de Radowitz était chargé de pressentir les dispositions de la Russie au cas où l'on se déciderait, à Berlin, à ouvrir la campagne contre la France, et de faire connaître, ou seulement d'insinuer, selon le tempérament, les concessions que l'Allemagne pourrait faire, du côté de l'Orient, en retour des complaisances et du laissez-faire, que l'on rencontrerait. Des ouvertures furent, en effet, faites dans ce sens, mais sans succès, et il est certain qu'à cette question insidieuse, dite comme en manière de causerie sans conséquence: — "Qu'est-ce qui pourrait donc bien vous être agréable et que réclameriez-vous du côté de la Turquie?"



il avait été répondu: "*Nous ne voulons rien de plus que ce que nous possédons, et nous ne poursuivons en Orient que le maintien de ce qui existe, avec la paix qui n'est pas moins nécessaire aux malheureuses populations chrétiennes de ces pays qu'à celles de tous les autres.*" || Voici un détail qui prouve encore le complet échec de cette tentative de négociation: Voulant sauver les apparences, et se référant à des usages de cour assez généralement admis, le cabinet de Berlin fit demander qu'on voulût bien accorder à son envoyé une distinction honorifique, une décoration qui lui aurait été, en même temps qu'un souvenir flatteur, un semblant d'approbation de sa mission. L'Empereur refusa net.

La bienveillante sympathie du cabinet impérial, d'accord avec l'opinion publique tout entière, s'affirmait donc de plus en plus en notre faveur, et le moment semblait venu de précipiter, par une démarche hardie, les résolutions de l'Empereur. L'occasion m'en fut fournie par une lettre *toute personnelle* que je reçus du duc Decazes. Cette lettre, où de nombreuses ratures et des phrases intercalées témoignaient des graves préoccupations de son auteur, me jeta dans une grande perplexité. Je la transcrivis sans aucune observation préalable, toutes celles qu'elle fit naître dans mon esprit et la résolution décisive qu'elle m'inspira étant consignées dans la réponse que j'y fis quelques jours après, et que je reproduirai textuellement tout à l'heure.

Personnelle.

Paris, 29 avril 1875.

Mon cher général,

Ma correspondance officielle et confidentielle ne me laisse plus grand'chose (Frankreich. Min.d.Answ. an d. Botsch. in St.-Petersburg. 29. Apr. 1875.) à vous dire; mais je tiens cependant à causer un moment avec vous, tout au moins pour que vous sachiez combien nous apprécions l'énergie et l'efficacité de votre intervention, et combien aussi nous faisons foi et état sur les sentiments dont vous avez recueilli l'expression auprès de Sa Majesté Impériale et de son Chancelier. Vous remarquerez que je n'hésite pas à leur attribuer l'apaisement qui se produit depuis quarante-huit heures à Berlin, et qui est si marqué que M. de Gontaut n'hésite pas à considérer comme passée la crise dont il constate en même temps l'intensité exceptionnelle. || L'empereur Guillaume disait, il y a quelques jours, au prince de Polignac: "*On a voulu nous brouiller...*" || Je ne vois pas clairement qui était cet *On* et je ne sais pas donner un nom à ce trouble-fête; mais je vois clairement que c'est l'attitude de la cour de Russie qui a écarté de nous le danger imminent, et vous voudrez bien en exprimer à qui de droit notre profonde reconnaissance. Il appartient à Sa Majesté Impériale de compléter et de fortifier son oeuvre. Je vous ai dit souvent qu'à mes yeux l'empereur de Russie était l'arbitre de la paix du monde: Il peut l'assurer pour longtemps aujourd'hui, par le langage qu'il tiendra à Berlin à son passage et l'énergie avec laquelle il affirmera sa volonté de ne pas permettre qu'elle soit troublée. || La doctrine étrange développée par M. de Radowitz est de celles qui doivent le plus vivement indigner la conscience honnête et droite de ce grand souverain, et il est digne de lui de la traiter



Nr. 9480. comme elle le mérite. Si je ne suis pas aussi rassuré que le prince Gort-  
 Frankreich. chakow le voudrait, et me le conseille, ce n'est pas que je doute de l'appui  
 15. Mai 1887. que son souverain nous prêterait contre de funestes tendances, non plus que  
 (Min.d.Ausw. que de l'influence que son intervention exercerait, *si elle se produisait à temps.* ||  
 an d. Botsch. in St.- Petersbourg. Mais c'est précisément parce que ses volontés pacifiques sont bien connues à  
 29. Apr. 1875.) Berlin, parce qu'on y sait qu'il protestera énergiquement contre des desseins  
 pervers que je dois craindre qu'ils lui soient soigneusement dissimulés, et qu'on  
 se décide quelque jour à le mettre en présence d'un fait accompli. || Je n'aurais  
 plus cette crainte et ma sécurité serait absolue du jour où Sa Majesté aurait  
 déclaré qu'elle considérerait une surprise comme une injure, et *qu'elle ne  
 laisserait pas cette iniquité s'accomplir.* || Avec ce mot-là, la paix du monde  
 serait assurée et il est bien digne de l'empereur Alexandre de le prononcer.  
 Pour moi, je n'hésite pas à ajouter à ce que vous avez dit si justement pour  
 affirmer nos intentions, *nos résolutions* pacifiques, que je suis prêt à donner  
 au Czar telle garantie qu'il croira nécessaire contre toute pensée d'agression,  
 toute pensée d'un trouble à apporter à la paix du monde, décidé à soumettre  
 à son auguste arbitrage tout différend qui pourrait s'élever, et à mettre ainsi  
 sous la sauvegarde de sa haute raison cet apaisement des coeurs, des esprits  
 et des intérêts dont il a su assumer le glorieux protectorat.

Sa Majesté a daigné vous dire *qu'au jour du danger nous serons pré-  
 venus et prévenus par Elle.* Nous acceptons cette certitude avec une confiance  
 d'autant plus grande que c'est à sa sollicitude que nous aurons recours ce  
 jour-là. Mais si elle n'était pas prévenue à temps, Elle daignera comprendre  
 et reconnaître qu'elle aussi aura été trompée et surprise; qu'elle se trouvera  
 pour ainsi dire devenue la complice involontaire du piège qui nous aura été  
 tendu. Et je dois avoir aussi cette confiance qu'Elle vengera ce qui sera  
 devenu son injure propre, et qu'Elle couvrira de son épée ceux qui se sont  
 reposés sur son appui. || C'est là, mon cher général, l'assurance que je voudrais  
 recueillir par vous. || Hélas! je sais bien, mon cher général, que vous n'obtien-  
 drez pas tout cela; mais je sais aussi que, mieux que tout autre, vous obtien-  
 drez tout le possible. D'ailleurs, vous avez avec Sa Majesté une liberté d'allure  
 et de langage qui peut vous permettre de lui dire à peu près textuellement  
 tout ou partie de ce qui précède. Peut-être même pourriez-vous en lire un  
 passage au prince Gortchakow. Il y trouvera tout au moins la manifestation  
 évidente de notre volonté de maintenir la paix. Il est en tout cas certain  
 que le voyage de l'Empereur à Berlin est pour nous une occasion dont il est  
 important de tirer tout le parti qu'elle comporte. Car c'est surtout par lui  
 que nous pouvons savoir le vrai fond des desseins et des audaces de la  
 Prusse. || Tout et bien à vous, mon cher général,

Decazes.

Cette lettre m'était parvenue le 2 mai, et le 4, j'adressai au duc Decazes  
 le télégramme qui suit:

Votre lettre du 29 avril, mon cher duc, reçue dans la nuit d'avant-hier, m'a fort agité. Après de mûres réflexions cependant, j'ai fait demander hier soir une audience immédiate au Chancelier que je savais devoir travailler aujourd'hui avec l'Empereur; un quart d'heure plus tard, j'étais dans son cabinet lui lisant résolument votre lettre, et comme j'en passais, par un excès de prudence, quelques lignes, le prince, qui s'en aperçut, me dit avec une vive émotion: "Vous ne lisez pas tout; entre vous et moi rien ne doit être caché; lisez donc tout, vous pouvez tout me dire et j'ai besoin de tout savoir; car je vais vous demander de me laisser envoyer cette lettre à l'Empereur." Et comme j'observais qu'un résumé suffirait peut-être: "Des extraits! pourquoi des extraits? . . . La vérité tout entière, il la faut; croyez-moi, je connais mon Maître et je sais ce qui lui convient. Il vous aime beaucoup et vous pouvez lui dire beaucoup; l'heure n'est pas aux ménagements de paroles." Devant cette instance si animée du Chancelier, dont vous apprécierez le mobile et l'importance, je n'ai pas hésité; j'ai tout lu, et j'ai fait plus; je lui ai livré mon portefeuille tout entier sans en retirer une pièce. — On vient de me le retourner avec ce billet du Chancelier: "L'Empereur m'a remis de la main à la main les pièces ci-après, et chargé de vous remercier de cette preuve de confiance. Sa Majesté a ajouté quelle confirme tout ce qu'elle vous a dit de vive voix. Gortchakow." — Un pareil incident, à la veille du voyage de l'Empereur à Berlin, est d'une importance capitale.

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.  
(Botsch. in  
St.-Peters-  
burg a. d. Min.  
des Ausw.  
4. Mai 1875.)

(Russland.  
Reichskanz-  
ler a. d. franz.  
Botsch. i. St.-  
Petersburg.  
4. Mai 1875.)

Voici maintenant le rapport détaillé de cet incident et de ce, qui suivit les quelques jours encore avant le départ de Sa Majesté:

Très confidentielle.

Saint-Petersbourg, 6 mai 1875.

Monsieur le duc,

Mon télégramme du 4 vous a rendu compte de la démarche un peu hardie que j'ai faite auprès de l'Empereur, en commune responsabilité d'ailleurs, avec le prince Gortchakow, et du résultat favorable qu'elle a produit. C'était, je vous assure, assez risqué, si vous voulez bien tenir compte du caractère quelque peu ombrageux et indécis peut-être de Sa Majesté, et aussi de ses sentiments bien connus pour le roi de Prusse. Votre lettre personnelle et confidentielle du 29 avril renfermait tout particulièrement quelques expressions et des arguments péremptoires, très naturels assurément, en tant qu'ils s'adressaient à moi, mais qu'il était d'une extrême délicatesse de mettre sous les yeux de l'Empereur, qu'ils pouvaient froisser. || Mais d'un autre côté aussi il était impossible de méconnaître que la gravité de la situation exigeait une explication catégorique, et que les termes mêmes de vos dépêches, s'ils étaient acceptés, impliquaient pour la Russie une sorte d'engagement moral qui nous devenait une garantie considérable.

(Frankreich.  
Botsch. in St.-  
Petersburg  
an den Min.  
des Ausw.  
6. Mai 1875.)

Vous comprendrez néanmoins ma perplexité, monsieur le duc: d'un côté, la crainte de déplaire et de compromettre une situation très bonne déjà; de l'autre, le risque de manquer une occasion unique de faire connaître à l'Empe-

Nr. 9480. reur, avec tout le respect et la confiance qu'il nous inspire, mais aussi sans  
 (Frankreich. réticence et avec une entière liberté de langage, toute l'étendue des services  
 Botsch.inSt. Petersburg qu'au nom de la paix de l'Europe et de l'humanité nous réclamions de la  
 an den Min. hauteur de son caractère et de l'importance prépondérante qu'elle lui a déjà  
 des Ausw. 6. Mai 1875.) acquise auprès de tous les gouvernements. || En présence de cette alternative,  
 je n'ai pas pu hésiter longtemps, et j'ai accepté l'avis du prince Gortchakow  
 d'envoyer à Sa Majesté, sans en rien omettre et sans y rien changer, votre lettre  
 particulière d'abord si nette et si précise, votre dépêche du 29 avril n° 32  
 et le rapport complet du vicomte de Gontaut. Il n'y avait pas un moment  
 à perdre d'ailleurs; car l'Empereur part samedi pour Berlin. Le Chancelier  
 devait travailler avec lui le lendemain pour la dernière fois de la saison à  
 Pétersbourg, et je n'avais la chance de le rencontrer moi-même que jeudi au  
 milieu des troupes, et sans espoir par conséquent de pouvoir développer  
 suffisamment ce qu'il importait que je lui disse. || Le Chancelier m'avait en  
 outre confié au cours de la conversation que Sa Majesté l'avait informé de ce  
 qu'elle m'avait dit, à mon audience du 15, *que si nous étions menacés nous le  
 saurions bien vite et que nous le saurions par Elle*, et il avait ajouté: *Cette  
 parole est grave, et moi je ne vous l'aurais pas dite; car elle est un engage-  
 ment vis-à-vis de vous, qui pourrait créer à l'Empereur, dans un moment  
 donné, une situation délicate du côté de l'Allemagne.* || Il pouvait y avoir à  
 craindre ainsi un regret, sinon un retour, et il était important d'insister au  
 moins sur cet engagement. Cette considération aurait suffi à me décider; mais  
 il y avait encore une autre raison. || Jamais je n'avais vu au prince l'animation  
 sympathique qu'il montrait dans ce moment. || *L'heure n'est pas aux ménage-  
 ments de paroles*, disait-il; *il faut que l'Empereur sache toute la vérité, et des  
 documents comme ceux-ci lui feront connaître mieux qu'aucun autre. Croyez-moi,  
 je connais mon maître, et il appréciera votre démarche; vous pouvez lui dire beaucoup.*

Il fallait profiter de cette vivacité de sentiments du Chancelier, et l'événe-  
 ment a prouvé qu'il avait raison et que j'ai bien fait de suivre son conseil.  
 Le prince était pendant tout cet entretien étendu sur une chaise-longue, souffrant  
 beaucoup d'une chute de voiture qu'il venait de faire. Mais dès que je lui  
 eus remis mes papiers, il se leva d'un bond comme un jeune homme, et écrivit  
 sur-le-champ ce billet à l'Empereur:

(Russland. Sire, le général Le Flo vient de me communiquer des dépêches qu'il a  
 Reichs- reçues cette nuit, de son gouvernement. Après m'en être entretenu avec lui, je  
 kanzler an den Zaren. lui ai demandé de me permettre de les placer sous les yeux de Votre Majesté;  
 3. Mai 1875.) il y a consenti et j'ai l'honneur de vous les envoyer. Votre Majesté jugera  
 de leur importance.

Vous savez déjà la réponse, je la reproduis pour plus de sûreté:

(Russland. Général, l'Empereur m'a remis, ce matin, de la main à la main, les pièces  
 Reichs- que vous m'aviez confiées, et m'a chargé de vous remercier de cette preuve de  
 kanzler an d. franz. Botsch. confiance; Sa Majesté a ajouté qu'elle confirme tout ce qu'elle vous a dit de  
 in St.- Petersbourg. vive voix.  
 4. Mai 1875.) Gortchakow.

Certes, monsieur le duc, ce n'est pas là un engagement de *tirer l'épée pour nous*, expression de votre lettre que le prince avait soulignée dans la conversation en me disant: *Oh! ceci est bien un peu fort; mais c'est égal, laissez-le: nous ne tirerons pas l'épée et nous n'en aurons pas besoin, nous arriverons sans cela.* || Ce n'est donc pas, il faut le reconnaître, un engagement de guerre en commun: mais c'est une affirmation nouvelle et très précieuse d'une promesse importante, qui nous reste ainsi entière, et c'est un gage de grande sécurité; car j'y trouve une certitude presque absolue que la Russie d'accord avec l'Autriche, sa plus intime alliée à l'heure qu'il est, j'en ai la conviction, ne permettra pas que la Prusse viole impunément toutes les lois du monde civilisé, et rejette l'Europe dans les horreurs de la guerre pour son unique satisfaction personnelle, et par la seule terreur que lui inspire encore ce pauvre lion malade qui s'appelle la France et qui menace de guérir un jour des cruelles blessures qu'il en a reçues. || Je considère ainsi, je le répète, que nous avons obtenu aujourd'hui un résultat important, inespéré, puis-je dire. Nous nous sommes assuré le concours moral, l'intervention énergique de la Russie en cas de conflit avec l'Allemagne; et, en attendant, nous avons fait pénétrer clairement, sans aucun voile, dans l'esprit de l'Empereur notre sentiment de la haute position qu'il a conquise en Europe et de la grandeur du rôle que nous pensons qu'elle lui impose. || Il y a désormais entre nous, après les promesses de Sa Majesté, une sorte de secret, quelque chose de plus intime qui crée forcément un intérêt commun et un lien précieux. || Ce sera pour l'empereur Alexandre, si foncièrement honnête et pacifique, un sujet de sérieuses méditations qui seront à notre bénéfice, soyez-en assuré. Le mérite de cette précieuse amélioration de nos rapports vous revient, monsieur le duc, et aussi au prince Gortchakow dont la bienveillante sympathie pour notre patrie ne s'était pas encore révélée à moi avec autant d'abandon et de vivacité.

Je vous remercie de la confiance que vous avez bien voulu avoir en moi en cette délicate circonstance. || Je vous envoie ci-joint la traduction de mon télégramme d'avant-hier et de votre propre lettre du 29 avril dont vous n'avez peut-être pas fait prendre copie. Vous trouverez quelque intérêt, j'en suis sûr, à en revoir et en peser les termes. || Je crois qu'il est d'une extrême importance que tout ceci reste très secret. La moindre indiscretion pourrait embarrasser et blesser l'Empereur que nous avons plus d'intérêt que jamais à ménager. || Veuillez agréer, monsieur le duc, etc. . .

Général Le Flo.

Vendredi, 7 mai.

J'ai rencontré l'Empereur avant-hier soir dans un salon, et j'ai eu l'honneur de l'accompagner hier à la revue. Il est impossible d'être plus gracieux et plus affectueusement bienveillant qu'il l'a été. Sa Majesté a commencé par me dire, en me prenant les deux mains avec un abandon auquel je ne suis pas habitué, malgré sa bonté ordinaire pour moi, qu'Elle avait été extrêmement touchée de la confiance que j'avais eue en Elle, en lui communiquant des

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.  
(Botsch. in  
St.-Peters-  
burg a. d. Min.  
des Ausw.  
6. Mai 1875.)

(Frankreich.  
Botsch. in St.-  
Petersburg  
an den Min.  
des Ausw.  
7. Mai 1875.)

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1857.  
(Botsch. in  
St.-Peters-  
burg an den  
Min. d. Ausw.  
7. Mai 1875.)

documents qui l'avaient vivement intéressée. Elle a beaucoup loué le calme et la sagesse des réponses de M. de Gontaut à l'exposé des *théories si étranges* de M. de Radowitz; et comme je faisais remarquer à ce sujet à quelles aberrations et à quelles débauches d'esprit pouvait conduire une passion aveugle: "*pour ne pas dire plus,*" a repris vivement l'Empereur, "*mais tout cela se calmera, je l'espère: en tout cas, vous savez ce que je vous ai dit, je ne l'oublie pas et je le tiendrai.*" || Enfin, hier, sur le terrain de manoeuvres, au moment où je prenais congé en remerciant Sa Majesté de ses bonnes dispositions en notre faveur, Elle m'a dit: "*Au revoir, je me souviendrai,*" et faisant allusion à un passage de votre lettre, Elle a ajouté en souriant: "*Et j'espère qu'il n'y aura pas de surprise.*"

— Je n'ai plus à dire, ce qui est aujourd'hui connu de tout le monde, comment le noble Empereur Alexandre II, d'impérissable mémoire, tint à Berlin les promesses qu'il avait daigné me faire. La lettre ci-après en fait foi:

Personnelle.

Paris, 17 mai 1875.

Mon cher général,

(Frankreich.  
Min. d. Ausw.  
an d. Botsch.  
in St.-  
Petersburg.  
17. Mai 1875.)

L'Empereur Alexandre et le prince Gortchakow viennent de se créer des droits éclatants et incontestés à la reconnaissance de la France. Ils ont été à Berlin tout ce qu'ils vous avaient promis d'être. || A votre tour, recevez nos remerciements: car cette attitude est votre oeuvre. Vous l'aviez habilement préparée, entretenant la confiance et la sympathie, éclairant les consciences sur le danger dont l'Allemagne menaçait la paix du monde, les rassurant sur nos propres dispositions. La communication entière et sincère du dossier a été un coup de maître dont je vous félicite. J'avais eu de mon côté l'heureuse fortune de ne rien écrire dans ma lettre qui ne pût être lu. Vous pouvez vous imaginer combien je m'en réjouis. Je n'avais du reste qu'à n'écrire que ce que je pensais, et c'est bien là ce que j'avais fait. || La volumineuse correspondance que je vous adresse vous met au courant de tout ce que nous savons nous-mêmes. Je n'appellerai votre attention que sur quelques incidents qui n'y figurent pas.

Ainsi que vous l'aviez justement pressenti, c'est à la suite de son premier entretien avec le comte Schouvalow, et à la demande de celui-ci, que Lord Derby s'est décidé à réclamer le concours de l'Italie et de l'Autriche. Ce dernier seul lui a fait défaut. L'Autriche avait trop peur pour elle-même et n'osait se mettre en avant. Pour triompher des dernières hésitations du cabinet anglais, le comte Schouvalow était autorisé à lui communiquer les dernières instructions envoyées à l'armée de la mer Caspienne et qui interdisent la marche en avant sur Merw. || Après avoir constaté la netteté et la loyauté de l'attitude de la Russie dans ses procédés vis-à-vis de nous, il est impossible de ne pas être frappé de la prudence et du soin avec lesquels elle a préparé à Londres et dans le reste de l'Europe tout ce qui pouvait assurer le succès de ses démarches à Berlin. Tous ces détails sont marqués au coin d'une

suprême habileté, et ils témoignent en même temps de la volonté énergique de faire respecter la paix de l'Europe. || En somme, mon cher général, pour la première fois depuis six ans, l'Europe s'est réveillée. A la voix de la Russie, elle s'est affirmée dans un accord commun, et son affirmation a été décisive. — M. de Bismarck n'a pas essayé de discuter; il s'est contenté d'attribuer les mauvais desseins à M. de Moltke et de les désavouer. Seront-ils abandonnés? Je ne saurais le croire. Mais, rassurés sur le présent, nous pouvons, ce me semble, envisager l'avenir avec une certaine confiance. L'Empereur Alexandre fera respecter son oeuvre, et l'Europe a pris et conservera l'habitude de le suivre.

Encore une observation! Vous aviez bien compris que l'Allemagne voulait surtout faire discuter notre état militaire et sa restauration. Elle désirait se faire approuver et encourager dans la voie des représentations. || Il est évident que l'Empereur Alexandre ne s'est pas laissé aborder sur ce terrain. Vous remarquerez avec quelle netteté il a affirmé notre droit de faire chez nous pour la réorganisation de nos forces militaires tout ce qui nous paraîtrait convenable à nos intérêts. Entre les mots, nous pouvions deviner les paroles de M. le prince Gortchakow que vous avez si précieusement recueillies: — "Soyez forts! — Soyez forts!" Donc confiance — prudence — patience.

Orlow compte aller ces jours-ci visiter l'Empereur Alexandre à Ems. Le maréchal veut lui confier une lettre pour son souverain dans laquelle le Président remerciera vivement Sa Majesté Impériale des sentiments dont elle lui a envoyé l'expression et de ce qu'elle a fait pour la France et pour la paix du monde. Je suis convaincu que vous approuverez cette démarche. || Mon cher général, vous avez l'honneur et le bonheur d'être accrédité auprès d'un *Grand Souverain*, d'être traité par lui avec une confiante amitié, et d'avoir pu faire servir ces sentiments au plus grand bien de votre pays. C'est là pour vous une grande joie et vous devez en être aussi fier que vous en êtes heureux. || Bien à vous.

Decazes.

Le prince Gortchakow a négocié et signé avec le Vatican un traité qui règle les questions des évêchés catholiques en Pologne: c'est un grand succès et un grand secret.

Cette lettre fut un éclatant hommage de patriotique reconnaissance rendu par notre ministre des affaires étrangères à Sa Majesté Alexandre II et à son illustre Chancelier; elle est en même temps, j'ose le dire, une preuve authentique des humbles services que j'eus la bonne fortune de pouvoir rendre à mon pays en ces délicates et graves circonstances. || Qu'il me soit permis d'y ajouter, en terminant cette longue relation, le témoignage d'une auguste amitié qui rendit ma tâche bien aisée, et qui est encore aujourd'hui le grand honneur de ma vie:

Nous, Alexandre II, par la grâce de Dieu, Empereur et autocrate de toutes les Russies, roi de Pologne, grand-duc de Finlande, etc., etc., etc. || A

Russland.  
3. März 1879.

Nr. 9480.  
Frankreich.  
15. Mai 1887.  
(Min. des  
Ausw. an den  
Botsch.inSt.-  
Petersburg.  
17. Mai 1875.)



Nr. 9480. l'Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de la République Française  
(Russland. Zar an den près de notre Cour, général Le Flo.

franz.Botsch. La sollicitude constante avec laquelle, durant votre long séjour en Russie,  
in St.- vous avez contribué au maintien des relations d'amitié et d'alliance de notre  
Petersburg. Empire avec la République Française, vous ont acquis de pleins droits à notre  
3. März 1879.) sincère gratitude. || En souvenir de cette gratitude, nous vous avons nommé  
Chevalier de notre Ordre Impérial de Saint-André\*), l'apôtre premier appelé,  
dont nous vous envoyons ci-joint les insignes. Nous demeurons avec bienveillance  
pour vous.

Saint-Pétersbourg, le 19 février/3 mars 1879.

(De la main de Sa Majesté.)

Le Chancelier des Ordres.

Alexandre II.

Comte Adlerberg.

Les pages que, grâce à la bonne hospitalité du *Figaro*, je viens de tracer, dans le but d'éclairer la religion de mon pays, sont assez instructives pour se passer de tout autre commentaire. || Je ne terminerai point, cependant, sans signaler à la vigilance de ceux qui ont charge du salut de la France, sans dénoncer à l'Europe civilisée la doctrine du Chancelier d'Allemagne aussi étrange en matière de droit international, qu'au point de vue du respect d'un traité payé comptant par deux provinces et cinq milliards. Je veux parler de la déclaration inouïe que M. de Bismarck fit en 1874 au regretté prince Orlow, alors de passage à Berlin, alors qu'il conférait avec lui des choses de France:

“Mais non, nous ne songeons nullement à faire la guerre: mais la France se réorganise trop vite, personnel et matériel de son armée; et nous nous donnerons une garantie, une place de sûreté: nous occuperons Nancy.”

15. mai 1887.

Général Le Flo.

Nr. 9481. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an die hervorragendsten Pariser Zeitungen. — Erklärt, dass General Leflo zur Veröffentlichung der im *Figaro* abgedruckten Aktenstücke nicht ermächtigt war.

[Nach dem Mémorial diplomatique vom 28. Mai 1887.]

Nr. 9481. Le général le Flo, ancien ambassadeur à Saint-Pétersbourg, a publié dans  
Frankreich. un journal du matin une correspondance officielle se rattachant aux événements  
22. Mai 1887. de 1875. || En agissant ainsi, le général Le Flo a disposé de pièces et  
de documents qui ne lui appartenaient pas. Il n'avait demandé au ministère  
des affaires étrangères aucune autorisation de les publier; et, s'il l'avait demandée,  
il ne l'aurait pas reçue. || Nous n'avons pas besoin d'insister sur les incon-

\*) Höchster russischer Orden.



vénients que produiraient des publications de ce genre, si un agent en retraite se croyait, sous prétexte d'une opportunité dont il n'est pas juge, le droit d'user ou d'abuser de documents qu'il ne possède que par la confiance du gouvernement de la République ou de gouvernements étrangers. Il suffira de signaler à la réprobation de tous les hommes éclairés le grave manquement aux devoirs professionnels dont l'auteur de ces indiscretions s'est rendu coupable.

Nr. 9481.  
Frankreich.  
22. Mai 1887.

Nr. 9482. **OESTERREICH-UNGARN.** — Mittheilung des Pester Lloyd vom 26. Mai 1887 bei Besprechung der Leflo'schen Veröffentlichung.

Am 13. Mai 1875 verschickte Fürst Gortschakow Depeschen, welche andeuteten, Kaiser Alexander II. habe in Berlin den Frieden gerettet. Man befand sich damals im tiefsten Drei-Kaiser-Bündniss, als die russische Regierung nicht Anstand nahm, Deutschland so arg zu compromittiren. Sie that jedoch noch mehr als das und nahm keinen Anstand, sogar eine europäische Coalition gegen Deutschland anzustreben. Aus der Relation Leflo's erfahren wir, dass Russland es gewesen, welches hinter England stand, da dieses als Champion für das arme, wehrlose Frankreich in die Schranken trat. Lord Derby gab sich dazu her, den Mächten eine förmliche Friedensmediation anzubieten. Man zweifelte nicht, dass dieselbe auch zu Stande kommen werde, in welchem Falle Deutschland noch isolirter dastand als Frankreich. England marschirte an der Tête, Italien folgte, Russland setzte Alles in Bewegung, um der Coalition Kraft zu geben, und an dem Beistande unserer Monarchie — zweifelte man nicht. Zum Unglück für den Fürsten Gortschakow stand damals an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns — „la plus intime alliée de la Russie à l'heure qu'il est,“ so nennt uns der scharfsichtige Leflo — ein Mann von der Art des Grafen Julius Andrassy. Es ist das ausschliessliche Verdienst des Grafen Andrassy gewesen, wenn jene Coalition nicht zu Stande kam. Unser Minister des Aeussern bekundete in jenen reichbewegten Tagen eine Superiorität des Geistes, welche durch die heutigen Enthüllungen erst ins rechte Licht gestellt wird. Die beantragte Friedensprocession behandelte Graf Andrassy recht derb und ironisch, indem er bemerkte, er sehe keinerlei Anlass, Deutschland eine friedestörenden Tendenz zu insinuiren, weshalb er die Theilnahme an der vorgeschlagenen Démarche einfach ablehnen müsse. Auch als der 'intimste Alliirte Russlands' gab sich Graf Andrassy nicht dazu her, der Dupe der russischen Politik zu werden. Der für Deutschland so beleidigende Schritt ist denn auch in Folge dessen unterblieben. . . . Nicht Deutschland, sondern England und Frankreich, denen Russland seine wohlwollende Assistenz zuwendete, hatten somit eine Niederlage erlitten, und dieses Ergebniss constatirend, schrieb die „Nordd. Allg. Ztg.“ am 3. Juni über die Haltung des Grafen Andrassy Folgendes: „Deutschland wird davon gern Act

Nr. 9482.  
Oesterreich-  
Ungarn.  
26. Mai 1887.

Nr. 9482. nehmen und des Freundes nicht vergessen, der es ablehnte, an einer gegen  
Oesterreich- den Freund gerichteten verdächtigen oder gehässigen Insinuation sich zu  
Ungarn. betheiligen.“  
26. Mai 1887.

---

**Nr. 9483. TÜRKEL.** — Officielle Kundgebung in der Constanti-  
nopleer Zeitung „La Turquie“ vom 26. Mai 1887.

[Nach dem Abdruck im Mémorial diplomatique vom 4. Juni 1887.]

Nr. 9483. Quelques journaux locaux ont reproduit une communication adressée ré-  
Türkei. cemment au *Figaro* par le général le Flô, concernant une mission que M. de  
26. Mai 1887. Radovitz aurait remplie en 1875 à Saint-Petersbourg, dans le but d'insinuer  
à la Russie des concessions que l'Allemagne pourrait faire à cette puissance  
du côté de la Turquie, afin d'assurer la neutralité de la Russie en cas de  
guerre avec la France. || La Porte a été officiellement informée que toute cette  
communication est absolument mensongère et que jamais pareilles ouvertures  
n'ont été faites à Saint-Petersbourg par M. de Radovitz, lors de sa mission  
passagère dans cette capitale.

---

**Nr. 9484. DEUTSCHLAND.** — Mittheilungen der Norddeutschen  
Allgemeinen Zeitung vom 1. Juni 1887.

Nr. 9484. Der ehemalige französische Botschafter am russischen Hofe, General Leflo,  
Deutschland. hat in der Nummer des „Figaro“ vom 21. Mai unter dem Titel „Kaiser  
1. Juni 1887. Alexander II. und Frankreich im Jahre 1875“ diplomatische Schriftstücke ver-  
öffentlicht, welche in der französischen, russischen und englischen Presse un-  
begründetes Aufsehen erregt haben. Man hat dort auf die sogenannten „Ent-  
hüllungen“ von neuem das oft widerlegte Märchen begründen wollen, als ob  
Deutschland im Jahre 1875 einen Angriff auf Frankreich geplant hätte, während  
doch gerade das Gegentheil aus jenen Schriftstücken hervorgeht. Der General  
Leflo mag aus eigenem Antriebe oder auf höheren Befehl an die kriegerischen  
Absichten Deutschlands geglaubt und seinen Befürchtungen in St.-Petersburg  
Ausdruck gegeben haben; aber nach seinem eigenen Zugeständniss erwies sich  
diese Furcht als unbegründet. Als er dem Kaiser Alexander II. von „den  
schwarzen Punkten“ sprach, welche Fürst Bismarck heraufbeschwöre, und die  
geeignet wären, die Ruhe Frankreichs aufs Tiefste zu erschüttern, antwortete  
ihm der Zar, der in Bezug auf die deutsche Politik besser informirt war, als  
alle französischen Staatsmänner: Deutschland sei „sehr entfernt“, einen Krieg  
zu wollen: er, der Zar, wisse bestimmt (pertinemment), dass Kaiser Wilhelm  
„ganz entschieden gegen jeden neuen Krieg sei“ (résolument opposé à toute  
nouvelle guerre). Es beweist dies mehr als alles Andere, dass von einem  
deutscherseits gegen Frankreich geplanten Angriff im Jahre 1875 nicht die

Rede war; denn der Kaiser Wilhelm allein, ohne dessen Willen kein deutscher Soldat ins Feld geschickt werden kann, hat über Krieg und Frieden zu bestimmen, und dieser war, nach dem competenten Zeugniß des Kaisers Alexander, „entschieden gegen jeden neuen Krieg“. Die Grundlosigkeit der Leflo'schen Befürchtungen oder Behauptungen tritt noch greller hervor, wenn man die aus der Sendung des Herrn v. Radowitz nach St. Petersburg entnommenen Argumente prüft. Der General Leflo behauptet, Herr v. Radowitz sei nach St.-Petersburg entsandt worden, um dem Zaren Compensationen im Orient zu versprechen, wenn er Deutschland ungehindert über Frankreich herfallen lassen wolle. Diese Vorschläge seien abgewiesen worden. Der General Leflo macht keinen Versuch, diese Erfindung durch Beweismittel oder Indicien zu begründen. Sie ist einfach aus der Luft gegriffen und hat keine andere Unterlage als die Dreistigkeit, mit der sie erfunden ist. Die Rückkehr des Herrn v. Radowitz von seiner Sendung nach St.-Petersburg fand früher statt, als der hohle Kriegslärm überhaupt von französischen Agenten, im Einverständniß mit dem Fürsten Gortschakow, in Scene gesetzt wurde. Sie hatte keinen weiteren Zweck als den der geschäftlichen Vertretung des abwesenden Botschafters durch einen Diplomaten, der den Rang eines Gesandten besaß, dabei die Intentionen der Regierung genau kannte, weil er bis dahin im Auswärtigen Amt in Berlin gearbeitet hatte, und welcher der Dialektik des Fürsten Gortschakow gewachsen war. Als Erläuterung zu den Leflo'schen Enthüllungen stellen wir denselben einige Schriftstücke aus jener Epoche an die Seite, welche erschöpfendes Beweismaterial enthalten für die Richtigkeit dessen, was im Vorstehenden gesagt worden ist.

Nr. 9484.  
Deutschland.  
1. Juni 1880.

I. St.-Petersburg, den 22. April 1875. General v. Werder, der gestern Abend wieder hier angekommen ist, hat heute die Ehre gehabt, von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander empfangen zu werden. Der General hat mich gebeten, Euerer Durchlaucht Nachstehendes über die Unterredung zu melden, die er mit Sr. Majestät gehabt hat. Der Kaiser hat ihm Gelegenheit gegeben, ungefähr alle Punkte zu berühren, welche Euere Durchlaucht mit ihm besprochen haben, und ist von der Auskunft, die ihm Herr v. Werder aus frischer Anschauung hat geben können, offenbar sehr befriedigt gewesen. Was die französischen Rüstungen betrifft, so hat der Kaiser erzählt, General Leflo habe Ihm „sehr erregt“ über die deutschen kriegerischen Vorbereitungen gesprochen. Er habe Ihm mit dem Accent der Wahrheit gesagt, es schmerze ihn, zugeben zu müssen, dass in Frankreich noch alles in tiefster Zerrüttung sich befinde. Dies einzugestehen, sei für einen Patrioten hart; aber er könne sein Ehrenwort geben, dass alles, was man von französischen Rüstungen sage, nur auf dem Papier stände, und man noch viel Zeit brauchen werde, um die neue Organisation auszuführen. Dagegen wisse man in Frankreich, dass in Deutschland mit dem grössten Eifer gerüstet werde; man fertige dort neue Kanonen und viel Munition an, und das müsse doch darauf hindeuten, dass man sich mit feindlichen Ab-

Deutschland.  
Botsch.inSt.-  
Petersburg  
an d. Reichs-  
kanzler.  
22. April 1875.

Nr. 9484.  
Deutschland.  
Botsch.inSt.-  
Petersburg  
an d. Reichs-  
kanzler.  
22. April 1875.

sichten trage. Der Kaiser hat dem Botschafter hierauf geantwortet, Er Seinerseits könne ihm Sein Ehrenwort geben, dass die Regierung Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn durchaus friedlich gesinnt sei und keineswegs mit Angriffsplänen umginge. Wenn man in Preussen neue Munition anfertige, so käme dies daher, dass man ein neues Gewehr und ein neues Geschütz eingeführt habe, gerade wie in Frankreich; es sei dies daher eine ganz natürliche Erscheinung. — Der General Leflo hat sich auch durch diese Versicherung beruhigt gezeigt. Der General v. Werder hat bei dieser Gelegenheit die Bedeutung des neuen französischen Cadregesetzes hervorgehoben und die riesenhaften Ziffern angegeben, welche die französische Armee auf Friedensfuss in etwa zwei Jahren erreichen werde. Das Gespräch ist sodann auf Oesterreich gekommen, und der Kaiser hat geäußert, dass von dieser Seite her nichts zu fürchten sei, besonders so lange Graf Andrassy, in den er das vollste Vertrauen setze, am Ruder bleibe; und letzteres hoffe er zuversichtlich. Der Kaiser hat ferner von Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit dem Kronprinzen gesprochen, und zwar in den wärmsten Ausdrücken und mit der grössten Anerkennung, dass der Kronprinz seine Reise unterbrochen, um bei seiner Ankunft in Berlin gegenwärtig zu sein. General v. Werder bat mich ferner, ich möchte Euerer Durchlaucht schreiben, dass er genau der ihm erteilten Weisung gefolgt sei; es habe sich alles natürlich gemacht, und sei er sehr befriedigt von dieser Unterhaltung gewesen, bei welcher der Kaiser ganz besonders frei und lebendig gesprochen habe. Der General wird selbstverständlich auch an Se. Majestät den Kaiser und König Bericht erstatten, sich aber in diesem Bericht auf das berufen, was er mir mitgetheilt hat und was ich die Ehre gehabt hier Euerer Durchlaucht ganz gehorsamst zu berichten.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck.

Prinz Reuss.

Deutschland.  
Botsch.inSt.-  
Petersburg  
an d. Reichs-  
kanzler.  
2. Mai 1875.

II. St.-Petersburg, 2. Mai 1875. Der österreichisch-ungarische Botschafter, welcher am nächsten Montag einen vierwöchigen Urlaub nach Oesterreich antritt, ist heute von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander empfangen worden, um sich zu verabschieden. Baron Langenau kam gleich nach der Audienz zu mir und war ganz ausserordentlich befriedigt von allem Freundschaftlichen, was ihm der Kaiser gesagt und für seinen Herrn und Kaiser aufgetragen hatte. Die Telegramme, welche zum 29. von Ragusa hierher gelangt waren, und die ehrende Weise, mit welcher Kaiser Franz Joseph die russischen Marine-Officiere dort ausgezeichnet, hatten hier den besten Eindruck gemacht. Ausserdem hat der Kaiser auch von der allgemeinen politischen Lage Europas gesprochen und in gewohnter Weise das Thema behandelt, dass, so lange das gute Einverständniss zwischen den drei Kaiserhöfen bestehe, eine Störung des Friedens unmöglich sei; Frankreich könne ohne Allianzen nichts unternehmen, wolle auch nicht den Frieden stören, und halte er deshalb die Besorgniss, welche man in Berlin zu haben scheine, vielleicht für einigermaassen übertrieben. Er zweifle übrigens nicht, dass sich die Wolken zertheilen würden, und was er

zur Beruhigung beitragen könnte, das solle gewiss geschehen. Diese Aeuss-  
 rungen, die mir mein österreichischer Collega im engsten Vertrauen mitgetheilt  
 hat, scheinen mir ein neuer Beweis dafür zu sein, dass der Kaiser künstlich  
 in dem Glauben erhalten wird, dass die Unruhe, die zuweilen in die Gemüther  
 kommt, von Berlin ausgehe. Dass diese Ansicht hier im auswärtigen Ministerium  
 besteht, vom Fürsten Gortschakow nicht bekämpft und von aussen her genährt  
 wird, scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen. Ich suche, wo mir dies nur  
 irgend möglich ist, solchen Ideen entgegenzutreten und bediene mich dabei  
 aller der kräftigen Argumente, mit welchen mich Euerer Durchlaucht ausgerüstet  
 haben. Von entscheidender Wirkung wird aber, wie ich bestimmt hoffe, erst  
 der persönliche Gedankenaustausch sein, der in Berlin bevorsteht, und ich halte  
 daher die jetzige Zusammenkunft des Kaisers mit Sr. Majestät für ganz un-  
 gemein erwünscht und für höchst wichtig. Ich werde Euerer Durchlaucht nichts  
 neues sagen, wenn ich voraussehe, dass Fürst Gortschakow mit Blumen auf  
 den Lippen, aber mit sehr kühlem Herzen in Berlin auftreten wird. Aber  
 zum Glück bringt der Kaiser ein warmes Freundschaftsgefühl mit, welches für  
 offenes Entgegenkommen und Aussprechen empfänglich sein wird.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Berlin.

Prinz Reuss.

III. St.-Petersburg, 22. Januar 1876. In dem längeren, sehr intimen Ge-  
 spräch, welches ich heute bei meiner Abschiedsaudienz mit Sr. Majestät dem  
 Kaiser Alexander hatte, bot sich eine Gelegenheit, die ich nicht vorübergehen  
 lassen wollte, um von den Vorgängen des vorigen Sommers zu sprechen, welche  
 den Gegenstand unserer Unterhaltung in Berlin ausmachten. Ich sagte dem  
 Kaiser, ich glaubte bemerkt zu haben, wie man von sehr übelwollender Seite  
 her immer bestrebt sei, ihm Misstrauen gegen Euerer Durchlaucht einzuflössen.  
 Ich wagte daher, ihm gewissermaassen als ein Vermächtnis, welches ich ihm  
 zurückliesse, die Bitte auszusprechen, doch dergleichen Intriguen kein Gehör  
 zu schenken. Mehr vielleicht wie irgend jemand sei ich in der Lage, zu be-  
 zeugen, wie mächtig der Wunsch, unsere beiderseitigen Cabinette in gutem  
 Einvernehmen zu erhalten, auf die Leitung der Politik meiner Regierung von  
 Einfluss gewesen sei. Euerer Durchlaucht hätten sich durch nichts in dieser  
 Politik irre machen lassen, die die Politik unseres Kaisers sei und bleibe.  
 Schritt für Schritt könne man diesem Streben folgen, und selbst dann, wenn  
 es zuweilen den Anschein gehabt habe, als wenn die Organe der russischen  
 Regierung eine andere Richtung verfolgten. Ihr Vertrauen in ihn, den Kaiser,  
 sei unerschütterlich; dasselbe müsse aber gegenseitig sein, damit die erspriess-  
 lichen Früchte für beide Nachbarreiche erwachsen könnten, welche beide  
 Monarchen sehnlichst wünschten. Der Kaiser nahm diese Auseinandersetzung  
 gut auf und erwiderte: „Sagen Sie dem Fürsten, dass auch ich unbedingtes  
 Vertrauen in ihn setze.“ Er erzählte mir hierauf von den sehr befriedigenden  
 Gesprächen, welche er in Berlin mit Euerer Durchlaucht gehabt, wie er Sie

Nr. 9484.  
 Deutschland.  
 Botsch.inSt.-  
 Petersburg  
 an d. Reichs-  
 kanzler.  
 2. Mai 1875.

Deutschland.  
 Botsch.inSt.-  
 Petersburg  
 an d. Reichs-  
 kanzler.  
 22. Jan. 1876.

Nr. 9484. gebeten habe, im Amte zu bleiben, wie er noch heute denselben Wunsch hege, Deutschland. dass es ein Unglück für die leider noch schlecht gekittete deutsche Einheit Botsch.inSt.- wäre, wenn Sie sich von den Geschäften zurückziehen wollten; und wenn, was Petersburg an d. Reichs- Gott verhüten wolle, ein Regierungswechsel bei uns eintreten sollte, dann kanzler. würden Sie dem Reiche noch viel nöthiger sein als jetzt. Wie gesagt, er habe 22. Jan. 1876. Vertrauen in Euere Durchlaucht; er sei im vorigen Jahre sehr isolirt mit der Ansicht dagestanden, dass Sie gar nicht daran gedacht hätten, den Krieg mit Frankreich zu wollen, und allen denen, die ihm nachträglich für das gedankt hätten, was er für die Erhaltung des Friedens gethan, habe er sehr entschieden geantwortet, er habe gar nichts thun können, weil Sie ebenso friedliebend gewesen wären als er selbst. Wenn er daher auch gewiss volles Vertrauen in Euerer Durchlaucht Aufrichtigkeit setze, so möge ich ihm nicht übel nehmen, wenn er mir sage, dass nicht jedermann dieses Vertrauen theile. Und dies sei die Schuld unserer Presse und namentlich derjenigen, welche man im vorigen Frühjahr für die Organe des Auswärtigen Amts gehalten hätte. In derselben Weise, wie diese Presse dazu beigetragen habe, durch Alarmartikel die Kriegsbefürchtungen zu nähren, habe sie durch nicht ganz geschickte Dementis erst recht den Glauben bestärkt, dass man wirklich den Krieg gewollt habe. Er habe dies namentlich deshalb bedauert, weil das Vertrauen der Süddeutschen sowohl wie auch Oesterreichs zu uns dadurch nicht gewachsen sei. Man fürchte sich vor Ueberraschungen: das habe er erst neulich in Gesprächen constatiren können. Ich erwiderte, dass man der deutschen Presse gewiss nicht immer das Wort reden könnte, dass sich Euere Durchlaucht selbst bitter über deren Disciplinlosigkeit beklagten, dass wir aber auch voraussetzen könnten, dass er, der Kaiser, sich nicht durch Pressartikel beeinflussen lassen würde, wo er doch mehr wie irgend jemand in der Lage sei, die innersten Gedanken und Ziele meiner Regierung zu kennen. Es sollte mir eine Genugthuung sein, wenn es mir gelungen wäre, etwas von dem Schutt fortzuräumen, der immer und immer wieder Ihnen in den Weg geworfen wird.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck, Berlin.

Prinz Reuss.

Nr. 9485. **FRANKREICH.** — General Leflo an die Redaction des Figaro. — Hält gegenüber dem türk. Dementi seine Auffassung der Mission des Herrn v. Radowitz aufrecht.

[Nach dem Mémorial diplomatique vom 11. Juni 1887.]

Néchoat, le 2 juin 1887.

Nr. 9485.  
Frankreich.  
2. Juni 1887.

Monsieur le rédacteur, || Je relève dans les journaux de ce matin une communication officielle du journal, *la Turquie*, au sujet d'un passage de mes révélations relatives à la mission de M. de Radowitz. Il est assez étrange que



le démenti qui m'est donné, de forme quelque peu tudesque, soit dit en passant, ait dû prendre la route de traverse de Constantinople pour arriver jusqu'à moi. Je suis moins surpris de l'empressement tout patriotique de Messieurs de l'agence Havas à le reproduire; quoi qu'il en soit, voici ma réponse: || Ce que j'ai dit de la mission de M. de Radowitz était, à l'époque, de notoriété à Pétersbourg, et m'avait été affirmé de la façon la plus formelle par deux personnages le plus régulièrement en position d'être initiés à tous les secrets de la chancellerie russe, de telle sorte que j'en dus faire le rapport immédiat à M. le duc Decazes. Cette dépêche, sous la rubrique de la Direction politique, n° 20, 21 avril 1875, existe assurément dans les archives de notre ministère des affaires étrangères, où elle peut être consultée; et l'on me fera peut-être l'honneur de penser qu'elle ne fut pas alors, plus qu'aujourd'hui, pour les besoins de la cause, le fruit de mon imagination. || Veuillez agréer, Monsieur, l'assurance de ma considération très distinguée, en même temps que mes remerciements anticipés pour la gracieuse hospitalité que vous voudrez bien donner à cette lettre dans le *Figaro*.  
Général Leflo.

Nr. 9485.  
Frankreich.  
2. Juni 1887.

---

Nr. 9486. **DEUTSCHLAND.** — Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. Juni 1887.

Die Fabel, dass Herr v. Radowitz im Februar 1875 nach St.-Petersburg gekommen sei, um wegen des Verhaltens Russlands im Falle eines Krieges mit Frankreich zu sondiren, ist vom Fürsten Gortschakow erfunden worden, der in der Wahl des Herrn v. Radowitz zum Vertreter des erkrankten deutschen Botschafters in St.-Petersburg einen mehr persönlich als politisch gegen ihn gerichteten Schachzug erblickte. Fürst Gortschakow, der damals, nach seiner Ansicht, noch auf der Höhe seines politischen Könnens stand, hatte sich durch diplomatische Formlosigkeit eine Lection zugezogen, welche in der Sendung des Herrn v. Radowitz ihren Ausdruck fand. Zunächst, um diese Thatsache vor dem Kaiser Alexander und den fremden Diplomaten zu verdecken, wurde der Radowitz'schen Mission das erdichtete Motiv der „Sondirung über Frankreich“ untergelegt. Mit dieser Fiction war gleichzeitig der Zweck verbunden, dem Fürsten Gortschakow die Anerkennung in der Pariser Presse zu verschaffen, welche stets sein Bedürfniss war. In dieser Richtung wurde, unter Mitwirkung des derzeitigen französischen Botschafters in Berlin, Vicomte Gontaut-Biron, der Plan in Scene gesetzt, die französische Presse und alle Gegner Deutschlands glauben zu machen, dass Deutschland Frankreich „überfallen“ wollte und daran durch den Fürsten Gortschakow verhindert werden müsste. In dem im Jahre 1880 erschienenen Buche von Ernest Daudet „Souvenirs de la Présidence du Maréchal de Mac Mahon“ befindet sich ein ganzes Capitel hierüber, wie es scheint, auf Grund von directen Mittheilungen des Duc Decazes, der damals die „Rettungspolitik“ für den Fürsten Gortschakow mit besorgte. Es

Nr. 9486.  
Deutschland.  
3. Juni 1887.



Nr. 9486.  
Deutschland.  
3. Juni 1887.

geht daraus nicht weniger wie aus der jetzigen Veröffentlichung des Generals Leflo hervor, wie in St.-Petersburg die Fabel der deutschen Bedrohung von Frankreich eingefädelt und dann in Berlin durch den französischen Botschafter weiter ausgesponnen worden ist. Herr v. Radowitz wird daraus zum ersten Male erschen haben, was er eigentlich 1875 Herrn Gontaut-Biron gesagt haben soll und was in dem jetzt veröffentlichten Schreiben von Decazes an Leflo als „la doctrine étrange développée par Mr. de Radowitz“ figurirt. Diese „doctrine étrange“ ist ein Herrn v. Radowitz in den Mund gelegtes Product französischer Einbildungskraft. Auch wenn dies nicht der Fall wäre, wenn wirklich in politischen, militärischen oder publicistischen Kreisen in Deutschland damals kriegerische Gelüste vorhanden gewesen wären, so würde das immer an der Thatsache nichts ändern, dass an der maassgebenden Stelle (d. h. bei dem Kaiser und bei den amtlichen Rathgebern Sr. Majestät weder 1875 noch zu irgend-einer Zeit von 1871 bis heute) niemals und in keinem Augenblick die Absicht bestanden hat, Frankreich anzugreifen.

---

## Birma und Tibet.

Nr. 9487. **ENGLAND** und **CHINA**. — Vertrag über die Herrschaft Englands in Birma und den Handel an den Grenzen von Birma und China und von Indien und Tibet.

[Englisches Weissbuch: China 5 (1886)].

Whereas Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of China, being sincerely desirous to maintain and perpetuate the relations of friendship and good understanding which now exist between their respective Empires, and to promote and extend the commercial intercourse between their subjects and dominions, the following Convention has been agreed upon and concluded: — || On the part of Great Britain by Nicholas Roderick O'Connor, Esquire, Her Majesty's Secretary of Legation at Washington, and lately Her Majesty's Chargé d'Affaires in China, Companion of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, duly empowered thereunto; || And on the part of China by his Highness Prince Ch'ing, President of the Tsung-li Yamên, and his Excellency Sun, Minister of the Tsung-li Yamên, Senior Vice-President of the Board of Works.

Nr. 9487.  
England  
und  
China.  
21. Juli 1886.

### Article I.

Inasmuch as it has been the practice of Burmah to send decennial Missions to present articles of local produce, England agrees that the highest authority in Burmah shall send the customary decennial Missions, the members of the Missions to be of Burmese race.

### Article II.

China agrees that, in all matters whatsoever appertaining to the authority and rule which England is now exercising in Burmah, England shall be free to do whatever she deems fit and proper.

### Article III.

The frontier between Burmah and China to be marked by a Delimitation Commission, and the conditions of frontier trade to be settled by a Frontier Trade Convention, both countries agreeing to protect and encourage trade between China and Burmah.

## Article IV.

Nr. 9487.  
England  
und  
China.  
24. Juli 1886

Inasmuch as inquiry into the circumstances by the Chinese Government has shown the existence of many obstacles to the Mission to Thibet provided for in the Separate Article of the Chefoo Agreement, England consents to countermand the Mission forthwith. || With regard to the desire of the British Government to consider arrangements for frontier trade between India and Thibet, it will be the duty of the Chinese Government, after careful inquiry into the circumstances, to adopt measures to exhort and encourage the people with a view to the promotion and development of trade. Should it be practicable, the Chinese Government shall then proceed carefully to consider Trade Regulations; but, if insuperable obstacles should be found to exist, the British Government will not press the matter unduly.

## Article V.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged in London as soon as possible after the date of the signature thereof.

In witness whereof the respective negotiators have signed the same and affixed thereunto the seals of their arms. || Done in triplicate at Peking this twenty-fourth day of July, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighty-six, corresponding with the Chinese date the twenty-third day of the sixth moon of the twelfth year of Kuang Hsü.

Nicholas Roderick O'Conor.

(Monogram)

Ch'ing.

(Monogram)

Sun Yü-Wên.

## Protestantisches Bisthum Jerusalem\*).

Nr. 9488. **PREUSSEN.** — Deutscher Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Ersucht unter Darlegung der Unzuträglichkeiten, welche aus dem preussisch-englischen Uebereinkommen über das protestantische Bisthum Jerusalem für die deutsche Kirche im Heiligen Lande entstanden sind, um Aufhebung des Vertrages. [B. 1.]

(Translation.)

German Embassy, July 17, 1882.

My Lord, || As your Lordship is aware, the Prussian Crown has as yet made no use of the right to fill up the Episcopal See of Jerusalem, vacated by the death of Bishop Barclay. Considerations of various kinds have, in the meantime, determined the Emperor, my august Sovereign, to instruct me to enter into negotiations with your Lordship with a view to cancelling the Agreement come to in 1841 respecting the Bishopric of Jerusalem. || It is not only the necessity, springing from its internal needs, of freeing the largely increased German community from dependence on the Anglican sister Church, and giving it an independent organization, but also the fact that the results of the existing Agreement have but in a small measure fulfilled the views and expectations of His late Majesty the King of Prussia, which has determined my Imperial Master to take this course. || In informing your Lordship of the above, I have the honour furthermore fully to lay before you the grounds which appear to us to make the withdrawal of Prussia from that Agreement to be desirable. || The idea of His late Majesty King William IV, which led him to establish joint action with England as regards the erection of the Bishopric of Jerusalem, was of the following nature: —

Firstly. To exhibit the unity of the Evangelical Church, in the face of the old Churches, which have for ages past got a firm footing at the Holy Sepulchre, and more especially in the face of the Turkish Government and people, to whom, up to that time, Evangelical Christianity was almost unknown,

---

\*) Die Aktenstücke sind entnommen dem englischen Weissbuche: Germany Nr. 1 (1887); in den Ueberschriften mit B bezeichnet.

Nr. 9488.  
Preussen.  
17. Juli 1882.

and from whom its external recognition, together with the political rights bound up with it, had first to be obtained by great efforts. || Besides these political considerations, the mind of the King was very deeply influenced by the feeling that the outward exhibition of an unity of faith among the Evangelical Churches might perhaps pave the way for internal unity and association among all sections of Evangelical Christians throughout the world, and that they, "forgetting their dissensions, and mindful only of their unity, might stretch forth to each other the hand of peace and concord over the cradle and the grave of the Saviour." || Led by such thoughts, His Majesty recommended his Minister, Dr. Bunsen, in his negotiations with the authorities of the English Church, above all things to press for the greatest possible similarity in the organization and direction of the two Churches in the Holy Land.

His second leading idea on the subject was to stipulate that proper attention should be paid to the independence of the Evangelical German Church, for a position of sisterly equality was sought.

The agreement, however, framed to carry out these fundamental ideas did so but very partially. The external union of the two Churches sought to be attained in the Anglican Bishopric of Jerusalem was from the very beginning not attained without prejudice to the equal rights of the German Evangelical Church and community. This is specially apparent in the necessity for the Bishop-Elect, even when named by Prussia, to be consecrated according to the Anglican rite, and in his being required to sign the Thirty-nine Articles of the Anglican Confession of Faith, which practically excludes divines of the Evangelical German Church from being nominated. || Further, the Archbishop of Canterbury, as Metropolitan of the Bishopric of Jerusalem, has reserved to himself the right of an absolute veto against the Bishop-Elect, even when nominated by Prussia. Clergymen of the German community must subscribe the Thirty-nine Articles, and be ordained according to the Anglican rite, and finally, the Bishop is required to confirm even German catechumens according to the English ritual. These are facts well known to your Lordship.

With regard to the other provisions of the Agreement above referred to, the grave difficulties of which, from a conscientious point of view, are obvious, it is certainly owing to the good spirit and absence of narrow-mindedness of Bishop Gobat, who was nominated by Prussia shortly after the erection of the Bishopric, that they never attained practical importance. But Bishop Gobat himself thought it necessary to point out, that his own moderation in these matters was not binding on his successors. And, apart from the question whether Bishop Gobat's successors may or may not be induced by special negotiations to show similar moderation, these provisions of the Agreement must be regarded in themselves as incompatible with the fundamental idea of the King, which was to claim equality for the German Evangelical Church. || Stress also must be laid on the inequality as regards external position in

which the two communities united under the Episcopal See were from the very beginning placed, and which was especially marked in the secondary place assigned to the German service as compared with the Anglican. The principal service in the Anglican Church (Christ Church) was always exclusively English, the subordinate afternoon service alone was assigned to the German rite. Moreover, when, in the year 1852, a special German preacher was appointed, the latter was only allowed to perform the service alternately with an English clergyman. In this way, too, the sisterly equality of the German Church suffers serious injury. || Moreover, the further development of the mutual relations of the Churches in the Holy Land has not corresponded to the noble aim of the King, nor to the expectations entertained by the Church. The just claims of the German Evangelical Church to independence and complete equality with the Anglican Church within the Diocese of Jerusalem have not been satisfied under any of the Bishops who have since filled the Episcopal See of Jerusalem.

Nr. 9488.  
Preussen.  
17. Juli 1882.

There is, moreover, just as little reason to believe, that the idea of the King is in course of realization, according to which the Bishopric of Jerusalem was to pave the way for a comprehensive *rapprochement* of the various Evangelical Churches. These, however, have all remained each in its own national isolation, and it may be assumed that, as far as religious views are concerned, scarcely any serious value would be attached by the English High Church to the maintenance of communion, based upon absolute equality, with the Evangelical Church of Prussia. || Further, if we consider the practical advantages which it was expected would accrue to the German community from the establishment of a Bishopric, they have, in part, not been realized, and, in part, have lost their significance. || The interests of the German community, in the face of the Turkish authorities, have not received countenance from the Bishop; on the contrary, the protection of the German Evangelical Church and community has always been exclusively in the hands of the Prussian or German Consul.

The erection of a German chapel has provided better than in former times for the German religious service; so long, however, as the communion between the two Churches continues, and it is required by the Bishop that the interests of the German Church should be subordinated to the principal service of the English Church, there remains the inconvenience, deeply felt by the German community, of the German service having to be held at an hour unusually early for Eastern habits. || It is characteristic of the inequality between the two Churches that the common Bishop cannot officiate in the German chapel, since it is not consecrated according to the English rite, and, consequently, no Bishop has ever appeared in the German chapel.

Of all the objects which late His Majesty of Prussia had in view on the conclusion of the agreement, but one can be said to exist which may still be considered important, namely, the appearance of unity presented to the outside

Nr. 9488.  
Prenssen.  
17. Juli 1882.

world by the two Evangelical Churches. Though far from depreciating the value of this appearance of unity, we must yet not forget that it has already been relaxed, through the severance of the Churches, as regards the celebration of their services; and that this unity, perhaps a necessity on the first establishment of a Protestant community, has now, after the lapse of forty years, and the acquisition by both Protestant bodies of a recognized position among the other Christian Churches, as well as in the face of the authorities of the country, hardly any practical value. Finally, the great changes which have taken place in the course of the last forty years in the German Protestant colony must, in considering this question, be taken into view. || At that time a German community can hardly be said to have existed, but it had to be called into life by the side of the English Mission Station already established, and it was only with the humblest beginnings that it first emerged into being. Now, however, that it exceeds the English colony in numbers, that it is provided with a chapel and school, a clergyman and teachers, with a hospital, and with various admirable invalid and orphan homes, it is in no respect inferior, in the extent and perfection of its organization, to the English sister community. The one thing still wanting to make its independent organization clearly manifest to the world is the possession of a church, which shall be able to hold its own with the churches of the other communities, and this, it is to be hoped, it will before long possess.

I shall feel much obliged to your Lordship for information as to the views of Her Majesty's Government respecting the wish I have expressed for the dissolution of the relations hitherto existing, upon which subject your Lordship will doubtless confer with the Archbishops of Canterbury and York and the Bishop of London. || I avail, &c.

Münster.

**NR. 9489. ENGLAND.** — Erzbischof v. Canterbury an den Min. d. Ausw. — Einwendungen gegen die Darlegungen des Grafen Münster. [B. 5.]

Lambeth Palace, March 22, 1883.

Nr. 9489.  
England.  
22. März 1883.

My Lord, || My attention has been directed to the correspondence which has taken place between your Lordship and the late Archbishop of Canterbury, in reference to the desire of the German Government, conveyed by Count Münster's note of the 21st July, 1882, to withdraw from the Agreement arrived at in 1841 between the Governments of England and Prussia, respecting the Bishopric of Jerusalem: || I have very carefully considered the reasons by which, as expressed in Count Münster's printed note, the German Government has been influenced in coming to the determination referred to; and I have also the honour to inclose to your Lordship a pamphlet compiled



by the Reverend W. H. Hechler, which contains not only copies of the formal deeds whereby the endowment of the Bishopric is secured, but also copies of the various State Papers and other documents connected with the foundation of the Bishopric.

It appears, as well from these documents as from Count Münster's note, that the initiative as to the constitution of the Bishopric was taken by His late Majesty the King of Prussia; Dr. Bunsen being commissioned as His Majesty's Special Envoy to ascertain, by means of communication with the Queen of England and Her Majesty's Government, as also with the Heads of the English Church, the disposition of that Church to act in union with the Evangelical National Church of Prussia with reference to a Bishopric of the Anglican Church to be established in the Holy Land. || The idea of His Majesty the King of Prussia in seeking this joint action of the two Churches is very clearly set out in Count Münster's note transmitted by your Lordship, and it is also apparent in the paper under date of the 9th December, 1841, given at p. 104 of the pamphlet. || These overtures, on the part of the King of Prussia, were favourably received by both the English Government and the English Church, with the result that the King engaged to provide one moiety of the fund needed for the endowment of a Bishopric at Jerusalem, and certain influential members of the Church of England engaged to supply the other moiety of the same fund, the entire fund being calculated to provide a net annual income of 1,200*l.* The Prussian endowment was, in fact, secured by a formal document dated the 6th September, 1841, under the hand and seal of the King of Prussia, and the English fund was to be provided as expressed in a formal deed dated the 15th November, 1841. || An Act of the English Legislature (5 Vict., cap. 6) was passed having special reference to the creation of this Bishopric, and under the authority of this Act the Reverend Michael Solomon Alexander was, on the appointment of Her Majesty the Queen, consecrated to be the first Bishop of the Church of England in Jerusalem, and was invested with spiritual jurisdiction within a specified sphere over the Ministers of British congregations of the Church of England, and over such other Protestant congregations as might place themselves under his authority, and successive appointments to the Bishopric have been since made by the German and English Crowns in accordance with the arrangement agreed on to the present time.

Count Münster, in his note, gives expression to the disappointment experienced by the German Emperor at the working of the arrangement, and he specifies the various points in which it is considered that the German community are at a disadvantage as compared with members of the Anglican Church; but it should be borne in mind, that, as the printed papers show, the King of Prussia had clearly before him the prospect that the scheme which he accepted could hardly fail to act with some degree of inequality. || The dissatisfaction now expressed, on the part of Germany, is not unnatural;

Nr. 9489.  
England.  
22. März 1883.

but surely this cannot be considered as constituting a sufficient reason for the withdrawal from an arrangement which, though it may not, in its working, have entirely answered the expectation of advantages greater than may be thought to have accrued to the German community, has, beyond doubt, been productive to a great extent of the benefits to the cause of Christianity which were contemplated by the establishment of the Bishopric; and it is to be hoped, that some means may be found of removing, or at all events greatly diminishing, the objections now entertained on the part of Germany.

I am so fully aware of the views entertained by my predecessor—after fourteen years experience as Archbishop of Canterbury—as to the importance of maintaining the Anglican Bishopric of Jerusalem as a centre amid the numerous Eastern Churches that it becomes my duty to use every endeavour to maintain in efficiency an organization by means of which, particularly as regards its schools, civilization has been extended, and opinions have been made for a better understanding among Christian Churches. || I feel assured, therefore, that I shall not be regarded as unduly pressing the obligation which it seems to me the German Government is under of adhering to the engagement so solemnly undertaken by the King of Prussia to provide a fund in perpetuity in aid of the endowment of the Bishopric; and we must bear in mind, not only the negotiations which led to that engagement, but the result of those negotiations as exhibited in the Circulars of the Prussian Minister for Spiritual Affairs, dated the 14th November, 1841, at p. 62 of M. Hechler's pamphlet. || I desire, moreover, to invite particular attention to the terms of the Prussian Deed of Endowment which is to be found at p. 46; a document of the most formal character, in the nature of a Bond or Decree, under the hand and seal of the King, and countersigned by "David Thile," Minister of Staate and Member of the Cabinet of His Majesty, by which it appears that the King appropriated out of his privy purse a capital sum of 15,000*l.*, bearing an annual interest of 600*l.*, as a part endowment of the Bishopric; and the fund is so entirely appropriated, that the deed contains a provision for the payment of the 15,000*l.*, in a specified contingency, to the Archbishops of Canterbury and York, and the Bishop of London, to whom also the annual interest is directed to be paid as Trustees of the Episcopal See. || It should also be observed, that it was on the faith of this engagement on the part of the Crown of Prussia that the English moiety of the endowment was provided, viz., a fund of 20,000*l.* consols, which is now standing in the Trustees names, and the income of the two funds has been regularly paid to the Bishop from 1841 down to the death of Bishop Barclay.

I must apologize for the necessary length of this letter, and have, &c.

Edw. Cantuar.

---

**Nr. 9490. PREUSSEN.** — Deutscher Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Preussen will den bestehenden Vertrag nur nach Neuordnung zweier Punkte aufrecht erhalten und erst dann zu Ernennung eines neuen Bischofs schreiten. [B. 7.]

(Translation.)

German Embassy, January 24, 1884.

My Lord, || Your Excellency was good enough to forward to me a letter of the Archbishop of Canterbury of the 22nd March, 1883, relative to the Bishopric of Jerusalem, which I have brought to the knowledge of my Government. || I have the satisfaction of informing your Excellency, that the Imperial Government is willing, under certain conditions, to maintain in the future the existing mutual relations. The Imperial Government wishes, however, previous to laying before His Majesty proposals relative to the nomination of a new Bishop of Jerusalem, to come to a special understanding, by means of negotiation (“auf dem Wege der Verhandlung”), on two points which have given offence in many cases to the German clergy.

Nr. 9490.  
Preussen.  
24. Jan. 1884.

The first of these points concerns the right of veto reserved to the Archbishop of Canterbury relative to the nomination of a Bishop by the Prussian Crown, whereby His Majesty is placed in a position towards the English Archbishop which does not conform to their relative stations. || The second point concerns the question whether the Bishop nominated by the Prussian Government, if he belong to a German Evangelical Church, besides the Episcopal consecration, is to submit also to a reordination by the Anglican Church, and to subscribe to the Thirty-nine Articles thereof.

Your Excellency will from this find, that the wish of the Imperial Government to see these two points settled in a satisfactory manner is justified. || The Imperial Government hopes all the more to venture to reckon upon this, as the Archbishop, in his letter mentioned at the commencement, designates the German objections as not without grounds, and express the hope that means and ways may be found to remove the objections made by Germany. || I have, &c.

Münster.

**Nr. 9491. ENGLAND.** — Erzbischof v. Canterbury an den Min. d. Ausw. — Die von Graf Münster gestellten Bedingungen machen erhebliche Schwierigkeiten und erlauben ihm im Augenblick nicht, endgültig Stellung dazu zu nehmen. [B. 9.]

Addington Park, Croydon, February 9, 1884.

My Lord, || I have given my best consideration to the letter from Count Münster to your Lordship with reference to the Jerusalem Bishopric, inclosed in your Lordships communication of the 30th January. || The letter in question,

Nr. 9491.  
England.  
9. Febr. 1884.

Nr. 9491.  
England.  
9. Febr. 1884.

which your Lordship is good enough to submit for my "observations," while expressing the willingness of the Imperial Government to maintain, under certain conditions, the existing mutual relation, conveys, if I understand it rightly, certain objections felt by some members of the German community to certain of the conditions which were originally agreed upon as the basis upon which the mutual arrangement was arrived at. || Your Lordship will, I think, understand how impossible it would be for me to state with any explicitness or authority the view of those who are directly concerned in this important matter, unless I were furnished in a more definite shape with the distinct modifications which the Imperial Government would wish to make in the conditions originally laid down as a basis of joint action. || So far as I am able at present to judge, I fear there would be very great difficulty caused in the minds of many by such modifications as are sketched in Count Münster's letter, on account of their apparent divergence from principles of discipline in the Church of England; but I should be wanting in respect were I to express a decided opinion upon these modifications, unless I had them before me in a definite shape. || It has always been upon the understanding that the original conditions on both side would be observed, that support has in England been accorded to the scheme. || I have, &c.

Edw. Cantuar.

**Nr. 9492. PREUSSEN.** — Deutscher Geschäftsträger in London an den englischen Min. d. Ausw. — Memoranda 1) über den rechtlichen Charakter des preussisch-englischen Vertrages über die Errichtung des Bisthums Jerusalem und die von der englischen Kirche anerkannten Grundlagen desselben; 2) über die im Falle der Ablehnung der Auflösung von Preussen aufgestellten zwei Punkte. [B. 11.]

I.

(Translation.)

Nr. 9492.  
Preussen.  
19. Sept. 1884.

The agreement concluded in the year 1841 touching the erection of the Bishopric at Jerusalem is, of course, not couched in the terms of an International Treaty between the Prussian and English Governments. || The Agreement, however, is not on this account a private Treaty. The Envoy of His Majesty the King of Prussia treated for the Agreement, and concluded it with the Heads and Representatives of the English Church. || The negotiations were carried on not only with the knowledge and approval of the English Government, but the Envoy Von Bunsen had also direct negotiations upon the matter with Lord Palmerston. || The further co-operation on the part of the English Government respecting the question took place in two directions: with regard

to the Turkish Government, with a view to secure the acquiescence of the local authorities in the erection of an Evangelical Bishopric in Jerusalem, and with regard to the English Church, with a view to give that Church legal power to consecrate a Bishop for Jerusalem, and confer upon him spiritual jurisdiction in his diocese. For this purpose the English Government at the time obtained from Parliament a special Public Act sanctioned by Her Majesty the Queen. || From this procedure it clearly appears, that the case of the Agreement of 1841 was not one of a private Treaty, but of an Agreement which was concluded, with the acquiescence of the English Government, between His Majesty King Frederick William IV, who then wore the Crown of Prussia, and was invested with the authority of the Prussian State on the one side and the English Church on the other, and which must be judged by the rules of international law. || Moreover, the Decree of Endowment issued by King Frederick William IV, with the counter-signature of the Minister Von Thile, wherein is recited that His Majesty will, for the endowment of an Evangelical Bishopric of Jerusalem, which will be founded by the Crown and Church of England, contribute half the necessary funds, and wherein this contribution is made a charge on the moneys at our disposal ("Dispositions-Kasse"), that is, a State fund, is not to be regarded as a deed binding His Majesty the King or the Prussian State privately, but as an Act issued by His Majesty the King of Prussia in the exercise of his sovereign rights. || For the abrogation, further defining, or modification of the Agreement of the year 1841, Prussia has therefore to treat diplomatically with the English Government, as the authority which represents the English Church before foreign Powers.

The thought which animated the late King in suggesting and erecting a Bishopric in Jerusalem, and which found definite expression in 1841, was that in the places where once the Saviour walked, and side by side with the Ecclesiastical Bodies who had from former ages been located there, the Evangelical Church also should acquire a home and citizenship, and that in the institution to be created for this purpose the sisterly relations of the Evangelical Churches of Germany and England should be manifested. || With the object of realizing this idea, negotiations were opened between the King's Envoy Von Bunsen and the Crown of England as Representative of the English Church. || The understanding which was soon brought about was put in writing in the Envoy Von Bunsen's Memorandum of the 25th July, 1841, entitled, "The Church at Jerusalem," which, early in August of the same year, was subjected to a further revision and discussion in the Conferences at Addington, and approved with slight modifications. This Memorandum, modified pursuant to the Addington Resolutions, which the Representatives of the English Church expressly acknowledged in a common letter to the King, formed, as Von Bunsen points out in the clearest manner in his Report of the 16th August, 1841, "the record of the Agreement with the English Church upon the spirit,

Nr. 9492.  
Preussen.  
19. Sept. 1854.

object, scope and form of the creation of the Bishopric." || Of course the Memorandum as a record of the Agreement concluded, was, as such, unsuitable for publication, so that further negotiations followed with the design of securing an instrument adapted for publication in the Evangelical Churches of both kingdoms, but which touched the material part of the Agreement only in certain unimportant points. || Thus, the Memorandum, with the modifications resulting from the Addington Resolutions, must, in so far as no alteration of its substance can be shown to have been effected by subsequent negotiations, be still looked upon as the record of the Agreement come to with the English Church for the foundation of the Bishopric.

## II.

(Translation.)

*Memorandum respecting the Two Points upon which the Royal Prussian Government desires, in case the Assent to the Dissolution of the Compact 1841 concerning the Foundation of the Bishopric at Jerusalem should not be attainable, to come to an understanding with the Royal Government.*

*The first point concerns the veto pertaining to the Archbishop of Canterbury upon the right of nomination by the Prussian Crown, which, by the indefiniteness with which it is expressed, places His Majesty the Emperor and King in an improper position. || The English Church cannot justifiably take up the position that the right of veto in this indefinite form rests upon the Agreement concluded. The construction of the Articles of the English prelates of the 7th December, 1841, does not appear in this respect to be in harmony with that which was before stipulated between them and the Envoy Von Bunsen. || According to Von Bunsen's Memorandum of the 25th July, 1841, the rights and functions of the English Primate respecting the nomination of the Bishop were to be identical in respect of the Crowns of England and Prussia. The veto in respect of the Crown of England was, however, described as the veto of the Church. || The Addington Articles sketched by Von Bunsen, and submitted after their approval by the English prelates to Lord Palmerston, contain with respect to that right of veto only the proviso: "as the Archbishop may have no canonical objection to consecrate." || Finally, Von Bunsen, in his Report of the 23rd July, 1841, likewise describes the veto as a veto of the Church, adding "that is the English form, though only form." || Since the Archbishop of Canterbury has expressed himself orally to Count Münster to the effect that the objections of the Royal Prussian Government respecting the veto might be removed by his declaring distinctly that he would exercise the right only in the case of proved canonical defects, this point might be regarded as adjusted, by the express and formal delivery of such*

a declaration, in which the canonical defects justifying the exercise of the right of veto should be more closely defined.

Nr. 9492.  
Preussen.  
19. Sept. 1884.

*The second point* relates to the declaration which it is desired to obtain from the English Church, that in the case of an ordained ecclesiastic of one of the German Evangelical National Churches being nominated Bishop by the Prussian Crown, such ecclesiastic should not be bound in order to obtain the consecration which it pertains to the Archbishop of Canterbury to give, to submit to reordination by the Anglican Church and to the concomitant subscription of the Thirty-nine Articles. || This declaration must be demanded, because otherwise the right of the Prussian Crown to nominate alternately with the English Crown would be almost valueless. Moreover, it is required by the German Church, seeing that it would be incompatible with her position, that the fact of being an English clergyman should alone constitute the qualification for the See of Jerusalem, and that a German ecclesiastic should be unable to acquire such qualification otherwise than by entering the English, and, consequently, quitting the German, Church. || This would signify a difference in the estimation set upon the two Churches which the German Church cannot accept, and which would stand in flagrant contradiction to the sisterly position of both Churches striven for by the late King. The right of nomination of the Prussian Crown would, besides, be robbed of an essential part of its substance were that Crown obliged to nominate ecclesiastics of the English Church, while those of the German Church would be excluded as such from being nominated. || Nor does the demand for this declaration appear to be an alternation of the stipulations of 1841. Rather do they afford it a substantial basis, as appears from the following:—

Von Bunsen's Memorandum of the 25th July, 1841, does not, indeed, in its essential provisions, lay down anything further respecting the nomination of the Bishop than that the Archbishop of Canterbury has the Church's veto over the Bishops nominated by the Prussian, equally with those nominated by the English, Crown, "and performs the episcopal consecration." This provision, however, finds an unambiguous explanation in the context of the preceding Article I, since it is there stated that it must "appear in the highest degree desirable" that the Bishop of Jerusalem should, in addition to the ordinary essentials of a Bishop, possess the following qualifications:—

1. Jewish descent.
2. Learning.
3. Membership of the Ministry of the English Church.

The last qualification is accordingly specified only as desirable, not as generally necessary, and not as more desirable than the desideratum placed first, viz., Jewish extraction, to which, after the first nomination in 1841, no importance was attached, in the two subsequent cases, either by the Prussian or by the English Crown. Accordingly, the necessity of the entrance of the Bishop into the Ministry of the English Church is not here put forward. To



Nr. 9492.  
Preussen.  
19. Sept. 1884.

the same view also corresponds the position of the Bishopric with regard to the English Church, as indicated in Von Bunsen's Memorandum as regards the duration of its connection with Prussia; the Bishopric of Jerusalem was to be exclusively English from such time only as a Bishopric should be founded at Bethlehem—as formerly contemplated by the late King; up to such time it was to continue to be jointly English and German. || Agreeably with this the so-called Addington Articles make the performance of the consecration dependent merely upon the absence of canonical impediments. But that the want of Anglican priest's orders is not in itself to be considered as a canonical objection in the way of consecration may be inferred from the Act of Parliament of the 5th October, 1841, obtained expressly in connection with the foundation of the Jerusalem Bishopric, and according to which the Archbishop's right, already existing in virtue of a previous Act, to consecrate ("weihen")\*) the subjects of any nation, is so far extended that it can be exercised, regardless whether such subjects are subjects of the land in which they are to discharge their office or not. That no preliminary English ordination or rather reordination is to be exacted of such foreign Bishops is apparent from the nature of the matter. || Finally, the Envoy Von Bunsen replied, *inter alia*, as follows, to an instruction imparted to him with reference to the consecration to be obtained from the English Church for our first Bishops and clergy in Palestine, in his Report of the 22nd August, 1841: "If, in the Instructions (for Von Bunsen's negotiations with the English Church) it is said, 'The Bishop nominated for Bethlehem will come for consecration to the English Church,' this presupposes that there cannot be, and is not to be, any question of reordination. Here also, then, we have come to a complete understanding. The form of consecration of the English Church does not inquire whether the man is a priest or not." || Even were the substance of the Agreement upon the point in question not placed beyond doubt by the circumstance that the Bishops nominated by Prussia for Jerusalem, in case they have not English priest's orders, are to be consecrated without them, all uncertainty would be removed by the further contents of the Report, wherein Von Bunsen says:—

"The Bishops consider it just that so long as your Majesty has no Bishopric of your own in the Holy Land, that now founded should hereafter have alternately a Prussian or an English Bishop; or, more accurately, one proposed to the Primate alternately by your Majesty and by the Crown of England. For your Majesty might propose an Englishman, instead of one of your subjects. In any case, the Primate would consecrate him according to the English form of consecration, just in the same way as the possible Bishop of Bethlehem. In a word, your Majesty will get in Jerusalem that which you wished for in Bethlehem, until the foundation of a Bishopric at the last-named place is possible."

\*) The word employed in the original is "weihen," which signifies either ordination or consecration.

It will be seen, that for the Bishops of the exclusively Prussian See which it was intended to found subsequently at Bethlehem, the reception of English priest's orders or subscription to the Thirty-nine Articles could not have been contemplated as a necessary preliminary to consecration. || Previously to his Report of the 22nd August, 1841, a shorter Report of Von Bunsen's, of the 20th of the same month, speaks in the same sense with the foregoing observations, although with greater brevity:—

“The expression ‘consecration’ presupposes, that no ordination precedes even when the man has not been ordained by a Bishop.”

**Nr. 9493. ENGLAND.** — Erzbischof von Canterbury an den Min. d. Ausw. — Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Lordbischof von London erklären sich mit der Aufhebung des Vertrages von 1841 einverstanden.  
[B. 13.]

Lambeth Palace, February 19, 1886.

My Lord, || I have the honour to state, that the letter of the 6th December, 1884, on the subject of the Jerusalem Bishopric Fund, addressed to me by Earl Granville as the Secretary of State for Foreign Affairs, has, with the Memoranda which accompanied that letter, received the most careful consideration of the Trustees of the Jerusalem Bishopric Fund, and that on the 28th July, 1885, the Trustees passed the following Resolution:—

“That it is desirable, that the original Arrangement made between the English and Prussian Governments, for the appointment of the Anglican Bishop at Jerusalem and his maintenance, be forthwith rescinded.”

I have the honour, further, to state that, having conferred with his Grace the Archbishop of York and the Lord Bishop of London upon the terms of this Resolution and upon the matter generally, we are prepared to consent to the determination of the Arrangement arrived at in 1841, and I beg to request that your Lordship will kindly communicate this to the German Government. || As this course is evidently in accord with the wishes of the German Government, I assume that some short Memorandum should be drawn up and signed on their behalf, and by myself, stating that by mutual consent the Arrangement of 1841 has been determined. || I have, &c.

Edw. Cantuar.

**Nr. 9494. ENGLAND.** — Min. d. Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Ersucht unter Mittheilung des Beschlusses der englischen Bischöfe um Angabe des besten Modus zur Aufhebung des Vertrages von 1841. [B. 15.]

Foreign Office, March 20, 1886.

Nr. 9494.  
England.  
20. März 1886.

M. l'Ambassadeur, || With<sup>r</sup> reference to previous correspondence respecting the Bishopric of Jerusalem, I have the honour to acquaint your Excellency, for the information of your Government, that his Grace the Archbishop of Canterbury has intimated to me that the Trustees under the English Deed of Endowment are prepared to consent to the termination by mutual consent of the Arrangement of 1841, as your Excellency will perceive from the inclosed copy of his Grace's letter\*).

I should be glad to be favoured with the views of your Excellency as to the best mode of recording and carrying out the cancelling of the Arrangement of 1841, for the information of the Archbishop and the Trustees of the English Deed of 1841. || I am &c. Rosebery.

**Nr. 9495. ENGLAND.** — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Berlin. — Graf Hatzfeldt schlägt den Austausch identischer Noten Preussens und Englands über die Aufhebung des Vertrages von 1841 vor; Rosebery stimmt zu. [B. 17.]

Foreign Office, April 2, 1886.

Nr. 9495.  
England.  
2. April 1886.

Sir, || In the course of conversation to-day, Count Hatzfeldt touched on the subject of the Bishopric of Jerusalem, and stated, with reference to my communication to him of the 20th March, intimating that the Trustees under the English Deed of Endowment were prepared to consent to the termination of the Arrangement of 1841, that, as both the parties to it were now agreed, it only remained to discuss the form in which the withdrawal should be made. He suggested, that he should write a formal note to me, withdrawing, on behalf of Germany, from that Arrangement, and that I, in reply, should address an identical note to him. || He asked if I saw any objection to this method of proceeding, and I replied that I saw none. || I am, &c. Rosebery.

**Nr. 9496. PREUSSEN.** — Deutscher Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Preussen erklärt den Vertrag von 1841 als erledigt. [B. 19.]

(Translation.)

German Embassy, London, December 4, 1886.

Nr. 9496.  
Preussen.  
4. Dec. 1886.

My Lord, || In a note dated the 20th March last, I was informed by Lord Rosebery that the Trustees of the Bishopric of Jerusalem had declared their

\*) Nr. 9493.

readiness to consent to the termination of the Agreement of 1841. || I am now instructed to inform your Lordship, that the Royal Prussian Government, in agreement with the Trustees of the Bishopric, declares the said Agreement terminated, and liberates the Trustees from all obligations incurred thereby. || While awaiting the communication of a similar declaration on the part of the Trustees, I have the honour to add that His Imperial Majesty puts great value on the continuance, after the Treaty relations with the English Church have ceased, of the harmonious co-operation of the two Evangelical sister Churches for all purposes hitherto provided for by their outward ties. || Finally, I have the honour to state, that the Royal Government takes it for granted that the use of the churchyard for its proper purpose by both Communities on an equal footing, as well as the equal right of the clergymen of each to perform the proper services, shall continue until a possible agreement shall have been arrived at by the two Communities. || I have, &c.

Nr. 9496.  
Preussen.  
4. Dec. 1886.

Hatzfeldt.

Nr. 9497. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den deutschen Vertreter in London. — Der Erzbischof v. Canterbury stimmt der Auflösung des Vertrages mit Preussen ausdrücklich zu. [B. 24.]

Foreign Office, January 8, 1887.

M. le Chargé d'Affaires, || I duly communicated to the Archbishop of Canterbury Count Hatzfeldt's letter of the 4th ultimo, formally declaring the Agreement on the part of the Royal Prussian Government as to the appointment of an Anglican Bishop at Jerusalem terminated, and requesting a similar declaration on the part of the English Trustees. || I have the honour to acquaint you, that his Grace, on behalf of the Trustees, now requests me to declare the said Agreement with the Royal Prussian Government terminated, and to liberate that Government from all obligations incurred thereby. || The Archbishop most readily concurs in the desire expressed in Count Hatzfeldt's letter as to the future harmonious cooperation of the Churches and the continued common use of the churchyard as hitherto; and with reference to the verbal statement made by you on Count Hatzfeldt's behalf, his Grace concurs in the view that no payment beyond the 31st March, 1885, is expected from the Prussian Government. || I have, &c.

Nr. 9497.  
England.  
8. Jan. 1887.

Iddesleigh.

## Port Hamilton\*).

Nr. 9498. **ENGLAND.** — Gesandter in Tokio an den Min. d. Ausw. — Beunruhigung der japanischen Regierung durch die Nachricht von der englischen Besitzergreifung von Port Hamilton. [B. 2.]

(Telegraphic.)

Tôkiô, April 9, 1885, 1:20 P.M.

Nr. 9498.  
England.  
9. April 1885.

Minister for Foreign Affairs much disturbed by reported occupation of Port Hamilton by England. || I replied, that I had heard nothing of any such intention on the part of Her Majesty's Government

---

Nr. 9499. **ENGLAND.** — Sekretär der Admiralität an den Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation, Vice-admiral Sir W. Dowell. Befehl, Port Hamilton zu besetzen. [B. 3.]

(Telegraphic.)

Admiralty, April 14, 1885.

Nr. 9499.  
England.  
14. Apr. 1885.

Occupy Port Hamilton, and report proceedings.

---

Nr. 9500. **ENGLAND.** — Min. d. Ausw. an den ausserordentlichen chinesischen Gesandten in London. — Meldet die zeitweilige Besetzung von Port Hamilton und erklärt Englands Bereitwilligkeit zu einem die Interessen Chinas wahrnehmenden Abkommen hierüber. [B. 5.]

Foreign Office, April 16, 1885.

Nr. 9500.  
England.  
16. Apr. 1885.

M. le Ministre, || On the 8th instant you sent to ask whether it was true that Her Majesty's Government had occupied Port Hamilton. At the time that this inquiry was made Her Majesty's Government were not in a position

---

\*) Die Aktenstücke sind dem englischen Weissbuche, China 1887 I, entnommen, welches in den Ueberschriften mit B bezeichnet ist.

to confirm the report on which your inquiry was founded. Since then, however, they have found it necessary, in view of eventualities, to authorize their Admiral, in case of necessity, to occupy temporarily Port Hamilton. Under ordinary circumstances Her Majesty's Government would have desired to have come to a previous understanding with the Chinese Government on the subject. But in view of the probable occupation of these islands by another Power, Her Majesty's Government have deemed it indispensable to take this step. || Her Majesty's Government do not wish to do anything that would be injurious to the prestige of China, and would therefore be prepared to come to such an agreement as would not be harmful to Chinese interests in those parts. || I have, &c.

Nr. 9500.  
England.  
16. Apr. 1885.

Granville.

**Nr. 9501. ENGLAND.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Tokio.  
— Auftrag, nach der Meldung von der erfolgten Besetzung von Port Hamilton der japanesischen Regierung vertraulich die Nothwendigkeit zeitweiliger Besetzung im Hinblick auf gewisse Möglichkeiten zu erklären\*). [B. 6.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, April 17, 1885.

Sir, || I have to inform you, that Her Majesty's Government have decided upon the temporary occupation of Port Hamilton. As soon as you hear from the Admiral commanding the British squadron that the place has been occupied, you will address a Confidential note to the Japanese Government stating that Her Majesty's Government have instructed you to say that, in view of eventualities, they have found it necessary to authorize a temporary occupation of the port, || I am, &c.

Nr. 9501.  
England.  
17. Apr. 1885.

Granville.

**Nr. 9502. ENGLAND.** — Gesandter in Tokio an den Min. d. Ausw.  
— Japan wünscht Aufklärung, ob ein Abkommen zwischen England und Korea betreffs Port Hamiltons geschlossen sei. [B. 8.]

(Telegraphic.)

Tôkiô, April 23, 1885.

With reference to your telegram of the 17th, communication made on the 20th. || While acknowledging the courtesy of Her Majesty's Government,

Nr. 9502.  
England.  
23. Apr. 1885.

\*) Denselben Auftrag erhielt am 23. April der englische Gesandte in Peking für die koreanische Regierung.

Nr. 9502.  
England.  
23. Apr. 1885.

Foreign Minister replies that Japan cannot view without concern occupation of place so adjacent even by a Power with whom her relations are so cordial; he wishes to learn, when proper, what arrangement has been made with Corea. || His Excellency reserves further remarks.

**Nr. 9503. CHINA.** — Ausserordentlicher Gesandter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Theilt mit, dass er ermächtigt ist, die Vorschläge Englands zu einer Verständigung mit China über die zeitweilige Besetzung Port Hamiltons entgegenzunehmen. [B. 10.]

Chinese Legation, April 27, 1885.

Nr. 9503.  
China.  
27. Apr. 1885.

My Lord, || I beg to acknowledge receipt of the letter which your Lordship did me the honour to address to me on the 16th instant, replying to the inquiry which, in conformity with instructions received from the Imperial Government, I made on the 8th of the same month, relative to the reported occupation by Her Britannic Majesty's Government of the islands forming Port Hamilton. || As these islands belong to the Kingdom of Corea, a country which is not only conterminous with China, but which is a vassal of the Chinese Empire, the reported occupation of them by a foreign Power naturally could not be viewed without concern at Peking. || This feeling, however, I am happy to be able to inform your Lordship, has in some measure been allayed by the assurance contained in the communication under reply, that the occupation would only be of a temporary nature, and that Her Majesty's Government, being desirous of not doing anything which would be injurious to the prestige of China, would be prepared to come to such an agreement with the Chinese Government as would not be hurtful to Chinese rights and interests in those parts. || The Imperial Government, after having taken due note of this assurance, and of the statement that, but for the exigency of circumstances, Her Majesty's Government would, before authorizing the occupation of the islands, have sought to come to an understanding with the Chinese Government on the subject, have instructed me to request your Lordship to inform me of the kind of agreement which Her Majesty's Government would propose in order to secure these objects. || I have, &c.

Tsêng.

**Nr. 9504. ENGLAND.** — Vorschlag eines Abkommens mit China über die Besetzung Port Hamiltons. [B. 12.]

(Am 28. April von Earl Granville an Marquis Tseng übersandt.)

Nr. 9504.  
England.  
28. Apr. 1885.

Earl Granville, K. G., Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, and the Marquis Tseng, Envoy Extraordinary and Minister



Plenipotentiary from His Imperial Majesty the Emperor of China, having met this day at the Foreign Office, an exchange of views took place with regard to the possible occupation of Port Hamilton by Great Britain. || The Marquis Tsêng stated, in answer to Lord Granville's inquiry, that he was authorized by his Government to declare that, in the event of the British Government desiring, at any time, to occupy the islands lying off the south coast of Corea, known by the name of "Port Hamilton", His Imperial Majesty the Emperor of China would offer no objection to such occupation; and Earl Granville having taken due notice of this declaration, it was mutually agreed that from the day on which Her Britannic Majesty should deem it advisable to occupy those islands they should be acknowledged by His Imperial Majesty the Emperor of China as lawfully occupied and administered by England. || It is understood between the two High Contracting Parties that Her Britannic Majesty's Government shall, at the expiration of twelve months from the date of occupation, pay to the Corean Government the whole of the revenue that may have been received by them from the islands, and a similar sum at the expiration of every twelve months during the continuance of the occupation of the islands by Great Britain, deducting therefrom and paying to China any portion of that revenue which has hitherto been paid to China by Corea as tribute in regard to these islands. || It is also understood, that the British occupation is not to prejudice either the rights or the privileges of the subjects of Corea inhabiting the islands.

Nr. 9504.  
England.  
28. Apr. 1885.

---

Nr. 9505. **CHINA.** — Der Yamen an den ausserordentlichen Gesandten in London. — Lehnt im Hinblick auf mögliche Verwickelungen mit Russland und Japan den englischen Vorschlag ab. [B. 13.]

(Am 6. Mai von Marquis Tseng dem Earl Granville übersandt.)

The Chinese Government would have been much gratified had circumstances permitted their meeting the views of Her Majesty's Government in the matter of the proposed occupation, but in view of the Russian Minister at Peking having given the Yamên to understand that, should the Chinese Government consent to a British occupation of the islands forming Port Hamilton, the Russian Government would feel it necessary to occupy some other island or portion of the Kingdom of Corea; also in view of the possibility of Japan following in the same course, the Chinese Government regret that, in order to avoid these inconveniences, and the possible complications which might result from them, they cannot authorize their Minister to sign the Arrangement proposed by Her Majesty's Government, and instruct him to express the hope that Her Majesty's Government will not find it necessary to occupy the islands.

Nr. 9505.  
China.  
Anf. Mai  
1885.

**Nr. 9506. ENGLAND.** — Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. — Ein russisches und ein japanisches Kriegsschiff haben Port Hamilton besucht; die britische Flagge ist in Port Hamilton gehisst worden. [B. 14.]

(Telegraphic.)

Nagasaki, May 12, 1885, 3:45 p.m.

Nr. 9506.  
England,  
12. Mai 1885.

Russian volunteer ship "Vladivostock" visited Port Hamilton 10th May, remaining twenty-four hours. Union Jack hoisted on the island. Formation of the harbour mines and other defences are being proceeded with. It will be necessary to give notice that the entrances are blocked, and that ships are not allowed to enter during the night. || A Japanese man-of-war also visited the port. I have notified the Minister at Tôkiô of occupation.

**Nr. 9507. ENGLAND.** — Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. — Korea hat gegen die englische Flaggenhissung protestirt; Bedenken wegen des militärischen Werthes von Port Hamilton; vorläufige Vertheidigungsmaassregeln. [B.15.]

(Telegram.)

Nagasaki, May 18, 1885.

Nr. 9507.  
England,  
18. Mai 1885.

Two Korean officials, who have been sent by the King of Corea, arrived here in Chinese man-of-war this morning, to find out circumstances under which we have occupied, and to protest against our hoisting the British flag at Port Hamilton\*). I replied, that I would refer the matter home, but I believed that the occupation was only temporary. They are very anxious to return to Corea, and hope for reply. I consider it right to say, that Port Hamilton, in my opinion, is by no means a desirable place to hold. To defend it would be difficult, fortifications would be necessary, the expense would be heavy, and it would be a constant source of weakness. Booms and mines have been placed to defend the harbour as a temporary measure. It would be more convenient, in case of naval operations, for the necessary colliers and store-ships to accompany the squadron. Should the retention of Port Hamilton be decided upon, I would propose that two guns from the "Flying Fish" should be landed there for the protection of the minefield, that vessel returning to Hong Kong to continue her surveying work.

\*) Am 22. Mai instruiert Earl Granville den Gesandten in Peking hierüber: It is not proposed to send any reply to this protest through the Admiral; but should you consider it desirable you are authorized to make known to the Corean Government, either directly or through the Chinese Government, as you may think best, that Her Majesty's Government would be prepared to come to an agreement with them in regard to a temporary occupation of Port Hamilton.

**Nr. 9508. KOREA.** — Die Minister Om Si-Yong und v. Möllendorf an den englischen Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation. — Ersuchen um Aufklärung über die Gründe der Besetzung und um Sichtbarmachung, dass Port Hamilton ein Bestandtheil des Reiches Korea ist. [B. 33.]

(Translation.)

Nagasaki, May 19, 1885 (4th moon, 6th day).

Sir, || We have the honour to inform you that, it having been brought to the knowledge of His Majesty the King of Corea that that portion of His Majesty's dominions commonly known as Port Hamilton was occupied by the naval forces under your Excellency's command, His Majesty availed himself of the opportunity afforded by the visit to Masanpu of two of His Imperial Chinese Majesty's men-of-war to request his Excellency Admiral Ting to convey the undersigned officials to Port Hamilton, to inquire into the correctness of the statement. || On arriving at Port Hamilton we found six of Her Britannic Majesty's ships, together with two merchantmen, at anchor in the harbour, and the British flag flying on the highest peak of that island. || We accordingly sought an immediate explanation from the Captain of Her Britannic Majesty's ship "Flying Fish", and were informed by him that the occupation had been made by the orders of your Excellency, whom, he further informed us, we should find in Nagasaki. || To this port his Excellency Admiral Ting kindly consented to bring us. || We arrived on the morning of the 18th May, and the same day had a conversation with your Excellency on the question at issue. || Referring to that conversation, we have now the honour to request, on behalf of His Majesty our august Sovereign, that you will inform us by whose authority and on what grounds this military occupation of a portion of the territory of a friendly Power has been undertaken by the naval forces of Her Britannic Majesty under your command. || We have further to request, that you will take such immediate steps as will make it apparent to all the Treaty Powers concerned that Port Hamilton forms an integral portion of His Corean Majesty's dominions. || We have, &c.

Om Si-Yong, Member of Inner Council.

P. G. von Möllendorff, Member of Foreign Office.

Nr. 9508.  
Korea.  
19. Mai 1885.

**Nr. 9509. KOREA.** — Präsident d. Ausw. Amts an den englischen Generalconsul in Soul. — Erklärt in halbofficieller Note die Besetzung von Port Hamilton als völkerrechtswidrig und ersucht um deren Zurückziehung. [B. 40.]

(Translation.)

May 20, 1885.

A rumour has lately reached me from the "inner seas", that Her Britannic Majesty's Government has designs upon the Island of Chü Wên, other-

Nr. 9509.  
Korea.  
20. Mai 1885.

Nr. 9509.  
Korea.  
20. Mai 1885.

wise called Port Hamilton. || This island is a possession of my Government which no other country has the right to trespass upon, such an act being justified by no principle of international law. The intelligence caused me alarm and suspicion, which it is inexpedient that I should give clear expression to, and some days ago officers were sent to the island in question to ascertain whether the rumour was true or not. Although they have not yet returned, I have received an official communication from you, which is a note sent from the Legation in Peking, upon careful perusal of which I learn from its purport that I must now give credence to the correctness of the earlier report. It is inconceivable, that a Government like that of Great Britain, which attaches importance to the obligations of comity, and has a clear perception of the requirements of international law, should act in a manner so unexpected, and I am inexpressibly astonished at the disappointment of the hopes which I had formed. || If Her Majesty's Government does attach importance to the obligations of comity, she will reverse her aims and at once withdraw from this island, to the great good fortune of my country, while she will also secure the respectful admiration of all. Should she fail to do so, the moral obligations of my Government will not allow them to remain silent spectators of this proceeding, which they will, moreover, make known to all countries with whom they have Treaty relations, and submit the proceeding to the test of public opinion. || This matter admits of no delay, and I therefore send you this preliminary letter, giving an explicit expression of my views, to which I earnestly beg the favour of an immediate reply.

Nr. 9510. **ENGLAND.** — Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. — Gutachten über den militärischen Werth Port Hamiltons. [B. 19.]

(Telegraphic.)

May 20, 1885.

Nr. 9510.  
England.  
20. Mai 1885.

As long as we have command of the sea, Hong Kong sufficient base\*), Port Hamilton can be shelled from without unless fortified, consequently must have squadron for its protection. It could be used as an anchorage, whenever necessary, without occupation. Any Power holding it permanently must make a second Malta of it. I have taken Captains' opinion; they quite agree with me.

\*) Tags zuvor hatte die Admiralität bei Sir Dowell angefragt, ob Hongkong für den Kriegsfall als Operationsbasis genüge. [B. 18.]

Nr. 9511. **ENGLAND.** — Vertreter in Peking an den Min. d. Ausw. — Vorstellung der koreanischen Regierung an England; Vorschlag Englands, mit derselben über eine zeitweilige Besetzung von Port Hamilton sich zu verständigen. [B. 24.]

(Thelegraphic.)

Peking, May 25, 1885, 4:15 p.m.

Following is substance of message received from Corean Foreign Office for communication to Her Majesty's Government: —

Nr. 9511.  
England.  
25. Mai 1885.

“Port Hamilton being Corean, cannot be taken possession of by any other Power. Hopes England, out of regard for friendly relations, will abandon intention, and that fleet will be withdrawn at once, otherwise, Corea cannot remain silent, but will appeal to Treaty Powers.”

I instructed Carles to inform Corean Government Mr. Aston returns end of month, and will be instructed to reply to note. I told Mr. Aston to intimate to Corean Government that Her Majesty's Government may perhaps be willing to come to an agreement with respect to temporary occupation.

Nr. 9512. **ENGLAND.** — Vertreter in Peking an den Generalconsul in Hanyang. — Beauftragt ihn, den Protest Koreas erneut mit beruhigenden Versicherungen zu beantworten. [B. 37.]

(Extract.)

Peking, June 4, 1885.

I requested you in a telegraphic despatch of this day's date to repeat to the Corean Government, in reply to their protest respecting the occupation of Port Hamilton, the assurances already conveyed to them by Her Majesty's Government to the effect that it had been found necessary, in view of eventualities, to authorize the British Admiral temporarily to occupy that island, and to establish a coaling-station there. || I added, that further instructions may be sent you, but that I trusted these renewed assurances on the part of Her Majesty's Government would satisfy the Corean Government.

Nr. 9512.  
England.  
4. Juni 1885.

Nr. 9513. **ENGLAND.** — Generalconsul in Hanyang an den Vertreter in Peking. — Korea dringt weiter auf Aufgabe der englischen Besetzung von Port Hamilton und lehnt eine Vereinbarung ab. [B. 41.]

(Extract.)

Hanyang, June 19, 1885.

In accordance with the instructions contained in your telegram of the 5th instant, which reached me the day before yesterday, I had an interview

Nr. 9513.  
England.  
19. Juni 1885.

Nr. 9513.  
England.  
19. Juni 1885.

to-day with all the members of the Corcan Foreign Office, with the exception of M. von Möllendorff, who was absent. || I repeated to the President the assurances of the temporary character of the occupation of Port Hamilton, and enlarged on the fact that it was only for coaling purposes that it was required. || The President replied, that he was aware that in Japan our Government was allowed facilities for storing coal, but that this was only at the open ports and not elsewhere. He added, that in the present state of the relations between Great Britain and Russia it would be impossible for Corea to consent to an occupation, even of this kind, on any terms. || I asked his Excellency could he not think of any arrangement for this purpose which would be advantageous to Corea? His Excellency said, that he did not understand what I meant by an advantageous arrangement; would I explain myself a little more clearly? || His Excellency then repeated, that their acquiescence in our occupation of Port Hamilton would be condemned by public opinion, and by doing so they would incur the censure of all foreign Powers. He saw no means by which a compromise could be arrived at, and hoped we would soon relieve Corea from a very difficult position by the withdrawal of our ships from Port Hamilton. || His Excellency asked me for a letter recording your instructions to me on this subject; but in the inclosed note I declined to do so until the arrival of your despatches to me. He also inquired whether there was any letter to himself from you.

**Nr. 9514. ENGLAND.** — Vertreter in Peking an den Min. d. Ausw. — Korea lehnt ab, einen Vorschlag über Port Hamilton zu machen. [B. 31.]

(Telegraphic.)

Peking, June 27, 1885, 7:30 P.M.

Nr. 9514.  
England.  
27. Juni 1885.

Telegram from Mr. Aston, received 22nd, says: —

“President of the Foreign Office does not see way to making arrangement regarding Port Hamilton.”

**Nr. 9515. ENGLAND.** — Vertreter in Peking an den Präsidenten des ausw. Amts von Korea. — Betont, dass die Besetzung von Port Hamilton nur vorübergehend sei, England die Einwendungen Koreas in ernste Erwägung ziehen werde und auf dem Wunsche nach einer Verständigung mit Korea beharre. [B. 43.]

Peking, June 30, 1885.

Nr. 9515.  
England.  
30. Juni 1885.

Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires has the honour to acknowledge the receipt of the note in which his Excellency the President of the Corcan Foreign Office informed him of the views of the Corean Government in re-

spect to the occupation of Port Hamilton, and requested him to communicate to Her Majesty's Government the observations therein contained. || Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires lost no time in acquainting Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs, by telegraph, with the tenour of his Excellency's communication, and it became his duty to instruct Mr. Aston, Her Majesty's Consul-General, on his return to Söul shortly afterwards, to call on his Excellency and explain to him that the occupation of Port Hamilton had been brought about by the force of circumstances, that it was in no way intended to prejudice the veritable interests of Corea, and that there was no desire whatsoever to menace her integrity. || Her Majesty's Government have not hesitated again to instruct Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires to repeat to the Government of Corea the assurances of the friendly disposition they entertain, and Mr. Aston has already been directed to convey these assurances to his Excellency. The full text of the communication of his Excellency now under acknowledgment was duly transmitted to Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs by the first out-going mail, and will certainly receive every consideration and an answer be returned thereto without loss of time. Meanwhile, Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires does himself the honour to inform his Excellency the President, that, while occupying Port Hamilton temporarily as a coaling station for the British fleet, Her Majesty's Government is willing to come to a satisfactory arrangement with the Corean Government in respect to this occupation, such as will, he trusts, remove any misapprehensions as to its actual nature and intent that may possibly exist in the mind of his Excellency. N. R. O'Conor.

Nr. 9515.  
England.  
30. Juni 1885.

Nr. 9516. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Peking. — Bevollmächtigt ihn, China zu versichern, dass die Integrität Koreas gewahrt werden würde, und ein Abkommen über Entschädigung Koreas für die zeitweilige Besetzung Port Hamiltons als Kohlenstation zu schliessen. [B. 32.]

Foreign Office, July 7, 1885.

Sir, || As Yamèn seem disposed to come to an arrangement in regard to the occupation of Port Hamilton by Her Majesty's Government, but are anxious to obtain pledges as to the integrity of Corea, I authorize you to give an undertaking that the integrity of Corea will be respected, and to conclude an arrangement for the lease of Port Hamilton while occupied as a coaling-station by this country, on the terms authorized by Lord Granville's despatch of the 29th May last\*), the substance of which was communicated to you by telegraph on the same day. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 9516.  
England.  
7. Juli 1885.

\*) Darin hatte dieser als höchsten Satz eine Jahreszahlung von 5000 £ an Korea angeben und den Gesandten beauftragt, mit Korea hierüber, wenn möglich durch Vermittlung der chinesischen Regierung, zu verhandeln. [B. 26.]



**Nr. 9517. ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw.  
— Korea hat seinen Protest zurückgezogen. [B. 35.]

(Telegraphic.)

Peking, July 13, 1885, 4:35 P.M.

Nr. 9517.  
England.  
13. Juli 1885.

Corean protest has been withdrawn for the present on representation of  
Her Majesty's Consul-General.

---

**Nr. 9518. ENGLAND.** — Vertreter in Peking an den Min. d. Ausw.  
— Forderungen und Vorschläge Chinas. [B. 46.]

(Extract.)

Peking, October 14, 1885.

Nr. 9518.  
England.  
14. Oct. 1885.

I have the honour to inform your Lordship, that I called by appointment upon the Grand Secretary Li Hung-chang yesterday morning, accompanied by Mr. Hillier, Assistant Chinese Secretary. || After some conversation on other subjects, his Excellency asked what Her Majesty's Government intended doing about Port Hamilton. The Russian question had now been settled, and it was time that the British Government did something to put an end to the present unsatisfactory state of things, which placed the Chinese Government in a very unpleasant position *vis-à-vis* to other Powers, and, if continued, was even calculated to mar the friendship between England and China. The question was a very grave one, and ought not to be allowed to drag on in this unsatisfactory way. || Corea had declined, and he now thought rightly so, to part with any of her territory, and he could assure me, as a fact within his own positive knowledge, that, if the Corean Government accepted to rent the island, a demand would be presented from another quarter within ten days for the cession of other territory on the same terms. || His Excellency dwelt much on the necessity of coming to a practical and acceptable arrangement in the matter, and proposed that we should take down the British flag, remove the military shanties which had been erected, and extend the cable to Chemulpo, where it would be connected with the Corean land-line, thus rendering it useful to both Governments. || We could maintain a coaling depôt and keep a gun-boat always there, so as to be able at short notice to reoccupy the island, should such a course be rendered advisable hereafter. He hoped, however, that I would ask Her Majesty's Government to consider this question at once, and to come to an understanding with China in the way he had suggested. || I replied, that the moment was inopportune for putting a question of this sort before your Lordship, as elections were impending in England, and that, until they were over, Her Majesty's Government would probably be unwilling to consider any proposals in this matter. || His Excellency appeared satisfied with this explanation, but said that the Chinese Government would expect a decision by the end of the year, and that he hoped I would not forget to communicate what he had said to your Lordship, as the subject was within his official province.

---

**Nr. 9519. ENGLAND.** — Sekretär des Generalconsuls in Hanyang an den Vertreter in Peking. — Der König von Korea dringt auf eine Beantwortung der Vorstellungen seiner Regierung; diese erneuert den Hinweis auf die ihr aus der Besetzung erwachsenen Schwierigkeiten\*). [B. 49.]

(Extract.)

Hanyang, October 23, 1885.

I have the honour to report, for your information, that the President of the Foreign Office paid a visit to Mr. Aston on the evening of the 20th instant, and stated that he had been sent by the King to inquire whether any communication had been received from Her Majesty's Government in reply to his letter of the 7th July last, remonstrating against our occupation of Port Hamilton. M. Waeber, on the previous day, had been pressing him somewhat closely on the matter, asserting that he had learnt that a project was on foot by which Corea was to sell Port Hamilton to Great Britain. || The President further requested Mr. Aston to repeat to the British Government the representation of the difficulty in which our occupation of the islands had placed Corea with regard to other Powers.

Nr. 9519.  
England.  
23. Oct. 1885.

**Nr. 9520. ENGLAND.** — Min. d. Ausw. an den Vertreter in Peking. — Anfrage, ob China verhindern will, dass irgend eine andere Macht im Falle des Rückzuges der Engländer Port Hamilton besetze. [B. 47.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, December 12, 1885.

Sir, || In reply to your despatch of the 14th October last, reporting the views of Li Hung-chang on the question of Port Hamilton, I have to request you, in case the question is again raised by his Excellency, to ascertain from him whether, if Her Majesty's Government withdrew from the islands, the Chinese Government would undertake that it should not be occupied by any other foreign country. || I am, &c.

Nr. 9520.  
England.  
12. Dec. 1885.

Salisbury.

**Nr. 9521. ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Chinesische Erkundigungen über den Stand der Besetzung von Port Hamilton. [B. 53.]

(Extract.)

Peking, December 5, 1885.

At the interview which I had with the Prince and Ministers of the Tsung-li Yamên on the 4th instant, his Highness alluded to Port Hamilton, and inquired

Nr. 9521.  
England.  
5. Dec. 1885.

\*) Mr. O'Connor beauftragte hierauf Mr. Baber: that he should reply to any fresh inquiries on this subject by saying, that political events in Europe have no doubt contributed to delay the consideration of this question, which is no doubt engaging all the same your Lordship's attention.

Nr. 9521.  
England.  
5. Dec. 1885. whether there were still any British ships there. I said, I thought so. One, perhaps, said his Highness. More than that, I imagined, but I had no direct news for a very long time. || His Highness also inquired whether it was true that the cable from North Saddle Island to Port Hamilton was broken, and that there was no intention of repairing it. || I replied that I had no information on the subject.

---

Nr. 9522. **ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Antwort des Tsung-li Yamen auf die Frage, ob im Falle der englischen Räumung China selbst Port Hamilton besetzen oder für dessen Nichtbesetzung durch eine andere europäische Macht sich verbürgen wolle. [B. 52.]

(Extract.)

Peking, January 7, 1886.

Nr. 9522.  
England.  
7. Jan. 1886. In the course of a conversation with the Ministers of the Tsung-li Yamén on the 6th instant, their Excellencies informed me that they had heard a report that the British fleet had evacuated Port Hamilton, and inquired if it were true. || I said I would reply to their question by asking another, and that was whether, in the event of the British Government evacuating Port Hamilton, the Chinese Government were prepared to occupy it themselves, or to give us a guarantee that it would not be occupied by any other European Power. || The Ministers replied, that the territory was Corean, and that it was not the practice of China to occupy her vassals' territory, and that they did not see how they could undertake that the islands would not be occupied by any other foreign Power, and that such an undertaking was not a matter of immediate concern.

---

Nr. 9523. **ENGLAND.** — Der Sekretär der Admiralität an das Auswärtige Amt. — Gutachten der Flottenbefehlshaber in den chinesischen Gewässern über den Unwerth Port Hamiltons als Stützpunkt für den Krieg. [B. 50.]

Admiralty, January 20, 1886.

Nr. 9523.  
England.  
20. Jan. 1886. Sir, || I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to transmit to you, for the perusal of the Marquis of Salisbury, a Report received from Vice-Admiral Hamilton, Commander-in-chief on the China Station, dated the 7th December, respecting Port Hamilton, together with the Report made by his predecessor Admiral Sir William Dowell. || Admiral Sir George Wiles, who was Commander-in-chief on the same station previous to Sir William Dowell, thoroughly concurs in these Reports. — || 2. My Lords consider, that

the opinion of these officers should carry great weight from a naval point of view. They all agree, after a careful local investigation, in considering that it is not desirable to hold Port Hamilton, and that, until it is made a first-class fortress, it would be a source of weakness, in war time, to the cruising power of the squadron in the China command. — || 3. My Lords desire to add, that these views meet with their entire approval. — || 4. Port Hamilton is at the present moment occupied by a body of marines, and there are, in addition, considerable expenses connected with the temporary retention of the island. — || 5. The cable laid between Port Hamilton and Saddle Island (Shanghae) requires repair; but my Lords have declined to sanction the large outlay necessary to restore it to working order until they are in possession of the definite views of the Foreign Office. — || 6. Their Lordships would, therefore, impress upon the Secretary of State for Foreign Affairs the advisability of an early decision upon the subject. — || I am &c. Evan Macgregor.

Nr. 9523.  
England.  
20. Jan. 1886.

---

Nr. 9524. **ENGLAND.** — Der Sekretär der Admiralität an das Auswärtige Amt. — Gutachten der Admiralität über die Aufgebung von Port Hamilton. [B. 54.]

Admiralty, March 19, 1886.

Sir, || I have received and laid before my Lords Commissioners of the Admiralty your letter of the 11th instant, requesting to be favoured with their Lordships' views in regard to the occupation of Port Hamilton. — || 2. On this subject my Lords have already expressed their concurrence with the Reports of the present and late Commanders-in-chief on the China Station, which were forwarded to you in my letter of the 20th January last.— || 3. In reply to your present letter, my Lords desire me to acquaint you, for the information of the Earl of Rosebery, that, unless it be the intention of Her Majesty's Government to fortify and garrison the island, so as to place it in a proper condition of defence to resist the attack of iron-clads, their Lordships are decidedly of opinion, that it is not advisable to retain possession of Port Hamilton. — || 4. It is impossible, however, to overlook the fact, that if Her Majesty's Government is prepared to incur the expense of placing the island in an efficient state of defence its possession might prove valuable to the squadron in the China Seas. — || 5. On this point my Lords desire me to observe, that if it is proposed that naval votes are to be chargeable with the cost of the necessary defence works, their Lordships would not hesitate to decide against the retention of the island. — || 6. They desire me further to observe, that the cost of the retention of Port Hamilton is now being defrayed out of the Vote of Credit, but that after the 31st instant all expenses will have to be defrayed out of naval-votes. — || 7. Certain ground has been taken up on lease at a yearly rental, payable in advance; and although all progress is

Nr. 9524.  
England.  
19. März 1886.

Nr. 9524.  
England.  
19. März 1886.

stopped, and no new works are being undertaken at present, a daily expenditure for absolutely necessary work is being incurred. — || 8. Moreover, the Commander-in-chief is obliged to keep two or three ships at the port, and it is therefore at present a source of weakness to the cruising power of the squadron on the China Station. — || 9. In view of these circumstances, and of the opinion expressed in the earlier part of this letter, my Lords request that you will point out to the Earl of Rosebery the desirability of obtaining an early decision on this important question. — || I am, &c.

Evan Macgregor.

**Nr. 9525. ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Drohungen Russlands gegen China. [B. 55.]

Foreign Office, April 1, 1886.

Nr. 9525.  
England.  
1. Apr. 1886.

Sir, || The following communication was made by Sir Halliday Macartney on the 11th ultimo, by direction of the Marquis Tsêng:—

He stated, that "the Russian Minister at Peking has on several occasions urged the Chinese Government to obtain the withdrawal of the British force from the islands forming Port Hamilton, and has stated that, in the event of the British occupation being continued, Russia would feel obliged to occupy some place in Corea."

Under these circumstances, Sir H. Macartney was instructed to ask what were the intentions of Her Majesty's Government with regard to the prolongation of the occupation of Port Hamilton, which it was understood, at the time it was made, was to be only of a temporary nature. || I am, &c.

Rosebery.

**Nr. 9526. ENGLAND.** — Memorandum des auswärtigen Amtes an den chin. Gesandten in London. — Bereitwilligkeit Englands zur Räumung Port Hamiltons und Vorschlag eines internationalen Abkommens zur Garantie der Unverletzlichkeit des Gebiets von Korea. [B. 56.]

Nr. 9526.  
England.  
14. Apr. 1886.

The communication respecting Port Hamilton, made on the 11th March by Sir H. Macartney on behalf of the Marquis Tsêng, has been laid before Her Majesty's Government. || Her Majesty's Government have no desire to prolong the occupation of Port Hamilton in opposition to the wishes of the Chinese Government; but it appears, to them that it would be against the interests both of China and England if it were to be occupied by another European Power. || If the Chinese Government are prepared to guarantee, that no such occupation shall take place, one of the chief objects which Her

Majesty's Government had in view in taking possession of Port Hamilton would be accomplished. || Should the Chinese Government be unwilling to undertake such a responsibility, Her Majesty's Government would suggest that China should propose to Russia and to the other Powers interested to enter into an international arrangement guaranteeing the integrity of Corea. If this proposal is accepted, Her Majesty's Government would be ready to become parties to the arrangement, and to retire at once from Port Hamilton on the understanding that it should be recognized as forming part of the guaranteed territory of Corea.

*Foreign Office, April 14, 1886.*

**Nr. 9527. ENGLAND.** — Auswärtiges Amt an die Admiralität. — Da China den Vorschlag einer internationalen Garantie der Unverletzlichkeit Koreas unbeantwortet gelassen, muss England Vorkehrungen für eine Verlängerung der Besetzung Port Hamiltons treffen. [B. 60.]

Foreign Office, June 12, 1886.

Sir, || I am directed by the Earl of Rosebery to acknowledge the receipt of your letter of the 4th instant relative to Port Hamilton. || In reply, I am to request, that you will state to the Lords Commissioners of the Admiralty that no answer has yet been received from the Chinese Government to the proposal that an international guarantee should be obtained for Corea, including Port Hamilton, communicated to you in the letters from this Office of the 11th and 22nd ultimo. || Under these circumstances, his Lordship regrets, that it will be necessary to make provision for the occupation of Port Hamilton for a further period, and I am to request that you will move their Lordships to make arrangements accordingly. || I am, &c.

P. Currie.

**Nr. 9528. ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Er hat auf Beantwortung des englischen Vorschlages durch China gedrungen. [B. 63.]

(Telegraphic.)

Peking, July 27, 1886.

With regard to your Lordship's wish\*), that the Chinese Government should be asked to return an early answer to the proposal which was submitted to Sir Halliday Macartney in reference to the occupation of Port Hamilton, I have the honour to state that, on application being made yesterday afternoon to the Ministers of the Tsung-li Yamên, the two who were present for the transaction of business seemed at first to be in doubt as to whether

\*) An Sir Walsham telegraphisch übermittelt am 23. Juli.

Nr. 9528.  
England.  
27. Juli 1886.

the proposal in question had ever been brought under the consideration of the Ministers; but they subsequently recollected, that such had been the case, and that the plan of settlement was not regarded as satisfactory, or as forming the basis for an arrangement. || There was certainly no indication of an intention to send a formal reply to the Chinese Representative in London.

From one of Mr. Baber's recent letters I have learnt, that the Korean Government are making a further appeal to me on the subject of Port Hamilton, and that their note is on its way to Peking.

**Nr. 9529. ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Korea drängt auf definitive Antwort über den Zeitpunkt der Räumung; Anfrage, ob die Erklärung von Port Hamilton und Port Lazareff zu Vertragshäfen als Lösung der Frage sich eignen würde. [B. 64.]

(Telegraphic.)

Peking, July 31, 1886, 2:55 P.M.

Nr. 9529.  
England.  
31. Juli 1886.

I received the Korean note last night. It states, that prolonged occupation of Port Hamilton is not consistent with promise of it being only temporary, and is very embarrassing to Corea, who wants some definite answer from Her Majesty's Government. || Would Her Majesty's Government consider it a solution if Port Hamilton and Port Lazareff could be made Treaty Ports?

**Nr. 9530. ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Instruktion. [B. 65.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, August 12, 1886.

Nr. 9530.  
England.  
12. Aug. 1886.

Sir, || With reference to your telegram of the 31st ultimo, I have to state to you, that Her Majesty's Government approve the suggestion for making Port Lazareff and Port Hamilton Treaty ports. || You may discuss this proposal confidentially with the Tsung-li Yamên as a basis for an arrangement which might be carried out if the occupation of Port Hamilton is terminated. At the same time, you may assure the Chinese Government that Her Majesty's Government desire to deal with the question in the manner most conformable with the interests of China. || I have to add, for your confidential information, that Her Majesty's Government would be willing to order the immediate evacuation of Port Hamilton if any suitable arrangement could be made which would insure that neither it nor Port Lazareff shall pass into hostile hands. || I request, that you will inform me if any such arrangement seems to you possible. || I am, &c.

Iddesleigh.



Nr. 9531. **CHINA.** — Der Tsung-li Yamen an den engl. Gesandten in Peking. — Zusage Russlands, kein Koreanisches Gebiet zu besetzen, wenn England Port Hamilton räumen würde; China bietet daher England die gewünschten Garantien und dringt auf Räumung Port Hamiltons. [B. 76.]

(Translation.)

Peking, October 31, 1886.

The Prince and Ministers of the Tsung-li Yamên have the honour to refer Her Britannic Majesty's Minister to the personal consultations which have earlier taken place between Mr. O'Connor, Chargé d'Affaires, and the Yamên on the subject of the Corean islands of Port Hamilton; also to the communications of his Excellency Tsêng to Her Majesty's Government, who were informed by him that this matter was one that greatly concerned a tributary State of China. || In due course a reply was received from Her Majesty's Foreign Office, to the effect that the occupation of the islands in question was a measure of a temporary nature, and that it carried with it no intention whatsoever of doing anything injurious to the prestige, rights and interests of either China or her vassal State. Further, that there was no desire to occupy these islands for any length of time, but that it was feared that, if they were taken possession of by another Power, it must infallibly be injurious to the interests both of England and of China. If China could guarantee, that no one would come and take these islands, the British Government could feel reassured. || A long time has now elapsed, and British vessels of war continue to hold these islands, thus giving rise to embarrassing questions from without.

Nr. 9531.  
China.  
31. Oct. 1886.

For instance, rumours have recently been disseminated from Corea, that Russia was interfering with China's feudatory. The Chinese Government accordingly demanded an explanation from Russia as to the existence or otherwise of this fact, and in due course the Russian Foreign Office gave the Chinese Minister Liu the most frank assurances that the Russian Government had absolutely no such intentions. M. Ladyginsky, the Russian Chargé d'Affaires at Peking, further went to Tien-tsin at the orders of the Russian Foreign Office, and had several personal conversations with the Grand Secretary Li, Minister, Superintendent of Northern Trade, to whom he repeated and enlarged upon the answer earlier given to the Minister Liu. He also stated, that the Russian Government gave a sincere promise, that if the British would evacuate Port Hamilton, the Russian Government would not occupy Corean territory under any circumstances whatsoever. || The Grand Secretary Li, Minister Superintendent of Northern Trade, then told M. Ladyginsky that what was feared was that after the British vessels of war had retired from these islands they would be again taken possession of by some other Power. Russia, therefore, must guarantee that she would not hereafter seize these islands, and

Nr. 9531.  
China.  
31. Oct. 1886. on the faith of this guarantee China could officially address the British Government, and urge their speedy evacuation. || In course of time M. Ladysky, in obedience to instructions from the Russian Government, gave a most explicit guarantee, distinctly declaring that in the future Russia would not take Corean territory.

The Chinese Government is therefore naturally in a position, on the faith of the guarantee of the Russian Government, to give a guarantee to the British Government, and in making this communication, as is their bounden duty, to Her Britannic Majesty's Minister, they would express a hope that he will lose no time in communicating the above particulars to Her Majesty's Government, with a view to the issue of orders for the evacuation of Port Hamilton by their vessels of war, so that friendly relations may thereby be consolidated, this being a matter to which importance is attached.

Nr. 9532. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Zusage der unmittelbaren Räumung Port Hamiltons, da China die angebotenen Garantien gewährt. [B. 69.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, November 19, 1886.

Nr. 9532.  
England.  
19. Nov. 1886.

Sir, || Her Majesty's Government have had under consideration the suggestion contained in an official note addressed to you by the Chinese Government for facilitating the termination of the occupation of Port Hamilton by this country as reported in your telegram of the 5th instant. || I have now to state to you that you may read the following to the Yamèn as the reply of Her Majesty's Government to their note:—

“Her Majesty's Government have learnt from your telegram of the 5th instant that the Chinese Government have informed you officially, that they are prepared in the event of Her Majesty's Government terminating the occupation of Port Hamilton, to guarantee that no part of the territory of Corea, including Port Hamilton, will be occupied by a foreign Power. || Her Majesty's Government are prepared on the faith of this guarantee to comply with the wishes of the Chinese Government, which have now been officially formulated.”

You are authorized to discuss with the Yamèn how this decision can best be carried into effect in the interests of China and England, which we regard identical in this matter. || I am, &c. Iddesleigh.

Nr. 9533. ENGLAND. — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Vorschläge Chinas, Bitte um Instruktion. [B. 70.]

(Telegraphic.)

Peking, December 1, 1886, 4:50 P.M.

Nr. 9533.  
England.  
1. Dec. 1886.

Yamèn propose, that I should answer their note in the sense of second and third paragraphs of your telegram of the 19th ultimo, and that I should

officially inform Corea that Her Majesty's Government are now prepared to terminate occupation because the circumstances which led to it are happily over, and because their decision has been strengthened by the formal guarantee given by China. || Does your Lordship approve? and if so, shall I communicate direct with the Admiral respecting formality of the evacuation? Nr. 9533.  
England.  
1. Dec. 1886.

**Nr. 9534. ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Instruktion. [B. 73.]

Foreign Office, December 10, 1886.

Sir, || I have to inform you, that you are authorized to address notes on the subject of Port Hamilton to the Governments of China and Corea, as proposed in your telegram of the 1st instant; but before doing so, you should obtain from the Tsung-li Yamèn a note, suitable for publication in case of need\*), guaranteeing that no part of the territory of Corea will be occupied by any foreign Power. || The Commander-in-chief on the China Station has been instructed to place himself in communication with you in regard to the manner in which the withdrawal of the British force from Port Hamilton is to be carried out. || I am, &c. Nr. 9534.  
England.  
10. Dec. 1886.

Iddesleigh.

**Nr. 9535. ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Tsung-li Yamèn. Anzeige der Einwilligung Englands zur Räumung Port Hamiltons nach den gebotenen Garantien Chinas. [B. 80.]

Peking, December 23, 1886.

In a note dated the 19th ultimo, his Highness the President and their Excellencies the Ministers of the Tsung-li Yamèn notified to Her Britannic Majesty's Minister, that the Imperial Government of China, for the special reasons recorded in the note, were in a position to guarantee that in the event of Her Majesty's Government terminating the temporary occupation of Port Hamilton, neither the group of Corcan Islands in which Port Hamilton is situated, nor any part of Corean territory, should be occupied by another Power, and a hope was expressed that the British naval force might therefore be withdrawn. || The substance of this note was at once telegraphed to Her Majesty's Government, and Her Majesty's Minister has been instructed to make known to his Highness and their Excellencies that on the faith of this guarantee Her Majesty's Government will be prepared to comply with the wishes of the Chinese Government, which have now been officially formulated. || Her Majesty's Minister has the honour to inclose, for the information of the Prince Nr. 9535.  
England.  
23. Dec. 1886.

\*) Am 27. December meldet Sir Walsham die Zustimmung Chinas zu dieser Forderung. [B. 77.]

Nr. 9535. and Ministers, a copy of the note which he has addressed to the Government  
 England. of His Corean Majesty for the purpose of intimating to them this decision on  
 23. Dec. 1886. the part of Her Majesty's Government, and he avails himself, &c.

John Walsham.

**Nr. 9536. ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Vorsitzenden  
 des Ministerraths von Korea. — Anzeige der bevor-  
 stehenden Räumung Port Hamiltons. [B. 80.]

Peking, December 23, 1886.

Nr. 9536. M. le Président, || In compliance with the wish expressed by the Govern-  
 England. ment of His Corean Majesty in the note which they did me the honour to  
 23. Dec. 1886. address me on the 4th July, I communicated to Her Majesty's Government,  
 as in my reply of the 5th August I stated I would do, the observations con-  
 tained in that note with regard to the temporary occupation of Port Hamilton,  
 and, in obedience to instructions from Her Majesty's Government, I now hasten  
 to inform your Excellency that the exceptional circumstances which led to the  
 occupation having happily ceased, Her Majesty's Government will be prepared  
 to terminate it conformably to their original intentions. || This decision has been  
 strengthened by a formal guarantee given to them by the Imperial Chinese  
 Government, that in the event of the temporary occupation ceasing, neither  
 the group of islands in which Port Hamilton is situated nor any part of  
 Corean territory shall be occupied by another Power\*). || I should have been  
 glad to have had it in my power to make this communication personally  
 to your Excellency, but the lateness of the season will oblige me to defer  
 my visit to Corea till the spring of next year. || His Excellency the Commander-  
 in-chief of Her Majesty's Naval Forces will let your Excellency know, through  
 Her Majesty's Consul-General at Söul, the date of his having withdrawn the  
 ships from Port Hamilton. || I avail, &c.

John Walsham.

\*) Ueber die Aufnahme dieses Satzes der Note durch den Fürst-Präsidenten  
 des Tsung-li Yamen berichtet Sir Walsham am 25. Dec. an Lord Iddesleigh [B. 80]:  
 His Highness and their Excellencies at the same time thanked me for having given  
 them an opportunity of seeing the note which I had adressed to the Government of  
 His Corean Majesty for the purpose of notifying to them the decision of Her Majesty's  
 Government, and they added that the mention in it of the formal guarantee offered  
 by China caused them great satisfaction, because they thought it important for Corea  
 to know that she could depend in future upon this pledge, which would strengthen  
 her position.

**Nr. 9537. ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Anzeige der erfolgten Niederholung der engl. Flagge auf Port Hamilton, Mittheilung der Antwort Koreas. [B. 83.]

(Telegraphic.)

Peking, March 2, 1887.

Admiral Hamilton reports, that flag was hauled down at Port Hamilton on the 27th February. || I have just received from the Corcan Government the reply to my notification of withdrawal. It records belief, that Her Majesty's Government did not originally intend to occupy the place, and testifies to their good faith and friendship in evacuating it altogether. It holds, that relations between the two countries will therefore be stronger than ever, and states that the action of Her Majesty's Government is highly appreciated.

Nr. 9537.  
England.  
2. März 1887.

## Diplomatische Fälschungen.

Nr. 9538. **DEUTSCHLAND.** — Veröffentlichung im Deutschen Reichs-Anzeiger am 31. December 1887.

Nr. 9538.  
Deutschland.  
31. Dec. 1887.

Es ist bekannt, dass auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers von Russland dem deutschen Reichskanzler gewisse, die bulgarische Frage betreffende Aktenstücke behufs Prüfung des Inhalts und Ursprungs derselben mitgetheilt worden sind. Es hat sich ergeben, dass diese Aktenstücke lediglich erfunden worden sind, um die Aufrichtigkeit der deutschen Politik zu verdächtigen. Der Zweifel an der Ehrlichkeit derselben wäre berechtigt gewesen, wenn solche Aktenstücke auf Wahrheit beruhten, da die deutsche Politik das Unternehmen des Prinzen Ferdinand von Coburg in Bulgarien von Anfang an und zu jeder Zeit als ein den bestehenden Verträgen zuwiderlaufendes angesehen hat und noch ansieht und sich in diesem Sinne allen Kabinetten und insbesondere dem russischen gegenüber amtlich ausgesprochen hat. Es würde daher, wenn die Aktenstücke, und namentlich das dem deutschen Botschafter in Wien zugeschriebene, echt und die Andeutungen in den fingirten Briefen in der Wahrheit begründet gewesen wären, der amtlichen deutschen Politik mit Recht der Vorwurf der Duplizität und ihren amtlichen Erklärungen der der Unehrlichkeit haben gemacht werden können. Die deutsche Regierung, welche natürlich bemüht ist, bei den befreundeten Mächten das Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit und Offenheit zu erhalten, hat daher ein lebhaftes Interesse daran gehabt, die Unechtheit der Aktenstücke festzustellen und öffentlich zu bekunden. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, dass zwischen Ihrer Königlichen Hoheit der Gräfin von Flandern und dem Prinzen Ferdinand von Coburg niemals eine Correspondenz irgend einer Art stattgefunden hat, und dass eine politische Eröffnung, wie die dem Botschafter Prinzen Reuss zugeschriebene, von diesem niemals gemacht worden ist. Auch die Beziehungen, welche anderen hohen Herrschaften in den Aktenstücken zugewiesen werden, haben sich als Erfindungen herausgestellt: Die Aktenstücke sind danach von bisher unermittelten Personen\*) lediglich zu dem Zwecke, Misstrauen zwischen europäischen Mächten hervorzurufen, ohne jede thatsächliche Unterlage, erfunden und zusammengestellt worden.

---

\*) Am 2. December veröffentlichte die Kölnische Zeitung folgende Zuschrift: Monsieur le directeur, Après avoir formulé dans deux articles de la Gazette de Cologne du 23

Die Aktenstücke haben in dem angeblich aus dem Deutschen übersetzten  
französischen Text folgenden Wortlaut: Nr. 9538.  
Deutschland.  
31. Dec. 1887.

## No. 1.

Lettre adressé par le P<sup>ce</sup> Ferdinand de Bulgarie à Son Altesse Royale la C<sup>esse</sup> de Flandre, le 27 août 1887. Bulgarien.  
27. Aug. 1887.  
Fürst Ferdi-  
nand an die  
Gräfin von  
Flandern.

La lettre écrite en allemand, a été traduite.

Votre Altesse Royale connaît les événements imprévus qui viennent de traverser à l'improviste mon existence, jusqu'ici si studieusement paisible: — Un peuple brave, généreux, poursuivi dans ses libertés, me prie, me charge et m'ordonne par l'unanimité de ses représentants de venir le diriger et le guider. || C'est une tâche au-dessus de mes forces et surtout de mes goûts; Votre Altesse pourra s'en convaincre, en se rappelant les conversations et les relations que j'ai eues avec Vous dans le temps, à Ischl entre autres, et où l'affection, en quelque sorte maternelle, que Votre Altesse m'a manifestée, a forcé mon caractère à se montrer à découvert entièrement. Mais je ne puis laisser les Bulgares douter de ma bonne volonté; j'y suis engagé d'honneur, me semble-t-il, et pour m'y soustraire, quelque difficile et ardue que se présente ma situation, j'aurais dû refuser le pouvoir, dès qu'il m'a été offert.

Je suis seul contre l'Europe, peut-on dire. Les assurances que j'ai reçues de Constantinople sont déplorables. Au point de vue bulgare et des affaires de la Principauté, S. M. le Sultan ne vaut pas mieux pour moi que S. M. le Czar: — ce sont jusqu'à présent deux ennemis déclarés. — De Vienne, les sentiments ne sont guère plus encourageants et je sais, de source certaine, ce que vous devez savoir aussi bien que moi et même mieux, que l'on y a fait prier S. M. le Roi des Belges d'intervenir auprès de moi, pour me déterminer à ne pas accepter le pouvoir bulgare! S. M. le Roi Léopold n'a pas cru devoir me faire part de cette démarche délicate de la Cour de Vienne et je n'avais pas donné,

et du 24 de ce mois cette grave accusation que des pièces diplomatiques falsifiées dans le but odieux de susciter une conflagration générale avaient été portées à la connaissance de Sa Majesté l'empereur de Russie et que la source originelle de ces pièces était de nature orléaniste, vous avez dans votre numéro du 26 expliqué que vos imputations ne s'adressaient pas à ceux qui avaient paru en être l'objet, mais que des membres de la famille d'Orléans se seraient joints au parti international de la guerre pour exciter le Czar contre le prince de Bismarck. Je demande à votre loyauté, monsieur le directeur, de déclarer, parce que c'est la vérité: 1<sup>o</sup> qu'aucun des princes d'Orléans, de ceux qui ont l'honneur de porter ce nom et dont monseigneur le comte de Paris est le chef, n'a pris une part quelconque ni indirectement ni directement aux actes que vous avez révélés: 2<sup>o</sup> que ces princes sont et ont toujours été absolument étrangers aux événements dont la péninsule des Balkans est le théâtre. Agréez, monsieur le directeur, l'assurance de ma considération distinguée.

Edouard Bocher,  
membre du sénat, mandataire des princes d'Orléans,  
59 rue de Varennes, Paris.



Nr. 9538.  
Bulgarien.  
27. Ang. 1887.  
Fürst Ferdinand an die  
Gräfin von  
Flandern.

je l'avoue, à Sa Majesté dans le temps d'assez grands sujets de contentement pour qu'Elle prit à coeur ma situation dans la Bulgarie et mes intérêts en général. Mais je puis le dire confidentiellement à Votre Altesse, je n'aurais pas accepté définitivement et surtout je ne me serais pas rendu avec cette vivacité à Sophia, si je n'avais reçu de Berlin des communications très satisfaisantes au sujet de ma situation. Je ne me fais pas illusion sur la valeur de ces assurances; je sais que je ne suis qu'un pion (ein Stück) dans le jeu d'échecs du prince de Bismarck; — mais les personnages que j'ai consultés et à qui je n'ai rien caché de ma situation, y compris l'horizon de Berlin, m'ont assuré, comme je le crois moi-même, que l'importance de ce pion est assez grande pour pouvoir, dans certaines circonstances données, en tirer une stabilité et une force définitive pour la principauté et pour ma personne. Pour Vous prouver qu'en ceci je ne me suis pas aventuré à la légère et sans esprit de suite, je fais tenir ci-joint à Votre Altesse copie d'une note, non signée il est vrai, mais authentique et écrite entièrement de la main de l'Ambassadeur allemand à Vienne, au sujet des sentiments secrets de la Chancellerie Allemande concernant ma candidature, mon avenir et l'initiative qui m'est laissée.

Je livre ce document et les réflexions que je me suis permis de faire dans cette lettre, toute filialement affectueuse, aux sages méditations de Votre Altesse Royale. Si Elle se trouve persuadée ensuite de la justice et de l'avenir de ma cause, qu'Elle daigne réaliser une promesse, faite il y a déjà longtemps, de me venir en aide quand il le sera possible. Votre Auguste Frère, S. M. le Roi Charles de Roumanie, a une influence considérable et bien justifiée à la Cour de St. Pétersbourg; il pourrait en user, à Votre haute intervention, pour tâcher de persuader S. M. le Czar de sinon l'avantage pour la Russie de me voir occuper le trône de Bulgarie, au moins de la sincérité de ma cause et de mes sentiments. Je ne puis, aux yeux de mes sujets, faire preuve de mes sentiments de grand respect pour l'Empereur Alexandre avec l'énergie que je voudrais; mais, qu'il vienne de St. Pétersbourg l'expression d'un simple sentiment de bienveillance pour le nouveau Prince Bulgare et toute la situation sera subitement illuminée. Votre Altesse et Son Auguste Frère ont à un si haut degré le sentiment des nuances délicates à employer à St. Pétersbourg, que je croirais leur manquer de respect en insistant d'avantage. || De même, si Sa Majesté le Roi des Belges, ce Souverain respecté entre tous, qui a dans de grandes affaires européennes une influence décisive, voulait oublier les justes sujets de ressentiment que lui a donnés le Prince de Cobourg et apprécier les énormes difficultés du Prince de Bulgarie si semblables à celles que traversa Son éminent Père, en prenant possession du trône, je suis sûr que Sa Majesté interviendrait avec succès à Vienne en ma faveur et me concilierait des sympathies bien ébranlées. || Je confie ces détails de ma position à Votre Altesse et suis persuadé des excellents effets de Son intervention pour moi. Je L'en remercie à genoux et je La prie, quoi qu'il arrive, de croire à mon inaltérable et filial dévouement. || Je prie votre Altesse de

considérer ma communication de Berlin comme absolument confidentielle vis-à-vis de S. M. le Roi Charles de Roumanie et je crois inutile d'en exposer les motifs. Je laisse, au contraire, Votre Altesse juge entièrement de l'opportunité d'une communication de cette pièce à S. M. le Roi Léopold.

Je suis humblement et avec respect de Votre Altesse etc. etc.

Nr. 9538.  
Bulgarien.  
27. Aug. 1887.  
Fürst Ferdinand an die  
Gräfin von  
Flandern.

## No. 2.

Document accompagnant la lettre du Prince Ferdinand à la Comtesse de Flandre (voir la première lettre). — Ce document est une pièce non-signée remise au prince par l'Ambassadeur d'Allemagne à Vienne.

Deutschland.  
Botschafter  
in Wien  
Prinz  
Reuss an den  
Fürsten  
Ferdinand von  
Bulgarien.

Je ne puis en rendant compte à Votre Altesse des sentiments et des idées que l'on m'a chargé de lui exposer, que lui dire que le Gouvernement n'a pas de conseils ou d'instructions à lui donner au sujet de la prise de possession du trône de Bulgarie. Le Gouvernement Allemand est lié par des traités qu'il respecte. La prise de possession du trône de Bulgarie, dans les circonstances actuelles, est avant tout une question de sensation et d'initiative personnelles qui doit être entreprise aux risques et périls de celui qui l'entreprend et pour laquelle le Gouvernement Allemand ne peut prêter ni paraître prêter en ce moment aucune aide ni aucun encouragement officiels. Il ne s'en suit pas cependant que le Gouvernement Allemand ne puisse pour les besoins de sa politique générale encourager officieusement et soutenir par les moyens légitimes d'action qu'il possède en Bulgarie, l'entreprise d'occuper le trône de Bulgarie conformément aux intérêts de la paix Européenne et de la politique Allemande. Il est évident que si Votre Altesse se rend en Bulgarie avec cette idée sérieusement mûrie et décidée, le moment viendra où, quelque défavorables ou même hostiles que puissent paraître en ce temps les actes de la politique allemande vis-à-vis de l'entreprise de Votre Altesse, les sentiments que le Gouvernement de Berlin nourrit en secret pour le succès de son action monarchique en Bulgarie, pourront éclater au grand jour et avoir ainsi toute l'efficacité attachée à l'action ouverte et décidée d'un puissant Empire. — Votre Altesse peut communiquer en toute sécurité avec moi tant qu'elle se trouvera sur le territoire Austro-Hongrois. — Si elle se décide à passer en Bulgarie, je remettrai un chiffre à sa disposition qui lui permettra de continuer des relations qui pourront un jour, j'espère, devenir ouvertes et excellentes.

## No. 3.

Traduction.

Le Prince Ferdinand à la Comtesse de Flandre (deuxième lettre)  
16 septembre 1887.

Bulgarien.  
16. Sept. 1887.  
Fürst Ferdinand an die  
Gräfin von  
Flandern.

Je remercie Votre Altesse de la bonne lettre qu'elle m'a fait parvenir par l'intermédiaire de Mr. Hooricks et je la remercie doublement pour la démarche qu'Elle a tentée près du Roi de Roumanie et pour l'essai de Berlin.



contenus dans la lettre.) || Ces mêmes Puissances ont exprimé dans des occasions récentes et confidentielles, l'espoir que la Bulgarie ne donnera, par la manière dont elle comprendra son rôle politique, aucun sujet de modifier cette attitude qu'on voudrait voir définitive. || Les points principaux que la Bulgarie doit considérer provisoirement et observer, c'est d'abord d'établir l'ordre à l'intérieur et de faire parler d'elle le moins possible; puis d'observer vis-à-vis de son suzerain, la Turquie, la conduite qui donne le moins de prise à la critique, et de ne pas conserver extérieurement les apparences vis-à-vis de la Turquie d'un état qui en brave un autre dont il est légalement le dépendant; d'entretenir de bons rapports avec la Roumanie et de se tenir en état de faire éventuellement à ce pays des propositions qui seront indiquées plus tard. || Le Prince-Ferdinand prie la Comtesse de Flandre de communiquer le contenu de cette dépêche au Roi Léopold et au Baron Lambermont dont il a fait la connaissance à Berlin et qu'il sait être le confident intime du Comte de Flandre, et très au courant de toutes les péripéties de la question d'orient. Il demande son avis. Il n'indique pas la manière exacte et la forme dont la communication de Berlin lui est parvenue.

Il annonce dans la même lettre, qu'avant la réception de cette dernière communication, dans le but d'apprendre à Berlin ce qui s'était fait et dit avec C<sup>te</sup> Kalnoky au sujet de la Bulgarie, il avait proposé, par l'intermédiaire de l'Ambassadeur allemand à Vienne, de se rendre à Berlin. Mais la communication reçue de Berlin outre les faits exposés plus haut contient au sujet de cette visite essentielle, l'avis qu'actuellement elle est un acte beaucoup trop tranchant (sic) qui n'ajouterait rien à la situation et la compromettrait; que le Prince recevra, quand il sera nécessaire, les communications établissant les idées qu'il peut lui être utile de connaître pour le bien de sa politique et les vues de l'Allemagne et des Puissances du Centre. || Le Prince Ferdinand a l'air d'être enchanté de ces changemens et du nouveau tour de ses affaires. La C<sup>tesse</sup> de Flandre a dit au Baron Lambermont qu'il y avait „transformation complète de son humeur“. Il est un point qui dans la lettre du Prince Ferdinand paraît l'intriguer vivement et le rendre inquiet: Ce sont „les propositions à faire à la Roumanie et la politique à suivre vis-à-vis de cet état“. — Il paraît du reste absolument décidé à se laisser faire et à suivre le courant allemand.

Nr. 9538.  
Bulgarien.  
21. Oct. 1887.  
Wiederg. d.  
angeblichen  
Inhalts eines  
Briefes  
des Fürsten  
Ferdinand an  
die Gräfin von  
Flandern.

## Deutsch-österreichisches Bündniss 1879.

Nr. 9539. **DEUTSCHES REICH** und **OESTERREICH-UNGARN**. — Veröffentlichung im deutschen Reichsanzeiger, der Wiener Abendpost und dem Pester Lloyd vom 3. Februar 1888.

Die Regierungen der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie und Deutschlands haben die Veröffentlichung ihres am 7. October 1879 abgeschlossenen Bündnisses angemessen befunden, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwerthet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, dass die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnissvertrages jeden Zweifel hierüber ausschliessen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen.

Nr. 9539.  
Deutsches  
Reich und  
Oesterreich-  
Ungarn.  
7. Oct. 1879.

In Erwägung, dass Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, und der deutsche Kaiser, König von Preussen, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen; — || in Erwägung, dass beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen; — || in Erwägung schliesslich, dass ein inniges Zusammengehen von Oesterreich-Ungarn und Deutschland Niemanden bedrohen kann, wol aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu consolidiren, haben Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, || und || der Kaiser von Deutschland, || indem Sie einander feierlich versprechen, dass Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten

ernannt: || Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, ||  
 Allerhöchst Ihren wirklich geheimen Rath, Minister des kaiserlichen Hauses  
 und des Aeussern, Feldmarschall-Lieutenant Julius Grafen Andrassy von Esik-  
 Szent-Kiraly und Kraszna-Horka etc etc., — || Seine Majestät der deutsche  
 Kaiser || Allerhöchst Ihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter,  
 General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuss etc. etc., welche sich zu Wien  
 am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend  
 befundenen Vollmachten übereingekommen sind wie folgt:

Nr. 9539.  
 Deutsches  
 Reich und  
 Oesterreich-  
 Ungarn.  
 7. Oct. 1879.

### Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Contrahenten Eines der beiden Reiche von Seite Russlands angegriffen werden, so sind die hohen Contrahenten verpflichtet, Einander mit der gesammten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäss den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schliessen.

### Artikel II.

Würde Einer der hohen contrahirenden Theile von einer ändern Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiemit der andere hohe Contrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Mitcontrahenten zu beobachten. || Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Russlands, sei es in Form einer activen Cooperation, sei es durch militärische Maassnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulirte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Contrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlusse.

### Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemässheit seines friedlichen Charakters, und um jede Missdeutung auszuschliessen, von beiden hohen Contrahenten geheimgehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile und nach Maassgabe specieller Einigung mitgetheilt werden. || Beide hohe Contrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, dass die Rüstungen Russlands sich als bedrohlich für sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mittheilung für jetzt keinen Anlass; sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrthümliche erweisen, so würden die beiden hohen Contrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, dass sie einen Angriff auf Einen von ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müssten.

Nr. 9539.  
Deutsches  
Reich und  
Oesterreich-  
Ungarn.  
7. Oct. 1879.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen begedrückt\*).

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

(L. S.) Gez.: Andrassy.

(L. S.) Gez.: Heinrich VII. Reuss.

\*) Es dürfte hier der Ort sein, als Ergänzung zu obiger Publikation des deutsch-österreichischen Bündnisses, der Depeschen zu gedenken, welche nach dem Tode weil. Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm, am 10. resp. 12. März zwischen Fürst Bismarck und Graf Kalnoky gewechselt worden sind:

„Aus allen Theilen Oesterreich-Ungarns gehen Zeichen herzlicher Theilnahme an der schweren Trauer hier ein, welche Deutschland um seinen verewigten Kaiser trägt. Es ist ein erhebender Trost in diesem Augenblick der Prüfung zu sehen, wie tiefe Wurzel die Freundschaft meines hochseligen Herrn zu Ihrem Erlauchten Monarchen in den Sympathien der Völker des eng verbündeten Nachbarreichs geschlagen hat. Der spontane und lebhaft Ausdruck dieser Sympathieen bei Gelegenheit des schweren Schlages, der uns betroffen hat, bekundet aufs Neue, wie stark die Bande der Freundschaft sind, welche die Völker beider Reiche verbindet und welche unzerreissbar sind, weil sie mehr noch als auf geschriebenen Verträgen auf der unerschütterlichen Grundlage der Gleichheit der Interessen und der Traditionen und der Gesinnung ihrer Völker beruhen. Mit besonders dankbarer Wärme hat die Kaiserliche und Königliche Regierung von Deutschland und Preussen die feierliche Kundgebung entgegengenommen, welche das Abgeordnetenhaus in Wien in der gestrigen Sitzung dem Andenken Kaiser Wilhelms gewidmet hat. Ich darf Ew. Excellenz bitten, an den Herrn Präsidenten Smolka den Ausdruck meines Dankes gelangen zu lassen. || v. Bismarck.“

„Das Telegramm vom gestrigen Tage, mit welchem Euere Durchlaucht so warm der herzlichen Theilnahme gedenken, welche in diesen Tagen schwerer Trauer für Deutschland in allen Theilen der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ausdrucke gelangte, habe ich mit Dank und aufrichtiger Genugthuung erhalten. Es ist von hoher Bedeutung für die beiden Nachbarreiche und in der That ein erhebender Trost für die Zukunft, dass der aus der innigen Freundschaft und der Weisheit der beiden für das Wohl ihrer Völker so fürsorglichen Herrscher hervorgegangene Bund zwischen beiden Reichen in den wenigen Jahren bei den Bevölkerungen so tiefe Wurzeln geschlagen hat, dass heute die schmerzlichen Empfindungen des deutschen Volkes einen so warmen Wiederhall in allen Theilen unserer Monarchie finden. Fest und unverbrüchlich, wie ihre Dynastien, werden auch die Völker beider Reiche zu einander stehen, einig in der Ueberzeugung, dass die Bande der Freundschaft, durch so weise Hände und für den Frieden geschlungen, jede Probe bestehen werden, jetzt und in der Zukunft. Mit vollstem Vertrauen erkennt Oesterreich-Ungarn in Sr. Majestät dem Kaiser Friedrich, dem erlauchten und würdigen Nachfolger des hohen Verblichenen, einen nicht minder warmen Freund seines Monarchen und seiner Völker. Die Dankesworte Ew. Durchlaucht habe ich nicht verfehlt, an Dr. Smolka, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, gelangen zu lassen. || Kalnoky.“

A. d. Red.



## Das deutsch-österreichische Bündniss und Russland.

Nr. 9540. **DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. April 1887.

Der „Dniewnik Warszawski“ äussert sich über die deutsch-russischen Beziehungen in einem Leitartikel, in dem er u. A. sagt, es sei eine seltene Erscheinung in der Weltgeschichte, dass zwei Nachbarstaaten wie Russland und Preussen so lange friedlich neben einander gelebt hätten; erst der Berliner Vertrag, die Unterstützung der Orientpolitik Oesterreichs und die „unaufrichtige“ Politik der deutschen Regierung hätten in der öffentlichen Meinung Russlands Misstrauen gegen die deutsche Freundschaft erweckt. || Diese Behauptungen gehen von falschen geschichtlichen Voraussetzungen aus. Die Unterstützung der Orientpolitik Oesterreichs datirt keineswegs vom Berliner Traktat und ist auch nicht von Deutschland, sondern vom Fürsten Gortschakow ausgegangen. Ueber Jahr und Tag vor dem Zusammentritt des Berliner Kongresses hat Fürst Gortschakow der Orientpolitik Oesterreichs diejenigen Zugeständnisse gemacht, welche der „Dniewnik Warszawski“ nunmehr der „unaufrichtigen Politik“ der deutschen Regierung zuschreibt und als Ursache des Misstrauens der öffentlichen Meinung Russlands Deutschland gegenüber bezeichnet. Da der „Dniewnik Warszawski“ ein amtliches russisches Blatt ist, so kann seiner Leitung diese Thatsache unmöglich unbekannt sein.

Nr. 9540.  
Deutschland.  
20. Apr. 1887.

---

Nr. 9541. **DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 27. April 1887.

Die „Peterburgskija Wedomosti“, welche ebenso gut wie der „Dniewnik Warszawski“ genug amtliche Beziehungen hat, um die Wahrheit zu wissen, bemängelt und bezweifelt die in unserer Nr. 181 gemachten Angaben über den Ursprung der Besetzung Bosniens durch Oesterreich und über die Stellung der russischen Politik zu derselben in folgenden Sätzen:

Nr. 9541.  
Deutschland.  
27. Apr. 1887.

„Auf den Fürsten Gortschakow wälzt das Organ des Fürsten Bismarck die Verantwortlichkeit für die Unterstützung, welche der Orientpolitik Oesterreichs erwiesen wurde. Eins von Beiden: entweder ist hier die Rede von der Unentschlossenheit, welche Russland im Jahre 1866 an den Tag legte, als das unrichtige Verständniss für die Lage Oesterreichs dem Fürsten Gortschakow Anlass gab, sich dem Projekt zu widersetzen, welches dieses Reich in einen

Nr. 9541.  
Deutschland.  
27. Apr. 1887. politischen terminus verwandelt hätte, oder das Kanzlerorgan spricht von denjenigen Vereinbarungen, welche der Eröffnung der Sitzungen des Berliner Kongresses voraufgingen, in welchen die Abtretung Bosniens und der Herzegowina beschlossen wurde.“

Dazu ist zu bemerken, dass es sich hier um keine von den beiden in der „Peterburgskija Wedomosti“ gemachten Angaben handelt, sondern um russisch-österreichische Verabredungen ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands, welche schon im Jahre 1876 vereinbart und im Jahre 1877 vertragsmässig sanktionirt wurden. || Damals bereits — also lange vor dem türkischen Kriege — sind die später in Wirksamkeit gesetzten Abmachungen bezüglich Bosniens und der Herzegowina zwischen Oesterreich und Russland direkt getroffen worden und, wie gesagt, ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands. || Die Verhandlungen, welche mit jenem vom damaligen russischen Botschafter in Wien geschlossenen Vertrage endigten, sind unter der Leitung und Verantwortlichkeit des Fürsten Gortschakow und unter direkter Betheiligung namhafter russischer Staatsmänner geführt worden, welche jetzt das gute Einvernehmen beider Länder dadurch zu stören bestrebt sind, dass sie vor der öffentlichen Meinung Russlands der in dieser Sache gänzlich unbetheiligten deutschen Politik die Verantwortlichkeit für Ergebnisse aufzubürden suchen, die sie selbst herbeigeführt haben.

**Nr. 9542. DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 28. April 1887.

Nr. 9542.  
Deutschland.  
28. Apr. 1887. Der „Dniwnik Warschawski“ hat auf unsern letzten, an seine Adresse gerichteten Artikel durch eine, verschiedene Unrichtigkeiten und Irrthümer enthaltende Erwiderung repliziert, in welcher es u. A. heisst: „es wäre natürlicher gewesen, wenn das Organ des Reichskanzlers sich bemüht hätte, die von uns ausgesprochene Ansicht, dass die österreichische Orientpolitik seitens Deutschlands unterstützt werde, zu widerlegen und darzuthun, dass der Berliner Traktat für Russland ein aufrichtiger Freundschaftsdienst gewesen sei.“

Dass die österreichische Orientpolitik von Seiten Deutschlands unterstützt werde, ist in der von dem „Dniwnik“ behaupteten Beschränkung eine Entstellung der Wahrheit: die russische Orientpolitik ist gerade soviel wie die österreichische von Deutschland unterstützt worden, und das diesseitige Bemühen bleibt darauf gerichtet, zwischen den beiden befreundeten Kaisermächten eine freiwillige Verständigung herbeizuführen. Dass aber der Berliner Traktat, d. h. die Herbeiführung und Leitung der Verhandlungen aus denen er hervorging, ein „aufrichtiger Freundschaftsdienst“ Deutschlands für Russland gewesen ist, das ist eine Thatsache, zu deren Bestreitung seitens des „Dniwnik Warschawski“ schon eine hartnäckige Vorliebe zur Unwahrheit gehört. Der Berliner Kongress, dessen Ergebniss der „Dniwnik“ im weiteren Verlaufe seines Artikels „das Berliner Trugwerk“ nennt, ist, wie jenem Blatte bekannt,

nur auf Russlands Verlangen berufen worden, und Deutschland hat auf demselben jeden Wunsch, den Russland überhaupt geäußert hat, befürwortet und durchgesetzt. Wir sind schon einmal im Herbste 1882 in der Lage gewesen, dies hervorzuheben. Wenn Russland ausser den zu unserer Kognition gekommenen, noch andere Wünsche hatte, über die es Stillschweigen beobachtete, so würde das der Fehler des Fürsten Gortschakow gewesen sein, der damals russischer Minister war. Die Verabredungen, welche Russland durch den Vertrag vom Januar 1877 über Bosnien und die Herzegowina mit Oesterreich bindend getroffen hatte, liessen sich im Jahre 1878 in Berlin nicht mehr rückgängig machen, und ist dies von russischer Seite auch gar nicht versucht worden. Wenn es richtig wäre, dass Oesterreich, wie der „Dniwnik Warschawski“ ferner sagt, „diesen Völkerschaften statt des türkischen sein eigenes Joch aufzubürden vorgezogen habe“, so würde es dabei nicht im Jahre 1878 in Berlin, sondern in den Jahren 1876 und 1877 in Wien und Pest die genügende Unterstützung von Seiten der russischen Politik gefunden haben, wie Fürst Gortschakow und seine politischen Freunde sie auffassten und betrieben. || Wenn der „Dniwnik“ glaubt, „dass Russlands öffentliche Meinung keinen Grund haben könnte, sich des Berliner Traktats mit Dankbarkeit zu erinnern“, so muss er sich mit seinen Beschwerden an die russische Politik des Fürsten Gortschakow und seiner Freunde halten; sie allein haben den Berliner Traktat herbeigeführt, und sie allein haben fast zwei Jahre vor demselben Bosnien und die Herzegowina „den Händen Oesterreichs, in denen es sich noch befindet“, ausgeliefert. Das Berliner Kabinet würde aus eigenem Antriebe niemals auf den Gedanken gekommen sein, sich mit der Berufung eines Kongresses wegen der Orientfrage zu befassen, und die Frage, in wessen Händen Bosnien und die Herzegowina sich befinden, ist für die deutsche Politik jederzeit ohne Interesse gewesen.

Wir werden abwarten, ob und in welcher Weise der „Dniwnik Warschawski“ auf diesen Punkt „ausführlicher“ zurückkommen wird, und werden davon Gelegenheit nehmen, die Entstellungen der jüngsten Zeitgeschichte, zu denen dieses Blatt benutzt wird, durch fernere und nöthigenfalls noch genauere Angaben zu widerlegen.

---

Nr. 9543. OESTERREICH-UNGARN. — Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. Mai 1887.

Budapest, 30. April.

Zwischen dem Organe des deutschen Reichskanzleramtes und einem für offiziös gehaltenen russischen Blatte wüthet seit etwa acht Tagen ein Zeitungskrieg, dessen Heftigkeit noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Von russischer Seite wird gegen Deutschland der Vorwurf erhoben, dass die Misserfolge, welche die erstere Macht auf dem Berliner Kongresse

Nr. 9542.  
Deutschland,  
28. Apr. 1887.

Nr. 9543.  
Oesterreich-  
Ungarn.  
30. Apr. 1887.

Nr. 9543.  
Oesterreich-  
Ungarn.  
30. Apr. 1887.

zu erleiden hatte, ihren eigentlichen Grund in der damaligen unfreundlichen Haltung Deutschlands gegen Russland hatten, während Oesterreich-Ungarn, von Deutschland unterstützt, ohne Schwertstreich die — wenn auch einstweilen nur thatsächliche — Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina als Er rungenschaft von diesem Kongresse heimbrachte. Dagegen bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, der Berliner Kongress „sei nur auf Russlands Verlangen berufen worden, und Deutschland habe auf demselben jeden Wunsch, den Russland überhaupt geäußert hat, befürwortet und durchgesetzt“; bezüglich Bosniens und der Herzegowina — so behauptet das Kanzlerblatt — hätten zuerst im Jahre 1876 zu Reichstadt bestimmte Verabredungen stattgefunden, und dann sei im Jahre 1877 ein förmlicher Vertrag zwischen Russland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossen worden, welcher sich hinterher im Jahre 1878 in Berlin „nicht mehr rückgängig machen liess“; wenn also Oesterreich-Ungarn, wie das russische offiziöse Blatt sagt, der Bevölkerung von Bosnien und der Herzegowina „statt des türkischen Joches sein eigenes aufgebürdet“ habe, so sei ihm hierfür nicht im Jahre 1878 in Berlin, sondern in den Jahren 1876 und 1877 in Wien und Budapest die nöthige Unterstützung, und zwar geradezu von russischer Seite — namentlich durch Vermittelung der Herren Ignatiew und Obrutschew — zugesichert worden; es hätten sich also Oesterreich-Ungarn und Russland, lange ehe an eine Berufung des Kongresses gedacht worden, über die Besetzung Bosniens und der Herzegowina geeinigt, und der Preis, den Oesterreich bezahlte, habe darin bestanden, dass es der darauf folgenden militairischen Aktion Russlands im Balkan stillschweigend zusah . . .

Es liegt durchaus nicht in unserer Absicht, uns in diesen deutsch-russischen Zeitungskrieg zu mischen; die officiösen Organe in Berlin und Petersburg und Diejenigen, welche hinter ihnen stehen, mögen ihre kleinen oder grossen Zwistigkeiten austragen, wie es ihnen beliebt, und wenn man sich bei dieser Gelegenheit in Berlin wieder einmal überzeugt, in welcher Weise die „thurmhohle“ Freundschaft Deutschlands für Russland von diesem letzteren erwidert wird, so kann uns dies nur angenehm sein. Wie jedoch aus dem Vorstehenden ersichtlich, ist im Verlaufe dieser Polemik auch auf einige uns sehr nahe berührende Thatsachen Berufung geschehen, und zwar in einer Weise, welche der historischen Wahrheit durchaus nicht entspricht. Diese Thatsachen in ganz objectiver Weise richtigzustellen, dürfte uns nicht nur gestattet sein, sondern wir glauben damit geradezu eine Pflicht zu erfüllen. Zunächst mit den Thatsachen im Widerspruch stehend ist die Behauptung — und wir bedürfen einer Richtigstellung derselben für unsere weitere Beweisführung —, dass der Berliner Kongress „ausschliesslich auf Verlangen Russlands“ einberufen worden sei. Die Initiative in dieser Beziehung wurde im Gegentheil von Oesterreich-Ungarn ergriffen, während der diesfällige Vorschlag von Russland nicht ohne Widerstreben acceptirt wurde. Am 5. Februar 1878 lud Graf Andrassy die europäischen Mächte zu einer Konferenz in Wien, „um die Uebereinstimmung Europas bezüglich jener Veränderungen herbeizuführen, welche durch die

Friedensbedingungen zwischen Russland und der Türkei (San Stefano) in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1876 nothwendig sein könnten“. Schon am darauf folgenden Tage erklärten sich die Mächte zur Beschickung einer solchen Konferenz bereit, wollten jedoch die Frage, ob dieselbe in Wien stattfinden sollte, einstweilen offen lassen. Am 7. März änderte Graf Andrassy die Aufforderung zu einer Konferenz in die Aufforderung zu einem Kongresse der leitenden Minister in Berlin um. Russland hätte irgend eine kleinere Stadt gewünscht; allein Graf Andrassy beharrte darauf, dass der Kongress in Berlin zusammentreten solle. „Die österreichisch-ungarische Regierung ist der Ansicht, hiess es in der diesbezüglichen Zirkulärnote, dass ein Kongress die meiste Aussicht haben würde, zu praktischen Resultaten zu gelangen, wenn er in Berlin stattfindet; das Berliner Kabinet hat sich bereit erklärt, die Einladungen dazu ergehen zu lassen, sobald wir (Oesterreich-Ungarn) in der Lage sind, es der Zustimmung der übrigen Kabinete zu versichern.“ England erklärte schon zwei Tage später, kein Bedenken gegen einen Kongress zu haben, wenn sämmtliche, im Vertrage von San Stefano zwischen Russland und der Türkei behandelte Fragen den Gegenstand der Erörterung bilden würden; dagegen meldete Lord Loftus unter dem 12. März an Lord Derby: Fürst Gortschakow habe erklärt, dass der Vertrag von San Stefano nach der Ratification zwischen Russland und der Türkei bindend sei und jede etwa von den Mächten vorzunehmende Veränderung den Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei bilden müsste; auch könne Russland nur die Diskussion über diejenigen Artikel annehmen, welche europäische Interessen berühren. Endlich siegte jedoch die englische Auffassung, und unter dem 3. Juni erging bereits von Seite der deutschen Reichsregierung die Einladung zum Kongresse an sämmtliche Mächte, in welcher ausdrücklich gesagt wird: „In Uebereinstimmung mit der vom österreichisch-ungarischen Kabinet ergriffenen Initiative beehrt sich die Regierung Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, den Signatarmächten der Verträge von 1856 und 1876 vorzuschlagen, sich zu einem Kongresse in Berlin vereinigen zu wollen, um auf demselben die Bestimmungen des zwischen Russland und der Türkei abgeschlossenen Präliminarvertrages von San Stefano zu erörtern“; und weiter unten heisst es: dass „die freie Erörterung des gesammten Inhaltes des Vertrages von San Stefano“ die Aufgabe des Kongresses zu bilden habe. Aus all Dem geht wohl klar hervor, dass die Initiative zur Einberufung des Kongresses von Oesterreich-Ungarn ausging, während Russland sich nur mit Widerstreben diesem Vorschlage fügte, und schon dieser Umstand allein berechtigt wohl zu der Frage: ob dieser ganze Vorgang möglich gewesen wäre, wenn zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland bereits lange vor dem Kongresse bindende Abmachungen getroffen waren und Oesterreich-Ungarn sich in denselben die einzige Errungenschaft, die es vom Berliner Kongresse heimbrachte, nämlich die Besizergreifung von Bosnien und der Herzegowina, bereits in voraus gesichert hätte? Würde in einem solchen Falle Oesterreich-Ungarn nicht weit eher bemüht gewesen sein, jene moralische Schlappe, welche Russ-

Nr. 9513.  
Oesterreich-  
Ungarn.  
30. Apr. 1857.

land unzweifelbar schon durch den Zusammentritt des Kongresses an und für sich erlitt, von diesem abzuwenden, nachdem es ja auf dem Kongresse nicht mehr erreichen konnte, als was ihm ohnehin bereits zugesichert war?!

Es giebt aber auch noch andere, ganz direkte Beweise dafür, dass Dasjenige, was über Separatabmachungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland bezüglich Bosniens und der Herzegowina in der zweiten Hälfte 1876 (Reichstädter Zusammenkunft) und im Januar 1877 gesagt wird, der Wahrheit durchaus nicht entspricht. Die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser-König von Oesterreich-Ungarn und dem Kaiser von Russland in Reichstadt fand am 8. Juli 1876 statt. Am darauf folgenden Tage telegraphirte Graf Andrassy nach Paris, London und Rom an die dortigen Botschafter Oesterreich-Ungarns „Theilen Sie als Ergebniss der Reichstädter Begegnung vertraulich mit, dass wir mit Beseitigung aller neueren Vorschläge übereingekommen sind, an der Nichtintervention unter den gegenwärtigen Verhältnissen festzuhalten. Erst wenn die Umstände es erfordern und ein konkreter Fall vorliegen wird, soll ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwischen allen christlichen Mächten eingeleitet werden.“ Hierauf erwiderte am folgenden Tage (10. Juli) der damalige Londoner Botschafter Graf Beust: „Telegramm Ew. Excellenz erhalten. Lord Derby empfing die Mittheilung mit grosser Befriedigung und sagte: Jetzt erst kann ich erklären, dass kein allgemeiner Krieg zu befürchten ist, was hier so sehr beunruhigte“, — und am nämlichen Tage telegraphirt Lord Derby an den englischen Botschafter in Wien: „Der österreichische Botschafter theilte mir heute den Inhalt eines Telegrammes mit, das er von seiner Regierung über die Zusammenkunft in Reichstadt erhalten habe. Das Ergebniss der Besprechung wird als zufriedenstellend bezeichnet. Die beiden Kaiser waren darüber einig, unter den jetzigen Umständen eine Politik der Nichtintervention zu verfolgen. Wenn weitere Ereignisse es nöthig machen sollten oder wenn irgend ein bestimmter thatsächlicher Wendepunkt eintrete, sollten Anstrengungen gemacht werden, um zu einer allgemeinen Verständigung unter den Mächten zu gelangen.“ In der That waren, so weit wir unterrichtet sind, die Bemühungen Oesterreich-Ungarns bei Gelegenheit der Reichstädter Zusammenkunft in erster Linie dahin gerichtet, Russland wenn möglich vom Kriege abzuhalten, obwohl Graf Andrassy schon dort die Impression gewonnen haben dürfte, dass er diesen Zweck nicht erreichen werde und der Krieg auf russischer Seite eine ausgemachte Sache sei. Der damalige Leiter unserer auswärtigen Politik hatte unter solchen Umständen zwischen zwei Wegen zu wählen. Entweder er musste sich entschliessen, seinem Monarchen anzurathen, jedes kriegerische Beginnen Russlands gegen die Türkei mit bewaffneter Hand zu verhindern. Die Folgen eines solchen Entschlusses lassen sich an den Fingern abzählen; Russland würde dann nicht den Krieg gegen die Türkei, wohl aber sofort gegen Oesterreich-Ungarn gemacht haben; es hätte sich, um den Schein zu wahren, mit gewissen Reformversprechungen der Türkei begnügt und sich dann mit aller Wucht auf unsere Monarchie geworfen, welche in einem solchen Falle — wer sich die damalige



Situation vergegenwärtigt, für den wird diese Behauptung keines weiteren Beweises bedürfen — vollständig isolirt gewesen wäre. Die Türkei hätte für uns keinen Finger gerührt, nachdem sie sich zuvor mit Russland separat verständigt gehabt hätte; England hätte mit seinem Fernrohr wohlgefällig dem kriegerischen Schauspiel zugesehen, da ja bei einem Kriege zwischen uns und Russland die englischen Interessen direkt nicht in Frage gekommen, indirekt aber durch uns und auf unsere Kosten vertheidigt worden wären. Das Bündniss zwischen uns und Deutschland existirte damals noch nicht, wohl aber die thurmhohe Freundschaft zwischen diesem und Russland, und wer die damaligen Reden des Fürsten Bismarck liest, der wird zu der Ueberzeugung gelangen, dass von dieser Seite für uns im allergünstigsten Falle Neutralität, und vielleicht nicht einmal eine wohlwollende Neutralität, zu erwarten gewesen wäre. Obendrein wäre es Russland gar nicht schwer gefallen, in den Augen der Balkanvölker die Sache so darzustellen, als hätten wir es an dem Kriege gegen die Türkei blos deshalb verhindern wollen, weil wir eine Emanzipation dieser christlichen Völker von der türkischen Herrschaft nicht wünschen, und die Sympathieen derselben hätten sich dann ebenso sehr Russland zugewendet, als wir vor ihnen zum Gegenstande des Hasses geworden wären. Unter solchen Umständen einen Angriff Russlands auf die Türkei unsererseits von vornherein und in allen Fällen gewaltsam verhindern zu wollen, wäre von einem österreichisch-ungarischen Staatsmanne eine Gewissenlosigkeit, ja geradezu ein Verbrechen gewesen, für welches er die seidene Schnur verdient hätte. Es blieb also dem Grafen Andrassy nur der andere Weg offen, nämlich für den Fall, dass Russland zum Kriege gegen die Türkei schreiten sollte, seinerseits an der Nichtintervention festzuhalten, gleichzeitig aber auch in voraus genau jene Grenzlinie zu bezeichnen, welche von russischer Seite nicht überschritten werden dürfe, solle nicht Oesterreich-Ungarn seine eigenen Interessen als gefährdet und sich zu einem unmittelbaren Eingreifen genöthigt sehen. Es war übrigens nicht nur eine Pflicht der Loyalität gegenüber Russland, mit welchem wir ja durchaus gute Beziehungen unterhielten, sondern auch eine Pflicht gegen unsere Monarchie, diese letztere nach Kräften vor der Möglichkeit eines Konfliktes dadurch zu bewahren, dass rechtzeitig diejenigen Punkte bezeichnet wurden, welche von uns als casus belli betrachtet werden müssten. Das ist denn auch von Seite des Grafen Andrassy geschehen und wurde von ihm, so viel wir uns erinnern, der Hauptsache nach auch gar nicht als Geheimniss behandelt. Vielleicht nicht mit allen jenen Details, welche in seinen diplomatischen Noten enthalten sein mochten, aber in den Hauptzügen deutlich erkennbar, hat er Dasjenige, was er als die Interessenssphäre Oesterreich-Ungarns betrachtete, auch vor den Delegationen zu wiederholten Malen gekennzeichnet; so namentlich bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Sechzig-Millionen-Kredit am 9. April 1878; Graf Andrassy schloss damals seine Rede mit folgenden Worten: „Die Delegation wird gewiss die Ueberzeugung theilen, dass in dem Augenblick, wo sich eine Umgestaltung aller Verhältnisse an unserer immediaten Grenze voll-



Nr. 9543.  
Oesterreich-  
Ungarn.  
30. Apr. 1887.

ziehen soll, Oesterreich-Ungarn unmöglich weniger in der Lage sein kann, als das geringste der beteiligten Länder, sich vor Ueberraschung durch faits accomplis zu schützen. Auch heute ist es keine Mobilisirung, die wir beanspruchen; es ist blos die Möglichkeit, im Falle der Noth unverweilt das Geeignete vorzukehren; es ist dies keine Feindseligkeit gegen irgend eine Macht, ebensowenig aber eine leere Demonstration; es ist eine durch die Vorsicht gebotene Massregel, — die Vorbereitung, um unter den jetzigen Verhältnissen das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie gegenüber allen Eventualitäten aufrecht zu erhalten.“ Kann nun, so fragen wir, ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen annehmen, dass Graf Andrassy, dem selbst seine Gegner Zeit seines Lebens das Zeugniss eines ehrlichen Mannes nicht versagen konnten, eine solche Sprache geführt haben würde, wenn er bereits die Abmachung mit Russland, gegen welches allein diese „durch die Vorsicht gebotene Massregel“ gerichtet sein konnte, in der Tasche gehabt hätte?

Dass sich unter jenen Punkten, welche von Seite unserer Monarchie im voraus als casus belli bezeichnet wurden, auch eine fremde Occupation Bosniens und der Herzegowina befand, kann auch, wenn man nicht in die Geheimnisse der damaligen Verhandlungen eingeweiht ist, für keinen denkenden Politiker einem Zweifel unterliegen, und wir würden es nur als Beweis einer richtigen staatsmännischen Erkenntniss betrachten, wenn Graf Andrassy schon in allem Anbeginn rundweg erklärt hätte, dass wir zwar die Türken aus Bosnien und der Herzegowina nicht verdrängen wollen, so lange sie im Stande sind, in diesen unseren Nachbarländern Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, dass wir aber, falls die Türken dieser Aufgabe nicht gewachsen wären und daher in der Lage dieser beiden Länder nothgedrungen irgendeine Aenderung eintreten müsste, die Occupation derselben durch irgendeine andere Macht, sei es eine grosse oder eine kleine, absolut nicht dulden, sondern sofort selbst einschreiten würden, um in der unmittelbaren Nähe unserer Grenzen, so weit dies eben möglich, geordnete Zustände herzustellen. Die Klausel, dass dieser Schritt nur dann stattfinden solle, wenn wir dazu im Interesse unserer eigenen Sicherheit, durch die Ohnmacht der Türkei, genöthigt werden sollten, beweist wohl zur Genüge, dass nicht der Ländererwerb unser Ziel war, und dass die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina somit für uns keinen von langer Hand angestrebten Gewinn repräsentirte, für welchen wir, sei es an Russland, sei es an irgend jemand Anderen, zu irgend einer Gegenleistung verpflichtet gewesen wären. Die Gestattung der Occupation dieser Länder war also nicht und konnte nach alldem auch nicht der „Preis“ sein, welchen uns Russland für unsere Neutralität im russisch-türkischen Kriege bezahlte; denn erstens hatte diese Neutralität, wie wir schon oben auseinandergesetzt, ganz andere, aus unserer eigenen Situation geschöpfte Gründe, und konnten wir für dieselbe somit auch von Niemandem einen Preis beanspruchen; zweitens waren dieser Neutralität ganz bestimmte, von uns im voraus genau bezeichnete Grenzen gesteckt, und Russland wäre wohl nicht so thöricht gewesen, uns im voraus

einen Preis zuzugestehen für einen Dienst, welchen wir ihm jeden Augenblick versagen konnten; drittens ist uns das Mandat für die Occupation und Administration Bosniens und der Herzegowina nicht von Russland, sondern gegen dessen Willen vom Berliner Congressse ertheilt worden. Und dass selbst in diesem Punkte Deutschland den Wünschen Russlands näher stand als jenen Oesterreich-Ungarns, dass es daher von der russischen Presse höchst ungerecht ist, wenn sie der deutschen Politik heute das Gegentheil zum Vorwurfe macht, dafür spricht eine charakteristische Thatsache, zu deren Kenntniss wir durch eine Mittheilung des verstorbenen Ministers des Auswärtigen Baron Haymerle (bekanntlich einer der Vertreter Oesterreich-Ungarns am Berliner Congressse) gelangt sind. Noch in jener Nacht, welche dem für die Verhandlung der bosnischen Angelegenheit bestimmten Sitzungstage voranging, schickte Fürst Bismarck — es war bereits spät nach Mitternacht — seinen Sohn Herbert zum Grafen Andrassy, mit der Bitte, derselbe möge sich's doch noch einmal überlegen, ob es nicht besser wäre, die Forderung Oesterreich-Ungarns bezüglich Bosniens und der Herzegowina fallen zu lassen. Welche Antwort Graf Andrassy auf diese Zumuthung ertheilte, das lässt sich aus dem Berichte über die am nächsten Tage abgehaltene Sitzung des Congresses beiläufig errathen.

Und noch eine Frage: wenn bei Gelegenheit der Reichstädter Zusammenkunft, also Anfangs Juli 1875, die oft erwähnte Abmachung stattgefunden hätte, wie erklärt sich dann die im September desselben Jahres, also drei Monate später, erfolgte Mission Sumarokows, welche in dem russischen Vorschlage gipfelte: Oesterreich-Ungarn solle Bosnien und die Herzegowina, Russland dagegen Bulgarien besetzen, ein Vorschlag, der von unserem Auswärtigen Amte rundweg abgelehnt wurde, indem dasselbe einerseits neuerdings jene Voraussetzung hervorhob, unter welcher allein für uns ein Einschreiten in Bosnien und der Herzegowina zur Nothwendigkeit würde, andererseits aber auch die Gründe anführte, welche uns eine dauernde Occupation Bulgariens durch Russland in keinem Falle und um keinen Preis als statthaft erscheinen liessen. Und wenn dieser oder ein ähnlicher Vorschlag, sei es gelegentlich der Mission Sumarokows, sei es etwas später, von Seite Oesterreich-Ungarns zur Annahme gelangt wäre, ist es denkbar, dass Russland dann den Berliner Vertrag acceptirt hätte, welcher Oesterreich-Ungarn die erst zu bewerkstelligende Occupation und Administration Bosniens und der Herzegowina mit unbeschränkter Zeitdauer übertrug, während für das Aufhören der bereits bestehenden russischen Occupation Bulgariens ein bestimmter, sehr knapp bemessener Termin fixirt wurde? Nur nebenbei sei hier noch bemerkt, da in den deutschen Blättern insbesondere von einer im Interesse jenes Separatvertrages stattgefundenen Mission Ignatiew's nach Wien und Obrutschew's nach Budapest gesprochen wird, — dass Graf Ignatiew erst kurze Zeit vor dem Berliner Congressse nach Wien kam und früher, also in der zweiten Hälfte 1876 oder Anfangs 1877, mit unserem Auswärtigen Amte in keinerlei Verkehr getreten war; mit General Obrutschew aber hat Graf Andrassy, soweit wir unterrichtet sind, überhaupt

Nr. 9543. niemals verhandelt, weder in Wien noch in Budapest, und es wäre wirklich  
 Oesterreich- interessant, zu erfahren, wie dieser russische Pilatus in das deutsche Credo  
 Ungarn. hineingekommen ist . . .  
 30. Apr. 1887.

Unserem eingangs dieser Zeilen gegebenen Versprechen getreu, beschränken wir uns auf diese Richtigstellung der Thatsachen, und wir besorgen nicht, dass irgend eine der von uns gemachten Angaben von Denjenigen, welche in die Vorgänge der damaligen Zeit eingeweiht sind, Lügen gestraft werden dürfte. Wenn einige dieser Angaben mit den Behauptungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im Widerspruche stehen, so berechtigt dies nicht im Entferntesten zu der Annahme — und wir möchten uns gegen eine solche auch noch ausdrücklich verwahrt haben —, als hätte das Organ des deutschen Reichskanleramtes dabei anders, als im vollen guten Glauben gehandelt. Die Erklärung für dessen Irrthümer liegt eben darin, dass die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ selbst beifügt: die angeblichen Abmachungen, von denen sie spricht, seien „ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands“ getroffen worden. Es war eben damals — das deutsch-österreichisch-ungarische Bündniß existirte noch nicht — gar keine Veranlassung vorhanden, über Dasjenige, was überhaupt zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland geschah, dem Berliner Cabinet mehr mitzuthellen, als irgend einem anderen, und so dürften denn auch die Informationen des officiösen deutschen Blattes über die Vorfälle jener Zeit nicht aus unmittelbarer und vielleicht auch nicht aus ganz lauterer Quelle geflossen sein. Heute liegen die Dinge allerdings anders; heute würde man sich über Dasjenige, was zwischen Wien und Petersburg vorgeht, in Berlin nicht erst aus russischen Quellen Belehrung verschaffen müssen. Der Separatvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland, welchen man ihm in die Schuhe schieben will, hat niemals existirt; dagegen existirt noch bis zur Stunde jenes vom Grafen Andrassy geschaffene intime Verhältniß zwischen unserer Monarchie und Deutschland, welches seinen Nachfolgern nebst mancherlei anderen Vortheilen auch noch den bietet, dass sie nicht der Gefahr ausgesetzt sind, ihre Politik selbst in officiösen Berliner Blättern in solcher Weise entstellt zu sehen, wie dies Graf Andrassy im gegenwärtigen Augenblicke über sich ergöhen lassen muss.“

**Nr. 9544. DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 2. Mai 1887.

Nr. 9544.  
 Deutschland.  
 2. Mai 1887.

Die „Moskauer Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 26. April mit der historischen Belehrung über die Vorgeschichte des letzten Türkenkrieges, welche wir kürzlich dem „Dniwnik Warschawski“ hatten zu Theil werden lassen. Die von der bekannten Gehässigkeit getragenen Aeusserungen des Katkowschen Blattes machen es nothwendig, auf die 1876er Verhandlungen noch näher einzugehen, um nachzuweisen, dass den Verdächtigungen und Ent-

stellungen, mit denen dasselbe die öffentliche Meinung Russlands zu fälschen bestrebt ist, thatsächlich der Boden fehlt.

Nr. 9544.  
Deutschland.  
2. Mai 1887.

Zunächst wollen wir feststellen, dass es sich in unseren bisherigen Veröffentlichungen über die vorliegende Frage um „Anspielungen“ gar nicht gehandelt hat, sondern um unwiderlegliche Mittheilungen von Thatsachen aus der Zeitgeschichte. Ueber die Frage, wer die Unruhen auf der Balkanhalbinsel im Sommer 1875 provocirt und bis zum Herbst 1876 gepflegt und unterhalten hat, wird Herr Katkow, da er schon damals an der Leitung seiner Partei theilgenommen war, besser wie wir unterrichtet sein. Die Insinuation, als ob die Beunruhigung der österreichischen Grenze durch aufständische Bosniaken, Serben und Bocchesen von Oesterreich selbst angestiftet worden wäre, ist eine ungewöhnlich ungeschickte und zeigt nur, was Herr Katkow seinem Leserpublikum bieten kann. Wer auch nur die Zeitungen im letzten Jahrzehnt gelesen hat, wird sich erinnern, dass der Gesinnungsgenosse des Herrn Katkow, der Moskauer Emissair Aksakow, die Geldspenden der Slavenkomités nach Bosnien und Serbien und die russischen Freiwilligen die Bewegung so weit unterhielten, dass deren Erlöschen verhütet wurde. Oesterreich hat jene Aufstände von Anfang an mit Besorgniss verfolgt und das Bedürfniss gehabt, die Ruhe an seinen Grenzen wiederhergestellt zu sehen. Es war die Partei des Herrn Katkow, welche die bosnischen und serbischen Insurgenten so lange unterstützte, bis es ihr gelungen war, die an und für sich friedliebende Regierung des Kaisers Alexander II. in die Bewegung hineinzuziehen und dazu zu bringen, dass sie in der Voraussicht der eventuellen Nothwendigkeit ihres Einschreitens im Sommer 1876 den Weg direkter Verhandlungen mit Oesterreich betrat. Diese Verhandlungen haben die ganze zweite Hälfte des Jahres 1876 ausgefüllt, und bei ihrem Abschluss ist es der General Obrutschew gewesen, der als Ueberbringer kaiserlicher Briefe und militairischer Berather in den bezüglichen Punktationen an dem Zustandekommen derselben einen hervorragenden Antheil hatte.

Aus den ganzen damaligen Verhandlungen ergibt sich zur Evidenz, dass Russland zu jener Zeit über das Verhalten Oesterreichs nicht nur keine Klage hatte, sondern von der freundlichen Haltung des Wiener Kabinettes in hohem Grade befriedigt war: man braucht unter den vielen, vor der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Wien und Petersburg gewechselten Depeschen nur einen Erlass des Fürsten Gortschakow vom 27./15. Dezember 1876 ins Auge zu fassen, in dem verschiedene Phasen der Unterhandlung bei dem Abschluss resumirt werden und der mit den Worten schliesst: „veuillez le dire à M. le Comte Andrassy en ajoutant que l'empereur lui sait personnellement gré des efforts qu'il a faits pour mener à bonne fin cette importante négociation.“ Russland hatte eben zu jener Zeit verschiedene Wünsche, deren Erfüllung von Seiten Oesterreichs für die eigenen Zwecke Russlands im Orient als ein Bedürfniss angesehen wurde. Den Preis für die Erfüllung dieser Wünsche bildete die vertragsmässige Zusage der Besetzung Bosniens durch Oesterreich.

Nr. 9544.  
Deutschland.  
2. Mai 1887.

Diese vertragsmässige Zusage ist älter als der Berliner Traktat und konnte auf dem Berliner Kongress nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Die Beziehungen der beiden Kabinette von Wien und Petersburg waren 1876 und 1877 vertrauensvolle und intime und weit entfernt von dem Uebelwollen, welches Herr Katkow ihnen jetzt imputiren will.

**Nr. 9545. DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 3. Mai 1887.

Nr. 9545.  
Deutschland.  
3. Mai 1887.

Die russische „Petersburger Zeitung“ vom 30. April erwidert unseren Artikel vom 27. April in der Hauptsache nur mit Zweifeln und unbegründeten Verneinungen, auf welche sie nach ihren officiösen Beziehungen die Widerlegung näher hätte haben können als durch uns. Sie stellt dabei nicht in Abrede, dass ein Einvernehmen unter Verantwortlichkeit des Fürsten Gortschakow 1877 getroffen sei: aber die moralische Verantwortung für die Abmachung vom Januar 1877 müsse zwischen den beiden Kanzlern getheilt werden. Dieser Theilung widersprechen wir auf das bestimmteste. Gerade Fürst Gortschakow hat bei dem Beginn der Verhandlungen mit Oesterreich die Bedingung gestellt, dass dieselben vor Deutschland geheim zu halten seien, vielleicht aus dem Grunde, weil er voraussah, dass diese und andere vertrauliche Verhandlungen, welche er gleichzeitig mit Deutschland führte, mit einander nicht so verträglich wären, dass nicht die einen durch die anderen Schaden hätten leiden können.

Eine andere Kritik finden unsere Veröffentlichungen bezüglich Bosniens im „Pester Lloyd“ vom 2. Mai. Derselbe erklärt, dass der Berliner Kongress nicht auf den Vorschlag Russlands, sondern auf den Vorschlag Andrassys gegen den Willen Russlands einberufen worden sei. Wir wollen ihm überlassen, sich über diese Frage mit Russland direkt auseinanderzusetzen. Wir haben nur behauptet, dass die Berufung des Kongresses nicht auf deutscher Initiative, sondern auf russischer beruhe. Ob die Priorität zwischen Oesterreich und Russland streitig sei, ist eine Frage, die für uns neu ist und mit dem Beweisthema, dass Deutschland keine Schuld an den für Russland unerfreulichen Ergebnissen der russischen Orientpolitik trage, nicht in Verbindung steht. Wenn der Artikel des „Lloyd“ aber bestreitet, dass irgend welche besondere Vereinbarung mit Russland wegen Occupation Bosniens erfolgt sei, so ist er oder stellt sich unwissender, als er nach der Sicherheit seiner Behauptung sein sollte. Dass Graf Andrassy mit dem General Obrutschew direkt nicht verhandelt habe, ist möglich. Wir haben nur die Theilnahme des Generals Obrutschew an der militärischen Seite der damaligen Verhandlungen behauptet, nicht aber direkte persönliche Verhandlungen zwischen ihm und dem Grafen Andrassy.

**Nr. 9546. DEUTSCHLAND.** — Antwort der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 5. Mai 1887 auf den Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. d. M.

(Nach Abdruck des Artikels fährt das Blatt fort:)

Wir wollen auf eine Polemik mit dem ungarischen Blatte nicht eingehen, sondern nur einige thatsächliche Irrthümer richtig stellen.

Nr. 9546.  
Deutschland.  
5. Mai 1887.

Wir haben schon neulich erklärt, dass wir auf die Priorität des Kongressgedankens zwischen Oesterreich und Russland gar kein Gewicht legen, sondern in unseren bisherigen Auslassungen nur behauptet haben, dass die Berufung des Kongresses ein deutsches Bedürfniss nicht war und die Anregung dazu auch nicht von Deutschland ausgegangen ist; das unbetheiligte Berliner Kabinet hat damals lediglich den näher betheiligten Mächten seine guten Dienste im Interesse des Friedens zur Verfügung gestellt und den Kongress auf den ihm durch Graf Schuwalow mitgetheilten Wunsch Russlands berufen, nachdem die Bereitwilligkeit zur Annahme der Einladung von Seiten Oesterreichs und Englands festgestellt war. || Irrthümlich ist die Angabe des „Pester Lloyd“, dass die Bedingungen des Friedens von St. Stefano der ersten österreichischen Anregung einer Konferenz, die er selbst auf den 5. Februar 1878 legt, zur Grundlage gedient hätten; denn dieser Friede wurde erst am 1. März geschlossen, also über 3 Wochen später. Die ersten beiden Anregungen des Wiener Kabinetts, beide aus dem Monat Februar, stiessen auf den Widerstand des Fürsten Gortschakow, welcher seinerseits am 3. März an das deutsche Kabinet die Frage richtete, ob Berlin als Ort angenehm sei. || Das hiesige Kabinet erklärte sich darauf bereit, nach Berlin einzuladen, sobald die Zustimmung der Einzuladenden durch Oesterreich festgestellt sein werde. || Fürst Gortschakow ist auf den Kongress damals eingegangen, um den Krieg mit England zu vermeiden; mit Oesterreich stand Russland zu jener Zeit auf dem freundschaftlichen, durch den Vertrag vom 15. Januar 1877 sichergestellten Fusse, den wir in früheren Ausführungen angedeutet haben. || Wir glauben, dass es im Interesse aller betheiligten Mächte liegt, diesen wichtigen Abschnitt der Zeitgeschichte durch volle und aktenmässige Veröffentlichungen klarzustellen: Eine solche Klarstellung würde den unanfechtbaren Beweis der Wahrheit liefern, die für uns der Ausgangspunkt der ganzen Erörterungen gewesen ist, dass nämlich die deutschfeindliche Presse in Russland einen geschichtlichen Irrthum erfindet und ausbeutet, wenn sie ihren Lesern täglich wiederholt, dass die unwillkommenen Ergebnisse der russischen Orientpolitik durch Deutschland herbeigeführt seien. Wenn irgend Jemand diesen geschichtlichen Begebenheiten einen anderen Verlauf hätte geben können, so wäre das nur Fürst Gortschakow gewesen, und es ist daher, wir wiederholen es, eine Ungerechtigkeit, wenn die russische Presse behauptet, dass die Verantwortlichkeit für dieselben zwischen den beiden Kanzlern zu theilen sei. Dieselbe trifft den Fürsten Gortschakow allein.



Nr. 9546.  
Deutschland.  
5. Mai 1887.

Mit Rücksicht auf die Schlussfolge, welche der „Pester Lloyd“ an die Mission der Generals Sumarokow knüpft, genügt es, auf unsere früheren Mittheilungen hinzuweisen, aus welchen ersichtlich war, dass die Reichstädter Abmachungen 6 Monate lang unvollständig blieben und weiterer definitiver Feststellungen bedurften, um bindend zu werden. Diese mögen in der Hauptsache durch den General Sumarokow in Wien im September 1876 eingeleitet und nach dreimonatigen Verhandlungen zu einem beide Theile befriedigenden Abschluss gebracht worden sein: So lange dieser letztere nicht vorlag, waren die in Reichstadt getroffenen Verabredungen nicht als definitive anzusehen. Wenn der „Pester Lloyd“ am Schlusse seines Artikels die Thatsache der Existenz des österreichisch-russischen Separatvertrages vom 15. Januar 1877 bestreitet und unsere diesbezüglichen Mittheilungen sogar auf „unlautere Quellen“ zurückführt, so beweist das im Vereine mit anderen Irrthümern des Artikels, dass Vermuthungen, welche den Grafen Andrassy mit jenem Artikel in Verbindung bringen, unbegründet sind.\*)

**Nr. 9547. DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 6. Mai 1887.

Nr. 9547.  
Deutschland.  
6. Mai 1887.

Die Petersburger „Wedomosti“ repliziren neuerdings auf einen unserer Artikel, in welchem wir den Gang der russischen Orientpolitik vor mehr als 10 Jahren beleuchtet hatten. Das Blatt wendet sich dabei persönlich an unsere Adresse, indem es behauptet, die „Nordd. Allg. Ztg.“ wäre in eine Falle gerathen. Wenn man diesen Ausdruck überhaupt hier anwenden will, so würde er nur auf die Petersburger „Wedomosti“ passen, da diese offenbar die „communiqués extractifs“ vom Juli 1876, auf Grund deren sie zu argumentiren versuchen, gar nicht kennen. Diese communiqués, welche vom Wiener und Petersburger Kabinet den anderen Mächten nach der Reichstädter Zusammenkunft gemacht wurden, fassten sich in Folgendem zusammen:

„St. Pétersbourg, 10. juillet: Les deux empereurs se sont séparés dans le meilleur accord, décidés à adopter le principe de non-intervention dans le moment actuel, se réservant, si les circonstances en démontraient la nécessité, une entente ultérieure avec les grandes puissances chrétiennes.“

Aus dem Text dieses Communiqué geht hervor, dass es sich in demselben nur um allgemeine Redewendungen handelt, welche den Kern der Reichstädter

\*) In der That sah sich der ungarische Ministerpräsident Tisza am 21. Mai 1887 im Unterhause durch eine Interpellation veranlasst, zuzugeben, dass am 15. Januar 1877 zu Reichstadt zwischen Oesterreich und Russland ein Abkommen getroffen worden sei, in dem von Oesterreich die Grenzen bezeichnet waren, innerhalb welcher sich die Machtentwicklung einer fremden Grossmacht auf der Balkanhalbinsel bewegen müsse, wenn sie nicht die bewaffnete Intervention Oesterreich-Ungarns heraufbeschwören wolle.



Abmachungen gar nicht berühren: Letztere enthielten ganz andere Dinge, welche längere Zeit hindurch geheim gehalten wurden. Der deutschen Regierung sind erst später Mittheilungen darüber gemacht worden, und ob die anderen Regierungen überhaupt etwas davon erfahren haben, wissen wir nicht. Für sie und Anfangs auch für Deutschland waren die inhaltlosen Wendungen des angeführten communiqué extractif bestimmt. Aber selbst wenn auch nachgewiesen wäre, dass dem Berliner Kabinet von den geheimen Reichstädter Abmachungen sofort Mittheilung gemacht wäre, so würden die Petersburger „Wedomosti“ doch daraus immer nicht deduziren können, dass Deutschland für die vom Fürsten Gortschakow abgeschlossenen russisch-österreichischen Abmachungen verantwortlich sei. Diese sind nicht von oder mit Deutschland, sondern allein von dem starken und selbständigen Russland, in freier und unbeeinflusster Erwägung der russischen Interessen, durch den für Deutschland damals nicht gerade wohlwollend gesinnten Fürsten Gortschakow selbständig verhandelt und abgeschlossen, und er allein würde die Verantwortung für das in seinem Auftrage unterzeichnete Abkommen auch dann tragen, wenn Deutschland schon im Juli 1876 darum gewusst hätte, was aber nicht der Fall war.

Die Petersburger „Nowosti“, welche dem oben genannten Petersburger Blatt zu sekundären bemüht sind, scheinen umsichtiger redigirt zu werden, als ihre Kollegin. Dieses Blatt bestreitet die von uns veröffentlichten That-sachen nicht, es behauptet aber, dass Russland schon 1876 „unter deutschem Druck gestanden hätte“. Es braucht kaum gesagt zu werden, dass dies eine alberne Erfindung ist: ein Druck ist in jener Phase der Orientalpolitik von Deutschland weder geübt, noch von Russland empfunden worden, einfach aus dem Grunde, weil Deutschland weder die Macht noch ein Interesse daran hatte, einen solchen Druck zu üben. || Die Aktionsfreiheit der Russen im Orient zu beeinträchtigen, ist durch die deutsche Politik weder damals noch später versucht worden, und selbst, wenn die Russen von derselben in den Jahren 1876 bis 1878 einen ausgedehnteren Gebrauch gemacht hätten, als geschehen ist, so würde die deutsche Politik nicht berufen oder im Stande gewesen sein, dies zu hindern, weil es ihr nicht möglich gewesen sein würde, der deutschen Nation ein hinreichend starkes Interesse im Orient nachzuweisen, um dafür den Frieden mit Russland aufs Spiel zu setzen und das Reich in Kriege zu verwickeln, welche ohne Schädigung Deutschlands vermieden werden konnten. Diese Situation änderte sich erst, als nach dem Berliner Kongress Deutschland von der russischen Presse ebenso wie heut von den „Nowosti“ und ihren Gesinnungsgenossen angegriffen und bedroht wurde und schliesslich das russische Kabinet selbst sich diese Haltung seiner Presse aneignete. Auch dadurch entstand für Deutschland noch kein direktes Interesse an der Gestaltung der Dinge im Orient, wohl aber das Bedürfniss eines festeren Zusammenhaltens mit Oesterreich im Interesse der Sicherheit beider Reiche. || Die „Nowosti“ sagen ferner: „Wenn wir früher, nach irgend einem Ziele auf der Balkanhalbinsel strebend, genöthigt waren, uns nach Wien und London umzuschauen, so dürfen wir jetzt Berlin

Nr. 9547. nicht aus den Augen lassen.“ Wenn das Blatt die Geschichte seines eigenen Landes kannte, so würde es wissen oder sich erinnern, dass die russische Politik auch schon früher und namentlich in den Jahren 1828, 1855 und 1863 bei eintretenden Verwickelungen Berlin nicht aus den Augen gelassen hat, weil sie dort die einzige Macht in Europa fand, von der sie etwas Anderes, als direkte oder indirekte Feindschaft, und mindestens eine sichere und wohlwollende Neutralität erwarten konnte.

**Nr. 9548. DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Mai 1887.

Nr. 9548. Die „Nowoje Wremja“ bestreitet in einem uns heute zu Gesicht gekommenen Artikel die Richtigkeit der von uns zur Vorgeschichte des Berliner Kongresses gegebenen thatsächlichen Erläuterungen zwar nicht, behauptet aber trotzdem mit unlogischem Eigensinn, „Deutschland habe Russland auf dem Kongresse verrathen“ — allerdings ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür beizubringen. || Einen solchen Beweis zu führen, würde auch unmöglich sein. Wenn die „Nowoje Wremja“ die Ergebnisse des Berliner Kongresses als „Verrath an Russland“ bezeichnen will, so trifft dies nur den Fürsten Gortschakow als damaligen verantwortlichen Leiter der russischen Politik und dessen politische Gesinnungsgenossen, die bei den Verhandlungen von 1876 und 1877 thätig waren. Unter ihnen befinden sich, wenn wir nicht irren, gerade die Gönner der „Nowoje Wremja“. || Es ist ein geschichtliches Faktum, dass der Kongress auf Russlands Wunsch und auf einer dem Fürsten Gortschakow im Voraus mit anderen Mächten vereinbarten Basis zusammenberufen wurde, und dass jeder offizielle russische Wunsch auf demselben die Unterstützung Deutschlands gefunden hat. || Wir können es uns genügen lassen, den Insinuationen des panslawistischen Blattes gegenüber von neuem hierauf hinzuweisen, und haben im Uebrigen auf seine deklamatorischen Injurien nichts zu erwidern.

**Nr. 9549. DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 11. Mai 1887.

Nr. 9549. Das „Deutsche Tageblatt“ veröffentlichte dieser Tage die Verhandlungen des Berliner Kongresses bezüglich Bosniens und der Herzegowina, die in der 8. Sitzung vom 28. Juni 1878 stattfanden. In dieser Sitzung haben Oesterreich und England den Vorschlag gemacht, „der Kongress wolle beschliessen, dass die Provinzen Bosnien und die Herzegowina von Oesterreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden.“ || Wenn man sich den Inhalt der heutigen russischen Blätter vergegenwärtigt, so wird man nothgedrungen annehmen, dass nun in den Verhandlungen des Berliner Kongresses eine Aeusserung des Fürsten Gortschakow folgen wird, in welcher der Vertreter Russlands dem Widerspruche

dieser Macht gegen die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich Ausdruck giebt. || Dieser Dissensus allein würde hingereicht haben, das Zustandekommen eines Beschlusses der Mächte zu hindern, da ein solcher der Einstimmigkeit derselben bedurfte. Einen solchen Widerspruch, wenn man wollte, anzubringen, gab die Aeusserung des ersten ottomanischen Bevollmächtigten eine ungesuchte Gelegenheit, indem derselbe eine abweichende Stellung kundgab. Es wäre nur erforderlich gewesen, diesen türkischen Widerspruch durch die Stimme Russlands zu verstärken, und er wäre nicht zu beseitigen gewesen. Aber weit entfernt, einen solchen einzulegen, äusserte Fürst Gortschakow:

Russland sei bei dieser Frage unbetheiligt; die vom Grafen Andrassy entwickelten Gesichtspunkte, der von Deutschland, Frankreich und Italien unterstützte Vorschlag des Lords Salisbury und die so klaren Erläuterungen des Lords Beaconsfield bezugten ihm aber die Wirksamkeit der für das friedliche Ziel, welches der Kongress anstrebe, vorbereiteten Resolution. In Wirklichkeit handle es sich darum, die christlichen Bevölkerungen vor hundertjährigen Missbräuchen zu schützen; der englische Antrag falle mit den allgemeinen Gesichtspunkten Russlands zusammen, und er gebe demselben seine vollständige Billigung. Was die Bemerkung Caratheodory-Paschas angeht, welcher den letzten Aufstand fremden Einflüssen zuschreibt, so kann Seine Durchlaucht derselben nicht beipflichten; die Unruhen sind durch den Zustand der Dinge in den Provinzen Bosnien und Herzegowina veranlasst worden, und nur durch radikale Abänderungen kann man deren Wiederkehr verhindern.

Wir finden in den ganzen Kongressakten keine Spur von einem Versuch des Fürsten Gortschakow, die englisch-österreichischen Anträge zu bekämpfen, noch weniger natürlich einen Versuch anderer Mächte, namentlich Deutschlands, das Einverständniss des Fürsten Gortschakow zu gewinnen. Die Zustimmung des russischen Kanzlers ist eine vollständige, freiwillige und ohne Zaudern gegebene. Sie würde nicht erklärlich sein, wenn Fürst Gortschakow nicht schon vor dem Kongress ältere Vereinbarungen geschlossen hätte, die ihn in die Unmöglichkeit versetzten, gegen die österreichisch-englischen Anträge auf Besetzung Bosniens und der Herzegowina Einwendungen zu machen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so würde Fürst Gortschakow doch wenigstens versucht haben, im Hinblick auf die sonstige Unterstützung Russlands durch Deutschland während des Kongresses andere Stimmen für den Widerspruch gegen den österreichisch-englischen Antrag zu gewinnen. Seine Zustimmung ist der Beweis, dass die russische Politik entweder kein Bedürfniss zu Einwendungen empfand oder sich die Möglichkeit dazu schon vorher abgeschnitten hatte. || Dennoch hat man nachträglich aus dieser Sache klare Punkte gemacht, als ob die russische Politik auf dem Berliner Kongress vergewaltigt und durch Pression und Ueberredung gegen ihren Willen zur Zustimmung zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich gebracht worden wäre.

---

**Nr. 9550. OESTERREICH-UNGARN.**—Artikel des Wiener „Fremdenblattes“ vom 12. Mai 1887.

Nr. 9550. (Derselbe ist als Zuschrift von „wohlunterrichteter Seite“ aus Berlin bezeichnet.)  
Oesterreich-  
Ungarn.

12. Mai 1887. Einzelne Blätter wollten aus dem Wortlaut der Artikel, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ jüngst zum Zweck der Richtigstellung panslavistischer Mythen und Fälschungen über die Vorgeschichte des letzten Orientkrieges gebracht hat, auf eine Erkaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen schliessen; namentlich die Aeußerung des Berliner Blattes über das deutsche Interesse am Schicksal Bosniens und der Herzegowina wurde als Beweis dafür angeführt, wie gering man in Berlin von vitalen österreichisch-ungarischen Fragen denke. Beim Lesen der diesbezüglichen Ausführungen fragt man sich unwillkürlich, ob diese Blätter wirklich so wenig klar über die Ziele jener Veröffentlichungen sind, dass sie eine gegen das Donaureich gerichtete Spitze da erblicken, wo es nur Abwehr der Angriffe subversiver russischer Elemente gilt. Die Berliner Publikationen nehmen auf die Zeit vor Ausbruch des russisch-türkischen Krieges Bezug. In jener Zeit standen aber bekanntlich Bosnien und die Herzegowina in gar keiner Beziehung zur österreichisch-ungarischen Monarchie; ebensowenig bestand damals, wenn wir recht unterrichtet sind, das vom Grafen Andrassy so glücklich eingeleitete intime Verhältniss mit Berlin. Mit Recht konnte daher die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagen, Deutschland habe damals durchaus kein Interesse an diesen beiden, überdies einer dritten, fernerstehenden und nicht benachbarten Macht gehörigen Provinzen gehabt. An sich, gewissermaassen als Abstrakta betrachtet, bilden die beiden Provinzen auch heute noch ebensowenig ein deutsches Interesse wie etwa Bulgarien oder irgend ein Land der habsburgischen Monarchie, wenn man sich dasselbe aus dem Verbande Oesterreich-Ungarns losgelöst denken könnte. Nach der vom Berliner Vertrag sanktionirten Okkupation der mehrgenannten zwei Provinzen ist aber die Stellung Deutschlands zu denselben eine andere geworden. Dermalen schützt das Friedensbündniss der beiden Kaisermächte die von Oesterreich-Ungarn okkupirten Provinzen, ebenso wie jeden Theil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wie ich, auf Grund von Informationen, aus zuverlässigster Quelle ermächtigt bin, zu erklären, haben hierüber an leitender Stelle in Berlin nie Zweifel bestanden.“

---

## Internationale Zuckerkonferenz in London\*).

Nr. 9551. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris an d. Min. d. Ausw. — Anfrage betr. Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz. [G. 1.]

(Pro memoria.)

January 5, 1887.

A Conference of the Countries interested in the sugar question to discuss the position of the sugar industries with a view of considering whether any joint-action of the sugar producing countries or of any of them could be devised for improving those industries. Would the French Government be willing to take part in such a Conference?

Nr. 9551.  
Gross-  
britannien.  
5. Jan. 1887.

Nr. 9552. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an d. engl. Botsch. — Bereitwilligkeit Frankreichs zu einer internationalen Verständigung über die Zuckerfrage. [G. 2.]

Paris, 28. mars 1887.

Par une Note remise le 5 janvier dernier, l'Ambassade d'Angleterre à Paris a exprimé le désir d'être renseignée sur l'accueil que le Gouvernement de la République croirait pouvoir faire, en ce qui le concerne, à une proposition tendant à réunir une Conférence à laquelle prendraient part les États intéressés dans la question des sucres, en vue d'examiner si la situation actuelle de l'industrie sucrière pourrait être améliorée au moyen d'une action commune des pays producteurs de sucre ou de quelques-uns d'entre eux. || Le Gouvernement français serait disposé, en principe, à envisager comme désirable l'établissement d'une entente internationale sur le régime des sucres, mais à la condition qu'elle s'étendrait à tous les pays intéressés. Ce ne serait donc qu'après avoir été fixé sur les intentions de ces différents États que le Gouvernement de la République pourrait répondre, d'une manière définitive, au sujet de sa participation à une Conférence.

Nr. 9552.  
Frankreich.  
28. März 1887.

\*) Die folgenden Aktenstücke sind dem Gelbbuch, betitelt: „Conférence internationale sur le régime des sucres“ (1887), entnommen.

**Nr. 9553. GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris an d. Min. d. Ausw. — Einladung zur Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz in London. — [G. 3.]

July 8, 1887.

Nr. 9553.  
Gross-  
britannien.  
8. Juli 1887.

Monsieur le Ministre, in placing in Your Excellency's hand the inclosed copy of a despatch which I have received from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, I have the honour to address to the Government of the Republic, on behalf of the Government of Her Majesty, an invitation to take part in a Conference in London upon the sugar question on the bases therein mentioned. || I do myself the honour to recommend this invitation to the favourable consideration of the French Government, and to add that, in the interests of the sugar industry, Her Majesty's Government attach great importance to an early decision being arrived at upon the subject.

L y o n s.

**Nr. 9554. GROSSBRITANNIEN.** — Cirkularschreiben d. Regierung an die Vertreter im Ausland. — Die wichtigsten Berathungsgegenstände auf der zu berufenden Konferenz. [G. 3.]

Foreign-Office, July 2, 1887.

Nr. 9554.  
Gross-  
britannien.  
2. Juli 1887.

My Lord, you are aware, that in consequence of the recommendation made in 1880 by the select committee of the House of Commons on sugar industries, „that Her Majesty's Government should invite the sugar producing powers to a Conference, with a view of arriving at a common understanding for the suppression of bounties on the basis of manufacturing and refining under excise supervision, the question of equivalents for this system not being precluded from consideration“, an invitation was addressed to the Governments of Austria, Belgium, France, Germany and Holland, inviting them to take part in an international Conference for the purpose of considering the sugar question, with a view, if possible, so to arrange the collection of duties as to avoid or reduce to the lowest possible limits any thing in the nature of a bounty on exported sugar. The proposal, however, of Her Majesty's Government was not favourably entertained by the Governments of the countries interested in the question, and although four years later, in 1885, the Government of Belgium endeavoured to promote a Conference to improve the condition of the sugar interests, their efforts were also unsuccessful, and no action has since been taken in the direction of convoking an international Conference upon the sugar question. || The questions, however, affecting the sugar industry in 1887, remain practically what they were in 1880, and Her Majesty's Government consider that the reasons for a Conference which were valid then are at the present time of even greater weight. || Before addressing a formal invitation to the



Governments interested, Her Majesty's Government have taken steps to ascertain the views of the Governments of those countries in which the bounty system most extensively prevails. Her Majesty's Government have been glad to learn, that the objections on the part of certain Governments which existed in 1881 appear no longer to exist, and that the powers chiefly interested are not indisposed to take part in an international Conference, provided that some indication is given of the questions connected with the sugar industry which their Delegates would be called upon to discuss.

Nr. 9554.  
Gross-  
britannien.  
2. Juli 1887.

In the opinion of Her Majesty's Government, the attention of the Conference should be devoted to the following points:

1. What steps, if any, can be taken for the removal of causes of disturbance of the sugar producing and refining industry, so far as they are due to the action of Governments;

2. Whether it would be practicable for the various Governments to agree to manufacture and refine sugar in bond; or

3. Whether a common system can be agreed upon for correlating duties and drawbacks according to the various methods of levying duties on the roots, canes, juice, etc., so that one system of correlation shall be equivalent of the other.

4. And, generally, to discuss any proposals with the object of inducing all Governments interested to give up the bounties.

In making these suggestions as to the scope of the Conference, Her Majesty's Government have no wish to exclude the consideration of any further point which the Governments interested may consider it advantageous to discuss, their object in proposing the meeting of the Conference being to effect a final settlement of this long outstanding intricate question. || I have accordingly to request, that you will address a formal invitation to the . . . . . Government to take part in a Conference in London upon the above mentioned bases; and you will add, that, in the interests of the sugar industry, Her Majesty's Government attach great importance to an early decision being arrived at upon the subject. || You are authorized to leave a copy of this despatch with the Minister for Foreign affairs.

James Fergusson.

Nr. 9555. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. — Bedingte Bereiterklärung zur Antheilnahme an der Konferenz. [G. 4.]

Paris, le 16 septembre 1887.

A la date du 8 juillet dernier, Son Excellence Lord Lyons a bien voulu, au nom du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, inviter officiellement le Gouvernement français à prendre part à une Conférence internationale sur le régime des sucres, qui se réunirait à Londres et serait composée de délégués

Nr. 9555.  
Frankreich.  
16. Sept. 1887.



Nr. 9555.  
Frankreich.  
16. Sept. 1887.

appartenant aux principaux États intéressés. || L'importance des questions complexes que soulève le programme de la Conférence, tel qu'il est tracé dans la Circulaire du marquis de Salisbury, a nécessité, de la part des Administrations françaises compétentes, en présence surtout de la nouvelle législation sucrière de la France, une étude attentive des propositions du Cabinet de Londres. Bien que cet examen ne soit pas encore complètement terminé, je puis, dès à présent, vous annoncer, Monsieur, en me référant à ma Note du 28 mars, que le Gouvernement de la République adhère, en principe, au projet de réunion de la Conférence. Son acceptation définitive demeure, toutefois, subordonnée à la double condition que tous les États qui ont été convoqués y prendront part et qu'il conservera complètement sa liberté d'action.

En vous priant de vouloir bien porter cette décision à la connaissance de votre Gouvernement, je vous serai obligé de faire part au Marquis de Salisbury du prix que nous attacherions à connaître la liste des États qui ont été invités à participer à la Conférence, ainsi que le sens des réponses qui sont parvenues jusqu'ici au Cabinet de Londres\*).

Flourens.

**Nr. 9556. FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. — Bereiterklärung Frankreichs zur Theilnahme an der Konferenz. [G. 8.]

Paris, e 25. octobre 1887.

Nr. 9556.  
Frankreich.  
25. Oct. 1887.

Par des lettres en date des 25 et 26 septembre dernier et du 8 de ce mois, vous avez bien voulu me faire savoir qu'à l'exception du Portugal et de la Norwège, désintéressés dans la question, et des États-Unis, dont la décision est ajournée jusqu'au moment de la réunion du Congrès américain, les autres États convoqués par le Gouvernement britannique à la Conférence sur le régime des sucres, qui doit avoir lieu à Londres, ont notifié leur intention de se faire représenter à cette réunion. || En réponse à ces communications et en me référant à ma dépêche du 16 septembre, j'ai l'honneur de vous annoncer, Monsieur, que le Gouvernement de la République, sous la réserve qu'il conservera complètement sa liberté d'action, adhère au projet de réunion dont le Cabinet de Londres a pris l'initiative. || Je vous serai obligé de vouloir bien porter cette décision à la connaissance de votre Gouvernement.

Flourens.

\*) Mit Bezug auf diese Anfrage meldet M. Egerton zum 25. September, dass Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, Niederlande und Spanien ihre Theilnahme zugesagt hätten. Die Vereinigten Staaten könnten einen definitiven Bescheid erst nach Wiedereröffnung des Senats geben, wären aber mit einem früheren Termine für die Konferenz einverstanden. Portugal allein habe aus mangelndem Interesse an dieser Frage die Einladung abgelehnt. Zum 26. September wird dann noch die Antheilnahme Russlands, zum 8. October die Brasiliens und Schwedens gemeldet. Norwegen lehnt, aus demselben Grunde wie Portugal, die Beschickung ab.

A. d. Red.

**Nr. 9557. GROSSBRITANNIEN.** — Engl. Geschäftsträger in Paris an d. dort. Min. d. Ausw. — Bestimmung des Termins der Konferenz. Bitte um Exposé über den Stand der französischen Zuckerindustrie. [G. 9.]

Paris, october 29, 1887.

Monsieur le Ministre, . . . . In view\*) of the general acceptance of the invitation given by Her Majesty's Government, they are of an opinion that a date may now be definitely proposed for the meeting of the Conference in London; and I am accordingly instructed to ask the French Government to agree to the 24<sup>th</sup> of november next, as the date of the meeting of the Conference, and to appoint, formally, their Delegates to take part in its deliberations.

Her Majesty's Government consider, that, in order to facilitate the progress of business, it would be advisable that an authorized and correct statement respecting the system of levying duties, whether of custom or of excise on sugar or on the raw material from which it is made, and of the drawbacks on export allowed, in the several countries represented, should be placed before the Conference when it meets. I am therefore to suggest, that such a statement of Duties and Drawbacks should be prepared and communicated beforehand, in order that a proof may be submitted for correction to the Delegates of the French Government upon their arrival in London, and the document itself be distributed at the first sitting of the Conference\*\*).

Requesting Your Excellency to be so good as to signify, at your earliest convenience, the concurrence of the French Government in the date proposed for the meeting of the Conference.

Egerton.

**Nr. 9558. FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. — Die Vertreter der französischen Regierung auf der Konferenz. [G. 11.]

Paris, le 16 novembre 1887.

En réponse à votre communication du 25 octobre dernier, j'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement de la République n'a pas d'objection contre la fixation au 24 du présent mois de la date d'ouverture de la Conférence internationale sur les sucres qui doit se réunir à Londres.

Différents Départements ministériels étant intéressés dans la question, la

\*) Nach einem nochmaligen Bericht über die Stellung der Mächte zur Betheligung an der Konferenz und der Erklärung, dass auch Rumänien noch eine Einladung erhalten, fährt das Schreiben hier fort. A. d. Red.

\*\*) Die gleiche Bitte wurde an die übrigen Mächte gerichtet. Die Exposés sind im Folgenden unter No. 9560 abgedruckt. A. d. Red.

Nr. 9558.  
Frankreich.  
16. Nov. 1887.

désignation de tous les Délégués français à la Conférence n'est pas encore définitivement arrêtée. Mais je suis, dès à présent, en mesure de vous faire connaître que le Département des Finances a fait choix pour le représenter de MM. Sans-Leroy, député, et Legros, Administrateur à la Direction générale des douanes comme Délégués, et de M. Boizard, sous-chef de bureau à la Direction générale des contributions indirectes, comme Délégué adjoint.\*)

D'autre part, j'ai désigné le Conseiller ou, à son défaut, le premier Secrétaire de l'Ambassade de la République à Londres, pour prendre part aux travaux de cette réunion internationale.

Je vous serai obligé, Monsieur, de vouloir bien informer de ces désignations le Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Flourens.

**Nr. 9559. FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an d. franz. Botschaft in London. — Uebersendung des erbetenen Exposé. [G. 13.]

Paris, le 23 novembre 1887.

Nr. 9559.  
Frankreich.  
23. Nov. 1887.

En invitant les différents Gouvernements étrangers à prendre part à la Conférence des sucres, le Cabinet de Londres avait exprimé le désir de recevoir, pour être placés sous les yeux des Délégués des Puissances, des renseignements officiels relatifs au mode adopté dans les divers Pays producteurs pour la perception des droits de douane ou d'accise sur les sucres, et pour la restitution de ces droits à la sortie. || Pour satisfaire à ce désir, le Département des Finances a préparé les deux notices que vous trouverez ci-jointes\*\*\*) et qui résument la législation française sur la matière. Je vous serais obligé, Monsieur, de vouloir bien transmettre, d'urgence, ces documents à Lord Salisbury, afin qu'ils puissent être déposés à la Conférence en temps utile.

Flourens.

\*) Zu diesen kommen noch, laut einer Depesche vom 22. Nov. [G. 12], Mr. Pallain, Directeur général des Douanes, und Mr. Catusse, Directeur général des Contributions indirectes.

A. d. Red.

\*\*) Abgedruckt im folgenden Abschnitt sub Nr. 9560. Abschn. 1. Frankreich.

A. d. Red.

Nr. 9560. **KONFERENZ-STAATEN.** — Exposés der Mächte über ihre Zuckerpolitik\*).

**1. Frankreich.**

Titre I.

Régime douanier des sucres. || Les sucres de toute provenance et de toute qualité peuvent être déclarés à l'arrivée en France:

1. Pour la consommation; || 2. Pour l'entrepôt; || 3. Pour le sucrage des vendanges; || 4. Pour la réexportation immédiate; || 5. Pour le transit. || Peuvent, en outre, être déclarés sous le régime de l'admission temporaire:

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

1. Les sucres non raffinés de toute qualité, du cru des colonies françaises;

2. Les sucres étrangers non raffinés importés en droiture des pays hors d'Europe.

Consommation. || Les sucres de toute qualité (les poudres blanches comprises), originaires et importés des colonies et possessions françaises, et les sucres bruts étrangers titrant 98 degrés au moins sont imposés au droit du sucre raffiné d'après leur rendement présumé au raffinage. Il est déduit de ce rendement, pour l'application du droit,  $1\frac{1}{2}$  p.  $\%$  à titre de déchet de fabrication. || Les sucres étrangers titrant plus de 98 degrés sont, pour l'application des droits, assimilés au sucre raffiné. || Quel que soit leur rendement effectif, les sucres des colonies françaises ne peuvent être taxés pour un rendement supérieur à 98 p.  $\%$ , ni pour un rendement inférieur à 65 p.  $\%$ . Ce minimum de rendement est également applicable aux sucres étrangers importés des pays hors d'Europe. Pour les sucres d'origine européenne ou importés des entrepôts d'Europe, il est de 80 p.  $\%$ . Dans tous les cas il y a lieu à déduction du déchet de fabrication de  $1\frac{1}{2}$  p.  $\%$ . || Le rendement présumé au raffinage est déterminé par les laboratoires de l'Administration. Cette détermination s'effectue au moyen de l'analyse polarimétrique et de la déduction des cendres et de la glucose. Les coefficients des réactions à opérer sur le titre saccharimétrique sont fixés à 4 p.  $\%$  pour les cendres et à 2 p.  $\%$  pour la glucose. || Il est statué par les Commissaires experts institués auprès du Département du commerce sur les contestations auxquelles peuvent donner lieu les titrages constatés par les laboratoires de l'Administration. Mais ces titrages doivent être maintenus toutes les fois que les différences en plus ou en moins constatées par les Commissaires experts n'atteignent pas un degré. || Il n'est pas tenu compte des fractions de degré pour la perception des

\*) Von den grösseren Mächten fehlte im Gelbbuch das Exposé Russlands. Wir können dasselbe daher nur, nach dem jüngst erschienenen Blaubuch über die Zuckerkonferenz, in einem Nachtrag am Schluss der Rubrik zum Abdruck bringen.

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

droits. Ainsi des sucres titrant 95.9 degrés seraient imposés au rendement de 95 p. ‰.

*Sucres des Colonies françaises.* — Les sucres des Colonies françaises importés directement ont droit à un déchet de fabrication égal à la moyenne des excédents de rendement obtenus par la sucrerie indigène pendant la dernière campagne de fabrication. Ce boni de rendement est soumis jusqu'au 31 décembre 1887, à une taxe temporaire de 10 francs par 100 kilogr. de sucre raffiné. || Par campagne on entend la période de fabrication comprise entre le 1<sup>er</sup> septembre de chaque année et le 31 août de l'année suivante. || Pour la campagne 1887—1888 la moyenne des excédents de rendement obtenus par la sucrerie indigène a été de 36.44 p. ‰. Par suite, un arrêté du Ministre des finances en date du 4 novembre a fixé à 36.44 p. ‰ le déchet de fabrication à allouer aux sucres coloniaux expédiés pour la France à dater du 1<sup>er</sup> septembre 1887, inclusivement, jusqu'au 31 août 1888, inclusivement. || A l'arrivée des sucres on laisse donc à la disposition des importateurs, au droit spécial de 10 francs par 100 kilogrammes de sucre raffiné, 36.44 p. ‰ des quantités qui sont constatées par la vérification. Le surplus peut, suivant les convenances des intéressés, entrer à la consommation ou être déclaré, soit pour l'entrepôt, soit pour le sucrage des vendanges, la réexportation immédiate, le transit ou l'admission temporaire. || Il est entendu que les sucres des colonies françaises déclarés pour la consommation ou l'admission temporaire, après défalcation de 36.44 p. ‰, ont droit au déchet de fabrication de 1½ p. ‰ dont il a été question plus haut.

*Sucres bruts étrangers.* — Les sucres bruts étrangers titrant 98 p. ‰ ou moins sont passibles, jusqu'au 31 août 1888, d'une surtaxe de 7 francs par 100 kilogr. lorsqu'ils sont importés des pays d'Europe ou des entrepôts d'Europe. Cette surtaxe est due sur le poids net effectif. || *Sucres raffinés.* — Par sucres raffinés on entend les sucres raffinés proprement dits et les sucres agglomérés en tablettes, lingots etc. || Les sucres bruts étrangers titrant plus de 98 degrés sont assimilés aux raffinés. || Les sucres étrangers raffinés ou assimilés aux raffinés sont passibles, en tarif général, d'une surtaxe de 12 fr. 50 cent. par kilogr. || En tarif conventionnel cette surtaxe est limitée à 8 francs par 100 kilogr. || *Sucre candi.* — Le sucre candi étranger, de toute provenance, est passible, en tarif général, d'une surtaxe de 13 fr. 50 cent. par 100 kilogr. En tarif conventionnel, cette surtaxe est réduite à 8 francs par 100 kilogr. || *Vergeoises.* — On applique aux vergeoises le traitement des sucres bruts. Celles qui titrent plus de 98 degrés sont assimilées au sucre raffiné lorsqu'elles sont importées d'un pays étranger quelconque. Dans tout autre cas les vergeoises sont imposées d'après leur rendement au raffinage, ce rendement ne pouvant être supérieur à 98 p. ‰, ni inférieur à 64 p. ‰, lorsqu'elles sont importées d'un pays hors d'Europe, et à 80 p. ‰ lorsqu'elles sont importées d'un pays européen. || Les vergeoises ont droit, comme les sucres bruts, au déchet de fabrication de 1½ p. ‰. Mais leur titrage a lieu sans déduction

de la glucose. || Les vergeoises dont le titrage ne dépasse pas 98 degrés importées des pays d'Europe ou des entrepôts d'Europe sont passibles, jusqu'au 31 août 1888, de la surtaxe de 7 francs par 100 kilogr. sur le poids net effectif. Les vergeoises d'origine européenne titrant plus de 98 degrés supportent, dans tous les cas, le droit et la surtaxe des sucres raffinés étrangers.

Entrepôt. || L'entrepôt étant considéré comme l'étranger, les sucres qui y sont constitués peuvent ensuite en être extraits pour la consommation, le sucrage des vendanges, la réexportation, le transit ou l'admission temporaire (à l'exception, dans ce dernier cas, des sucres bruts importés des pays d'Europe, ainsi que des sucres raffinés ou assimilés aux raffinés). Au moment de leur sortie d'entrepôt ils sont traités, suivant leur origine et leur provenance, comme s'ils étaient importés à ce moment même.

Sucrage des Vendanges. || Les droits sur les sucres bruts ou raffinés de toute origine, employés au sucrage des vins, cidres ou poirés, avant la fermentation sont réduits à 20 fr. par 100 kilogr. de raffiné\*). || Le déchet de fabrication de 1 $\frac{1}{2}$  p.  $\frac{0}{10}$  doit leur être alloué dans tous les cas où il est applicable pour la consommation proprement dite. || Les sucres étrangers titrant plus de 98 p.  $\frac{0}{10}$  sont traités comme sucres raffinés. || Ces mêmes sucres étrangers sont, d'ailleurs, passibles, quel que soit leur titrage, des surtaxes intégrales édictées, à titre général, dans le cas de mise en consommation. Le droit principal et les surtaxes sont alors perçus simultanément.

#### Réexportation immédiate.

Les sucres sont, dans ce cas, réexpédiés à l'étranger dans l'état où ils ont été apportés en France. Cette opération ne comporte ici aucune observation particulière.

#### Transit.

Les sucres des colonies françaises et les sucres étrangers peuvent, à leur arrivée en France, être dirigés, sous le régime du transit ordinaire ou du transit international, soit sur un entrepôt de douane, soit sur un bureau qui en constate le passage définitif à l'étranger, soit enfin sur une douane où ils doivent être déclarés pour la consommation, le sucrage des vendanges, ou l'admission temporaire (si ce dernier régime leur est applicable).

#### Admission temporaire.

Ainsi qu'on l'a indiqué plus haut, peuvent seuls être admis temporairement en franchise de droits: || 1. Les sucres non raffinés, de toute qualité, du

\*) Les sucres affectés à cette destination sont, en outre, passibles, jusqu'au 31 décembre, 1887, d'une surtaxe de 20 p.  $\frac{0}{10}$ , ce qui élève le droit à 24 francs.



Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

cru des colonies françaises; 2. Les sucres étrangers non raffinés, de toute qualité (y compris les sucres titrant plus de 98 degrés) importés en droiture des pays hors d'Europe. || Sont par conséquent exclus du régime de l'admission temporaire les sucres étrangers importés des pays d'Europe, qu'ils soient d'origine européenne ou qu'ils proviennent des entrepôts d'Europe. || Les sucres déclarés pour l'admission temporaire sont pris en charge pour la quantité de sucre raffiné qu'ils sont présumés pouvoir fournir. Ce rendement s'établit par l'analyse polarimétrique. Il ne peut dépasser 98 p. 100 ni descendre au dessous de 65 p. 100, et avec déduction, dans tous les cas, d'un déchet de fabrication de 1½ pour 100. || Les importateurs souscrivent alors un engagement cautionné, qui prend le nom d'obligation d'admission temporaire. || Le délai pour l'apurement de ces obligations est de deux mois. || Les intéressés ont la faculté de se libérer de leurs engagements: || Soit par l'exportation ou la constitution en entrepôt de quantités correspondantes de sucre raffiné représenté par des sucres raffinés en pains ou agglomérés, des sucres candis, des vergeoises, de sucres en poudre ou en morceaux irréguliers provenant du sciage des pains, ou des sucres bruts en poudre titrant au moins 65 degrés; || Soit par le paiement en numéraire, et avec intérêt de retard à compter de la date de l'obligation, du montant des droits sur les sucres soumissionnés\*). || Le sucre cristallisable existant en cet état dans les fruits confits, bonbons (pastilles médicinales comprises), confitures et biscuits exportés à l'étranger, et aux colonies et possessions françaises (l'Algérie exceptée), ou constitués en entrepôt, donne droit à la décharge des obligations d'admission temporaire de sucre non raffiné souscrites dans les conditions réglementaires. || Dans ce cas le sucre cristallisable est considéré comme sucre raffiné en pains, et compte comme tel pour son poids effectif. || La constatation du sucre cristallisable est faite par les laboratoires de l'Administration. Cette constatation est définitive. || Enfin les sucres raffinés dans les établissements libres et déclarés pour le sucrage des vins, cidres et poirés, sont également reçus à la décharge des obligations d'admission temporaire, moyennant le paiement du droit spécial de 20 francs par 100 kilogr. (24 francs avec la surtaxe temporaire établie jusqu'au 31 décembre 1887). || Lorsque les obligations d'admission temporaire sont apurées par l'exportation ou la constitution en entrepôt de sucres bruts ou raffinés, on admet à la décharge des comptes;

Pour leur poids effectifs: Les sucres raffinés parfaitement épurés, durs et secs, présentés au service en pains ou à l'état d'agglomérés; || Les sucres des mêmes qualité et état qui, après vérification par le service, sont pilés ou

---

\*) Les sucres étrangers titrant plus de 98 degrés, bien qu'ils participent au régime de l'admission temporaire lorsqu'ils ont été importés des pays hors d'Europe, sont, dans tous les cas d'application des droits, assimilés aux sucres raffinés et imposables comme ceux-ci sur leurs poids effectif, et non d'après la quantité de sucre raffiné pour laquelle ils ont été pris en charge.



cassés dans les établissements des douanes; || Les sucres en poudre ou en morceaux irréguliers, provenant du sciage des pains dans les établissements libres et titrant au moins 98 degrés, lorsque les opérations ont été préalablement déclarées à la douane, avec indication du poids des pains et de l'heure à laquelle l'opération commencera, afin que le service puisse la contrôler; || Les sucres en morceaux réguliers, sciés ou cassés dans les établissements libres, lorsque la régularité de leur forme et leur état de siccité et de pureté permettent de constater qu'ils proviennent de sucres en pains ou agglomérés.

Pour la quantité de sucre raffiné qu'ils sont reconnus représenter: || Les sucres raffinés qui ne remplissent pas les conditions obligatoires de pureté, de dureté et de siccité; || Les poudres et les morceaux irréguliers provenant du sciage ou du cassage, dans les établissements libres, de sucres raffinés en pains ou agglomérés; || Les vergeoises; || Les sucres bruts en poudre titrant au moins 65 degrés\*).

A raison de 100 kilogrammes de candi pour 107 kilogrammes de sucre raffiné: || Les sucres candis présentés en cristaux secs et transparents. || Pour les vergeoises, les sucres raffinés incomplètement épurés, les poudres et irréguliers provenant des établissements libres, et les sucres en grains ou morceaux petits cristaux, le rendement en sucre raffiné en pains se détermine par les procédés saccharimétriques avec déduction des cendres au coefficient 4, mais sans déduction de la glucose. || Les sucres raffinés qui, après avoir été placés en entrepôt, en sont retirés pour la consommation, acquittent les droits afférents à la matière dont ils sont censés provenir. On a par conséquent à percevoir le droit du sucre raffiné sur la quantité de ce sucre pour laquelle les sucres bruts ont été pris en charge, lorsqu'il s'agit soit de sucres des colonies françaises, soit de sucres étrangers importés directement d'un pays hors d'Europe et titrant au plus 98 degrés. Mais s'il s'agit de sucres étrangers, de provenance extra-européenne, titrant plus de 98 degrés, ils sont passibles, sur leur poids effectif, du droit des sucres raffinés étrangers (sur-taxe comprise). || Le délai de deux mois fixé pour l'apurement des obligations, soit en numéraire, soit par la production de certificats d'exportation ou d'entrée en entrepôt, est rigoureusement obligatoire. || Si l'apurement n'a pas eu lieu dans ce délai, le trésor poursuit, outre le recouvrement du droit d'entrée

\*) Un traitement différent est appliqué à ces sucres, selon que leur titrage est compris entre 65 et 98 degrés exclusivement, ou qu'il est de 98 degrés ou plus.

Dans le premier cas la décharge des comptes n'est effectuée qu'à raison du rendement net moins le déchet de  $1\frac{1}{2}$  p. % qui a déjà été alloué lorsque les sucres ont été déclarés pour la consommation ou l'admission temporaire.

Dans le second cas on alloue le rendement net sans en déduire le déchet de  $1\frac{1}{2}$  p. %. L'exportateur bénéficie ainsi d'une véritable prime de  $1\frac{1}{2}$  ou de  $2\frac{1}{2}$  p. %, selon que les sucres exportés titrent 98 ou 99 degrés, puisqu'à l'entrée les droits ont été liquidés sur un rendement de 98 degrés moins le déchet de  $1\frac{1}{2}$  p. %.

La suppression de cette prime a été proposée au projet de budget de 1888.

Nr. 9560. et de l'intérêt de retard, le paiement des intérêts de retard, à raison de 5 p.  $\frac{0}{10}$   
Konferenz- l'an, à partir de l'expiration de ce délai.  
Staaten.

## Tares.

Les sucres acquittent les droits sur le poids net. || Le poids net est réel ou légal. || Le poids net réel (ou poids effectif) est le poids de la marchandise dépouillée de tous ses emballages extérieurs et intérieurs. || Le poids net légal se calcule en déduisant du poids brut des colis la tare légale, c'est-à-dire la tare que la loi a déterminée, selon le mode d'emballage ou l'espèce des marchandises, pour le cas où le redevable n'aurait pas demandé, en temps utile, que la liquidation fût établie sur le poids net effectif. || Les sucres de betterave, les sucres de canne importés dans des emballages autres que ceux en usage pour les sucres exotiques, ainsi que les sucres candis en caisse ou futailles, n'ont droit qu'à la tare réelle. || On applique à tous les autres sucres soit la tare légale, soit la tare réelle, au choix des intéressés.

Le tableau ci-après indique le taux des différentes tares légales en vigueur:

MARCHANDISES. Espèces des colis.	Taux de la tare.
Sucres:	
— Bruts de cannes.	
Importés dans les emballages en usage pour les sucres exotiques.	
Emballages en bois (caisses, futailles, etc.)	
Entièrement en bois dur . . . . .	13 p. $\frac{0}{10}$ .
En bois tendre . . . . .	10 p. $\frac{0}{10}$ .
Canastres . . . . .	8 p. $\frac{0}{10}$ .
Importés dans des emballages autres que ceux en usage pour les sucres exotiques . . . . .	Poids net réel.
Autres emballages:	
Doubles . . . . .	4 p. $\frac{0}{10}$ .
Simples . . . . .	2 p. $\frac{0}{10}$ .
— Raffinés à l'exclusion des candis en caisses ou futailles:	
Emballages en bois (caisses, futailles, etc.) . . . . .	12 p. $\frac{0}{10}$ .
Autres emballages . . . . .	2 p. $\frac{0}{10}$ .

## Tarif général. — Entrée.

Denrées Coloniales de Consommation.	Unités sur lesquelles portent les droits.	Titres de Perception.	Droits (Décimes et 4 p. % compris *)		
			Produits d'origine européenne.	Produits d'origine extra-européenne.	
				Importés directement d'un pays hors d'Europe.	Importés des entrepôts d'Europe.
<b>Sucres:</b>					
Des colonies et possessions françaises(85)**): En poudre (y compris les poudres blanches) d'après leur rendement présumé au raffinage	100 kil. N. (de suc. raffiné).	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	—	60 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup>	—
Raffinés: Autres que candis .	100 kil. N. (poids effectif).	Idem.	—	60 00	—
Candis . . . . .	Idem.	Idem.	—	64 20	—
<b>Étrangers (86):</b>					
En poudre, dont le rendement présumé au raffinage est de: 98 p. 100 ou moins	100 kil. N. (de suc. raffiné).	Idem.	60 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup> plus 7 fr. par 100 kil. net, sur le poids effectif ***).	60 00	60 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup> plus 7 fr. par 100 kil. net sur le poids effectif.
Plus de 98 p. 100 .	100 kil. N. (poids effectif).	Idem.	72 <sup>f</sup> 50 <sup>c</sup>	72 50	72 <sup>f</sup> 50 <sup>c</sup>
Raffinés: Autres que candis .	Idem.	Idem.	72 50	72 50	72 50
Candis . . . . .	Idem.	Idem.	77 70	77 70	77 70
<b>Mélasses.</b>					
— Pour la distillation: Des colonies et possessions françaises**)	100 kil. B.	7 mai 1881.	—	Exemptes.	—
Des pays étrangers	Idem.	Idem.	Exemptes.	Exemptes.	3 60
— Autres que pour la distillation, ayant en richesse saccharine absolue: 50 p. 100 ou moins	100 kil. N.	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	18 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup>	18 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup>	21 60
Plus de 50 p. 100 .	Idem.	Idem.	38 40	38 40	42 00

\*) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire de 20 p. % résultant de la loi du 27 mai 1887, et dont la prorogation a été proposée au projet de budget de 1888.

\*\*\*) On ne considère comme produits des colonies et possessions françaises que ceux qui sont importés directement (Loi du 7 mai 1881).

\*\*\*\*) La surtaxe de 7 francs par 100 kilogrammes est applicable jusqu'au 31 août 1888 Loi du 31 juillet 1886).

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

Denrées Coloniales de Consommation	Unités sur lesquelles portent les droits.	Titres de Perception.	Droits (Décimes et 4 p. % compris *)		
			Produits d'origine européenne.	Produits d'origine extra-européenne.	
				Importés directement d'un pays hors d'Europe.	Importés des entrepôts d'Europe.
Sirops et bonbons (88). — Fruits confits au sucre (88).					
— Des colonies et possessions françaises**).	100 kil. N.	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	—	60 <sup>r</sup> 00 <sup>c</sup>	—
Des pays étrangers. Biscuits sucrés (88 bis).	Idem.	Idem.	72 <sup>r</sup> 50 <sup>c</sup>	72 50	72 <sup>r</sup> 59 <sup>c</sup>
— Des colonies et possessions françaises**).	Idem.	Idem.	—	30 00	—
Des pays étrangers. Confitures (89).	Idem.	Idem.	40 00	40 00	40 00
Au sucre ou au miel***).					
Des colonies et possessions françaises**).	Idem.	Idem.	—	30 00	—
Des pays étrangers.	Idem.	Idem.	36 25	36 25	36 25
Sans sucre ni miel . . .	100 kil. B.	7 mai 1881.	8 00	8 00	11 60
Chocolat (91) . . . . .	100 kil. N.	7 mai 1881. 29. juill. 1884. 27 mai 1887.	98 40	98 40	102 00

\*) Voir la note \*) p. 149.

\*\*\*) Voir la note \*\*) p. 149.

\*\*\* La pâte sucrée et aromatisée, désignée dans les anciens tarifs sous la dénomination de sorbet, est assimilée aux confitures au sucre (Loi du 7 mai 1881).

### Tarif conventionnel. — Entrée.

Denrées Coloniales de consommation.	Unité sur laquelle portent les droits.	Titres de perception.	Droits (Décimes 4 p. % compris *)
Sucres (86):			
— En poudre, dont le rendement présumé au raffinage est de:			
98 p. 100 ou moins . . . . .		Voir le Tarif général.	
Plus de 98 p. 100 . . . . .	100 kil. N. (poids effectif).	31 octob. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	68 <sup>r</sup> 00 <sup>c</sup>
— Raffinés:			
Autres que candis . . . . .	Idem.	Idem.	68 00
Candis . . . . .	Idem.	Idem.	72 20

\*) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire résultant de la loi du 27 mai 1887.

Denrées coloniales de consommation.	Unité sur laquelle portent les droits.	Titres de perception	Droits (Décimes 4 p. % compris *).
Mélasses (87):			
— Pour la distillation . . . . .	Voir le Tarif général.		
Autres que pour la distillation, ayant en richesse saccharine absolue . . . . .			
50 p. 100 ou moins . . . . .	Idem.		
Plus de 50 p. 100 . . . . .	Idem.		
Sirops et bonbons (88) — Fruits confits au sucre (88 bis) . . . . .	100 kil. N.	19 juill. 1880. 31 oct. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	68 <sup>00</sup>
Biscuits sucrés (88 ter) . . . . .	Idem.	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 31 oct. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	37 75
Lait condensé ou concentré et farine lactée, additionnés de sucre dans la proportion de 50 p. 100 au plus . . . . .	Idem.	23 févr. 1882. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	32 00
Confitures (89):			
— Au sucre ou au miel et fruits sucrés en marmelade **) . . . . .	Idem.	19 déc. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	32 00
— Sans sucre ni miel . . . . .	100 kil. B.	19 déc. 1881.	8 00
Chocolat (91) . . . . .	100 kil. N.	6 févr. 1882. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	98 40

\*) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire résultant de la loi du 27 mai 1887.

\*\*) La pâte sucrée et aromatisée, désignée dans les anciens tarifs sous la dénomination de sorbet, est assimilée aux confitures au sucre.

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

**Tarif des sucres employés au sucrage des vins, cidres et poirés.**  
(Décimes et 4 p. ‰.)

Dentrées coloniales de Consommation.	Titres de perception.	Droit pour l'emploi au sucrage. (Sans distinction entre le tarif général et le tarif conventionnel.)		Surtaxes applicables.		
		Unité de perception.	Quotité en droit**)	Unité de perception.	En tarif général.	En tarif con- ventionnel.
Sucres déclarés pour le sucrage à l'ar- rivée des colonies ou de l'étranger ou à la sortie d'en- trepôt.						
Des colonies et pos- sessions françai- ses*).						
— En poudre (y compris les poudres blan- ches) d'après le rendement présumé au raffinage.	Lois du 29 juil- let 1884, art. 2 et 10, et du 27 mai 1887, art. 1 <sup>er</sup>	100 kil. N. (de sucre raf- finé).	24 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup>	—	—	—
— Raffinés et can- dis . . . . .	Idem.	100 kil. N. (poids effec- tif).	24 00	—	—	—
Étrangers:						
— En poudre dont le rendement présumé au raffinage est de:						
98 degrés ou moins:						
Importés directe- ment des pays hors d'Europe.	Idem.	100 kil. N. (de sucre raf- finé).	24 00	—	—	—
Importés des pays ou des entrepôts d'Europe.	Lois du 29 juil- let 1884, art. 2 et 10, et du 28 mai 1887, art. 1 <sup>er</sup>	Idem.	24 00	100 kil. N. (poids effectif)	7 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup>	7 <sup>f</sup> 00 <sup>c</sup>
Plus de 98 degrés:						
De toute prove- nance.	Lois du 29 juil- let 1884, art. 1 et 2; du 19 juillet 1880, art. 16. Trai- té du 31 oc- tobre 1881 et loi du 27 mai 1887, art. 1 <sup>er</sup> .	100 kil. N. (poids effec- tif).	24 00	Idem.	Candi, 13 <sup>f</sup> 50 <sup>c</sup> Raffiné, 12 <sup>f</sup> 50 <sup>c</sup>	8 00

\*) Voir le renvoi \*\*), p. 149.

\*\*\*) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire de 20 p. ‰ résultant de la loi du 27 mai 1887.

Denrées coloniales de Consommation.	Titres de perception.	Droit pour l'emploi au sucrage. (Sans distinction entre le tarif général et le tarif conventionnel.)		Surtaxes applicables.		
		Unité de perception.	Quantité de droit.*)	Unité de perception.	En tarif général.	En tarif con- ventionnel.
Sucres étrangers dé- clarés pour le su- crage: Raffinés (de toute provenance).	Lois du 29 juil- let 1884; du 19 juillet 1880; traité du 31 oc- tobre 1881; loi du 27 mai 1887.	100 kil. N. (poids effectif).	24 <sup>r</sup> 00 <sup>c</sup>	100 kil. N. (poids effectif)	Candi, 13 <sup>r</sup> 50 <sup>c</sup> Raffiné, 12 <sup>r</sup> 50 <sup>c</sup>	8 <sup>r</sup> 00 <sup>c</sup>
Sucres raffinés et candis provenant des établissements libres, déclarés pour le sucrage en vue de l'apurement des obligations d' admission tempo- raire. (2)	Loi du 29 juil- let, art. 2; décret du 22 juillet 1885, art. 10, et loi du 27 mai 1887, art. 1 <sup>er</sup>	Idem.	24 00	—	—	—

(1) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire de 20 p. % résultant de la loi du 27 mai 1887.

(2) Les sucres raffinés dans les établissements libres ne peuvent être déclarés pour le sucrage que dans les bureaux désignés pour les déclarations d'exportation des sucres raffinés destinés à la décharge des admissions temporaires. (Voir le no. 226 des „Observations préliminaires“).

## Titre II. — Régime intérieur des Sucres.

1. Tarif. || L'impôt sur le sucre indigène est de 50 francs par 100 kilogrammes de sucre raffiné et de 53 fr. 50 par 100 kilogrammes de sucre candi. Une loi du 27 mai 1887 a établi, à titre temporaire, une surtaxe de 20 p. % || Le droit est réduit à 20 francs (24 francs avec la surtaxe) pour les sucres employés au sucrage des vins et des cidres. || 2. Assiette de l'impôt. || Rendement légal des betteraves. Prise en charge imposable. — La quantité de sucre passible de l'impôt est déterminée, pour chaque fabrique, d'après le poids des betteraves mises en oeuvre. || Pour la campagne 1887-1888, le taux du rendement légal des betteraves est de 7 kilogrammes de sucre raffiné par 100 kilogrammes de betteraves. Pour les campagnes suivantes, il sera successivement porté à 7,25, 7,50 et 7,75 p. % || Au fur et à mesure de la mise en oeuvre des betteraves, le compte de fabricant est chargé de la quantité de sucre correspondante.

Modes d'apurement de la prise en charge. — Ce compte s'apure:

1. Par le payement des droits ou la soumission d'une obligation d'admission



Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

temporaire\*) en ce qui concerne les quantités expédiées à toute destination autre qu'une fabrique, une sucraterie, un entrepôt réel ou l'étranger. || 2. Par l'enlèvement, en suspension du paiement des droits, sous la garantie d'un acquit-à-caution, à destination, d'une autre fabrique, d'une sucraterie ou d'un entrepôt réel, établissements dans lesquels ces produits sont pris en charge pour une quantité de sucre raffiné égale à celle dont le compte de l'expéditeur aura été déchargé; || 3. Par l'exportation directe, sous la garantie d'un acquit-à-caution; || 4. Enfin par l'envoi de mélasses épuisées à destination d'autres fabriques ou de sucrateries et, dans certains cas, à destination des distilleries ou de l'étranger. || Les sucres dirigés sur un entrepôt réel acquittent les droits ou sont placés sous le régime de l'admission temporaire lorsqu'ils sont retirés de cet entrepôt pour entrer dans la consommation.

Excédents de rendement. — Les sucres obtenus dans les fabriques en sus du rendement légal sont affranchis du droit de 50 francs par 100 kilogrammes. Ils sont passibles d'une taxe spéciale de 10 francs per 100 kilogrammes établie, à titre temporaire, en même temps que la surtaxe de 20 p. % sur les sucres imposables.

Produits dont la sortie des fabriques est autorisée. — Les seuls produits dont la sortie des fabriques soit autorisée sont les sucres achevés et les mélasses épuisées.

1. Sucres achevés. Évaluation des sucres bruts en raffinés. — Les sucres achevés en poudre sont imposés ou pris en charge pour l'application du régime de l'admission temporaire, d'après leur rendement présumé au raffinage, sous déduction de  $1\frac{1}{2}$  p. 100 de ce rendement. Ils ne peuvent être frappés des droits ou reçus en admission temporaire pour un rendement supérieur à 98 p. 100, ni pour un rendement inférieur à 65 p. 100, le déchet de  $1\frac{1}{2}$  p. 100 non compris. || Le rendement présumé au raffinage est établi sans fraction de degré, au moyen de l'analyse polarimétrique, avec réfaction des cendres au coefficient 4 et de la glucose au coefficient 2.

2. Mélasses épuisées. Destinations qu'elles peuvent recevoir. Décharge à laquelle elles peuvent donner lieu. — Les mélasses ne peuvent,

\*) L'obligation d'admission temporaire est l'engagement pris par le redevable d'exporter ou de placer en entrepôt, dans le délai de deux mois, une quantité de sucres candis, de sucres raffinés ou de sucres en poudre correspondant aux quantités de sucres bruts soumissionnées.

Le régime de l'admission temporaire a été substitué au drawback, pour les sucres indigènes comme pour les sucres exotiques coloniaux, par la loi du 7 mai 1864. En aucun cas les droits ne sont restitués à la sortie du territoire.

Les exportations peuvent se faire sous deux régimes:

1. En franchise des droits, lorsqu'il s'agit de sucres imposables expédiés directement d'un établissement exercé;

2. Avec imputation à la décharge des comptes d'admission temporaire, lorsqu'il s'agit de sucres déjà libérés d'impôt ou qui en sont affranchis à titre d'excédents de rendement.

être expédiées des fabriques qu'à destination: 1. d'autres fabriques; 2. d'établissements spéciaux (sucrateries) où on les travaille en vue de l'extraction du sucre qu'elles renferment; 3. de l'étranger; 4. des distilleries. || Les mélasses à destination des fabriques ou des sucrateries sont déchargées pour la quantité de sucre raffiné qu'elles représentent, d'après la déclaration de l'expéditeur, sans que cette déclaration puisse être inférieure à 14 p. 100. || Les mélasses à destination de l'étranger ou des distilleries ne donnent lieu à une décharge que si le fabricant expéditeur a renoncé à faire usage du procédé l'osmose et si les mélasses expédiées ont une richesse absolue de 44 p. 100 au moins. Le taux de cette décharge est de 14 kilogrammes de sucre raffiné par 100 kilogrammes de mélasses.

3. Modes d'acquittement des droits. || Acquittement en numéraire et en traites. — Les droits sur les sucres sont acquittés, soit au comptant sans escompte, soit au moyen de traites à échéance de quatre mois, avec paiement d'un intérêt de 3 p. % l'an. La taxe spéciale de 10 francs sur les excédents est acquittée au comptant à la sortie des fabriques.

Apurement des comptes d'admission temporaire. — Les obligations d'admission temporaire s'apurent, pour les sucres indigènes comme pour les sucres coloniaux ou exotiques, par l'exportation ou la mise en entrepôt d'une quantité correspondante de sucres candis, de raffinés ou de sucres en poudre évalués en raffinés; à défaut de justifications d'exportation ou de mise en entrepôt dans le délai de deux mois, le droit est perçu en numéraire, avec paiement d'un intérêt de 3 p. %.

4. Dispositions réglementaires. || Exercice des fabriques, des râperies, des sucrateries et des entrepôts réels. — Formalités à la circulation. — L'application des dispositions qui précèdent est assurée par l'exercice des fabriques, des râperies annexes, des sucrateries et des entrepôts. Dans les fabriques, dans les râperies et dans les sucrateries, cet exercice est permanent de jour et de nuit pendant toute la durée des travaux. || Dans les fabriques et dans les râperies, les agents des Contributions indirectes procèdent au pesage des betteraves, qui s'effectue au moyen d'appareils remplissant les conditions exigées par l'Administration et agréés par elle. Ils contrôlent les résultats des pesées par la reconnaissance de la densité des betteraves, par l'analyse des jus, par le nombre de diffuseurs chargés, par les quantités de masses cuites obtenues en premier jet, enfin par le rendement des masses cuites en sucre et en sirop de deuxième jet. || Dans les fabriques et dans les sucrateries, ils vérifient les chargements à l'arrivée et au départ et prélèvent des échantillons sur les produits expédiés. Ils vérifient également les quantités de sucre extraites des turbines, et qui sont placées dans un magasin dont ils ont la clé. Enfin ils procèdent à des recensements de magasins et à des inventaires généraux. || Dans les entrepôts ils vérifient les chargements à l'entrée et à la sortie. || Dans tous les arrondissements où il existe une fabrique de sucre et dans les communes limitrophes de ces arrondissements, les chargements de

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

sucres ne peuvent circuler sans être accompagnés d'un titre de mouvement (acquit-à-caution ou laissez-passer).

Analyses.—Laboratoires. Les analyses de betteraves, de sucres et de mélasses sont faites dans des laboratoires situés à Paris et dans les principaux centres de la région sucrière.

## 2. Deutschland.

	Par 100 kilogr.
<b>1. Droits d'importation sur les sucres.</b>	
(A). — <i>En vigueur actuellement et jusqu'au 1<sup>er</sup> juillet 1888.</i>	
1. Les sucres raffinés de toute espèce, ainsi que les sucres correspondant aux échantillons à déposer dans les entrepôts officiellement désignés selon le besoin par ordre du Conseil fédéral, et à classer d'après le type hollandais no. 19 et en dessus . . . . .	30 00
2. Les sucres bruts, autres que ceux ci-dessus désignés (sous le no. 1) . . . . .	24 00
3. Sirops . . . . . Sont soumises au droit d'importation, comme au no. 2 ci-dessus, les solutions de sucre constatées telles après l'examen.	15 00
4. Les mélasses admises sous contrôle pour la fabrication de l'eau-de-vie . . . . .	Libre.
(B). — <i>A partir du 1<sup>er</sup> août 1888.</i>	
1. Sirops et mélasses . . . . .	15 00
2. Autres sucres de toutes espèces . . . . .	30 00
<b>II. Droits sur les sucres indigènes.</b>	
(A). — <i>En vigueur actuellement et jusqu'au 1. juillet 1888.</i>	
Le sucre de betterave seul est soumis à ce droit. La taxe sur le sucre de betterave est réglée d'après le poids des betteraves brutes destinés à la fabrication du sucre, soit . . . . .	1 70
Le drawback à l'exportation s'élève:	
1. Pour les sucres bruts d'une polarisation d'au moins 90 p. 100, et pour les sucres raffinés d'une polarisation au-dessous de 98, mais atteignant 90 p. 100 ou plus, à . . . . .	17 25
2. Pour le sucre candi et les sucres blancs, pleins et durs, en pains, blocs, tablettes, cubes, ou bagnettes, ou cassés en présence de l'autorité douanière, et pour d'autres sucres à désigner par le Conseil Fédéral, d'une polarisation atteignant au moins 99 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> p. 100, à . . . . .	21 50
3. Pour tous les autres sucres durs, ainsi que pour les sucres blancs et secs (ne contenant pas plus de 1 p. 100 d'eau), en forme de cristaux, de cassonade et de farine, et d'une polarisation de 98 p. 100 au moins, à moins qu'ils n'aient droit au drawback ci-dessus désigné (sous le no. 2) à . . . . .	20 15
(B). — <i>A partir du 1<sup>er</sup> août 1888.</i>	
Le droit sur la betterave sera perçu à partir du 1 <sup>er</sup> août 1888:	
1. comme „impôt sur la matière première“, selon le poids des betteraves destinées à la fabrication du sucre, soit 80 pf. par 100 kilogr. de betteraves.	

En sus:

2. Une „taxe de consommation“, basée sur le poids de sucres destinés à la consommation intérieure, s'élevant à 12 marks par 100 kilogr. de sucre de betterave indigène de toutes espèces.

Le résidu seul (sirop, mélasse) est exempt de cette taxe. Toutefois le Conseil fédéral est autorisé à imposer le droit de consommation, en entier ou réduit, aux résidus qui, par leurs qualités inhérentes ou celles qu'ils auraient acquises par une préparation ultérieure, pourraient se prêter à la fabrication d'un article supérieur (*höherer Genusszweck*). Il est autorisé à prendre les mesures nécessaires pour en assurer le paiement.

Les sucres présentés à l'exportation ne seront pas frappés de la taxe de consommation.

Lorsque les sucres sont présentés à l'exportation, la restitution du droit sur la betterave s'opère comme suit:

	Par 100 kilogr.	Mks. pf.
1. Pour les sucres bruts, d'un rendement de 90 p. 100 au moins, et pour les sucres raffinés d'un rendement de moins de 98, mais atteignant 90 p. 100 ou plus . . . . .		8 50
2. Pour le sucre candi et les sucres blancs, pleins et durs, en pains, blocs, tablettes, cubes, ou baguettes, ou cassés en présence de l'autorité douanière, et pour d'autres sucres à désigner par le Conseil fédéral, d'un rendement de 99 $\frac{1}{2}$ p. 100 au moins . . . . .		10 65
Pour tous les autres sucres durs, ainsi que pour les sucres blancs et secs (ne contenant pas plus de 1 p. 100 d'eau), en forme de cristaux, de cassonade et de farine et d'un rendement d'au moins 98 p. 100, à moins qu'ils n'aient droit au drawback ci-dessus désigné (sous le no. 2) . . . . .		10 00

### 3. Oesterreich-Ungarn.

L'accise sur le sucre de betterave, est perçue d'après les lois du 27 juin 1878 et du 18 juin 1880 sur le poids de la betterave. Mais le poids ne se constate pas à la balance : il est calculé sur la capacité productrice des vaisseaux (récipients) et sur la durée du temps pendant lequel ils sont en fonction.

|| Toutes les fabriques de sucre pour lesquelles une somme *aversionale* a été fixée de cette manière sont en même temps responsables d'une certaine somme fixe envers l'État — dans laquelle les droits d'entrée sur les sucres étrangers sont comptés — dans la même proportion dans laquelle elles ont été taxées à l'impôt pour la même année d'exploitation (du 1<sup>er</sup> août au 31 juillet). ||

Depuis le 1<sup>er</sup> août 1880 l'impôt est perçu à raison de 80 kr. les 100 kilogr. de betterave fraîche, et de 4 fl. les 100 kilogr. de betterave séchée. || Dans les fabriques où l'on fait usage du procédé de la diffusion, la production quotidienne est taxée pour les vaisseaux réunis dans des „batteries“ d'après: ||

1. La quantité de betteraves qui par moyenne peut entrer dans un hectolitre de capacité (quotient de chargement); || 2. Le nombre des remplissages par jour. || Le quotient de chargement est fixé par le Ministère de campagne en campagne.

Dans celle de 1887—88, il est, pour chaque hectolitre de capacité de ces batteries et pour chaque remplissage en betteraves fraîches, fixé:

|| a) A 66 kilogrammes dans les batteries de 9 à 11 vaisseaux de diffusion;

|| b) A 82.5 kilogrammes pour les batteries de moins de 9 ou de plus de 11 récipients. || On compte 50 chargements au moins par jour pour chaque réci-

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

piant. || Cependant le fabricant peut déclarer un plus grand nombre de charge-  
ments. || Afin d'en constater le véritable nombre, on se sert de compteurs  
vérifiés. || Dans les récipients qui ne seraient pas réunis dans une batterie, les  
betteraves seraient pesées; mais cette manière d'exploitation ne se rencontre  
pas jusqu'ici. || Dans les appareils à pression, la production quotidienne est  
taxée d'après le poids des pulpes que la presse est capable de produire et  
d'après le nombre des chargements quotidiens. Les chiffres devant servir de  
base à ces calculs sont fixés également pour chaque campagne. || La somme  
qui doit être couverte par le produit de l'impôt sur la fabrication du sucre  
de betterave et par les droits d'entrée sur les sucres étrangers est de  
12,800,000 florins pour la période du 1<sup>er</sup> août 1887 au 31 juillet 1888. ||  
Depuis le 1<sup>er</sup> octobre 1880, la restitution à l'exportation des droits d'entrée  
et d'accise est fixée: || a) A 8 fl. 40 kr. pour 100 kilogrammes de sucre d'une  
polarisation de 88° à 92° p. 100. || b) A 9 fl. 40 kr. pour 100 kilogrammes  
de sucre d'une polarisation de 92° à 99° p. 100. || c) A 11 fl. 55 kr. pour  
100 kilogrammes de sucre d'une polarisation de 99° et plus. || En outre, dans  
les pays de la Couronne hongroise, le sucre est assujéti à un droit de con-  
sommation de 4 fl. pour le quintal métrique. Ce droit n'est perçu que dans  
le commerce de détail et à la consommation particulière, ou bien à l'octroi  
dans les villes fermées. Mais comme il n'y a pour cette taxe aucune diffé-  
rence entre le sucre étranger et celui du pays, et qu'elle n'est pas restituée  
à l'exportation, elle ne saurait avoir aucune influence sur les questions sou-  
mises à la Conférence.

#### 4. Belgien.

Sucres étrangers. || Les sucres importés de l'étranger sont rangés en  
deux catégories distinctes. Les uns sont assujéti à des droits d'entrée; les  
autres, exempts de ces droits, sont soumis à des droits d'accise.

Sucres soumis à des droits d'entrée.		Les 100 kil.
Sucres raffinés.		
— Candis:		
1 <sup>re</sup> classe . . . . .		60 <sup>f</sup> 33 <sup>e</sup>
2 <sup>e</sup> classe . . . . .		54 70
En pain . . . . .		51 13
Sucres dits poudres blanches et autres produits similaires mentionnés au tarif des douanes . . . . .		51 13
Sucres bruts de betterave au delà du no. 18 . . . . .		51 13
Autres sucres bruts . . . . .		Libres.
Sirops et mélasses:		
— Mélasses incristallisables provenant de la fabrication ou du raffinage du sucre, ayant moins de 50 p. 100 de richesse saccharine . . . . .		18 00
Sirops et mélasses importés pour la distillation . . . . .		Libres.

Ces sucres peuvent être déclarés: || a) Pour la consommation, avec paye-  
ment des droits au comptant; || b) Sur entrepôt.

Sucres assujettis à des droits d'accise.		Les 100 kil.
Sucres bruts:		
De canne au-dessus du no. 18 . . . . .		51 <sup>r</sup> 13 <sup>c</sup>
De canne ou de betterave:		
1 <sup>re</sup> classe, du no. 15 au no. 18 inclus . . . . .		48 07
2 <sup>e</sup>	— 10 — 15 exclus . . . . .	45 00
3 <sup>e</sup>	— 7 — 10 — . . . . .	40 91
4 <sup>e</sup> classe, au-dessous du no. 7 — . . . . .		34 26

Ces sucres peuvent être déclarés: || a) Pour la consommation, au comptant ou sous termes de crédit pour l'accise; || b) Sur entrepôt. || Le sucre brut de betterave étranger ne peut être déclaré en consommation à termes de crédit que sur un compte de négociant. || Il est perçu, à titre de surtaxe, 15 p. % du montant des droits d'entrée ou de l'accise sur les sucres raffinés, les vergoises et les sucres bruts de canne et de betterave étrangers.

Sucres de betterave indigènes. || L'impôt a pour base le volume et la densité des jus de betterave. || Les charges en sucre brut sont calculées à raison de 1,500 grammes par 100 litres de jus et par degré de densité. || Indépendamment de la prise en charge ordinaire de 1,500 grammes, les fabricants sont soumis à une prise en charge supplémentaire de 6 ou de 8 p. % selon qu'ils emploient le procédé de l'osmose ou celui de la séparation pour retirer les sucres des mélasses provenant de leur fabrication. || La loi impose aux fabricants les obligations les plus rigoureuses quant à l'installation des ustensiles, pour que la totalité du jus produit passe par les vaisseaux mesureurs. || Chacun de ces vaisseaux, destinés à constater le volume des jus servant à la prise en charge, est muni d'un compteur mécanique marquant le nombre des chargements et d'un appareil qui emmagasine à chaque opération une quantité constante de jus destinée à permettre le contrôle des densités. || Préalablement à tout travail, les fabricants doivent fournir un cautionnement pour garantir le paiement des droits d'accise éventuellement dus sur les prises en charge inscrites à leur compte. || Le taux de l'accise sur le sucre brut de betterave indigène est fixé à 45 francs par 100 kilogrammes, correspondant au droit dont est passible le sucre brut étranger de la deuxième classe. || Le fabricant est tenu, le 15 de chaque mois au plus tard, de déclarer le sucre brut inscrit à son compte pendant le mois précédent, savoir: || 1. En consommation: || a) Au comptant; || c) Sur un compte de crédit à termes. || 2. Sur entrepôt fictif ou sur entrepôt public, régime d'entrepôt fictif.

Surveillance. Pendant toute la durée des travaux, un poste composé d'un chef de service et de quatre employés au moins (dont deux sont toujours en permanence) surveille chaque fabrique de sucre; le chef de service y fait de nombreuses visites. Ces agents, qu'on laisse à peine deux mois dans la même fabrique, sont contrôlés par les sections ordinaires d'accise, les sections ambulantes, le



contrôleur de la division, l'Inspecteur provincial et par un service spécial d'inspection attaché à l'Administration centrale.

Dispositions communes aux sucres étrangers et au sucre indigène. || Un compte de crédit à termes, pour le paiement de l'accise, peut être ouvert: || a) Aux négociants en sucres bruts; || b) Aux raffineurs et aux fabricants raffineurs. || Les prises en charge inscrites aux comptes de crédits à termes sont toujours garanties par un cautionnement. || Les termes de crédit des négociants sont divisés en deux ou en trois termes, de trois en trois mois. || Les raffineurs et les fabricants raffineurs jouissent d'un seul terme de crédit de six mois, réductible à quatre mois. || Les comptes de crédit à termes sont débités des quantités de sucre provenant d'importation, de sorties d'entrepôt ou des fabriques. || Ils sont crédités: || Pour les négociants, par paiement des termes échus; || Pour les raffineurs et les fabricants raffineurs: || 1. Par paiement des termes échus; || 2. Par exportation des sucres raffinés et des sucres bruts de betterave indigènes, avec décharge de l'accise; || 3. Par dépôt des sucres raffinés et des sucres bruts de betterave indigènes dans les entrepôts publics.

La décharge de l'accise à l'exportation est fixée comme il suit:

	Les	
	100 kil.	
	fr.	c.
Sucres raffinés:		
— Candis:		
1 <sup>re</sup> classe . . . . .	60	33
2 <sup>e</sup> classe . . . . .	54	70
3 <sup>e</sup> classe . . . . .	45	00
— En pains . . . . .	51	13
Sucres bruts indigènes non humides:		
— No. 11 et au-dessus . . . . .	45	00
— No. 8 et no. 11 exclusivement . . . . .	40	91

Le décharge du droit d'accise est accordée, en cas d'exportation, sur le sucre contenu: || a) Dans les chocolats; || b) Dans les pralines, dragées et autres sucreries; || c) Dans les confitures et les conserves; || d) Dans les bonbons et biscuits. || Le taux de la décharge applicable aux quantités de sucre contenues dans ces produits exportés est celui qui est applicable à l'exportation avec décharge de l'accise du sucre raffiné en pains.

Minimum de Recette. Le produit de l'accise et des droits d'entrée sur les sucres est fixé au minimum à 1,500,000 francs par trimestre. || Ce minimum de recette est établi chaque année en prenant pour base la moyenne de la consommation de trois années consécutives; si cette moyenne est supérieure à 16,860,000 kilogrammes de sucre, le minimum est augmenté de 50,000 francs par quantité de 500,000 kilogrammes formant l'excédent. || Quand le minimum n'est pas atteint à la fin d'un trimestre, la somme composant le déficit est répartie au marc le franc des termes ou fractions de termes de crédits ouverts et non échus au dernier jour du trimestre aux comptes des raffineurs, des



fabricants-raffineurs et des fabricants de produits sucrés. || Lorsque le déficit constaté dans les recettes à la fin d'un trimestre n'est pas couvert par la répartition, le minimum de recette du trimestre suivant est augmenté de la somme qui manque, et ainsi de suite, de trimestre en trimestre, jusqu'à ce que l'intégralité du déficit soit recouvré. Dans ce cas il est fait au profit du Trésor, sur le taux des décharges à l'exportation ou au dépôt en entrepôt des sucres, des retenues calculées à 50 centimes par 100,000 francs de déficit constaté. || Si, à l'expiration d'un trimestre, les recettes des droits sur les sucres dépassent le minimum légal de la recette trimestrielle, l'excédent vient en déduction du minimum à percevoir pour le trimestre suivant, et ainsi de suite jusqu'à la fin d'une même campagne.

### 5. Brasilien.

Ges. in Paris an Präsident der Zuckerkonferenz. — Brasilien  
Zuckerpolitik.

Paris, le 3 décembre 1887.

Monsieur le Président, || Une maladie qui me retient encore à la maison m'a empêché d'assister aux séances de la „Conference Internationale sur le Régime des sucres“, mais non pas de suivre avec toute attention et le plus grand intérêt les travaux de la Conférence. Je vous prie en conséquence, Monsieur le Président, de vouloir bien m'excuser auprès de nos collègues. || Ne pouvant pas être présent, je désire au moins vous donner quelques renseignements au sujet du régime des sucres au Brésil. || L'industrie des sucres est au Brésil une des plus anciennes, et en importance elle vient immédiatement après celle du café, ce qui n'est pas peu dire. || Elle tire sa matière première absolument de l'agriculture du propre pays. Cette matière première est uniquement la „canne à sucre“. Par sa large culture de la canne à sucre et par la grande supériorité économique de la canne sur la betterave, le Brésil est un pays grand exportateur de sucre. || La grande distance qui nous sépare des autres pays producteurs de la matière première nous dispense entièrement de prendre des mesures protectionnistes en faveur de notre industrie sucrière, vu qu'il n'y a pas à craindre la compétition de l'importation étrangère, ni pour la matière première, ni pour les bas produits pour être bénéficiés. De ce chef donc nos Tarifs Douaniers ne risquent absolument rien à être, comme ils le sont, largement libéraux, et nous n'avions pas besoin du „drawback“, soit pour protéger notre fabrication de sucre, soit pour garantir nos raffineries. || Cet état de choses nous dispense aussi de toute mesure pour protéger l'industrie sucrière au pays par rapport à la concurrence étrangère, la compétition de la matière première étrangère et des bas produits étrangers étant écartée par le propre fait du fret à payer. Nous avons bien des concessions de garantie d'intérêts sur les capitaux engagés dans des usines centrales à sucre, mais c'est seulement dans l'idée d'améliorer la production et de permettre l'évolution

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

naturelle du problème économique qui consiste, pour l'industrie des sucres, à séparer la culture de la matière première de la fabrication du produit. || Cette situation privilégiée pourrait nous conduire à créer des difficultés à l'importation du produit fini qui pourrait venir dans le pays faire concurrence au produit indigène. Là encore, notre tarif douanier est très libéral; nos droits d'importation de sucre sont exclusivement fiscaux, et ils sont tout ce qu'il peut y avoir de plus modéré. || En un mot: libéraux à l'entrée de la matière première et des bas produits, nous sommes également libéraux à l'entrée des produits finis. Nous serions bien heureux si nous étions payés de retour; mais c'est ce qui ne nous arrive pas; bien des pays, pour protéger une situation tout à fait artificielle en matière d'industrie sucrère, ont forcé les droits d'entrée ont établi des primes, ont inauguré le „drawback“ et dernièrement j'ai même vu assimiler les bas produits étrangers aux sucres raffinés importés. || Je suis de ceux qui entendent qu'en matière de production à l'industrie chaque pays est maître chez lui: je ne les critique donc pas, mais aussi je n'ai aucun espoir que notre Conférence puisse aboutir à un résultat pratique. Ce sera un bel et noble effort tenté per l'Angleterre et que j'accompagne de mes meilleurs voeux; mais ce sera un effort inutile: la Conférence discutera largement toutes ces questions, les meilleurs voeux y seront exprimés, les promesses les plus séduisantes y seront faites; mais tout restera en l'état, c'est-à-dire, chaque pays, en matière de protection à l'industrie indigène des sucres, continuera à agir suivant ses propres idées économiques dans la matière, et, qui plus est, suivant les besoins généraux de son budget. Ce sera toujours la lutte du libre échange contre le protectionnisme, lutte qui ne pourra jamais trouver sa fin dans aucune Conférence.

Fernandes Pinheiro.

## 6. Dänemark.

Les droits d'importation imposés sur le sucre, la mélasse et le sirop se payent d'après les taxes ci-après, qui, par suite de la circonstance que le tarif des douanes n'a pas encore été révisé, sont indiquées dans la monnaie qui avait cours jusqu'en janvier 1875.

	Par Livre.	
	Ore.	
1. Sucre candi, sucre en pains, entiers ou en morceaux, sucre en briques, en tablettes ou autres formes semblables, sans égard à la couleur, sucre blanc et en poudre, plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 18 . . . . .	6.5	13,542
2. Autre sucre en poudre plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 9. . . . .	4.5	9,375
3. Autre sucre en poudre pas plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 9, sucre dissous et autre sucre liquide, en outre sirop blanc . . . . .	4.1	8,542
4. Mélasse et sirop brun ordinaire . . . . .	2.3	4,792

Relativement aux droits sur la fabrication du sucre de betterave indigène, fabrication qui se fait sous la surveillance de la douane, on paye: || a) Pour chaque livre de sucre fabriqué qui est plus foncé que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 19, la même somme qui, d'après les tarifs des douanes en vigueur en tout temps, est payée à l'entrée pour chaque livre de sucre étranger importé dans le pays correspondant aux échantillons-types d'Amsterdam n°s 10-18, avec une déduction de 8 p. ‰, soit 8,625 ore par livre; || b) Pour le sucre qui correspond à l'échantillon-type d'Amsterdam n° 19 ou est plus clair que ce dernier, de même que pour le sucre candi, le sucre en pains entiers ou en morceaux, le sucre en briques, en tablettes ou autres formes semblables, le même droit établi de manière que 7 livres d'un pareil sucre fabriqué équivalent à 8 livres du sucre mentionné sous (a), soit 9,857 ore par livre.

Drawbacks. — Le sucre de betterave de fabrication indigène s'exporte soit directement sans que l'expéditeur ait à payer des droits, soit en remboursant à ce dernier les droits s'ils ont été acquittés. D'après une disposition de loi en vigueur depuis le 1<sup>er</sup> avril 1887 jusqu'au 31 mars 1888, mais qui cessera depuis lors, on paye en outre 3/4 ore par livre de sucre exporté plus foncé que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 19.

Primes à l'exportation. — En vertu d'une disposition administrative on paye pour le sucre et le sirop qui sont exportés les primes suivantes: || a) Pour le sucre candi, de même que pour le sucre en pains entiers ou en morceaux, le sucre en briques, en tablettes ou autres formes semblables, sans égard à la couleur, et le sucre blanc en poudre plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 18, 102 kr. 60 ore par 1,000 livres; || b) Et pour le sirop, 47 kr. 92 ore par 1,000 livres.

## 7. Spanien.

Sucres des Provinces d'outre-mer. || 1) Les sucres produits à Cuba, à Porto-Rico, aux Philippines et aux autres îles placées sous la dépendance du Gouvernement général de cet archipel sont admis en franchise de droits de douane, quand ils sont importés directement en Espagne sous pavillon espagnol. || 2. Les sucres de Cuba et Porto-Rico, importés sous pavillon étranger, sont soumis aux droits ci-après:

	100 kilogr.
	Pes. c.
a) Sucres n'excédant pas le n° 14 du type néerlandais . . . . .	8 75
b) Sucres supérieurs au n° 14 . . . . .	17 50

Les sucres produits aux Philippines et provenant de ces îles sont assujettis au paiement du cinquième du droit auquel sont soumis ceux de Cuba et Porto-Rico. || La preuve du numéro des sucres importés sous pavillon étranger

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

se fait à la douane au moyen d'une simple comparaison de la couleur des échantillons avec le type officiel n° 14 de l'échelle néerlandaise. || 3. Les sucres des Provinces espagnoles d'outre-mer payent à leur importation en Espagne un droit transitoire de 8.80 pesetas par 100 kilogrammes et un impôt municipal aussi de 8.80 pesetas par 100 kilogrammes.

Sucres fabriqués en Espagne. || Les sucres de fabrication espagnole sont assujettis au paiement d'un impôt de consommation équivalent à la somme du droit transitoire et de l'impôt municipal imposés sur les sucres des Provinces d'outremer, soit 17.60 pesetas par 100 kilogrammes. || Cet impôt est payé directement par les fabricants afin que la circulation de ces sucres, de même que celle de tous les autres, soit libre à l'intérieur du Royaume. || Les sucres élaborés aux îles Canaries sont admis en franchise dans les ports d'Espagne, en prouvant, au moyen d'un certificat expédié par le Délégué des finances de cette province, qu'ils ont payé le droit transitoire et l'impôt municipal.

Sucres étrangers. Les sucres étrangers sont soumis aux droits de douane suivants:

	100 kilogr.
	Pes. c.
a) Ceux des pays soumis au tarif général . . . . .	32 25
b) Ceux des pays ayant droit au tarif conventionnel . . . . .	30 80
Tous les sucres étrangers payent en outre:	
Droit transitoire . . . . .	13 50
Impôt municipal . . . . .	13 50

Sirops et mélasses. || Les sirops (mieles de caña) des Provinces espagnoles d'outre-mer sont admis en franchise de droits. || Pour l'application du droit transitoire et de l'impôt municipal aux sucres obtenus des sirops par les fabricants de la Péninsule, les administrations des douanes envoient à celles des finances une note des importations des sirops en y indiquant le nom de la personne ayant fait la déclaration en douane et la quantité importée. Elles doivent envoyer, en même temps, un échantillon cacheté de chacun des envois ou consignations séparés (partidas). || Les sirops et mélasses étrangers provenant des bays soumis au tarif général payent un droit de 5 pes. 60 c. pour 100 kilogrammes, et ceux provenant des pays ayant droit au tarif conventionnel de 5 pes. 25 c. par 100 kilogrammes.

Primes à l'exportation et drawbacks. || Les exportateurs pour l'étranger des sucres raffinés en Espagne peuvent opter entre une prime de 17 pes. 39 c. pour 100 kilogrammes et la restitution des taxes perçues sous les noms de droit transitoire et impôt municipal. || Les sucres des Antilles espagnoles et des Philippines, inférieurs au no. 14 de l'échelle néerlandaise, introduits en Espagne pour y être raffinés, ont droit, à l'exportation, à la restitution du droit transitoire et de l'impôt municipal. Pour calculer ces taxes l'on augmente de 20 p. 100 le poids du sucre exporté, en équivalence des déchets.

### 8. Italien.

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

La classification fiscale des sucres est réglée, en Italie, d'après le système des types. Le numéro 20 de l'échelle néerlandaise sépare la première classe de la deuxième. || Le sucres de la première classe, c'est-à-dire ceux qui ont une blancheur supérieure au type numéro 20, sont assujettis à un droit de 78 lire 50; ceux de la seconde classe à un droit de 65 lire 25, de sorte que les 13 lire 25 de différence sont en compensation du raffinage. || Il n'y a en Italie que six raffineries d'une grande importance, dont deux à Sampierdarena, près de Gênes, et les quatre autres à Aivarolo Ligure, à San Martino, près de Vérone, à Sinigaglia et à Ancône respectivement. La production de ces usines varie entre un maximum de 160,000 kilogrammes et un minimum de 40,000 kilogrammes de sucre raffiné par jour. || L'importation en Italie des sucres étrangers est en moyenne de 80,000,000 kilogrammes, dont 70,000 kilogrammes ou un peu plus de sucre raffiné.

Fabriques de sucres indigènes. || En Italie aussi on fabrique du sucre de betterave; mais cette industrie n'a pris qu'un développement modeste. La production annuelle est en moyenne de 150,000 kilogrammes, dont la totalité, ou peut s'en faut, provient de deux fabriques, l'une à Rieti (Pérouse) et l'autre à San Martino, près de Vérone. Ce sucre est assujetti à l'accise imposée par la loi du 27 août 1883, no. 1583 (texte unique), qui est perçue de l'une des deux manières, au choix des fabricants, c'est-à-dire sur le produit réel ou bien sur la densité des jus purifiés avec une prise en charge de 1,500 grammes de sucre de seconde classe pour chaque hectolitre de jus et pour chaque centième par lequel la densité dépasse l'unité à 15 degrés centigrades de chaleur. || L'accise est de 49 lire 65 les 100 kilogrammes sur le sucre de la première classe et de 44 lire 45 les 100 kilogrammes sur celui de la seconde classe.

Le Drawback sur l'exportation des sucres, || La loi du 2 avril 1886, no. 3754 (3<sup>e</sup> série), qui a admis les sucres à la restitution de l'accise, quand ils sont exportés après le raffinage, déclare que les raffineries admises à travailler pour l'exportation seront soumises à l'exercice; qu'elles ne pourront employer des sucres d'une richesse inférieure à 80 p. 100 ni supérieure à 98 p. 100; et qu'elles jouiront d'un crédit de 68 livres les 100 kilogrammes de sucre raffiné exporté, en attendant la liquidation finale du rendement moyen des sucres traités pendant chaque semestre, ce rendement étant déterminé par l'analyse saccharimétrique. || La même loi fixe à 2 le chiffre du coefficient de réduction des degrés polarimétriques tant pour les cendres que pour la glucose. || Un règlement, approuvé par décret royal du 25 juillet 1886, établit le caractère des raffineries admises à la restitution de l'accise sur les sucres exportés, en ce sens que ce bénéfice se trouve limité aux usines qui adoptent le procédé de la transformation complète du sucre brut en sucre raffiné. Le même règlement détermine le contrôle permanent à exercer par les agents du fisc, mettant à la charge des industriels la dépense encourue; il détaille ensuite

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

les règles à suivre pour l'échantillonnage des divers envois de sucre brut, tant au moment de les retirer des entrepôts qu'au moment de les faire entrer dans la raffinerie, et donne au laboratoire chimique de la province le devoir de décider en première instance de la richesse de chaque échantillon. En cas de réclamation par la raffinerie contre l'analyse fournie par le laboratoire provincial, le Ministère des Finances est chargé de résoudre définitivement la question, sur le rapport des experts en douane et sur la base de l'analyse fournie par le laboratoire central de la Direction générale des contributions indirectes. || Selon le désir qu'ont exprimé les raffineurs, le règlement s'abstient d'indiquer le système d'analyse et la forme de polarimètre à adopter, parce qu'on a jugé bon de ne pas envahir le champ technique réservé à la chimie et de ne pas s'embarasser en prescrivant les méthodes à poursuivre dans une enquête scientifique, ce qui équivaldrait en effet à renoncer aux progrès de la science. || Les autres dispositions du Règlement sont simplement des ordonnances d'administration et de comptabilité; il n'est donc pas nécessaire d'en faire ici mention. || Des raffineries soumises à l'exercice, celle de la *Società italiana* à Aivarolo Ligure seule demanda et obtint la permission d'être admise à la restitution de l'accise; après qu'on eut mis l'usine dans les conditions qui permettent aux agents du fisc d'exercer la vigilance nécessaire et après inventaire fait des matières emmagasinées ou en traitement, cette usine commença à fonctionner sous le régime de l'entrepôt douanier à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1887. || Cette raffinerie, après avoir exporté, avec remboursement d'accise, 317,900 kilogrammes de sucre raffiné, déclara qu'elle renoncerait, à partir du 16 octobre dernier, à son droit de demander le drawback; par conséquent les dispositions de la loi du 2 avril 1886, qui favorisent l'exportation des sucres raffinés en Italie, sont actuellement sans effet. || Les raffineurs ont constamment déclaré qu'ils ne peuvent faire la concurrence sur les marchés étrangers, à moins qu'on ne leur rembourse la totalité de l'accise payée sur les sucres bruts, en élevant jusqu'à 4 le chiffre du coefficient en correction des degrés polarimétriques pour les sels et la glucose. || L'Administration des finances, se basant sur l'opinion de son laboratoire central de chimie, ne s'est pas crue autorisée jusqu'à présent à concéder les demandes des raffineurs. || Rome, le 12 novembre 1887.

## 9. Niederlande.

### *Sucres étrangers.*

#### § 1<sup>er</sup>. Droit d'accise par 100 kilogrammes:

	fl.	c.
Candi:		
1 <sup>re</sup> classe (blanc et jaune clair) . . . . .	31	86
2 <sup>e</sup> classe . . . . .	28	89
Mélis, lumps et autres sucres, non spécialement nommés . . . . .	27	00
Sucres bruts:		
D'une richesse au-dessus de 99 p. 100 . . . . .	27	00
Autres (pour chaque pour cent de richesse) . . . . .	0	27
Vergeoises (pour chaque pour cent de richesse) . . . . .	0	27



Les sucres n'acquittent pas de droit de douane. || § 2. On entend par richesse: || Pour les sucres bruts, la richesse absolue, mesurée au polarimètre, sous déduction de la glucose avec le coefficient 2 et des cendres avec le coefficient 4; || Pour les vergeoises, la richesse absolue. || Les fractions de 1 p. 100 de richesse sont négligées. || Les sucres d'une richesse au-dessous de 65 p. 100 sont considérés comme ayant cette richesse. || § 3. Pour les sucres bruts d'une richesse non supérieure à 99 p. 100, il est accordé, à titre de déchet, une déduction de  $1\frac{1}{2}$  p. 100 de la richesse; pour les sucres bruts de canne, cette déduction est de  $2\frac{1}{2}$  p. 100. || § 4. Le titrage se fait dans les laboratoires de l'Administration des accises. L'intéressé a le droit d'appel à une Commission de chimistes jurés, nommés par le Ministre des Finances et les tribunaux de première instance à Amsterdam et à Rotterdam. || § 5. Le droit d'accise est perçu du poids net. Pour les sucres bruts de canne, en emballage ordinaire, il n'est constaté que le poids brut, à moins que le pesage net ne soit demandé par le commerce. Les tares suivantes sont accordées sur le poids brut:

Pour les caisses et barils en bois . . . . .	13 p. %
Pour les canastres et kranjangs . . . . .	8
Pour les sacs doubles et autres emballages doubles . . . . .	4
Pour les sacs simples . . . . .	2

#### Raffineries.

§ 6. Le raffineur jouit, sous caution, d'un crédit de deux mois pour l'accise des sucres bruts qu'il reçoit de l'étranger ou de fabriques de sucre de betterave, soit directement, soit par entrepôt. || Le crédit est prolongé de trois mois pour les sucres destinés à la fabrication de candi pour l'exportation. || § 7. Pour une seule raffinerie, où l'on applique la séparation d'après le docteur Steffen, il est stipulé provisoirement que la déduction mentionnée au paragraphe 3 sera réduite à  $1\frac{1}{2}$  p. 100 pour les sucres de betterave. || § 8. Le compte du raffineur pour l'accise des sucres bruts de 99 p. 100 et au-dessous peut être déchargé par l'exportation à l'étranger ou la mise en entrepôt de: || a) Candi non inférieur au type officiel, indiquant la limite inférieure des sucres de cette catégorie, admis au bénéfice de l'exportation; || b) Mélis et lumps, dûment claircés, secs, durs et blancs; || c) Sucres blancs turbinés, purs et secs comme les mélis, nommés sous b, et en outre répondant, quant à la qualité, à des conditions spéciales variant selon les circonstances; || d) Vergeoises, auxquelles sont assimilés les sucres mentionnés ci-dessus, quand ils n'ont pas les qualités requises. || § 9. Le mélis et les lumps doivent être présentés aux employés pour la vérification en forme de pains; après cette formalité les pains peuvent être cassés, pilés ou moulus sous surveillance. || § 10. Le montant de la décharge en cas d'exportation ou de mise en entrepôt est égal à celui de l'accise qui serait due à l'importation des mêmes sucres. || Sont exceptés les vergeoises et les assimilés, d'après le paragraphe 8 (d), pour le calcul de la décharge, leur richesse absolue étant diminuée de la glucose



Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

avec le coefficient 2 et des cendres avec le coefficient 4. || § 11. Le fabricant de candi a la faculté de choisir l'exercice au lieu du régime général pour les raffineries. || Dans ce cas, le droit d'accise n'est perçu que des sucres livrés à la consommation. || Depuis 1880 une fabrique de candi, en même temps raffinerie ordinaire, travaille sous l'exercice.

#### Fabriques de sucres de betterave.

§ 12. Le fabricant a le choix entre l'exercice et la prise en charge pour une quantité fixe de sucre en proportion de la quantité et de la densité des jus. || Cette prise en charge est préférée par tous les fabricants sans exception et ce qui suit ne se rapporte qu'à ce mode. || § 13. Tant que dure la défécation, la surveillance dans la fabrique est permanente. || § 14. La quantité du jus qui sera soumis à la défécation est mesurée par les employés, soit dans les chaudières à déféquer, soit dans des bacs mesureurs. || La densité du jus est fixée au moyen d'un aréomètre centésimal. || Si l'essai du jus servant à cette fin n'a pas la température de 15 degrés centigrade, la densité est majorée ou diminuée proportionnellement. || Toutefois le fabricant a la faculté d'exiger que le jus soit échauffé ou refroidi jusqu'à 15 degrés. || § 15. La prise en charge du fabricant est de 1.45 ou de 1 kilogr. 4 de sucre raffiné par hectolitre et par degré de densité du jus mesuré, selon que la défécation a lieu avant ou après la fin de l'année. || Une prise en charge supplémentaire de  $5\frac{1}{2}$  p. 100 est appliquée au fabricant qui soumet les sirops à l'osmose. Le supplément est de  $1\frac{1}{2}$  p. 100 quand on ne soumet à cette opération que les sirops profluant du deuxième jet. || Un fabricant, qui suit la méthode de séparation d'après le docteur Steffen, est soumis à une prise en charge supplémentaire de 9 p. 100. || § 16. Le fabricant jouit, sous caution, pour la prise en charge d'un mois, d'un crédit jusqu'au quinzième ou jusqu'à la fin du mois suivant, selon que les jus sont déféqués avant ou après la fin de l'année. || Une prolongation de crédit est accordée, en vue du troisième jet, évalué à 5 p. 100 de la prise en charge. Le crédit ordinaire est prolongé aussi pour les prises en charge supplémentaires résultant de l'osmose et du procédé Steffen. || § 17. Le compte du fabricant est déchargé par: || a) Livraison de sucres bruts à un raffineur; || b) Exportation de sucres à l'étranger; || c) Dépôt de sucres en entrepôt. || Le montant de la décharge est égal à celui de l'accise qui serait dû à l'importation des mêmes sucres. Toutefois le minimum de richesse (65 p. 100) mentionné au paragraphe 2 n'est pas applicable dans ce cas.

Restitution des droits d'accise. || § 18. A l'exportation de chocolat, de lait condensé, de bonbons et d'autres comestibles ou boissons, il est accordé une restitution des droits pour la quantité de sucre cristallisé ou cristallisable qu'il contiennent.

Glucoses non liquides. || § 19. Un droit d'accise de 18 florins par 100 kilogr. est dû des sucres de fécule solides, en poudre ou en grains, excepté la glucose massée, qui n'est passible que d'un droit d'entrée de 6 florins par 100 kilogr.

Sirops et mélasses. || § 20 Les mélados, sirops, mélasses et autres jus contenant plus de 10 p. 100 de sucre cristallisé, ou ayant à l'état liquide une richesse absolue de plus de 5 p. 100, sont soumis à l'importation à un droit de 18 florins par 100 kilogr. || Pour les autres sirops ou autres jus contenant du sucre, y compris les glucoses liquides, ce droit est de 6 florins par 100 kilogr.

Transit. || § 21. Aucun droit n'est perçu pour le transit de sucres ou de mélasses, soit directement, soit par entrepôt.

Frais. || § 22. Le pesage et le titrage des sucres et mélasses se font gratuitement, sauf pour les cas d'une revision du premier pesage ou bien une décision de la Commission d'appel, provoquée par l'intéressé et restée sans effet.

### Colonies des Pays-Bas.

#### Java.

La partie la plus importante des revenus des Indes néerlandaises a été pendant de longues années la vente des produits fournis en nature au Gouvernement, conformément aux principes du système dit „de culture“ introduit par le Gouverneur général Van den Bosch en 1831. || Il ne serait pas opportun d'entrer ici dans des détails historiques concernant un système qui, sans aucun doute, a beaucoup contribué au développement des produits tropicaux cultivés à Java; mais, à la longue, il a été reconnu qu'il ne pouvait être maintenu, attendu qu'il était trop en désaccord avec les intérêts des indigènes. C'est ainsi que la culture de l'indigo, du thé, de la cannelle, de la cochenille, du tabac et du poivre pour compte du Gouvernement a été entièrement abandonnée et qu'il ne reste maintenant du système en question que la culture du café et du sucre. Même la plantation du sucre avec intervention du Gouvernement sera abandonnée également dans un couple d'années, ainsi que cela sera expliqué plus loin. || En 1871, le système de culture du sucre était encore en plein fonctionnement, le Gouvernement ayant contracté avec quatre-vingt-dix-sept propriétaires de moulins pour la fabrication du sucre. Conformément à ces contrats, le Gouvernement s'engageait à faire planter de cannes à sucre une superficie d'environ 39,000 bouw\*), ce qui exigeait l'emploi de 220,000 familles indigènes. Pour leur part, les propriétaires de moulins devaient payer à ces laboureurs des salaires montant à 5,500,000 florins\*\*). Le tiers environ du sucre obtenu devait être livré au Gouvernement au taux de 8 florins par picol\*\*\*) du numéro 16 de la série des types hollandais, chaque numéro plus bas étant payé 50 cents en moins et chaque numéro plus élevé 50 cents en plus. Les deux autres tiers étaient laissés à la disposition des propriétaires de moulins, qui étaient libres de les vendre au marché public ou, à leur choix,

\*) 1 bouw = 7096,76 mètres carrés.

\*\*) 1 florin = 2 fr. 8, ou 1s. 8d.

\*\*\*) 1 picol = 61,76.13 kilogrammes.

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

de les embarquer à destination des marchés étrangers. || Dans ces conditions, le Gouvernement a reçu, pendant les cinq années 1866—1870, une quantité totale de 5,227,526 picols de sucre, qui lui ont coûté 58,494,615 florins, ou 9,27 florins par picol, et lui ont rapporté 14,52 florins par picol, lui laissant ainsi un bénéfice net de 26,137,630 florins ou environ 5,475,000 florins par an. || Vers 1870 cependant, une transformation du système en vigueur de la culture de la canne à sucre fut décidée, et la loi du 21 juillet de cette année décréta qu'en aucun cas l'intervention du Gouvernement dans la plantation du sucre ne serait plus étendue, et qu'au contraire on commencerait en 1878 à réduire graduellement la superficie plantée par le Gouvernement; on fixa la réduction annuelle à un treizième, de sorte qu'après 1890 l'intervention du Gouvernement dans la plantation devait cesser et que l'industrie serait entièrement libre, dans la supposition, bien entendu, que les propriétaires de moulins feraient tout ce qui dépendrait d'eux pour suppléer, au moyen de contrats avec les indigènes, à la plantation de cannes, qui auparavant avait lieu par l'intermédiaire du Gouvernement. || En même temps il fut décidé que tout sucre produit par les propriétaires serait laissé entièrement à leur disposition moyennant un paiement en numéraire au Gouvernement, qui fut fixé au taux d'environ 100 florins par bouw de cannes à planter encore par les soins du Gouvernement pendant la durée du contrat. En outre ils auraient à indemniser les indigènes pour l'usage de leurs champs et pour le travail du labourage et de la plantation du lot assigné à chacun d'eux. De même, pour les cannes plantées par les propriétaires pour leur propre compte et sur des champs loués aux paysans, il devait être payé au Gouvernement un tribut de 25 florins par bouw, et, en conséquence, les *postes* suivants apparurent dans les prévisions du budget pour 1886:

	Florins.
Tribut sur les cannes à sucre plantées par le Gouvernement	1,855,271
Tribut sur les cannes à sucre plantées par les particuliers . .	634,000
Total	<u>2,489,271</u>
constituant le profit net du Gouvernement sur la culture.	
Pour l'usage et la culture des champs, les propriétaires de moulins eurent à payer au Gouvernement, en 1886 . . . . .	3,193,103
Ce qui forme le total de	<u>5,682,374</u>

On s'explique maintenant comment, dans les années subséquentes, on devra constater une diminution du revenu de la culture de la canne à sucre jusqu'à 1890, époque à laquelle le revenu du sucre devra entièrement disparaître du budget. || Les chiffres d'exportation donneront un aperçu de l'importance de l'industrie sucrière à Java, et, en ce qui concerne la prospérité relative de cette industrie capitale, on doit remarquer ce qui suit: || Jusqu'en 1883 l'industrie sucrière était dans des conditions de prospérité très grande, par suite des prix élevés payés pour le sucre par des maisons d'exportation qui, pendant des années, avaient été en concurrence pour acquérir leur part de la

production annuelle. || Les hauts cours agirent comme un stimulant puissant pour le développement de l'industrie, qui devint petit à petit un facteur important de la prospérité de la colonie. || De grands capitaux furent consacrés à des outillages nouveaux destinés à remplacer les anciens moulins, et, à la même époque (entre 1872 et 1884), plus de cinquante nouveaux moulins furent construits, généralement sur une échelle suffisant à lutter contre l'industrie sucrière des autres colonies. Les résultats furent véritablement frappants. La production du sucre, qui, en 1881, n'excédait pas 4,606,780 picols, s'éleva, en 1884, à 6,413,248 picols, résultat d'autant plus satisfaisant qu'il fut obtenu sans aucun secours ou assistance du Gouvernement à l'égard des nouveaux moulins. || Ainsi la fabrication du sucre à Java était dans une situation florissante, et avait devant elle une brillante perspective de prospérité, lorsque la grande baisse des prix dans le courant de 1884 vint bientôt détruire toutes les espérances. || La position de la grande majorité des propriétaires de moulins devint très critique, d'autant plus que plusieurs des banques et autres établissements financiers, qui avaient l'habitude de fournir les fonds de roulement, tombèrent dans des difficultés sérieuses aussitôt qu'il devint évident que par leur grand intérêt dans l'industrie sucrière ils étaient menacés dans leur propre crédit. || Heureusement pour tous les intéressés, la récolte de 1885 fut beaucoup plus avantageuse par rapport aux prix que sa devancière; mais au commencement de 1886 les cours tombèrent de nouveau tellement que la position de la majorité des planteurs devint excessivement précaire. || On put bientôt prévoir que l'industrie succomberait inévitablement, si elle restait chargée des tributs que le Gouvernement n'avait jamais cessé de lever conformément aux arrangements contractés avec la plupart des propriétaires, ainsi que cela a été expliqué plus haut. || Le seul adoucissement donné d'abord par le Gouvernement était une diminution des droits d'exportation sur le sucre de 9 cents\*) par picol à partir du 1<sup>er</sup> juillet 1886. Dès lors, la perception de ce restant de droit a été suspendue pour cinq années; le tribut à payer au Gouvernement pour la plantation de cannes sans son intervention (à 25 florins par bouw) a été suspendu provisoirement, et un délai de cinq ans a été accordé pour le paiement de 50 p. <sup>o</sup>/<sub>o</sub> du tribut dû sur les cannes plantées d'après les contrats avec le Gouvernement. || Cependant ces mesures ne se sont appliquées jusqu'ici qu'à l'année 1887, la campagne ne commençant qu'au mois de mai. Les droits dus au Gouvernement pour la récolte de 1886 ont été payés entièrement, à l'exception d'un petit nombre de planteurs, qui se trouvèrent dans l'impossibilité de se procurer les fonds nécessaires. || En somme, la position actuelle de l'industrie sucrière à Java, qui est d'une grande importance pour la prospérité de l'île, peut être considérée comme critique à moins qu'il ne se produise un relèvement des prix. || Il existe à Java 93 moulins travaillant

---

\*) 1 florin = 100 cents.

Nr. 9560. en contrat avec le Gouvernement, et 126 moulins libres: total 219 moulins. ||  
 Konferenz- Staaten. La récolte de sucre de Java a été pendant les cinq dernières années:

1882	4,755,212	picols.
1883	5,277,902	
1884	6,413,248	
1885	6,190,706	
1886	6,278,871.	

### Surinam (Guyane néerlandaise).

La production de sucre dans cette colonie va constamment en décroissant, comme le prouve le tableau suivant:

Années.	Nombre de Moulins.	Production en Kilogrammes.	
		Moscovade.	sucre cru et dans le vide.
1880 . . . . .	36	7,941,304	2,505,426
1881 . . . . .	33	6,707,804	2,146,471
1882 . . . . .	34	7,050,859	2,743,274
1883 . . . . .	33	5,643,142	4,550,097
1884 . . . . .	33	3,459,404	3,769,014
1885 . . . . .	28	2,177,375	3,253,858
1886 . . . . .	22	2,279,215	4,703,034

Les planteurs ne sont subsidiés et ne jouissent d'aucune espèce de protection, le Gouvernement ne prêtant son appui qu'à se procurer à leurs propres frais des laboureurs de l'Hindoustan. || Les autres colonies des Pays-Bas ne produisent pas d'autre sucre que celui destiné à la consommation indigène. ||

## 10. Schweden.

### 1. Droits d'importation sur les sucres:

	Par kil.
Les sucres raffinés de toute espèce . . . . .	Ore *). 33.0
Les sucres bruts du no. 18 de type hollandais et au-dessus . . . . .	33.0
Autres sucres bruts . . . . .	23.5
Sirops . . . . .	10.0
Ces sucres peuvent être déclarés:	
a) Pour la consommation, avec paiement des droits au comptant, ou bien avec un crédit d'un mois moyennant caution.	
b) Sur entrepôt.	
Drawback. — Pour les sucres candis, en pains ou en tablettes, raffinés dans le pays et provenant des sucres bruts importés, pour lesquels on a payé le droit intégralement, la restitution du droit est de . . . . .	28.2

2. Droits sur les sucres indigènes: || La fabrication du sucre de betterave n'a encore pris qu'un développement modeste. La production de la campagne, du 1<sup>er</sup> septembre 1885 au 1<sup>er</sup> septembre 1886, était de 3,919,000 kilogr. de sucre brut. || La taxe sur le sucre de betterave est réglée d'après le poids des betteraves brutes destinées à la fabrication du sucre; 100 kilogr. de betteraves brutes doivent donner 6 kilogr. 25 de sucre brut. La taxe est des deux cinquièmes du droit d'importation sur les sucres bruts qui ne sont pas plus clairs que le no. 17 du type hollandais. || En cas d'exportation de sucre indigène, on ne donne pas de drawback.

Nr. 9560.  
Konferenz-  
Staaten.

Nr. 9561. **KONFERENZ-STAATEN.** — Sitzungsberichte der Konferenz. —

Erste Sitzung.

MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède, se sont réunis en Conférence, à Londres, le 24 novembre 1887, à 2 heures au Foreign Office. || M. le Délégué du Brésil n'a pu se rendre à la séance. Étaient présents: || Pour l'Allemagne: || MM. Jordan, Conseiller actuel de légation, Consul général de l'Empire d'Allemagne à Londres; || Jaehnigen, Conseiller des finances; || Pour l'Autriche-Hongrie: || M. le Comte de Kuefstein, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; || Pour la Belgique: || MM. Guillaume, Directeur général au Ministère des Finances; || du Jardin, Inspecteur général au Ministère des Finances; assistés par: M. de Smet, Sous-Directeur au Ministère des Finances; || Pour le Brésil: || M. A. A. Fernandes Pinheiro, Délégué en Europe du Ministre des Travaux publics, Délégué du Brésil en l'absence de M. le Docteur Pedro Dias Gordilho Paes Leme, n'a pu se rendre à la première séance; || Pour le Danemark: || M. Lange, Directeur général des Contributions directes et indirectes; || Pour l'Espagne: || MM. Batanero, Député; || Dupuy de Lome, Secrétaire d'Ambassade; || Pour la France: || MM. Sans-Leroy, Député; || Le Comte de Florian, premier Secrétaire de l'Ambassade de France à Londres, Représentant du Ministère des Affaires étrangères; || Pallain, Conseiller d'État, Directeur général des Douanes; || Catusse, Conseiller d'État, Directeur général des Contributions indirectes; || Legros, Administrateur à la Direction générale des Douanes; || Boizard, Sous-Chef de bureau au Ministère des finances, Secrétaire des Délégués français. || (M. Pallain et M. Catusse n'ont pu se rendre à la première séance.) || Pour la Grande-Bretagne: || MM. le Baron Henry de Worms, Membre de la Chambre des communes; || le Comte d'Onslow, Sous-Secrétaire d'État au Colonial Office; || C. M. Kennedy, C. B., Directeur des Affaires commerciales au Foreign Office; || F. G. Walpole, Directeur de la douane à Dublin; || Pour l'Italie: || M. le Chevalier T. Catalani, Chargé d'Affaires d'Italie à Londres; || Pour les Pays-Bas: || MM. W. A. P. Verkerk Pistorius, Directeur

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.



Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

général des Contributions directes, Douanes et Accises au Département des Finances; || B. Reiger; || G. Eschauzier; || C. J. C. van de Ven, Contrôleur des Douanes et Accises à Rotterdam. || Pour la Russie: || M. Kamensky, Conseiller d'État actuel; || Pour la Suède: || M. Dickson, secrétaire général au Département des Finances. || M. le baron Henry de Worms, Secrétaire du Board of Trade, Membre de la Chambre des Communes, déclare la séance ouverte et prononce le discours suivant:

„Messieurs,

M. le Marquis de Salisbury, principal Secrétaire d'État de Sa Majesté britannique au Département des Affaires étrangères, se trouve malheureusement dans l'impossibilité d'assister aux travaux de la Conférence. Il m'a donc chargé de vous en exprimer ses plus vifs regrets et en même temps de vous souhaiter, au nom de Sa Majesté la Reine, la plus cordiale bienvenue. C'est en prévision de son absence aujourd'hui que le Marquis de Salisbury a fait une proposition par la voie diplomatique, relative à la présidence de notre réunion. En vous faisant cette proposition, il n'a voulu en rien préjuger la première décision que la Conférence est appelée à rendre. Votre liberté d'action reste intacte. Il m'a donc imposé la charge extrêmement délicate de vous demander, Messieurs les Délégués, s'il est de votre bon plaisir de ratifier, dans la plénitude de vos pouvoirs, le choix qu'il a fait, et de me confier la Présidence.“

M. Sans-Leroy est persuadé que la Conférence s'associe entièrement à la pensée du Marquis de Salisbury et qu'elle confirme le choix qu'il a fait. || Les observations de M. Sans-Leroy étant accueillies à l'unanimité, la Présidence de la Conférence est déferée à M. le Baron Henry de Worms.

M. le Président, prenant place au fauteuil, prononce les paroles suivantes: || „J'accepte, Messieurs, et j'accepte volontiers, l'honneur qui m'est fait, mais je n'ignore pas combien est lourde la mission que vous m'imposez; je ne saurais m'en acquitter sans votre indulgence et votre bienveillance. Je suis persuadé qu'il ne me manquera ni l'une ni l'autre.“ || M. le Président propose à la Conférence de choisir un Vice-Président. || M. Guillaume demande la parole. Il propose à la Conférence de demander à M. le Comte de Kuefstein, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, de vouloir bien accepter la Vice-Présidence. || La Vice-Présidence est confiée à M. le Comte de Kuefstein. || M. le Comte de Kuefstein remercie l'Assemblée de l'honneur qu'elle a bien voulu lui faire. . . .

Sur la proposition de M. le Président, la Conférence confie les fonctions de Secrétaires à MM. H. Farnall, Attaché au Foreign Office, et A. E. Bateman, Sous-Directeur au Board of Trade, et celle de Secrétaires adjoints à MM. E. A. Crowe, Attaché au Foreign Office, et C. A. Harris, Attaché au Colonial Office. . . . .

Le nom de M. Boizard, Sous-Chef de bureau au Ministère des finances à Paris, est porté sur la liste des Secrétaires de la Conférence.



M. le Président fait observer que la Conférence se trouve régulièrement constituée et peut, dès lors, commencer ses travaux. Il prononce le discours suivant:

„Messieurs les Délégués,

Permettez-moi, en ma qualité de premier Délégué du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, de vous exprimer la vive satisfaction que je ressens de voir réunis autour de cette table un si grand nombre de Représentants des Puissances intéressées à la question importante qui appelle aujourd'hui notre attention. Une telle Conférence ne peut que développer l'entente cordiale des nations rassemblées dans le but de résoudre, d'une manière pratique et amicale, un problème qui touche de près à l'industrie et au commerce de tant de nations. Votre présence à Londres, dans cette circonstance, m'est une preuve que les Gouvernements que vous représentez sont disposés à abolir le système des primes sur les sucres, et à le remplacer par un accord mutuel qu'adopteraient simultanément les divers pays intéressés à cet arrangement. || L'opinion que j'ose ainsi énoncer se justifie par un fait qu'il est impossible de ne pas reconnaître. Bien que, depuis 1863, cette question ait été souvent discutée en Conférence, c'est la première fois que presque toutes les Puissances aient témoigné, par l'envoi de leurs Délégués, leur désir de prendre part à une discussion franche et générale. Les circonstances auxquelles je viens de faire allusion me donnent lieu de croire que les Puissances considèrent le moment propice à la solution de cette question, qu'il convient de trancher une fois pour toutes équitablement et loyalement sans entraver aucunement le progrès d'une industrie importante. En admettant même que le système des primes puisse favoriser l'industrie sucrière dans les pays où il est en vigueur, on est forcé d'avouer qu'un commerce prospère doit reposer sur un système qui, par son uniformité, se recommande à toutes les nations. C'est pénétré de ces principes et de ces intentions que le Gouvernement de Sa Majesté vous a invités à cette Conférence.“

M. Kennedy demande la parole; il s'exprime en ces termes: || „Le Gouvernement de la Reine a cru faciliter les travaux de la Conférence en demandant à chaque Gouvernement représenté à la Conférence un mémoire sur le régime qu'il applique aux sucres\*). Ces mémoires nous donneront des informations authentiques quant aux droits de douane et d'accise et quant à l'application de ces droits, soit au sucre fabriqué, soit à la matière première dont il est composé. La Conférence y trouvera également le taux des drawbacks payés à l'exportation. Quelques-uns de ces mémoires ne nous sont pas encore parvenus; d'autres sont à l'impression: mais j'ai l'honneur de déposer dès à présent sur la table de la Conférence les mémoires sur le régime des sucres en Allemagne, en Belgique, en Danemark, en Italie et en Suède. Les autres vous seront distribués par MM. les Secrétaires aussitôt que faire se pourra.

\*) Voir ces mémoires à l'Appendice n° 1.

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

Je dois ajouter que ces documents sont à l'état d'épreuves seulement. Peut-être MM. les Délégués auront-ils la bonté de signaler aux Secrétaires les rectifications qu'ils désireraient y apporter. Nous tiendrions surtout à ce que ces mémoires fussent tout à fait corrects."

M. le Comte de Kuefstein répond en quelques mots au discours de M. le Président. Il croit que le baron de Worms apprécie correctement l'intention des divers Gouvernements. La Conférence se trouvera d'accord quant au but à atteindre. Tous les efforts, en effet, tendant à rapprocher les différents Pays en effaçant les divergences existantes, sont dignes de la plus grande sympathie et c'est dans ce sens que les Délégués comptent s'acquitter de leurs travaux. Heureux de se trouver dans un Pays qui s'est si souvent placé à la tête de grandes idées de progrès et de civilisation, les Délégués espèrent tous que celle dont le Gouvernement Britannique s'est fait le promoteur aujourd'hui ne restera pas sans résultat. || M. Guillaume se trouve entièrement d'accord avec la déclaration de principe faite par M. le Président. Mais il ne croit pas que la Conférence puisse aborder aujourd'hui la discussion des moyens à rechercher pour atteindre le résultat désiré. Les Délégués auront d'ailleurs à étudier les mémoires que M. Kennedy a déposés sur la table. || M. le Président est tout disposé à renvoyer la discussion au lendemain. Il propose à la Conférence de se réunir tous les jours, les samedis exceptés. || M. Sans-Leroy ne croit pas pouvoir appuyer la proposition de M. le Président. Bien que MM. les Délégués soient tous d'accord sur le principe, celui de la suppression des primes, des questions de détail réellement complexes ne tarderont pas à se présenter. Pour lui, il prévoit qu'il se trouvera souvent dans la nécessité d'en référer à son Gouvernement. Une discussion de jour en jour ne lui paraît donc pas possible.

#### Zweite Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie, de la Suède. || M. le Président dit que le procès-verbal dont les premières épreuves avaient été remises à MM. les Délégués a été modifié conformément à leurs indications. Une épreuve définitive sera distribuée avant la prochaine séance et le procès-verbal pourra être adopté sans lecture. || Le Gouvernement anglais a reçu les mémoires présentés par la France, l'Autriche-Hongrie et l'Espagne\*). Ces mémoires seront prochainement distribués.

Il paraît utile, ajoute M. le Président, de demander si quelqu'un de MM. les Délégués a des propositions à formuler. Il serait très important d'être saisi des propositions que les différentes Puissances peuvent avoir à présenter, afin que ces propositions servent de base aux travaux de la Conférence. || Si personne n'a de propositions à faire, il demandera comment la Conférence en-

\*) Voir le texte de ces mémoires à l'Appendice n° 1.

tend régler l'ordre de ses discussions. || M. Jordan fait observer que, sans chercher dès à présent s'il y a moyen de s'entendre sur un système quelconque à adopter ultérieurement, il serait utile de connaître sûrement les différences qui existent actuellement entre les législations en vigueur. Il croit qu'il conviendra de donner lecture en séance des mémoires qui ont été produits; cette lecture fournirait l'occasion de demander des explications. || M. Kamensky fait observer que la circulaire de M. le Marquis de Salisbury contient dans paragraphes qui formeront les deux principaux objets des travaux de la Conférence. Ces paragraphes sont le troisième, qui indique, comme problème, l'élaboration d'un système commun pour établir une complète corrélation entre les droits d'accise et les drawbacks, c'est-à-dire la suppression de toute différence en faveur du producteur exportateur; et le quatrième, qui exprime, comme desideratum, la suppression des primes directes. Le troisième paragraphe ne lui paraît pas engager les Gouvernements des divers Pays qui sont représentés à la Conférence à changer leurs systèmes respectifs de perception de droits d'accise et à élaborer un nouveau système commun, peut-être plus parfait. Une pareille tâche prolongerait indéfiniment le travail de la Conférence sans l'amener à un résultat pratique, et ferait échouer son objet principal. Il serait donc plus pratique que chacun de ses collègues traçât le mode de perception des droits d'accise dans son Pays, indiquât, avec une arithmétique sincère, la différence entre ces droits et les drawbacks, différence qui favorise l'exportation en accordant une prime déguisée, et déclarât si son Gouvernement serait prêt à sacrifier cette prime en partie ou en totalité. Il croit que, de cette manière, la question des primes déguisées serait placée sur un terrain pratique. Quant à l'abolition des primes directes, il croit que c'est une question très simple à résoudre. Les Délégués diront franchement si, oui ou non, leurs Gouvernements respectifs désirent continuer ou abandonner ce système. || M. le Président constate que le mode de procéder proposé par M. le Délégué russe obtient l'assentiment général. Il invite les Délégués à fournir des explications sur la législation de leurs différents Pays et à formuler leurs propositions en vue de la réforme de ces législations. || Il est décidé que les Délégués prendront successivement la parole, suivant la place qu'ils occupent, en allant de droite à gauche. || M. Jordan commence en faisant remarquer que la législation actuelle de l'Allemagne ne doit durer que jusqu'au 1<sup>er</sup> août prochain. Cette législation a déjà été changée et c'est là un point essentiel. Le droit sur les bettes-raves, le seul qui pût donner lieu à une prime, a été réduit de plus de moitié à compter du 1<sup>er</sup> août prochain. La législation allemande est donc déjà en mouvement, et ce mouvement tend vers l'abolition des primes. || M. Jordan ajoute qu'il n'est pas autorisé à indiquer quelles mesures son Gouvernement compte prendre pour persévérer dans cette voie; mais il peut constater dès à présent que le but que s'est proposé la Conférence commande l'entière sympathie du Gouvernement allemand, qui est tout disposé à abolir les primes, pourvu qu'il en soit de même dans les autres Pays. Il déclare qu'il a reçu pour

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

instructions d'examiner soigneusement toute proposition dans ce sens, et que son Gouvernement est tout disposé à rechercher si les propositions ainsi faites pourront être appliquées. || Pour le moment il n'est pas en mesure de faire des propositions en vue de changements à apporter dans la législation de l'Empire allemand.

M. le Comte de Kuefstein fait un historique sommaire de la législation en Autriche-Hongrie depuis 1865; elle est basée sur la loi du 11 octobre 1865, à laquelle des modifications successives ont été apportées. Cette loi a remplacé le système de l'imposition sur le poids réel des betteraves par une fixation théorique de l'importance des quantités de betteraves mises en oeuvre. Les autorités déterminent la capacité des appareils et fixent un certain poids de betteraves qui doit correspondre à un hectolitre de capacité. C'est la base du calcul pour l'imposition. || Mais on s'est aperçu que le rendement légal ne répondait pas toujours à la réalité. Les fabricants étaient amenés, en effet, à améliorer leurs procédés, à changer leurs appareils; ainsi, par exemple, on s'était attaché à remplir les vaisseaux autant de fois que possible; puis quand la nouvelle loi de 1880 eut fixé le nombre de remplissages qui pourraient être effectués par jour, et qu'elle eut fait installer des compteurs, on a fait des récipients plus petits, que l'on remplissait autant que possible pour gagner sur chaque chargement. Dès 1877 le Gouvernement avait eu l'intention de soumettre aux Chambres un système d'imposition sur le produit fabriqué ou sur la densité du jus. Cette idée n'avait pas rencontré beaucoup de faveur auprès des fabricants, et n'avait pas été bien accueillie par l'opinion publique. On s'en est donc tenu à modifier l'ancien système, tout en fixant, par la loi du 27 juin 1878, un minimum de recettes de 6 millions de florins, avec une augmentation de 500,000 florins par an jusqu'à 10,500,000 florins. Avant que cette loi ne fût arrivée à son terme, la loi du 18 juin 1880 intervint pour modifier sur plusieurs points importants la législation existante, et pour fixer le minimum à 10 millions de florins, avec augmentation de 400,000 florins par an. Elle a donné quelques bons résultats. Cependant, les inconvénients attachés au principe du système établi pour le calcul de l'impôt ne tardèrent pas à reparaitre. Un mouvement s'est produit en même temps dans l'opinion publique, et les fabricants eux-mêmes ont commencé à se plaindre d'un régime qui les obligeait à des transformations de matériel incessantes et coûteuses, et qui créait de grandes inégalités entre les fabriques de différentes contrées. || Les Gouvernements des deux parties de la Monarchie Austro-Hongroise ont donc été amenés à soumettre aux Chambres un nouveau projet qui doit produire son effet à partir du 1<sup>er</sup> août 1888. Cette nouvelle loi abandonne l'ancien système, et donne pour base à l'impôt la production effective. Quant au sucre exporté, il sera affranchi de l'accise. La loi impose en outre l'obligation des marques. Chaque quantité enlevée de la fabrique devra porter une marque. Il sera facile de constater chez les négociants si le fabricant s'est soumis à cette obligation. || En Autriche-Hongrie on a cru devoir adopter ce système parce qu'on le considère en principe comme le plus juste et le plus

équitable, et comme le meilleur en pratique, parce qu'il peut être appliqué sans vexations. Il paraît difficile qu'un autre système puisse offrir les mêmes avantages, et donner des garanties équivalentes pour la suppression des primes. || Quant à l'Autriche-Hongrie elle a montré qu'elle est prête à abolir les primes. Il est vrai que, pour permettre aux fabricants de soutenir la concurrence des autres pays, on a dû leur accorder, par la dernière loi, des primes directes; mais les primes de cette espèce sont plus faciles à faire disparaître que les primes déguisées. || Dans les Conférences antérieures entre les quatre États signataires de la Convention de 1864, les discussions se sont engagées sur la possibilité d'établir une équivalence entre les divers systèmes d'impôt. M. le Comte de Kuefstein pense qu'en dehors du droit à la consommation il y a toujours à craindre qu'une partie du produit n'échappe à l'impôt, et, par conséquent, il ne pourrait pas se rallier à l'idée de créer des systèmes d'équivalents.

M. Sans-Leroy désire savoir si l'augmentation progressive du minimum a été régulièrement effectuée sans intervalles. || M. le Comte de Kuefstein répond que les fabricants sont obligés de payer en plus chaque fois que ce minimum n'est pas atteint, ce qui arrive en général. Le mode de répartition est fixé par la loi. || M. Sans-Leroy précise sa question; n'y a-t-il pas eu des remises sur le minimum légal? || M. le Comte de Kuefstein répond que cela ne lui paraît pas possible. Les chiffres inscrits au Budget témoignent de la rentrée intégrale de l'impôt. Les fabricants sont solidaires pour la somme entière. || Mr. Walpole demande si l'on peut compter sur l'intention du Gouvernement Austro-Hongrois d'établir l'impôt à la consommation. On prélèvera l'impôt à la sortie des fabriques pour les sucres livrés à la consommation. Comment fera-t-on pour les sucres exportés? || M. le Comte de Kuefstein explique que ces sucres seront exportés en franchise. || Mr. Walpole entend que le système est bien l'impôt à la consommation, sans prise en charge, et sans présomption de rendement légal.

M. Guillaume fait l'histoire de la législation belge. Depuis l'origine l'impôt est perçu d'après le même système; il a pour base le volume et la densité des jus. Pour déterminer la quantité des jus travaillé, on a pris en Belgique les précautions les plus minutieuses; on possède maintenant un appareil muni d'un compteur qui offre des garanties complètes. || Ainsi la législation belge se trouve en voie de progrès. Il est vrai qu'il existe encore une prime; elle provient de la différence entre le rendement légal et le rendement effectif. Le Gouvernement est décidé à introduire, à ce point de vue, des modifications dans la législation. L'importance de ces modifications dépendra des concessions faites par les autres pays. || Avec un système comme celui de la Belgique, on peut arriver, aussi bien qu'avec tout autre système, à la suppression des primes. Les Délégués belges ne sont pas convaincus, d'ailleurs, que le système de l'exercice offre à cet égard des garanties aussi complètes. En relevant la prise en charge en Belgique, on fera disparaître

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

la prime. || S'il subsiste un léger écart entre le rendement légal et le rendement réel, cet inconvénient sera moindre que ceux qui pourraient résulter des difficultés d'application de l'exercice. On avait du reste fait en Belgique l'essai du système; mais cette tentative a rencontré la plus vive opposition, et il serait dès lors impossible d'appliquer en Belgique le régime de l'exercice. M. Guillaume se réserve de revenir sur ce sujet. || En augmentant la prise en charge, on diminuerait ou l'on supprimerait même complètement la prime. La législation belge, compliquée en apparence, est en réalité la plus simple de toutes. Avec l'exercice, on rencontre de grandes difficultés pour constater, dans les raffineries surtout, la nature des produits à l'entrée et à la sortie. Ce système, le meilleur en principe, présente dans la pratique les plus grandes difficultés. Le Gouvernement belge, tout en conservant son système actuel, pense atteindre ainsi plus sûrement le but qu'on se propose.

Mr. Walpole fait remarquer que la prise en charge est une présomption. Or, la présomption peut être favorable au Trésor ou au fabricant. Si l'on adopte l'impôt à la consommation, la présomption fait place à la réalité. Avec le système belge il ne voit pas comment on pourrait écarter la présomption. || M. Guillaume précise ce qu'il faut entendre par présomption. Un changement dans la loi peut faire de cette présomption une réalité, si ce changement fait disparaître les primes. || Mr. Walpole demande à quel taux il faudrait porter la présomption de rendement pour faire disparaître les primes. || M. Guillaume répond que la fixation de la prise en charge doit reposer sur la moyenne des rendements effectifs.

M. le Président fait remarquer qu'avec la loi actuelle la quantité de sucre passible de l'impôt ne change pas. La même quantité de jus correspond toujours à une même quantité de sucre. || M. Guillaume répond que ce rapport peut être modifié par la loi, d'après les propositions que fera le Gouvernement belge. || Il ajoute que la Belgique a aussi un minimum de recettes; mais ce point lui paraît de peu d'importance pour le moment. Ce minimum est d'ailleurs, en certains cas, susceptible d'augmentation. Quand la consommation est arrivée à un certain chiffre, on augmente le minimum pour les années suivantes.

Mr. Walpole rappelle que, dans le projet de Convention de 1877, la Belgique avait fait la proposition de réduire le droit de 45 francs à 22 fr. 50 cent., et de fixer en même temps son minimum de recettes à 4,800,000 francs. Avec le droit de 45 francs, le chiffre du minimum devrait atteindre 9,600,000 francs. || M. Guillaume fait remarquer qu'en 1877 la Belgique devait élever sa prise en charge à 1,550 grammes d'abord, et à 1,600 grammes pour la campagne suivante. C'est pourquoi le minimum devait être relativement plus élevé. Au surplus tout l'intérêt pour les travaux de la Conférence réside dans le taux de la prise en charge. || Mr. Walpole ne peut admettre que cette question du minimum soit indifférente; puisqu'elle figurait dans les clauses de la Convention de 1877. Il demande si le minimum d'aujourd'hui est en corrélation avec



celui de 1877. || M. Guillaume explique que ce rapport n'existe plus, parce que la prise en charge est trop faible. Le montant de la prime dépend uniquement du taux de l'impôt. Ce sont là les deux facteurs des primes. La Belgique est toute disposée à augmenter la prise en charge et, au besoin, à réduire en même temps le taux du droit; elle tient à régler la loi de façon à faire disparaître le plus possible les primes. || M. Sans-Leroy ne partage pas l'opinion du premier Délégué belge sur le peu d'importance qu'il conviendrait d'attribuer au minimum. Si l'on considère quel est le chiffre de la population belge et l'importance probable de sa consommation, ce minimum, qui n'est dépassé que dans une faible proportion, apparaîtra comme la preuve la plus évidente de l'existence de primes considérables. || Il n'est pas possible d'admettre que la consommation par tête en Belgique n'est pas égale à la moyenne de la consommation dans les quatre pays les plus rapprochés: l'Angleterre, les Pays-Bas, l'Allemagne et la France. Or, le minimum fixé par la loi est inférieur de plus de deux tiers à ce que donnerait l'impôt s'il était appliqué à cette moyenne. || Il connaît du reste l'argument par lequel la Belgique a cherché en 1877 à justifier l'infériorité de sa consommation par tête. Elle a allégué que, n'ayant pas de colonies, sa population n'a contracté que tardivement l'usage du sucre. Mais il croit devoir faire remarquer que la consommation du sucre n'a pris un grand développement qu'à partir de l'introduction du sucre de betterave, ce qui enlève toute valeur à l'argument.

M. Guillaume répond qu'en 1873 il avait donné d'autres raisons. Il a expliqué qu'en Belgique on consommait réellement fort peu de sucre. L'usage du thé et d'autres boissons chaudes, qui en sont le principal véhicule, n'est guère répandu en Belgique. Il y existe un grand nombre de petites fabriques de sirops de fruits, dont les produits sont consommés par la population des campagnes. || Du reste, avant l'établissement des fabriques de sucre en Belgique, alors que le sucre consommé provenait exclusivement des importations relevées par la Douane, il était facile d'évaluer exactement le chiffre de la consommation. Or, on constatait que ce chiffre était notablement inférieur à celui qui représentait la consommation dans les pays voisins. Rien d'étonnant dès lors à ce qu'il présente encore aujourd'hui la même différence. || Mr. Walpole déclare qu'il lui semble que le minimum est important à un autre point de vue. Comparé au chiffre de la population, il accuse une consommation par tête de 2.26 kilogrammes. Il est évident que ce chiffre s'écarte de la vérité. Il devrait atteindre au moins 6 ou 7 kilogrammes par tête.

MM. Guillaume et Dujardin contestent cette appréciation. M. Guillaume reconnaît toutefois que la consommation est supérieure à 2.26 kilogrammes. Même si la Conférence n'avait pas eu lieu, son Gouvernement aurait vraisemblablement proposé de relever la prise en charge dans l'intérêt du Trésor. || M. le Comte d'Onslow demande sur quoi est basé le minimum. || M. Guillaume répond qu'il a été fixé d'après les importations, la production et les exportations des trois dernières années. || M. Sans-Leroy demande à MM. les Délé-



Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

gués de la Belgique comment on est arrivé à connaître la quantité réellement produite. || M. Guillaume. Les calculs ont été faits en tenant compte de ce fait, que les quantités produites dépassaient le montant des prises en charge légales.

M. Sans-Leroy fait observer que, dans les Départements du nord de la France, la consommation est de 12 kilogrammes par tête. Il demande comment on a pu apprécier en Belgique, où le système de l'exercice n'est pas en vigueur, l'importance de la production effective. || M. Guillaume, répondant à cette question, explique qu'on s'est basé sur les faits observés dans les pays voisins, et notamment sur le rapport constaté en France entre la prise en charge à la densité et la production constatée par l'exercice. || M. Sans-Leroy fait remarquer qu'en France la constatation du jus n'était qu'une simple appréciation, un minimum. Cette constatation n'était pas entourée de garanties d'exactitude bien rigoureuses, l'action du service se portait principalement sur les turbines.

M. Lange donne quelques explications sur la législation danoise. Pour les sucres de betterave exportés elle accorde temporairement une prime ouverte, que le Gouvernement est disposé à supprimer. Pour l'exportation des produits des raffineries du Danemarck, la prime que peut donner le drawback est minime, et l'exportation diminue d'année en année. Le Gouvernement danois serait sans doute tout disposé à entrer dans l'Union sucrière qui pourrait résulter de la Conférence.

M. Dupuy de Lôme dit que la situation de l'Espagne est très nette; elle ne produit pas de sucre de betterave. On fait du sucre de canne dans quelques provinces, mais cette industrie a relativement peu d'importance, et le sucre produit n'est pas exporté. || L'Espagne est surtout intéressée dans la question au point de vue de ses colonies. Les Antilles ont souffert, plus que tout autre pays, de la crise sucrière et du système des primes. Il ne leur est accordé aucune prime à l'exportation. Au contraire, les sucres payaient dernièrement encore des taxes de sortie. Ces taxes n'étaient, il est vrai, qu'un moyen de percevoir l'impôt foncier. Elles ont été abolies par un Décret royal du 25 juillet 1887. || Les sucres coloniaux sont maintenant admis en franchise dans la métropole. Ils ont, pourtant, à payer certains droits municipaux et transitoires, dont la restitution aux raffineurs, avec une bonification de 20 p. 100 sur le poids pour les déchets, pourrait donner lieu à une prime. Mais, en fait, l'exportation est nulle et jamais on n'a demandé la restitution des droits payés, les sucres produits ou raffinés en Espagne ne pouvant pas lutter avec les sucres primés des autres pays. L'Espagne a accueilli avec la plus vive sympathie la pensée qui a présidé à la réunion de la Conférence. Elle désire la suppression des primes; et elle est décidée à concourir à les faire disparaître. || M. Batanero se rallie complètement aux paroles de son collègue. Il déclare que l'Espagne est bien décidée à entrer dans les vues de la Conférence, et qu'elle désire vivement la suppression des primes.

M. Sans-Leroy rappelle les conditions dans lesquelles la France a été amenée à changer sa législation. Après avoir, pendant quatre ans, appliqué l'exercice dans des conditions qui ne laissaient place à aucun abus, elle a dû, pour sauver son industrie qui succombait dans une lutte inégale, s'inspirer des exemples qui lui venaient d'outre-Rhin. || Le caractère de la législation française est double: || D'un côté, pour le sucre indigène, le Trésor passe un forfait avec le fabricant; || De l'autre côté, pour le sucre colonial, la loi accorde une prime franche. || La prime des sucres coloniaux ne joue ici qu'un rôle secondaire. Les colonies profitent de ce que les fabricants de sucre indigène ont gagné pendant l'année précédente. Par la prise en charge, basée sur le poids des betteraves mises en oeuvre, on accorde en fait une prime considérable à la sucrerie indigène, et l'année suivante les sucres coloniaux en profitent. Cette année la prime pour les colonies est de 36.44 p. 100, ce qui veut dire que, pendant la dernière campagne, les fabricants de sucre ont profité d'avantages équivalents. || Sans doute, ce sont là des primes très élevées. Mais ce n'est pas la France qui en a donné l'exemple; elle n'est entrée dans cette voie que pour se défendre. || M. Sans-Leroy n'a pas le mandat d'indiquer les moyens de faire cesser cet état de choses fâcheux; mais il se rallierait à un système qui satisferait à tous les intérêts engagés dans la question.

M. Catalani n'a rien à ajouter au mémoire remis par son Gouvernement. Si l'on a des questions à lui poser, il sera heureux d'y répondre à la séance prochaine.

M. Verkerk Pistorius présente à la Conférence quelques observations sur la législation des sucres dans les Pays-Bas. Il constate que le Gouvernement des Pays-Bas a, dès l'abord, accueilli avec empressement la proposition du Cabinet de Saint-James de réunir tous les pays producteurs de l'Europe dans une Conférence chargée d'examiner les moyens de parvenir à l'abolition générale des primes. Son Gouvernement espère arriver à une entente qui lui permettra d'asseoir sa législation sur une base rationnelle et stable, en la mettant en harmonie avec la réalité. || En Néerlande, continue M. Verkerk Pistorius, le Gouvernement et la Législature ont été jusqu'ici d'accord sur ces deux principes: que la loi fiscale n'est pas un instrument de protection, mais un moyen de pourvoir aux besoins du Trésor; et, ensuite, qu'il faut se garder autant que possible d'y apporter de fréquents changements, qui déroutent l'industrie. La législation des Pays-Bas, en matière de sucre, ne s'inspire pas du principe de la protection, et cherche, au contraire, à diminuer les primes. Le rendement de l'impôt à lui seul suffit à le prouver. || En 1864, lors de la conclusion de la Convention du 8 novembre avec la Grande-Bretagne, la Belgique et la France, ce rendement (avec un droit de 22 florins des Pays-Bas, soit de 45 fr. 80 cent. par 100 kilogrammes de sucre brut) était de 2 millions de florins, soit 4,166,000 francs. Aujourd'hui, ce revenu s'élève à 8 millions de florins, soit 16,200,000 francs, avec un droit de 27 florins par 100 kilogrammes. Ce droit est resté le même depuis la loi du 2 juin 1865. || Il est

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

évident que ce résultat n'a pu marcher de pair avec une augmentation des primes en général. Après un effort infructueux, en 1880, pour maintenir la nuance des sucres comme base de l'impôt, il a été reconnu, en 1884, que ce système est insuffisant pour estimer le rendement au raffinage; et en présence d'une importation croissante de sucres artificiellement colorés pour éluder les droits, le Gouvernement n'a pas hésité à adopter, pour la prise en charge des raffineries, la saccharimétrie avec le même déchet au raffinage qu'en France, système qui, par le même coup, supprima presque totalement la protection dont jouissait alors l'industrie du raffinage. Depuis, les raffineries appliquant le système de la séparation ou quelque autre procédé pour l'extraction du sucre des mélasses ont été soumises à une déduction de 1 pour cent sur le déchet accordé pour la fabrication, ce qui équivalait à une taxe supplémentaire assez élevée. || M. Verkerk Pistorius fait observer que, pour les fabriques de sucre de betterave, une tentative dans le même sens avait déjà été faite en 1875, époque à laquelle, après un nouvel accord intervenu avec les Puissances contractantes de 1864, un projet de loi, basé sur l'exercice, fut soumis à la législation néerlandaise. || La seconde Chambre rejeta ce projet, d'abord parce que le régime proposé pour les raffineries était considéré comme trop sévère, mais surtout parce qu'un accord avec deux pays, prélevant un impôt sur le sucre, était jugé insuffisant, d'autant plus que l'un d'eux (la Belgique) ne se conformait pas au même régime que les deux autres. || Le seul changement de quelque importance apporté, depuis cette époque, à la législation sur les fabriques de sucre, est l'imposition d'une taxe supplémentaire pour les fabriques appliquant l'osmose ou d'autres procédés pour l'extraction du sucre des mélasses. La prise en charge, fixée en 1867 à 1,450 grammes de sucre raffiné, soit 1,647 grammes de sucre brut de la deuxième classe par hectolitre de jus et par degré de densité, est restée la même, quoique l'industrie et la culture de la betterave aient fait de grands progrès. La raison principale de cet état stationnaire de la législation néerlandaise, c'est que le Gouvernement ne croyait pas devoir proposer une mesure qui, tout en asseyant l'impôt sur une base plus rationnelle que la quantité et la densité des jus, aurait exposé l'industrie néerlandaise sans aucune protection à la concurrence d'industries étrangères jouissant de primes toujours croissantes. || M. Verkerk Pistorius espère que, grâce à l'initiative de la Grande-Bretagne, ce dernier obstacle est à la veille de disparaître, et il assure la Conférence que le Cabinet de La Haye s'estimera heureux de concourir à l'oeuvre proposée en supprimant, conjointement avec les autres Puissances réunies à cette Conférence, la prime néerlandaise sur la production des sucres.

Il rappelle que l'industrie des colonies néerlandaises ne jouit d'aucune protection et qu'elle a souffert cruellement de la crise de 1884, causée par un excès de production, et provoquée indirectement par la protection accordée à l'industrie de l'Europe. Les raffineries néerlandaises, laissées depuis cette époque même à leurs propres forces, ont grand-peine à soutenir la concurrence.

Dans cet état de choses, le Gouvernement néerlandais s'associera volontiers à tout accord international qui mettra fin à la protection. Quant à lui, il est disposé à adopter pour les raffineries, comme pour les sucreries, le système de l'entrepôt, pourvu que les autres Puissances fassent de même. || M. Verkerk Pistorius ajoute que le mot *primes* (bounties) ne rend pas exactement l'idée de la protection qu'il s'agit maintenant de supprimer. D'abord, il ne lui semble exprimer qu'imparfaitement l'effet d'une législation qui, comme celle des Pays-Bas pour les fabriques de sucre de betterave, est restée stationnaire, tandis que l'industrie et l'agriculture faisaient des progrès. Mais, en outre, il ne comprend certainement pas une autre espèce de protection qui jouera sans doute un grand rôle dans les délibérations de la Conférence, à savoir l'avantage que l'exportation peut tirer des droits de douane très élevés, perçus à l'entrée de certains pays.

Pour le moment, il n'entrera pas dans de plus amples détails à ce sujet; il lui suffit d'avoir indiqué que le Gouvernement des Pays-Bas considère ce côté de la question comme très important et comme rentrant, sous le rapport indiqué, dans le cadre des délibérations de la Conférence actuelle, comme dans celui de toutes les Conférences précédentes entre les Puissances contractantes de 1864.

Des explications sont ensuite échangées entre MM. Guillaume et Pistorius sur le système proposé par ce dernier. S'agit-il de l'exercice proprement dit? || M. Pistorius répond qu'il a parlé d'un système d'entrepôt. || M. Guillaume rappelle que M. Kamensky a dit qu'il fallait approprier la législation aux usages locaux. M. Pistorius ne croit-il l'entente possible que par l'adoption d'un système uniforme? || M. Pistorius répond que l'identité de régime a de grands avantages, et qu'à son avis la Conférence doit rechercher une solution applicable également à tous les pays. Cependant il ne refuserait pas absolument de discuter les équivalents. || M. Kamensky dit qu'en Russie la question est très simple. Les droits sont perçus sur le produit fabriqué. Il n'y a pas de trace de prime déguisée pour l'exportation; le drawback est identique aux droits. || Il y a eu une prime directe accordée temporairement dans un moment de crise. Elle était de 11 fr. 18 cent. par 100 kilogrammes. Elle a été abolie pour la frontière européenne. Elle subsistera pour la frontière d'Asie jusqu'en 1891. Après cette date les primes seront tout à fait abandonnées. L'exception pour l'Asie se justifie parce qu'il faut pour l'Asie des sucres spéciaux. || En résumé, dit M. Kamensky, le mode de perception en Russie est un bon système. Il assure au Trésor un revenu assez considérable (46 millions de francs). || M. Sans-Leroy demande à faire une observation: toute prime est supprimée en Russie; mais le Gouvernement n'a-t-il pas autorisé les fabricants à former un syndicat et à élever fictivement les prix à l'intérieur, à la condition qu'ils exporteraient une partie de leur production, fût-ce à vil prix? Cet accord n'a pu se produire sans le consentement du Gouvernement. M. Sans-Leroy avait eu d'ailleurs l'honneur de voir M. le

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

Ministre des finances, et son Excellence lui avait assuré que ce fait ne se reproduirait plus. M. Kamensky peut-il confirmer ces assurances? || M. Kamensky confirme volontiers cette promesse.

M. Dickson expose les bases de la législation suédoise. Il constate qu'il n'y a pas de drawback sur l'exportation des sucres de betterave indigènes. Les sucres raffinés en Suède et provenant de sucres bruts importés donnent droit à un drawback. Mais ce drawback n'est que l'équivalent exact du droit perçu. Pourvu que cette équivalence soit maintenue, il lui semble que la loi actuellement en vigueur en Suède remplit déjà les conditions requises pour la suppression des primes.

M. le Président est d'avis que la Conférence, après cet intéressant exposé des diverses législations, ferait bien de remettre la suite de la discussion jusqu'au moment où le compte rendu aura pu être imprimé. || M. le Comte de Kuefstein demande à ajouter à son exposé que le nouveau Projet de loi fixe à 5 millions de florins le montant des primes, de sorte qu'au lieu d'un minimum de recettes l'Autriche-Hongrie aura un maximum de primes. || M. Walpole. "C'est le système de l'exercice avec une prime ouverte." || M. le Comte de Kuefstein ne croit pas devoir accepter des termes techniques, qui ne s'appliquent pas exactement au régime tout spécial de l'Autriche-Hongrie.

### Dritte Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. || MM. Catalani, Jordan, le Comte de Kuefstein et Guillaume présentent quelques observations sur le procès-verbal de la précédente séance. || Une conversation s'engage entre MM. Guillaume et Sans-Leroy concernant l'importance des excédents qui étaient autrefois constatés en France sur le montant de la prise en charge, alors qu'elle était basée sur le volume et la densité des jus. || Le procès-verbal de la deuxième séance est adopté, avec les modifications que MM. les Délégués ont signalées aux Secrétaires de la Conférence.

M. le Président assure la Conférence que c'est avec la plus vive satisfaction que les Délégués du Gouvernement de la Reine ont été témoins, à la dernière séance, de l'unanimité qui s'est manifestée dans les déclarations faites par les Représentants des autres Puissances réunis à cette Conférence. Il en résulte clairement que le but commun, c'est l'abolition des primes. || Il demande la permission de faire ressortir l'importance de cette harmonie frappante en récapitulant en quelques mots les sentiments qu'ont exprimés MM. les Délégués à la séance précédente. || La législation de l'Allemagne tend déjà vers l'abolition des primes; le but que la Conférence s'est proposé lui est entièrement sympathique. L'Allemagne est toute disposée à abolir ses primes pourvu que les autres Puissances en fassent autant. || L'Autriche-Hongrie a

déjà préparé une loi qui fournit le moyen de supprimer la prime. Les sucres destinés à l'exportation seront affranchis de droits. Évidemment, l'Autriche-Hongrie abolira volontiers la prime. || La Belgique a fait ses réserves quant aux moyens à adopter pour la suppression; mais elle accepte le principe de l'abolition totale: les modifications qu'elle apportera à sa législation dépendront des concessions faites par les autres Puissances. Si la prime est entièrement supprimée dans les autres pays, la Belgique s'engage à trouver un moyen administratif qui la supprimera chez elle. || Le Danemark, l'Italie et la Suède ne trouveront évidemment pas de difficultés à entrer dans l'Union sucrière, qui sera le résultat, comme l'espère M. le Président, de la Conférence. || Dans la pratique, l'Espagne ne donne pas de primes. Elle en désire vivement la suppression dans les autres pays. || La France donne des primes très élevées; mais elle n'est entrée dans cette voie que pour se défendre; elle avoue que cet état de choses est fâcheux, et elle ne resterait pas en dehors d'une Union qui rétablirait la balance des intérêts européens qui se trouvent engagés dans la question. || Le Cabinet de la Haye sera heureux de concourir à l'oeuvre en abolissant la prime aux Pays-Bas, pourvu qu'elle disparaisse dans les autres pays. || En Russie, les droits sont perçus sur les produits fabriqués. Le drawback et le droit sont identiques. Une prime a été temporairement accordée. M. le Délégué de la Russie a cependant assuré la Conférence que ce fait ne se reproduira plus, au moins sur la frontière d'Europe. || Il y a un accord complet quant au désir de supprimer les primes. Il faut maintenant faire un pas ensemble pour réaliser cette suppression. Plusieurs Délégués ont déclaré qu'ils ne sont pas en mesure d'indiquer les moyens par lesquels leurs Gouvernements respectifs se proposent de faire cesser la prime, bien que ces Gouvernements soient tout disposés à le faire.

M. le Président demande si quelqu'un d'entre les Délégués à une proposition générale à soumettre à la Conférence, qui fournirait au moins la base d'une législation uniforme dans les divers Pays. || M. Verkerk Pistorius constate qu'après les paroles de l'honorable Président on peut considérer que l'entente est complète quant au but à réaliser. Il croit que la Conférence ferait un grand pas en avant en abordant la discussion des voies et moyens. Parmi ces moyens, il y en a un qui est signalé dans le programme du Cabinet de Saint-James. Ce moyen, c'est la fabrication et le raffinage en entrepôt. M. Pistorius propose de commencer par examiner si les Puissances disposées à accepter l'impôt à la consommation peuvent se rallier à ce système. Il y a plusieurs Puissances qui ont proposée des mesures dans ce sens. La première chose à faire serait de rechercher si une de ces mesures pourrait servir de base à la discussion. || M. le Président pense qu'au lieu d'engager la Conférence dans une discussion générale sur des questions d'un ordre aussi technique, il serait préférable d'en confier l'étude à une Commission, qui ferait son rapport à la Conférence.

M. Catalani approuve ces paroles. || M. le Comte de Kuefstein fait re-



marquer que, dans son discours, M. le Président a bien rendu la pensée du Gouvernement austro-hongrois, qui désire la suppression des primes, mais à la condition, bien entendu, que les autres États le suivent dans cette voie. || M. Du Jardin demande si M. le comte de Kuefstein entend par là que toutes les Puissances devraient adopter le même régime. || M. le Comte de Kuefstein croit que c'est là une question à débattre en Commission. || M. Du Jardin ne croit pas que M. Verkerk Pistorius ait voulu faire de l'adoption, par tous les Pays, du système de raffinage en entrepôt une condition nécessaire. Dans un discours prononcé à la précédente séance, il admettait la discussion du régime des équivalents. || M. le Comte de Kuefstein pense que M. le premier Délégué des Pays-Bas a soumis à la Conférence l'idée qu'il serait désirable d'arriver à l'établissement d'un système uniforme, et, comme moyen, il a indiqué l'impôt à la consommation constaté par voie d'exercice. Mais il n'exclut pas la discussion des équivalents. || M. Verkerk Pistorius craint de ne pas s'être expliqué assez clairement. Il a voulu réserver la question des équivalents. Il a parlé du système d'entrepôt parce que ce système lui avait paru rencontrer l'adhésion de la plupart des Délégués. Mais la question des équivalents doit être réservée. || M. le Comte d'Onslow appuie la proposition de constituer une Commission spéciale pour étudier ces questions. || M. Sans-Leroy croit qu'il existe une question qui doit primer celle que M. le Président a proposé de renvoyer à une Commission. Il faut, avant tout, résoudre le point contesté de savoir comment on évaluera la valeur saccharine des produits soumis à l'impôt. L'accord sur le système de perception ne servira de rien si l'on n'a pas déterminé d'abord quel est l'objet que l'impôt doit atteindre. || M. le Président pense que la Commission qui étudiera la question de la fabrication et du raffinage en entrepôt pourra être saisie en même temps de la question posée par M. Sans-Leroy. || M. Walpole déclare qu'il ne comprend pas clairement la question. Il s'agit de savoir quelles sont les Puissances qui sont disposées, sans écarter la discussion des équivalents, à adopter le système de l'impôt à la consommation. Avec ce système, l'impôt porte sur le produit achevé, ce qui dispense de tout calcul, de toute présomption. Les Pays-Bas et l'Autriche-Hongrie sont d'accord pour déclarer que c'est le meilleur système. L'Allemagne a fait un pas sérieux dans cette voie. La Russie ne fait pas d'opposition. La France veut-elle aussi prêter son concours? || M. Sans-Leroy estime que la qualification de sucre achevé est bien vague, et qu'il importe de déterminer d'une manière précise la nature de la matière imposable. Il n'est pas hostile à l'exercice; loin de là, il est convaincu que nulle part l'exercice ne serait appliqué aussi facilement qu'en France et dans d'aussi bonnes conditions. Mais on ne consomme pas seulement du sucre raffiné. Il est donc essentiel que l'impôt se perçoive sur une richesse saccharine reconnue d'après une méthode universellement adoptée. Il faut être d'accord sur la valeur qu'il convient d'attribuer à cette expression de richesse saccharine. || M. Batanero expose les avantages du polarimètre pour la détermination de la



richesse des sucres. C'est un système qu'on doit examiner. Il lui semble que la Commission pourrait étudier d'abord la question du régime et ensuite celle de la détermination de la matière imposable par le système le plus convenable pour tous.

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

M. le Président reproduit la proposition de renvoyer les deux questions à la même Commission. || M. Sans-Leroy persiste à croire qu'avant d'aborder toute autre question, il faut se mettre d'accord sur les moyens d'apprécier la richesse des sucres. C'est un point facile à régler. On pourra ensuite aborder a question posée par M. le Président. || M. Verkerk Pistorius est d'un avis opposé. Il ne méconnaît pas l'importance de la question relative à la détermination de la richesse, c'est-à-dire à la saccharimétrie. Mais il fera remarquer que le rôle de la saccharimétrie variera d'importance suivant le système d'impôt qui sera adopté. || Si c'est l'impôt au degré, la saccharimétrie aura le principal rôle; si c'est le système de l'exercice, tel qu'il avait été proposé en 1877, avec prise en charge et perception de la majeure partie des droits à l'entrée, la saccharimétrie aura encore un rôle important. Mais si l'on adopte un système d'entrepôt, reposant surtout sur la surveillance à la sortie, son rôle deviendra tout à fait secondaire, puisqu'il se bornera à la constatation, comme moyen de contrôle, de la quantité de sucre absolu entrant dans l'établissement, puis à la détermination de la richesse des bas produits. || La question posée par M. Sans-Leroy lui paraît donc rentrer dans le cadre des attributions de la Commission dont M. le Président propose la nomination. || M. Sans-Leroy croit que la question soulevée par lui doit prendre le premier rang. Si l'on examine la question de l'exercice non seulement au point de vue des raffineries, mais aussi au point de vue des fabriques, il est essentiel de déterminer la richesse des sucres bruts à la sortie de ces établissements. || Un Pays essentiellement raffineur, s'il en existe, pourrait acheter à la nuance, par exemple, et revendre au degré. Or, on sait à quels abus le système des nuances peut conduire. || M. le Président croit qu'on peut trancher le différend en soumettant les deux questions à la Commission. || M. le Comte de Kuefstein demande si l'entrée dans la Commission n'entraîne aucune obligation, aucun engagement. Il rappelle qu'en ce qui concerne l'adoption d'un système uniforme, ou du moins de systèmes analogues, il a bien expliqué la situation de son Pays. Il considère tout autre système comme ne donnant pas de garanties suffisantes pour la suppression des primes. Cela n'empêche pas, cependant, de discuter les équivalents. || M. Jordan déclare qu'il ne peut prendre aucun engagement au nom de son Gouvernement; il ne peut se rallier à une proposition que sous toutes réserves. || M. le Président répond que cette situation est celle de tous les Délégués. || M. Sans-Leroy confirme cette interprétation en faisant remarquer que les Délégués ont été envoyés pour présenter à leurs Gouvernements un avant-projet, que ceux-ci se réserveront d'écarter ou d'adopter, de soumettre ou non à leurs Législatures. || M. Sans-Leroy croit qu'il serait nécessaire que la Commission discutât la question de

No. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

la détermination de la richesse saccharine avant d'aborder tout autre point. Il importe avant tout de s'entendre sur la question de savoir combien une quantité de sucre donnée contient d'unités saccharines. L'évaluation de la richesse doit être le point de départ des travaux de la Commission. || Après quelques observations, M. Walpole déclare qu'il ne s'y oppose pas. || M. Catalani appuie la motion de M. Sans-Leroy.

M. Sans-Leroy fait remarquer qu'en Italie et en France on évalue la richesse saccharine de la même manière; mais il y a d'autres pays qui évaluent cette richesse par des procédés différents de manière à laisser subsister des primes. || M. Walpole pense que la Commission pourra étudier d'abord la question posée par M. Sans-Leroy, puis celle posée par M. Pistorius, et faire son rapport sur les deux ensemble. || M. Verkerk Pistorius ne s'oppose pas à cette proposition, d'autant moins qu'à ses yeux la saccharimétrie est un moyen, tandis que le raffinage en entrepôt est un principe. || M. Sans-Leroy souhaite plus que personne le régime de l'exercice; mais, avant de songer au mode d'imposition, il faut définir l'objet imposable. || M. le Comte de Kuefstein croit que l'impôt à la consommation est le moyen d'éviter l'analyse. Cependant, sur une observation de M. Sans-Leroy, il reconnaît que le nouveau Projet de loi comporte l'emploi de la saccharimétrie, mais uniquement pour l'allocation des primes ouvertes. || Cette loi n'impose pas les sucres destinés à l'exportation, il n'y a dès lors aucun remboursement, et par conséquent il ne sera plus nécessaire d'avoir recours à la saccharimétrie en Autriche-Hongrie, du moment que les primes auront été abolies.

M. Kennedy propose de désigner comme Membres de la Commission un Délégué de chacun des Pays qui paraissent disposés à accepter un système de travail en entrepôt, et d'y joindre le premier Délégué de la Belgique. Il propose MM. Jaehnigen, le Comte de Kuefstein, Guillaume, Sans-Leroy, Verkerk Pistorius et Walpole. La Commission serait prête à recevoir les éclaircissements que voudraient lui donner les autres Membres de la Conférence. || Les noms sont acceptés. || La Conférence s'ajourne jusqu'à ce que la Commission soit en mesure de lui faire son rapport.

#### Vierte Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, Premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de Représentant officieux du Gouvernement des États-Unis. || Sur la proposition de M. le Président, le procès-verbal de la troisième séance est adopté.

M. le Comte de Kuefstein donne lecture du rapport de la Commission nommée à la troisième séance. || M. Jordan demande la parole sur les paragraphes 1 et 2. Il n'a pas d'objections à faire; il renouvelle seulement une observation qu'il a faite à une précédente séance. C'est qu'il n'a pas qualité

pour accepter ou rejeter les conclusions de la Commission. Tout ce qu'il peut faire, c'est de les recommander à l'appréciation de son Gouvernement, sans prendre d'avance aucun engagement en son nom. || Quant au paragraphe 3, M. Jordan n'en comprend pas clairement la portée. Il ne lui paraît pas que la Conférence puisse se charger de communiquer, elle-même, les propositions dont il s'agit aux Gouvernements représentés, et encore moins de leur demander les décisions qu'ils formuleraient sur ces propositions. Au lieu d'un échange de communications entre toutes les Puissances représentées, il lui semble qu'on suivrait une voie plus pratique en priant un des Gouvernements de servir d'intermédiaire pour ces communications. Le Gouvernement britannique, qui a pris l'initiative de la Conférence, lui semble en premier lieu désigné pour remplir cette mission. Il demande si les Délégués de la Grande-Bretagne voudraient bien se prononcer sur cette question. M. le Président répond que le Gouvernement de la Reine est prêt à agir comme intermédiaire entre les Gouvernements, pour transmettre les propositions de chaque Puissance. Il propose de modifier en ce sens les termes du rapport. || M. le Comte d'Onslow ne croit pas qu'il convienne d'apporter un changement au rapport. Il vaut mieux à son avis faire de la proposition en discussion l'objet d'une décision spéciale de la Conférence. || M. le Comte de Kuefstein parle dans le même sens. Il ajoute que la Commission n'a pas cru pouvoir prendre sur elle d'imposer à un des Gouvernements représentés le soin de servir d'intermédiaire; mais, pour son compte il verrait avec plaisir que le Gouvernement britannique voulût bien accepter ce rôle. || M. le Président pense que, pour donner satisfaction à M. le Délégué de l'Allemagne, il n'est pas nécessaire de changer de rapport; il suffit qu'il soit entendu que le Gouvernement britannique se charge de recevoir et de transmettre à toutes les Puissances les communications qui lui seraient faites. || M. Jordan demande encore s'il est bien nécessaire de fixer le délai dans lequel les Gouvernements seraient invités à formuler leurs propositions. || M. le Président croit qu'il est nécessaire de fixer une date, sauf à la changer plus tard si le délai accordé n'est pas trouvé suffisant. || M. Jordan ne voit pas la nécessité de fixer une date. || M. le Comte d'Onslow demande si la Commission a laissé la date en blanc avec l'intention de s'en remettre à la Conférence du soin de la fixer. || M. le Comte de Kuefstein répond affirmativement. || M. Kamensky propose de mettre la date aux voix. || M. le Comte de Kuefstein exprime l'avis que, pour tenir compte des observations faites par M. Jordan, on pourrait s'en rapporter au Gouvernement britannique. || M. le Président propose la date du 1<sup>er</sup> mars. Il demande si la Conférence est d'accord pour adopter le rapport de la Commission, en modifiant simplement le troisième paragraphe en ce sens, que les Gouvernements, au lieu de se renseigner réciproquement, seront renseignés par la voie du Gouvernement de la Reine. || M. Jordan dit qu'il accepte la substitution de cette rédaction à celle du troisième paragraphe du rapport de la Commission. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer que le troisième paragraphe ne vise pas seulement

No. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

les points sur lesquels vient de porter la discussion. Il pose une question de principe, celle de l'emploi de la méthode saccharimétrique dite *française*. M. Jordan entend-il repousser cette partie du rapport? Il croit nécessaire de préciser; car non pas lui, mais plusieurs autres membres de la Commission attachent de l'importance à cette question. || M. Jordan ne s'oppose pas au maintien de cette partie du numéro 3 du rapport.

M. Verkerk Pistorius demande la parole relativement à la fixation du délai qui serait accordé aux Gouvernements. Il lui paraît utile que les Délégués expriment leur avis sur le délai qui peut être nécessaire pour permettre aux Gouvernements de formuler leurs propositions. La date à laquelle ce travail pourra être terminé peut varier suivant les Pays. || M. Walpole insiste sur la nécessité de fixer une date, si l'on ne veut pas retarder indéfiniment la solution du problème. Il est à désirer que les Gouvernements se hâtent un peu pour montrer leur désir d'arriver à un résultat. || M. Dupuy de Lôme estime que le rapport de la Commission n'a que la valeur d'une simple proposition. En l'adoptant, la Conférence ne ferait qu'exprimer le vœu que les Gouvernements formulent leurs propositions avant une date qui serait fixée. Les Délégués, en exprimant ce vœu, ne peuvent pas engager leurs Gouvernements respectifs. La fixation d'une date n'est qu'un moyen pratique signalé pour arriver plus tôt au résultat désiré; mais, si l'un des Gouvernements n'accepte pas les décisions de la Conférence, ou n'est pas prêt à la date fixée, il en informera le Gouvernement britannique. || M. le Président pense qu'une indication donnée par la Conférence aurait plus de valeur. || M. Jordan déclare qu'il n'a aucune idée du temps nécessaire pour mener à bonne fin le travail demandé. Il ne saurait ni proposer une date, ni se rallier à celle qui pourrait être proposée. || M. le Comte d'Onslow lit le texte de la résolution suivante que les Délégués britanniques soumettent à la Conférence: || „Il sera constaté au procès-verbal que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique est prié de faire les démarches nécessaires auprès des autres Puissances pour rendre effective la recommandation contenue dans le troisième paragraphe du rapport de la Commission, et de se charger de l'échange des Projets et des critiques auxquelles ces Projets pourraient donner lieu.”

M. Kamensky demande la parole. Il croit que le rapport de la Commission présente des garanties suffisantes pour l'abolition des primes déguisées offertes dans certains Pays à l'exportation des sucres. Il fait remarquer cependant que la recommandation, faite sous le n° 1 de ce rapport, d'un système d'impôt sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ne saurait s'appliquer dans les Pays où ces primes déguisées n'existent point ou seraient abolies prochainement. Dans cette catégorie se trouvent l'Espagne, la Russie et l'Autriche-Hongrie après la mise en vigueur de la nouvelle loi. M. le Comte de Kuefstein, dans son exposition faite à la deuxième séance de la Conférence, a bien expliqué ce Projet de loi. Il en résulte que pour l'Autriche-Hongrie le raffinage et la fabrication en entrepôt ne sont pas une

question de première importance. || M. Kamensky expose en quelques mots l'origine des primes déguisées. Il constate que la cause principale en est l'évaluation problématique des rendements de sucre sur laquelle se base l'impôt. Le rendement réel étant toujours au-dessus du rendement légal, il y aura toujours des bénéfices de drawbacks qui rentrent dans la poche des fabricants. S'il a bien compris le nouveau projet de loi dont l'exposition a été faite par le Délégué de l'Autriche-Hongrie, ce projet abandonne le système de la prise en charge et de toute évaluation problématique comme base de l'impôt. La perception du droit s'opérera sur l'article fabriqué de sorte que la remise de l'impôt à l'exportation sera identique avec le droit perçu. Le même système est en vigueur en Russie. C'est le sucre fabriqué qui est frappé de l'impôt basé sur le poids des produits achevés. Cet impôt est perçu à la fin de la campagne, qui se termine ordinairement le 1<sup>er</sup> août, et c'est alors qu'est donnée une remise absolument identique au droit payé. Il ne peut donc y avoir de primes masquées. || M. Kamensky ajoute qu'en Russie les sucres de toute espèce, sucre raffiné, sucre blanc en cristaux, en pain, sont frappés d'un droit uniforme de 85 copecks par poud (11 fr. 61 par 100 kilogr.). Cette uniformité de droit écarte entièrement la nécessité du titrage et de la saccharimétrie. Dans ces conditions le Gouvernement russe se demande si le système actuel de la perception de l'impôt sur le sucre ne présente pas déjà des garanties suffisantes, et s'il y a lieu d'établir un nouveau régime, tel que la fabrication et le raffinage en entrepôt, qui pourrait influencer désavantageusement les intérêts du Trésor et ceux de l'industrie sucrière. || Pour éviter toute méprise, et calmer les méfiances, M. Kamensky croit devoir ajouter qu'il existe dans les usines de sucre en Russie un exercice complet. La surveillance est stricte, et les employés du contrôle, sans intervenir directement dans les divers procédés de fabrication, ne perdent pas de vue la matière qui passe par ces procédés; ils examinent la densité du jus, ils en font l'analyse, ainsi que du sucre brut; ils suivent l'action des divers appareils; mais tout cela se fait seulement dans l'intérêt du fisc. Les fabricants sont obligés de tenir leurs comptes dans des formes prescrites par le Gouvernement, sous le contrôle des employés. Les fabricants fournissent, en outre, au Gouvernement des descriptions détaillées de leurs usines avec toutes les dimensions de leurs appareils, et ces descriptions sont vérifiées par le Gouvernement. || Sans entrer dans tous les détails de cet exercice, M. Kamensky constate qu'il est très complet et offre une garantie absolue pour la perception intégrale de l'impôt. Il invite MM. les Délégués à faire des observations critiques sur le système Russe, et se déclare prêt à accueillir avec reconnaissance des indications de défauts, ou de la moindre trace d'une prime déguisée, lesquelles il aura l'honneur de soumettre à son Gouvernement. Or, en ce qui concerne le système de saccharimétrie dit *français*, M. Kamensky fait remarquer qu'il est employé actuellement dans certains cas, qu'il n'est pas en état de préciser en ce moment, dans des usines russes pour déterminer la quantité de cendres.

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

M. le Comte de Kuefstein demande à réserver son appréciation sur les observations de M. le Délégué russe, jusqu'à ce qu'il en ait eu le texte imprimé sous les yeux. Il relève cependant un passage: M. Kamensky a dit qu'en Autriche-Hongrie, après la mise en vigueur de la nouvelle loi, la restitution de droits à l'exportation sera égale à l'impôt. Il n'y aura plus de restitution, puisque les droits ne seront perçus que sur les sucres destinés à la consommation intérieure; c'est précisément là le principe du système de fabrication en entrepôt. || M. le Comte de Kuefstein déclare qu'en ce qui concerne la prise en charge, il ne peut que se rallier à l'opinion de M. Kamensky sur la défektivité de tout système d'impôt acceptant cette base. L'impôt sur le produit fabriqué est, à ses yeux, le seul moyen de percevoir exactement les droits.

M. Dickson constate que c'est avec une vive satisfaction qu'il voit la question de la suppression des primes entrer dans une phase qui semble promettre une solution basée sur les recommandations de la Commission. Quant au système de la fabrication et du raffinage en entrepôt, il croit cependant devoir ajouter que la Suède ne pourra probablement pas l'adopter. La Suède n'exporte pas de sucre, et il n'est guère probable qu'elle arrive jamais à le faire. Par conséquent, il n'y a pas de raison pour que la Suède s'impose tous les frais de surveillance qui sont inséparables du régime en question, et soumette ses fabricants à des restrictions nouvelles et fâcheuses. Du reste, M. Dickson fait remarquer que la Suède ne donne pas de primes.

M. le Président fait remarquer que la Suède, d'après les renseignements déjà fournis par M. Dickson, n'accorde actuellement aucune prime. || M. le Comte de Kuefstein pense que le système de l'impôt en Suède n'offre pas de garantie absolue contre la possibilité de primes; mais il convient que cela n'ait qu'une importance secondaire aussi longtemps qu'il n'y a pas d'exportation. || M. le Président remercie, en son nom et au nom de la Conférence, ceux de ses membres qui ont fait partie de la Commission. Il propose de nouveau l'adoption du rapport avec la disposition additionnelle lue par le Comte d'Onslow, et la fixation au 1<sup>er</sup> mars de la date laissée en blanc par la Commission. || M. Jordan renouvelle ses réserves au sujet de la date. || Le rapport est adopté avec les additions proposées.

La parole est donnée à M. Guillaume afin d'expliquer les réserves qu'il a cru devoir faire insérer dans le rapport de la Commission et d'exposer les compensations que son Gouvernement est disposé à offrir aux autres Puissances pour suppléer aux garanties résultant de l'impôt sur le produit fabriqué. || M. Guillaume rappelle d'abord qu'il résulte du Protocole annexé au Traité anglo-belge du 23 juillet 1862 que c'est à l'initiative du Gouvernement belge que les premiers pourparlers ont eu lieu pour arriver à la suppression des primes à l'exportation des sucres. || Depuis l'expiration de la Convention de 1864, et après les tentatives qui ont été faites infructueusement pour le renouvellement de cet Acte international, la Belgique a proposé, en 1884, d'ouvrir de nou-



velles Conférences. Son désir de supprimer les primes ne peut donc être mis en doute. || Par quels moyens peut-on arriver aujourd'hui à ce résultat? || La grande majorité de la Conférence actuelle est d'avis que le meilleur système est la fabrication et le raffinage du sucre en entrepôt. Mais ce système est impraticable en Belgique. || M. Guillaume entre dans de longs développements pour prouver qu'un tel régime est antipathique à la nation belge. Il faudrait, pour qu'il eût quelque efficacité, qu'il fût entouré de précautions vexatoires et de mesures restrictives de la circulation. Or, sous ce dernier rapport, on sait qu'une liberté absolue règne en Belgique, où les octrois et les barrières ont été supprimés. || L'expérience de l'exercice a du reste été faite en 1846. Après un an d'application, ce régime a dû être abandonné, tant les réclamations étaient vives. || L'impossibilité de revenir en Belgique à un tel mode de perception a d'ailleurs été reconnue dans les Conférences de 1875 et de 1877, puisque les Projets de convention arrêtés à cette époque admettaient, pour l'établissement de l'exercice, une exception en faveur de la Belgique. || M. Guillaume examine ensuite quels équivalents il peut offrir aux Gouvernements représentés. || La suppression des droits, ainsi qu'elle a été décrétée en Angleterre, supprimerait radicalement toutes les primes. Mais, outre que le Gouvernement belge ne peut en ce moment songer à renoncer au produit des droits sur les sucres, la suppression de cette source de revenu soulèverait de vives critiques de la part des populations qui comprendraient difficilement qu'on maintint des droits sur des objets de grande consommation, comme la bière par exemple, alors qu'on les ferait disparaître sur une denrée qui n'est encore consommée en Belgique que par les classes aisées. || Toutefois, si la suppression des droits sur les sucres pouvait être admise dans tous les pays producteurs de l'Europe, les choses changeraient de face. Mais il ne peut, semble-t-il, en être question aujourd'hui. || M. Guillaume pense qu'il faut chercher ailleurs un équivalent à l'exercice. || Le Gouvernement belge croit qu'on peut trouver cet équivalent dans le mode de perception actuellement en vigueur, et que le résultat désiré peut être atteint par une augmentation du chiffre de la prise en charge. || Pour déterminer le chiffre auquel elle devrait être élevée, il faut entrer dans quelques détails. || La prime existant en Belgique a deux causes : la faiblesse de la prise en charge et les fraudes qui ont été commises depuis quelques années. || Le Gouvernement, pour mettre un terme à celles-ci, a institué une Commission dite *des fraudes*. Entre autres mesures proposées par cette Commission, elle a recommandé l'emploi d'un compteur automatique qui est employé depuis le commencement de la campagne courante, et qui, d'après les rapports des fonctionnaires supérieurs chargés d'en surveiller l'application, ne laisse rien à désirer. || On a d'ailleurs pu se convaincre, d'après le résumé qui a été fait de la législation belge, que les précautions les plus minutieuses ont été prises pour rendre les fraudes désormais impossibles. || On n'a plus à s'occuper dès lors que du chiffre de la prise en charge. || Dans une séance précédente M. Walpole disait que le chiffre de la consom-



Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

mation légale en Belgique n'était que de  $2\frac{1}{2}$  kilogrammes, chiffre notablement inférieur à la consommation réelle. || M. Guillaume explique que la consommation légale n'est descendue à ce chiffre que pendant les dernières années, et cela à cause de la fraude dont il vient de parler. Si l'on prend la moyenne de la consommation légale des cinq campagnes qui ont précédé la campagne 1885—1886, on trouve une consommation de près de  $3\frac{1}{2}$  kilogrammes par tête, soit 19 millions de kilogrammes pour le Pays. || La fraude étant écartée, ce chiffre doit donc être pris comme point de départ pour évaluer de combien il faut élever la prise en charge afin de supprimer tout écart entre la consommation légale et la consommation réelle. || M. Guillaume évalue celle-ci au chiffre maximum de 5 à 6 kilogrammes par habitant, et il développe les motifs sur lesquels il appuie son opinion à cet égard. Dès lors, cette consommation ne dépasserait pas, selon lui, 31 millions de kilogrammes, soit 12 millions en plus que la consommation légale dégagee des quantités fraudées dans les dernières années. || Il en tire cette conclusion, que les quantités prises en charge aujourd'hui s'élevant à 90 millions de kilogrammes, il suffit de les augmenter de 12 millions ou de deux quinzièmes pour atteindre la consommation réelle et supprimer toute prime. Le taux de la prise en charge devrait ainsi être porté de 1,500 à 1,700 grammes, sans extraction du sucre des mélasses. En cas d'emploi de l'osmose, ce chiffre serait porté à 1,802 grammes, et pour la séparation il serait de 1,836 grammes. || M. Guillaume ne se dissimule pas que ces chiffres soulèveront des réclamations de la part de quelques intéressés; mais, fidèle à la déclaration qu'il entend proposer la suppression de toute prime, il croit devoir aller jusque là.

M. le Président croit que les Délégués apprécieront mieux les propositions de M. Guillaume quand le texte en aura été imprimé, et exprime l'avis que ses explications soient reçues, comme le Rapport lui-même, *ad referendum*.

M. le Comte de Kuefstein ne peut pas refuser de transmettre ces propositions à son Gouvernement; mais il ne croit pas qu'elles puissent le satisfaire; car il ne considère pas le système des équivalents comme susceptible de donner aux autres Puissances des garanties suffisantes pour entrer dans une Convention. La façon même dont M. Guillaume a établi ses calculs est une preuve de plus de la défectuosité du système. Ne pouvant, de son propre aveu, s'en fier aux données résultant de la constatation des jus, il est obligé de se livrer à des calculs purement hypothétiques sur le chiffre de la population, sur la consommation probable par tête d'habitant, enfin sur le revenu que l'impôt produit réellement et sur ce qu'il devrait rendre. Ce mode de calcul ne saurait offrir une garantie d'exactitude suffisante.

M. le Président croit que tous les Délégués partagent à cet égard la manière de voir de M. de Kuefstein. Mais, du moment que la Belgique présente ce système comme l'équivalent du régime accepté en principe par les autres Pays, il lui semble que tout ce que les Délégués peuvent faire, c'est d'en référer à leurs Gouvernements. || M. Batanero est persuadé que la Belgique

poursuit le même but que les autres Pays, c'est-à-dire l'abolition des primes; quant aux moyens proposés, il ne peut qu'en référer à son Gouvernement. || Pour mettre les Gouvernements à même d'apprécier ses propositions, M. Guillaume désire présenter quelques explications. On a critiqué le point de départ de son raisonnement. S'il a basé ses calculs sur le chiffre de la consommation, c'est parce que l'on a pris cet élément de la question pour combattre le système belge dans la deuxième séance. Il croit qu'en rejetant un système de prise en charge qui, dans sa conviction, peut donner une consommation légale représentant exactement la consommation réelle, la Conférence créerait une situation regrettable. Si la Belgique restait en dehors de l'Arrangement projeté, elle ne pourrait supprimer ses primes d'une manière aussi complète qu'elle le ferait dans un Acte international qui lui offre des compensations. Dès lors ses sucres primés feraient une concurrence sérieuse, sur les marchés tiers, aux Pays contractants. || M. le Comte de Kuefstein tient à constater qu'il n'a pas été question de rejet.

M. Verkerk Pistorius ne se refuse pas à soumettre la proposition de M. le premier Délégué de la Belgique à son Gouvernement, comme il le fera de tout ce qui se dit et se fait dans la Conférence. Cependant, il croit dès l'abord devoir exprimer son opinion que si la Belgique désire abolir les primes, elle n'y arrivera pas par la voie que son honorable Collègue, M. Guillaume, vient d'indiquer. Une prise en charge est et sera toujours une moyenne qui, en imposant des obligations à tous les fabricants, laissera des avantages à quelques-uns d'entre eux. En ce qui concerne notamment la Belgique, les fabriques de ce Pays situées à proximité des frontières des Pays-Bas ce trouvent dans des conditions économiques à peu près pareilles à celles des fabriques néerlandaises. Or il est constaté, pour ces dernières, par les rapports des employés chargés de les contrôler, que des excédents considérables ont été obtenus, surtout dans les deux dernières années, sur la prise en charge légale dans les Pays-Bas, qui s'élève à 1,647 grammes de sucre brut. Selon l'avis de M. Pistorius il n'est pas douteux qu'une prise en charge de 1,700 grammes en Belgique laisserait aux fabriques en question un bénéfice considérable. Ce ne serait donc pas l'équivalent de ce qu'offre la Néerlande, à savoir l'abolition complète des primes.

M. Guillaume reconnaît que, la prise en charge étant une moyenne, il y aura un avantage pour les fabricants qui ont de forts rendements et une perte pour ceux qui ont des rendements inférieurs. Mais c'est là une question qui ne saurait intéresser la Conférence. Ce que la Conférence doit considérer, c'est si la somme totale de sucre imposée est primée. Du moment qu'elle ne le sera plus, la Belgique aura satisfait au programme commun.

M. Verkerk Pistorius ne saurait accepter cette manière de voir. Les fabricants de son pays se trouveront en concurrence avec des fabricants belges, qui, M. Guillaume le reconnaît, réaliseront des rendements supérieurs à la prise en charge. De quelque nom qu'on les appelle, ces avantages faussent

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

les conditions de la concurrence. Si les Pays-Bas sacrifient les avantages dont leurs fabricants bénéficient aujourd'hui, il est juste que la Belgique fasse de même, et qu'elle ne se réserve pas les moyens d'assurer à quelques-unes de ses fabriques une situation privilégiée.

M. Guillaume fait remarquer qu'on ne peut exiger de la Belgique qu'elle élève la prise en charge au chiffre *maximum* des rendements obtenus par quelques fabricants; ce serait tuer tous les autres. || M. Verkerk Pistorius réplique qu'il le reconnaît et en conclut que, par le moyen proposé, on ne saurait arriver à l'abolition totale des primes. || M. Du Jardin fait remarquer qu'on ne saura jamais atteindre l'absolu, il y aura toujours des fissures. || M. Guillaume croit que si la Belgique fait ce qu'elle peut, étant donné que l'exercice y est impraticable, on ne saurait lui demander davantage. || M. Walpole croit que la Belgique ferait plus facilement accepter les équivalents qu'elle propose si elle parvenait à démontrer, d'une manière évidente, qu'elle ne peut pas accepter le régime commun. Or, il est bien connu que les fabricants belges ont eux-mêmes demandé l'application de l'exercice, et qu'à la Chambre des Représentants une Commission en a adopté le principe. || M. Guillaume reconnaît le fait; mais il ajoute que les Ministres des finances qui se sont succédé, à quelque parti qu'ils appartenissent, ont toujours déclaré qu'ils ne voulaient à aucun prix de l'exercice. Du reste, l'exercice que certains fabricants réclamaient était un exercice mitigé laissant la porte ouverte à la fraude. M. Guillaume ne croit pas qu'on puisse tirer un argument des réclamations faites par quelques intéressés. Ce qu'on doit envisager, ce sont les vœux et les intérêts généraux du pays. Dans les Conférences précédentes, ainsi qu'il l'a rappelé, on avait reconnu l'impossibilité où la Belgique se trouvait d'établir l'exercice, puisqu'on avait accepté les équivalents qu'elle proposait. || M. de Kuefstein fait observer que les Conférences de 1875 et de 1877 ne réunissaient que quatre pays. A cet égard la situation a changé du tout au tout.

M. Guillaume, tout en reconnaissant que les concessions faites à cet égard à la Belgique dans des Conférences précédentes ne lient pas les Gouvernements qui n'y ont pas pris part, constate que c'est cependant un argument qui a sa valeur.

M. le Président fait remarquer que les observations présentées par M. Guillaume ne sont, en définitive, que l'explication d'un des paragraphes du rapport de la Commission, et que la Conférence, ayant adopté le rapport, ne peut se refuser à accepter les explications au même titre, c'est à dire ad referendum. || M. Jordan appuie cette manière de voir. Il ne croit pas qu'une discussion prolongée de la Conférence sur les observations présentées par M. Guillaume puisse amener d'utiles résultats. || M. Dupuy de Lôme parle dans le même sens. Les délégués prennent tout ad referendum. Ils n'ont pas mission d'accepter ou de rejeter les propositions, mais de les soumettre à leurs Gouvernements. || M. Guillaume déclare que si M. le Président juge utile de continuer la discussion, il est prêt à répondre à toutes les objections qui

pourraient lui être faites. || M. le Comte de Florian croit qu'avant de clore la discussion sur les propositions du Gouvernement belge, il serait utile d'avoir sous les yeux le texte imprimé des explications fournies par M. Guillaume. Il propose de renvoyer cette discussion à la prochaine séance. || M. le Président fait remarquer qu'à la première séance M. Guillaume avait laissé entendre que la Belgique ne serait pas éloignée de réduire son tarif. Or il n'est pas question de cela dans les propositions présentées aujourd'hui par M. Guillaume. || M. Guillaume dit qu'il est autorisé à déclarer que son Gouvernement a l'intention de réduire les droits afin d'atténuer les différences qui existent dans les conditions de la production entre les fabriques des diverses parties du pays. Cette réduction serait d'un tiers; elle mettrait le droit à 30 francs au lieu de 45 francs. S'il n'a pas parlé de cette réduction aujourd'hui, c'est qu'il avait pensé que, du moment que les primes sont supprimées, le taux des droits importe peu. || M. le Président. . . . Il lit une lettre du Ministre des États-Unis annonçant que son Gouvernement se fera représenter officieusement à la Conférence par M. White, le premier secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres\*).

\*) Der Rapport der in der Sitzung vom 30. Nov. ernannten Commission lautet:

1. Sur la question de fabriquer et de raffiner en entrepôt, les délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne et des Pays-Bas croient devoir recommander à la Conférence un système d'impôt établi sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation comme le seul qui permette d'en arriver à la suppression totale des primes à l'exportation. Les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction de sucre des mélasses devraient être soumises au même régime. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions, au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités produites, le Délégué de ce pays fait toutes réserves à ce sujet. Il se rallie, du reste, au principe de la suppression totale des primes à l'exportation.

2. Pour le rôle que la saccharimétrie aura à jouer dans le système de l'impôt sur les quantités de sucre produites, la Commission croit devoir se borner à recommander l'uniformité des méthodes. Quant à la détermination de l'étendue de ce rôle, elle semble devoir être réservée à un examen ultérieur, lorsque les différents Gouvernements auront fait connaître leurs vues à cet égard.

3. a) La Commission soumet à la Conférence l'avis que les Gouvernements représentés soient priés de se faire connaître réciproquement avant le . . . . . s'ils adhèrent aux principes ci-dessus énoncés. || b) Dans l'affirmative, ils voudront bien formuler et se communiquer un projet indiquant les bases d'application du système de l'impôt sur les quantités de sucre produites. Ce projet mentionnerait dans quelles limites et dans quels cas on ferait usage de la saccharimétrie. Les Gouvernements feraient connaître, en même temps, si pour réaliser l'uniformité, ils seraient disposés à admettre la méthode dite *française*, généralement usitée dans le commerce de plusieurs nations. Chaque Gouvernement enverrait ensuite au Gouvernement Britannique son avis sur les communications qu'il aurait reçues.

Comte de Kuefstein, || Jaehnigen, || Guillaume, || Ch. Sans-Leroy, || F.-G. Walpole, || Pistorius.  
A. d. R.

## Fünfte Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de représentant officieux du Gouvernement des États-Unis.

M. le Président propose de continuer la discussion sur les déclarations de M. Guillaume. || M. Sans-Leroy demande à M. Guillaume si ses dernières propositions doivent être considérées comme définitives, et si elles ne permettent pas d'espérer des concessions plus larges. Il a déjà fait connaître qu'il réservait, pour son Gouvernement, l'appréciation de la mesure dans laquelle le système des équivalents pourrait être accepté. Mais il croit utile de demander au premier Délégué belge si l'on peut considérer ce qu'il a dit comme le maximum des concessions que son Gouvernement est disposé à faire, ou si ses paroles ne donnent qu'un aperçu de la voie dans laquelle il désire entrer. || M. Guillaume répond que ses propositions ont un caractère définitif, et qu'il lui est impossible d'aller plus loin. Il rappelle que, dans une enquête faite en Allemagne, le chiffre de 1,700 grammes a été indiqué comme celui qu'il faudrait adopter en Belgique pour faire disparaître la prime. Ce chiffre, établi en dehors de toute préoccupation intéressée, est évidemment l'expression de la vérité. M. Guillaume a pensé que la suppression de la prime rendait inutile une modification du tarif. Cependant, quelques membres de la Conférence ayant paru désirer que son Gouvernement entrât dans la voie des réductions, il avait laissé entrevoir l'intention d'abaisser le droit à 30 francs. Il vient de recevoir un télégramme qui l'autorise à pousser cette réduction jusqu'à 25 francs. Ce n'est pas au point de vue de la suppression des primes qu'il fait cette concession, puisque les primes disparaissent par l'élévation de la prise en charge; c'est par esprit de conciliation, pour donner satisfaction aux membres qui ne seraient pas convaincus de l'efficacité de l'augmentation de la prise en charge. Il est évident, en effet, que si, dans leur esprit, il subsiste une prime, en tous cas insignifiante, elle se trouvera diminuée par le fait de la réduction du droit. Il amende donc sa proposition en substituant pour le nouveau tarif le chiffre de 25 francs à celui de 30 francs. Quant à la prise en charge, il est impossible de l'élever au-dessus de 1,700 grammes. || M. Sans-Leroy déclare que, malgré la bonne volonté qu'il est heureux de constater de la part du Gouvernement belge, il croit devoir faire toutes réserves quant à l'attitude que son propre Gouvernement croira devoir prendre sur cette question. Il ne voudrait pas que l'on vît dans sa déclaration une pensée d'hostilité. Il exprime purement et simplement des réserves.

M. Verkerk Pistorius se rallie aux observations présentées par l'honorable M. Sans-Leroy. Il lui est impossible d'admettre que l'élévation de la prise en charge à 1,700 grammes entraîne la suppression des primes. En Néerlande, la prise en charge est de 1,647 grammes en sucre brut. Or les employés

chargés du contrôle ont constaté que, dans les deux dernières années, l'excédent sur cette prise en charge a dépassé 16 p. 0/0 en moyenne, ce qui exigerait une prise en charge de plus de 1,900 grammes pour arriver, par ce moyen, à la suppression des primes. || M. Pistorius ne cite pas ce chiffre de 1,900 grammes pour mettre la Belgique en demeure d'élever sa prise en charge à ce taux, mais simplement pour prouver qu'avec le taux de 1,700 grammes il subsistera des avantages très considérables pour les fabriques du nord de la Belgique placées à peu près dans les mêmes conditions économiques que les usines néerlandaises. Encore la quotité de 16 p. 0/0 d'excédents n'est-elle qu'une moyenne entre les résultats d'un grand nombre de fabriques pendant deux campagnes. On a constaté des excédents allant jusqu'à 22, 23 et même 30 p. 0/0. Ces données, il est vrai, n'ont pas un caractère légal, puisque les fabriques ne sont pas exercées. Cependant elles méritent une certaine confiance; car elles sont établies d'après les quantités de sucre fabriquées pendant la période de contrôle et d'après l'évaluation des sirops restant en fabrique à la fin des travaux de défécation. || M. Pistorius se croit obligé de rappeler qu'aux Conférences de 1875 et de 1877 les concessions de la Belgique avaient été plus importantes, du moins en ce qui concerne la réduction des droits. Elle offrait, en effet, d'abaisser son tarif à 22 fr. 50 et même à 19 francs pour le cas où le revenu de l'impôt aurait dépassé 4,800,000 francs. || En 1875 un autre point important avait été abordé. M. Pistorius veut parler du système des nuances auquel il voit, avec regret, que M. Guillaume ne fait aucune allusion. Dans ce système, qui est encore appliqué, en Belgique, aux sucres importés, les sucres sont divisés en quatre classes, et à chacune de ces classes on applique un rendement légal moyen, résultant d'expériences faites en 1864 dans une raffinerie de Cologne. Les sucres sont rangés dans l'une ou dans l'autre classe d'après leur nuance comparée à des types. Or, il est reconnu depuis longtemps que la nuance est absolument insuffisante pour apprécier la valeur d'un sucre. Ce système prête, en outre, à des fraudes considérables, ainsi qu'on a pu le constater dans les Pays-Bas. Enfin les rendements obtenus à Cogné en 1864 sont aujourd'hui largement dépassés, par suite du perfectionnement des procédés industriels. Ainsi le rendement moyen de la deuxième classe avait été fixé à 88 p. 100; on l'évalue actuellement à 90 p. 100. Cette question a une grande importance pour les Pays-Bas au point de vue du raffinage. M. Pistorius doute que son Gouvernement puisse se rallier à un Arrangement qui consacrerait le maintien de ce mode d'appréciation et de ces rendements pour les sucres bruts introduits en Belgique.

M. Guillaume répond qu'il ne lui est pas possible d'accepter les chiffres de M. Pistorius pour en faire la base de la prise en charge dans les fabriques belges. Celui-ci a parlé entre autres d'un excédent de 30 p. 100 sur une prise en charge actuelle de 1,647 grammes. Cela supposerait un rendement de 2,141 grammes. C'est à peine si la totalité du sucre contenu dans la betterave atteint cette quotité. La constatation d'excédents aussi élevés ne peut être



que le résultat d'une évaluation exagérée des produits en cours de fabrication. || M. Guillaume conclut en maintenant le chiffre de 1,700 grammes qu'il a proposé. Il fait remarquer que, dans le sud de la Belgique, les betteraves ne sont pas aussi riches que sur la frontière néerlandaise. Le taux de 1,700 gr. représente donc bien, à ses yeux, le rendement moyen des usines belges. || Quant aux autres points traités par M. Pistorius, M. Guillaume les avait considérés comme des détails sans intérêt en comparaison de l'objet principal, c'est-à-dire de la question de la prise en charge. Lorsqu'on entrera dans l'examen des détails, il sera temps de songer à ces questions secondaires.

M. le Premier Délégué des Pays-Bas combat le système des nuances; mais, en 1875 et en 1877, on avait constaté que la question n'avait pas d'importance au point de vue des sucres de canne. Presque tous les sucres importés en Belgique sont des sucres de canne appartenant à la deuxième classe. Il est évident que, si l'on trompait sur la nuance, les sucres adulterés tomberaient dans la troisième et la quatrième classe. M. Guillaume avait cru inutile d'aborder cette question, du moment que le classement même des sucres importés témoigne qu'il n'y a pas de fraude; mais il est convaincu que, si des inconvénients apparaissaient, son Gouvernement s'empresserait d'adopter un autre système pour la constatation de la richesse des sucres. Il répète que c'est là, du reste, une question secondaire qu'il n'y aura lieu d'aborder que si le système est admis dans ses grandes lignes. La question principale est de savoir si l'on considère l'élévation de la prise en charge à 1,700 grammes comme une contre-partie suffisante aux propositions faites par les autres Gouvernements.

M. le Président, tout en appréciant les sacrifices déjà faits par le Gouvernement belge, espère que ce Gouvernement, s'inspirant de l'unanimité avec laquelle les Puissances représentées à la Conférence ont adopté le principe de l'abolition des primes, saura trouver un terrain sur lequel l'accord soit possible. Tous les Délégués qui se sont prononcés en faveur d'un système d'impôt sur les quantités de sucre produites voudraient être sûrs que la Belgique arrivera, par une voie différente, au même résultat; mais ils ne trouvent pas jusqu'ici que le système proposé par ce Pays leur offre à cet égard des garanties suffisantes. || En résumant ainsi la situation, M. le Président ne fait que reproduire, du moins il le pense, l'idée déjà exprimée par son honorable collègue, le Premier Délégué français, et que partagent, sans doute, les Représentants des autres Pays. || M. Sans-Leroy répond que M. le Président a bien rendu sa pensée, à cela près, toutefois, qu'il fait des réserves sur le point de savoir si un système d'équivalence quelconque peut offrir des garanties suffisantes.

M. Guillaume réplique qu'il ne peut offrir autre chose que des équivalences. Quant à la fixation de la prise en charge, il ne dit pas que le taux de 1,700 grammes doit être immuable. Le Gouvernement ne verrait pas d'inconvénient à ce que ce chiffre fût élevé, dans l'avenir, au fur et à mesure de



l'amélioration de la qualité des betteraves. Mais, pour le moment, il est arrivé, sur ce point, à la limite des concessions possibles. || Sans contester l'efficacité du régime accepté par les autres Pays, M. Guillaume ne croit pas que le travail en entrepôt soit un obstacle insurmontable à la fraude, si elle venait à être favorisée par la connivence des employés. La question du raffinage n'est que secondaire, en Belgique surtout, où le raffinage a peu d'importance. On sait, du reste, qu'il n'existe que peu de primes pour la raffinerie, ou du moins qu'elles ne dépassent pas 1 ou 2 p. 0/0. La grande question, ce sont les primes à la fabrication, primes dont on poursuit la suppression par l'exercice des fabriques. Pour les fabriques, la Belgique, grâce aux mesures récemment adoptées sur l'avis de la Commission des fraudes, offre la garantie absolue que la loi sera rigoureusement exécutée. M. Guillaume se demande si l'on est bien sûr d'arriver au même résultat par les autres systèmes. La négligence ou la faiblesse du service ne pourra-t-elle pas donner naissance à des primes plus fortes que celles qui subsisteraient dans quelques fabriques de la Belgique?

M. Sans-Leroy estime qu'il serait avantageux de ne pas pousser à fond la discussion sur ce point. Tous les Délégués ont certainement, et il a lui-même, autant que personne, le plus vif désir d'aboutir à la suppression des primes. La Belgique prouve, par ses propositions, la bonne volonté dont elle est animée. Il est préférable de renvoyer à un examen ultérieur la question de savoir si ses offres sont une compensation suffisante aux sacrifices que les autres Pays sont prêts à s'imposer. || Dans les déclarations de l'honorable Délégué de Belgique il y a, cependant, un point qui paraît devoir motiver, dès à présent, une observation. || M. Guillaume a dit qu'en Belgique l'exercice des raffineries serait sans intérêt, parce que ces établissements ont peu d'importance. D'une manière générale, M. Sans-Leroy croit devoir appeler l'attention de la Conférence sur ce point que, si les Puissances étaient liées par une Convention, et que des clauses de cette Convention, spéciales à l'un des Contractants, il résultât pour celui-ci certains avantages, tel fait, qui n'existe pas aujourd'hui, pourrait exister dans l'avenir. || M. Sans-Leroy termine en exprimant l'espoir que les négociations qui auront lieu, par voie diplomatique, durant l'interruption des séances de la Conférence, amèneront entre tous les Pays un accord qu'il appelle de tous ses vœux.

M. Dupuy de Lôme dit que M. le Président a offert de présenter à la prochaine séance une formule pour arriver à la suppression des primes; il constate que tout le monde veut arriver à leur suppression effective. Puisque les Délégués sont à la veille de se séparer et d'aller soumettre à leurs Gouvernements respectifs les résolutions de la Conférence, il lui semble que le moment serait venu d'aborder un point très important à ses yeux. Il veut parler de la sanction qui pourrait être attachée aux clauses de la Convention future, ou, en d'autres termes, des garanties qui pourraient être données aux Pays contractants. || Plus que tout autre Pays peut-être, l'Espagne a souffert des primes accordées par certains Gouvernements à leur production métropolitaine. C'est

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

par l'effet de ces primes qu'elle a presque complètement perdu le marché anglais. Il a paru à M. Dupuy de Lôme qu'à la question des primes se rattache étroitement l'interprétation de la clause qui, dans les Traités de commerce, assure aux Contractants le traitement de la Nation la plus favorisée. Comment les primes ont-elles réagi sur le commerce des Colonies espagnoles avec l'Angleterre? C'est ce que M. Dupuy de Lôme croit pouvoir mieux faire comprendre par un exemple. Il suppose le cas où il y aurait à la fois sur le marché de Londres des sucres allemands, par exemple, bénéficiant d'une prime, et des sucres espagnols privés de tout avantage similaire. La situation respective de ces produits sera exactement la même que si les sucres espagnols avaient été frappés, à l'entrée, d'un droit égal à la prime dont les sucres allemands ont bénéficié. Permettre aux sucres primés d'entrer aux mêmes conditions que les sucres non primés, c'est en réalité frapper ces derniers d'un droit différentiel. N'est-ce pas là une infraction à la clause de la Nation la plus favorisée? || M. Dupuy de Lôme a pensé que cette question ne pouvait être passée sous silence. Il ne désire pas qu'elle soit immédiatement discutée, mais il demande qu'il soit pris acte de sa déclaration.

M. Sans-Leroy répond en quelques mots. Il s'agit là d'une question d'interprétation d'un ordre très général. Il n'a pas de pouvoir pour discuter un point qui n'était pas visé dans le programme tracé par le Cabinet britannique. Son silence sur le fond même de la question n'implique ni acquiescement ni désapprobation. || MM. Jordan et le Comte de Kuefstein se rallient l'un après l'autre à la déclaration de M. Sans-Leroy.

M. Dupuy de Lôme pense que la question soulevée par lui rentre dans le cadre des travaux de la Conférence, d'autant plus que le quatrième paragraphe de la Circulaire du Marquis de Salisbury prévoit l'examen des diverses propositions qui viendraient à être faites en vue d'engager les Gouvernements à supprimer la prime. || Pour le moment, M. Dupuy de Lôme a seulement voulu faire une manifestation. La question des sucres a pris une importance telle, les conséquences des mesures fiscales prises par plusieurs Gouvernements ont eu, pour l'industrie et le commerce des sucres, des conséquences si graves qu'il ne paraît pas possible de conclure un Traité sans y insérer des clauses de garantie. Le moment n'est pas venu d'entrer en discussion sur ce point. Mais M. Dupuy de Lôme croit qu'il est nécessaire que la question soit examinée par les Gouvernements avant que la Conférence reprenne le cours de ses délibérations, et que les Délégués des divers pays reviennent à Londres munis sur ce point des instructions nécessaires.

M. le Président dit qu'au moment, où M. Dupuy de Lôme a fait l'importante déclaration qui précède, il allait annoncer à la Conférence l'intention où est son Gouvernement de lui soumettre un Projet de Protocole auquel sera annexé un Projet de Convention. Ces documents sont à l'impression et seront distribués demain. Il n'y est pas fait mention de clause pénale; mais le Gouvernement de la Reine serait heureux de pressentir, sur cette matière, l'opinion

des Délégués avant leur séparation. Si M. le Délégué espagnol voulait bien donner, par écrit, à sa pensée une forme définitive, sa motion, imprimée et distribuée comme annexe au Projet de Convention, pourrait être prise en considération à la prochaine séance.

M. Sans-Leroy remercie M. Dupuy de Lôme d'avoir soulevé cette question importante et prévenu ainsi des difficultés qui auraient pu surgir inopinément. || M. Dupuy de Lôme exprime l'avis qu'à toute prime accordée par les Pays exportateurs doit correspondre une mesure de défense de la part des Pays importateurs. Les primes faussent les conditions de concurrence que la clause de la Nation la plus favorisée a pour but d'égaliser. Admettre le sucre primé sans droits compensateurs, c'est comme si l'on imposait une surtaxe au sucre qui n'est pas primé.

M. Kamensky ne comprend pas l'utilité de la motion faite par M. Dupuy de Lôme, si l'accord est complet entre les Puissances pour supprimer les primes. || M. Sans-Leroy réplique que tous les Pays producteurs ne sont pas représentés à la Conférence, et que, parmi ceux qui sont représentés, il peut se trouver des dissidents. || M. le Comte d'Onslow demande si M. Dupuy de Lôme voudrait bien formuler sa motion par écrit. || M. Batanero constate que la proposition de son collègue a été faite en vue d'aider à la conciliation. Il croit qu'elle présente un caractère d'intérêt général et mérite d'être étudiée, non seulement au point de vue des sucres, mais encore au point de vue de toute espèce de commerce. || M. Dupuy de Lôme appuie ce que vient de dire son collègue sur la portée générale de ses observations; mais il ne croit pas devoir les présenter à la Conférence sous forme de Protocole. || M. le Président croit devoir insister sur ce point, que le Projet de Convention proposé par son Gouvernement ne doit être pris qu'*ad referendum*. Il paraît utile de donner une base aux discussions futures. La portée des propositions faites apparaît mieux lorsqu'elles sont réunies dans un même texte que quand elles sont éparses dans des procès-verbaux.

M. Verkerk Pistorius demande la parole pour revenir sur la question des surtaxes, qu'il a soulevée dès la deuxième séance. || Par surtaxe, il entend la différence qui existe dans la plupart des Pays représentés à la Conférence entre les droits que payent, d'une part, les sucres nationaux, de l'autre, les sucres étrangers; en d'autres termes, les droits de douane entre les Pays contractants. || Dans les Conventions conclues entre la Belgique, la France, la Grande-Bretagne et les Pays-Bas, le 8 novembre 1864 et le 11 août 1875, comme dans le Projet de Convention proposé par les Délégués de ces mêmes Puissances en 1877, il a été stipulé expressément que ces surtaxes ne seraient plus perçues. || La Convention de 1864 portait, à son article XIII, que les droits à l'importation sur les sucres raffinés en pains et sur les poudres blanches assimilées aux raffinés, importés d'un des Pays contractants dans l'autre, ne seraient pas plus élevés que le „drawback“ accordé à la sortie du sucre mélis. || La Convention de 1875 stipulait que les sucres importés d'un des Pays

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

contractants dans un autre ne pourraient être assujettis à des droits de douane ou d'accise supérieurs aux droits qui étaient établis sur les sucres similaires de production nationale (article IV). || Le Projet de Convention arrêté à Bruxelles en 1877 contenait, à son article VII, la même stipulation. En d'autres termes, la Belgique, la France et la Grande-Bretagne, comme les Pays-Bas, ont toujours compris que, comme le disait M. Teisserenc de Bort, Ministre de l'Agriculture à Paris, aux Conférences de 1876: „L'ouverture réciproque des marchés est une des conditions du régime conventionnel.“ || On ne saurait mieux dire, et quand il s'agit d'abolir les primes à l'exportation, but que se proposaient également les Arrangements internationaux cités, il paraît impossible de laisser de côté la question des surtaxes. || Pour s'en convaincre, il suffit de se rappeler que, dans plusieurs Pays, les surtaxes ont été adoptées comme moyen de combattre l'effet des primes à l'exportation accordées dans d'autres Pays. || Tel a été, par exemple, le principal motif de l'adoption de la surtaxe de 10 p. 100 en Belgique, surtaxe depuis augmentée jusqu'à 15 p. 100; et le rapport qui existe entre les surtaxes, d'un côté, et les primes à l'exportation de l'autre, a été très bien défini par un orateur belge, lors de la discussion du projet de Loi de 1884. || „Qu'est-ce qu'une surtaxe?“ demandait à cette occasion M. Puissant; et voici sa réponse: || „C'est la restitution, à la frontière, des primes que certains Pays accordent aux fabricants pour exporter leurs produits.“ || „Ce n'est pas de la protection“, disait l'année dernière l'honorable Ministre des Finances, „c'est de la compensation“; et il ajoutait: || „Il s'agit de répondre à des primes d'exportation par des surtaxes d'importation.“ || Et dans la lettre que M. le Ministre de l'Agriculture adressait à la Société des fabricants de sucre, il reconnaissait que les surtaxes ont pour résultat de rétablir à la frontière l'horizontalité du plan des échanges, rompue par des drawbacks de faveur et autres primes que les Gouvernements voisins accordent à leurs nationaux. || Cela étant, poursuit M. Pistorius, il n'est que logique de supprimer les surtaxes quand on supprime les primes. Sans cette condition il n'y a pas de réciprocité. On ne pourra prétendre que la Néerlande, Pays exportateur, se désiste du moyen d'assurer les débouchés de son industrie, tandis que les autres États, Pays importateurs, garderaient leurs armes pour la combattre. || M. Pistorius s'attend à ce qu'on va lui répliquer: que la surtaxe a pour but de protéger l'industrie nationale sur le marché intérieur, et qu'à cet égard il n'y a pas de différence entre le sucre et d'autres produits, comme par exemple les manufactures, les fers, les blés et le bétail. || Mais à cette objection il répond qu'il ne s'agit pas à présent de faire un Traité pour ces produits, et il restera donc parfaitement libre à tout Gouvernement de leur accorder des primes d'exportation, si bon lui semble, ce qui ne sera plus le cas pour le sucre du moment qu'il entre dans l'Arrangement proposé par la Conférence. Si, par exemple, les différents Pays s'engagent à ne plus accorder de primes aux sucres exportés, et que la Grande-Bretagne garde sa liberté, qu'advient-il de cette exportation si, un beau jour, cette Puissance s'avise de leur

imposer une surtaxe? L'industrie des autres pays recevrait un coup dont peut-être elle aurait peine à se relever. || Ceci pour la question de logique et d'intérêt; reste à examiner si la discussion des surtaxes rentre dans le programme de nos Conférences. || M. Pistorius n'en doute pas, puisque les surtaxes dont il parle n'agissent pas seulement comme protection à l'intérieur, mais ont, dans une certaine mesure, le même effet que les primes à l'exportation. || Si les fabricants d'un Pays où il y a une surtaxe sont, par ce moyen, les maîtres de faire les prix sur leur propre marché, cet avantage les mettra en mesure de produire à des conditions plus favorables et, dès lors, de vendre à meilleur marché que les autres. || L'exemple de la Belgique est encore là pour le prouver. Avant la loi du 17 septembre 1884, il n'y avait pas de surtaxe. Par cette loi, la raffinerie belge a, non seulement conquis presque tout le marché intérieur, mais elle a pu, en même temps, augmenter sa production, de sorte que l'exportation des raffinés a fait des progrès assez considérables. || En 1884, l'importation des raffinés (mélis et candis) était de 6,442,862 kilogrammes, et celle des vergeoises de 5,303,000 kilogrammes, et en 1886, l'importation des vergeoises était tombée à 2,623,286 kilogrammes et celle des raffinés à 1,038,597 kilogrammes. || Sur le marché intérieur, le débouché de la raffinerie belge a donc subi une augmentation de plus de 8,000,000 kilogrammes. En même temps l'exportation montait de 9,279,664 kilogrammes en 1884 à 10,393,726 kilogrammes en 1886, et en 1887 ce mouvement a pris une extension encore plus considérable. Dans les neuf premiers mois de 1885, l'exportation des raffinés était de 6,447,200 kilogrammes; elle s'élevait, pour la même période de 1886, à 7,015,100 kilogrammes et, de 1887, à 11,611,000 kilogrammes. || Mais, quoi qu'il en soit, que les surtaxes aient seulement pour effet de rétablir à la frontière „l'horizontalité du plan des échanges“ dans le sens indiqué plus haut; ou bien qu'elles aient pour effet d'aider au développement de la fabrication du sucre par la hausse du prix sur le marché intérieur, de manière à lui permettre d'étendre l'exportation de ses produits; ou bien encore qu'elles aient surtout pour effet la protection des raffineries, conséquence qui ne paraît pouvoir être contestée, — il semble que, dans tous les cas, la question des surtaxes rentre dans le cadre de nos Conférences, tel qu'il a été tracé par la Circulaire de Lord Salisbury du 2 juillet dernier, et notamment dans les termes de la quatrième proposition de ce programme portant qu'il y a aura lieu d'examiner les divers moyens d'engager les Gouvernements à supprimer la prime. || M. Pistorius propose donc à la Conférence de vouloir bien examiner si la suppression des surtaxes entre les Pays contractants pour leurs sucres bruts et raffinés, y compris ceux de leurs Colonies, n'est pas à considérer comme un corollaire inévitable de la suppression des primes à l'exportation.

Personne ne demandant la parole après cette lecture, M. le Président croit devoir déclarer que, si la quatrième proposition de la Circulaire permet de soulever la question des surtaxes, le Cabinet britannique n'avait certainement pas eu la pensée de la mettre en évidence. Cependant, les Délégués du Gou-

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

vernement de la Reine ne feront pas d'opposition à ce qu'elle soit discutée, si tel est l'avis des autres Délégués.

M. Sans-Leroy demande si le Gouvernement néerlandais considère qu'on peut supprimer les primes sans supprimer en même temps les surtaxes de douane. || M. Pistorius déclare que, s'il a fait sa proposition, ce n'est pas pour provoquer une discussion immédiate. Il est guidé par les mêmes motifs qui ont amené le Délégué espagnol à soulever la question des droits compensateurs. Sa proposition, comme celle de M. Dupuy de Lôme, pourra être examinée et discutée lorsque la Conférence se réunira de nouveau. Il a voulu éviter qu'à cette époque la question des surtaxes parût surgir inopinément. || M. Kamensky expose de quelle manière il comprend les deux propositions qui viennent d'être faites : M. Pistorius veut supprimer les surtaxes, M. Dupuy de Lôme veut en établir de nouvelles. || M. Walpole explique la différence qu'il y a entre des droits compensateurs qui frappent les sucres provenant des Pays non contractants, et les surtaxés ordinaires qui atteignent les sucres des Pays contractants. || M. Dupuy de Lôme dit qu'il a proposé une mesure de défense contre les primes, tandis que M. Pistorius a parlé des surtaxes en général. || M. Verkerk Pistorius dit qu'il a voulu mettre à l'ordre du jour la question des surtaxes entre les Pays contractants.

M. Sans-Leroy demande à préciser le sens des réponses faites par M. le Président aux Représentants de l'Espagne et des Pays-Bas. Il ne croit pas qu'il entre dans les intentions du Gouvernement de la Reine de soumettre, comme base d'arrangement, l'exclusion de toute surtaxe douanière, ainsi que le propose M. Pistorius. Il y a une différence considérable entre les deux propositions : celle de M. Dupuy de Lôme, sur laquelle il a déjà fait toutes ses réserves, peut se rattacher directement au programme tracé par le Marquis de Salisbury, tandis que le projet de M. Pistorius n'y figure pas. || M. Pistorius demande s'il y a des objections à ce que la question des surtaxes soit soumise à l'examen de la Conférence lorsqu'elle se réunira de nouveau, bien que tout d'abord le Cabinet britannique n'ait pas eu l'intention de la comprendre dans son programme. || M. Kamensky demande s'il est possible de soulever à la Conférence des questions comportant une intervention dans la législation douanière de chaque pays. || M. Pistorius fait remarquer qu'il en a toujours été ainsi dans les Conférences antérieures. || M. le Président, tout en admettant que le Gouvernement Britannique ne s'était pas attendu à ce que la question des surtaxes serait soulevée, reconnaît à M. Pistorius le droit de la soumettre à la Conférence.

M. de Smet demande la parole. Il rappelle que dans la deuxième séance de la Conférence, M. le Délégué de l'Italie a bien voulu offrir de répondre aux questions qui pourraient lui être posées sur le régime des sucres en Italie. Il demande la permission de lui en adresser quelques-unes. || Il résulte du mémoire relatif à l'imposition des sucres en Italie que, dans ce pays, les fabriques de sucre de betterave peuvent acquitter l'impôt, soit d'après le



volume et la densité des jus épurés, soit sur les quantités de sucre produites. || M. de Smet désirerait savoir quel est celui des deux régimes qui a été préféré jusqu'ici par les fabricants italiens, et, en second lieu, à quelle phase du travail la prise en charge doit être effectuée dans le premier mode. Il demande si c'est immédiatement après la défécation ou la saturation des jus, ou bien à une phase ultérieure du travail, après la concentration par exemple.

M. Catalani, répondant à M. de Smet, explique que le régime choisi par les fabricants italiens de sucre de betterave est basé sur la densité et la température des jus. C'est au moment de la décharge du récipient qui recueille les jus déféqués que sont déterminés le volume et la densité des jus.

|| M. de Smet. „Il n'y a donc en réalité pas d'impôt sur les quantités de sucre produites?“ || M. Catalani. „Non. Le sucre pris en charge est assujéti à un droit d'accise de 49.65 francs par 100 kilogrammes de sucre de la 1<sup>re</sup> classe, et de 44.45 francs par 100 kilogrammes de sucre de la 2<sup>e</sup> classe.“

|| M. de Smet remercie M. Catalani.

M. le Comte de Kuefstein prie M. Pistorius de préciser ce qu'il entend par *surtaxes*. || M. Pistorius répond que c'est la différence entre les droits perçus, sous quelque forme que ce soit, sur les sucres nationaux, d'une part, et sur les sucres étrangers, de l'autre.

#### Sechste Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, Premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de Représentant officieux du Gouvernement des États-Unis. || Le procès-verbal de la quatrième séance est adopté.

Les Délégués espagnols remettent la Note ci-après, dans laquelle est formulée, dans sa forme définitive, la motion faite au cours de la dernière séance par M. Dupuy de Lôme: || „Proposition des Délégués de l'Espagne. || Les Délégués de l'Espagne croient que la Conférence ne doit pas se limiter à abolir les primes; elle doit aussi chercher une garantie de cette abolition. || L'Espagne a eu beaucoup à souffrir par le système des primes, ayant perdu presque totalement entre autres le marché de la Grande-Bretagne, ne pouvant pas y lutter contre les sucres primés. Les Délégués de l'Espagne considèrent que les primes, dans la pratique, équivalent à l'imposition d'un droit différentiel dans un marché tiers; ils doutent que la clause de la nation la plus favorisée soit justement appliquée dans les pays qui admettent aux mêmes conditions les produits primés et ceux qui ne le sont pas. Ils croient même qu'il ne sera pas possible à l'avenir de faire des Traités de commerce sans une garantie contre les primes. || Sans vouloir donner à cette manifestation la portée d'une proposition formelle, ils croient néanmoins qu'il serait très important



Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

que MM. les Délégués soumettent ces idées à leurs Gouvernements respectifs afin de pouvoir considérer la situation qui sera faite dans tous les marchés aux sucres des pays qui ne donnent pas de primes et à ceux des pays qui les donnent. || Dans cet ordre d'idées, ils proposent que les Hautes Parties contractantes considèrent s'il n'y aurait pas lieu à décider que les nations formant l'Union sucrière s'engageassent à prohiber l'importation des sucres provenant des pays qui accorderaient des primes ou à imposer un droit compensateur qui ne serait pas plus bas que le montant de ces primes."

M. le Président soumet à la Conférence un projet de Protocole accompagné d'un projet de Convention. || La discussion s'ouvre sur le projet de Protocole. || M. Jordan propose de modifier le deuxième paragraphe de manière à établir que le projet de Convention soumis à la Conférence émane de l'initiative de MM. les Délégués britanniques. || M. le Président fait remarquer que les clauses du projet de Convention sont empruntées aux Procès-Verbaux des séances de la Conférence et au Rapport de la Commission. La rédaction proposée par M. Jordan laisserait supposer que les Procès-Verbaux des séances n'ont pas été adoptés par tous les Délégués. || M. Jordan fait remarquer que le projet de Convention contient des dispositions nouvelles qui n'ont été l'objet d'aucune délibération; telles sont les clauses relatives aux colonies et aux pays dans lesquels le sucre n'est pas imposé. M. Jordan hésite à se rallier au projet de Protocole parce qu'il donne lieu de supposer que les Délégués de l'Allemagne aient pris part à la rédaction du projet de Convention. || M. le Président fait remarquer qu'on a cru conforme à l'intérêt de toutes les Puissances de faire entrer les Colonies dans le régime conventionnel et de reconnaître à celles qui sont autonomes le droit d'y adhérer. Quant aux pays où il n'y a pas d'impôt, il n'y aurait pas à en faire mention, si, dans une convention, il n'était pas nécessaire de prévoir toutes les éventualités. En résumé, le projet de Convention est le résultat logique des discussions auxquelles tous les Délégués ont pris part. || M. Jordan tient à ce que le Protocole soit modifié dans le sens de sa proposition, parce qu'il n'a pas reçu mission de prendre part à la rédaction d'une Convention. || M. Kennedy expose les précédents. Les Délégués rédigent d'abord un Projet; c'est seulement ensuite que les Gouvernements nomment des Plénipotentiaires pour signer l'Acte définitif. || M. le Président cite à l'appui les Protocoles de clôture de 1877. || M. Jordan croit qu'il ne serait pas contraire aux habitudes diplomatiques de dire, dans le Protocole, que le Projet de convention a été rédigé par les Délégués britanniques, et que ceux-ci invitent leurs Collègues à le soumettre, à le recommander même à leurs Gouvernements. M. Jordan s'engagerait volontiers à soumettre le Projet présenté sous cette forme, et son Gouvernement déciderait s'il y a lieu d'en faire l'objet de négociations ultérieures. || M. Dupuy de Lôme fait remarquer que, si une Convention ne devait pas être le résultat des délibérations, la Conférence aurait été sans objet. Il croit que M. le Président a présenté les projets qui sont soumis à la Conférence comme Président de

cette Assemblée, et non pas en qualité de Délégué britannique. || M. le Président déclare que cette interprétation est parfaitement exacte.

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

M. Dupuy de Lôme ajoute qu'il appartient maintenant à la Conférence de discuter le Projet et de décider si M. le Président a bien rendu les idées qui ont prévalu dans les discussions. || M. le Comte de Kuefstein exprime l'avis qu'il y aurait lieu de mentionner dans le Protocole les travaux de la Commission. Pour tenir compte des scrupules qui viennent de se produire et pour faciliter en même temps un accord général, il propose une nouvelle formule pour les alinéas 2, 3 et 4. || Une conversation s'engage à ce sujet entre M. le Président, M. Sans-Leroy, M. Batanero et M. Jordan. L'amendement de M. le Comte de Kuefstein, modifié à la suite de cet échange d'idées, est substitué à la rédaction primitive des deuxième et troisième paragraphes du Protocole. || M. Kamensky demande à faire insérer dans le Protocole que l'établissement du régime de l'entrepôt est inutile en Russie, le régime actuel donant toutes les garanties nécessaires. || M. Sans-Leroy demande à M. le Délégué russe quel inconvénient il voit à accepter la fabrication et le raffinage en entrepôt, puisque c'est précisément ce régime qui est en vigueur dans les usines de son pays. Exercice ou entrepôt sont deux termes à peu près synonymes. M. Sans-Leroy en appelle à l'expérience de M. Pistorius. || M. Pistorius se rallie aux observations de son Collègue. Sauf les primes directes accordées pour les sucres exportés en Asie, le système russe est précisément celui que la Conférence désirerait voir adopter par tout le monde. || M. Sans-Leroy complète sa pensée en expliquant la différence qu'il y a, d'après lui, entre l'exercice proprement dit et l'entrepôt. L'exercice suppose que la matière imposable est suivie dans toutes ses transformations; le régime de l'entrepôt peut se borner à la constatation des entrées et des sorties. La Russie possède à la fois l'exercice et l'entrepôt. || M. Kamensky se déclare satisfait.

M. Verkerk Pistorius dit que, d'après la rédaction du Protocole, il semblerait que les Délégués sont tous tombés d'accord sur la clause du Projet de Convention concernant le régime applicable à la Belgique; c'est là une manière de voir que M. Pistorius ne saurait accepter. || M. le Président pense que les opinions à cet égard pourront se produire lorsqu'on discutera l'article 3 du Projet de convention. || M. Jordan reproduit les réserves qu'il a déjà faites quant à la date à laquelle les Gouvernements devront adresser les Projets qui leur sont demandés au Gouvernement britannique. || A la suite d'une conversation entre M. le Président, MM. Pistorius et du Jardin, il est entendu que le Gouvernement britannique communiquera à tous les Gouvernements qui prennent part à la Conférence, non seulement les Projets qui lui auront été transmis, mais encore les critiques auxquelles ces différents Projets auront donné lieu. || Le Projet de Protocole est adopté.

M. du Jardin soulève la question de savoir si, dans l'intervalle des deux sessions de la Conférence, les résultats de ses premières délibérations pour-

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

ront, sans inconvénient, être livrés à la publicité. || L'examen de cette question est renvoyé à la prochaine séance.

M. le Président propose de commencer l'examen du Projet de convention. || Sur l'article 1<sup>er</sup>, il est entendu que les Hautes Parties contractantes n'auront pas satisfait à la condition qui leur est imposée par le seul fait d'avoir proposé à leurs Législatures des mesures que celles-ci n'auraient pas sanctionnées. Sous le bénéfice de cette observation, l'article 1<sup>er</sup> est adopté. || Sur l'article 2, il est entendu qu'il n'y aura pas lieu de soumettre les fabriques de glucose au régime de l'exercice dans les Pays où ce produit n'est pas imposé. || La discussion s'engage sur l'article 3.

M. Verkerk Pistorius expose que les termes de cet article attribuent aux Délégués une opinion qu'ils n'ont jamais émise, à savoir que la Belgique ne se trouve pas dans les mêmes conditions que les autres Pays au point de vue du système d'impôt sur les quantités de sucre produites. || M. du Jardin fait remarquer que l'article 3 du Projet de convention reproduit les termes du rapport de la Commission. || M. Verkerk Pistorius répond que, dans le rapport de la Commission, la même idée est exprimée sous la forme d'une réserve faite par les Délégués de Belgique. Dans le Projet de convention, elle est présentée comme une constatation de fait acceptée par tous les Délégués. || M. Pistorius croit qu'il y aurait une manière plus simple d'exposer la vérité de la situation. Tous les Délégués, à l'exception des Délégués belges, sont d'accord sur ce point que l'impôt à la consommation est le seul moyen d'abolir les primes. Dans ces conditions, il serait plus logique de supprimer l'article 3, sauf, pour les Délégués de Belgique, à faire leurs réserves au procès-verbal de clôture. M. Pistorius ne saurait admettre que les réserves faites par un seul Pays soient formulées comme article conventionnel. || M. du Jardin fait remarquer que si l'article 3 vient à disparaître de l'avant-projet, la Belgique semble, par le fait, exclue de l'Arrangement en négociation avant que les Gouvernements se soient prononcés sur la valeur des équivalents présentés par les Délégués belges. Il ajoute qu'il ne peut y avoir aucun inconvénient à maintenir l'article 3 dans l'avant-projet, puisqu'il a déjà été entendu que les Délégués se borneront à soumettre cet avant-projet à leurs Gouvernements respectifs sans en recommander l'adoption. || M. Sans-Leroy partageait d'abord la manière de voir de M. Pistorius; il lui semblait peu logique qu'un article de la Convention fût soumis à l'examen des Gouvernements par la totalité des Délégués, alors que les dispositions en sont considérées comme inacceptables par la grande majorité. Cependant, il serait possible que, dès le principe, la Belgique eût mis pour condition de sa présence à la Conférence qu'elle ne serait pas forcée de changer son *modus vivendi*. Dans la pensée de M. Sans-Leroy, ce serait faire acte de déférence envers le Gouvernement belge que de laisser subsister la rédaction, sauf à faire sur ce point toutes les réserves nécessaires.

Les Délégués sont successivement appelés à faire connaître s'ils acceptent

ou non l'article 3. || Les Délégués de Belgique, de Danemark et de Suède l'acceptent sans réserves. || M. Sans-Leroy formule dans les termes suivants sa manière de voir et celle de ses Collègues: || „Les Délégués français, ne croyant pas que le régime proposé pour la Belgique présente, pour la suppression des primes, les garanties dont les Hautes Parties contractantes ont le devoir de s'entourer, font sur l'article 3 les plus expresses réserves.“ || M. Verkerk Pistorius croit qu'il ne suffit pas de s'en tenir à une simple mention dans le procès-verbal, et qu'il conviendrait de faire ces réserves au Protocole de clôture. || Sous le bénéfice de cette observation, les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de l'Espagne, de l'Italie, des Pays-Bas et de la Russie se rallient aux réserves formulées par les Délégués français.

Après une conversation entre MM. Dupuy de Lôme, Batanero, Pistorius et Sans-Leroy, conversation dans laquelle les Délégués de l'Espagne ont tenu à constater que l'interprétation de l'article 4 comporte la liberté d'imposer des droits de douane, pourvu que l'on n'accorde pas de drawbacks, les articles 4 et 5 sont adoptés.

M. de Smet fait connaître que M. le Premier Délégué de Belgique, présent à la séance, mais atteint d'une aphonie complète qui l'empêche de prendre part aux débats, l'a prié de donner lecture de la Note suivante qu'il a préparée: || „L'opinion exprimée dans la séance du 14 par M. le Premier Délégué des Pays-Bas, sur la nécessité de supprimer toute surtaxe ou protection sur les sucres entre les Pays contractants, n'ayant pas semblé être partagée par les Délégués de plusieurs Pays, je me suis demandé si l'on ne pourrait, par un *mezzo termine*, donner satisfaction, dans la limite du possible, aux divers intérêts engagés dans la question. || En principe, j'adhère complètement aux idées développées par M. Pistorius. Il est vrai que la suppression des protections douanières n'est pas inscrite dans le programme des Conférences, qui ne comprend que la suppression des primes directes; on ne peut, cependant, admettre que le lendemain du jour où la Convention sera signée, chaque Pays ait le droit de fermer ses frontières par des droits prohibitifs et d'accorder ainsi indirectement à son industrie des avantages équivalant à des primes. || Si, toutefois, on ne parvenait pas à se mettre d'accord sur ce point, ne pourrait-on tout au moins décider que les surtaxes existant aujourd'hui ne seront pas augmentées? || Dans le cas où la Conférence adopterait cette proposition, on pourrait intercaler dans le Projet de Convention, entre les articles 5 et 6, la disposition suivante: || Article 5 *bis*. || Il ne pourra être établi sur les sucres importés d'un des Pays contractants dans un autre aucune surtaxe nouvelle. Les surtaxes existant actuellement ne pourront être augmentées. || Il semble d'autant plus nécessaire d'introduire une disposition de ce genre dans le Projet de Convention que cela amènera les différents Pays à se prononcer sur la question.“ || M. Verkerk Pistorius déclare que, tout en sachant gré à son honorable Collègue le premier Délégué belge de l'appui qu'il a bien voulu lui prêter et de son intention conciliatrice, il ne saurait

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

souscrire à un Protocole qui contiendrait la proposition énoncée dans la Note de M. Guillaume; il ne peut accepter la mission d'engager son Gouvernement à se rallier, sur ce point, à une solution qui consisterait dans le maintien des surtaxes actuelles.

M. du Jardin réplique qu'il donnerait la préférence à la solution préconisée par M. Pistorius, c'est-à-dire à la suppression totale des surtaxes. || La proposition belge est présentée subsidiairement comme une transaction dans le cas où une entente ne pourrait se produire sur les bases proposées par M. Pistorius. || M. Verkerk Pistorius craint que l'adoption de la formule proposée par les délégués belges ne préjuge la question; il préfère que les Gouvernements soient simplement appelés à examiner la question des surtaxes au même titre que les autres. || M. Dupuy de Lôme propose de laisser cette question en dehors de toute discussion.

M. Sans-Leroy ne peut se rallier entièrement à cette manière de voir. Il comprend la nécessité d'éviter les questions irritantes; mais il y a quelques points sur lesquels il n'est pas inutile de laisser pressentir l'opinion des Gouvernements, si l'on ne veut pas s'exposer, lors de la reprise des conférences, à des surprises désagréables. Il ne lui paraît pas possible d'obtenir de tous les Gouvernements l'engagement de n'établir aucune surtaxe. || M. le Président déclare que le Gouvernement britannique n'a pas eu le désir de soulever cette question; mais, si l'on est d'accord pour la discuter, il n'y mettra pas d'obstacles. || M. du Jardin craint qu'on ne puisse obtenir des Chambres belges la sanction d'une Convention laissant aux contractants la faculté de mettre n'importe quelles surtaxes sur les sucres provenant d'un pays signataire du Traité. || M. Sans-Leroy dit qu'il a envisagé la question à un point de vue purement spéculatif. La France, en effet, exporte beaucoup plus de sucre raffiné que de sucre brut. Les surtaxes sur les sucres bruts sont plutôt une gêne qu'un avantage pour les raffineurs. Dans la discussion de la loi de 1886, les raffineurs ont déclaré qu'ils abandonneraient volontiers la surtaxe qui pèse sur les sucres raffinés, si l'on supprimait celle qui frappe les sucres bruts et restreint leurs facilités d'approvisionnement. Dans cette question, M. Sans-Leroy est guidé par le désir de faciliter un accord, et non par la pensée de garder un avantage que les principaux intéressés seraient prêts à sacrifier. || M. du Jardin ne comprendrait pas qu'une Convention ne contint que des charges ou des obligations pour les contractants, sans leur accorder aucun avantage. Il invoque les précédents de 1875 et de 1877. || M. Sans-Leroy expose que la situation se trouve, à cet égard, complètement changée; ce qui était possible dans un arrangement entre un petit nombre de contractants ne l'est plus dans une Convention qui réunit presque tous les États producteurs. Il lui paraît impossible d'amener tous ces Pays à aliéner le droit de réserver à leurs industriels le marché national. Le but auquel doit tendre la Conférence, c'est que les sucres de toutes provenances puissent arriver sur les marchés tiers dans les mêmes conditions de production. || M. du Jardin insiste pour que l'on

mette aux voix la proposition, de M. Pistorius et, subsidiairement, la proposition belge. || M. Verkerk Pistorius déclare qu'il n'a pas voulu formuler de proposition définitive, parce que la Conférence n'est pas actuellement en mesure de résoudre la question. Il demande donc qu'elle soit réservée pour être soumise aux Gouvernements et discutée à la prochaine session de la Conférence. || M. Kamensky se rallie complètement à la manière de voir qui a été exprimée par le Délégué français et ne croit pas que la Russie abolisse les surtaxes. Les tarifs resteront tels qu'ils sont. || M. Dupuy de Lôme déclare que, dans la pensée de son Gouvernement, la question des surtaxes ne devait pas entrer dans le programme de la Conférence. Aussi n'a-t-il pas d'instructions à cet égard. Il dira, cependant, que l'Espagne a toujours entendu garder le marché métropolitain pour les sucres de ses provinces d'outre-mer, que Cuba et Porto-Rico sont des provinces espagnoles, et que l'abolition de tout droit d'entrée sur les sucres de Cuba n'est qu'une faible compensation pour la crise dont souffre cette île et des sacrifices qu'a imposés à cette province l'abolition de l'esclavage sans indemnité. || M. Jordan désire réserver complètement à l'appréciation de son Gouvernement la question qui vient d'être discutée, de même que les dispositions contenues dans les articles 4 et 5 du Projet de Convention. || M. le Comte de Kufstein dit qu'en présence d'une proposition nouvelle il ne peut pas se prononcer. La question devra être encore étudiée. En conséquence, il ne pourrait pas se rallier à l'article 5 *bis*.

On passe à la discussion de l'article 6. || M. Verkerk Pistorius demande s'il n'y aurait pas lieu d'établir un bureau international pour la publication non seulement des lois et règlements, mais encore d'une statistique officielle sur le mouvement des sucres dans tous les pays. || M. le Président dit que cette question pourrait être examinée par le Congrès sur la publication des tarifs qui se tiendra à Bruxelles au mois de mars prochain. || Les articles 6 et 7 sont adoptés.

Après quelques observations faites par M. Kennedy sur la forme de l'article 8, M. le Comte d'Onslow fait connaître que, parmi les colonies britanniques, deux seulement donnent des primes, la Nouvelle-Zélande et Victoria. La première de ces colonies a offert une prime directe de  $\frac{1}{2}$  penny par livre; mais cette prime n'a jamais été ni demandée ni payée. La colonie de Victoria a établi un droit qui permettrait une prime de 3 s. 6 d. par hundredweight. Le Gouvernement a l'espérance qu'avant le mois de mars les deux colonies seront entrées dans la Convention. || M. Sans-Leroy expose l'impossibilité de conclure un arrangement qui ne lierait pas les possessions et colonies britanniques. || M. le Comte d'Onslow déclare que le Gouvernement s'engage à faire aux colonies autonomes, nominativement désignées à l'article 8, les représentations nécessaires, et qu'il espère une réponse favorable. || L'article 8 est adopté.

La discussion s'engage sur l'article 9. || M. Sans-Leroy croit impossible de fixer la date du 1<sup>er</sup> août 1888 comme point de départ de la Convention. Il cite l'exemple de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie qui ont laissé s'écou-



Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

ler plus d'une année entre la présentation des lois et leur application. Il propose de laisser la date en blanc, afin que les divers États soient mis à même de fournir leur avis sur l'époque à laquelle la Convention pourrait entrer en vigueur. || M. Jordan adhère à cette proposition. || M. du Jardin dit que les fabricants de son pays s'émeuvent; qu'il serait important de savoir dès maintenant qu'un changement de législation paraît peu probable pour la campagne prochaine. Il explique l'impossibilité matérielle de faire voter une loi par le Parlement belge avant cette époque. || M. le Président résume cette discussion en disant que la Conférence sera mieux en mesure de fixer la date au cours de sa deuxième session. || L'article 9 est adopté sans indication de date. || L'article 10 est adopté.

L'ensemble du Projet est adopté sous toutes les réserves formulées dans la discussion qui est consignée dans le présent procès-verbal.

#### Siebente Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de Représentant officieux du Gouvernement des États-Unis. || Le procès-verbal de la cinquième séance est adopté sauf une rectification signalée par M. le premier Délégué des Pays-Bas.

A la suite d'un échange d'idées entre M. le Président, M. du Jardin, M. Dupuy de Lôme et M. Pistorius, il est entendu que les réserves formulées par les Pays-Bas en ce qui concerne les surtaxes d'importation, et par l'Espagne en ce qui concerne les moyens de défense contre l'importation des sucres primés, ne figureront pas au Protocole de clôture, mais resteront insérées dans les procès-verbaux. || Sur l'article 5 du projet de Convention, il est entendu, à la demande de M. Pistorius, que les Pays contractants auront le droit d'abolir leur impôt tout en restant dans la Convention. || M. Catalani rappelle qu'à la dernière séance M. le Président a réservé sur cette question l'opinion du Gouvernement britannique. || M. le Président répond qu'en se référant aux dépêches échangées entre le Marquis de Salisbury et le Prince de Chimay il a vu que, dès le principe, la Belgique, en acceptant l'invitation de participer à une Conférence, avait annoncé que ses Délégués ne seraient pas autorisés à accepter le principe de l'impôt à la consommation. Le Gouvernement britannique ayant accepté cette adhésion conditionnelle ne saurait aujourd'hui exprimer une opinion sur les réserves formulées à cet égard par les Délégués de plusieurs pays. || A la demande de M. du Jardin, il sera mentionné au procès-verbal que les Délégués belges se sont abstenus sur le paragraphe du Protocole relatif à l'article 3 du projet de Convention. || M. du Jardin rappelle qu'à la dernière séance, la question a été posée de savoir si, dans l'intervalle des deux sessions de la Conférence, les résultats de ses premières délibérations, c'est-à-dire les



procès-verbaux, le Protocole et le projet de Convention, pourraient être livrés à la publicité. || M. le Président répond qu'après avoir consulté M. le Marquis de Salisbury il lui paraît impossible, en présence des exigences du régime parlementaire, de tenir secrets les résultats de la Conférence.

Le procès-verbal de la sixième séance est lu et adopté. || Il est procédé à la signature du Protocole annexé au présent procès-verbal\*).

M. le Président prononce l'allocution suivante: || „Messieurs et chers Collègues, || Je dois vous faire part d'une lettre que je viens de recevoir du Marquis de Salisbury. En voici la traduction: || „„Le 17 décembre 1887. || Mon cher Baron de Worms, || Un engagement politique, dont la date a été fixée depuis longtemps, m'empêche de me rendre à Londres lundi prochain; c'est à mon plus vif regret que je me trouve dans l'impossibilité d'assister à la dernière séance de la Conférence sur le régime des sucres. Je vous prie de faire toutes mes excuses à MM. les Délégués et de les féliciter en mon nom sur l'heureux résultat de leurs travaux. La suspension des Conférences n'est qu'un ajournement; à la reprise des négociations au mois de mars, lorsque les Délégués reviendront, comme je l'espère, armés des pouvoirs nécessaires à donner un effet pratique à leurs délibérations, je compte avoir l'honneur de leur souhaiter personnellement la bienvenue. || Salisbury.““

„Dans quelques moments nous allons nous séparer. Nous sommes arrivés à un moment d'arrêt dans nos travaux. | Les divers États nous avaient donné mandat de discuter la suppression des primes sur le sucre. La mission n'était pas sans difficultés. On cherche une solution de cette question depuis vingt-sept ans. Nous avons tous eu des intérêts divers, quelquefois divergents, à ménager; mais il a été bientôt manifeste que nous visions tous le même but, et l'unanimité n'a pas tardé à se produire. C'est ainsi que nous avons préparé un projet de Convention\*\*) qui résume les décisions que nous avons prises et les recommandations que la Commission nous a faites. Nous pouvons hardiment le soumettre à l'approbation de nos Gouvernements. J'ai la confiance qu'il sera accepté. Nous saurons, dans ce cas, que nous avons contribué à un grand acte de justice à l'égard du commerce international, acte qui ne manquera pas de fortifier les bonnes relations que ce commerce établit entre les peuples. || Notre oeuvre peut laisser subsister quelques lacunes; mais elle pose les véritables principes de l'union qui nous voulons former. Permettez-moi, en ma qualité de Président de cette Conférence, de faire quelques observations sur ce qui me paraît être la vraie portée du projet que nous allons soumettre à nos Gouvernements. Tout en se préoccupant de l'uniformité, il ne formule aucun projet de loi, ou de règlement, qui doive être adopté par tous les États. Mais il affirme les seuls principes qui puissent assurer l'uni-

\*) Das Protokoll der Konferenz findet sich unter der folgenden No.

A. d. R.

\*\*) Abgedruckt unter No. 9563 dieser Sammlung.

A. d. R.

Nr. 9561.  
Konferenz-  
Staaten.

formité des résultats. Je crois qu'on ne saurait atteindre cette uniformité de résultats par la voie de l'uniformité de législation. L'esprit des lois et des règlements diffère d'un pays à l'autre. Les mœurs administratives ne diffèrent pas moins. Je vous avouerai qu'il est incontestable pour moi que les caractères de la fraude sont loin d'être les mêmes partout. || Il est des pays où l'administration fera tous ses efforts pour prévenir un procédé frauduleux qui sera presque inconnu dans un autre pays. Ici on ne déjouera les tentatives de fraude que par telle ou telle disposition qui serait inutile ailleurs. Je conçois, même, que l'uniformité de législation pourrait bien ne pas assurer les résultats que nous désirons obtenir, notamment la cessation de la prime. || Nous laissons à chaque pays la responsabilité de déterminer, selon les besoins de ses industriels et selon ses habitudes administratives, quelles sont les dispositions législatives qui assureront le fonctionnement régulier des systèmes d'impôts que décrétera la Convention. || Cette responsabilité individuelle de chaque État est la meilleure de toutes les garanties. Tous les Gouvernements ont résolu, soyons-en convaincus, de faire disparaître la prime; ils le désirent sincèrement. Voilà la vraie base de l'Union. || La loi que le Gouvernement de chaque État formulera devra établir nettement que la prime cessera désormais d'exister chez lui. Il incombe à chaque Gouvernement d'agir comme si la réalisation du désir commun dépendait de lui seul; il faut que les dispositions de chacune des lois soient d'une efficacité si complète et si évidente que les autres Gouvernements n'aient aucune difficulté à y trouver toutes les garanties qu'ils ont le droit de demander, et sans lesquelles ils ne voudraient pas, de leur côté, faire partie de l'Union. . . .

Si nous nous séparons, ce n'est que pour préparer les lois qui donneront un corps au projet de Convention que nous venons de rédiger." . . . .

## Nr. 9562. FRANKREICH. — Protokoll der Konferenz. —

Nr. 9562.  
Frankreich.

Les soussignées, Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède, se sont réunis à Londres le 24 novembre 1887, afin d'étudier les bases d'une entente relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres. || A la suite des délibérations consignées dans les procès-verbaux des séances, ils sont tombés d'accord sur les principes énoncés dans le Rapport de la Commission. Pour donner à cette énonciation une application pratique, le Président de la Conférence leur a communiqué un projet de Convention qu'ils ont examiné et qu'ils s'engagent à soumettre à l'appréciation de leurs Gouvernements, en les priant de faire connaître au Gouvernement de Sa Majesté Britannique avant le 1<sup>er</sup> mars s'ils adhèrent aux principes de ce projet de Convention, qui est annexé au présent Protocole. En cas affirmatif, chaque Gouvernement communiquera

au Gouvernement Britannique, avant ladite date, un projet indiquant les bases d'application du système de l'impôt sur les quantités de sucre produites. Ce projet mentionnera dans quelles limites et dans quels cas on ferait usage de la saccharimétrie. Chaque Gouvernement fera connaître en même temps si, pour réaliser l'uniformité, il serait disposé à admettre la méthode dite française, généralement usitée dans le commerce de plusieurs nations. || En ce qui concerne l'article 3 dudit projet de Convention, les Délégués français, ne croyant pas que le régime proposé pour la Belgique présente, pour la suppression des primes, les garanties dont les Hautes Parties contractantes ont le devoir de s'entourer, font sur cet article les plus expresses réserves. Les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de l'Espagne, de l'Italie, des Pays-Bas et de la Russie adhèrent aux réserves faites par les Délégués français. || Fait à Londres, le 19 décembre 1887. || Ch. Sans-Leroy. || Florian. || Jordan. || Jaehnigen. || Kufstein. || Guillaume. || Du Jardin. || D. de Smet. || Lange. || Antonio Batanero. || Dupuy de Lôme. || Henry de Worms. || Onslow. || C.-M. Kennedy. || F.-G. Walpole. || T. Catalani. || Pistorius. || G. Eschauzier. || B. Reiger. || C. Van de Ven. || G. Kamensky. || Robert Dickson.

Nr. 9562.  
Frankreich.

---

**Nr. 9563. FRANKREICH.** — Entwurf einer Zuckerkonvention. —

Les Hautes Parties contractantes, désirant assurer la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants: || Article Premier. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs législatures respectives des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation des sucres. || Art. 2. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à adopter ou à proposer à leurs législatures respectives un système d'impôt sur les quantités de sucres produites et destinées à la consommation, comme le seul qui permette d'arriver à la suppression des primes en question, et à soumettre au même régime les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || Art. 3. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions, au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucre produites, le régime actuellement établi dans ce Royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes: || La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 à 25 francs, à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,700 grammes. || Art. 4. || Seront également admis à la Convention les États ou les Colonies et Possessions étrangères des Hautes Parties contractantes qui, tout en n'adoptant pas le système dont il est fait

Nr. 9563.  
Frankreich.

Nr. 9563.  
Frankreich.

mention à l'article 2, n'imposent pas d'impôts sur les sucres, ou qui s'engagent à n'accorder aux sucres bruts ou raffinés qui viennent à être exportés aucun drawback, remboursement ni décharge de droits ou de quantités. || Art. 5. || Dans le cas où un État qui n'impose pas de droits sur le sucre viendrait à en établir, cet État devra établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ou bien ne donner aucun drawback, remboursement ni décharge de droits ou de quantités. || Art. 6. || Les Hautes Parties contractantes se communiqueront les lois qui auraient déjà été rendues, ou qui viendraient à l'être, dans leurs États respectifs, relativement à l'objet de la présente Convention. || Art. 7. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande. Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique et, par celui-ci, aux autres Gouvernements signataires. || Art. 8. || Les stipulations de la présente Convention seront applicables aux Colonies et aux Possessions de Sa Majesté Britannique, à l'exception de celles ci-après dénommées, savoir: || Les Indes orientales, le Canada, Terre-Neuve, le Cap, Natal, la Nouvelle-Galle du Sud, Victoria, Queensland, la Tasmanie, l'Australie du Sud, l'Australie occidentale, la Nouvelle-Zélande. || Toutefois les stipulations de la présente Convention seront applicables à l'une des Colonies ou Possessions ci-dessus indiquées à partir de la date à laquelle le Gouvernement Britannique notifiera l'adhésion de cette Colonie ou Possession aux autres Puissances contractantes. || Chacune des Colonies ou Possessions ci-dessus dénommées qui aurait adhéré à la présente Convention conserve la faculté de se retirer de la même manière que les Puissances contractantes. || Dans le cas où l'une des Colonies ou Possessions dont il s'agit désirerait se retirer de la Convention, une notification à cet effet sera faite par le Gouvernement Britannique aux autres Puissances contractantes. || Art. 9. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du. . . . . || Elle restera en vigueur pendant dix années à dater de ce jour, et, dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas où l'une des Puissances signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard. || Art. 10. || La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Londres dans le délai de . . . . . mois ou plus tôt, si faire se peut.

---

**Nr. 9564. GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris an den Min. d. Ausw. — Interpellation über Frankreichs weitere Stellung zur Zuckerfrage. —

Paris, January 2, 1888.

Nr. 9564.  
Gross-  
britannien.  
2. Jan. 1888.

Monsieur le Ministre, by direction of Her Majesty's principal Secretary of State for Foreign affairs, I have the honour to transmit to Your Excel-

lency, herewith, four copies of the procès-verbaux of the Conference on the question of sugar Bounties, which met in London between the 24<sup>th</sup> of November and the 19<sup>th</sup> of December last, and to request that the Government of the Republic will be pleased to give this question their early consideration.

|| I am instructed at the same time to express to the French Government the cordial thanks of the Government of Her Majesty for complying with their request, that France should be represented at this Conference; and their high appreciation of the friendly and valuable assistance rendered by M. Sans Leroy, M. Pallain, Count de Florian, M. Catusse, M. Legros and M. Boizard towards the settlement arrived at.

Her Majesty's Government accept the conclusions recorded in the Protocol and Draft of Convention, and they will be glad to receive the statement which the French Government, as well as the other Governments represented at the Conference, are asked to be so good as to communicate before the 1<sup>st</sup> of March next, and at the earliest convenience of the Department concerned. They will also be glad to receive, at the same time, the remarks of the French Government on the various points raised in the recent discussions, and likewise to learn the earliest date at which France can undertake to give effect to the Convention. Her Majesty's Government will then take the necessary steps to circulate among the Powers the observations and proposals which they receive; and they trust, that in this manner the subsequent preliminary action previous to the second meeting of the Conference may be finished, so as to enable the Conference to meet again at the date now fixed for this purpose, namely the 5<sup>th</sup> of next April. || Her Majesty's Government hope, that its labours may then be completed in a short session, and that the Convention may be signed at the end of the Conference and be brought into operation at an early date. || I am further instructed to add that, Her Majesty's Government having engaged to make application to the autonomous colonies of the British Empire on this subject, they would be glad to learn the exact position as regards the systems of taxation and supervision of the French sugar producing colonies and the views and intentions of the Government of the Republic as to the inclusion of these colonies in the proposed Convention.

Lytton.

### Anhang.

**Nr. 9565. RUSSLAND.** Exposé Russlands über seine Zuckerpolitik. \*)

Nr. 9565.  
Russland.

Les droits d'entrée varient d'après la nature des sucres et l'endroit où se fait l'importation. Les sucres bruts, cassés au en poudre sans mélange de

\*) Dem Blaubuch, betit. „International Conference on the Sugar Question“ (Commercial, Nr. 3, 1888) entnommen. — Vergl. hierüber noch die Anmerk. auf S. 143. A. d. Red.

Nr. 9565.  
Russland.

gros morceaux, importés par les ports de la Mer Noire et de la Mer d'Azov payent 1 r. 90 c. métal. le poud (soit 46 fr. c. par 100 kilog.); dans les autres ports et par terre, 2 r. métal. (48 fr. 80 c. par 100 kilog.). Les sucres raffinés, mélis, lump, et candi en pains ou morceaux importés par la Mer Noire et par la Mer d'Azov, payent 2 r. 80 c. (68 fr. 32 c. par 100 kilog.); par les autres ports et par terre 2 r. 90 c. (70 fr. 76 c. par 100 kilog.). Toutefois, afin de garantir les consommateurs contre les hausses spéculatives du prix du sucre sur les marchés indigènes, le Minetisr des Fnainces a le droit de recommanz der au Conseil des Ministres de baisser les droits sur les sucres bruts jusqu'à 1 r. 50 c. (soit 36 fr. 60 c. par 100 kilog.); cette mesure doit être mise en vigueur deux mois après sa promulgation; elle a par conséquent le caractère d'un remède qui arrête la spéculation et limite la production du sucre conformément aux exigences des marchés. Le droit d'accise sur l'industrie sucrière indigène est de 85 copecks par poud (11 fr. 61 c. par 100 kilog.) de sucre fabriqué. Le mode de perception est fort simple et se fait par le pesage du sucre fabriqué; ce pesage est effectué par les employés du Gouvernement sans aucune intervention de leur part dans les différents procédés de la fabrication. Une liberté complète sous ce rapport est réservée aux fabricants. Peut-être trouvera-t-on que ce mode de perception est trop simple; mais, vu la modicité des droits, les abus sont peu probables. La production de chaque usine et la quantité de betterave employée sont assez connues, et l'on sait d'avance, presque avec certitude, quelle quantité de sucre chaque usine produira par campagne. En outre, le volume considérable de la marchandise rend difficile le recèlement de grosses quantités; l'évasion des droits sur les petites quantités, quelques dizaines ou même quelques centaines de pouds, ne dédommagerait pas le fabricant des risques de la fraude. Il ne faut pas oublier non plus que les usines de sucre en Russie et en Pologne appartiennent à des Compagnies, à des Sociétés, et à des personnapes d'une haute position financière; que ces usines sont d'une valeur très considérable, et qu'une grande quantité d'ouvriers et d'employés y travaillent, qui ont connaissance de tout ce qui se fait dans l'intérieur des usines; une évasion des droits ne peut rester secrète et serait même nuisible au propriétaire en dérangeant la régularité de la production et de la comptabilité. Les chiffres cités plus loin prouvent que le revenu est suffisamment garanti de ce côté. || En dehors du droit d'accise, les fabricants de sucre payent une patente spéciale de 5 r. pour 1,000 pouds de sucre produit, soit 7 centimes par 100 kilog. || A l'exportation des sucres les fabricants reçoivent un drawback parfaitement identique au droit d'accise perçu, et qui ne cache pas la moindre trace d'une prime déguisée. || Dans les usines qui combinent la fabrication du sucre et le raffinage dans un même bâtiment, ou dans des bâtiments séparés mais voisins et entourés d'un mur ou d'une clôture commune, l'accise est perçue d'après le poids du sucre raffiné et mélis en pains, y compris le papier qui les enveloppe et la corde, mais pour les mêmes sucres en morceaux elle est perçue sur le poids net: si



les usines raffinent le sucre brut fabriqué par d'autres usines, sur lequel les droits d'accise ont été déjà perçus, la nouvelle perception des droits se fait seulement sur la quantité du sucre raffiné excédant la quantité du sucre brut apportée des autres usines.

Des primes directes ("bounties") ont été adoptées comme une mesure spéciale et passagère et ont été abolies en totalité, au moins pour les sucres exportés par la frontière Européenne. Après la spéculation de l'année 1883—84, l'industrie sucrière traversait, l'année suivante, une crise très sensible, et le Gouvernement Impérial de Russie s'était décidé de venir en aide aux industriels en leur accordant une prime de 80 copecks par poud (10 fr. 93 c. par 100 kilog.) afin de débarrasser les marchés indigènes d'une surabondance de sucre et afin d'arrêter jusqu'à un certain point la baisse des prix qui menaçait les fabricants de pertes considérables. Cette prime a été accordée seulement à titre d'emprunt; edle devait être graduellement restituée au Gouvernement à raison de 6 copecks par poud (83 centimes par 100 kilog.) par an, et tous les fabricants sans exception, même ceux qui n'ont pas pris part à l'exportation, subissaient cette taxe de restitution; et à juste titre, car quoiqu'ils n'eussent pas joui des avantages directes de la prime, ils tiraient néanmoins profit de l'influence qu'elle exerçait sur les marchés, notamment de la hausse des prix qu'elle devait produire. || Ces primes durèrent depuis le 1<sup>er</sup> Août, 1885, jusqu'au 1<sup>er</sup> Juillet, 1886, du côté de la frontière Européenne. Elles ont été abolies à cette époque et à justes raisons, qui ont été bien exprimées dans les paroles suivantes de M. Vishnegradsky, Ministre des Finances: "En présence d'une crise les primes directes ne peuvent servir dans tous les cas que de mesure palliative, et si elles devenaient permanentes elles seraient très insuffisantes et plutôt nuisibles qu'utiles à l'industrie; la concession de primes directes peut débarrasser, dans un moment donné, le marché d'une surabondance de marchandise, mais elle n'écarte point les causes de cette surabondance: au lieu de baisser la production excessive dont elle est le résultat naturel, elle l'encourage, et sous le rapport économique elle n'atteint pas son but. Les consommateurs de l'Angleterre tirent un avantage des primes allouées dans les autres pays; un de leurs plus grands inconvénients est de déprécier la marchandise sur les marchés étrangers au détriment des consommateurs du pays qui les donne." || Abolie du côté Européen, la prime directe existe encore pour l'exportation des sucres par la frontière Asiatique; elle existera jusqu'à l'année 1891; cette exception est suffisamment motivée par la circonstance que les sucres pour les marchés Asiatiques présentent un caractère tout spécial, quant au poids, à la qualité et à la forme de la marchandise, qui ne peut convenir ni aux autres marchés étrangers ni aux marchés indigènes; mais avec le développement des relations commerciales avec l'Asie et l'accroissement de l'exportation de ce côté il n'y a aucun doute que ces primes seront abolies au terme fixé.

Voici quelques chiffres sur l'industrie et le commerce du sucre; ils peuvent



Nr. 9565.  
Russland.

avoir un certain intérêt: ces chiffres sont pour l'année 1866. Dans cette année il y avait 241 usines en fonctionnement, et la production totale était de 29 039 594 pouds ou 476 249 347 kilog.; le revenu total était de 20 650 022 roubles papier ou 46 256 049 fr. dont l'accise proprement dite a fourni 18 942 243 roubles papier (42 430 654 fr.), la patente spéciale 141 794 roubles papier (317 618 fr.), les amendes 65 472 roubles papier (146 657 fr.), la somme restituée pour les primes directes 1 500 513 roubles papier (3 361 149 fr.); le cours d'échange pris comme base pour convertir le rouble papier en monnaie Française est de 2 fr. 24 c. || Sous l'influence des primes directes, l'exportation du sucre a été assez considérable et du côté Européen entre le 1<sup>er</sup> Septembre, 1885, et le 1<sup>er</sup> Octobre, 1886, ce qui est la période de leur durée, elle s'élevait à 7 325 952 pouds ou 120 145 285 kilog., et par la frontière Asiatique à 236 226 pouds ou 4 238 072 kilog. Après l'abolition des primes, l'exportation a complètement cessé pendant le reste de l'année 1886, mais à partir du commencement de l'année courante elle a repris, mais avec moins de vigueur. Entre le 1<sup>er</sup> Janvier et le 1<sup>er</sup> Octobre de cette année l'exportation du côté Européen a été de 2 305 065 pouds ou 37 303 066 kilog., et du côté Asiatique de 652 855 pouds ou 10 706 822 kilog. || L'importation en Russie est insignifiante; pour l'année 1886 elle ne figure dans le rapport Douanes que pour 4,825 pouds (79 130 kilog.), dont 252 pouds (4 132 kilog.) par la frontière Asiatique; l'importation de l'Asie est composée exclusivement de sucre candi venant de la Chine.

Le 29 Novembre, 1887.

---

## Römische Kurie.

Nr. 9566. **RÖMISCHE KURIE.**—Encyklika Papst Leos XIII. and. bair. Bischöfe. — Hervorhebung der Ansprüche der Kirche namentlich auf die Erziehung der Geistlichkeit in den Seminarien; Aufforderung an die Bischöfe, die Gläubigen von dem Verkehr mit Andersgläubigen und Freimaurern abzuwenden; Ermahnung an den Staat, seinen Pflichten mit Bezug auf das abgeschlossene Konkordat nachzukommen.

Venerabilibus Fratribus || archiepiscopis et episcopis Bavariae || Leo pp. XIII. Nr. 9566.  
|| Venerabiles Fratres, || Salutem et Apostolicam Benedictionem! || Officio Röm. Kurie.  
sanctissimo adducti muneris Apostolici, multum diuque, ipsi nostis, contendimus, 22. Dec. 1887.  
ut res Ecclesiae catholicae apud Borussos haberent aliquando melius atque, in gradum dignitatis suum restitutae, ad honorem pristinum amplioremque florescerent. Quae consilia, qui labores Nostri, aspirante Deo et iuvante, sic processere, ut praeteritam querimoniam lenierimus, et spe teneamur de libertate catholici nominis plene ibidem tranquilleque fruenda. — Nunc autem animus est cogitationes et curas, singulari quodam studio, ad Bavaros convertere. Non ea quidem caussa, quod rem sacram eodem esse loco in Bavaria atque in Borussia erat putemus; sed hoc optamus et cupimus, ut isto quoque in regno, quod catholica professione ab avis maioribusque gloriatur, incommoda quotquot insident de libertate detrahentia Ecclesiae catholicae, opportune resecentur. — Cuius maxime salutaris propositi ut ad effectum perveniamus, volumus et omnes aditus explorare, qui reliqui dentur, et quantum in Nobis auctoritatis opisque est sine cunctatione conferre. Atque vos opportune appellamus, Venerabiles Fratres, vestraque opera filios Nostros e Bavaria carissimos appellamus omnes, ut, quaecumque ad rationes fidei et religionis in gente vestra curandas et provehendas pertinere videantur, ea vobiscum pro potestate communicemus, de iis tribuamus consilia, de iisque ad ipsos civitatis rectores fidentur instemus.

In sacris Bavarorum fastis, res repetimus haud incognitas vobis, bene multa sunt, de quibus Ecclesia et civitas concordem capiant laetitiam. Nam fides christiana, ex quo divina eius semina, cura studioque summo sancti abbatis *Severini*, qui Norici apostolus extitit, aliorumque Evangelii praeconum, in gremio regionis vestrae sunt sparsa, tam altas egit fixitque radices, nulla ut deinceps

Nr. 9566.  
Röm. Kurie.  
22. Dec. 1887.

neque superstitionis immanitate, neque rerum publicarum perturbatione et conversione exaruerit penitus. Quare, sub exitum saeculi septimi, factum est, ut, quum *Rupertus* episcopus sanctus Vormatiensis, Theodone invitante Bavariae Duce, christianam fidem per easdem regiones exsuscitandam amplificandamque aggressus esset, sane multos, tum cultores fidei tum eius amplectendae studiosos, in media superstitione repperit. Ipse autem eximius princeps, Theodon, quo fidei urgebatur ardore, romanum iter suscepit, et pronus ad sepulcra SS. Apostolorum, itemque ad augustum Iesu Christi Vicarium, exemplum pietatis et coniunctionis Bavariae cum hac Apostolica Sede primus edidit nobilissimum, quod alii subinde egregii principes sunt religiose imitati. — Per idem tempus Cardinalis *Martinianus*, episcopus Sabinensis, a sancto Pontifice Gregorio II. in Bavariam legatus est, qui rebus catholicis subsidia et incrementa afferret, sociique additi *Georgius* et *Dorotheus*, cardinales ambo Ecclesiae romanae. Non ita multo post Romam ad summum Pontificem profectus est *Corbinianus* Episcopus Frisingensis, vir sanctimonia vitae suique despicientia insignis, qui apostolicos Rupertii labores pari laborum industria confirmavit et auxit. Cui vero laus debetur prae ceteris, aluisse et excoluisse fidem in Bavaris, is facile est sanctus *Bonifacius*, archiepiscopus Moguntinus; ipse qui Germaniae christianae pater, apostolus, martyr immortalis verissimoque praeconio celebratur. Hic legationes peregit a Romanis Pontificibus, Gregoriis II. et III. ac *Zacharia*, quorum maxima semper floruit gratia; eorumdemque nomine et auctoritate regiones Bavariae in dioeceses descripsit, atque ita hierarchiae ordinibus constitutis insitam fidem ad perpetuitatem commendavit. *Ager dominicus* (scribente ad ipsum Bonifacium S. Gregorio II.), *qui incultus iacebat et spinarum aculeis ex infidelitate riguerat, vomere tuae doctrinae exarante, semen verbi suscepit et fertilem messem protulit fidelitatis\**). — Illo ex tempore Bavarorum religio, quantumvis aetatum decursu tentata acerrime, ad omnes rerum civilium casus salva et constans permansit. Etenim secutae sunt quidem turbae illae et contentiones imperii adversus sacerdotium, asperae, diuturnae, calamitosae; in iis tamen plus vere fuit Ecclesiae quod laetaretur in Bavaris, quam quod doleret. Summa autem consensione a Gregorio XI., Pontifice legitimo, ipsi steterunt, effrenata dissidentium audacia neutiquam dimovente, frustra minitante; et, quod perarduum erat, longo inde intervallo, nihil vi atque impetu Novatorum absteriti, fidei integritatem et veterem cum romana Ecclesia coniunctionem religiose semper servarunt. Quae virtus et firmitudo patrum vestrorum eo magis praedicanda est, quod populos fere omnes eorum finitimos nova secta misere subgisset. Sane Bavaris, qui eo erant luctuoso tempore, illa apposite congruebant, quibus Gregorius idem II. catholicos Thuringiae homines, a S. Bonifacio christiana sapientia imbutos, multo ante affatus erat, merita commendationis gratia, in quadam epistola ad optimates: *Insinuatam nobis magnificae in Christo fidei vestrae constantiam agnoscentes, quod paganis compellantibus vos ad idola*

\*) Ep. XIII. ad Bonifacium. Cfr. Labbeum Collect. Conc. V. VIII.

*colenda, fide plena responderitis, magis velle feliciter mori, quam fidem semel in Christo acceptam aliquatenus violare; nimia exultatione repleti, gratias debitas persolvimus. Deo nostro et redemptori, bonorum omnium largitori, cuius gratia comitante vos ad meliora et potiora optamus proficere, et ad confirmandum fidei vestrae propositum sanctae Sedi Apostolicae religiosis mentibus adhaerere, et, prout opus poposcerit sacrae religionis, a memorata sancta Sede Apostolica, spirituali omnium fidelium matre, solatium quaerere, sicut decet filios cohaeredes regni a regali parente\*).*

Nr. 9566.  
Röm. Kurie.  
22. Dec. 1857.

Etsi vero Dei miserentis gratia, quae superiore memoria gentem vestram tutata est benignissimeque complexa, optime in posterum tempus augurari, optime sperare Nos iubet, nihilominus ea omnia, quoad suae cuiusque sunt partes, praestare debemus, quae plus habeant efficacitatis ad damna religionis sive accepta sarcienda, sive imminetia prohibenda, ita ut christiana doctrina et instituta morum sanctissima ad plures quotidie se possint effundere lactissimisque fructibus latius redundare. Quod non eo dicimus, velut si causa catholica idoneos magis minimeque timidos propugnatores apud vos desideraret: probe enim novimus vos, Venerabiles Fratres, unaque maiorem et saniozem partem tum sacri ordinis tum hominum externorum, haudquaquam frigere otiose ad certamina et pericula, quibus cingitur premiturque ecclesia vestra. Quapropter sicut non absimili causa Decessor Noster Pius IX. amantissimis litteris ad Episcopos Bavariae datis\*\*) praeclara eorum studia sacris Ecclesiae rationibus tuendis impensa summis laudibus extulit, ita perlibenter Nos iustam singulis laudem ultro palamque tribuimus, quotquot ex Bavaris defensionem religionis avitae susceperunt fortiter et egerunt. Verum, quibus temporibus providentissimus Deus Ecclesiam suam saevis procellis agitari permittit, acriores ipse a nobis animos viresque in auxilium paratioris optimo iure deposcit. Vos autem ad unum, Venerabiles Fratres, aequae ut Nos, dolenter videtis, quam aliena et quam iniqua in tempora Ecclesia inciderit; videtis cum primis, quo se loco habeant res vestrae, et quibus vosmetipsi difficultatibus conflictemini. Ergo intelligitis experiendo, munera vestra maiorem quam antehac habere in praesentia amplitudinem, ad eaque vigilantiam et actionem, robur et prudentiam christianam debere vos enixius intendere. || Ac primum omnium ad clerum parandum et ornandum auctores vobis hortatoresque sumus. — Clerus nimirum instar exercitus est, qui, quoniam instituta sua et suorum perfunctio munerum ita ferunt, ut, sub magisterio episcoporum, cum christiana multitudine assiduo fere usu versetur, decus idcirco praesidiumque tanto amplius est rei publicae allaturus, quanto et numero praestet et disciplina. Quapropter Ecclesiae haec fuit semper antiquissima cura, ut illos deligeret educeretque ad sacerdotium adolescentes, quorum indoles et voluntas spem afferat eos ecclesiasticis ministeriis perpetuo inservituros\*\*\*); eademque, ut adolescentium aetas . . . a teneris

\*) Ep. v. Ad optimates Thuring. Cfr. Labbeum, ib.

\*\*) Litt. *Nihil Nobis gratius*, die 20. Februarii a. 1851.

\*\*\*) Conc. Trid. Sess. XXIII, de reform. c. XVIII.

Nr. 9566.  
Röm. Kurie.  
22. Dec. 1857.

*annis ad pietatem et religionem informetur, antequam vitiorum habitus totos homines possideat*\*) ; ipsis proprias sedes et ephebea condidit, atque regulas, in sacro praesertim Concilio Tridentino\*\*), sapientiae plenas praescripsit, *ut hoc collegium Dei ministrorum perpetuum seminarium sit*\*\*\*). Alicubi quidem quaedam latae sunt valentque leges, quae sin minus impediunt, inturbant, quominus uterque clerus sua sponte confletur suaque disciplina instituat. Nos hac in re, quae tanti interest quanti interesse maxime potest, sicut alias, ita nunc oportere existimamus sententiam Nostram aperte eloqui, et omni qua possumus ratione ius Ecclesiae sanctum inviolatumque retinere. Ecclesiae nimirum, quippe quae societas sit genere suo perfecta, ius nativum est cogendi instruendique copias suas, nocentes nemini, plurimis auxiliantes, in pacifico regno, quod saluti humani generis Iesus Christus in terris fundavit. || Clerus autem concredita sibi officia integre profecto et cumulate explebit, ubi, curam episcopis adhibentibus, talem e sacris seminariis disciplinam mentis animique sit nactus, qualem dignitas sacerdotii christiani et ipse temporum morumque cursus requirit; eum scilicet oportet doctrinae laude et, quod caput est, summa laude virtutis excellere, ut animos hominum conciliet sibi atque in observantiam adducat. || Christiana sapientia, qua luce mirifica abundat, in omnium oculis niteat necesse est, ut tenebris inscientiae, quae est religioni maxime inimica, dispulsis veritas longe lateque se pandat et feliciter dominetur. — Etiam refellantur oportet et convellantur errores multiplices, qui vel ignorantia vel improbitate vel praeiudicatis opinionibus exorti, mentes hominum perverse avocant a veritate catholica, et quoddam animis fastidium eius aspergunt. Hoc munus permagnum, quod est *exhortari in doctrina sana, et eos qui contradicunt arguere*†), ad ordinem pertinet sacerdotum, qui legitime habuerunt a Christo Domino impositum, quum divina ille potestate dimisit ad gentes universas docendas: *Euntes in mundum universum, praedicate evangelium omni creaturae*††); ita plane, ut episcopi, in Apostolorum locum sublecti, praesint magistri in Ecclesia Dei, presbyteri adiutores accedant. — Sanctioribus hisce partibus plene perfecteque, si alias unquam, satis factum est in primordiis religionis nostrae saeculisque consequentibus, per eam, quae diu exarsit, maximam dimicationem cum ethnicae superstitionis tyrannide: unde tam amplam cohors sacerdotalis collegit gloriam, amplissimamque sanctissimus ordo Patrum et Doctorum, quorum sapientia et eloquentia in omnem memoriam et admirationem florebunt. Per ipsos nempe doctrina christiana subtilius tractata, uberius explicata, pugnacissime defensa, eo magis veritate et praestantia patuit sua, prorsus divina: contra iacuit doctrina ethnicorum, vel indoctis redarguta et contempta, ut quae nihil sibi consentanea, perabsurda, inepta. Nequidquam

\*) Ib.

\*\*) Ib.

\*\*\*) Ib.

†) Tit. I, 9.

††) Marc. XVI, 15.

vero commisi sunt adversarii, ut cursum eum sapientiae catholicae tardarent et intercluderent; nequidquam graecae scholas philosophiae, platoniam in primis et aristoteleam, magnificentioribus sane verbis obiecerunt. Nostri enim neque istud quidem certaminis genus declinantes, ad philosophos ethnicos applicuerunt ingenia et studia: quae quisque eorum professus esset, incredibili paene diligentia scrutati, consideraverunt singula, expenderunt, contulerunt: multa sunt ipsis reiecta aut emendata, non pauca ex aequo probata et accepta: hoc etiam ab ipsis apertum et prolatum est, ea quidem, quae ipsa ratione et intelligentia hominis falsa esse revincantur, ea tantummodo adversari doctrinae christianae, adeo ut huic doctrinae qui obsistere velit et refragari, idem suae ipsius necessario obsistat et refragetur rationi. Istiusmodi pugnatae sunt pugnae a patribus illis nostris, atque illustres partae victoriae, eaeque non virtute modo armisque fidei partae, sed auxiliis quoque humanae rationis: quae scilicet, lumen praeferebat sapientia caelesti, ex rerum ignoratione complurium et quasi ex errorum silva, veritatis iter pleno gradu erat ingressa. — Haec sane admirabilis fidei cum ratione consensio et conspiratio, quamquam operosis multorum studiis ornata est, tamen, in uno velut constricta aedificio unoque in conspectu exposita, elucet vel maxime in opere S. Augustini, quod est *De Civitate Dei*, pariterque in *Summa* utraque S. Thomae Aquinatis: quibus libris conclusa profecto habentur quaecumque erant a quibusque sapientibus acute cogitata et disputata, ex iisque licet capita et fontes arcessere eius eminentis doctrinae, quam nominant theologiam christianam. — Exemplorum tam insignium memoria utique per hos dies replicanda et fovenda est clero, quando ab adversis partibus vetera passim arma exacuuntur, vetera ferme praelia renovantur. Tantum hoc, quod olim repugnabant ethnici christianae religioni, ne ab inveteratis numinum ritibus institutisque deducerentur; nunc autem perditissimorum hominum opera pessima in eo certat, ut e christianis populis divina omnia documenta et pernecessaria, quae sacra cum fide sunt indita, stirpitus evellant, atque eos deterius ethnicis habeant in miseriamque devolvant maximam, in omni videlicet fidei religionisque contemptum et eversionem. Cuius impurae pestis, qua nulla est detestabilior, illi initia fecere, qui homini tribuerunt natura tantum, ut de doctrina divinitus data posset quisque pro ratione iudicioque suo cognoscere et discernere, minime vero auctoritati subesse deberet Ecclesiae et Pontificis romani, quorum unice est, divino mandato et beneficio, eam doctrinam custodire, eam tradere, de ea verissime iudicare. Inde praeceps via patebat, patuit autem illis miserrime, ad omnia inficienda et amandanda quae sunt supra naturam rerum et captum hominis posita: tum auctoritatem esse ullam, quae a Deo dimanet, ipsumque Deum esse, impudentius pernegaverunt; delapsi postremo in commenta et *Idealismi* insulas et *Materialismi* abiectissima. Hanc tamen maximarum rerum inclinationem, qui *Rationalistae* vocantur quive *Naturalistae*, progressionem scientiae, progressionem societatis humanae, mentito nomine, appellare non dubitant, quae revera utriusque pernicietas est atque excidium. || Itaque, Venerabiles Fratres, cognitum

Nr. 9566.  
Röm. Kurie.  
22. Dec. 1887.

perspectumque habetis, quali ratione et via alumnos Ecclesiae erudiri oporteat ad maiores doctrinas, ut convenienter temporibus utiliterque in muneribus suis versentur. Hi nimirum, ut erunt humanitatis artibus informati et politi, praestantissima sacrae theologiae studia ne attingant prius quam diligentem adhibuerint praeparationem in studio philosophiae. — Philosophiam eam intelligimus, intimam solidamque, altissimarum indagatricem caussarum, patronam optimam veritatis; cuius virtute neque ipsi fluctuent neve abripiantur *omni vento doctrinae in nequitia hominum, in astutia ad circumventionem erroris\**), et queant etiam doctrinis ceteris adiumenta veritatis subministrare, captionibus praestigiisque opinionum discussis et refutatis. Huius rei gratia, ut opera magni Aquinatis essent in manibus et assidue apteque exponerentur, iampridem monuimus, idemque saepius inculcavimus verbisque gravissimis; et gestit animus optimos inde fructus esse a clero perceptos, perquam optimos uberrimosque spe certa exspectamus. Scilicet disciplina Doctoris Angelici mire facta est ad conformandas mentes, mire usum parit commentandi, philosophandi, disse- rendi presse invicteque: nam res singulas dilucide monstrat aliam ex alia continua serie pendentes, omnes inter se connexas et cohaerentes, omnes ad capita pertinentes suprema; tum in contemplationem erigit Dei, qui rerum omnium et causa effectrix est et vis et summum exemplar, ad quem demum omnis philosophia et homo quantus est debent referri. Sic vere per Thomam scientia rerum divinarum et humanarum caussarumque, quibus hae res continentur, quum praeclarissime illustrata, tum firmissime munita est: cuius con- flictione disciplinae veteres sectae errorum penitus corruerunt, itemque novae, nomine potius et specie, quam re illis dispares, simul emisere caput, et eiusdem ictibus deiectae interciderunt; quod iam non unus ostendit de scriptoribus nostris. Ratio quidem humana ad cognitionem rerum interiorum reconditamque libera vult acie penetrare, nec non velle potest: verum, Aquinatè auctore et magistro, hoc ipso facit expeditius et liberius, quia tutissime facit, omni procul periculo transiliendi fines veritatis. Neque enim libertatem recte dixeris, quae ad arbitrium libidinemque opiniones consecatur et spargit, immo vero licentiam nequissimam, mendacem et fallacem scientiam, dedecus animi et servitutem. Ille reapse sapientissimus Doctor intra veritatis fines graditur, qui non modo cum Deo, omnis veritatis principio et summa, nunquam decer- tat, sed ipsi adhaeret semper arctissime semperque obsequitur, arcana sua quoquo modo patefacienti, qui neque sancte minus Pontifici romano est dicto audiens, et auctoritatem in eo reveretur divinam, et *subesse romano Pontifici tenet omnino de necessitate salutis\*\**). — Eius igitur in schola adolescat et exerceatur clerus ad philosophiam, ad theologiam: existet enimvero doctus et ad sacra praelia valens quam qui maxime. || Lux tamen doctrinae a clero in christiani populi ordines diffundenda vix dici potest quam magnam habeat

\*) Ephes. IV, 14.

\*\*\*) Opusc. *Contra errores-Graecorum*.



utilitatem, si quasi e candelabro virtutis effulserit. — In praeceptis enim, quae sunt ad corrigendos hominum mores, plus fere possunt, quam dicta, facta magistrorum; nec quisquam negotio tam facili habiturus est ei fidem, cuius a dictis praeceptisque discrepent facta. In Iesum Christum Dominum oculos intendamus et mentes: qui, ut *veritas* est, perdociuit nos, quae credere debemus, ut *vita* est et *via*, semetipsum proposuit nobis exemplar absolutissimum, quo modo ageremus honeste vitam et bonum ultimum studiose appeteremus. Ipsemet discipulos suos ita de se voluit institutos et perfectos: *sic luceat lux vestra*, hoc est doctrina, *coram hominibus*, ut *videant opera vestra bona*, non secus atque doctrinae argumenta, et *glorificent Patrem vestrum, qui in caelis est*\*), doctrinam in unum et bonitatem Evangelii complexus, quod ipsis ad propagandum committebat. — Sunt haec nempe instituta divina, quibus vita sacerdotum componatur et dirigatur oportet. Omnino oportet et necesse est habere eos sibi persuasum ac prope insculptum in animis, se iam non de saeculi esse consortione, at vero Dei consilio electos esse, qui, in communionem saeculi aetatem agentes, vitam tamen Christi Domini vivant. Qui, si de ipso in ipsoque vere vivant, minime *quae sua sunt* quaeritabunt, sed in iis profecto toti erunt, *quae sunt Iesu Christi*\*\*), neque hominum captabunt inanem gratiam, sed gratiam Dei solidam expetent: ab his autem infimis rebus et corruptelis abstinebunt, abhorrebunt, et lucra bonorum caelestium industrie facientes, de iis effudent large hilareque, ut sanctae est caritatis: nusquam porro committent, ut iudicio et arbitrio episcoporum aut opponant aut anteferant suum, sed ipsis parendo et obediendo personam gerentibus Christi, felicissime elaborabunt in vinea Domini copia fructuum lectissimorum ad vitam sempiternam mansura. Quisquis vero se a pastore suo atque a pastorum maximo, romano Pontifice, sententia et voluntate abiungit, nullo pacto jungitur Christo: *Qui vos audit, me audit; et qui vos spernit, me spernit*\*\*\*): quisquis autem est a Christo alienus, dissipat verius quam colligit. — Ex quo praeterea species modusque obtemperationis hominibus debita, qui antecedunt publica potestate, in promptu est. Nam longissime abest, ut sua ipsis iura velit quispiam abnuere et derogare; ea potius et ab aliis civibus observanda diligenter sunt et a sacerdotibus diligentius: *Reddite quae sunt Caesaris Caesari*†). Nobilissima enim atque honestissima sunt munia, quae viris principibus Deus, dominator rectorque summus, imposuit, ut consilio, ratione omnique custodia iustitiae civitatem moderentur, conservent, augeant. Proinde clerus singula civium officia accuret et exsequatur, non in morem servientis, sed reverentis; propter religionem, non propter metum; simul cum iusto obsequio, dignitatem suam tuentes, iidem cives et sacerdotes Dei. Quod si quando fiat, ut civile imperium in iura Dei et Ecclesiae invadat, tum esto a sacerdotibus insigne exemplum, quemadmodum homo christianus, formidolosis religioni

\*) Matth. V, 16.

\*\*) Philipp. II, 21.

\*\*\*) Luc. X, 16.

†) Matth. XXII, 21.

Nr. 9566.  
Röm. Kurie.  
22. Dec. 1887.

temporibus, in officio perstare debeat: multa is, incolumi virtute, tacitus ferat in tolerando male facta sit cautus, neque improbis ulla in re assentiat neve; assentetur: re autem urgente in alterutrum, Dei ne recusanda iussa an gratificandum hominibus, memorabile illud dignissimumque Apostolorum responsum libera voce usurpet: *Oportet obedire Deo magis quam hominibus*\*).

Ad hoc veluti adumbratum specimen de ratione sacrae iuventutis colendae, adiicere libet et aequum est, quae ad iuventutem in universum pertinent: eius enim institutio valde Nos sollicitos habet, ut, sive ad cultum mentis sive ad perfectionem animi, recte admodum integreque succedat. — Novellam aetatem materno Ecclesia semper fovit complexu; eius praesidio labores plurimos amantissime impendit et plurima adiumenta paravit; in his, familias nonnullas hominum religiosorum constitutas, quae adolescentiam erudirent in artibus et doctrinis, ac praecipue ad sapientiam alerent virtutemque christianam. Sic auspicato fiebat, ut in animos teneros pietas erga Deum facile influeret, ex qua officia hominis in se aliosque et patriam maturime explicata, maturime etiam in optimam spem florerent. Ecclesiae igitur iusta nunc est ingemendi causa, quum videat in primis aetatulis filios suos a se divelli, atque in eos compelli litterarios ludos, ubi vel siletur omnino notitia Dei, vel mancum aliquid delibatur de ea perverseque miscetur; ubi colluvioni errorum nulla repagula, nulla fides documentis divinis, nullus veritati locus, ut se ipsa defendat. Atqui de litterarum doctrinarumque domiciliis auctoritatem Ecclesiae catholicae prohibere, maxime iniurium est, eo quod munus religionis docendae, eius videlicet rei, qua nemo homo non indiget ad salutis aeternae adeptionem, Ecclesiae a Deo sit datum; nulli vero alii datum est hominum societati, neque societas ulla sibi potest adsciscere; ideoque ipsa suum propriumque ius merito affirmat, labefactum conqueritur. — Cavendum insuper est vehementerque curandum, ut in scholis, quae ditionem Ecclesiae vel omnino vel partim excusserint, ne quod iuventus periculum subeat neve ullum in fide catholica morumque honestate detrimentum capiat. In quo quidem et cleri et virorum proborum sollertia multum valebit, tum si laborent, ut religionis doctrina non solum e scholis illis non exturbetur, sed, quo par est, loco maneat, maneatque apud magistros idoneos et spectatae virtutis, tum si alia quaedam praesidia inveniant et comparent, quibus ea ipsa doctrina incorrupte et commode iuventuti impertiatur. — Valebunt autem permultum consilia et opera patrum familias sociata. Quare opus est admonitione ad eos et hortatione quanta fieri possit gravissima: velint animadvertere, quam magna sanctaque officia sibi cum Deo intercedant de liberis suis; ut scientes religionis, bene moratos, Deum pie colentes educare debeant; ut faciant damnose, si aetatem credulam et incautam suspectis praeceptoribus in discrimen committant. Hisce in officiis, simul cum procreatione liberorum susceptis, noverint patresfamilias, totidem iura inesse secundum naturam et aequitatem, atque esse eiusmodi, de quibus nihil liceat

\*) Act. V, 29.

sibi remittere, nihil cuius hominum potestati liceat detrudere, quum, officiis solvi quibus homo teneatur ad Deum, sit per hominem nefas. Hoc igitur parantes reputent, se magnum quidem onus gerere de liberorum tuitione, multo tamen gerere maius, ut eos ad meliorem potioremque vitam, quae animorum est, educant: quod ubi per se ipsi praestare nequeant, suum prorsus esse vicaria opera aliorum praestare, ita ut necessariam religionis doctrinam ex magistris probatis audiant liberi et percipiant. Iam illud non infrequens est exemplum sane pulcherrimum religionis munificentiaeque, ut, quibus locis scholae nullae publice paterent nisi quae *neutrae* vocantur, catholici viri magnis laboribus et sumptibus aperuerint certas suas et pari constantia sustentent. Praeclara haec et tutissima iuventutis perfugia, ubi opus est, pro rerum et locorum rationibus, alia atque alia constitui maxime optandum. || Neque silentio praetereundum est, christianam iuventutis institutionem in maximam ipsius reipublicae verti utilitatem. — Sane liquet innumerabilia et ingentia damna ei civitati metuenda esse, in qua docendi ratio et disciplina sit experta religionis, aut, quod est deterius, ab ea dissideat. Statim enim ac posthabitu et contemptum sit supremum illud divinumque magisterium, cuius admonitione iubemur vereri Dei auctoritatem, eiusdemque firmamento omnia Dei oracula tenere certissima fide, iam proclivis est humanae scientiae ad perniciosissimos errores, in primis *naturalismi* et *rationalismi* ruina. Hinc fiet, ut iudicium arbitriumque de rebus intelligendis, ac proclivius de agendis, homini cuilibet permittatur, et continuo publica imperantium auctoritas debilitata iaceat et afflicta: quibus namque inserta sit pessima opinio, se nullo pacto obligari dominatione et rectione Dei, permirum sane si hominis ullum imperium observent et patiantur. Fundamentis vero, in quibus omnis auctoritas nititur, excisis, societas coniunctionis humanae resolvitur et dissipatur, nulla erit res publica, dominatus armorum plenus et scelerum occupabit omnia. Num vero tam funestam calamitatem possit civitas, suis ipsa opibus freta, deprecari? num possit, Ecclesiae subsidia respuens? num possit, cum Ecclesia confligens? — Res prudenti cuique aperta manifesta est. — Ipsa igitur civilis prudentia suadet, in iuventute erudienda et instituenda suam partem episcopis et clero esse reliquendam; diligenterque providendum, ne ad nobilissimum docendi munus homines vocentur vel de religione languidi et ieiuni, vel palam aversi ab Ecclesia. Quod quidem intolerabilius esset, si huiusmodi ingenii homines deligerentur ad doctrinas sacras, omnium praestantissimas, profitendas.

Praeterea interest quam maxime, Venerabiles Fratres, ut pericula avertatis et propulsetis, quae gregibus vestris a contagione *massonum* impendent. — Huius tenebricosae sectae consilia et artes quam sint nequitiarum plena et quam exitiosa civitati, docuimus alias, singularibus litteris Nostris encyclicis, nec non adiumenta indicavimus, quibus vires eius oporteat reprimi et enervari. Nec profecto erit satis unquam praemonitum, caveant christiani a tali scelerum factione: haec enim, quamquam odium grave in Ecclesiam catholicam principio concepit asperiusque deinde obfirmavit et quotidie inflammat, non

Nr. 9566.  
Röm. Kurie.  
22. Dec. 1887.

tamen perpetuo inimicitias apertas exercet, at saepius agit versute et dolose, maximeque adolescentiam, quae rerum ignara est et inops consilii, miserabiliter irretit, simulata quoque specie pietatis et caritatis. — Quod est autem cautionis ab iis, qui fide a catholicis discrepant, probe tenetis Ecclesiae praescripta, ne qua inde damna in christianum populum vel consuetudine vel pravitae opinionum dimanent. Videmus equidem et vehementer dolemus, facultatem Nobis ac vobis haud parem esse atque voluntatem et studium haec ipsa pericula penitus avertendi: attamen alienum non putamus, sollicitudinem vestram pastorem incitare, et alacritatem simul acuere hominum catholicorum, si communibus studiis removeri possint aut sublevari quaecumque obsistunt communibus votis. *Assumite*, cohortatione utimur sancti decessoris Nostri Leonis Magni, *religiosae sollicitudinis pium zelum, et contra saevissimos animarum hostes omnium fidelium cura consurgat*\*).

Itaque, excussa, si qua insederit, segnitia et desidia, causam religionis et Ecclesiae tamquam suam bonus quisque suscipiat; pro eaque fideliter et perseveranter propugnet. — Usu venit enim, ut nequam homines ex inertia ac timiditate bonorum improbitatem suam et licentiam nocendi confirmet, atque etiam proferant. Sit sane, catholicorum conatus et studia minus interdum ad ea posse, quae in sententia et spe habeantur: at satis in utramque partem profectura sunt, scilicet ad adversarios coercendos, et ad animos infirmos abiectosque roborandos, praeter eam magnam utilitatem, quae posita est in secura officii conscientia. Quamquam, neque istud quidem facile dederimus, sollertiam et operam catholicorum, recto et perseverante consilio abhibitam, effectu suo carere. Nam semper factum est fietque semper, ut res summis difficultatibus implicatae et undique obseptae praeclare tandem eveniant, modo animose, uti monuimus, fortiterque agantur, comite et ministra christiana prudentia. Quippe veritas, cui homo a natura cupidissime studet, mentes aliquando pervincat necesse est: ea quidem perturbationibus morbisque animi tentari atque obrui potest, exstingui non potest. — Quod opportunis convenire in Bavariam non una de causa videtur. Huic enim, quoniam Dei beneficio in regnis catholicis numeratur, non tam opus est fidem sanctam accipere, quam acceptam a patribus custodire et fovere: praeterea, qui nomine publico auctores sunt legum ad rempublicam temperandam, ii magnam partem catholici; catholici item quum sint plerique cives et incolae, minime dubitamus, quin matri suae, Ecclesiae laboranti, omni velint ope favere et succurrere. Ergo, si tam impense acriterque, ut debent, contendant omnino omnes, sane quam felices curarum exitus, auspice Deo, laetari licebit. Equidem contendant omnes praecipimus, eo quia, sicut nihil perniciosius discordia, ita nihil est praestabilius et magis efficax consensione concordiaeque animorum, collectis viribus ad unum idemque nitentium. Ad haec, bene catholicis per leges suppetit medium, quo conditionem habitumque rei publicae meliorem fieri exoptulent, atque

\*) Serm. XV, c. 6.

eum optent velintque statum, qui et Ecclesiae et sibi, si minus obsecundet et gratificetur, quod multo esset aequissimum, at non adversetur dure. Neque vero rectum erit cuiquam arguere et vituperare nostros, qui adiumenta huius generis quaerant: quibus enim adiumentis hostes catholici nominis ad licentiam uti consueverunt, id est, ut leges ab imperantibus eliciant et paene extorqueant odiosas libertati rei civilis sacraeque, nonne integrum sit catholicis eadem adhibere, atque ita adhibere, ut honestissimis modis religioni consulant, et ea tueantur bona, dotes ac iura, quae Ecclesiae catholicae divinitus collata sunt, quaeque ab universis, qui praesunt, qui subsunt, omni sunt honore afficienda? || In bonis autem Ecclesiae, quae Nos ubique semperque conservare debemus, ab omnique iniuria defendere, illud certe praestantissimum est, tanta ipsam perfrui agendi libertate, quantam salus hominum curanda requirat. Haec nimirum est libertas divina, ab unigenito Dei Filio auctore profecta, qui Ecclesiam sanguine fuso excitavit, qui perpetuam in hominibus statuit, qui voluit ipsi ipse praeesse: atque adeo propria est Ecclesiae, perfecti divinique operis, ut, qui contra eam faciant libertatem, iidem contra Deum faciant et contra officium. — Quod enim alias, nec semel diximus, ideo constituit Deus Ecclesiam suam, ut bona animorum ultima, omnique natura rerum immensum maiora, haberet curanda, perseguenda, largienda; utque, opibus fidei et gratiae, vitam a Christo in homines novam inferret, salutis sempiternae efficientem. Quoniam vero cuiusque societatis et genus et iura a caussis propositisque maxime notantur, unde ipsa exstiterit et quo contendat, haec facile sunt consequentia: Ecclesiam societatem esse tam a civili discretam, quam utriusque inter sese discernuntur proximae caussae et proposita; eandem esse societatem necessariam, quae ad universitatem se porrigat generis humani, cum ad christianam vitam universi vocentur, atque ita, ut, qui recusent vel deserant, ablegentur perpetuo, vitae exsortes caelestis; esse potissimum sui iuris societatem, eamque praestantissimam, propter ipsam caelestium et immortalium bonorum, ad quae tota conspirat, excellentiam. Iam vero liberae caussae, non videt nemo, liberam trahunt facultatem rerum adhibendarum, quotquot usui sunt futurae. — Sunt autem Ecclesiae tamquam instrumenta, apta et necessaria, posse arbitrato suo christianam doctrinam tradere, sacramenta sanctissima procurare, cultu divino fungi, omnem cleri disciplinam ordinare et temperare: quibus muneribus beneficiisque instructam et apparatus voluit Deus Ecclesiam, solam eam providentissime voluit. Ipsi uni tamquam in deposito esse iussit res omnes afflatu suo hominibus enuntiatas; eam denique unam statuit interpretem, vindicem, magistram veritatis et sapientissimam et certissimam, cuius praecepta aequae singuli aequae civitates debeant audire et sequi; similiter constat mandata ab ipso libera Ecclesiae data esse de rebus iudicandis et statuendis, quaecumque melius ad consilia sua conducerent. — Quae de re, sine caussa civilia imperia suspicionem et offensionem capiunt de libertate Ecclesiae, quum demum vel civilis vel sacrae potestatis idem sit principium, unice a Deo. Ideoque non possunt inter se aut discrepare, aut impe-

Nr. 9566.  
Röm. Kurie.  
22. Dec. 1887.

diri aut elidi, cum neque Deus constare sibi non possit, neque opera eius queant inter se pugnare; quin etiam miro commendantur caussarum rerumque concentu. Liqueat praeterea Ecclesiam catholicam, dum latius liberiusque, Auctoris sui iussis obtemperans, sua signa infert in gentes, nequaquam in fines excurrere potestatis civilis, eiusque rationibus aliqua re obesse, sed tutari eas et munire; ad eius vere similitudinem quod contingit in fide christiana, quae tantum abest, ut humanae rationis luminibus obstruat, ut potius ipsi addat splendorem, vel quod ab erroribus opinionum avertat, ad quos prolabi humanum est, vel quod in spatium rerum intelligendarum amplius et excelsius admittat.

Ad Bavariam quod attinet, rationes quaedam singulares huic Sedi Apostolicae cum ipsa intercedunt, eaeque pactis conventis ratae et sacratae. Eas quidem Apostolica Sedes, tametsi multa de iure suo paciscendo remisit, integre tamen religioseque, ut solet, semper servavit; nihilque unquam egit quod caussam querelarum ullam praerberet. Quapropter enixe optandum, ut utrinque stent utrobique conventa et rite observentur, cum ad verba tum magis ad mentem eam, qua scripta sunt. — Fuit quidem aliquando, quum perturbatio aliqua concordiae et querelarum causa enata est; eas tamen Maximilianus I., decreto facto, lenivit, iterumque Maximilianus II. aequi bonique fecit, opportunis quibusdam temperamentis sancitis. Haec quidem ipsa recentioribus temporibus esse abrogata compertum est: Nobis tamen ex religione prudentiaque Principis, qui gubernacula tenet regni Bavarici, admodum est quod confidamus futurum, ut, qui locum religionemque Maximilianorum praeclara haereditate excepit, velit ipse mature rei catholicae incolumitati prospicere, eiusque incrementa, amotis impedimentis, provehere. Ipsi profecto catholici homines, quae est pars civium maxima, eaque caritate patriae et observantia in gubernatores sine ulla dubitatione probabilis, si sibi in re tanti momenti responderi et satisfieri viderint, profecto excellent obsequio et fide adversus Principem suum, similitudine quadam filiorum in patrem, et singula eius consilia ad regni bonum ac decus summa voluntate subsequenter, summis viribus plene perficient.

Haec quidem, Venerabiles Fratres, vobis communicare Apostolici officii ratio impulit. Superest, ut Dei opem certatim omnes imploremus, precatoresque ad Eum adhibeamus gloriosissimam Virginem Mariam, Caelitesque regni Bavarici patronos, ut, communibus votis benignus annuens, tranquilla Ecclesiam donet libertate, detque Bavariam maiori in dies gloria et prosperitate frui. || Auspicem autem caelestium munerum, praecipuaeque Nostrae benevolentiae testem, Apostolicam benedictionem vobis, Venerabiles Fratres, Clero populoque universo vigilantiae vestrae commisso peramanter impertimus. || Datum Romae apud S. Petrum, die XXII. Decembris an. MDCCCLXXXVII. Pontificatus Nostri Decimo. || Leo PP. XIII.

**Nr. 9567. RÖMISCHE KURIE.** — Dekret der Kongregation der h. Inquisition an die irischen Bischöfe, betreffend den „Feldzugsplan“ und das „Boycotten“. [Nach der Germania vom 5. Mai 1888.]

Illme ac Rme Domine, || Saepenumero Apostolica Sedes populo Hibernensi, quem praecipua benevolentia semper prosequuta est, cum ejus res postulare videbantur, opportuna monita et consilia praebuit, quibus jura sua defendere aut vindicare, salva justitia et incolumi publica quiete, posset. Nunc vero SSmus D. N. Leo XIII. veritus, ne, in eo belli genere, quod apud populum illum in controversias inter locatores et conductores fundorum sive praediorum inductum est, quodque audit The Plan of Campaign, et in ea interdictionis forma, quae ob easdem controversias, Boycotting nuncupatur, genuinus justitiae et caritatis sensus in eo pervertatur, mandavit Supremae Congregationi S. R. et U. Inquisitionis, ut rem serio ac diligenti examini subjiceret. Itaque Emis Patribus Card. contra haeticam pravitatem una mecum Generalibus Inquisitoribus propositum fuit dubium: || Utrum liceat in controversiis inter locatores et conductores fundorum seu praediorum in Hibernia uti mediis vulgo appellatis the Plan of Campaign et the Boycotting — || et ab Emis Patribus re diu ac mature perpensa unanimi suffragio responsum fuit: || Negative. || Quam profecto responsonem SSmus Pater feria IV die 18 hujus mensis probavit et confirmavit.

Nr. 9567.  
Röm. Kurie.  
20. April 1888.

Hujus judicii quanta sit aequitas facile quisque perspiciet, si animadvertat locationis pensionem, quae mutua consensione statuta sit, privato unius conductoris arbitrio imminui, salva conventionis fide, non posse; praesertim cum certa tribunalia hujusmodi controversiis dirimendis statuta sint, quae pensiones justo majores intra aequitatis limites cohibeant et moderentur, habita etiam ratione sterilitatis vel calamitatum, quae incidere potuerint. Neque fas putandum, ut a conductoribus extorqueatur pensio et apud ignotos deponatur, locatore posthabito. Denique a naturali justitia et christiana caritate est omnino alienum, ut nova quadam persecutione et interdictione saeviatur sive in eos, qui contenti earum pensionum, de quibus cum dominis praediorum convenerant, eas potius solvere parati sunt, sive in eos, qui vacuos fundos, utentes jure suo, conducunt.

Quare erit Ampl. Tuae prudenter quidem, sed efficaciter de hac re tum ecclesiasticos viros, tum fideles monere eosque exhortari, ut, dum levamen afflictiae suae fortunae quaerunt, christianam caritatem servent et justitiae fines non transilient. Mihi interim gratum est fausta omnia Ampl. Tuae a Domino adprecari.

A. T. || Romae die 20 Aprilis 1888. || Addictissimus in Domino. || R. Card. Monaco.



**Der Papst zur deutschen Heeresvorlage und der preussischen  
Kirchengesetznovelle 1886—1887.**

**Nr. 9568. RÖMISCHE KURIE.** — Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Bischof Kopp v. Fulda. — Erklärung und Anerkennung für seine Thätigkeit zur Herstellung des kirchlichen Friedens in Preussen. [Veröffentlicht in d. Fuldaer Zeitung vom 14. Januar 1887.]

Nr. 9568.  
Röm. Kurie.  
4. Dec. 1886.

Illustrissime et Reverendissime Domine! || Dolendum sane est disseminata nuper fuisse commenta, quae vel ipsa Amplitudo Tua per litteras editas dolere coacta est: praesertim te partem habuisse vel habere in negotiationibus, quae ad componendas isthic controversias ecclesiasticas inter hanc Sedem Apostolicam et Borussiae Gubernium intercedunt. Id profecto a veritate prorsus abhorret. || Opportune tamen a te, pro pastoralis munere, quo fungeris, et qua praestas auctoritate, factum intelligas, quidquid opere ultro praestaveris, quemadmodum et caeteri Episcopi, ad libertatem Ecclesiae tuendam ejusque juriplenam restitutionem. Quo facto de-universa Borussiae ecclesia ac de Religione ipsa optime merebis. || Interea peculiaris propensionis ac existimationis meae sensus Tibi pando, et fausta ac propitia omnia adprecor a Domino. Romae, 4. Decembris 1886.

Amplitudinis Tuae addictissimus servus

L. Card. Jacobini,

Illmo et Rmo Dr. Domino Georgio Kopp  
Episcopo Fuldensi Fuldam.

**Nr. 9569. RÖMISCHE KURIE.** — Kardinalstaatssekretär Jacobini an den päpstlichen Nuntius Monsignore di Pietro in München. — Der Papst wünscht im Hinblick auf die bevorstehende befriedigende Revision der preussischen Maigesetze und im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens, dass das Centrum für die Heeresvorlage im deutschen Reichstage eintrete. [Veröffentlicht i. d. Münchener Allg. Ztg.\*) v. 9. Febr. 1887.]

Roma, 3 Gennajo 1887.

Monsignor Nunzio di Monaco.

Riservata.

Nr. 9569.  
Röm. Kurie.  
3. Jan. 1887.

Dal mio telegramma del primo corrente ha Ella appreso essere imminente la comunicazione del progetto di revisione finale delle leggi politico-ecclesia-

\*) Bei Uebersendung des Aktenstückes zur Veröffentlichung fügte der Gewährsmann der Zeitung folgende Bemerkungen bei:

„An dem Septennat an sich hat der Papst kein unmittelbares Interesse, und er würde sich lediglich wegen der Zeitdauer einer höheren Präsenzstärke des deutschen

stiche in Prussia. || Si è avuta di ciò formale assicurazione recentissimamente, <sup>Nr. 9569.</sup> la quale conferma le precedenti informazioni giunte alla Santa Sede. | Ella <sup>Röm. Kurie.</sup> pertanto può pure tranquillizzare il Signor Windthorst su tale proposito, e di <sup>3. Jan. 1887.</sup> legnare le dubbiezze da lui espresse nel foglio accluso alla sua ultima pregiatissima. || In vista di questa prossima, e come si ha ragione di credere, soddisfacente revisione della legislazione politico-ecclesiastica, il Santo Padre desidera che il Centro favorisca il progetto del settennato militare per ogni guisa che sarà a lui possibile. È d'altronde cosa ben nota che il Governo annette la più grande importanza all' accettazione di cotesta legge. Che se poi in forza di essa potesse giungersi ad evitare il pericolo d'una guerra prossima, il Centro avrebbe molto ben meritato, col suo concorso, della patria, dell' umanità e dell' Europa. Nell' ipotesi opposta non si mancherebbe di riguardare il contegno ostile del Centro come antipatriottico, e lo scioglimento del Reichstag cagionerebbe non lievi imbarazzi ed incertezze anche per lo stesso Centro. || In quella vece la adesione di esso alla proposta del settennato renderebbe il Governo sempre più obbligato verso i cattolici, e verso la Santa Sede, la quale annette non lieve importanza alla continuazione anche per l'avvenire dei rapporti pacifici e reciprocamente fiduciosi col Governo di Berlino. || Ella pertanto interessa vivamente i capi del Centro, perchè vogliano spiegare tutta la propria influenza sopra i loro colleghi, assicurandoli che col votarsi da essi la legge del settennato, faranno cosa assai gradita al Santo Padre, e che tornerà vantaggiosa alla causa dei cattolici. I quali se a cagione delle nuove leggi militari anderanno incontro a nuovi pesi ed aggravi, nondimeno ne saranno compensati dal conseguimento della piena pacificazione religiosa, che hassi a retinere come il supremo dei beni. || Nell' affidare alla sua accortezza e delicatezza le precedenti considerazioni sono sicuro ch' Ella se ne gioverà tenendo conto delle persone e delle circostanze relative.

Card. L. Jacobini.

---

Heeres schwerlich zu einer so bedeutungsvollen Kundgebung, wie es das Schreiben seines Staatssekretärs ist, entschlossen haben. Vom Standpunkte der Kurie hat das Septennat seine Bedeutung vorwiegend als Symptom einer der ganzen europäischen Staatengesellschaft drohenden Gefahr. Diese Gefahr liegt in dem Untergraben aller bestehenden Autoritäten, indem eine Opposition, welche die Regierung mit jedem, selbst dem verwerflichsten Mittel, bekämpft, nicht nur die jeweilige Regierung schädigt, sondern die Fundamente jeder staatlichen Ordnung erschüttert. Das Jacobinische Schreiben ist der Protest der Curie gegen das Vorgehen der destruktiven Parteien und die Gemeinschaft des Centrums mit denselben.

Se. Heiligkeit empfiehlt dem Centrum die Pflege des Deutschen Reiches, weil er in letzterem eine Stütze des Friedens und der Ordnung sieht, welche berufen ist, zur Bethätigung derjenigen Grundsätze mitzuwirken, deren Aufrechterhaltung die Aufgabe und eine der Lebensbedingungen der Kirche bildet. Der Blick des Papstes umfasst nach der kosmopolitischen Stellung der Curie weitere Kreise, als die sind, in deren gegenwärtiger Konstellation die Vorgänge ihren Grund haben, an welche sich der hier publizierte Erlass knüpft.“

**Nr. 9570. RÖMISCHE KURIE.** — Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Nuntius Monsignore di Pietro in München. — Der Papst erneuert sein Begehren, dass die Centrumpartei für die Heeresvorlage im deutschen Reichstage stimme\*). [Veröffentlicht in der Politischen Korrespondenz vom 4. Februar 1887.]

Rom, 21. Januar 1887.

Nr. 9570.  
Röm. Kurie,  
21. Jan. 1887.

Hochwürdigster Herr! Ich habe Ihr geschätztes Schreiben vom . . . . ., welchem Sie das Schreiben des Baron Franckenstein angeschlossen, empfangen. || Während ich davon absehe, die Gründe zu prüfen, mit welchen der Baron bemüht ist, das bei der Abstimmung über die Septennats-Gesetzvorlage vom Centrum beobachtete Verfahren zu rechtfertigen, halte ich es doch für sehr dringend und wichtig, auf den andern Theil seines Schreibens aufmerksam zu machen. || Derselbe wünscht zu erfahren, ob der Heilige Stuhl der Ansicht sei, dass der fernere Bestand des Centrums im Reichstage nicht mehr nothwendig sei, in welchem Falle er selbst nebst der Mehrzahl seiner Collegen auf weitere Mandate verzichten würde.- || Er fügt hinzu, dass, wie er schon seit 1880 dargelegt, das Centrum nicht Gehorsam zu leisten im Stande sei bei Gesetzen, welche nicht kirchliche seien und welche sich nicht auf die Rechte der Kirche beziehen.

Sie, Monsignore, müssen hierauf den Baron zunächst versichern, dass der Heilige Stuhl die Verdienste unverändert anerkennt, welche das Centrum und seine Leiter sich bei der Vertheidigung der Sache der Katholiken erworben haben. || Im Namen des Heiligen Vaters wollen Sie ihm daher auf seine Anfrage folgende Bemerkung mittheilen. || Die Aufgabe der Katholiken, ihre religiösen Interessen zu beschützen, kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Man muss dabei eine absolute und dauernde, sowie andernteils eine hypothetische und zeitliche Seite ins Auge fassen; auf die gänzliche Beseitigung

---

\*) Bez. weiterer päpstlicher Schritte zu Gunsten des Septennats berichtet die Nordd. Allg. Zeitung von 26. Februar 1887, dass ein Telegramm des Papstes an den Nuntius in München vom Ende Januar „demselben wiederholt einschärfte, bei dem Centrum darauf zu dringen, dass dasselbe zur Durchführung der Septennatsvorlage alle seine Kräfte aufbieten möchte.

Der „Kölnischen-Zeitung“ wurde in Bezug hierauf unter dem gleichen Datum aus München telegraphirt:

„Die Bemerkung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über das dritte päpstliche Schreiben bedarf insofern der Berichtigung, als dieser dritte Brief, speziell an den preussischen Episkopat gerichtet und durch den hiesigen Nuntius vermittelt, nichts über Sozialismus und Sozialdemokratie enthielt, sondern im Wesentlichen die päpstlichen Wünsche für das Septennat wiederholte. Des Papstes Wunsch, dass die Katholiken keinem Sozialdemokraten ihre Stimme bei den Stichwahlen geben sollen, ist in einem vierten Schreiben enthalten, welches durch den Münchener Nuntius dem gesammten deutschen Episkopat, nicht bloß dem preussischen, mitgetheilt werden wird. Soweit mir bekannt, wird in dem vierten Schreiben das Septennat nicht noch einmal besonders erwähnt.“

Nach einer Münchener Korrespondenz der „Köln. Volkszeitung“ vom 1. März 1887 trug dieses vierte Schreiben das Datum des 9. Februar.

der Kampfgesetze hinzuwirken, die legitime Auslegung der neuen Gesetze zu vertheidigen und deren Ausführung zu überwachen — das bedingt jetzt die Action der Katholiken im Reichstage. || Es ist ferner zu bedenken, dass in einer Nation, bei der die religiösen Verhältnisse gemischt sind und bei welcher der Protestantismus als Staatsreligion angenommen ist, sich Veranlassungen zu religiösen Reizungen finden können, bei denen die Katholiken berufen sein dürften, ihre Ansichten in gesetzlicher Weise zu vertheidigen, oder ihren Einfluss zur Besserung ihrer Lage geltend zu machen. || Auch wollen Sie nicht verfehlen, hervorzuheben, dass eine katholische parlamentarische Partei, welche für die unhaltbare Lage des erhabenen Hauptes der Kirche Mitgefühl hat, passende Gelegenheiten benützen kann, um die Wünsche ihrer katholischen Landsleute zu Gunsten des Papstes auszusprechen und zur Geltung zu bringen. || Dem Centrum, in seiner Eigenschaft als politische Partei, ist stets unbeschränkte Actionsfreiheit eingeräumt worden; sobald es sich aber um die Interessen der Kirche handelt, würde es in dieser Eigenschaft dieselben nicht nach eigener Anschauung vertreten können.

Wenn der Heilige Vater geglaubt hat, dem Centrum seine Wünsche hinsichtlich des Septennats aussprechen zu müssen, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, dass diese Frage mit Fragen von religiöser und moralischer Bedeutung zusammenhängt. || Zunächst lagen triftige Gründe vor, anzunehmen, dass der endgiltigen Revision der Mai-Gesetze ein mächtiger Impuls und grosse Berücksichtigung seitens der Regierung zu Theil geworden wäre, wenn die letztere durch das Benehmen des Centrums bei der Abstimmung über das Septennat befriedigt worden wäre. || Der Heilige Stuhl hätte dann in zweiter Linie durch Vermittlung des Centrums auf die Erhaltung des Friedens hingearbeitet und hätte sich auf diese Weise das Berliner Gouvernement verpflichtet und ferner dasselbe günstig für das Centrum und freundlich für die Katholiken gestimmt. || Schliesslich hat der Heilige Stuhl mit den hinsichtlich des Septennats erteilten Rathschlägen eine neue Gelegenheit herbeiführen wollen, um sich dem Kaiser von Deutschland und dem Fürsten Bismark angenehm zu machen. Andererseits kann der Heilige Stuhl vom Standpunkt seiner eigenen Interessen, welche mit den Interessen der Katholiken identisch sind, sich nicht eine Gelegenheit entgehen lassen, durch welche er für die Verbesserung seiner künftigen Lage das mächtige deutsche Reich günstig stimmen konnte. || Die vorstehenden Betrachtungen, welche sich nach der Anschauungsweise des Heiligen Stuhles auf die mit dem Septennat zusammenhängenden religiösen und moralischen Fragen beziehen, hatten den Heiligen Vater veranlasst, seine Wünsche dem Centrum zu erkennen zu geben.

Das gegenwärtige Schreiben, welches gleich dem früheren die erhabenen Ansichten Sr. Heiligkeit wiedergiebt, wollen Sie dem Baron Franckenstein mittheilen und ihn beauftragen, dasselbe zur Kenntniss der Centrumsmitglieder zu bringen.

L. Cardinal J a c o b i n i.

**Nr. 9571. PREUSSEN.** — Königliche Verordnung über die Eidesformel der katholischen Bischöfe.

Nr. 9571.  
Preussen.  
13. Febr. 1887. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., || verordnen, unter Aufhebung der Verordnung vom 6. December 1873 (Gesetz-Samml. S. 479), was folgt:

Einzigler Paragraph.

Die katholischen Bischöfe (Erzbischöfe, Fürstbischöfe) haben Uns folgenden Eid zu leisten:

Ich N. N., erwählter und bestätigter Bischof (Ersbischof) von N., schwöre einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden auf das heilige Evangelium, dass, nachdem ich auf den bischöflichen Stuhl von N. erhoben worden bin, ich Sr. Königlichen Majestät von Preussen (N.) und Allerhöchstdessen rechtmässigem Nachfolger in der Regierung als meinem Allernädigsten König und Landesherrn unterthänig, treu, gehorsam und ergeben sein, Allerhöchstdero Bestes nach meinem Vermögen befördern, Schaden und Nachtheil aber verhüten und besonders dahin streben will, dass in den Gemüthern der meiner bischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthan bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden, und dass ich nicht dulden will, dass von der mir untergebenen Geistlichkeit in entgegengesetztem Sinne gelehrt und gehandelt werde. Insbesondere gelobe ich, dass ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder ausserhalb Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnten, und will, wenn ich erfahren sollte, dass in meiner Diözese oder anderswo Anschläge gemacht werden, die zum Nachtheil des Staates gereichen könnten, hiervon Sr. Königlichen Majestät Anzeige machen. Ich verspreche, dieses alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiss bin, dass ich mich durch den Eid, welchen ich Sr. Päpstlichen Heiligkeit und der Kirche geleistet habe, zu nichts verpflichte, was dem Eide der Treue und Unterthänigkeit gegen Se. Königliche Majestät entgegen sein könne. Alles dieses schwöre ich, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. Amen!

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel. || Gegeben Berlin, den 13. Februar 1887.

Wilhelm.

v. Bismarck. v. Puttkamer.

Maybach. Lucius. Friedberg. v. Boetticher.

v. Gossler. v. Scholz. Bronsart v. Schellendorff.

Nr. 9572. **DEUTSCHLAND.** — Erklärung des Reichstagsabgeordneten Freiherrn zu Franckenstein über die Unterlassung der vom Papste gewünschten Mittheilung der päpstlichen Wünsche betreffs der Heeresvorlage an die Mitglieder der Centrumspartei. [Gleichzeitig in der „Augsburger Postzeitung“ u. der Würzburger „Bavaria“ v. 15. Febr. 1887 veröffentlicht.]

Schloss Ullstadt, 14. Februar 1887.

Nr. 9572.  
Deutschland.  
14. Febr. 1887.

Wenn ich es unterlassen habe, die in meinen Händen befindlichen Aktenstücke, von welchen seit der Publikation der Noten des Kardinals Jacobini vom 21. Januar und 3. Januar so viel die Rede ist, bekanntzugeben, so geschah dies nur, weil es mir nicht gestattet war, die an mich gerichteten Aktenstücke zu publiziren, und ich bisher Anstand nahm, ein Schreiben zu veröffentlichen, welches ich an den päpstlichen Nuntius gerichtet habe\*) mit der Bitte, es dem Kardinal-Staatssekretär vorzulegen. || Da aber die gegnerische Presse nicht aufhört, in gehässigster Art meine Handlungsweise zu verdächtigen, so ersuche ich Sie, in dem von Ihnen redigirten Blatte zu erklären:

1. dass die Note des Kardinals Jacobini vom 3. Januar mir nicht mitgetheilt worden ist und ich dieselbe zum ersten Male in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ gelesen habe;

2. dass mir der päpstliche Nuntius in München zur Mittheilung an Herrn Dr. Windthorst mit der Weisung, er möge davon diskreten Gebrauch machen, geschrieben hat, der h. Vater wünsche, dass das Centrum für das Septennat stimme, weil Ihm Zusicherung geworden sei, dass eine vollständige Revision der Maigesetze beabsichtigt werde, und dass eine desfallsige Vorlage dem nächsten Landtage gemacht werden solle.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Freiherr zu Franckenstein.

---

\*) Die Hauptstelle dieses Schreibens lautete nach der Mittheilung der Kölnischen Volkszeitung zu dem Abdrucke der Erklärung des Freiherrn:

„Ich brauche nicht zu sagen, dass das Centrum immer glücklich war den Weisungen des hl. Stuhles nachzukommen, wenn es sich um kirchliche Gesetze handelte. Ich habe mir aber schon im Jahre 1880 erlaubt, aufmerksam darauf zu machen, dass es für das Centrum absolut unmöglich ist, bei nicht kirchlichen Gesetzen gegebenen Direktiven Folge zu leisten. Nach meiner Ansicht würde es ein Unglück für das Centrum und eine schwere Quelle von Unannehmlichkeiten für den hl. Stuhl sein, wenn das Centrum in Fragen, welche die Rechte der Kirche nicht berühren, sich Instruktionen von dem hl. Stuhle erbitten würde.“

---

**Nr. 9573. RÖMISCHE KURIE.** — Papst Leo XIII. an den Erzbischof von Köln. — Erklärt seinen Wunsch, dass die Centrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses für die kirchenpolitische Vorlage in der Form der Beschlüsse des Herrenhauses stimmen möge, und beauftragt den Erzbischof, mit den übrigen preussischen Bischöfen dahin zu wirken. [Veröffentlicht in Nr. 107 der Kölnischen Volkszeitung v. 10. Mai 1887.]

Leo PP. XIII.

Venerabilis Frater, salutem et Apostolicam benedictionem.

Ex litteris tuis XIII. Cal. Aprilis datis facile agnovimus, id quod iam erat Nobis persuasum, maximae tibi curae esse rei catholicae in patria tua statum. Idque tibi laudi libenter damus: propterea quod iste animus commune bonum tam studiose appetens congruit cum tuae dignitatis gradu, nec est alienus temporibus, quibus nunc apud vos Ecclesia defungitur. Nostrarum vero partium arbitramur esse cum tibi ad ea respondere, quae vis ipse cognoscere, tum palam ostendere, quid Sedes Apostolica sentiat de ea rogatione nuperima, quae ad res catholicas pertinet in Regno Borussico ordinandas: de qua ipsa aliquot S. R. E. Cardinales sententiam rogavimus. || Nos quidem vel ab initio Pontificatus multum et serio cogitare de vobis instituumus, atque, ut ratio Nostri ferebat officii; consilium cepimus omnia conari, si qua ratione liceret pacatam tranquillitatem cum libertate legitima catholico nomine restituere. Cuiusmodi voluntatem Nostram litteris consignavimus, nec solum iis, quas vel ad Augustum Imperatorem, vel ad Serenissimum Dynastam dedimus, sed iis etiam, quas ad tuum in Archiepiscopatu Coloniensi decessorem proximum misimus.

Quamobrem, ut erat proclive factu, a diuturna sollicitudine respirare laetamque in spem ingredi coepimus, ubi placere intelleximus, contrarias libertati catholicorum leges, emendandi caussa, retractari; quo facto iter ad componenda dissidia muniebatur. Quae vero consecuta sunt, magis ad spes augendas quam ad infirmandas valuerunt. Partim enim data est, partim datur temperandis iis legibus opera; et quamquam non est impetratum de omnibus rebus, quas merito catholici adipisci cupiunt, plura tamen constituta sunt, quibus efficitur eorum conditio melior. Et sane illud vides quanti sit, Romani Pontificis auctoritatem posse iam libere exserere atque explicare sese in multiplici et vario rerum genere, quae Sedi Apostolicae vel cum potestate publica, vel cum Episcopis populoque catholico intercedant. Deinde quod tam sollicito studio expetebamus, plurium Dioeceseon consultum est regimini, longinqua orbitate sublata; parocciis ad magnum numerum sui curiones praepositi; impedimenta, quae potestatem episcopalem in disciplina regenda exercendisque iudiciis prohibuerant, amota. Restituta unum iam annum videmus clericorum Seminaria quatuor; proximeque alterum instituendi in Limburgen-



sibus, alterum in Osnabrugensibus facultas erit; quibus Dioecesibus Seminarium suum nec sit, ex iis Dioecesibus alumnos alio intra regni fines in Seminariis instituendos mitti licebit. Semel autem religiosorum sodalium revocatis vel aliquibus ordinibus, manabit latius vitae actio christiana, plurimique ad perfectionem absolutionemque virtutis niti sine offensione poterunt. Qua re et catholicorum satis factum est honestissimae voluntati; constat enim ordines religiosos in magno eorum fuisse desiderio, et ipsi civitati ad caritatis officia, ad fingendos mores populares, ad omne humanitatis lumen provehendum utilia adiumenta comparata. || Hac igitur ratione facile intelligis, Venerabilis Frater, immitibus illis legibus aut abrogari, aut certe tantum derogari, ut tolerari minus moleste posse videantur. Nihilominus erit Apostolicae Sedis summam providentiam semper adhibere, omniaque circumspicere, ut eiusmodi rerum conditioni, quae ab optimo abest, plura et ampliora quaerantur. Ex altera parte conscientia Nos apostolici muneris atque ipsa rerum gerendarum prudentia admonent, ut bonum praesens idque certum anteponamus dubiae spei atque incertae expectationi maioris. Nam quemcunque rerum Germanarum cursum tempora invexerint, illa certe magna sunt et Ecclesiae profutura, praesente clero populoque sacra cum potestate Antistites, multitudinem catholicam posse praecepta fidei et morum a pastoribus suis accipere, sacrorum alumnos ad spem sacerdotii in Seminariis sancte erudiri, sodales ordinum quorundam religiosorum ad omne decus evangelicarum virtutum animose contendere in luce atque oculis civitatum.

Illud restat, renunciare Parochorum designatorum nomina. Sed ad hanc rem, quam sit clerus vester sanctitatis officii retinens, testantur ea, quae edidit, integritatis ac fortitudinis im maximis rerum difficultatibus documenta. De clericis autem adolescentioribus iure sperandum, fore ut, ad munera sacerdotalia vobis auctoribus et ducibus instituti, illa ipsa virtutum exempla aliquando renoveant. Ceterum, quod ad hoc caput pertinet, iam septem ante annis recepimus ipsoque anno proximo superiore idem confirmavimus, Nos quidem nolle in hac parte, si e re esse visum esset, Borussiae postulata abnuere; proptereaque cum refigi reformarive leges, de quibus agitur, coeptae sunt, aequum fuit obligatam fidem exsolvere. Neque est praetereundum, hanc esse unam omnium conditionem, quam Nos denique non recusavimus. Postremo totum hoc negotium, quod est de prodendis curionum destinatorum nominibus, cum inter Nos et administratos regni Borussici agatur, quemadmodum ex litteris eminent ultro citroque missis, dabimus operam, ut amice conveniat, qua ratione rem interpretari et quam sequi normam oporteat, si quando aliud Episcopus velit, aliud Praefectus provinciae contendat. Atque illae ipsae litterae summatim sententiam continent Episcopi Fuldensis in eo, quod attinet ad potestatem caussasque exceptionis opponendae. || Igitur, spectatis maxime rogationibus eiusdem Episcopi Fuldensis, quas quidem Senatus sancivit, cum lata lex, de qua loquimur, multorum incommodorum remedium idque non commentitium, nec sane contemnendum afferat, eademque aditum ad pacem tam diu tantoque

Nr. 9573.  
Röm. Kurie.  
7. April 1887.

opere expetitam patefaciat, idcirco opus esse iudicamus, ut catholici viri eiusmodi rogationi, de qua ad alterum coetum legumlatorum referetur, assentiri ne recusent. || Tute autem, Venerabilis Frater, pariterque collegae tui, quantum hortatione et auctoritate potestis, tantum conamini et efficite, ut quotquot istie catholici numerantur, omnino Apostolicae Sedi confidant, in eiusque consiliis securi acquiescant: ipsa enim catholici nominis causam eadem semper vigilantia eodemque tenore caritatis, uti debet, in Borussia tuebitur. Hac demum animus Noster cogitatione laetatur, futurum ut, deletis dissidiorum caussis, et clerus et populus catholicus universus animum gerant cum Episcopis suis perpetuo consentientem, imprimisque vereantur et colant, uti faciunt, Pontificem Romanum, qui in Ecclesia et principium unitatis est et vinculum incolumitatis.

Interea caelestium munerum auspicem et benevolentiae Nostrae testem tibi Venerabilis Frater, et clero populoque tuo Apostolicam benedictionem peramanter in Domino impertimus.

Datum Romae apud S. Petrum die VII. Aprilis Anno MDCCCLXXXVII Pontificatus Nostri Decimo.

Leo PP. XIII.

### Preussen und das vatikanische Konzil 1870—71\*).

Nr. 9574. **PREUSSEN.** — Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 27. März 1887.

Nr. 9574.  
Preussen.  
27. März 1887.

Die Publizistik des Zentrums hat wiederholt behauptet, dass der Kulturkampf von der preussischen Regierung im Hinblick auf das vatikanische Konzil von 1870 und das in demselben verkündete Dogma der Unfehlbarkeit begonnen worden sei. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung findet ihren urkundlichen Nachweis in den unten veröffentlichten amtlichen Aktenstücken. Aus denselben ergibt sich, dass nach dem erwähnten Konzilsbeschluss und nach der Besetzung Roms eine Aenderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der preussischen Regierung und dem Heiligen Stuhle nicht eingetreten war. Eine solche Aenderung und die sich aus ihr ergebenden Folgen herbeigeführt zu haben, war derjenigen Partei vorbehalten, welche später den Namen Zentrum annahm und schon bei den Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage inmitten des tiefsten kirchlichen Friedens eine feindselige Richtung gegen das Reich einschlug. Während noch am 6. März 1871 Papst Pius IX. dem Kaiser Wilhelm bei Gelegenheit der Annahme der Kaiserwürde seine Glückwünsche aussprach

\*) Im Nachfolgenden gaben wir die während des Kampfes um die Heeresvorlage im deutschen Reichstage und die Revision der Kirchengesetze im preussischen Landtage veröffentlichten älteren Aktenstücke über die Beziehungen der Kurie zu Preussen, in der Form, in der sie veröffentlicht worden, mit den Bemerkungen der Norddeutschen Allg. Ztg. wieder, da es angesichts des Publikationszweckes nicht angängig erschien, die drei je ein Ganzes bildenden Reihen bloß um der richtigen chronologischen Folge der Stücke willen auseinanderzureissen.

und dem Vertrauen Ausdruck gab, dass dieses Ereigniss nicht allein für Deutschland, sondern für ganz Europa zum Heil gereichen würde, begann das Zentrum gleich nach Eröffnung des Reichstags gegen das neue Reich und seine Regierung seine Angriffe. Gegenüber jenem Passus der an den Kaiser vorgeschlagenen Adresse, welche an die in der Thronrede gemachten Zusicherungen des Friedens anknüpfte, trat das Zentrum für die bewaffnete Intervention in Italien ein. Als dieses Programm von dem gesammten übrigen Theil des Reichstags verworfen wurde, begann das Zentrum seinen Feldzug auf dem Gebiete der inneren Fragen. Bei Berathung des Gesetzentwurfs über die Verfassung des Deutschen Reiches brachte das Zentrum Anträge ein, durch welche verschiedene preussische Grundrechte zu Gunsten der Press- und Vereinsfreiheit und der Selbständigkeit der Kirchen in die deutsche Verfassung übernommen werden sollten, ein Vorgang, der umsomehr befremden musste, als in dem Antrage auch Errungenschaften angestrebt wurden, welche kurze Zeit vorher von dem Oberhaupt der katholischen Kirche als verderbliche Irrthümer bezeichnet worden waren, und als noch im Jahre 1867 Herr v. Savigny, der spätere Führer des Zentrums, den Grundsatz vertreten hatte, dass das religiöse Gebiet der selbständigen Bestimmung der Einzelstaaten nicht entzogen werden sollte. Es war charakteristisch, dass das Zentrum schon damals für seine Anträge nur die Unterstützung der demokratischen Partei des Abg. Sonnemann fand. Kurze Zeit darauf war es wiederum das Zentrum, welches bei Gelegenheit des Gesetzentwurfes, betreffend die Einverleibung von Elsass-Lothringen, im reichsfeindlichen Sinne die Bestrebungen des elsässischen Klerus gegen die Germanisirung der dortigen Schule in Schutz nahm. Dass auch die polonisirende Tendenz des Zentrums gleich bei seinem ersten Auftreten nicht fehlte, ergab sich aus den Sympathiebezeugungen, welche dasselbe den polnischen Abgeordneten zu Theil werden liess, die gegen die Zugehörigkeit preussischer Provinzen zum Reiche Protest erhoben.

Die Regierung bemühte sich, gegen das feindselige Auftreten dieser Partei, deren Abgeordnete wesentlich geistlichem Einflusse ihre Wahlsitze verdankten, die Intervention des päpstlichen Stuhles anzurufen. Ihre Vorstellungen, die sie durch den damaligen Geschäftsträger, Grafen v. Tauffkirchen, machen liess, fanden sowohl bei dem Kardinal Antonelli, wie bei dem Papste selbst in der ersten Zeit wohlwollende Aufnahme. Beide sprachen ihre Missbilligung zu dem Verhalten der Partei aus, eine Missbilligung, welche auch in Deutschland bekannt wurde. Diese guten Beziehungen zwischen der preussischen Regierung und dem Papste bedrohten das Zentrum in seiner Existenz. Dasselbe entsandte eine Deputation nach Rom, unter deren Mitgliedern insbesondere Fürst Löwenstein seinen Einfluss aufbot, um den Kardinal-Staatssekretair und den Papst auf die Seite des Zentrums gegen die Regierung zu ziehen. Die Einwirkung des Fürsten Löwenstein hatte Erfolg. Kardinal Antonelli gab zunächst seine frühere Missbilligung dem Zentrum gegenüber auf, wich den Beschwerden der preussischen Regierung mehr und mehr aus, bis er endlich,

Nr. 9574.  
Preussen.  
27. März 1887.

vor die entscheidende Frage gestellt, ob die Kurie sich entschliessen wollte, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf die Regierung zu verhindern, eine entschieden ablehnende Antwort gab. Mit derselben hatte das Zentrum sein Ziel erreicht und die bis dahin bestandenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Regierung und dem Papst zerstört. Erst mit diesem Augenblick, als sich die Kurie auf die Seite des Zentrums schlug und die reichsfeindlichen Tendenzen des Letzteren zu vertreten anfang, war die Fortsetzung des freundschaftlichen Verkehrs unmöglich geworden. Das Nähere ergibt sich aus den nachstehenden Dokumenten.

## I.

Berlin, den 17. April 1871.

An den Geschäftsträger Grafen v. Tauffkirchen.

Erwähnen Sie, ohne Initiative zu nehmen, in gelegentlichen Gesprächen, dass die wenig taktvolle Art, in der die ungeschickt konstituirte katholische Reichstagsfraktion ihr aggressives Vorgehen gegen das neue Reich, seine Regierung in Szene gesetzt hat, der antipäpstlichen Bewegung die Sympathieen auch solcher Kreise zuführt, denen solche früher fremd waren.

gez. v. Bismarck.

## II.

Rom, den 21. April 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck Durchlaucht.

„Kardinal Antonelli erklärte mir, dass er die Haltung der katholischen sogenannten Zentrums-Fraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäss missbillige und beklage.“

gez. v. Tauffkirchen.

## III.

Rom, den 10. Mai 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck Durchlaucht.

„Zur Ergänzung meiner am 21. v. Mt. telegraphisch berichteten Unterredung mit Kardinal Antonelli dient, dass mir Graf Kalnoky heute mitgetheilt hat, der Papst habe ihm gegenüber das Auftreten der Katholikenpartei im Reichstage als inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt. Diese Mittheilung Kalnokys erfolgte, ohne dass ich ihm von meiner Unterredung mit Antonelli gesprochen, und es folgt hieraus, dass das „trop de zèle“ der deutschen Ultramontanen hier nachträglich missbilligt wird.“

gez. Graf Tauffkirchen.

## IV.

Rom, den 21. Juni 1871.

Der Geschäftsträger an den Fürsten Bismarck.

„Der Papst äusserte sich heute wieder gegen mich sehr empfindlich in

der Frage des Umzugs der Gesandtschaften, beifügend, dass die Mächte hier- durch möglicherweise bewirken könnten, was Italien nicht gelungen, nämlich ihn zur Abreise zu bewegen.“

Nr. 9574.  
Preussen.  
27. März 1887.

gez. v. Tauffkirchen.

V.

Nr. 6

Berlin, den 22. Juni 1871.

Fürst Bismarck an den Grafen Tauffkirchen.

„Lassen Sie gegen die Quelle Ihrer Mittheilung durchblicken, dass auch wir sehr empfindlich in der Frage der klerikalen Partei in Deutschland sind, welche durch ihre Bestrebungen, die Autorität der Regierung mit den Mitteln und dem Beistande der Revolutionsparteien zu untergraben, die deutsche Reichsregierung zu Vertheidigungsmaassregeln bewegen kann, die den diesseitigen Sympathieen für die Person des Papstes zuwiderlaufen.“

gez. v. Bismarck.

VI.

Rom, den 23. Juni 1871.

Der Geschäftsträger an Fürst Bismarck.

„Ich habe Telegramm Nr. 6 erhalten und mich heute entsprechend gegen Kardinal Antonelli geäussert, welcher jede Beziehung zu den betreffenden Bestrebungen leugnet und mit der Taktik der klerikalen Heisssporne nichts weniger als einverstanden scheint. Ich habe übrigens die Pflicht, den Ausdruck „empfindlich“ in Telegramm Nr. 14 dahin zu erläutern, dass die Stimmung des Papstes bei beiden Audienzen keine gereizte, herausfordernde, sondern eine gedrückte, besorgnissvolle war.“

gez. v. Tauffkirchen.“

VII.

Rom, den 23. Juni 1871.

Sr. Durchlaucht dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck.

„Ich sprach heute Mittags mit dem Kardinal-Staats-Sekretair und äusserte, der Eindruck, welchen die klerikalen Agitationen und Machinationen in Deutschland an maassgebender Stelle hervorrufen, fange an, mich bezüglich der Entschlüsse des Kaisers in der römischen Frage, und namentlich in der Frage des Umzuges der Gesandtschaften von Florenz nach Rom, bedenklich zu machen. — Der Kardinal, sei es, dass die öffentliche Polemik, welche nun wiederholt über, bei ähnlichen Anlässen, nämlich zur Zeit der Abstimmung über die Versailler Verträge in München und zur Zeit der letzten Adressdebatte in Berlin, mir gegenüber gemachte Aeusserungen des Kardinals entstanden ist, denselben stutzig gemacht hat, sei es, dass ihm bereits der telegraphische Auszug aus der „Kreuzzeitung“ vom 22. Juni, den die heutigen hiesigen Abendblätter, wie die Beilage zeigt, enthalten, bekannt war, genug der Kardinal war heute zurückhaltender mit seinem Urtheil über das Verfahren

Nr. 9574.  
Preussen.  
27. März 1887.

der klerikalen Partei. Er antwortete mir, dass der Heilige Stuhl sich niemals in die politische Haltung der katholischen Unterthanen anderer Staaten gemischt habe, wozu ihm auch durchaus keine Befugniss zustehe. Er, Antonelli, habe daher auch, so oft solche Aufforderungen an ihn gelangten, wie von England (durch Bulwer) wegen Irland, von Russland wegen Polen, von Oesterreich wegen Ungarn, dieselben jedesmal abgelehnt. Es existire keine Zeile, welche irgend eine solche Einmischung von seiner Seite nachweisen könnte. So auch jetzt in Deutschland. Er habe weder das Recht noch die Absicht, den dortigen Katholiken bezüglich ihrer politischen Haltung Weisungen zu ertheilen.

Ich entgegnete, dass dies auch keineswegs der Zweck meiner Eröffnungen gewesen sei. Da ich sehe, dass die Sache des Heiligen Vaters durch Ungeschick und Uebereifer seiner Anhänger in Deutschland Schaden zu leiden drohe, hätte ich es für einen Dienst gehalten, Seine Eminenz hierauf aufmerksam zu machen, ihr überlassend, welche Folgen sie diesem Winke geben wolle. Im Verlaufe dieses Gesprächs brachte ich die von Euerer Durchlaucht im Telegramm Nr. 6 gebrauchten Worte vollständig zur Anwendung. Der Kardinal gab mir nun wiederholt die bestimmte Versicherung, dass er an dem Gebahren dieser Partei weder direkt noch indirekt Antheil habe, und ich halte diese Versicherung auch für glaubwürdig. Antonelli hat zuviel Geist, er ist — gerade durch mich — zu oft auf die Gefahr hingewiesen worden, um einen so unrichtigen Weg zu gehen. Jene Vereinigung der äussersten Rechten mit der äussersten Linken, der Schwärzesten mit den Rothesten, die auch hier bemerkbar ist und von mir in früheren Berichten signalisirt wurde, hat keinen entschiedeneren Gegner als Antonelli, und ich glaube deshalb, dass er es auch in Deutschland an Rathschlägen und Mahnungen zu grösserer Mässigung nicht fehlen lässt, dass aber dort die aus dem Generalordenshause der Jesuiten kommenden Weisungen oft schwerer wiegen mögen als die des Vatikans.“

I. V. gez. v. Tauffkirchen.

## VIII.

Rom, den 27. Juni 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck, Durchlaucht.

Der Brief Euerer Durchlaucht an den Grafen Franckenberg hat hier in klerikalen wie in diplomatischen Kreisen grosses Aufsehen erregt und in ersteren nicht eben angenehm berührt. Man fasst denselben hier vielfach als eine Entgegnung auf einen Brief auf, den Antonelli an Bischof Ketteler geschrieben haben soll. Ich vermied es so lange, den Gegenstand zu besprechen, bis mir der Text des Briefes selbst vorlag. Dann begab ich mich gestern (26.) zum Kardinal und brachte selbst das Gespräch auf diesen Gegenstand. Der Kardinal sagte, dass, als er die Aeusserungen, welche dem Briefe Euerer Durchlaucht zu Grunde liegen, gemacht, er nähere Berichte von den Vorgängen im Reichstag nicht gehabt habe. Jetzt scheine ihm, dass es sich weniger um einen direkten Antrag auf Intervention als um Beseitigung eines das Princip

der Nichtintervention proklamirenden Passus der Adresse gehandelt habe. Ich suchte ihm darauf zu beweisen, dass, abgesehen von der sonstigen Haltung der sogenannten Zentrumsparthei, nach der Art der Begründung des Antrages beides ziemlich identisch gewesen sei und der Unterschied auf einen Wortstreit hinauskomme. Er entgegnete hierauf nichts und erklärte insbesondere nicht, dass er das damals mir gegenüber ausgesprochene Urtheil zurücknehme. Mit Bezug auf unsere letzte Besprechung über das Gebahren dieser Fraktion erwähnte er nur noch, dass er inzwischen von einem Mitglied derselben (angeblich Advokat Lingens) die Versicherung erhalten habe, dass diese Parthei mit der revolutionairen in keiner Beziehung stehe, wenn auch diese zuweilen mit ihnen gestimmt habe.

Nr. 9574.  
Preussen.  
27. März 1887.

Der Kardinal hat mich um den Wortlaut meines Berichtes über die im Briefe Eurer Durchlaucht angezogene Unterredung nicht gefragt, auch den Wunsch der Veröffentlichung desselben nicht ausgesprochen. Nur wiederholte er, dass die Kurie nicht die Absicht habe, direkten Einfluss auf die politische Haltung der Katholiken in Deutschland auszuüben.

Wenn in einer mir erst heute in der Augsburger „Postzeitung“ zu Gesicht gekommenen, aus den Breslauer Hausblättern entnommenen Erklärung behauptet ist, Kardinal Antonelli habe mir gegenüber erklärt, er „bewundere“ die Zentrumsfraktion, oder er „billige“ deren Haltung, so muss ich beides als grundlos bezeichnen. Ich würde solche Vorgänge zu berichten selbstverständlich nicht verfehlt haben.

gez. v. Tauffkirchen.“

## IX.

Berlin, den 30. Juni 1871.

Nr. 8. An den Geschäftsträger Grafen von Tauffkirchen.

„Euere Hochgeboren erwähnen in dem gefälligen Bericht vom 21. Juni über Ihre Audienz bei Seiner Heiligkeit die Bemerkungen, welche der Papst Ihnen über die aus dem Kommunismus der Gesellschaft drohenden Gefahren gemacht hat. Wir sind nicht blind gegen diese Gefahren und erkennen die Aufgabe der Regierungen, ihnen entgegenzutreten; um so mehr aber müssen wir bedauern, dass wir darin nicht nur nicht unterstützt werden von der katholischen Kirche und ihren Organen, sondern dass gerade diejenige Parthei, welche sich vorzugsweise als die kirchliche und päpstliche bezeichnet und deren Abgeordnete durchgehends unter der entscheidenden Mitwirkung der Geistlichen gewählt worden sind, nur dazu beiträgt, diese Gefahren zu steigern und den Regierungen ihre Aufgabe zu erschweren.“

Wenn die Regierungen früher hoffen mochten, wenigstens an den besseren Elementen dieser Parthei, welche sich konservativ nannten und sich als Vertheidiger der sozialen Ordnung gerirten, eine Unterstützung zu finden, so hat das Auftreten derselben in der letzten Zeit in den einzelnen Ländern sowohl wie im Reichstage, in der ganz von der Geistlichkeit beherrschten Fraktion



Nr. 9574.  
Preussen.  
27. März 1887.

des Zentrums ihnen die Augen darüber öffnen müssen, dass sie innerhalb derselben keine aufrichtigen Freunde und keine Bundesgenossen suchen dürfen. Ich will über die Motive und Gesinnungen der Einzelnen nicht urtheilen; als Ganzes aber hat das Verhalten der Fraktion nur dazu beigetragen, die subversiven, aller Autorität der Regierung feindlichen Tendenzen zu verstärken und zu fördern. Ich muss es leider für vollkommen bedeutungslos erklären, wenn Euere Hochgeboren in Ihrem anderweiten Bericht vom 23. Juni (Nr. 45) sagen, dass der Kardinal Antonelli persönlich dem Bündniss der sogenannten Schwarzen mit den Rothen sich zuwider erkläre; denn ich fürchte, dass er nicht überall dieselbe Sprache spricht, sondern es mit keiner Partei verderben möchte; und wenn, wie Euere Hochgeboren eben dort bemerken, ein anderer Einfluss mächtiger ist, als der seine, so sind wir durch alle seine Erklärungen oder persönlichen Ansichten um nichts gebessert.

Dieser Einfluss wirkt überall dahin, die Autorität der Regierung zu untergraben. Wir begegnen diesem Einfluss überall als einem Gegner der Regierungen und dies namentlich in Preussen, wo nach dem oft wiederholten Zeugnis des Papstes selbst die katholische Kirche eine freiere und bessere Stellung hat, als in irgend einem Lande der Welt, und nach eben diesem Zeugnis gerade die Dynastie nicht aufgehört hat, der Kirche und dem Papst selbst das freundlichste Wohlwollen zu beweisen. Ungeachtet dieses Anerkenntnisses geht die Tendenz jenes geistlichen Einflusses auf die unteren Volksschichten dahin, der Dynastie und der Regierung die Sympathieen der katholischen Bevölkerung, welche doch die wohlthätige Fürsorge derselben in allen ihren kirchlichen und religiösen Interessen empfindet, zu entfremden. Es ist nicht anders in den übrigen deutschen Staaten, in denen der Klerus zum Theil in offene Opposition gegen die wohlwollenden Regierungen tritt, und Hand in Hand geht damit eine nicht minder tendenziöse Opposition gegen die nationale Sache, welche sich bald mit den partikularistischen, bald mit den demokratischen, aller nationalen Politik feindlichen Elementen und Tendenzen verbindet.

Wenn dieser Einfluss mächtiger ist, als die persönlichen Gesinnungen des Kardinals und des Papstes selbst, welcher Letztere wiederholt Sympathieen für die nationale Sache des Deutschen Reiches kundgegeben hat, wird er doch im Namen des Papstes geübt, und so ist es dieser Einfluss, mit dem wir zu rechnen und nach welchem wir unsere Stellung zu der Kirche und zu ihren Organen, welche unter ihm stehen, zu richten haben. Wenn die Partei die Kirche beherrscht, so ist es eben nicht anders möglich, als dass die Kirche darunter leidet.

Wir sehen in dem Gebahren dieser Partei die Gefahr für die Kirche und den Papst selbst; das Bündniss der schwarzen mit der rothen Partei, welches der Kardinal Antonelli missbilligt, hat sich an vielen Punkten als eine vollendete Thatsache gezeigt; ist es doch selbst im Reichstage durch den Versuch der Einführung der Grundrechte offen zu Tage getreten. Dass gerade in diesem Bündniss

für die Kirche selbst eine Gefahr liegt, und was sie von solchen Bundesgenossen zu erwarten hat, darüber hätten ihr die neuesten Ereignisse in Paris die Augen öffnen können. Aber man scheint sich in Rom darüber zu täuschen, sonst hätte man wohl kaum Anstand genommen, die Missbilligung, welche der Kardinal Ihnen gegenüber ausgesprochen hat, auch öffentlich kund werden zu lassen. Dass die Einwirkungen der fanatischen Partei in Rom nicht auf einen unfruchtbaren Boden fallen, zeigt dasjenige, was Euer Hochgeboren selbst über die reservirtere Haltung des Kardinals Antonelli Ihnen gegenüber sagen; ich kann dieselbe, wie ich Ihnen bereits telegraphisch angedeutet habe, nur der Einwirkung der Partei zuschreiben, welche den Fürsten von Löwenstein-Heubach nach Rom gesandt hat, um dort sich selbst zu rechtfertigen und vermuthlich im Vatikan mit den Folgen einer Desavouirung geradezu zu drohen\*).

Diese aggressive Tendenz der die Kirche beherrschenden Partei nöthigt uns zur Abwehr, in welcher wir nur unsere eigene Vertheidigung suchen, die wir aber mit allem Ernst mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln durchführen müssen. Kann man sich im Vatikan entschliessen, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf uns zu verhindern, so wird uns das nur erwünscht sein; kann oder will man das nicht, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab.

gez. von Bismarck.“

#### X.

Rom, den 22. Juli 1871.

Nr. 18. Der Geschäftsträger an Herrn von Thiele.

„Den Erlass Nr. 8 vom 30. Juni habe ich durch Feldjäger erhalten.

Auf meine Aufforderung im Sinne des letzten Satzes antwortete Kardinal Antonelli entschieden ablehnend und wiederholte die bestimmte Versicherung, dass die Kurie Einfluss auf die politische Haltung der klerikalen Partei in Deutschland niemals geübt habe und niemals üben werde.“

gez. von Tauffkirchen.

#### XI.

Rom, den 22. Juli 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck Durchlaucht.

Wie Euerer Durchlaucht bereits durch Telegramm Nr. 18 vom 22. Juli angezeigt, ist mir der hohe Erlass Nr. 8 vom 30. Juni erst am 18. Juli Abends eingehändigt worden. Ich versuchte, dem Kardinal die ganze Sachlage nochmals darzulegen und denselben zu bestimmter Antwort bezüglich der Stellung der Kurie zur Zentrumsparthei zu drängen.

Ich benutzte als Ausgangspunkt den Bericht der „Germania“ aus Rom über meine beiden Unterredungen mit dem Kardinal; Bericht, der dadurch

\*) In der württemberg. Kammer der Standesherrn erklärte hierauf der Fürst v. Löwenstein am 30. März 1887, dass er eine solche Mission nicht erhalten und mit Kardinal Antonelli kein Wort über das Centrum gesprochen habe; er dementire daher diese aus der Luft gegriffene Behauptung.

Nr. 9574.  
Preussen.  
27. März 1887.

Bedeutung gewinnt, dass er die Worte, welche der Kardinal über die Sendung Bulwers bezüglich der irischen Wahlen mir gegenüber gebraucht hat, genau wiedergiebt.

In diesem Berichte, dessen Haltlosigkeit übrigens sehr einfach durch Bekanntgabe des wirklichen Datums beider Unterredungen dargelegt werden könnte, ist gesagt: Antonelli habe offen ausgesprochen, das ganze „Manöver“ des deutschen Diplomaten (d. i. meine Wenigkeit) scheine ihm darauf angelegt zu sein, einen Streitfall zwischen der römischen Kurie und dem deutschen Kabinet zu schaffen, damit letzteres Veranlassung habe, bei Uebersiedelung des Königs Victor Emanuel nach Rom dem Grafen Brassier sans gêne den Auftrag geben zu können, dem König nach Rom zu folgen.“

Hieran hatte ich anzuknüpfen um so mehr Anlass, als der Kardinal bei unserer Unterredung vom 28. Juni denselben Gedanken, wenn nicht ausgesprochen, doch angedeutet hat.

Es liegt mir, sagte ich gestern zu Antonelli, sowohl der Sache als meiner Person wegen daran, recht klar zu stellen, dass das Verhalten der „päpstlichen“ Partei in Deutschland kein prétexte, sondern dass dasselbe die wahre und entscheidende Ursache der Haltung der kaiserlichen Regierung in der römischen Frage sei. Ausgehend von dem Auftreten der patriotisch-klerikalen Partei in Bayern in den Jahren 1866—1870 und von dem Einfluss, den dieses Auftreten auf die kriegerischen Entschlüsse Frankreichs gehabt hat, — übergehend auf die parlamentaren Kämpfe in Bayern während des Krieges, besprach ich die Theilnahme der katholischen Geistlichkeit an den Reichstagswahlen, zeigte, wie die verschiedenen Zweige der Partei einen mehr und mehr konfessionellen Charakter annahmen und sich zu dem Zwecke vereinigten, die „protestantische Spitze“ in Deutschland zu bekämpfen.

Die Erlasse Euerer Durchlaucht vom 22. Juni Nr. 6 und vom 30. Juni Nr. 8 boten mir Material, um die Mittel, welche man sich nicht scheut zur Erreichung dieses Zweckes zu ergreifen, sowie den untrennbaren Zusammenhang darzulegen, der zwischen dieser Partei und den den Papst und das Papstthum berührenden Fragen besteht.

Zum Schluss legte ich dem Kardinal jenen Artikel der „Germania“ vor, welcher die sehr unverblühte Drohung des Landesverraths enthält.

Ich glaube, dass es mir gelungen ist, den Kardinal zu überzeugen, dass diese Parteiumtriebe allerdings nicht der Vorwand, sondern die wahre und wesentliche Ursache der Entschliessungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der römischen sowohl als in der inneren religiösen Frage seien. Hierauf jedoch beschränkt sich mein Erfolg.

Der Kardinal bestritt mit Bethuerungen, die sonst nicht in seiner Gewohnheit liegen, dass irgend durch den Papst auf die Entschlüsse der Partei gewirkt worden sei.

gez. von Tauffkirchen.

Nr. 9575. **PREUSSEN.** — Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 10. April 1887.

Die in unserer Nummer vom 27. v. M. aus dem Jahre 1871 veröffentlichten Depeschen des Reichskanzlers und des damaligen deutschen Geschäftsträgers in Rom haben den Beweis dafür erbracht, dass der Ursprung der Verstimmung und später des Bruchs zwischen der Regierung und dem Papst in dem Verhalten des Centrums zu suchen ist. Schon aus dieser Veröffentlichung ergibt sich, dass das vatikanische Konzil und das Unfehlbarkeits-Dogma mit dem Anfang des Kulturkampfes nichts zu thun hatten. Wir sind heute namentlich im Hinblick auf unrichtige Ausführungen der Centrumspresse in der Lage, noch eine weitere Reihe von Aktenstücken jener Zeit zu veröffentlichen, aus denen hervorgeht, dass die Haltung der Regierung zu dem erwähnten Dogma eine abwartende war. Trotz des unaufhörlichen Drängens des Gesandten v. Arnim, wofür sich in den Akten zahlreiche Belege vorfinden, hat die preussische Regierung eine strikte Zurückhaltung in dieser dogmatischen Frage für angezeigt gehalten und durch dieselbe keine Trübung ihres bisherigen guten Verhältnisses zum Papst eintreten lassen. Eine solche ist erst erfolgt durch die in den früher veröffentlichten Depeschen charakterisirte Verstimmung gegenüber der römischen Diplomatie, nachdem die Kurie sich geweigert hatte, der Regierung gegen die Angriffe des zunächst noch mit Missbrauch der päpstlichen Autorität auftretenden Centrums beizustehen. Der ganze weitere Verlauf der Angelegenheit zeigt aber, dass es sich seitens des Reichskanzlers in dem Kulturkampf nur um eine Unterbrechung des Friedens, um einen zeitweisen Kriegszustand handelte, keineswegs aber darum, den letzteren zu einer dauernden Institution zu gestalten, und dass der Beginn des Kampfes identisch ist mit der Parteinahme der päpstlichen Politik für das Centrum und mit dem Bündniss zwischen dem Papste Pius IX. und dieser regierungsfeindlichen Partei. Von derselben war in Rom der Kampf gegen die Regierung im April und Mai 1871 vorbereitet worden; der eigentliche Anfang desselben datirt vom 23. Juni 1871, an welchem Tage der Kardinal-Staatssekretär Antonelli dem Grafen Tauffkirchen gegenüber es ablehnte, dem feindlichen Auftreten des Centrums gegen das Reich Einhalt zu gebieten. Dieser Akt der Feindseligkeit seitens der Kurie wurde von der preussischen Regierung durch die Ordre vom 8. Juli 1871 erwidert, durch welche die katholische Abtheilung im Kultusministerium aufgehoben wurde. In dieser Weise begann eine durch diplomatische Verhandlungen mit dem Verlauf in pejus sich vorbereitende Kampfperiode, die von dem Zeitpunkt an abschloss, als in Folge des Regierungswechsels auf dem päpstlichen Thron die Wiederherstellung des Friedens versucht und angebahnt werden konnte.

Die in einer der früher veröffentlichten Depeschen gekennzeichnete Thätigkeit des Fürsten Löwenstein-Heubach hat eine Erklärung desselben hervorgeufen, welche sich augenscheinlich innerhalb buchstäblicher und wörtlicher

Nr. 9575.  
Preussen.  
10. Apr. 1887.

Restriktionen bewegt und sich zuletzt mit einem schlechten Gedächtniss entschuldigt. Wenn Fürst Löwenstein bestreitet, einen Auftrag vom Centrum gehabt zu haben, so kann ihm zugegeben werden, dass ein Mandat im juristisch klagbaren Sinne nicht vorgelegen, und dass er mehr als ornamentales Aushängeschild für die Massen gedient hat, während Andere, wie Herr Lingens, die eigentlichen Geschäfte besorgten, um den Kardinal Antonelli, wie den Papst von dem Nutzen der Centrumspartei und der Objektivität ihrer Bestrebungen zu überzeugen und die weiteren Stadien vorzubereiten, in welchen ein Vertreter des Welfenthums und als solcher ein Feind des Deutschen Reichs an der Spitze des Centrums und der gesammten Opposition die Reichspolitik bekämpfte.

Rom, den 11. Juni 1870.

Es ist zwar noch nicht mit Bestimmtheit vorauszusehen, welche Wendung schliesslich die Verhandlungen hinsichtlich der Infallibilität im Konzil nehmen werden.

Am nächsten liegt für den Augenblick die Supposition, dass eine Minorität von 80—120 gegen das Schema stimmen und dass der Papst dennoch das Dogma proklamiren wird.

Es entsteht nun die Frage, wie sich die Diplomatie äusserlich und zereemoniell bei dieser Gelegenheit verhalten soll.

Der Graf Trauttmansdorff theilte mir heute mit, dass er über diesen Punkt Instruktionen von seiner Regierung einholen wolle, dass der Marquis de Banneville dasselbe zu thun im Begriff und mit ihm in allen Punkten einverstanden sei.

Die Auffassungen, welche Graf Trauttmansdorff seiner Regierung unterbreitet hat, sind folgende:

„Die europäische Diplomatie kann der feierlichen Sitzung, in welcher das Dogma proklamirt wird, nicht beiwohnen. — Denn, wenn die verschiedenen Démarchen der Kabinette auch nicht näher auf diese spezielle Frage eingegangen sind, bleibt doch die Thatsache unzweifelhaft, dass der Papst durch die eventuelle Proklamation des Dogmas den sämtlichen europäischen Kabinetten einen grossen Grad von Missachtung nicht blos zeigt, sondern auch zeigen will.

Das Fernbleiben von der Zeremonie würde aber noch kein genügender Ausdruck der Bestimmung sein.

Es werden ohne Zweifel an dem Tage der Verkündigung, oder schon vorher und vielleicht auch nachher, pomphafte öffentliche Feierlichkeiten, Illuminationen etc. in der Stadt Rom stattfinden.

Sich diesem Schauspiel durch Entfernung aus Rom zu entziehen, scheint der Sachlage entsprechend. Es würde sich sogar empfehlen und die Stellung der Regierung richtig kennzeichnen, wenn die Botschafter und Gesandten Rom in demonstrativer Weise mit längerem Urlaub verlassen, ohne jedoch ihrer Abreise den Charakter eines diplomatischen Bruches zu geben.

Hierbei würde nur im Auge zu behalten sein, dass grade in den Tagen,

wo die fragliche Eventualität eintreten könnte, die Bischöfe möglicher, wenn auch nicht wahrscheinlicher, Weise unseres Schutzes am meisten bedürfen werden. — Den Botschaftern und Gesandten würde daher eine gewisse Latitüde in Bezug auf Beurtheilung der Frage gelassen werden müssen, ob ihre verlängerte Anwesenheit in Rom noch im Interesse der Bischöfe nöthig ist, und in welcher Weise sie der Verstimmung ihrer Regierungen einen richtigen Ausdruck geben können, wenn die sofortige Abreise im letzten Augenblick nicht rathsam erscheint.“

Nr. 9575.  
Preussen.  
10. Apr. 1887.

Ich bin im Allgemeinen mit den Anschauungen des Grafen Trauttmansdorff einverstanden, glaube jedoch, dass die Ertheilung von Instruktionen für die fragliche Eventualität noch nicht möglich ist, da man gar nicht wissen kann, welche Form die Niederlage der Bischöfe und die den Regierungen zugefügte Kränkung annehmen wird.

Ich möchte aber bitten, mich im Allgemeinen durch ein Telegramm davon zu unterrichten, ob Euere Exzellenz meiner Meinung im Prinzip beitreten, dass wir unter allen Umständen durch eine accentuirte Attitüde an den Tag legen müssen, dass wir nicht gleichgültig bleiben können, wenn hier Dinge geschehen, von denen wir, nebst den anderen Regierungen, gesagt haben, dass sie auf unsere Beziehungen zum Römischen Hofe zurückwirken werden.

(gez.) v. Arnim.

An Seine Exzellenz den Kanzler des Norddeutschen Bundes Herrn Grafen v. Bismarck zu Berlin.

Ems, den 23. Juni 1870.

Graf Bismarck, von Sr. Majestät befragt, ist nicht der Ansicht, dass wir eine accentuirte Haltung gegenüber der Proklamation der Infallibilität einnehmen. Demonstrative Abreise würde Schlag in's Wasser sein und spätere Haltung nur schwierig machen. Die katholischen Botschafter seien bei kirchlicher Feier in unangenehmem Dilemma, welches für den evangelischen Gesandten wegfallen könne: dieser könne Dogma und kirchliche Feier ganz ignoriren; unsere Aktion beginne, wenn das Dogma auf dem Felde des Staatsrechts praktisch würde. Se. Majestät der König hat diese Auffassung des Ministers gebilligt und mir befohlen, Eurer Hochwohlgeboren dies zu eröffnen.

(gez.) Abeken.

An den Königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren. Rom.

Rom, den 24. Juni 1870.

Die grosse Wichtigkeit der Frage wird mich entschuldigen, wenn ich in einigen Worten auseinandersetze, warum ich, wenn mir die Entscheidung obläge, anders verfahren würde, als der Graf Bismarck empfiehlt und Seine Majestät befohlen haben.

Es ist namentlich die oft ausgesprochene Ansicht, dass das Dogma der Infallibilität und seine Proklamation den evangelischen Staat vorläufig nicht interessire und daher unsere Aktion und Reaktion erst beginne, wenn das

Nr. 9575.  
Preussen.  
10. Apr. 1887.

**Dogma** auf staatsrechtlichem Felde praktisch werden solle, es ist diese Ansicht, welche mich — ich finde keinen anderen Ausdruck — erschreckt.

Und dies um so mehr, als ich sie selbst früher getheilt habe. — Aber die hiesigen Erfahrungen haben mich überzeugt, dass zwar nicht gerade das Dogma an und für sich, aber die Art, wie es gemacht worden ist oder gemacht worden sein wird, einen Maassstab geben für die immense Macht des Papstes und einen Anhaltspunkt für den Gebrauch, welchen der Papst von dem Dogma machen wird. Möge der Papst nun Pio IX. oder Pio X. sein!

Die Spitze der ganzen Tendenz, aus welcher das Dogma als letzte Frucht hervorgeht, ist direkt gegen uns gerichtet. — Daraus folgt aber noch nicht, dass Rom versuchen wird, es auf staatsrechtlichem Felde sofort in der Weise wirksam zu machen, welche uns ermöglichen könnte, die bestehenden Gesetze gegen die katholische Kirche anzurufen.

Die nächste Thätigkeit Roms wird vielmehr eine vorbereitende sein; aber wenn wir uns in diesem Stadium jeder Aktion enthalten wollten, würden wir dem Feinde erlauben, ungeheures Kriegsmaterial in unserm eigenen Lande aufzuhäufen, unser Haus mit Reisern und Schwefel zu umgeben, ohne das natürliche Nothrecht zu üben, nach welchem wir Kriegs- und Brennmaterial zerstören müssen, ehe der Feind es benutzen kann.

Wenn der Papst in dem augenblicklichen Kampfe Recht behält, ist unsere traditionelle Politik fernerhin unhaltbar, und je eher wir den Krieg mit Krieg beantworten, desto besser und desto rascher werden wir zu Ende kommen.

Mit dieser Sachlage steht die Frage nach der Haltung, welche wir einzunehmen haben, wenn der Papst seinen Willen durchsetzt, im Zusammenhange.

Wenn es mir empfehlenswerth erscheint, dass die Diplomatie durch irgend einen Akt in unzweideutiger Weise zu erkennen giebt, dass die europäischen Regierungen sich von Pius IX. abwenden, so werde ich nicht von der Hoffnung geleitet, dass dadurch auf den Papst eine grosse Wirkung hervorgebracht werden könne, sondern von dem Wunsche, unseren Bischöfen und Katholiken zu zeigen, woher der Wind weht.

Dazu ist der Moment günstig, weil uns jetzt nicht mehr, wie noch vor wenigen Monaten, mit dem Hinweis auf die formidable Einigkeit der Kirche geantwortet werden kann. Wir haben gesehen, wie weit die Meinungen auseinandergehen. — Dazu ist der Moment günstig, weil die Bischöfe, sie mögen sich hier in letzter Stunde unterwerfen oder nicht, doch so gereizt gegen Rom sind, dass von ihnen ein Widerstand nicht zu erwarten ist.

Sie sind übrigens in der grössten Mehrzahl auf Repressalien gefasst und würden verwundert sein, wenn sie nicht eintreten.

Dies sind die Erwägungen, welche ich Euerer Exzellenz zu unterbreiten nicht versäumen wollte.

Neue Instruktionen erbitte ich nicht. Dazu wird immer noch Zeit sein, wenn neue Ereignisse die Situation verändern sollten. (gez.) v. Arnim.  
Sr. Excellenz dem Wirklichen Geh. Rath, Staatssekretair etc. Herrn v. Thile zu Berlin.



Rom, den 1. Juli 1870.

Allerdurchlauchtigster Grossmächtigster König, Allergnädigster König und Herr!

Mit dem Fürstbischof von Breslau habe ich vor einigen Tagen eine längere Unterredung gehabt über die Folgen, welche die Verkündigung des Infallibilitäts-Dogmas oder, mit anderen Worten, der vollständige Sieg des Romanismus in Bezug auf die Zustände in Deutschland haben wird.

Nr. 9575.  
Preussen.  
10. Apr. 1887.

Der Fürstbischof äusserte zunächst die Meinung, dass die königliche Regierung die Publikation des betreffenden päpstlichen Dekrets wohl untersagen würde. Ich erwiderte ihm, dass einerseits die Regierung nach den bestehenden Gesetzen wohl nicht berechtigt sein würde, die Publikation zu verhindern, andererseits aber auch die Katholiken, namentlich die Geistlichkeit, durch eine Regierungsverordnung gewiss nicht abgehalten werden würden, päpstliche Konstitutionen für verbindlich zu erachten, wenn sie keine Gewissens- und materiellen Bedenken gegen dieselben hätten.

Der Fürstbischof gab Beides zu, blieb aber doch dabei, das die Intervention der Regierung immerhin eine Schwierigkeit mehr für die Akklimatisierung des Dogmas sein würde.

Weiterhin bemerkte er, dass vor der Hand wohl Alles beim Alten bleiben würde. Aber man dürfe und könne sich nicht verhehlen, dass die Regierungen im Allgemeinen, und namentlich auch die preussische, vollständig berechtigt seien, sich gegen die römischen Tendenzen zu wehren, welche nach dem Konzil mit noch grösserer Energie sich geltend machen würden, als bisher. — Er persönlich könne der Regierung nicht verdenken, wenn sie unter dem Eindruck der Konzilsresultate ihre Stellung zu Rom und der von Rom abhängigen Kirche ändere. Auf diesem Wege würde sie ohne Zweifel Proteste der Bischöfe und leidenschaftliche Erregung unter den Katholiken hervorrufen — aber mit den Prinzipien, welche von hier aus verkündigt und gelehrt und von der nach römischer Schablone erzogenen Geistlichkeit verbreitet würden, könne keine Regierung sich vertragen.

Schon bei einer früheren Gelegenheit hatte ich dem Fürstbischof die Vermuthung geäussert, dass wahrscheinlich die nächste Rückwirkung des Konzils ein Sturm gegen die Jesuiten — welche von Laach aus die Lehren der *Civiltà Cattolica* verbreiten — und gegen die Ausbildung der Geistlichen in Rom sein würde.

Der Fürstbischof gab damals, wie in unserer letzten Unterredung, zu, dass es so kommen müsse, meinte aber, dass namentlich die Ausschliessung aller Geistlichen, welche in Rom studiren wollten, eine ganz nützliche Maassregel sein würde. Dies beunruhige ihn nicht. Viel tiefgreifendere Veränderungen würden ohne Zweifel im Landtage zur Sprache kommen, wie sie auf dem Protestantentage schon besprochen worden seien, und er mache sich keine Illusionen darüber, dass die königliche Regierung auf die Dauer diesen Tendenzen nicht werde widerstehen können oder wollen.

Schliesslich will ich nicht unterlassen, zu erwähnen, dass mir gleichfalls bei einer früheren Gelegenheit der Fürstbischof aussprach, dass das nothwendige

Nr. 9575.  
Preussen.  
10. Apr. 1887.

und logische Resultat der päpstlichen Anmaassungen die Kündigung und Unverbindlichkeit aller Konkordate und Verträge mit Rom sein werde.

Ich habe nicht unterlassen wollen, Euerer Königliche Majestät von den Aeusserungen des Fürstbischofs ganz unterthänigst zu unterrichten, damit Allerhöchstdieselben die Meinung dieses Kirchenfürsten kennen, wie sie sich unter dem frischen Eindrücke der hiesigen Vorgänge gestaltet hatte.

Denn wenn der Fürstbischof auch, wie er mir sagte, mit Euerer Königlichen Majestät ganz offen zu sprechen beabsichtigt, so ist doch möglich, dass seine Aeusserungen in einiger Zeit schon wieder etwas mehr von dem natürlichen Wunsche beeinflusst sein werden, nicht als Widersacher seiner eigenen Kirche zu erscheinen.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich Euerer Königlichen Majestät allerunterthänigster und treuehorsamster Unterthan und Diener.

(gez.) v. Arnim.

Rom, den 16. Juli 1870.

In Folge eines Beschlusses der internationalen Konferenz der Oppositionsbischöfe hat sich gestern eine Deputation derselben, bestehend aus den Erzbischöfen von Paris, Reims, Gran und dem Bischof von Mainz und einigen Anderen, zum Papst begeben, um ihn namens der Minorität um eine Abänderung des Schema de primatu zu bitten.

Dieser Schritt hat gar keinen Erfolg gehabt.

In der heute stattfindenden Generalkongregation hat man ohne Rücksicht auf die gemachten Einwendungen der mit juxta modum stimmenden das Schema in ganz unveränderter Form wieder vorgelegt.

In der für Montag anberaumten öffentlichen Sitzung würde die Opposition nunmehr mit non placet stimmen, und man rechnet auf eine Minorität von 120 Stimmen. Eine Minorität, die hinreicht, um die Gültigkeit des Beschlusses mit Erfolg anzugreifen.

(gez.) v. Arnim.

Seiner Exzellenz dem Königlichen Staatssekretair etc. Herrn v. Thile zu Berlin.

Rom, den 15. Juli 1870.

Die öffentliche Sitzung für Proklamation der Infallibilität wird Dienstag stattfinden. An demselben Tage reisen die meisten Bischöfe ab, ebenso der Graf v. Trauttmansdorff, der Marquis de Banneville zwei Tage darauf. Da ich schon seit drei Wochen krank bin, bitte ich um telegraphische Erlaubniss, Rom gleichfalls in Urlaub zu verlassen.

(gez.) v. Arnim.

An den Bundeskanzler.

Berlin, den 16. Juli 1870.

Für den Augenblick muss ich Sie ersuchen, Ihren Posten nicht zu verlassen. Enthalten Sie sich jeder demonstrativen Akte und jedes Anscheins derselben!

Zugleich bitte ich, beobachten Sie genau französische Truppenbewegungen und melden sofort jedes Symptom von Räumung. Graf v. Bismarck.  
An den königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Nr. 9575.  
Preussen.  
10. Apr. 1887.

Berlin, den 20. Juli 1870.

Enthalten Sie Sich jeder ostensiblen Demonstration! Die Infallibilität ist uns augenblicklich ohne Interesse. (gez.) Graf v. Bismarck.  
An den königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

**Nr. 9576. PREUSSEN.** — Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. Mai 1887.

Wir sind heute wiederum in der Lage, die über die Haltung der preussischen Regierung gegenüber dem vatikanischen Konzil veröffentlichten Deutschen durch andere zu ergänzen. Es ist bereits so viel Material zur Veröffentlichung gelangt, dass sich für Jedermann, der objectiv zu denken bemüht ist, ein klares Bild der preussischen Politik ergibt. Sie war von Anfang an eine zurückhaltende, die aus dem Konzil selbst keine Angriffe befürchtete, und sie ist auch trotz der schwankenden und vielfach zu einem Eingreifen anreizenden Berichterstattung des damaligen Gesandten von Arnim stets in ihrer Ruhe und Zuversicht dieselbe geblieben.

Nr. 9576.  
Preussen.  
3. Mai 1887.

Die unten zum Abdruck gebrachten Schriftstücke berühren den Anfang und das Ende des Konzils; innerhalb dieser beiden Grenzpunkte bleibt die Auffassung des Reichskanzlers sich gleich, dass Deutschland von dem Konzil keine Beunruhigung zu fürchten habe. In diesem Sinne wird Herrn v. Arnim zu wiederholten Malen Mässigung und Reserve anempfohlen. Im Frühjahr 1870 war es bekanntlich die französische Regierung, welche die Initiative ergriff, um beim Vatikan Vorstellungen wegen der Konzilsberathungen zu erheben. Wie die übrigen Mächte, so konnte sich auch der Norddeutsche Bund einer Anschliessung an die französischen Schritte nicht gänzlich enthalten. Aber gegenüber dem Drängen Arnim's zu einem energischen Vorgehen wird aufs neue von dem Berliner Auswärtigen Amte eingeschärft, dass der Gesandte in zweiter Linie bleiben und bei seinen Démarchen sich stets des Einvernehmens mit unseren Bischöfen versichern solle. Die Note, welche Herr v. Arnim eigenmächtig im Anschluss an die französische Vorstellung an den Kardinal Antonelli unter dem 23. April 1870 richtete — sie ist bereits anderweit bekannt geworden —, findet bei seiner vorgesetzten Behörde Tadel.

Angesichts dieser dokumentarisch bewiesenen Thatsachen ist die zur Abwehr eigener Schuld in der Centrumpresse verbreitete Behauptung, dass der preussische Kulturkampf in dem vatikanischen Konzil seinen Ausgang genommen habe, in das Gebiet der Geschichtsfälschungen zu verweisen.

Berlin, den 23. März 1869.

Nr. 9576.  
Prenssen.  
3. Mai 1887.

Euere Exzellenz haben mir in Ihrem gefälligen Bericht Nr. 18 vom 13. d. M. den Wunsch des schweizerischen Bundesrathspräsidenten mitgetheilt, vertraulich von der Auffassung der Königlichen Regierung über das bevorstehende ökumenische Konzil und von der Haltung, welche wir demselben gegenüber einnehmen, unterrichtet zu werden.

Wir haben bisher keine Veranlassung empfunden, uns mit dem Gegenstande zu beschäftigen; ich bin daher nicht in der Lage, die Anfrage eingehender zu beantworten. Im Allgemeinen kann ich nur sagen, dass uns weder die übermässigen Hoffnungen noch die Befürchtungen, die man von verschiedenen Seiten daran knüpft, begründet erscheinen. Wir lassen es dahingestellt sein, ob die Interessen der Partikular- und Nationalkirchen, welche dort vertreten sein werden, oder die zentralisirende Richtung, welche von Rom zu erwarten ist, sich zur Geltung bringen werden. Gegen eine etwa überwiegende extreme oder hierarchische Tendenz glauben wir, dass das Heilmittel sich in der natürlichen Reaktion innerhalb der katholischen Welt finden werde. Wir sehen daher ohne alle Beunruhigung auf den Zusammentritt des Konzils, dessen Deliberationen unsere staatlichen Interessen wenig berühren. Die Theilnahme der preussischen Bischöfe wird eine freiwillige und durch uns ungehinderte sein. Von einer Betheiligung der Regierung als solcher kann nicht die Rede sein.

Wenn Ausschreitungen stattfinden sollten, welche in das staatliche Gebiet übergreifen, so werden wir die Rechte des Staates zu wahren wissen; aber wir sehen keine Veranlassung, im voraus Fürsorge dagegen zu treffen.

gez. von Bismarck.

An den Königlichen Gesandten Herrn General von Roeder, Exzellenz, Bern.

Berlin, den 12. November 1869.

Euere Hochwohlgeboren haben in einem während Ihrer Anwesenheit in Berlin entworfenen Promemoria in eingehender Weise die Verschiedenheit erörtert, welche zwischen der Stellung des preussischen Gesandten in Rom und derjenigen der Botschafter rein katholischer Mächte während des Konzils und mit Bezug auf das Konzil stattfinden würde. Dass diese Verschiedenheit thatsächlich bestehen wird, verkenne ich nicht; und Euere Hochwohlgeboren können gewiss sein, dass Se. Majestät der König auch bei Beurtheilung der Ansprüche, welche an die Königliche Gesandtschaft in dieser Beziehung gemacht werden können, darauf billige Rücksicht nehmen wird. Euere Hochwohlgeboren selbst aber werden mit mir geneigt sein, diesem Unterschiede eine geringere Bedeutung beizulegen, wenn Sie erwägen, wie wenig Veranlassung die Königliche Regierung hat, die Bedeutung des Konzils für die politischen Verhältnisse zu überschätzen, oder gar Besorgnisse daran zu knüpfen, wie sie auf manchen Seiten laut werden.

Ich bin weit davon entfernt, die religiöse und kirchliche Seite des Konzils gering zu achten, oder seiner Bedeutung für die Gewissen der Katholiken, insofern es Materien des Gläubens, der Doktrin oder der rein kirch-

lichen inneren Disziplin behandeln wird, zu nahe zu treten. Welche Stellung es in dieser Beziehung zu den in der katholischen Kirche herrschenden Strömungen einnehmen, welchen Einfluss es denselben auf seine Berathungen gestatten, welche Forderungen es an die Gewissen des katholischen Christen stellen und zu welchen Hoffnungen oder Befürchtungen für die innere und dauernde Kräftigung der katholischen Kirche es Anlass geben wird, das zu erwägen ist nicht Sache der Regierung.

Nr. 9576.  
Preussen.  
3. Mai 1887.

Auch die etwaigen Beziehungen des Konzils zu den ausserhalb der römisch-katholischen Kirche bestehenden christlichen Gemeinschaften, auf welche es einen direkten Einfluss nicht üben kann, liegen in einer Sphäre, welche sich der Aktion der Regierungen entzieht. Es kann dabei nur von einem geistigen Wirken und Gegenwirken die Rede sein; und wir können diese Seite getrost den verschiedenen Kirchengemeinschaften überlassen. Nur bei etwaigen Versuchen der Störung des konfessionellen Friedens auf dem äussern Gebiet, welche wir übrigens nicht erwarten, werden die Regierungen mit fester Hand einzuschreiten haben, von welcher Seite dieselben auch kommen mögen.

Für uns kommen nur die Beziehungen der Kirche zum Staate und dasjenige, gewissermaassen Grenzgebiet, in Betracht, auf welchem diese beiden Mächte gemeinsame Berührungspunkte haben. Es wäre überflüssig, hier die einzelnen Materien zu erwähnen, in welchen auch das Konzil dieses Gebiet berühren könnte; wir müssten uns dabei zum grossen Theil in Konjekturen und Vermuthungen einlassen, da die Vorbereitungen für die Berathungen des Konzils mit so grosser Heimlichkeit betrieben werden. Auch über die allgemeine Tendenz und den Sinn, in welchem das Konzil diese Punkte voraussichtlich behandeln werde, will ich im voraus keine Vermuthungen aufstellen. Die Thatsache, dass das Konzil auch mit diesen Materien befasst werden wird, dürfte ausser allem Zweifel gestellt sein, schon durch die Einrichtung einer Commissione ecclesiastico-politica.

Aber dieser Thatsache gegenüber genügt es vollständig, zu konstatiren, dass die Königliche Regierung auch hieran keinerlei Besorgnisse knüpft und dem Verlauf des Konzils mit voller Ruhe entgegenseht.

Ich bitte Euere Hochwohlgeboren, sich hiervon auf das lebhafteste zu durchdringen und dafür zu sorgen, dass man auch in Rom denselben Eindruck gewinne und behalte.

Es ist ja bereits mehrfach der Voraussetzung Ausdruck gegeben worden, dass das Konzil unter dem Einfluss extremer in Rom vorherrschender Tendenzen bestimmt werden könnte, dieses Gebiet in einem Sinne zu behandeln, welcher das gute Einvernehmen zwischen dem Staat und der Kirche zu stören geeignet wäre. Ich kann auch nicht verkennen, dass diese Voraussetzung durch manche Symptome begründet wird, die Euerer Hochwohlgeboren selbst zu gut bekannt sind, als dass ich sie näher anzudeuten brauchte. Wir haben deshalb auch, als die Königlich bayerische Regierung uns den Wunsch nach einer Verständigung in dieser Richtung hin ausdrückte, denselben nicht von der Hand

Nr. 9576.  
Preussen.  
3. Mai 1857.

gewiesen, vielmehr uns gefreut, uns mit diesem einflussreichen deutschen und wesentlich katholischen Staate auf demselben Boden zu finden. Ich muss mich aber entschieden gegen jede Auslegung verwahren, als hätten wir dabei irgend welchen Befürchtungen Raum gegeben und wären von irgend einer Rücksicht auf Gefahren geleitet worden, welche uns aus der Haltung des Konzils erwachsen könnten; und ich glaube, dass die Königlich bayerische Regierung ebensowenig ernstliche Besorgnisse hegt, wie wir. Wir sind vielmehr fest überzeugt, dass, wenn aus der Haltung des Konzils Gefahren erwachsen können, diese ganz auf der Seite der katholischen Kirche und des päpstlichen Stuhles liegen.

Gern gebe ich mich der Hoffnung hin, dass die traditionelle Weisheit des römischen Stuhles denselben vor der Gefahr bewahren werde, das Konzil auf Bahnen zu leiten, welche zu solchen Ergebnissen führen könnten.

Mit den preussischen und vielleicht auch mit den übrigen deutschen Bischöfen wird sich, wie Euere Hochwohlgeboren auch in Ihrem Memorandum andeuten, auch ungesucht die Gelegenheit zu vielfachem Verkehr darbieten. Ohne irgend wie auch nur den Schein einer versuchten Einwirkung auf sich zu laden, wollen Euere Hochwohlgeboren auch in diesem Verkehr sich immer im Sinne der Mässigung und Besonnenheit, aber auch der vollkommenen Sicherheit und Festigkeit der königlichen Regierung aussprechen.

Um Ihnen diesen Verkehr und die Rolle der ruhigen Beobachtung, welche der königlichen Gesandtschaft zufällt, zu erleichtern und Sie in den Stand zu setzen, die Vorkommnisse auf dem Konzil auch vom katholisch-kirchlichen Standpunkte aus zu beurtheilen, habe ich gern Ihrem Wunsche entprochen und mich an den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten gewandt, um der Gesandtschaft einen zuverlässigen und kirchlich wie politisch korrekten katholischen Geistlichen oder Theologen beizordnen zu können. Ueber das Ergebniss der angeknüpften Verhandlungen behalte ich mir vor, Euerer Hochwohlgeboren weitere Mittheilung zu machen.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

In Vertretung gez. von Thile.

An den Königlichen Gesandten Herrn von Arnim, Hohwohlgeboren, Rom.

Rom, den 15. März 1870.

Graf Daru hat geheim Lord Lyons gesagt, wenn Frankreichs Bemühungen in Rom fruchtlos bleiben, müsse man an einen gemeinsamen Schritt aller Mächte in Rom denken. Dies sei aber sehr schwierig, weil Preussen sich daran nicht betheiligen werde.

Stehen in dieser Beziehung unsere Entschlüsse ganz fest?

Der österreichische Botschafter hat, wie ich bestimmt weiss, ein Telegramm erhalten, welches ihn anweist, die letzten französischen Démarchen zu unterstützen; Frankreich scheint aber selbst die Sache fallen zu lassen. Alles, was bisher von Paris und Wien geschah, ist kopf- und planlos.

gez. von Arnim.

An den Bundeskanzler.

Berlin, den 15. März 1870.

Nr. 9576.  
Preussen.  
3. Mai 1887.

Ich bin bisher gar nicht veranlasst worden, Entschliessungen Sr. Majestät über gemeinsame Schritte zu extrahiren, weil uns von keinem der in erster Linie beteiligten katholischen Höfe auch nur die leiseste Andeutung über eine Geneigtheit für Schritte zu zweien oder mehreren zugekommen ist. Die Initiative werden wir dazu nicht nehmen.

(gez. v. Bismarck.)

An den Königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Berlin, den 22. April 1870.

Antwort auf Telegramm 17. — Unterstützen werden wir den französischen Schritt auch in seiner abgeschwächten Form müssen, aber, wie bereits bemerkt, nach dem Maasse seiner Ausführung. An das Konzil würden wir jedoch nicht uns gewandt haben. Ob wir uns, nach Maassgabe des Erlasses Nr. 102 vom 14. und des Telegramms Nr. 21 vom 18. d. M., schriftlich aussprechen, wird hauptsächlich darnach zu beurtheilen sein, welchen Eindruck Sie von der Mittheilung des Schriftstückes an unsere Bischöfe auf Letztere erwarten zu dürfen glauben, worüber Sie sich vorher vertraulich zu vergewissern suchen wollen.

Herr v. Werther meldet eben noch telegraphisch: „Der Minister Ollivier habe ihm gestern gesagt: Banneville hätte gleich nach Ankunft dem Kardinal offiziös das Memorandum mitgetheilt und werde am 23. es dem Papst offiziell zustellen; er würde das Verlangen stellen, es dem Konzil mitzutheilen, doch nicht insistiren, wenn der Papst dagegen zu grosse Abneigung zeige. Marquis de Banneville habe seine Kollegen vom Inhalt des Memorandums unterrichtet gefunden und bereit, seine Schritte zu unterstützen.“

(gez.) Thile.

Seiner Hochwohlgeboren, dem Königlichen Gesandten, Herrn v. Arnim, Rom.

Rom, den 27. April 1870.

Ich habe zur Unterstützung Frankreichs ein Schreiben an Antonelli gerichtet, welches ich morgen mit Feldjäger einschicken werde.

Von Dupanloup werde ich dringend gebeten, bei dem Papst eine Audienz zu verlangen, um ihn zur Prorogation des Konzils zu bewegen. Ich glaube, dass das Ansinnen der Bischöfe meinen Einfluss auf den Papst überschätzt. — Andererseits möchte ich jedoch nicht einen Dienst versagen, welchen man verlangt, und würde eventuell zum Papst gehen, wenn Se. Majestät der König mich autorisiren wollen, in Allerhöchstseinem Auftrag eine Audienz zu verlangen, um den Papst von der Lage der Dinge in Deutschland zu unterhalten.

(gez.) v. Arnim.

An den Bundeskanzler.

Berlin, den 4. Mai 1870.

Feldjäger mit Berichten vom 28. April gestern eingetroffen. Se. Majestät der König hält es nicht für angemessen, dass Sie nach Ihrem schon sehr starken Schreiben an den Kardinal noch weitere Schritte bei dem Papst thun, sondern will die Wirkung jenes Schreibens ruhig abwarten. — Se. Majestät der König



Nr. 9576.  
Preussen.  
3. Mai 1887.

hatte erwartet, dass Sie, nach dem ausdrücklichen Auftrage in Telegramm Nr. 23 vom 22. v. Mts., sich vorher über den Eindruck vergewissern, den das Schreiben auf unsere Bischöfe machen würde; ist das geschehen? und sind Sie sicher, dass die Bischöfe nicht protestiren gegen das, was Sie von ihnen sagen?

Ich selbst persönlich möchte Sie gegen die französischen Bischöfe warnen.

Der Staatssekretair

(gez.) Thile.

An den Königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Rom, den 5. Mai 1870.

Antwort auf Nr. 25. Ich habe genau nach meinen Instruktionen gehandelt. Mein Schreiben ist heute in der Versammlung der Deutschen verlesen und mit allgemeinem Applaus für das beste diplomatische Dokument erklärt worden, was in dieser Angelegenheit vorhanden ist. Dasselbe Urtheil hat man in diplomatischen Kreisen. Foerster hält die Publikation für sehr wünschenswerth.

Die französischen Bischöfe sind ihrerseits vor mir gewarnt worden. Ich glaube nicht, dass sie hier ein Interesse haben, mich zu hintergehen.

(gez.) v. Arnim.

An den Bundeskanzler,

Berlin, den 6. Mai 1870.

Wenn unsere Bischöfe zufrieden sind, ist ein wesentliches Bedenken erledigt. Ihre Instruktion war, sich des Eindrucks auf dieselben vorher zu versichern. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nur in zweiter Linie stehen, uns dem französischen Schritt nur anschliessen und kein eigenes Interesse haben. Wir haben daher auch nicht die Absicht, Ihrem Schritt eine grössere Oeffentlichkeit zu geben. Für jetzt ist ruhig abzuwarten. — Die französischen Bischöfe haben das natürliche Interesse, uns die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

(gez.) v. Thile.

An den Königlichen Gesandten, Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

## Bündnisse, Verträge etc.

Nr. 9577. **DEUTSCHLAND.** — Vertrag zwischen dem Reich und Serbien, betr. den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle\*).

### 1. Vertrag.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und Seine Majestät der König von Serbien, von dem Wunsche beseelt, den Schutz der gewerblichen Muster und Modelle in Gemässheit der Vereinbarung im Artikel XI des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Serbien vom 6. Januar 1883 wechselseitig sicherzustellen, haben behufs Abschlusses einer Uebereinkunft zu diesem Zweck Bevollmächtigte ernannt, nämlich: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: Allerhöchstihren Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Grafen Maximilian von Berchem, || und || Seine Majestät der König von Serbien: || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Milan Pétroniévitch, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befindlichen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

#### Artikel 1.

Die deutschen Reichsangehörigen sollen in Serbien und die serbischen Angehörigen sollen in Deutschland in Bezug auf die gewerblichen Muster und Modelle denselben Schutz wie die Einheimischen geniessen.

#### Artikel 2.

Um sich den durch den vorstehenden Artikel begründeten Schutz zu sichern, haben die deutschen Reichsangehörigen in Serbien und die serbischen Angehörigen in Deutschland die Gesetze und Vorschriften zu befolgen, welche daselbst in dieser Beziehung gelten oder künftig erlassen werden.

#### Artikel 3.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifioirt und die Ratifikations-Urkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. Dieselbe

\*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 1. Session 1887, No. 24.

Nr. 9577.  
Deutschland.  
3. Juli 1886.

soll 10 Tage nach der Auswechselung der Ratifikationen in beiden Ländern in Kraft treten und bis zum Ablaufe eines Jahres nach erfolgter Kündigung seitens des einen oder anderen der Hohen vertragschliessenden Theile in Geltung bleiben.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft vollzogen und ihr Siegel begedrückt. || So geschehen zu Berlin, den 3. Juli 1886. || Graf Berchem. Pétroniévitch.

## 2. Denkschrift.

Im Artikel XI des deutsch-serbischen Handelsvertrages vom 6. Januar 1883 (Reichs-Gesetzblatt S. 41) war der Abschluss eines Abkommens über den gegenseitigen Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen, sowie der Bezeichnung und Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung für den Zeitpunkt vorbehalten worden, wo dieser Gegenstand in Serbien geeignete gesetzliche Regelung gefunden haben würde. || Diese Voraussetzung ist durch den in Serbien inzwischen erfolgten Erlass zweier Gesetze über den Schutz der Muster und Modelle, sowie der Fabrik- und Handelszeichen vom 30. Mai 1884 und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen vom 25. Mai 1885 erfüllt und serbischerseits demnächst der Abschluss eines bezüglichen Abkommens in Vorschlag gebracht worden. || Insoweit es sich hierbei um den wechselseitigen Schutz der Fabrik- und Handelsmarken etc. handelte, ist dieser Anregung durch die am 30. Juni v. J. erfolgte Unterzeichnung einer, unseren analogen Abmachungen mit einer Reihe anderer Staaten nachgebildeten Reciprocitätserklärung entsprochen worden (cfr. Reichs-Gesetzblatt 1886 S. 231). || Dagegen war für die Vereinbarung über den wechselseitigen Schutz der Muster und Modelle nach Lage der Gesetzgebung die Form eines Vertrages zu wählen. || Mit Rücksicht hierauf ist der vorliegende Vertrag, welcher ebenso wie die erwähnte Reciprocitätserklärung den Interessen unserer Industrie entspricht, mit Serbien vereinbart worden. Der Wortlaut der Artikel 1 und 2 schliesst sich völlig demjenigen der gleichen Artikel des am 12. Dezember 1883 zwischen Deutschland und Belgien abgeschlossenen analogen Abkommens an (Reichs-Gesetzblatt 1884 S. 188), während die Artikel 3 und 4 des letzteren — unter Fortlassung des auf die Aufhebung früherer Verträge bezüglichen Passus — im Artikel 3 der vorliegenden Uebereinkunft zusammengefasst worden sind. || Nach dem vorliegenden Vertrage sind hinsichtlich der Ausübung und des Schutzes der Rechte an gewerblichen Mustern und Modellen die deutschen Reichsangehörigen in Serbien und, in Anwendung des § 16 des Gesetzes vom 11. Januar 1876, die serbischen Staatsangehörigen in Deutschland in allen Beziehungen den Inländern gleichgestellt. || Seitens der serbischen Skuptschina ist dem Vertrage bereits im Sommer v. J. die Genehmigung erteilt worden.

Nr. 9578. **DEUTSCHLAND.** — Meistbegünstigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Paraguay <sup>Nr. 9578, Deutschland.</sup> \*), 21. Juli 1887.

### 1. Vertrag.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Excellenz der Präsident des Freistaates Paraguay, Herr Patricio Escobar, im Namen des Freistaates Paraguay andererseits, von dem Wunsche geleitet, das zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Paraguay glücklicherweise bestehende gute Einvernehmen zu erhalten und den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern zu fördern, haben beschlossen, bis zum Abschluss besonderer Conventionen, den Unterthanen und Angehörigen des einen Landes in dem anderen Lande alle Rechte zu sichern, welche die Unterthanen und Angehörigen der meistbegünstigten Nation dort geniessen. Zu diesem Zweck sind die folgenden Artikel zwischen dem Freiherrn Wolfram von Rotenhan, Kaiserlich deutschem ausserordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister bei dem Freistaate Paraguay, der hierzu von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, bevollmächtigt worden ist, und Seiner Excellenz dem Herrn Dr. Benjamin Aceval, Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Paraguay, welcher hierzu von Seiner Excellenz dem Präsidenten des Freistaates Paraguay ermächtigt worden ist, nach Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten vereinbart und unterzeichnet worden:

#### Artikel 1.

Friede, Freundschaft und gutes Einvernehmen soll für alle Zeit zwischen dem Deutschen Reich und dessen Staaten einerseits und dem Freistaate Paraguay andererseits, sowie zwischen den Unterthanen und Angehörigen beider Länder fortbestehen.

#### Artikel 2.

Die diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertreter, Agenten und Officiere des einen vertragschliessenden Theiles sollen in Ausübung ihrer Pflichten innerhalb der Besitzungen des anderen Theiles und die Unterthanen und Angehörigen des einen Landes sollen für ihre Person und ihr Eigenthum und in Ansehung des Handels, des Gewerbes und der Schiffahrt und in jeder anderen Beziehung in dem anderen Lande denselben Schutz und dieselben Rechte, Privilegien, Vortheile, Immunitäten und Befreiungen geniessen, welche nach den Gesetzen dieses Landes jetzt oder in Zukunft den diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertretern, Agenten und Officieren und den Unterthanen und Angehörigen der meistbegünstigten Nation eingeräumt werden.

\*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 2. Session 1887, No. 95.

Nr. 9578.  
Deutschland.  
21. Juli 1887.

### Artikel 3.

Die Generalkonsuln, Consuln und Viceconsuln haben, soweit sie nach den Gesetzen des vertragschliessenden Theiles, welcher sie ernannt hat, dazu befugt sind, das Recht, Eheschliessungen von Angehörigen dieses Theiles nach Maassgabe der Gesetze desselben vorzunehmen. || Diese Bestimmung findet nicht auf solche Eheschliessungen Anwendung, bei welchen einer der Verlobten Angehöriger des Staates ist, in welchem der Consul seinen Sitz hat.

### Artikel 4.

Der gegenwärtige Vertrag wird von dem Tage des Austausches der Ratifikationen zehn Jahre lang Gültigkeit haben. Wenn weder der eine noch der andere der beiden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine amtliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, so wird derselbe für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort, bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung stattgefunden haben wird.

### Artikel 5.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt und die Ratifikations-Urkunden sollen in Asuncion oder Buenos Aires sobald als möglich ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen in doppelten, in deutscher und spanischer Sprache ausgefertigten Originalen unterzeichnet und gesiegelt. || So geschehen zu Asuncion am ein und zwanzigsten Juli eintausend achthundert und sieben und achtzig.

Wolfram Freiherr von Rotenhan. || Benj. Aceval.

## 2. Protokoll.

Bei heutiger Unterzeichnung des Meistbegünstigungsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Paraguay erklären die unterfertigten Bevollmächtigten der Hohen vertragschliessenden Theile:

Die Bestimmungen des genannten Vertrages sollen nicht dahin zu verstehen sein, dass sie den Unterthanen des Deutschen Reichs die ausnahmsweisen Privilegien des freien Handels gewähren, welche durch den Artikel XIII des zwischen dem Freistaate Paraguay und dem Kaiser von Brasilien geschlossenen Vertrages vom 7. Juni 1883 zu Gunsten der Provinz Matto-Grosso vorbehalten sind.

Wenn diese Privilegien in Zukunft einer anderen Nation eingeräumt werden sollten, so versteht es sich, dass dieselben auch dem Deutschen Reich und seinen Unterthanen zugestanden werden.

Geschehen in doppelter Fertigung, in deutscher und spanischer Sprache, zu Asuncion heute, den ein und zwanzigsten Juli eintausend achthundert und sieben und achtzig.

Wolfram Freiherr von Rotenhan. Benj. Aceval.

## 3. Denkschrift.

Nr. 9578.  
Deutschland.  
21. Juli 1857.

Der zwischen dem Zollverein und Paraguay am 1. August 1860 abgeschlossene Handelsvertrag ist am 31. Dezember 1866 abgelaufen. Inzwischen hat, insbesondere in den letzten Jahren, der deutsche Handelsverkehr mit Paraguay sich in gedeihlicher Weise entwickelt und der dortige Absatz deutscher Industrieartikel sich nicht unwesentlich gehoben. Auch ist die Zahl von Reichsangehörigen, welche sich dort niedergelassen haben, nicht unerheblich gestiegen. Bei dieser Sachlage erschien es angezeigt, eine dienstliche Reise des Kaiserlichen Gesandten in Buenos Aires nach Paraguay zu benutzen, um mit der Regierung des Freistaates, welche ihrerseits zu einer Erneuerung der vertragsmässigen Beziehungen zu dem Reich bereit war, dieserhalb in Verhandlungen zu treten. Es konnte vor der Hand genügen, eine kurze Convention abzuschliessen, in welcher beide Theile sich gegenseitig die Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation in jeder Beziehung zusichern. Unter der Wirksamkeit eines solchen Abkommens wird sich voraussichtlich Gelegenheit bieten, das Vertragsverhältniss in eingehenderer Weise zu regeln.

Von europäischen Staaten haben bisher Spanien, Portugal und Grossbritannien Handelsverträge mit Paraguay abgeschlossen. Während der Vertrag mit Spanien gleich dem hier vorliegenden sich auf die gegenseitige Zusicherung der Meistbegünstigung beschränkt, enthalten die beiden anderen Verträge ausführlichere Bestimmungen, deren Vortheile uns eventuell in gleicher Weise zu gute kommen würden.

Im Einzelnen ist zu dem vorliegenden Verträge noch Folgendes zu bemerken:

Nach Artikel 2 werden die Vertreter und Angehörigen sowie die Kriegs- und Handelsschiffe des einen vertragschliessenden Theiles in dem Gebiete des anderen Theiles in allen Beziehungen die Rechte der meistbegünstigten Nation geniessen. Hierzu ist dem Wunsche der paraguayischen Regierung entsprechend in dem Zusatz-Protokoll die Vereinbarung getroffen worden, dass gewisse Handelsvortheile, welche von Paraguay vertragsmässig der brasilianischen Grenzprovinz Matto-Grosso eingeräumt sind, deutscherseits so lange nicht sollen beansprucht werden können, als dieselben nicht etwa in Zukunft einem dritten Staate bewilligt werden. Eine gleiche Einschränkung enthält der oben erwähnte Vertrag zwischen Paraguay und Grossbritannien.

Zu Artikel 3. In Paraguay lebende Reichsangehörige begegnen dort Schwierigkeiten bezüglich der Eingehung einer Ehe. Es empfiehlt sich daher, den Konsuln des Reichs in Paraguay die Ermächtigung für den Amtsbezirk zu ertheilen, bürgerlich gültige Eheschliessungen von Deutschen vorzunehmen.

Durch Artikel 3 der Convention wird solchen Ehen die rechtliche Anerkennung seitens der Landesregierung gesichert. Indessen ist hierbei auf den Wunsch der paraguayischen Regierung die Einschränkung gemacht worden, dass in den Fällen, wo einer der Verlobten Angehöriger des Staates ist, in dem der Konsul seinen Sitz hat, der letztere zur Eheschliessung nicht zuständig sein solle.

**Nr. 9579. DEUTSCHLAND.** — Freundschafts-, Handels-, Schiff-  
fahrts- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen  
Reich und der Republik Guatemala\*).

1. Vertrag.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w., im Namen des Deutschen Reichs einerseits und die Republik Guatemala andererseits, von dem Wunsche geleitet, Ihre Beziehungen und Interessen gegenseitig zu fördern und zu befestigen, haben beschlossen, einen Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Consularvertrag abzuschliessen. || Zu diesem Ende haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w., || Allerhöchstihren Ministerresidenten bei den Freistaaten von Centralamerika, Friedrich Ludwig Werner von Bergen, || und || Seine Excellenz der Präsident des Freistaates Guatemala || den Staatsminister der Auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Don Lorenzo Montúfar, || welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer Vollmachten, über nachstehende Artikel sich geeinigt haben:

Artikel 1.

Es soll Friede und immerwährende Freundschaft sein zwischen den Staaten des Deutschen Reichs einerseits und dem Freistaate Guatemala andererseits, sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen, ohne Unterschied der Personen und der Orte.

Artikel 2.

Es soll gegenseitig vollständige Freiheit des Handels bestehen zwischen allen Gebieten der deutschen Staaten und allen Gebieten des Freistaates Guatemala. || Die Angehörigen der beiden Hohen vertragenden Theile können frei und in voller Sicherheit mit ihren Schiffen und Ladungen in alle diejenigen Plätze, Häfen und Flüsse Deutschlands und Guatemalas einlaufen, welche für die Schifffahrt und den Handel irgend einer anderen Nation oder eines anderen Staates jetzt geöffnet sind oder in Zukunft geöffnet sein werden. || Die Deutschen in Guatemala und die Guatemalaner in Deutschland werden in dieser Beziehung die nämliche Freiheit und Sicherheit geniessen, wie die Landesangehörigen.

Artikel 3.

Die Angehörigen eines jeden der beiden Hohen vertragenden Theile können gegenseitig mit voller Freiheit jeden Theil der betreffenden Gebiete betreten, daselbst ihren Wohnsitz nehmen, reisen, Gross- und Kleinhandel treiben, Grundstücke, Magazine und Läden, deren sie bedürfen mögen, kaufen, miethen

\*) Abgedr. aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 2. Session 1887. No. 179. — Ein gleichlautender Vertrag wurde am 12. Dezember 1887 zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Honduras abgeschlossen. A. d. Red.



und innehaben, Waaren und edle Metalle, in Barren oder gemünzt, verführen, Konsignationen aus dem Inlande wie aus fremden Ländern annehmen, ohne dass sie in irgend einem Falle anderen allgemeinen oder lokalen Beiträgen, Auflagen oder Verpflichtungen, welcher Art diese auch sein mögen, unterworfen werden können, als solchen, die den Landesangehörigen auferlegt werden oder bereits auferlegt sind. || Es soll ihnen vollkommen freistehen, ihre Geschäfte selbst zu führen, bei den Zollbehörden ihre eigenen Deklarationen einzureichen, oder sich hierbei nach Belieben von Anderen unterstützen oder vertreten zu lassen, sei es unter dem Namen von Bevollmächtigten, Faktoren, Agenten, Consignataren, Dolmetschern, oder unter anderem Namen. Dasselbe gilt beim Kauf und Verkauf von Gütern, Effecten und Waaren, beim Laden, Löschen und Abfertigen ihrer Schiffe. || Sie sind ferner berechtigt, Aufträge auszuführen, welche ihnen von Landsleuten, von Fremden oder von Inländern anvertraut werden, sei es als Bevollmächtigte, Faktoren, Agenten, Konsignatare oder Dolmetscher, oder in einer anderen Eigenschaft; und in keinem Falle unterliegen sie dafür anderen Beiträgen oder Auflagen, als solchen, welchen die Landesangehörigen unterworfen sind oder sein werden. || Gleiche Freiheit genießen sie bei allen ihren Käufen und Verkäufen hinsichtlich der Feststellung des Preises jeder Art von Effecten, Waaren oder Gegenständen, mögen sie dieselben eingeführt oder für die Ausfuhr bestimmt haben. Es versteht sich jedoch, dass sie in allen diesen Fällen sich nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes zu richten haben.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

#### Artikel 4.

Jeder der beiden Hohen vertragenden Theile verpflichtet sich, im eigenen Staate keine Monopole, Entschädigungen oder eigentliche Vorrechte zum Nachtheile des Handels, der Flage und der Angehörigen des anderen Staates zu bewilligen. || Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich weder auf Gegenstände, deren Handel den respektiven Regierungen vorbehalten ist, noch auf Erfindungspatente, deren Einführung und Anwendung, noch auf Vorrechte, welche auf Grund lästiger Verträge zugestanden sind.

#### Artikel 5.

Den Angehörigen des einen und des anderen der vertragenden Theile soll in beiden Ländern vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Person und ihres Eigenthums zu Theil werden. Sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichtshöfen behufs Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck können sie unter allen Umständen Advokaten, Sachwalter und Agenten jeder Art verwenden, welche sie nach ihrem Ermessen dazu bestimmen. || Auch sollen sie die Befugniss haben, bei den Beschlüssen und Urtheilssprüchen der Gerichtshöfe in den Sachen, bei denen sie betheilig sind, zugegen zu sein, sowie bei den Zeugenvernehmungen und Aussagen, welche stattfinden könnten bei Gelegenheit des Prozessverfahrens, so oft die Gesetze des betreffenden

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

Landes die Oeffentlichkeit dieser Handlungen gestatten. || Sie werden im Uebrigen in dieser Beziehung die nämlichen Rechte und Vortheile geniessen, wie die Landesangehörigen, und denselben Bedingungen unterworfen sein, die den letzteren auferlegt sind oder sein werden.

#### Artikel 6.

Die Deutschen in Guatemala und die Guatemalaner in Deutschland sollen befreit sein sowohl von allen persönlichen Diensten im Heere und in der Marine, in der Landwehr, Bürgerwehr oder Miliz, als auch von der Verpflichtung, politische, administrative und richterliche Aemter und Obliegenheiten zu übernehmen, sowie von allen ausserordentlichen Kriegscontributionen, gezwungenen Anleihen, militärischen Requisitionen oder Dienstleistungen, welcher Art sie auch sein mögen. Ueberdies können sie in allen Fällen rücksichtlich ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Abgaben und Auflagen unterworfen werden, als denen, welche von den Landesangehörigen oder von den Angehörigen der meistbegünstigten Nation verlangt werden.

#### Artikel 7.

Die Schiffe, Ladungen, Waaren und Effecten von Angehörigen des einen und des anderen Landes können beiderseitig weder einem Beschlagnahmeverfahren unterworfen, noch zum Zweck irgend welcher militärischen Expedition oder einer öffentlichen Verwendung zurückgehalten werden, ohne dass vorher durch die Betheiligten selbst, oder durch von ihnen ernannte Sachverständige eine billige Vergütung festgestellt worden ist, welche in jedem Falle hinreicht zur Deckung aller Nachtheile, Verluste, Verzögerungen und Schäden, welche ihnen durch den Dienst, dem sie unterworfen wurden, entstanden sind oder entstehen könnten.

#### Artikel 8.

Die Deutschen, welche sich in Guatemala, und die Guatemalaner, welche sich in Deutschland aufhalten, geniessen die vollständigste Cultus- und Gewissensfreiheit, und es werden die betreffenden Regierungen nicht zugeben, dass sie belästigt, beunruhigt oder gestört werden wegen ihres religiösen Glaubens oder wegen der Ausübung ihres Gottesdienstes, welchen sie in Privathäusern, Kapellen, Kirchen oder sonstigen für gottesdienstliche Zwecke bestimmten Orten, unter Beobachtung der kirchlichen Schicklichkeit und der den Gesetzen, Sitten und Gebräuchen des Landes gebührenden Achtung ausüben. || Auch sollen die Deutschen und die Guatemalaner die Befugniss haben, ihre Landsleute, welche in Deutschland oder in Guatemala mit Tode abgehen, an passenden und angemessenen Orten, welche sie selbst mit besonderer Ermächtigung der Ortsobrigkeit dazu bestimmen und einrichten, oder an den bereits bestehenden und eingerichteten Begräbnissorten, unter welchen die Verwandten und Freunde des Verstorbenen wählen dürfen, zu bestatten, und sollen die

ihren kirchlichen Gebräuchen entsprechenden Begräbnissfeierlichkeiten in keiner Art gestört, noch die Gräber aus irgend welchem Grunde beschädigt oder zerstört werden.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

#### Artikel 9.

Die Angehörigen eines jeden der vertragenden Theile sollen das Recht haben, in den betreffenden Gebieten des anderen jede Art beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu erwerben und zu besitzen, dasselbe mit aller Freiheit auszubeuten und darüber nach ihrem Belieben durch Verkauf, Schenkung, Tausch, Testament oder auf irgend welche andere Weise zu verfügen. Dergleichen können die Angehörigen des einen Landes, welche Güter, die in dem anderen Lande liegen, erben, unbehindert in diejenigen Theile der gedachten Güter, die ihnen ab intestato oder durch Testament zufallen, succediren und darüber nach Belieben verfügen, vorbehaltlich der Bezahlung der Abgaben vom Verkauf, von der Erbschaft oder anderer Art, wie sie die Angehörigen des Landes in gleichen Fällen zu erlegen haben. || Von dem Vermögen, welches unter irgend einem Rechtstitel von einem Deutschen in Guatemala oder von einem Guatemalaner in Deutschland erworben ist und aus dem Lande geführt wird, darf weder in dem einen noch in dem anderen Lande die unter dem Namen *jus detractus*, *gabella hereditaria*, *census emigrationis* bekannte, noch irgend eine andere Abgabe erhoben werden, welcher die Angehörigen des Landes nicht unterworfen sind oder sein werden.

#### Artikel 10.

§ 1. Die beiden Hohen contrahirenden Theile, von dem Wunsche beseelt, etwaige Schwierigkeiten in Betreff der Nationalität zu vermeiden, kommen dahin überein, dass als Guatemalaner in Deutschland und als Deutsche in Guatemala diejenigen anzusehen sind, welche, nachdem sie sich in die Staaten des anderen Theils begeben haben, um daselbst zu leben, sich die Nationalität ihres Heimathlandes in Gemässheit der Gesetze desselben bewahrt haben. || § 2. Ausserdem sind sie übereingekommen, dass die in Deutschland geborenen ehelichen Kinder eines guatemalanischen Vaters als Guatemalaner, die in Guatemala geborenen ehelichen Kinder eines Deutschen als Deutsche gelten sollen. || § 3. Dessenungeachtet müssen die Söhne, sobald sie nach den vaterländischen Gesetzen die Grossjährigkeit erlangen, durch seitens der im Lande beglaubigten diplomatischen Agenten legalisirte Urkunden vor der hierzu von der betreffenden Regierung bestimmten Behörde nachweisen, dass sie die auf den Militärdienst ihrer Nation bezüglichen Gesetze genau erfüllt haben oder zu erfüllen im Begriffe stehen. || Im Falle, dass sie dieser Bestimmung innerhalb der zwölf auf den Tag der Erlangung der Grossjährigkeit folgenden Monate nicht nachkommen sollten, können sie als Bürger des Landes ihrer Geburt nicht angesehen werden. || § 4. Die Nachkommen derjenigen Individuen, welche die Nationalität ihres Vaters auf Grund des § 3 bewahrt haben, können als Bürger desjenigen Landes betrachtet werden, in welchem sie geboren sind.

## Artikel 11.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

Wenn (was Gott verhüten wolle) der Friede zwischen den beiden Hohen contrahirenden Theilen gestört werden sollte, so soll den Angehörigen des einen Staates, welche zu der Zeit in dem Gebiete des anderen sich befinden, der Aufenthalt daselbst und der Betrieb ihres Berufes oder Gewerbes gestattet bleiben, ohne dass sie auf irgend welche Art, insbesondere durch ausserordentliche Steuern, Leistungen oder Kontributionen, welche nicht zugleich alle Angehörigen des Landes treffen, belästigt werden, und der volle Genuss ihrer Freiheit und ihrer Güter soll ihnen gelassen werden, so lange sie sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen. || Wenn dieselben aber vorziehen sollten, während des Kriegszustandes das Land zu verlassen, so soll ihnen das gleichfalls gestattet sein, und sie sollen demgemäss ungehindert ihre Geschäfte ordnen, über ihr Eigenthum verfügen und den Erlös ohne Abzug mitführen können. In diesem Falle wird ihnen ein Geleitsbrief ertheilt werden, um sich in einem Hafen, den sie nach ihrer Wahl selbst bezeichnen mögen, einzuschiffen, vorausgesetzt, dass derselbe vom Feinde weder besetzt, noch blockirt ist, noch ihre eigene Sicherheit oder die des Staates die Abreise über diesen Hafen verbietet, in welchem Falle dieselbe stattfinden wird, wie und wo es geschehen kann.

## Artikel 12.

In dem Falle eines Krieges oder eines Zerwürfnisses zwischen beiden Ländern werden das bewegliche und unbewegliche Eigenthum, die Credite und Forderungen der betreffenden Staatsangehörigen, welcher Art sie auch seien, weder einer Beschlagnahme noch einer Sequestration, noch anderen Lasten oder Auflagen unterworfen werden, als denjenigen, welche von allen Angehörigen des Landes erhoben werden.

## Artikel 13.

Die deutschen Kaufleute in Guatemala und die guatemalaner Kaufleute in Deutschland werden bei ihrem Handel alle Rechte, Freiheiten und Zollbefreiungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden. || In Folge dessen können in Deutschland auf die Erzeugnisse des Bodens und Gewerbefleisses von Guatemala und in Guatemala auf die Erzeugnisse des deutschen Bodens und Gewerbefleisses keine anderen oder höheren Eingangsabgaben gelegt werden, als diejenigen, denen die nämlichen Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterliegen werden. Derselbe Grundsatz soll für die Ausfuhr gelten. Kein Verbot und keine Beschränkung der Einfuhr oder Ausfuhr irgend eines Artikels soll in dem gegenseitigen Handel der beiden Länder Anwendung finden, wenn dieselben sich nicht gleichmässig auf alle anderen Nationen erstrecken, und die Förmlichkeiten, welche zum Beweise des Ursprungs und der Herkunft der in eines der beiden Länder eingeführten Waaren verlangt werden mögen, sollen gleichfalls gemeinsam sein für alle anderen Nationen.

## Artikel 14.

Die Schiffe eines jeden der beiden Theile, welche in die Häfen des anderen einlaufen oder von denselben ausgehen, werden keinen anderen oder höheren Abgaben an Tonnen-, Leucht-, Hafen-, Lootsen-, Quarantäne- und anderen den Schiffskörper betreffenden Gebühren unterworfen sein, als denjenigen, welchen beziehentlich die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Tonnengelder und andere Abgaben, welche im Verhältniss der Tragfähigkeit der Schiffe erhoben werden, werden in Guatemala von deutschen Schiffen nach Maassgabe des deutschen Schiffsregisters berechnet und umgekehrt.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

## Artikel 15.

Gegenstände aller Art, welche in die Häfen des einen der beiden Länder unter der Flagge des anderen eingeführt werden, sollen, welches auch ihr Ursprung sein und aus welchem Lande auch die Einfuhr erfolgen möge, keine anderen oder höheren Eingangsabgaben entrichten und keinen anderen Lasten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge eingeführt würden. || Desgleichen sollen Gegenstände aller Art, welche aus einem der beiden Länder unter der Flagge des anderen, nach welchem Lande es auch sein möge, ausgeführt werden, keinen anderen Abgaben oder Förmlichkeiten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge ausgeführt würden.

## Artikel 16.

Die deutschen Schiffe in Guatemala und die guatemalanischen Schiffe in Deutschland können einen Theil ihrer aus dem Auslande kommenden Ladung in dem einen Hafen und den Rest dieser Ladung in einem oder mehreren anderen Häfen desselben Landes entlöschten, und nicht minder können sie ihre Rückfracht theilweise in verschiedenen Häfen des gedachten Landes einnehmen, ohne in jedem Hafen andere oder höhere Abgaben zu entrichten, als diejenigen, welche unter ähnlichen Umständen die Schiffe des eigenen Landes entrichten oder zu entrichten haben werden. || Bezüglich der Küstenfrachtfahrt werden die beiderseitigen Angehörigen behandelt werden, wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

## Artikel 17.

Schiffe im Besitze von Angehörigen des einen der beiden Hohen vertragenden Theile, welche an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden sollten, oder welche in Folge von Seenoth oder erlittener Havarei in die Häfen des anderen Theils einlaufen oder dessen Küsten berühren, sind keinerlei Schifffahrtsabgaben, welcher Art oder welches Namens, unterworfen, mit Ausnahme derjenigen, welchen in ähnlichen Umständen die Nationalschiffe unterliegen oder unterworfen sein werden. || Ueberdies ist es ihnen gestattet, auf andere Schiffe überzuladen oder ihre ganze Ladung oder einen Theil derselben, um das Verderben der Waaren zu verhüten, am Lande und in Maga-

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

zinen unterzubringen, ohne dafür andere Gebühren zu entrichten, als die Entlöschungskosten und die auf die Miethe öffentlicher Magazine und den Gebrauch öffentlicher Schiffswerfte zum Zweck der Unterbringung der Waaren und Ausbesserung des Schiffes bezüglichen. || Zu diesem Zweck, sowie um sich mit Lebensmitteln zu versorgen und sich in den Stand zu bringen, ihre Reise unbehindert fortzusetzen, soll ihnen jede Art von Erleichterung und Schutz gewährt werden.

#### Artikel 18.

Als deutsche Schiffe werden in Guatemala und als guatemalanische Schiffe werden in Deutschland alle diejenigen erachtet werden, welche unter der betreffenden Flagge fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze der beiden Länder erfordern, um die Nationalität der Handelsschiffe nachzuweisen.

#### Artikel 19.

Schiffe, Waaren und andere den betreffenden Staatsangehörigen eigenthümliche Gegenstände, welche innerhalb der Gerichtsbarkeit des einen der beiden vertragenden Theile oder auf hoher See von Piraten geraubt und nach den Häfen, Flüssen, Rheden oder Buchten im Gebiete des anderen Theils gebracht oder daselbst angetroffen werden, sollen ihren Eigenthümern gegen Erstattung der Kosten der Wiedererlangung, wenn solche entstanden und von den competenten Behörden zuvor festgestellt sind, zurückgegeben werden, sobald das Eigenthumsrecht vor diesen Behörden nachgewiesen sein wird, auf eine Reclamation hin, welche innerhalb einer Frist von zwei Jahren von den Betheiligten oder deren Bevollmächtigten oder von Vertretern der betreffenden Régierungen angebracht werden muss.

#### Artikel 20.

Die Kriegsschiffe des einen der beiden vertragenden Theile können in alle Häfen des anderen, welche der meistbegünstigten Nation geöffnet sind, einlaufen, daselbst verweilen, Bedarf einnehmen und Ausbesserung vornehmen; sie sind daselbst den nämlichen Vorschriften unterworfen und geniessen dieselben Vortheile, als die Kriegsschiffe der meistbegünstigten Nation.

#### Artikel 21.

Jeder der beiden Hohen vertragenden Theile kann in den Gebieten des anderen Consulu ernennen; diese Agenten werden jedoch nicht eher in die Ausübung ihrer Verrichtung eintreten, noch der mit ihrem Amt verbundenen Rechte, Vorrechte und Freiheiten theilhaftig werden, bis sie das Exequatur der Territorialregierung erhalten haben, welche letztere sich vorbehält, die Aufenthaltsorte zu bestimmen, an denen sie Consulu zulassen will. Es versteht sich, dass in dieser Beziehung die Regierungen sich gegenseitig keine anderen Beschränkungen auferlegen werden, als diejenigen, die in ihrem Lande allen Nationen gemeinsam sind.

## Artikel 22.

Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten, sowie die ihrer Mission beigegebenen Consulareleven, Kanzler und Sekretäre werden in beiden Ländern alle Vorrechte, Befreiungen und Freiheiten geniessen, welche an dem Orte ihres Aufenthalts den Agenten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation bewilligt werden mögen. || Die Berufsconsuln (consules missi) sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragenden Theils sind, welcher sie ernannt hat, von Militäreinquantierung befreit sein, sowie von directen, Personal-, Mobiliar- oder Luxussteuern, mögen solche vom Staate oder der Commune auferlegt sein. || Sollten jedoch die genannten Beamten Kaufleute sein oder ein Gewerbe betreiben oder unbewegliches Eigenthum besitzen, so werden sie in Beziehung auf die Lasten und Abgaben von solchem Gewerbe oder Eigenthum wie die Angehörigen ihres Landes angesehen. || Die Berufsconsuln (consules missi) sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragenden Theils sind, welcher sie ernannt hat, die persönliche Immunität geniessen und nur wegen schwerer strafbarer Handlungen festgenommen oder verhaftet werden. Was die Consuln anlangt, welche Angehörige des Landes sind, in dem sie ihren Sitz haben oder welche Handel treiben, so versteht sich die persönliche Immunität nur von Schulden und anderen Verbindlichkeiten, welche nicht herrühren aus den Handelsgeschäften, die sie selbst oder durch ihre Untergebenen betreiben. || Die gedachten Agenten können über dem äusseren Eingang ihrer Wohnung ein Schild mit dem Wappen ihres Landes und der Inschrift: || Consulat von . . . . . || anbringen, und ebenso können sie die Flagge ihres Landes an dem Consulatsgebäude aufziehen. Diese äusseren Abzeichen werden jedoch niemals angesehen werden als ein Recht gebend auf Gewährung des Asyls. || Im Falle des Todes, der Behinderung oder der Abwesenheit der Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten werden die Consulareleven, Kanzler und Sekretäre von Rechtswegen zur einstweiligen Besorgung der Consulatsgeschäfte zugelassen werden.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

## Artikel 23.

Die Archive und im Allgemeinen alle Papiere der betreffenden Consulatskanzleien sind unverletzlich und können unter keinem Vorwande und in keinem Falle von Seiten der Landesbehörde weggenommen oder durchsucht werden.

## Artikel 24.

Die betreffenden Generalconsuln und Consuln haben die Befugniß, Viceconsuln und Consularagenten in den verschiedenen Städten, Häfen oder Orten ihres Consularbezirks einzusetzen, wenn das Interesse des ihnen anvertrauten Amts dies erheischt; es versteht sich jedoch mit dem Vorbehalte der Genehmigung und der Ertheilung des „Exequatur“ seitens der Regierung des Landes. || Solche Agenten können sowohl aus der Zahl der beiderseitigen Angehörigen, als der Fremden ernannt werden.



## Artikel 25.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

Die betreffenden Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten können bei Todesfällen ihrer Landsleute, wenn solche ohne Hinterlassung eines Testamentes oder ohne Namhaftmachung von Testamentvollstreckern verstorben sind: || 1) von Amtswegen oder auf Antrag der betheiligten Parteien das bewegliche Vermögen und die Papiere des Verstorbenen unter Siegel legen, indem sie von der bevorstehenden Handlung der zuständigen Ortsbehörde Nachricht geben, damit diese in Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit derselben beiwohne und, wenn sie es für passend hält, ihre Siegel mit den von dem Consul angelegten kreuze. || Diese doppelten Siegel können nur im beiderseitigen Einverständniss abgenommen werden; || 2) ein Verzeichniss des Nachlasses aufnehmen, und zwar in Gegenwart der zuständigen Behörde, wenn diese glaubt, zugegen sein zu sollen; || 3) zum Verkauf der zum Nachlass gehörigen beweglichen Gegenstände nach den Gesetzen des Landes schreiten, sobald dieselben mit der Zeit sich verschlechtern würden oder der Consul den Verkauf im Interesse der Erben des Verstorbenen für nützlich erachtet; || 4) persönlich den Nachlass verwalten oder liquidiren, oder unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit einen oder mehrere Bevollmächtigte für die Verwaltung und Liquidirung des Nachlasses ernennen. || Die Consuln sind jedoch verpflichtet, den Tod ihrer Landsleute in einer der Zeitungen anzukündigen, welche innerhalb ihres Districts erscheinen, und sie dürfen den Nachlass oder den Erlös für denselben den gesetzlichen Erben oder deren Bevollmächtigten nicht früher ausantworten, als bis allen Verbindlichkeiten, welche der Verstorbene im Lande eingegangen sein könnte, Genüge geschehen oder ein Jahr seit dem Tage der Bekanntmachung des Todesfalles verflossen ist, ohne dass ein Anspruch an den Nachlass geltend gemacht wurde. || Wenn an dem Wohnorte des Verstorbenen kein Consul vorhanden ist, so sollen die zuständigen Behörden selbst diejenigen geeigneten Maassregeln treffen, welche in gleichem Falle hinsichtlich des Vermögens der Angehörigen des Landes getroffen werden würden, und haben sie dem nächsten Consul oder Consularagenten so bald als möglich von dem Todesfalle Nachricht zu geben, und es werden die Amtshandlungen von dem Consul oder Consularagenten von dem Augenblicke an weiter geführt werden, wo er sich entweder selbst oder in der Person eines Beauftragten am Orte einfindet. || Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten werden als Vormünder der Waisen und Minderjährigen ihres Landes angesehen werden, und auf Grund dessen können sie alle Sicherungsmaassregeln ergreifen, welche deren persönliches Wohl und die Sorge für deren Vermögen erheischt; sie können letzteres verwalten und allen Obliegenheiten eines Vormundes sich unterziehen, unter der Verantwortlichkeit, welche die Gesetze ihres Landes bestimmen.

## Artikel 26.

Den beiderseitigen Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten steht ausschliesslich die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung an

Bord der Handelsschiffe ihrer Nation zu. Sie allein haben demgemäss Streitigkeiten jeder Art zwischen den Schiffsführern und der Schiffsmannschaft zu schlichten, insbesondere auch Streitigkeiten, welche sich auf die Heuer und die Erfüllung sonstiger Verträge beziehen. Die Localbehörden dürfen nur dann einschreiten, wenn die vorkommenden Unordnungen der Art sind, dass die Ruhe und öffentliche Ordnung am Lande oder im Hafen dadurch gestört wird, oder wenn ein Landesangehöriger oder eine nicht zur Schiffsmannschaft gehörige Person betheiltigt ist. || In allen anderen Fällen haben die gedachten Behörden sich darauf zu beschränken, der Consulatsbehörde auf Verlangen Beistand zu leisten, wenn die letztere zur Verhaftung einer in die Musterrolle eingetragenen Person schreiten zu müssen glaubt, um dieselbe in vorläufigem Gewahrsam zu halten und demnächst an Bord zurückzuführen. || In allem, was die Hafenz Polizei, das Laden und Ausladen der Schiffe, die Sicherheit der Waaren, Güter und Effecten betrifft, sind die Angehörigen der beiden Länder den Gesetzen und Einrichtungen des betreffenden Gebietes gegenseitig unterworfen.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1857.

#### Artikel 27.

Die betreffenden Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten können diejenigen Seeleute, welche von Schiffen ihres Landes entwichen sind, verhaften und an Bord oder in ihre Heimath zurücksenden lassen. Zu diesem Zweck haben sie sich schriftlich an die zuständige Ortsbehörde zu wenden und durch Vorlegung des Schiffsregisters oder der Musterrolle oder einer beglaubigten Abschrift dieser Urkunden nachzuweisen, dass die reclamirten Leute wirklich zur Schiffsmannschaft gehört haben. Auf einen in dieser Art begründeten Antrag darf die Auslieferung nicht verweigert werden; auch soll jede Hülfe und jeder Beistand zur Aufsuchung, Ergreifung und Verhaftung solcher Entwichenen gewährt, und sollen dieselben auf den Antrag und auf Kosten der gedachten Agenten in die Gefängnisse abgeführt und daselbst in Gewahrsam gehalten werden, bis diese Agenten eine Gelegenheit zur Wiederlieferung oder Heimsendung finden. Wenn sich jedoch eine solche Gelegenheit innerhalb dreier Monate, vom Tage der Festnahme an gerechnet, nicht bietet, so werden die Verhafteten in Freiheit gesetzt und können aus demselben Grunde nicht wieder verhaftet werden. || Die Hohen vertragenden Theile sind darüber einverstanden, dass Seeleute und andere Personen der Schiffsmannschaft, welche Angehörige des Landes sind, in welchem die Entweichung stattfindet, von den Bestimmungen dieses Artikels ausgenommen sein sollen.

#### Artikel 28.

Sofern keine Verabredungen zwischen den Rhedern, Befrachtern und Versicherern entgegenstehen, werden die Havareien, welche Schiffe der beiden Länder auf hoher See oder auf der Fahrt nach den betreffenden Häfen erlitten haben, von den Generalconsuln, Consuln oder Viceconsuln oder Consularagenten ihres Landes geregelt, es sei denn, dass Angehörige des Landes, in

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

dem die gedachten Agenten ihren Sitz haben, an den Havereien betheilig sind, in welchem Falle diese durch die Ortsbehörden geregelt werden sollen, dafern kein gütliches Abkommen zwischen den Parteien zu Stande kommt.

#### Artikel 29.

Wenn ein Regierungsschiff oder das Schiff eines Angehörigen eines der Hohen vertragenden Theile an den Küsten des anderen Theils Schiffbruch leidet oder strandet, so sollen die Ortsbehörden den Generalconsul, Consul, Viceconsul oder Consularagenten des Bezirks oder, in dessen Ermangelung, den dem Orte des Unfalles nächsten Generalconsul, Consul, Viceconsul oder Consularagenten davon benachrichtigen. || Alle Rettungsmaassregeln bezüglich der in den deutschen Territorialgewässern gescheiterten oder gestrandeten guatemalanischen Schiffe sollen nach Maassgabe der Landesgesetze erfolgen, und umgekehrt sollen alle Rettungsmaassregeln in Bezug auf deutsche in Territorialgewässern von Guatemala gescheiterte oder gestrandete Schiffe in Gemässheit der Gesetze des Landes erfolgen. || Die Consulatsbehörden haben in beiden Ländern nur einzuschreiten, um die auf die Ausbesserung und Neuverproviantirung oder, eintretendenfalls, auf den Verkauf des an der Küste gestrandeten oder beschädigten Schiffes bezüglichen Maassregeln zu überwachen. || Für die Intervention der Ortsbehörden sollen in allen diesen Fällen keinerlei Kosten erhoben werden, ausser solchen, welche durch die Rettungsmaassregeln und durch die Erhaltung der geborgenen Gegenstände veranlasst sind oder welchen in ähnlichen Fällen die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Hohen vertragenden Theile sind ausserdem darüber einverstanden, dass die geborgenen Waaren der Entrichtung einer Zollabgabe nicht unterworfen werden sollen, es sei denn, dass sie zum inneren Verbrauch zugelassen werden.

#### Artikel 30.

Die beiden Hohen contrahirenden Theile sind einverstanden, dass sie sich gegenseitig in Handels-, Schiffahrts- und Consulatsachen ebenso viele Rechte zugestehen wollen, als der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden mögen.

#### Artikel 31.

Im Falle, dass einer der vertragenden Theile der Meinung sein sollte, es sei eine der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages zu seinem Nachtheile verletzt worden, soll er alsbald eine Auseinandersetzung der Thatsachen, mit dem Verlangen der Abhülfe und mit den nöthigen Urkunden und Belegen zur Begründung seiner Beschwerde versehen, dem anderen Theile zugehen lassen, und er darf zu keinem Acte der Wiedervergeltung die Ermächtigung erteilen oder Feindlichkeiten begehen, so lange nicht die verlangte Genugthuung verweigert oder willkürlich verzögert wird.

## Artikel 32.

Der gegenwärtige Vertrag soll von dem Tage des Austausches der Ratification an zehn Jahre in Geltung bleiben, und wenn weder der eine noch der andere der beiden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine amtliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, so wird derselbe für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung stattgefunden haben wird.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

## Artikel 33.

Es ist verabredet worden, dass jedesmal, wenn in diesem Vertrage davon die Rede ist, dass die beiden Hohen vertragenden Theile sich als die meistbegünstigte Nation anerkennen, diese Bestimmungen nicht die mittel-amerikanischen Freistaaten einschliessen, da letztere sich nach ihrem Dafürhalten unter einander nicht als fremde Nationen im strengen Sinne des Wortes ansehen.

## Artikel 34.

Der gegenwärtige Vertrag, aus vierunddreissig Artikeln bestehend, soll ratificirt und es sollen die Ratificationen in Guatemala ausgetauscht werden, innerhalb einer Frist von achtzehn Monaten oder früher, wenn dies möglich ist. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und beziehentlich mit ihren Siegeln untersiegelt. || So geschehen in der Stadt Guatemala in zwei Originalen am zwanzigsten September eintausend achthundert und sieben und achtzig.

Werner von Bergen.

## 2. Denkschrift.

Von den deutschen Bundesstaaten haben Hamburg, Lübeck und Bremen am 25. Juni 1847 und Preussen am 29. Juli 1852 mit dem Freistaat Guatemala Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge abgeschlossen, von welchen jedoch der letztere wegen Bedenken, welche auf guatemalanischer Seite erhoben wurden, nicht zur Ratifikation gelangt ist.

Im Jahre 1873 ist dann von der Regierung des Freistaates der Wunsch geäussert worden, mit dem Reich in Vertragsverhandlungen zu treten. Die Verhandlungen, welche aus äusseren Gründen erst im Jahre 1876 durch den inzwischen dort beglaubigten Kaiserlichen Geschäftsträger eröffnet werden konnten, führten am 12. Oktober 1876 zur Unterzeichnung eines Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrages. Gegen denselben walteten hier indessen mehrfache Bedenken ob, so dass diesseits beschlossen wurde, vor der Genehmigung des Vertrages noch verschiedene Nachtrags-, beziehungsweise Zusatzbestimmungen zu vereinbaren.

Nach langwierigen Verhandlungen des diesseitigen Bevollmächtigten über

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

die Verlängerung der in dem Vertrage vorgesehenen Ratifikationsfrist gelang es demselben, unter dem 11. September 1878 mit Guatemala an Stelle der Nachtragskonvention einen neuen Vertrag abzuschliessen, in welchem die deutscherseits gewünschten Modifikationen im Allgemeinen berücksichtigt worden waren. Letzterer gelangte jedoch wiederum nicht zur Ratifikation, da im Jahre 1879 in die guatemalanische Verfassung ein von den bezüglichen Bestimmungen des Vertrags abweichender Artikel aufgenommen wurde, wonach die in Guatemala geborenen Kinder von Ausländern als Inländer betrachtet werden sollten, und der dortige Kongress daraufhin die Erklärung abgab, dass, solange jener Widerspruch bestehe, dem Vertrage die Zustimmung nicht ertheilt werden könne.

Seit dieser Zeit haben die Verhandlungen geruht, bis durch ein guatemalanisches Gesetz vom 20. Oktober 1885 der gedachte Artikel dahin ergänzt wurde, dass die Regierung ermächtigt sei, im Vertragswege, jedoch unter Beobachtung der Reciprocität, die Frage der Staatsangehörigkeit in einer von jenem Artikel abweichenden Form zu regeln. Daraufhin gab die guatemalanische Regierung den Wunsch zu erkennen, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Diesem Wunsche wurde diesseits entsprochen, und führten die Verhandlungen, nach verschiedenen längeren, durch Wechsel in der Regierung des Freistaates veranlassten Unterbrechungen, am 20. September 1887 zu Guatemala zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrags. Derselbe ist inzwischen von dem guatemalanischen Kongress genehmigt und von dem Präsidenten ratifizirt worden.

Abgesehen von einer Anzahl redaktioneller Verbesserungen ist der Vertrag zum grössten Theile identisch mit der bestehenden deutsch-costaricanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtskonvention vom 18. Mai 1875 (Reichsgesetzbl. 1877 S. 13). Wie diese (und wie fast alle zwischen europäischen und amerikanischen Staaten bestehenden Verträge) beruht er auf dem Grundsatz der vollen Reciprocität und sichert, abgesehen von dem sich auch in dem costaricanischen Vertrage findenden Vorbehalt (Artikel 33 d. Vorl., bez. Art. 14 d. Vertrages mit Costarica), die gleiche Behandlung der beiderseitigen Angehörigen mit den Angehörigen der meistbegünstigten Nation. Nur in den folgenden Punkten weist der Vertrag materielle Abweichungen von dem mit Costarica bestehenden auf:

1. Der Artikel IX des letztgedachten Vertrages sichert ausdrücklich auch denjenigen Ehen die rechtliche Anerkennung, welche in einem der beiden Länder vor einem mit der erforderlichen Ermächtigung versehenen diplomatischen oder konsularischen Vertreter des anderen Landes geschlossen sind. || Eine solche Bestimmung erscheint in Verträgen mit solchen Ländern erwünscht, wo sich der Eingehung der Ehe für dort lebende deutsche Angehörige Schwierigkeiten entgegenstellen. Da nun deutsche Angehörige in der freien Eingehung einer Ehe in Guatemala nach den bisherigen Erfahrungen nicht behindert sind, so konnte von der Aufnahme einer dem Artikel IX des costari-

canischen Vertrages entsprechenden Bestimmung in den vorliegenden Vertrag Abstand genommen werden. || 2. Artikel X des Vertrages regelt die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Guatemala geborenen Kinder von Deutschen in einer von dem Artikel XI des Vertrages mit Costarica abweichenden Weise.

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

Die Regelung dieser Frage hatte bereits früher die erheblichsten Schwierigkeiten gefunden und, wie oben erwähnt, zum Abbruch der Verhandlungen geführt. Neuerdings verstand sich nun die guatemalanische Regierung insofern zu einer Koncession, als sie sich zu der Aufnahme der folgenden Bestimmungen bereit erklärte, nämlich: a) dass die in Guatemala geborenen Söhne eines Deutschen, beziehungsweise die in Deutschland geborenen Söhne eines Guatemalaners, in dem Lande ihrer Geburt als der Nationalität ihres Vaters angehörig dann betrachtet werden sollten, wenn sie zu der Zeit, wo sie die Grossjährigkeit erreichen, die Erfüllung ihrer militärischen Pflichten in dem Heimathlande ihres Vaters nachweisen, und || b) dass die Nachkommen derjenigen Individuen, welche die Nationalität ihres Vaters auf Grund der vorerwähnten Vorschrift bewahrt haben, als Bürger desjenigen Landes gelten sollten, in welchem sie geboren sind.

In der erstgedachten Bestimmung liegt nun zwar insofern etwas Anomales, als Rechte des einen Staates von dem dem anderen Staate zu erbringenden Nachweise abhängig gemacht werden, dass Pflichten gegenüber dem ersteren Staate seitens der betreffenden Individuen erfüllt sind. Da indessen guatemalanischerseits auf eine solche oder ähnliche Fassung des Artikels ein das Zustandekommen des Vertrages bedingender Werth gelegt wurde, so erschien es angezeigt, diesseits an dem Inhalt dieser Vorschrift den Vertragsabschluss nicht scheitern zu lassen. Um jedoch nicht auf diesem Wege das in Deutschland hinsichtlich des Erwerbes und Verlustes der Reichsangehörigkeit geltende Recht abzuändern, ist auf diesseitigen Vorschlag dem Artikel eine derartige Fassung gegeben worden, dass, wenn darnach auch die Behörden Guatemalas unter Umständen berechtigt sind, den dort geborenen Sohn eines Deutschen als ihren Landesangehörigen zu betrachten, seine bisherige Staatsangehörigkeit doch unberührt bleibt.

3. Die in dem Vertrage mit Costarica enthaltenen Bestimmungen über das Seekriegsrecht (Art. 22 bis 25) waren in dem vorliegenden Vertrage zum grössten Theil entbehrlich, da Guatemala seit längerer Zeit der Pariser Seerechtsdeklaration beigetreten ist. Im Uebrigen erschien es zweckmässig, die Verhandlungen nicht durch die Erörterung völkerrechtlicher Fragen zu erschweren.

Die Aufnahme jener Artikel ist daher im vorliegenden Vertrag, wie auch bereits in dem deutsch-mexikanischen Vertrage vom 5. December 1882 und in dem deutsch-dominikanischen vom 30. Januar 1885, unterblieben.

Was den Freistaat Honduras anbetrifft, so hat dessen Regierung vor längerer Zeit den Wunsch zu erkennen gegeben, mit Deutschland einen Freund-

Nr. 9579.  
Deutschland.  
20. Sept. 1887.

schafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zu vereinbaren, und hat sich der Bundesrath im Jahre 1877 mit dem Abschluss eines solchen einverstanden erklärt. Die Eröffnung bezüglicher Verhandlungen wurde indessen durch Schwierigkeiten, die in den politischen Verhältnissen des Freistaates ihren Grund hatten, verzögert. Dazu kam, dass an Ort und Stelle es an einem diesseitigen Vertreter, der mit den Verhandlungen hätte betraut werden können, fehlte. Im Uebrigen schien es zweckentsprechend, zunächst den Vertrag mit Guatemala zum definitiven Abschluss zu bringen, da anzunehmen war, dass die Verhandlungen mit anderen centralamerikanischen Staaten leichter zum Ziele führen würden, sobald einmal mit demjenigen jener Staaten, welcher die lebhaftesten Beziehungen zu Deutschland unterhält, eine Verständigung erzielt sein würde.

Diese Voraussetzung ist in der That eingetreten. Nachdem, wie oben erwähnt, im September v. J. der Vertrag zwischen dem Reich und Guatemala zum Abschluss gelangt war, bevollmächtigte die Regierung von Honduras den Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Guatemala, der auch an den Verhandlungen über jenen Vertrag betheiligt war, zum Abschlusse eines gleichlautenden Vertrages mit Deutschland. Am 12. December 1887 fand dann ohne weitere Schwierigkeiten die Unterzeichnung des vorliegenden Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrages seitens der beiderseitigen Bevollmächtigten statt. Derselbe ist nach Berichten des diesseitigen Unterhändlers inzwischen auf Seiten des Freistaates Honduras gleichfalls ratificirt worden.

Der Vertrag stimmt mit dem deutsch-guatemalanischen Verträge vom 20. September 1887 vollständig überein, und treffen die auf den letzteren bezüglichen obigen Bemerkungen im Wesentlichen auch hier zu.

Nur hinsichtlich der in den Vertrag nicht übernommenen seekriegsrechtlichen Bestimmungen wäre hervorzuheben, dass Honduras der Pariser Seerechtsdeklaration, soviel hier bekannt, zwar nicht formell beigetreten ist; indessen hat der Freistaat deren Grundsätze in früher von ihm abgeschlossenen Staatsverträgen ausdrücklich anerkannt. In jedem Falle hätte eine Abänderung der Vorlage zu neuen Verhandlungen geführt, deren Ende nicht abzusehen gewesen wäre. Der Kaiserliche Vertreter hielt es daher für angezeigt, die gerade günstigen Verhältnisse zu benutzen und den Vertrag in derselben Fassung, wie sie derjenige mit Guatemala erhalten hat, zum Abschluss zu bringen.

---



**Nr. 9580. DEUTSCHLAND.** — Abkommen zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn wegen Verlängerung des Handelsvertrages vom 23. Mai 1881\*).

1. Das Abkommen.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und apostolischer König von Ungarn andererseits, von dem Wunsche geleitet, die bestehenden vertragsmässigen Grundlagen für die Entwicklung des Handels und Verkehrs zwischen den beiderseitigen Gebieten auch über die Dauer des mit dem 31. Dezember 1887 ablaufenden Handelsvertrages vom 23. Mai 1881 hinaus aufrecht zu erhalten, haben behufs eines zu diesem Zweck zu treffenden Abkommens zu ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: Allerhöchstihren Generaladjutanten und General der Kavallerie Heinrich VII. Prinz Reuss, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und apostolischen König von Ungarn, || und || Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und Apostolischer König von Ungarn: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Feldmarschall-Lieutenant, Minister des Kaiserlichen Hauses und des Aeussern Gustav Grafen Kálnoky von Köröspatak, || welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten Folgendes vereinbart haben:

Artikel 1.

Der am 23. Mai 1881 zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Handelsvertrag nebst Sbhlussprotokoll vom gleichen Tage soll bis zum 30. Juni 1888 in Kraft bleiben. || In dem Falle, dass keiner der Hohen vertragschliessenden Theile vor dem 15. Februar 1888 seine Absicht, die Wirkungen des gedachten Vertrages aufhören zu lassen, angezeigt haben sollte, bleibt derselbe bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der Hohen vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft.

Artikel 2.

Das gegenwärtige Abkommen soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen baldthunlichst in Wien ausgetauscht werden. || Dasselbe soll sofort nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in duplo zu Wien, den 8. Dezember 1887. || (L. S.) Heinrich VII. Prinz Reuss. (L. S.) Graf Kálnoky.

\*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 2. Session, 1887/88, No. 40. A. d. Red.

## 2. Denkschrift.

Nr. 9580.  
Deutschland.  
23. Mai 1881.

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom 23. Mai 1881, dessen Wirksamkeit mit dem 1. Juli desselben Jahres begann, läuft mit dem 31. Dezember 1887 ab. || Der Vertrag regelt die beiderseitigen Handelsbeziehungen auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation und enthält im Uebrigen gewisse Erleichterungen für den Grenzverkehr und ein der wirksamen Durchführung der Zollgesetze förderliches Zollkartell. || Schon im vergangenen Frühjahr hat die Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarische Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, mit Deutschland in Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages auf erweiterter Grundlage einzutreten. || Die Regierung Seiner Majestät, obwohl in gleichem Grade bemüht, den Handelsbeziehungen zwischen beiden Nachbarreichen eine thunlichst ausgedehnte vertragsmässige Grundlage zu sichern, konnte jedoch den Zeitpunkt nicht für geeignet erachten, dieserhalb in sofortige Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten. Dieselbe glaubte vielmehr, zunächst eine abwartende Haltung einnehmen zu sollen, ohne indessen der von österreichisch-ungarischer Seite gegebenen Anregung gegenüber sich im Prinzip ablehnend zu verhalten. || Inzwischen befestigte sich auf beiden Seiten die Ueberzeugung, dass auf das Zustandekommen eines definitiven Zoll- und Handelsvertrages bis zum Ablaufe des bestehenden Vertrages nicht mehr gerechnet werden konnte. || Um der unter diesen Umständen drohenden Eventualität eines, wenn auch nur vorübergehenden, vertragslosen Zustandes vorzubeugen, welcher weder den Interessen unseres Handels und unserer Industrie, noch den freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechen würde, erschien es angemessen, eine provisorische Verlängerung des bestehenden Vertragsverhältnisses ins Auge zu fassen. || Die Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarische Regierung hatte sich an die Parlamente beider Reichshälften gewandt, um sich von denselben die Ermächtigung ertheilen zu lassen, den Handelsvertrag mit Deutschland auf 6 Monate, d. i. bis zum 30. Juni 1888, zu verlängern. || Die Regierung Seiner Majestät dagegen glaubte, im Sinne des von der einheimischen Geschäftswelt bei mehrfachen Anlässen kundgegebenen Wunsches nach thunlichster Stabilität der Handelsabmachungen mit anderen Ländern, auch für die provisorische Verlängerung des bestehenden Vertrages von vornherein einen längeren als sechsmonatlichen Zeitraum in Aussicht nehmen zu sollen. || In diesem Bestreben fand dieselbe zwar bei der österreichisch-ungarischen Regierung bereitwilliges Entgegenkommen, so dass im Wesentlichen durch das vorliegende Abkommen die Verlängerung des bestehenden Vertrages auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist angebahnt werden konnte. Da jedoch der österreichische Reichsrath inzwischen vertagt war und seine Wiederberufung im Laufe dieses Jahres nicht mehr in Aussicht stand, so musste der österreichisch-ungarischen Regierung die Möglichkeit offen gehalten werden, für die über den 30. Juni 1888 hinausgehende Vertragsverlängerung die Genehmigung ihrer Parlamente im neuen Jahre zu erholen, eventuell den Vertrag

zu dem letztgenannten Termin wieder zu kündigen. Als Endtermin für diese Kündigungsfrist ist der 15. Februar 1888 festgesetzt worden, einerseits, weil bis dahin die österreichisch-ungarische Regierung in der Lage sein wird, die erforderliche parlamentarische Genehmigung für die Fortdauer des Vertrages über den 30. Juni 1888 hinaus einzuholen, andererseits, um die im Interesse der Geschäftswelt beider Theile gelegene längere Kündigungsfrist thunlichst bald in Wirksamkeit treten zu lassen. || Nach der vorliegenden Fassung wird der Vertrag demnach, sofern derselbe bis zum 15. Februar 1888 von keiner Seite zum 30. Juni 1888 gekündigt sein wird, vom 16. Februar 1888 ab auf unbestimmte Zeit fortbestehen mit der Maassgabe, dass derselbe erst nach Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem er von der einen oder von der anderen Seite gekündigt worden sein wird, ausser Kraft tritt. || Durch die Verlängerung des gegenwärtigen Vertragsverhältnisses auf unbestimmte Zeit wird indessen in keiner Weise ausgeschlossen werden, dass die Regierung Seiner Majestät die Anbahnung eines neuen Vertragsverhältnisses mit Oesterreich-Ungarn auf weiterer Grundlage im Auge behalten und, sobald sie die Möglichkeit erspriesslichen Vorgehens auf dem Wege förmlicher Vertragsverhandlungen gegeben sieht, auf diesem Wege für die ihr anvertrauten Interessen eintreten wird.

Nr. 9580.  
Deutschland.  
23. Mai 1881.

---

Nr. 9581. **NIEDERLANDE.** — Internationaler Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See\*).

1. Vertrag.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire d'Allemagne, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, le Président de la République Française, Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, || Ayant reconnu la nécessité de remédier aux abus qu'engendre le trafic des spiritueux parmi les pêcheurs dans la Mer du Nord en dehors des eaux territoriales, || Ont résolu de conclure à cet effet une convention et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Monsieur le Baron Jean Antoine de Saurma-Jeltsch, Chevalier de deuxième classe de Ses Ordres de l'Aigle Rouge et de la Couronne etc. etc., Son Conseiller intime de Légation et Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté le Roi des Belges: || Monsieur le Baron Auguste d'Anethan, Grand-Officier de Son Ordre de Léopold, Chevalier de l'Ordre du Lion Néerlandais, Grand-Croix de l'Ordre de la Couronne de Chêne de Luxem-

Nr. 9581.  
Niederlande.  
16. Nov. 1887.

\* ) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislatur-Periode, 2. Session 1887/88, No. 168.

Nr. 9581.  
Niederlande.  
16. Nov. 1887.

bourg etc. etc., Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, et || Monsieur Léopold Orban, Commandeur de Son Ordre de Léopold, Commandeur de l'Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Directeur-Général des Affaires Politiques au Ministère des Affaires Etrangères à Bruxelles; || Sa Majesté le Roi de Danemark: || Monsieur Corneille Marius Viruly, Chevalier de Son Ordre de Danebrog, Consul de Danemark; || le Président de la République Française: || Monsieur Louis Désiré Legrand, Officier de l'Ordre national de la Légion d'Honneur, Grand-Croix de l'Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la République Française à La Haye; || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande: || L'Honorable Sir William Stuart, Commandeur de Son Ordre très-distingué de St. Michel et de St. Georges et Compagnon de Son très-honorable Ordre du Bain, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, || et || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas: le Jonkheer Abraham Pierre Corneille van Karnebeek, Chevalier de Son Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Son Ministre des Affaires Etrangères et || Monsieur Edouard Nicolas Rahusen, Chevalier de Son Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Président du Collège des Pêches maritimes. || Lesquels après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

#### Article 1.

Les dispositions de la présente convention s'appliquent dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, et dans les limites fixées par l'article 4 de la convention de La Haye, du 6 Mai 1882, sur la police de la pêche, à toute personne se trouvant à bord d'un navire ou bâtiment d'une des Hautes Parties Contractantes.

#### Article 2.

Il est interdit de vendre des boissons spiritueuses aux personnes qui se trouvent à bord de bateaux de pêche ou qui appartiennent à ces bateaux. || Il est interdit à ces personnes d'en acheter. || L'échange de boissons spiritueuses contre tout objet et notamment contre des produits de la pêche, des objets d'armement ou des engins de pêche est défendu. || Est considéré comme boisson spiritueuse tout liquide provenant de la distillation et contenant plus de 5 litres d'alcool par hectolitre.

#### Article 3.

Le droit de faire de débit aux pêcheurs d'approvisionnements et d'autres objets servants à leur usage, à l'exception des boissons spiritueuses, est subordonné à un permis accordé par l'État auquel appartient le navire. Ce permis doit comprendre entre autres les conditions suivantes: || 1. le navire ne peut avoir à bord une quantité de spiritueux supérieure à celle jugée nécessaire pour la consommation de son équipage; || 2. tout échange des objets indiqués ci-

dessus contre des produits de la pêche, objets d'armement ou engins de pêche est interdit. || Les navires munis de ce permis devront porter la marque spéciale et uniforme dont les Hautes Puissances Contractantes conviendront.

Nr. 9581.  
Niederlande.  
16. Nov. 1887.

#### Article 4.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente convention, et notamment pour faire punir, soit de l'emprisonnement soit de l'amende, soit de ces deux peines, ceux qui contreviendraient aux articles 2 et 3.

#### Article 5.

Les tribunaux compétents pour connaître des infractions aux articles 2 et 3 sont ceux du pays auquel appartient le bâtiment inculpé. || Si des navires de nationalité différente sont impliqués dans une même infraction, les Puissances auxquelles appartiennent ces navires se communiqueront réciproquement les jugements rendus par les tribunaux.

#### Article 6.

La poursuite des infractions a lieu par l'État ou en son nom. || Les infractions peuvent être constatées par tous les moyens de preuve admis dans la législation du pays, où siège le tribunal saisi.

#### Article 7.

La surveillance est exercée par les bâtiments croiseurs des Hautes Parties Contractantes, chargés de la police de la pêche. || Lorsque les officiers commandant ces croiseurs ont lieu de croire qu'une infraction aux mesures prévues par la présente convention a été commise, ils peuvent exiger du capitaine ou du patron l'exhibition des pièces officielles justifiant de la nationalité de son bâtiment et, le cas échéant, celle du permis. Mention sommaire de cette exhibition est faite immédiatement sur les pièces produites. || En outre, des procès-verbaux peuvent être dressés par les dits officiers, quelle que soit la nationalité du bâtiment inculpé. Ces procès-verbaux sont dressés suivant les formes et dans la langue en usage dans le pays auquel appartient l'officier; ils peuvent servir de moyen de preuve dans le pays où ils sont invoqués et suivant la législation de ce pays. Les inculpés et les témoins ont le droit d'y ajouter ou d'y faire ajouter, dans leur propre langue, toutes explications qu'ils croient utiles; ces déclarations doivent être dûment signées. || La résistance aux prescriptions des commandants des bâtiments croiseurs, ou de ceux qui agissent d'après leurs ordres, est, sans tenir compte de la nationalité des croiseurs, considérée comme résistance envers l'autorité nationale. || Si le cas lui semble assez grave pour justifier cette mesure, le commandant du croiseur aura le droit de conduire le bâtiment en contravention dans un port de la nation à laquelle appartient ce bâtiment.

## Article 8.

Nr. 9581.  
Niederlande.  
16. Nov. 1887.

La procédure en matière d'infraction aux dispositions de la présente convention a toujours lieu aussi sommairement que les lois et les règlements le permettent.

## Article 9.

Les Hautes Parties Contractantes se communiqueront, lors de l'échange des ratifications, les lois qui auront été rendues dans leurs États, relativement à l'objet de la présente convention.

## Article 10.

Les États qui n'ont point pris part à la présente convention sont admis à y adhérer, sur leur demande. Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement des Pays-Bas, et par celui-ci aux autres Gouvernements signataires.

## Article 11.

La présente convention sera mise à exécution à partir du jour dont les Hautes Parties Contractantes conviendront. || Elle restera en vigueur pendant cinq années à dater de ce jour, et, dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Si la convention de la Haye du 6 Mai 1882 sur la police de la pêche cessait d'être en vigueur, l'article 26 de la dite convention continuera à sortir ses effets pour l'objet du présent arrangement.

## Article 12.

La présente convention sera ratifiée; les ratifications en seront échangées à La Haye, le plus tôt possible, et, si faire se peut, dans le délai d'un an. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à La Haye, en six exemplaires, le 16 Novembre 1887. || Baron Saurma. || Baron A. d'Anethan. || Leopold Orban. || C. M. Viruly. || Louis Legrand. || W. Stuart. || v. Karnebeek. || E. N. Rahusen.

## 2. Denkschrift.

Bereits bei den Verhandlungen, welche zum Abschluss der internationalen Uebereinkunft zur polizeilichen Regelung der Fischerei in der Nordsee vom 6. Mai 1882 (Reichs-Gesetzbl. 1884 S. 25) geführt haben, ist die Frage der Ergreifung von Maassregeln zur Unterdrückung des Unwesens zur Sprache gekommen, welches dem in der Nordsee durch Marketenderschiffe (coopers, bumboats) betriebenen Branntweinhandel anhaftet und seit geraumer Zeit die leb-

haftesten Klagen, namentlich von britischer Seite, hervorgerufen hat. Durch umfassende Ermittlungen ist überzeugend dargethan, dass jene Marketenderschiffe — schwimmende Schnapswirthschaften der niedrigsten Art — Völlerei und Trunksucht, strafbaren Tauschhandel mit Fischen, Netzen, Ankern und sonstigem Fischereigeräth zum Nachtheil der Rheder, Thätlichkeiten bis zu Mord und Todtschlag unter den Nordseefischern sowohl derselben Nation als auch verschiedener Nationen herbeiführen, begünstigen und vermitteln. || Die bei Berathung der Eingangs gedachten Uebereinkunft bereits mehrfach empfohlene Ausdehnung der letzteren auf Vorschriften zur Beseitigung der geschilderten Missstände erwies sich damals wegen unzulänglicher Vorbereitung des Gegenstandes als unthunlich und wurde einer späteren Einigung vorbehalten. Nachdem Grossbritannien und die Niederlande die Angelegenheit wieder aufgenommen hatten, ist auf Einladung der Königlich niederländischen Regierung im Juni 1886 im Haag eine Konferenz von Vertretern der an der internationalen Nordseefischerei-Konvention beteiligten Staaten zur Vorberathung der Frage abgehalten worden. Der aus den Verhandlungen dieser Konferenz, an welcher auch Vertreter des Reiches theilgenommen haben, hervorgegangene Entwurf eines internationalen Vertrages hat, nach Vornahme geringer Aenderungen, die Billigung der Regierungen jener Staaten gefunden und ist sodann am 16. November 1887 im Haag unterzeichnet worden. || Wenngleich das sachliche Interesse Deutschlands insofern nur ein geringes ist, als unsere Seefischer bei der denselben von Natur eigenen Mässigkeit mit den Marketenderschiffen nicht zu verkehren pflegen und daher unter dem Unwesen derselben kaum leiden, so wird dennoch das Reich aus ethischen Gründen sich der Mitwirkung zur Erreichung des angestrebten Zieles nicht entziehen können, da Deutschland ein verhältnissmässig nicht unbedeutendes Kontingent zu den die Nordsee besuchenden Marketenderschiffen stellt.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrages ist Folgendes zu bemerken: || Artikel 1 bezeichnet die Grenzen des Geltungsbereichs des Vertrages in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der internationalen Nordseefischerei-Konvention. || Artikel 2 und 3 enthalten die materiellen Bestimmungen. Artikel 2 verbietet unbedingt nicht nur den Verkauf von spirituösen Getränken an Fischer an Bord ihrer Schiffe und den Kauf von Spirituosen durch Fischer, sondern auch den Austausch solcher Getränke gegen Fische, Ausrüstungsgegenstände und Fanggeräthschaften. Bei der Eigenthümlichkeit des örtlichen Gebietes der Wirksamkeit des Vertrages — der hohen See — erscheint die Beseitigung der vorhandenen Missbräuche nicht anders als durch ein gänzlich Verbot des Branntweinhandels unter Fischern erreichbar. Eine beschränkte Gestattung des letzteren, etwa im Wege der Konzessionirung einer bestimmten Anzahl von Schiffen, würde unausbleiblich fortgesetzte Umgehungen zur Folge haben, da eine wirksame Ueberwachung derartigen Gewerbebetriebes als unausführbar sich darstellt. Den Fischern selbst wird durch das Verbot ein Nachtheil nicht zugefügt. Denn alle Fischerboote pflegen die dem wirklichen Bedarf



Nr. 9581.  
Niederlande.  
16. Nov. 1887.

entsprechende Menge Branntwein für die Besatzung mit sich zu führen, und insbesondere die deutschen Fischerboote entfernen sich meist nicht so weit und so lange von der Küste, dass eine Ergänzung ihres Bedarfs an Branntwein erforderlich wird. || Artikel 3 gestattet zwar den Vertrieb sonstiger Lebensmittel und den Fischern zum Gebrauch dienender Gegenstände, welche — wie Tabak, Kleidungsstücke, Musikinstrumente — in der Regel von den Marketerschiffen gleichzeitig geführt werden, macht aber die Ausübung des Gewerbes von der Ertheilung einer behördlichen Konzession abhängig. Die solcher Konzession nach Vorschrift des Vertrages jedenfalls hinzuzufügenden Einschränkungen sollen verhüten, einerseits, dass der Verkauf der gedachten Gebrauchsgegenstände in der Gestalt des Tausches mit den daran sich knüpfenden nachtheiligen Folgen vor sich gehe, andererseits, dass etwa unter dem Deckmantel eines erlaubten Handelsgewerbes der Verkauf von Spirituosen nach wie vor die Hauptsache bleibe. Zu diesem Zwecke werden die in Betracht kommenden Fahrzeuge, deren Zahl stets eine verhältnissmässig geringe sein wird, in den Häfen beim Ein- und Auslaufen einer sorgfältigen, ohne erhebliche Schwierigkeit und Belästigung ausführbaren Aufsicht zu unterwerfen sein, und es wird ferner darauf geachtet werden müssen, dass die Führer der Fahrzeuge durch ihre Persönlichkeit die Bürgschaft der Zuverlässigkeit gewähren. || Die Artikel 4 bis 12 des Vertrages schliessen sich, abgesehen von unwesentlichen, durch die Natur des Gegenstandes bedingten Aenderungen, eng an die gleichartigen Bestimmungen der internationalen Nordsee-Fischerei-Konvention vom 6. Mai 1882 (Reichs-Gesetzbl. von 1884 S. 25) und der internationalen Konvention zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel (Drucksachen des Reichstags Nr. 174 von 1884) an.

**Nr. 9582. CENTRAL-AMERIKA.** — Schiedsrichterspruch des Präsid. der Verein. Staaten zwischen den Republiken Costa Rica und Nicaragua, betr. den Grenzfluss San Juan\*). —

1. Gutachten des Unter-Staatssekretärs der Vereinigten Staaten Rives\*\*).

To the President:

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
21. Dec. 1886.

Sir—On the 24th day of December, 1886, the Republics of Costa Rica and Nicaragua, by a Treaty signed on that day, agreed, that the question pending between the Contracting Governments in regard to the validity of the "Treaty of Limits" of the 15th April, 1858, should be submitted to arbitration. It was further agreed, that the Arbitrator of that question should be the Pre-

\*) Entnommen einer im Auftrage der Regierung zu Washington erfolgten Publikation. A. d. Red.

\*\* ) Gearbeitet im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

A. d. Red.

sident of the United States of America; that within sixty days from the ratification of the Treaty of Arbitration the Contracting Governments should solicit of the Arbitrator his acceptance of the charge; that, within ninety days from the notification to the parties of the acceptance of the Arbitrator, they should present to him their allegations and documents; that the arbitrator should communicate to the representative of each Government, within eight days after their presentation, the allegations of the opposing party, in order that the opposing party might be able to answer them within thirty days following that upon which the same should have been communicated; that the decision of the Arbitrator must be pronounced within six months from the date upon which the term allowed for the answers to the allegations should have expired; and that the Arbitrator might delegate his powers, provided he did not fail to intervene directly in pronouncing the final decision. It was further provided, that, if the Arbitrator's award should determine that the Treaty of the 15th April, 1858, was valid, the same award should also declare whether Costa Rica has the right of navigation of the river San Juan with vessels of war or of the revenue service; and that he should in the same manner decide, in case of the validity of the Treaty, upon all the other points of doubtful interpretation which either of the parties might find in the Treaty and communicate to the other within thirty days after the exchange of ratifications of the Treaty of Arbitration. || In accordance with the procedure thus agreed on, the Republic of Nicaragua communicated to the Republic of Costa Rica a statement of eleven points of doubtful interpretation in the Treaty of the 15th April, 1858, which it proposed to submit to the decision of the Arbitrator. The Government of Costa Rica did not communicate any corresponding statement, and now declares that it finds nothing in that Treaty which is not perfectly clear and intelligible. || The two Governments having thereafter solicited your acceptance of the charge, you were pleased, on the 30th day of July, 1887, to signify your acceptance of it, and the representatives of both Governments were duly notified of that fact. || On the 27th day of October, 1887, both Governments presented to you their allegations and documents. These were duly communicated to the opposing parties, and on the 3d day of December, 1887, they both presented answers to the allegations of their opponents. The Spanish documents were subsequently translated and printed. On the 16th day of January, 1888, by an instrument in writing, you were pleased to delegate your powers as Arbitrator to me, in pursuance of the provisions contained in the last sentence of Article V. of the Treaty of Arbitration, and to direct me to examine into the questions at issue and report my conclusions to you. || In accordance with these directions, and after a careful consideration of the allegations of the respective parties, of their answers and of the documents submitted by each, I have now the honor to submit the following:

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

## Report.

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

The questions to be passed upon by the Arbitrator, as will be observed from the foregoing statement of the Treaty of Arbitration, are capable of being classified under two heads: || *First*. Whether the Treaty of Limits of the 15th of April, 1858, is valid. || *Second*. If valid, what is its true meaning in respect of the right of Costa Rica to navigate the River San Juan with vessels of war or of the revenue service, and also in respect of the eleven points submitted for decision by the Government of Nicaragua?

If the first of these questions is decided in the negative — that is, if the Treaty of Limits is decided to be invalid — it will not be necessary to consider at all the questions under the second head.

Before discussing the grounds urged by the Government of Nicaragua, on the one hand, as proving the invalidity of the Treaty of Limits, and those urged by the Government of Costa Rica on the other as establishing its validity, it will be essential to consider briefly the evidence submitted to show what were the recognized boundaries prior to the date of the Treaty, and what were the powers of the respective Governments in regard to it. This historical enquiry, it must be remembered, is not a matter of immediate concern, nor is it directly involved in the decision of the questions now submitted to arbitration; but it is important as elucidating the nature of the principal controversy, and as showing the facts upon which the parties base their respective arguments. || Two questions, essentially distinct in their character, were in discussion in 1858 touching the boundary of the two Republics. The first of these was the question whether the District of Nicoya lawfully belonged to Costa Rica or to Nicaragua; the second, as to the true boundary line between the Republics from the Caribbean Sea to the borders of Nicoya. The evidence in regard to each of these disputed questions must be reviewed in its order.

The District of Nicoya lies on the Pacific side of the Continent, and — roughly speaking — is triangular in shape, its apex lying toward the South. It is bounded on the Westward by the Pacific Ocean, and on the Eastward by the Gulf of Nicoya and the Rio del Salto, or Tempisque, a small stream emptying into the head of the Gulf and having its sources not far from the Southerly shore of Lake Nicaragua. The Northerly boundary, or base of the triangle, seems to have never been accurately fixed, and its position is a matter of dispute between the Governments of Costa Rica and Nicaragua. The argument of Nicaragua, submitted to the Arbitrator, cites the authority of Don Antonio Alcedo and the historian Juarros to the effect, that it is bounded by the Lake of Nicaragua on the North, which seems to imply a further boundary line running from the Southern end of the Lake to the Pacific Ocean. The arguments of the Costa Rican Government, on the other hand, place the Northern boundary as far up as the La Flor River; and the records of land titles, and the statements of Stephens and Baily, are cited in support of this view. It is wholly unimportant, however, for the present purpose, to decide

which of these opposing views is correct. It is only needful to point out, that a diversity of opinion exists, and that there is no grant or agreement precisely fixing the boundaries of the District.

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
21. Dec. 1886.

As to the title to the District, the facts are plainer. Nicoya, or, as it is sometimes called, Guanacaste, was undoubtedly recognized as a part of Nicaragua prior to 1826. It is asserted by Costa Rica, that at times Nicoya was temporarily united with it, or placed under the control of its authorities; and some evidence is produced tending to show, that such a change was made in 1573, 1593, 1692, the middle of the XVIIIth century, and even as late as 1812. But any such connection with Costa Rica can have been but temporary, and it may be regarded as settled that at the time of the Declaration of Independence from Spain in September, 1821, Nicoya formed a part of Nicaragua. This condition of things seems to be distinctly recognized in the Constitution of Costa Rica, adopted 21st January, 1825, in which it is stated, that the territory of the State extends at present from West to East, from the Rio del Salto, which divides it from Nicaragua, etc.

It would seem, however, that about 1824 the inhabitants of Nicoya, or some of them, asked to be annexed to Costa Rica. This question was referred to the Federal Congress of Central America, the Federal Republic of Central America having been theretofore formed and its Constitution adopted 22nd November, 1824, and that body on the 9th December, 1825, passed the following decree: ¶ The Federal Congress of the Republic of Central America, taking into consideration, firstly, the reiterated petitions of the authorities and municipal bodies of the towns of the District of Nicoya, asking for their separation from Nicaragua and their annexation to Costa Rica; and, secondly, that the said towns and people actually annexed themselves to Costa Rica at the time in which the political troubles of Nicaragua took place; and, thirdly, the topographical situation of the same district, has been pleased to decree, and does hereby decree: ¶ Article I. For the time being, and until the demarcation of the territory of each State provided by Article VII of the Constitution is made, the District of Nicoya shall continue to be separated from Nicaragua and annexed to Costa Rica. ¶ Article 2. In consequence thereof, the District of Nicoya shall recognize its dependence upon the authorities of Costa Rica, and shall have, in the Legislature of the latter, such representation as corresponds to it. ¶ It further appears, that the Government of Costa Rica thereupon took possession of Nicoya, and has been continuously in possession of it ever since; and was so at the date of the Treaty of 1858.

The Government of Nicaragua, however, has not always acquiesced in the validity of this act of annexation. It has, on the contrary, on several occasions protested against it; and in its arguments, now before the Arbitrator, it contends that the decree above referred to was not recognized at the time; that Nicaragua was not then represented in the Federal Congress; that the decree was, by its terms, only temporary, and that the municipalities of Nicoya as

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

well as the Legislature of Nicaragua protested against the action of Congress as soon as they were aware of it. || Here again, it is not necessary for the Arbitrator to decide the question of title. But it is clear, that in 1858 Costa Rica had been continuously in possession of the District of Nicoya, under a claim of title, for more than thirty-two years. || As to the boundary line between the Rio del Salto and the Caribbean Sea, the question was purely one of fact; and it can hardly be said, that any very clear or satisfactory answer was possible.

The Government of Costa Rica, in the arguments submitted to the Arbitrator, has presented an elaborate historical review of the two Provinces of Costa Rica and Nicaragua under Spanish rule, which, it may be assumed, contains a reference to all the important documents bearing upon the question of boundaries. Passing over the history of the discovery and first settlement of this region in the early part of the XVIIth century, it appears, that in 1541 the Emperor Charles V decreed that the upper fifteen leagues of the San Juan River should belong to the Province of Nicaragua; that the lower, or remaining portion of the river, should belong to the Government of Costa Rica, and that the use of the river and lake, for purposes of navigation and fishing, should be common to both Provinces. In 1561 King Philip II appointed Licentiate Don Juan Cavallon to be "Alcalde Mayor" of the Province of New Cartago and Costa Rica, describing it in the preamble of the letter of appointment as extending along the Northern Sea "up to the Outlet, this being included" (hasta el Desaguadero inclusive). In 1573, by articles of agreement between the Spanish Crown and Diego de Artieda, who was appointed Governor and Captain-General of Costa Rica, the boundaries of that Province were defined substantially as they continued to be down to 1821. The limits of Artieda's jurisdiction are thus defined: || From the Northern to the Southern Sea in width; and in length from the boundary of Nicaragua, on the side of Nicoya, right to the Valleys of Chiriqui, as far as the Province of Veragua on the Southern side; and on the Northern side, from the mouths of the Outlet, which is towards Nicaragua (desde las bocas del Desaguadero, que es á las partes de Nicaragua), the whole tract of land as far as the Province of Veragua. || No subsequent grant or decree by the Spanish Crown is cited, and — apart from some evidence of acts of possession by the respective Government — there is nothing further to define the boundaries of the two Provinces. || Soon after the Declaration of Independence, Costa Rica and Nicaragua, then States of the Republic of Central America, adopted Constitutions defining generally their respective boundaries. || The Constitution of Costa Rica, adopted the 21st January, 1825, provides as follows: || Article 15. The territory of the State extends at present from West to East, from the River del Salto, which divides it from that of Nicaragua, up to the River Chiriqui, the boundary of the Republic of Colombia; and North and South from one to the other sea, the limits being on the North [Sea] the mouth of the San Juan River and the Escudo de Veraguas, and on the South [Sea] the mouth of the River Al-

varado and that of the Chiriqui. || Nicaragua, by the Constitution adopted the 8th April, 1826, defines her boundaries thus: || On the East, the Sea of the Antilles; on the North, the State of Honduras; on the West, the Gulf of Conchagua; on the South, the Pacific Ocean, and on the Southeast, the free State of Costa Rica. || These are the last declarations ante litem motam. It will be observed, that all these documents leave the precise boundary vague and undetermined. Indeed, the line to be followed between the Rio del Salto and the "mouths of the Outlet" is nowhere laid down. Nicaragua contends, that a straight line from the mouth of the Rio del Salto to the mouth of the Colorado, the most Southerly of the three mouths of the San Juan, is intended. This is met by the argument that, as the Rio del Salto was the boundary, that river in its whole length, and not the mouth or any other part of it, was the dividing line; and that the San Juan River proper — the Northernmost of the three channels at the mouth of that stream — formed the end of the line, on the Caribbean Sea. Costa Rica further contends, that the boundary line was not straight, but that it followed the course of the San Juan in its whole length and the Southern shore of Lake Nicaragua; and she alleges, that she was in possession of the territory up to that line — an allegation not admitted by Nicaragua.

In my judgment the evidence establishes, that the boundary of Costa Rica, under the terms of the Spanish grants leaving Nicoya out of the question, began at the head of the Gulf of Nicoya, ran Northerly along the River del Salto to its source, and thence ran to the mouth of the San Juan River at the port of San Juan del Norte — this being, at the time, the mouth of the principal channel or outlet of the stream. But the evidence is not sufficient to form the basis for any satisfactory judgment as to how this line was to be drawn between the source of the del Salto and the mouth of the San Juan. I perceive no reason for thinking, that it should have been a straight line. || No decision of this question is, however, necessary; for it is only important, for present purposes, to point out, that no precise line of demarcation can be found in any of the earlier documents. Nor is this surprising in view of the fact, to be inferred from the evidence, that the region through which the line ran was a rough, densely wooded and thinly settled country, where no need was felt of any exact delimitation in the days of the Spanish dominion. || But with the establishment of the Federal Republic, and, still more, with its dissolution, the questions of boundary began to assume importance.

The Federal Constitution seems to have provided by its Article VII for the demarcation of each State; but nevertheless nothing was done towards the establishment of the line between Costa Rica and Nicaragua. || In 1838 Costa Rica seems to have urged upon Nicaragua — then assuming the rank of an independent State upon her withdrawal from the Federation — a desire for a recognition of the annexation of Nicoya. In 1846, 1848 and 1852 other fruitless negotiations were undertaken with a view to settling the boundary;

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

and in 1858, when the Treaty of Limits was signed, the question, in one form or another, had been before the two Governments for at least twenty years. || That the documentary evidence was slight and unsatisfactory, has been already shown; and that Costa Rica had for nearly the same period of twenty years laid claim to more territory than she obtained under the Treaty of Limits, fully appears from her decree of "Basis and Guarantees" of the 8th March, 1841 — which asserts as the boundaries of Costa Rica the line of the River La Flor, the shore of Lake Nicaragua and the River San Juan.

I now proceed to state the history of the negotiations which resulted in the Treaty in question, and of the executive and legislative acts which are relied on by Costa Rica as constituting a sufficient ratification. || The long and bitter struggle in which Nicaragua and other Central American States had been involved, and of which the part played by Walker and the filibusters was the most notorious incident, came to an end in 1857. The Republic of Costa Rica had taken part in that struggle, and her case states as a fact that at the close of the contest the Costa Rican troops held military positions on both sides of the San Juan. The argument of Nicaragua seems to imply, that such possession was not taken until after the close of the war; but the fact itself is not in dispute. It was regarded by Nicaragua, at the time, as constituting a *casus belli*; and Costa Rica having failed to withdraw her troops, war was declared by Nicaragua on the 25th November, 1857 — although negotiations for a settlement of the difficulty still continued, but without success. || In this posture of affairs the Republic of San Salvador offered mediation through its Minister, Colonel Don Pedro Rómulo Negrete. Owing principally, as it would seem, to Colonel Negrete's earnest efforts, the opposing Governments appointed Ministers Plenipotentiary, who met with the Salvadorian Minister at San José de Costa Rica, and there concluded the Treaty of Limits, — the validity of which is now under examination. || By that instrument, the boundary line is made to begin at Punta de Castilla, at the mouth of the San Juan River; thence it follows the right or Southern bank of that stream to a point three miles below the Castillo Viejo; thence it runs along the circumference of a circle drawn round the outworks of the Castle as a center, with a radius of three miles, to a point on the Western side of the Castle, distant two miles from the River; thence parallel to the San Juan and the Lake, at a distance of two miles therefrom, to the Sapoá River; and thence in a straight line to the center of Salinas Bay on the Pacific Ocean. The Treaty further provides, that surveys shall be made to locate the boundary; that the Bay of San Juan del Norte and Salinas Bay shall be common to both Republics; and that Nicaragua shall have, exclusively, dominion and supreme control of the waters of the San Juan, — Costa Rica having the right of free navigation for the purposes of commerce in that part of the River on which she is bounded. It was further agreed, that in the event of war between Costa Rica and Nicaragua no act of hostility was to be practiced in the Port



or River of San Juan, or on the Lake of Nicaragua; and the observance of this article of the Treaty was guaranteed by the Republic of San Salvador. || It is admitted by the parties to the present arbitration, that the Treaty was duly ratified by Costa Rica on the 16th April, 1858, and that it was not ratified at all by San Salvador. It is further established, that there was some ratification by representatives of Nicaragua, — but whether or not such ratification was sufficient is one of the points now in controversy, and it is therefore necessary to examine fully the powers and the proceedings of the Nicaraguan authorities. || The Republic of Nicaragua, as appears from the evidence, was a Constitutional Government of limited powers, which were defined by a written Constitution. Nicaragua, as one of the States of the Central American Republic, adopted her first Constitution on the 8th April, 1826. Upon the dissolution of the Federal Republic she assumed the rank of an independent nation, and in 1838 adopted a new Constitution, which her representatives now contend was in full force and vigor at the time of the execution of the Treaty of Limits. The full text of the Nicaraguan Constitution of 1838 is not contained in the arguments which have been laid before the Arbitrator; but it sufficiently appears that power was vested in an elective President and a Congress. It also appears, that by Article 2 (cited in full below) the boundaries of the State were defined, and that by Article 194, quoted in the argument of Nicaragua, a complicated method of amendment was provided, of which the only feature now necessary to notice is that no proposed amendment shall take effect until it has been approved by two successive Legislatures. || In 1857 the necessity for a complete revision of the Constitution of 1838 seems to have been generally recognized. The long and exhausting conflicts which had been waged from 1854 to 1857, and the existence, during the greater part of that time, of two hostile governments, each claiming to exercise constitutional and supreme power throughout the country, had demonstrated, to the satisfaction of the inhabitants, the importance of changes in the organic law. Accordingly a Constituent Assembly, with ample powers, was duly elected. The due election, and the full constituent powers of this body, are facts not disputed in the arguments now submitted on behalf of Nicaragua. || In November, 1857, the Constituent Assembly met, and addressed itself at once to the task of framing a new Constitution for Nicaragua, as well as of legislating upon the ordinary affairs of the nation. || On the 18th of January, 1858, the previous negotiations with Costa Rica having failed, the Assembly ordered new Commissioners to be appointed to negotiate treaties of peace, limits, friendship and alliance between Nicaragua and Costa Rica. || On the 5th February, 1858, a further and supplemental decree on the same subject was adopted, which is as follows:

The Constituent Assembly of the Republic of Nicaragua, in use of the legislative faculties with which it is invested, decrees:

Article I. For the purpose that the Executive may comply with the

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1856.

decree of January 18th instant, the said Executive is hereby amply authorized to act in the settlement of the difficulties with Costa Rica in such manner as it may deem best for the interest of both countries, and for the independence of Central America, without the necessity of ratification by the legislative power.

Article 2. Such treaties of limits as it may adjust shall be final, if adjusted in accordance with the bases which separately will be given to it; but, if not, they shall be subject to the ratification of the Assembly.

What were the separate bases of negotiation given to the Nicaraguan Executive does not appear from any of the documents submitted to the Arbitrator. But it is not distinctly asserted by the representatives of Nicaragua, that such instructions were disregarded in the negotiation of the Treaty, — the arguments relied on to prove its invalidity resting upon entirely different grounds, which will be stated hereafter. || On the 15th April, 1858, the Treaty of Limits was signed by the Plenipotentiaries of Costa Rica, Nicaragua and San Salvador; and on the 26th April, 1858, ratifications were personally exchanged by the Presidents of Costa Rica and Nicaragua, who met for the purpose on Nicaraguan territory at the City of Rivas. The Treaty had not then been passed upon by the Assembly, the decree of ratification being by the President alone. It is as follows: || Tomas Martinez, the President of the Republic of Nicaragua: || Whereas General Máximo Jerez, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Nicaragua to the Republic of Costa Rica, has adjusted, agreed upon and signed, on the 15th instant, a Treaty of Limits, fully in accordance with the bases which, for that purpose, were transmitted to him by way of instructions; finding that said Treaty is conducive to the peace and prosperity of the two countries, and reciprocally useful to both of them, and that it facilitates, by removing all obstacles that might prevent it, the mutual alliance of both countries and their unity of action against all attempts of foreign conquest; considering that the Executive has been duly and competently authorized, by legislative decree of February 26th ultimo, to do everything conducive to secure the safety and independence of the Republic; and by virtue, furthermore, of the reservation of faculties spoken of in the executive decree of the 17th instant: || Does hereby ratify each and all of the articles of the Treaty of Limits made and concluded by Don José Maria Cañas, Minister Plenipotentiary of the Government of Costa Rica, and Don Máximo Jerez, Minister Plenipotentiary of the Supreme Government of Nicaragua, signed by them on the 15th instant, and ratified by the Cost Rican Government on the 16th. And the additional act of the same date is likewise ratified. || On the 28th May, 1858, thirty-two days after the ratification, and forty-three days after the signature of the Treaty of Limits, the following decree was passed by the Constituent Assembly: || The Constituent Assembly of the Republic of Nicaragua, in use of the legislative powers vested in it, decrees: Sole Article. The Treaty of Limits concluded at San José on

the 15th of April, instant, between General Don Máximo Jerez, Minister Plenipotentiary from this Republic, and General Don José Maria Cañas, Minister Plenipotentiary from the Republic of Costa Rica, with the intervention of Colonel Don Pedro Rómulo Negrete, Minister Plenipotentiary from Salvador, is hereby approved.

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1856.

On the 19th August, 1858, the Constituent Assembly adopted the new Constitution, of which it is only needful to cite the first article, viz: || The Republic of Nicaragua is the same which was, in ancient times, called the Province of Nicaragua, and, after the independence, State of Nicaragua. Its territory is bounded on the East and Northeast by the Sea of the Antilles; on the Nord and Northwest by the State of Honduras; on the West and South by the Pacific Ocean; and on the Southeast by the Republic of Costa Rica. The laws on special limits form part of the Constitution. || No further formal ratification of the Treaty of Limits was ever had; but the arguments submitted by Costa Rica cite a number of instances in which the Government of Nicaragua, during the period between 1858 and 1870, recognized the Treaty as a valid and binding instrument. || Since 1870 the Government of Nicaragua has contended, that the Treaty is invalid; and that view is now urged upon three distinct grounds, which are stated as follows in the argument submitted on its behalf: || The Government of Nicaragua affirms the invalidity of the Treaty of 1858, and insists that it ought not to be bound thereby, for the reason: — || *First.* That it has not received that sanction which the Constitution of the State of Nicaragua requires to give effect to, and validate, a treaty of its character. || *Second.* It has not been ratified by the Government of San Salvador, so as to give effect to the guarantees on behalf of that Government of the tenth article of the Treaty. || *Third.* That the pretended ratifications of the Treaty were exchanged before the Treaty had been submitted to the Congress of Nicaragua, and it was not approved by the first Congress of Nicaragua until after the expiration of the forty days provided for de exchange of ratifications in Article XII.

I shall consider each of these three reasons in order.

#### I.

The argument very forcibly presented on behalf of Nicaragua to establish the first ground of objection, — the lack of such a sanction as was required by the Constitution to give effect to, and validate, a Treaty of the character of the one in question, — is as follows: The Constitution of 1838 was in full force on the 15th April, 1858; that Constitution fixed the boundaries of Nicaragua; the Treaty of Limits curtailed the boundaries so fixed by the Constitution; it was therefore, || “in direct and flagrant violation of the fundamental law of the State, and to have validity must receive the same formal ratification that an amendment to the Constitution itself demands;” || the Con-

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

stitution provides, that an amendment adopted by one Legislature in the manner prescribed, by a two-thirds vote of both houses, || "shall not be considered as valid nor form part of the Constitution until it has received the sanction of the next Legislature;" || the Treaty of Limits was never sanctioned by a second Legislature; therefore it is not valid.

This argument, it will be perceived, rests wholly upon the fundamental assumptions, that the Constitution of 1838 was in force, and that it fixed the boundaries of Nicaragua. If, as a matter of fact, that Constitution was not in force, or if the boundaries were not definitely fixed by its provisions, then the whole argument falls; for the Treaty is then a mere treaty of limits, settling disputed boundaries, and is not one involving a cession of territory and an amendment to the Constitution. It is not pretended, that a treaty fixing boundaries requires, on general principles, any extraordinary sanction.

The general doctrine, that in determining the validity of a treaty made in the name of a State, the fundamental laws of such State must furnish the guide for determination, has been fully and ably discussed on the part of Nicaragua, and its correctness may certainly be admitted. But it is also certain, that where a treaty has been approved by a government, and an effort is subsequently made to avoid it for the lack of some formality, the burden is upon the party who alleges invalidity to show clearly that the requirements of the fundamental law have not been complied with. In my judgment, Nicaragua has failed in establishing a case under this rule.

In the first place, it may well be doubted whether the Constitution of 1838 can be said to have been in full force and effect at the time of the execution of the Treaty on the 15th April, 1858. The legislative power was then vested in a Constituent Assembly, — a body, it would seem, expressly chosen for the purpose of amending the Constitution in any way it saw fit. To say, that such a body could not adopt a decree which in effect modified the Constitution, is to deny to it the power to carry out the very objects for which it existed.

Moreover, the Constitution framed by the Assembly, and promulgated on the 19th August, 1858, defining the boundaries of Nicaragua, adds that "the laws on special limits form part of the Constitution." If therefore the decree of the 28th May, 1858, and the other acts of the Assembly, were in any respect insufficient as involving some unconstitutionality, the defect was supplied by practically embodying the Treaty of Limits, and the decree approving it, in the new Constitution, — thus giving the highest sanction possible to this legislation.

But whether or not the Constitution of 1838 was in full force in April and May, 1858, I am clearly of opinion that it did not definitely fix the boundaries of the State. The power of defining absolute boundaries by a Constitution is not denied. The question is merely whether the Constitution of 1838 did in fact contain such a definition of the boundaries of Nicaragua as to preclude their adjustment by an ordinary treaty.

The provisions of that Constitution, respecting boundaries, are as follows: || Nr. 9582.  
 "Article 2. The territory of the State is the same as was formerly given Central-  
 to the Province of Nicaragua; its limits being on the East and Northeast the Amerika.  
 Sea of the Antilles; on de North and Northwest the State of Honduras; on 24. Dec. 1886.  
 the West and South the Pacific Ocean; and on the Southeast the State of  
 Costa Rica. The dividing lines with the bordering States shall be marked by  
 a law which will make a part of the Constitution."

Thus it appears, that "the dividing lines with the bordering States" were expressly not defined. It was plainly the intention to leave the Constitution incomplete in this respect; though a means of completing it was provided, by allowing the passage of an ordinary law by a single Legislature. It is not pretended, that any law, marking the boundary on the side of Costa Rica, was passed before the execution of the Treaty of Limits. The decree approving the Treaty is the only attempt, so far as appears, to comply with this provision of the Constitution. The statement, that the boundary is, "on the Southeast, the State of Costa Rica," defines nothing. What were the limits of Costa Rica in 1838, was a matter of dispute. No precise decision was possible, and I have already expressed my opinion that the evidence laid before the Arbitrator is altogether too vague to afford grounds for any satisfactory judgment. The Constitution of 1838 therefore did not fix the boundaries of Nicaragua definitely.

These views are strengthened by a consideration of the evidence adduced on the part of Costa Rica to prove acquiescence by Nicaragua for ten or twelve years in the validity of the Treaty. I do not regard such acquiescence as a substitute for ratification by a second Legislature, if such had been needed. But it is strong evidence of that contemporaneous exposition which has ever been thought valuable as a guide in determining doubtful questions of interpretation. || I conclude therefore, that the first ground of objection stated by Nicaragua is untenable.

## II.

The second ground of objection urged by Nicaragua to the validity of the Treaty, is that it has not been ratified by the Government at San Salvador, so as to give effect to the guarantees on behalf of that Government of the tenth article of the Treaty. || It is argued, in support of this objection, that the guarantee of the mediating Government against hostilities on the River and Lake was of great importance to Nicaragua; that it might well have been the controlling consideration in the mind of the negotiator of the Treaty that led him to agree to the relinquishment of claims to great tracts of territory; that the failure of San Salvador to ratify this Treaty took from it one of the chief considerations moving to Nicaragua; and that the consideration never having taken effect, the Treaty never became of valid or binding force. It is added, that this was, in effect, a tripartite Treaty, and unless all

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

the parties became bound, neither of them was. || In my opinion this argument is unsound. The Treaty was not tripartite, but was between Costa Rica and Nicaragua only, with an independent and separable clause of guarantee, as to a single feature of the arrangement, on the part of San Salvador. Without the guarantee, the Treaty was complete as between the two principals, if they saw fit to accept it in that shape. The non-ratification by the Republic of San Salvador was known to the Government of Nicaragua when ratifications were exchanged with Costa Rica. It follows therefore, that Nicaragua never lost any of the considerations which induced her to consummate, by an exchange of ratifications, the negotiations for the Treaty.

The facts may be briefly recalled. || On the 15th April, 1858, the Treaty of Limits was signed. In form it is a Convention agreed upon by the representatives of Costa Rica and Nicaragua, and declares that they having exchanged their respective powers, "which were examined by Hon. Señor Don Pedro R. Negrete, exercising the function of fraternal mediator in these negotiations," had agreed to and adjusted the terms of the Treaty. The Treaty itself, after reciting the desire of Costa Rica and Nicaragua for peace, fixes the boundary line between them; provides for a survey of the line, and for the common use and defence of the Bay of San Juan del Norte and Salinas Bay, and of that portion of the San Juan River on which Costa Rica borders; grants the use in common of the Punta de Castilla until Nicaragua recovers full possession of all her rights in the Port of San Juan del Norte; forbids the levying of custom duties at Punta de Castilla while San Juan del Norte remains a free port; defines the jurisdiction over, and right of navigation on, the waters of the San Juan River; secures existing contracts of canalization or public transit made by the Government of Nicaragua, and regulates the execution of future contracts; and neutralizes the Port and River of San Juan and the Lake of Nicaragua in the event of war between Costa Rica and Nicaragua. Then follows this: || Article X. "The stipulation of the foregoing article (that relating to neutrality) being essentially important for the proper custody of both the Port and the River against foreign aggression, which would affect the general interests of the country, the strict performance thereof is left under the special guarantee, which in the name of the mediator Government, its Minister Plenipotentiary herein present is ready to give, and does hereby give, in use of the faculties vested in him for that purpose by his Government." || Finally, Costa Rica and Nicaragua mutually give up all claims against each other, and "the two contracting parties" waive all claims for damages which either might have against the other.

This instrument is plainly, neither in form nor in substance, tripartite. The "two Governments," the "two contracting parties" spoken of in the Treaty, are always Costa Rica and Nicaragua, never San Salvador. San Salvador is not in form a contracting party at all. And in substance that Government is not a party to the agreement — the clause containing the guarantee being



entirely separable from all the rest. || As a proposition of international law, it may be regarded as settled that a guarantee is always merely subsidiary to the principal contract. || "Le traité par lequel un état se porte garant d'un traité conclu entre deux autres puissances, est un traité accessoire destiné à assurer l'exécution du traité principal." (Bluntschli, 430 note, Lardy's trans.) || "La garantie peut être comprise dans les stipulations annexées au traité principal qu'on veut garantir, et devient alors une obligation accessoire." || (Vattel, Droit des Gens, Ed. 1863, Liv. II, ch. 16, § 240; note by Pradier-Fodéré, the editor.) || "Lorsque la garantie est destinée à assurer l'inviolabilité d'un traité, elle forme toujours une obligation et un traité accessoire (pactum accessorium), même quand elle ferait partie de l'acte principal." (Klüber, Droit des Gens, § 158. || It follows, that the clause of guarantee in the Treaty of Limits is no part of the principal agreement, and that on general principles the rest of the Treaty would not stand or fall with this subsidiary or accessory contract. || The necessity for ratification by contracting powers may be fully admitted. But even conceding to it as high an importance as the execution of deeds by individuals, the failure of a guaranteeing State to ratify will not necessarily invalidate a treaty which the principal contracting parties have concluded by an exchange of ratifications as between themselves. || The analogy of individual deeds may serve to illustrate the point now under discussion. The case may readily be imagined of a deed between two parties as principals with a third party as guarantor. Leases of this character are not infrequent. If such a deed were prepared by the agents of the three parties, and if the two principal parties were to sign, seal, acknowledge and formally deliver to each other duly executed duplicates of the deed, without waiting for the signature of the guarantor, it is too plain for argument that neither could subsequently object, and claim the right to rescind, because the deed had not been executed and delivered by the guarantor.

So in this case. The Presidents of Costa Rica and Nicaragua in person, on the 26th April, 1858, formally exchanged ratifications of the Treaty, without waiting for San Salvador. The arguments now advanced by Nicaragua, as establishing the invalidity of the Treaty, might perhaps have been urged as reasons for refusing to exchange the ratifications until San Salvador was ready to unite in the act. But the Government of Nicaragua was silent when it ought to have spoken, and so waived the objection now made. It saw fit to proceed to the exchange of ratifications without waiting for San Salvador. The Treaty was complete without Article X. To all the other articles and stipulations it contained Costa Rica and Nicaragua alone might fully bind themselves. They did so, irrevocably, by a formal exchange of ratifications; and neither may now be heard to allege, as reasons for rescinding this completed Treaty, any facts which existed and were known at the time of its consummation. || I conclude therefore, that the second ground of objection stated by Nicaragua is untenable.



## III.

Nr. 9532.  
Central-  
Amerika.

The third ground of objection urged by Nicaragua to the validity of the Treaty is

24. Dec. 1856. "that the pretended ratifications of the Treaty were exchanged before the Treaty had been submitted to the Congress of Nicaragua, and it was not approved by the first Congress of Nicaragua until after the expiration of the forty days provided for the exchange of ratifications in Article XII."

It will be remembered, that on the 5th February, 1858, the Constituent Assembly of Nicaragua passed a decree by which the Executive was "amply authorized" to treat with Costa Rica "without the necessity of ratification by the legislative power"; and that it was further decreed that such treaties of limits as the Executive might adjust should be final, — if in accordance with certain separate instructions. Acting under this grant of power, the President of Nicaragua concluded and ratified the present Treaty on the 26th April, 1858, eleven days after its signature by the Plenipotentiaries, without "ratification by the legislative power." On the 28th of May, 1858, the Constituent Assembly adopted a decree approving the Treaty; and this decree was signed by the President on the 4th June, 1858.

The argument now presented by Nicaragua is twofold, and raises two points, first, that the Treaty is invalid because ratifications were exchanged before approval by the Assembly; and, second, that it is invalid because such approval was given more than forty days after signature. || As to the first of these points, it would perhaps be enough to say, that Nicaragua cannot now seek to invalidate the Treaty on any mere ground of irregularity in the order of its own proceedings. If its Legislature did in fact approve the Treaty, that is enough for the present purpose. Whether such approval was expressed before or after the exchange of ratifications is an immaterial matter now, — certainly so far as Nicaragua is concerned. || But it does not appear, that there was any real irregularity in these proceedings. The full text of the Nicaraguan Constitution of 1838 not being contained in the arguments submitted to the Arbitrator, it is not made clear just what restrictions upon the treaty making power that instrument imposed. Ratification by legislative authority is not always required, even in constitutional governments. The necessity for legislative ratification is not to be presumed, but must be established as a fact. Still less can there be any presumption as to the form and manner in which the legislative sanction is to be expressed. In the present instance, the Constituent Assembly, a body of extensive powers, expressed in advance its approval of any treaty of limits that might be concluded by the Executive upon certain bases. It is not shown, that the authority so given was exceeded; and it cannot be said, in the absence of an express prohibition, that this mode of dealing with the subject was improper. || Again, the fact of the subsequent approval of the Treaty by the Assembly is satisfactory proof that that body approved not only the terms of the instrument, but also the manner in which

the Executive had exercised the authority conferred by the decree of the 5th February, 1858. The time and manner of exchange of ratifications was before the Assembly, and it was fully aware that the time agreed upon for exchange had passed. Its action, under these circumstances, shows, that it was of the opinion that the Treaty had been legally and in due time ratified by the President, in pursuance of the special powers conferred upon him. || In any event, all irregularities would seem to have been effectually cured by this subsequent approval of the Constituent Assembly. *Ratihabitio retrotrahitur et mandato aequiparatur*, is a recognized maxim of municipal law; and the reasons of that rule may fairly be regarded as applying to cases like the present.

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

That irregularities and defects in the formalities of ratification may be supplied and made good by subsequent acquiescence in and approval of the treaty, is laid down by Heffter (*Droit International*, § 87 fin.): || "Mais il est constant qu'elle (i. e., ratification) peut être suppléée par des actes équivalents, et notamment par l'exécution tacite des stipulations arrêtées." || And this opinion is cited by Pradier-Fodéré in his translation of Grotius (Vol. II., p. 270, note I). See also Hall's *International Law*, page 276. || The second point — that the legislative sanction was not given until after the expiration of the forty days fixed by the Treaty for the exchange of the ratifications — seems clearly untenable. Costa Rica, and not Nicaragua, might have complained of this delay. Assuming that subsequent legislative approval was needed, Costa Rica might, if it had desired to do so, have declared the negotiations at an end on the expiration of the forty days. But she was not bound to do so. It had a perfect right to waive this limitation of time. Either party to a Treaty may extend the time of the other, either by express agreement or by acts indicating acquiescence. Nicaragua cannot be permitted to say, as she does in effect say in this branch of her argument — || "it is true that this Treaty was approved unreservedly by both the executive and legislative branches of the Government; but such approval is worthless, as it was expressed not forty but forty-three days after the signature of the Treaty."

The fact of approval being established, the time of approval is immaterial, provided the other party by its acquiescence has seen fit to waive delay. || I conclude, therefore, that the third ground of objection stated by Nicaragua is untenable. || And having examined in detail the three reasons urged by Nicaragua for holding the Treaty invalid, and finding all these reasons untenable, I conclude that the Arbitrator should decide in favor of the validity of this Treaty.

## 2. Schiedsspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

The functions of Arbitrator having been conferred upon the President of the United States by virtue of a Treaty signed at the City of Guatemala on the 24th day of December, one thousand eight hundred and eighty-six,

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

between the Republics of Costa Rica and Nicaragua, whereby it was agreed that the question pending between the contracting Governments in regard to the validity of their Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight, should be submitted to the arbitration of the President of the United States of Amerika; that if the Arbitrator's award should determine, that the Treaty was valid, the same award should also declare whether Costa Rica has the right of navigation of the River San Juan with vessels of war or of the revenue service; and that in the same manner the Arbitrator should decide, in case of the validity of the Treaty, upon all the other points of doubtful interpretation which either of the parties might find in the Treaty and should communicate to the other party within thirty days after the exchange of the ratifications of the said Treaty of the 24th day of December, one thousand eight hundred and eighty-six; || And the Republic of Nicaragua having duly communicated to the Republic of Costa Rica eleven points of doubtful interpretation found in the said Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight; and the Republic of Costa Rica having failed to communicate to the Republic of Nicaragua any points of doubtful interpretation found in the said last-mentioned Treaty; || And both parties having duly presented their allegations and documents to the Arbitrator, and having thereafter duly presented their respective answers to the allegations of the other party as provided in the Treaty of the 24th day of December, one thousand eight hundred and eighty-six; || And the Arbitrator pursuant to the fifth clause of said last-named Treaty having delegated his powers to the Honorable George L. Rives, Assistant Secretary of State, who, after examining and considering the said allegations, documents and answers, has made his report in writing thereon to the Arbitrator; Now therefore I, Grover Cleveland, President of the United States of America, do hereby make the following decision and award.

First. The above-mentioned Treaty of Limits signed on the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight, is valid.

Second. The Republic of Costa Rica under said Treaty and the stipulations contained in the sixth article thereof, has not the right of navigation of the River San Juan with vessels of war; but she may navigate said river with such vessels of the Revenue Service as may be related to and connected with her enjoyment of the "purposes of commerce" accorded to her in said article, or as may be necessary to the protection of said enjoyment.

Third. With respect to the points of doubtful interpretation communicated as aforesaid by the Republic of Nicaragua, I decide as follows: || 1. The boundary line between the Republics of Costa Rica and Nicaragua, on the Atlantic side, begins at the extremity of Punta de Castilla at the mouth of the San Juan de Nicaragua River, as they both existed on the 15th day of April, 1858. The ownership of any accretion to said Punta de Castilla is to be governed by the laws applicable to that subject. || 2. The central point of

the Salinas Bay is to be fixed by drawing a straight line across the mouth of the Bay and determining mathematically the centre of the closed geometrical figure formed by such straight line and the shore of the Bay at low-water mark. || 3. By the central point of Salinas Bay is to be understood the centre of the geometrical figure formed as above stated. The limit of the Bay towards the ocean is a straight line drawn from the extremity of Punta Arranca Barba, nearly true South to the Westernmost portion of the land about Punta Sacate. || 4 The Republic of Costa Rica is not bound to concur with the Republic of Nicaragua in the expences necessary to prevent the Bay of San Juan del Norte from being obstructed; to keep the navigation of the River or Port free and unembarrassed, or to improve it for the common benefit. || 5. The Republic of Costa Rica is not bound to contribute any proportion of the expenses that may be incurred by the Republic of Nicaragua for any of the purposes above mentioned. || 6. The Republic of Costa Rica cannot prevent the Republic of Nicaragua from executing at her own expense and within her own territory such works of improvement, provided such works of improvement do not result in the occupation or flooding or damage of Costa Rica territory, or in the destruction or serious impairment of the navigation of the said River or any of its branches at any point where Costa Rica is entitled to navigate the same. The Republic of Costa Rica has the right to demand indemnification for any places belonging to her on the right bank of the River San Juan which may be occupied without her consent, and for any lands on the same bank which may be flooded or damaged in any other way in consequence of works of improvement. || 7. The branch of the River San Juan known as the Colorado River must not be considered as the boundary between the Republics of Costa Rica and Nicaragua in any part of its course. || 8. The right of the Republic of Costa Rica to the navigation of the River San Juan with men-of-war or revenue cutters is determined and defined in the Second Article of this award. || 9. The Republic of Costa Rica can deny to the Republic of Nicaragua the right of deviating the waters of the River San Juan in case such deviation will result in the destruction or serious impairment of the navigation of the said River or any of its branches at any point where Costa Rica is entitled to navigate the same. || 10. The Republic of Nicaragua remains bound not to make any grants for canal purposes across her territory without first asking the opinion of the Republic of Costa Rica, as provided in Article VIII of the Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight. The natural rights of the Republic of Costa Rica alluded to in the said stipulation are the rights which, in view of the boundaries fixed by the said Treaty of Limits, she possesses in the soil thereby recognized as belonging exclusively to her; the rights which she possesses in the harbors of San Juan del Norte and Salinas Bay; and the rights which she possesses in so much of the River San Juan as lies more than three English miles below Castillo Viejo, measuring from

Nr. 9582.  
Central-  
Amerika.  
24. Dec. 1886.

the exterior fortifications of the said castle as the same existed in the year 1858; and perhaps other rights not here particularly specified. These rights are to be deemed injured in any case where the territory belonging to the Republic of Costa Rica is occupied or flooded; where there is an encroachment upon either of the said harbors injurious to Costa Rica; or where there is such an obstruction or deviation of the River San Juan as to destroy or seriously impair the navigation of the said River or any of its branches at any point where Costa Rica is entitled to navigate the same. || 11. The Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight does not give to the Republic of Costa Rica the right to be a party to grants which Nicaragua may make for inter-oceanic canals; though in cases where the construction of the canal will involve an injury to the natural rights of Costa Rica, her opinion or advice, as mentioned in Article VIII of the Treaty, should be more than "advisory" or "consultative." It would seem in such cases that her consent is necessary, and that she may thereupon demand compensation for the concessions she is asked to make; but she is not entitled as a right to share in the profits that the Republic of Nicaragua may reserve for herself as a compensation for such favors and privileges as she, in her turn, may concede.

In testimony whereof, I have hereunto set my hand and have caused the Seal of the United States to be hereunto affixed. || Done etc. 22th March 1888.

Grover Cleveland.

---

# Tod Kaiser Wilhelms und Friedrichs.

## Doppelter Thronwechsel.

Nr. 9583. **DEUTSCHLAND.** — Bekanntmachung des Todes Kaiser Wilhelms durch das Staatsministerium. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

Bekanntmachung. — Es hat Gott gefallen, Se. Majestät den Kaiser und König, unseren Allergnädigsten Herrn, nach kurzem Krankenlager heute 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Morgens im achtundzwanzigsten Jahre Seiner reich gesegneten Regierung aus dieser Zeitlichkeit abzurufen. || Mit dem königlichen Hause betrauert unser gesamtes Volk den Hintritt des allgeliebten ehrwürdigen Herrschers, dessen Weisheit so lange über seinen Geschicken in Krieg und Frieden ruhmreich gewaltet hat. || Berlin, den 9. März 1888. || Das Staats-Ministerium.

Nr. 9583.  
Deutschland.  
9. März 1888.

---

Nr. 9584. **DEUTSCHLAND.** — Proklamation Kaiser Friedrichs. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

An Mein Volk! || Aus Seinem glorreichen Leben schied der Kaiser. || In dem vielgeliebten Vater, den Ich beweine, und um den mit Mir Mein königliches Haus in tiefstem Schmerze trauert, verlor Preussens treues Volk seinen ruhmgekrönten König, die deutsche Nation den Gründer ihrer Einigung, das wiedererstandene Reich den ersten deutschen Kaiser! || Unzertrennlich wird Sein hehrer Name verbunden bleiben mit aller Grösse des deutschen Vaterlandes, in dessen Neubegründung die ausdauernde Arbeit von Preussens Volk und Fürsten ihren schönsten Lohn gefunden hat. || Indem König Wilhelm mit nie ermüdender landesväterlicher Fürsorge das preussische Heer auf die Höhe seines ernstesten Berufes erhob, legte Er den sicheren Grund zu den unter Seiner Führung errungenen Siegen der deutschen Waffen, aus denen die nationale Einigung hervorging. Er sicherte dadurch dem Reiche eine Machtstellung, wie sie bis dahin jedes deutsche Herz ersehnt, aber kaum zu erhoffen gewagt hatte. || Und was Er in heissem, opfervollem Kampfe seinem Volke errungen, das war Ihm beschieden durch lange Friedens-Arbeit mühevoller Regierungsjahre zu befestigen und segensreich zu fördern. || Sicher in seiner eigenen Kraft ruhend, steht Deutschland geachtet im Rathe der Völker und begehrt nur, des Gewonnenen in friedlicher Entwicklung froh zu werden. || Dass

Nr. 9584.  
Deutschland.  
12. März 1888.



Nr. 9584.  
Deutschland.  
12. März 1888. dem so ist, verdanken wir Kaiser Wilhelm, Seiner nie wankenden Pflichttreue, Seiner unablässigen, nur dem Wohle des Vaterlandes gewidmeten Thätigkeit, gestützt auf die von dem preussischen Volke unwandelbar bewiesene und von allen deutschen Stämmen getheilte opferfreudige Hingebung.

Auf Mich sind nunmehr alle Rechte und Pflichten übergegangen, die mit der Krone Meines Hauses verbunden sind, und welche Ich in der Zeit, die nach Gottes Willen Meiner Regierung beschieden sein mag, getreulich wahrzunehmen entschlossen bin. || Durchdrungen von der Grösse Meiner Aufgabe, wird es Mein ganzes Bestreben sein, das Werk in dem Sinne fortzuführen, in dem es begründet wurde, Deutschland zu einem Horte des Friedens zu machen und in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen sowie mit den verfassungsmässigen Organen des Reiches wie Preussens, die Wohlfahrt des deutschen Landes zu pflegen. || Meinem getreuen Volke, das durch eine Jahrhunderte lange Geschichte in guten wie schweren Tagen zu Meinem Hause gestanden, bringe Ich Mein rückhaltloses Vertrauen entgegen. Denn Ich bin überzeugt, dass auf dem Grunde der untrennbaren Verbindung von Fürst und Volk, welche, unabhängig von jeglicher Veränderung im Staatenleben, das unvergängliche Erbe des Hohenzollernstammes bildet, Meine Krone allezeit ebenso sicher ruht, wie das Gedeihen des Landes, zu dessen Regierung Ich nunmehr berufen bin, und dem Ich gelobe, ein gerechter und in Freud wie Leid ein treuer König zu sein. || Gott wolle Mir Seinen Segen und Kraft zu diesem Werke geben, dem fortan Mein Leben geweiht ist! || Berlin, den 12. März 1888. || Friedrich.

Nr. 9585. **DEUTSCHLAND:** — Erlass Kaiser Friedrichs an den Reichskanzler und Präsidenten des Staats-Ministeriums. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

Nr. 9585.  
Deutschland.  
12. März 1888. Mein lieber Fürst! || Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfniss, Mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters, zu wenden. Sie sind der treue und muthvolle Rathgeber gewesen, der den Zielen Seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat. || Ihnen bin ich und bleibt Mein Haus zu warmem Dank verpflichtet. || Sie haben daher ein Recht, vor Allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung meiner Regierung maassgebend sein sollen.

Die Verfassungs- und Rechts-Ordnungen des Reiches und Preussens müssen vor Allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es sind daher die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlasst. || Die Förderung der Aufgaben der Reichsregierung muss die festen Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preussische Staat sicher geruht hat. || Im Reiche sind die verfassungsmässigen Rechte aller verbündeten



Regierungen ebenso gewissenhaft zu achten, wie die des Reichstags; aber von Beiden ist eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen. Dabei ist im Auge zu behalten, dass diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und dass neu hervortretenden, unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maasse Genüge geleistet werden muss. || Die nothwendige und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben sehe Ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes, Meines erprobten Heeres und der aufblühenden Marine, der durch Gewinnung überseeischer Besitzungen ernste Pflichten erwachsen sind. Beide müssen jederzeit auf der Höhe der Ausbildung und der Vollendung der Organisation erhalten werden, welche deren Ruhm begründet hat, und welche deren fernere Leistungsfähigkeit sichert. || Ich bin entschlossen, im Reiche und in Preussen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen von Reichs- und Landes-Verfassung zu führen. Dieselben sind von Meinen Vorfahren auf dem Throne in weiser Erkenntniß der unabweisbaren Bedürfnisse und zu lösenden schwierigen Aufgaben des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens begründet worden und müssen allseitig geachtet werden, um ihre Kraft und segensreiche Wirksamkeit bethätigen zu können.

Ich will, dass der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Unterthanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein Jeglicher unter ihnen steht meinem Herzen gleich nahe — haben doch Alle gleichmässig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt.

Einig mit den Anschauungen Meines Kaiserlichen Herrn Vaters, werde Ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirthschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Missstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Uebeln der Gesellschaft ein Ende zu machen. || Mit den sozialen Fragen eng verbunden erachte Ich die der Erziehung der heranwachsenden Jugend zugewandte Pflege. Muss einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, dass durch Halb- bildung ernste Gefahren geschaffen, dass Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirthschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder dass durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe. || Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirthschaftlicher Bewegung, durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung Einzelner, für die Gesammtheit erwachsen. Es ist Mein Wille, dass keine

Nr. 9585.  
Deutschland.  
12. März 1888.

Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, dass der Versuchung zu unverhältnissmässigem Aufwande entgegengetreten werde. || Jedem Vorschlage finanzieller Reformen ist Meine vorurtheilsfreie Erwägung im voraus gesichert, wenn nicht die in Preussen altbewährte Sparsamkeit die Auflegung neuer Lasten umgeben und eine Erleichterung bisheriger Anforderungen herbeiführen lässt. || Die grösseren und kleineren Verbänden im Staate verliehene Selbstverwaltung halte Ich für erspriesslich. Dagegen stelle ich es zur Prüfung: ob nicht das diesen Verbänden gewährte Recht der Steuer-Auflagen, welches von ihnen ohne hinreichende Rücksicht auf die gleichzeitig von Reich und Staat ausgehende Belastung geübt wird, den Einzelnen unverhältnissmässig beschweren kann.

In gleicher Weise wird zu erwägen sein, ob nicht in der Gliederung der Behörden eine vereinfachende Aenderung zulässig erscheint, in welcher die Verminderung der Zahl der Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge ermöglichen würde.

Gelingt es, die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten, so wird es Mir zu besonderer Genugthuung gereichen, die Blüthe, welche deutsche Kunst und Wissenschaft in so reichem Maasse zeigt, zu voller Entfaltung zu bringen.

Zur Verwirklichung dieser Meiner Absichten rechne Ich auf Ihre so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung Ihrer bewährten Erfahrung. || Möge es Mir beschieden sein, dergestalt unter einmüthigem Zusammenwirken der Reichsorgane, der hingebenden Thätigkeit der Volksvertretung, wie aller Behörden, und durch vertrauensvolle Mitarbeit sämtlicher Klassen der Bevölkerung Deutschland und Preussen zu neuen Ehren in friedlicher Entwicklung zu führen! || Unbekümmert um den Glanz rühmbringender Grossthaten, werde Ich zufrieden sein, wenn dereinst von Meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei Meinem Volke wohlthätig, Meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen! || Berlin, den 12. März 1888. || Ihr wohlgeneigter Friedrich.

Nr. 9586. **ITALIEN.** — Condolenztelegramm des ital. Ministerpräsidenten an den deutschen Reichskanzler\*). — [Nordd. Allg. Ztg. v. 13. März.]

Nr. 9586.  
Italien.  
13. März 1888.

Son Altesse le Prince de Bismarck, || chancelier de l'Empire, || Berlin. || La douleur qu'éprouve l'Allemagne et que Votre Altesse doit si vivement ressentir, par suite de la mort de l'empereur Guillaume le victorieux, trouve un écho profond dans le coeur des Italiens. Nous admirions la vaillante et

\*) Die aus Anlass des Heimgangs Kaiser Wilhelms zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österr. Min. d. Ausw. gewechselten Depeschen sind bereits auf S. 118 dieses Bandes zum Abdruck gekommen.

glorieuse vieillesse du souverain dont vous avez été pendant vingt-sept ans le conseiller et le collaborateur dévoué. Nous aimions en lui l'ami sage et fidèle de nos rois et de notre pays\*). Le vide, que laisse sa disparition dans les circonstances actuelles, pourrait effrayer le monde et nous troubler, si nous ne savions sur quelles bases inébranlables son règne a placé l'Allemagne. En s'éteignant chargé d'années et de gloire, votre grand Empereur aura eu la consolation suprême de laisser sa patrie forte et prospère, puissante et redoutée. || J'adresse à Votre Altesse, au nom du gouvernement du Roi et au mien, l'expression d'une douleur sincèrement partagée et les vœux les plus ardents pour la durée et la grandeur du nouveau règne.

Crispi.

**Nr. 9587. RUSSLAND.** — Beisetzungsreise des Grossfürsten-Thronfolgers als Garantie für die weiteren friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. — [Petersburg. Regierungsbote v. 13. März, übers. im Memorial diplomatique.

L'empereur a chargé le grand-duc héréditaire de le représenter aux obsèques de l'empereur Guillaume. C'est la première fois que Son Altesse Impériale se rend à l'étranger pour représenter son père. || Le grand-duc héréditaire ira à Berlin pour exprimer les souhaits que le tzar fait pour le nouveau souverain allemand, et pour rendre à la mémoire de l'empereur Guillaume les hommages qui lui sont dus; mais son voyage indiqué, en outre, que les liens formés par l'étroite amitié et la confiance réciproque qui unissent depuis si longtemps les deux Maisons souveraines et auxquelles l'empereur Guillaume est resté fidèle jusqu'au dernier soupir, ne deviendront pas moins solides sous le règne du nouveau souverain allemand. || Ces liens continueront à garantir le maintien des relations pacifiques qui existent entre la Russie et l'Allemagne et qui sont indispensables à la prospérité des deux empires et contribuent à un si haut degré à écarter toute complication internationale.

**Nr. 9588. DEUTSCHLAND.** — Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an den Reichstag. — [Reichstagsber.]

Wir, Friedrich von Gottes Gnaden, deutscher Kaiser, König von Preussen etc. etc. etc., thun kund und fügen hiemit zu wissen:

\*) In gleichem Sinne äusserte sich der Ministerpräsident im Senat bei der Verkündigung des Todes Kaiser Wilhelms: ... „Unsere beiden Nationen, unsere beiden Dynastien waren verbunden durch die Gemeinsamkeit errungener Freiheit und wiedergewonnener Unabhängigkeit. Das Haus Hohenzollern und die Dynastie Savoyen haben beide die Aufgabe gehabt, eine Nation aufzurichten. Wir theilen wie eine nationale Trauer die Trauer Deutschlands.“

A. d. R.

Nr. 9588.  
Deutschland.  
15. März 1888.

Durch den nach Gottes Ratschlusse erfolgten Hintritt Unseres geliebten Herrn Vaters ist mit der preussischen Krone die deutsche Kaiserwürde auf Uns übergegangen. Wir haben die mit derselben verbundenen Rechte und Pflichten in dem Entschlusse übernommen, die Reichsverfassung unverbrüchlich zu beobachten und aufrechtzuerhalten und demgemäss die verfassungsmässigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten und des Reichstages gewissenhaft zu achten und zu wahren. Im Bewusstsein der mit der Kaiserlichen Würde Uns überkommenen hohen Aufgabe werden Wir nach dem Vorbilde Unseres unvergesslichen Herrn Vaters jederzeit darauf bedacht sein, in Gemeinschaft mit den Uns verbündeten Fürsten und freien Städten unter der verfassungsmässigen Mitwirkung des Reichstages Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen, die Ehre des Reiches zu wahren, den Frieden nach aussen und im Innern zu erhalten und die Wohlfahrt des Volkes zu pflegen.

Durch die einmütige Bereitwilligkeit, mit welcher der Reichstag den auf die Fortbildung der vaterländischen Wehrkraft behufs Sicherstellung des Reiches gerichteten Vorschlägen der verbündeten Regierungen zugestimmt hat, ist des Hochseligen Kaisers Majestät noch in den letzten Tagen Seines Lebens hoch erfreut und gestärkt worden; Ihm ist es nicht mehr vergönnt gewesen, dem Reichstage Seinen Kaiserlichen Dank für diese Beschlüsse auszudrücken. Um so mehr ist es Uns Bedürfnis, dieses Vermächtnis des in Gott ruhenden Kaiserlichen Herrn dem Reichstage zu übermitteln und dem letzteren auch Unseren Dank und Unsere Anerkennung für die bei diesem Anlass aufs neue bewiesene patriotische Hingebung auszusprechen.

In zuversichtlichem Vertrauen auf diese Hingebung und die bewährte Vaterlandsliebe des gesamten Volks und seiner Vertreter legen Wir die Zukunft des Reiches in Gottes Hand.

Gegeben Charlottenburg, den 15. März 1888.

Friedrich.

von Bismarck.

**Nr. 9589. DEUTSCHLAND.** — Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an die beiden Häuser des Landtags. — [Stenogr. Bericht des Abg.-H.]

Nr. 9589.  
Deutschland.  
17. März 1888.

Wir, Friedrich von Gottes Gnaden, König von Preussen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem es Gott gefallen hat, nach dem Hinscheiden Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm, Unseres vielgeliebten Herrn Vaters, Uns auf den Thron Unserer Vorfahren an der Krone zu berufen, entbieten Wir dem Landtage Unserer Monarchie Unseren Gruss.

Die Gesinnungen und Absichten, in welchen Wir Unsere Regierung an-



Nr. 9590.  
Deutschland.  
15. März 1888.

den Zeiten Unserer Vorfahren gewesen ist, bevor diese deutschen Lande aus der uralten und ruhmvollen Verbindung mit ihren Stammesgenossen und Landesleuten losgerissen wurden. Wir befehlen, diesen Erlass durch das Gesetzblatt zu verkünden.

Gegeben Charlottenburg, den 15. März 1888.

gez. Friedrich.  
gegegenz. Fürst von Hohenlohe.

**Nr. 9591. DEUTSCHLAND.** — Bekanntmachung des Todes Kaiser Friedrichs durch das Staatsministerium. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

Nr. 9591.  
Deutschland.  
15. Juni 1888.

Der königliche Dulder hat vollendet. Nach Gottes Rathschluss ist Se. Majestät der Kaiser und König Friedrich, unser allergnädigster Herr, nach langen, schweren, mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit und Ergebung in den göttlichen Willen getragenen Leiden heute kurz nach 11 Uhr vormittags zur ewigen Ruhe eingegangen. Tief betrauert das königliche Haus und unser in so kurzer Zeit zum zweitenmal verwaistes Volk den allzu frühen Hintritt des vielgeliebten Herrschers.

Berlin, 15. Juni 1888.

Das Staatsministerium.

**Nr. 9592. DEUTSCHLAND.** — Erlass Kaiser Wilhelms II. an die Armee und Marine. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

I.

Nr. 9592.  
Deutschland.  
15. Juni 1888.

Während die Armee soeben erst die äusseren Trauerzeichen für ihren auf alle Zeiten in den Herzen fortlebenden Kaiser und König Wilhelm I., Meinen hochverehrten Grossvater, ablegte, erleidet sie durch den heute vormittags 11 Uhr 5 Minuten erfolgten Tod Meines teuren, innig geliebten Vaters, des Kaisers und Königs Friedrich III. Majestät, einen neuen schweren Schlag. Es sind wahrlich ernste Trauertage, in denen Mich Gottes Fügung an die Spitze der Armee stellt, und es ist in der That ein tiefbewegtes Herz, aus welchem Ich das erste Wort an Meine Armee richte. Die Zuversicht aber, mit welcher Ich an die Stelle trete, an die Mich Gottes Wille beruft, ist unerschütterlich fest; denn Ich weiss, welchen Sinn für Ehre und Pflicht Meine glorreichen Vorfahren in die Armee gepflanzt haben, und Ich weiss, in wie hohem Maasse sich dieser Sinn immer und zu allen Zeiten bewährt hat. In der Armee ist die feste, unverbrüchliche Zugehörigkeit zum Kriegsherrn das Erbe, welches vom Vater auf den Sohn, von Generation zu Generation geht; und ebenso verweise Ich auf Meinen, euch allen vor Augen stehenden Grossvater, das Bild des glorreichen und ehrwürdigen Kriegsherrn, wie es schöner und zum Herzen sprechender nicht gedacht werden kann, auf Meinen teuren



Vater, der sich schon als Kronprinz eine Ehrenstelle in den Annalen der Armee erwarb, und auf eine lange Reihe ruhmvoller Vorfahren, deren Namen hell in der Geschichte leuchten und deren Herzen warm für die Armee schlugen. So gehören wir zusammen — Ich und die Armee —, so sind wir für einander geboren, und so wollen wir unaufhörlich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Willen Friede oder Sturm sein. Ihr werdet Mir jetzt den Eid der Treue und des Gehorsams schwören — und Ich gelobe, stets dessen eingedenk zu sein, dass die Augen Meiner Vorfahren aus jener Welt auf Mich herniedersehen, und dass Ich ihnen dermaleinst Rechenschaft über den Ruhm und die Ehre der Armee abzulegen haben werde!

Schloss Friedrichskron, den 15. Juni 1888.

Wilhelm.

## II.

Ich mache der Marine mit tiefbewegtem Herzen bekannt, dass Mein geliebter Vater, Se. Majestät der deutsche Kaiser und König von Preussen Friedrich III., heute vormittags 11 Uhr 5 Minuten sanft in dem Herrn entschlafen ist und dass Ich, an die Mir durch Gottes Willen bestimmte Stelle tretend, die Regierung der Mir angestammten Lande und somit auch den Oberbefehl über die Marine übernommen habe. Es ist wahrlich eine tiefernste Zeit, in der Ich das erste Wort an die Marine richte. Soeben erst sind die äusseren Trauerzeichen für Meinen unvergesslichen, teuren Grossvater, den Kaiser Wilhelm I., abgelegt worden, der noch im vorigen Jahre bei seiner Anwesenheit in Kiel seine lebhafteste Befriedigung und Anerkennung über die Entwicklung der Marine unter seiner glorreichen Regierung in den wärmsten Worten aussprach —, und schon senken sich die Flaggen wieder für Meinen vielgeliebten Vater, welcher so grosse Freude und so lebhaftes Interesse an dem Wachsen und den Fortschritten der Marine hatte. Die Zeit ernster und wahrhafter Trauer stärkt und festigt aber den Sinn und die Herzen der Menschen, und so wollen wir — das Bild Meines Grossvaters und Meines Vaters treu im Herzen haltend — getrost in die Zukunft sehen. Die Marine weiss, dass es Mich nicht nur mit grosser Freude erfüllt hat, ihr durch ein äusseres Band anzugehören, sondern dass Mich seit frühester Jugend in voller Uebereinstimmung mit Meinem lieben Bruder, dem Prinzen Heinrich von Preussen, ein lebhaftes und warmes Interesse mit ihr verbindet. Ich habe den hohen Sinn für Ehre und für treue Pflichterfüllung kennen gelernt, der in der Marine lebt. Ich weiss, dass jeder bereit ist, mit seinem Leben freudig für die Ehre der deutschen Flagge einzustehen, wo immer es sei. Und so kann Ich es in dieser ersten Stunde mit voller Zuversicht aussprechen, dass wir fest und sicher zusammenstehen werden in guten und in bösen Tagen, im Sturm wie im Sonnenschein, immer eingedenk des Ruhmes des deutschen Vaterlandes und immer bereit, das Herzblut für die Ehre der deutschen Flagge zu geben. Bei solchem Streben wird Gottes Segen mit uns sein.

Schloss Friedrichskron, den 15. Juni 1888.

Wilhelm.



**Nr. 9593. PREUSSEN.** — Proklamation König Wilhelms II. —  
[Reichs- und Staatsanzeiger.]

An Mein Volk!

Nr. 9593.  
Preussen.  
18. Juni 1888.

Gottes Ratschluss hat über uns aufs neue die schmerzlichste Trauer verhängt. Nachdem die Gruft über der sterblichen Hülle Meines unvergesslichen Herrn Grossvaters sich kaum geschlossen hat, ist auch Meines heissgeliebten Herrn Vaters Majestät aus dieser Zeitlichkeit zum ewigen Frieden abgerufen worden. Die heldenmütige, aus christlicher Ergebung erwachsende Thatkraft, mit der er seinen königlichen Pflichten ungeachtet seines Leidens gerecht zu werden wusste, schien der Hoffnung Raum zu geben, dass er dem Vaterlande noch länger erhalten bleiben werde. Gott hat es anders beschlossen. Dem königlichen Dulder, dessen Herz für alles Grosse und Schöne schlug, sind nur wenige Monate beschieden gewesen, um auch auf dem Throne die edlen Eigenschaften des Geistes und Herzens zu bethätigen, welche ihm die Liebe seines Volkes gewonnen haben. Der Tugenden, die ihn schmückten, der Siege, die er auf den Schlachtfeldern einst errungen hat, wird dankbar gedacht werden, so lange deutsche Herzen schlagen, und unvergänglicher Ruhm wird seine ritterliche Gestalt in der Geschichte des Vaterlandes verklären.

Auf den Thron meiner Väter berufen, habe Ich die Regierung im Aufblicke zu dem Könige aller Könige übernommen und Gott gelobt, nach dem Beispiel meiner Väter meinem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrängten ein Helfer, dem Rechte ein treuer Wächter zu sein.

Wenn Ich Gott um Kraft bitte, diese königlichen Pflichten zu erfüllen, die sein Wille Mir auferlegt, so bin Ich dabei von dem Vertrauen zum preussischen Volke getragen, welches der Rückblick auf unsere Geschichte Mir gewährt. In guten und in bösen Tagen hat Preussens Volk stets treu zu seinem König gestanden. Auf diese Treue, deren Band sich Meinen Vatern gegenüber in jeder schweren Zeit und Gefahr als unzerreissbar bewährt hat, zähle auch Ich in dem Bewusstsein, dass Ich sie aus vollem Herzen erwidere als treuer Fürst eines treuen Volkes, beide gleich stark in der Hingebung für das gemeinsame Vaterland.

Diesem Bewusstsein der Gegenseitigkeit der Liebe, welche Mich mit Meinem Volke verbindet, entnehme Ich die Zuversicht, dass Gott Mir Kraft und Weisheit verleihen werde, Meines königlichen Amtes zum Heile des Vaterlandes zu walten.

Potsdam, 18. Juni 1888.

Wilhelm.

Nr. 9594. DEUTSCHLAND. — Thronrede Kaiser Wilhelms II. an den Reichstag. — [Reichstagsber.]

Geehrte Herren! Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiss, dass Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Thatsache, dass Ich drei Monate nach dem Hintritte weiland Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Theilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen sein Wille Mich berufen hat. Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen und dem auch Meines hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Bethätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem deutschen Volke zu verkünden, dass Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein hochseliger Herr Grossvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Dass auch Mir dies gelinge, steht bei Gott; erstreben will Ich es in ernster Arbeit. Die wichtigsten Aufgaben des deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung nach aussen, und im Innern in der Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung; sie zu wahren und zu schirmen in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. An der Gesetzgebung des Reiches habe Ich nach der Verfassung mehr in Meiner Eigenschaft als König von Preussen wie in der des deutschen Kaisers mitzuwirken; aber in beiden wird es Mein Bestreben sein, das Werk der Reichsgesetzgebung in dem gleichen Sinne fortzuführen, wie Mein hochseliger Herr Grossvater es begonnen hat. Insbesondere eigne Ich Mir die von ihm am 17. November 1881 erlassene Botschaft ihrem vollen Umfange nach an und werde im Sinne derselben fortfahren, dahin zu wirken, dass die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie im Anschlusse an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann. Ich hoffe, dass es gelingen werde, auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen, und hege die Zuversicht, dass Ich zur Pflege unserer inneren Wohlfahrt die einhellige Unterstützung aller treuen Anhänger des Reiches und der verbündeten

Nr. 9594.  
Deutschland.  
25. Juni 1888.

Regierungen finden werde, ohne Trennung nach gesonderter Parteistellung. Ebenso aber halte Ich für geboten, unsere staatliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Bahnen der Gesetzlichkeit zu erhalten und allen Bestrebungen, welche den Zweck und die Wirkung haben, die staatliche Ordnung zu untergraben, mit Festigkeit entgegenzutreten.

In der auswärtigen Politik bin Ich entschlossen, Frieden zu halten, mit jedermann, so viel an Mir liegt. Meine Liebe zum deutschen Heere und Meine Stellung zu demselben werden Mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder auf dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit ist. Unser Heer soll uns den Frieden sichern und, wenn er uns dennoch gebrochen wird, im stande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Das wird es mit Gottes Hilfe vermögen nach der Stärke, die es durch das von Ihnen einmütig beschlossene jüngste Wehrgesetz erhalten hat. Diese Stärke zu Angriffskriegen zu benützen, liegt Meinem Herzen fern. Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhmes noch irgend welcher Eroberungen, nachdem es sich die Berechtigung, als einige und unabhängige Nation zu bestehen, endgültig erkämpft hat.

Unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn ist öffentlich bekannt. Ich halte an demselben in deutscher Treue fest, nicht bloss, weil es geschlossen ist, sondern weil Ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichts erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war. Gleiche geschichtliche Beziehungen und gleiche nationale Bedürfnisse der Gegenwart verbinden uns mit Italien. Beide Länder wollen die Segnungen des Friedens festhalten, um in Ruhe der Befestigung ihrer neu gewonnenen Einheit in der Ausbildung ihrer nationalen Institutionen und der Förderung ihrer Wohlfahrt zu leben. Unsere mit Oesterreich-Ungarn und Italien bestehenden Verabredungen gestatten Mir zu Meiner Befriedigung die sorgfältige Pflege Meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Russland und der seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche, welche Meinen eigenen Gefühlen ebenso wie den Interessen Deutschlands entspricht. In der gewissenhaften Pflege des Friedens stelle Ich Mich ebenso bereitwillig in den Dienst des Vaterlandes wie in der Sorge für das Kriegsheer und freue Mich der traditionellen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, durch welche Mein Bestreben in ersterer Richtung befördert wird. Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, dass es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter der Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.

---

Nr. 9595. **PREUSSEN.** — Thronrede König Wilhelms II. an beide Häuser des Landtags. — [Sitzungsber. d. Abg.-Haus.] Nr. 9595.  
Preussen.  
25. Juni 1888.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! In trüber Zeit heisse Ich Sie zum erstenmale von dieser Stelle aus willkommen. Nur wenige Monate hat das Scepter in Meines dahingeshiedenen Vaters Hand geruht, aber lange genug, um zu erkennen, welchen Herrscher das Vaterland in ihm verloren hat. Die Hoheit seiner Erscheinung, der Adel seiner Gesinnung, sein ruhmvoller Anteil an den grossen Geschicken des Vaterlandes und der Heldenmut christlicher Ergebung, mit dem er gegen die Todeskrankheit kämpfte, haben ihm im Herzen seines Volkes ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Für die ungezählten Beweise treuen Gedenkens und liebevoller Teilnahme, welche Mir in diesen für Mich so schweren Tagen zugegangen sind, sage Ich Allen, die Mir mit ihrem Troste genah sind, Meinen königlichen Dank. Nachdem durch Meines Herrn Vaters Heimgang die Krone Meiner Vorfahren auf Mich übergegangen ist, war es Mir ein Bedürfnis, bei dem Beginne Meiner Regierung Sie um Mich zu versammeln und unverweilt vor Ihnen das eidliche Gelöbniß abzulegen, welches die Verfassung vorschreibt. Ich gelobe, dass Ich die Verfassung des Königreiches fest und unverbrüchlich halten und in der Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren will, so wahr Mir Gott helfe!

Geehrte Herren! Kaiser Wilhelm hat in seiner ruhmreichen, von grossen Thaten in Krieg und Frieden erfüllten Regierung das heutige Preussen geschaffen und das Streben unseres Volkes nach nationaler Einheit verwirklicht. Mein in Gott ruhender Vater hat mit derselben Pietät, welche Mich ihm gegenüber beseelt, nach seiner Thronbesteigung sich in den öffentlichen Urkunden, welche sein politisches Vermächtnis darstellen, die Politik und die Werke Meines verewigten Grossvaters angeeignet, und Ich bin entschlossen, ihm auf diesem Wege zu folgen auf dem Gebiete der Regierung Preussens wie auf dem der Reichspolitik. Wie König Wilhelm I. werde Ich Meinem Gelöbniße entsprechend treu und gewissenhaft die Gesetze und die Rechte der Volksvertretung achten und schützen und mit gleicher Gewissenhaftigkeit die verfassungsmässigen Rechte der Krone wahren und ausüben, um sie dereinst Meinem Nachfolger auf dem Throne unverkümmert zu überliefern. Es liegt Mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte zu beunruhigen. Der gesetzliche Bestand Meiner Rechte, so lange er nicht in Frage gestellt wird, genügt, um dem Staatsleben das Maass monarchischer Einwirkung zu sichern, dessen Preussen nach seiner geschichtlichen Entwicklung, nach seiner heutigen Zusammensetzung, nach seiner Stellung im Reiche und nach den Gefühlen und Gewohnheiten des eigenen Volkes bedarf. Ich bin der Meinung, dass unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Verteilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält, und werde sie auch deshalb und nicht nur Meines Gelöbnißes wegen halten und schützen.

Nr. 9595.  
Preussen.  
25. Juni 1888.

Dem Vorbilde Meiner erhabenen Ahnherren folgend, werde Ich es jederzeit als eine Pflicht erachten, allen religiösen Bekenntnissen in Meinem Lande bei der freien Ausübung ihres Glaubens Meinen königlichen Schutz angedeihen zu lassen. Mit besonderer Befriedigung habe Ich es empfunden, dass die neuere kirchenpolitische Gesetzgebung dazu geführt hat, die Beziehungen des Staates zu der katholischen Kirche und deren geistlichem Oberhaupte in einer für beide Teile annehmbaren Weise zu gestalten. Ich werde bemüht sein, den kirchlichen Frieden im Lande zu erhalten.

Die Reform der inneren Verwaltung ist in der letzten Session des Landtages in der Hauptsache zum Abschluss gebracht worden. Die Durchführung der neuen Gesetzgebung hat den Beweis dafür geliefert, dass der Gedanke der ehrenamtlichen Selbstverwaltung in das lebendige Bewusstsein der Bevölkerung übergegangen ist und, dass sich die geeigneten Kräfte bereitwillig in den Dienst des öffentlichen Wohles gestellt haben. Es ist Mein Wille, an dieser wertvollen Errungenschaft festzuhalten und durch Ausgestaltung und Festigung der neuen Institutionen dazu beizutragen, dass dieselben in ihrer erfolgreichen Wirksamkeit dauernd erhalten bleiben. Ich halte in dem Finanzwesen an den altpreussischen Ueberlieferungen fest, welche den Wohlstand des Landes begründet und den Staat auch in schweren Zeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigt haben. Mit Befriedigung darf Ich auf die Finanzlage des Staates blicken, wie Ich dieselbe Dank der Fürsorge Meiner Vorfahren an der Krone bei Meinem Regierungsantritte vorfinde. Diese günstige Lage des Staatshaushaltes hat gestattet, mit der Erleichterung der Steuern der Gemeinden und der minderbegüterten Volksklassen einen erfolgreichen Anfang zu machen. Es ist Mein Wille, dass dieses Ziel weiter verfolgt werde und dass in gleicher Weise dringliche Bedürfnisse, welche bisher wegen der Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel haben zurückgestellt werden müssen, demnächst ihre Befriedigung finden. Die verheerenden Ueberschwemmungen, von welchen in diesem Frühjahre weite und fruchtbare Teile des Landes heimgesucht worden sind, beanspruchen meine volle Teilnahme. Durch die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie reiche Mittel bewilligt haben, ist Meine Regierung in den Stand gesetzt worden, viele der geschlagenen Wunden zu heilen und neue Vorkehrungen zur Abwehr ähnlicher Katastrophen zu treffen. Wenn den hartgeprüften Bewohnern der betroffenen Gegend ein Trost in ihrem Unglücke gewährt werden konnte, so ist derselbe in dem edlen Wetteifer mit der staatlichen Fürsorge zu finden, welcher von allen Ständen und allen Klassen der Bevölkerung und auch der Deutschen im fernen Auslande bethätigt worden ist. Es drängt Mich, allen, die zur Linderung der Not beigesteuert haben, von dieser Stelle aus Meinen Dank auszusprechen.

Geehrte Herren! Sie können am Schlusse einer Legislatur-Periode mit Befriedigung auf die wichtigen Ergebnisse zurückblicken, welche Dank Ihrem einträchtigen Zusammenwirken mit der Regierung erzielt worden sind. Im Rückblicke hierauf vertraue Ich, dass es uns auch in Zukunft gelingen werde,

in gemeinschaftlicher, von gegenseitigem Vertrauen getragener und durch die Verschiedenheit prinzipieller Grundanschauungen nicht gestörter Arbeit die Wohlfahrt des Landes zu fördern. Gehrte Herren! In bewegter Zeit habe Ich die Pflichten Meines königlichen Amtes übernommen; aber Ich trete an die Mir nach Gottes Fügung gestellte Aufgabe mit der Zuversicht des Pflichtgefühls heran und halte Mir dabei das Wort des Grossen Friedrich gegenwärtig, dass in Preussen der König des Staates erster Diener ist.

---

Nr. 9595.  
Preussen.  
25. Juni 1888.



# Deutschland und Frankreich 1887.

## Fall Schnäbele.

Nr. 9596. **DEUTSCHLAND.** — Staatssekretär im Reichsamt des Ausw. Graf Herbert Bismarck, an den französischen Botschafter in Berlin. Erklärung über die Gründe der Freilassung des am 20. April auf deutschem Gebiete wegen Spionage verhafteten französischen Grenzkommissars Schnäbele. — [Veröffentl. in der Nordd. Allg. Ztg. v. 1. Mai 1887.]

Nr. 9596.  
Deutschland.  
28. April 1887.

Auf Grund der Mittheilungen, welche Se. Exzellenz der Herr Botschafter der französischen Republik in Betreff der gerichtlichen Festnahme des französischen Polizeikommissars Schnäbele gemacht hat, sowie in Würdigung der durch den kaiserlichen Geschäftsträger in Paris gemeldeten Mittheilungen des französischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, hat der Unterzeichnete die Angelegenheit des Schnäbele einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Zum Zwecke derselben sind von den beteiligten Gerichtsbehörden die Beweisstücke eingefordert worden, welche sich auf die Veranlassung der Verhaftung des Schnäbele und auf die begleitenden Umstände beziehen.

Die wichtigsten dieser Schriftstücke, vor allem die Aussage des Schnäbele nach seiner Verhaftung und die sämtlichen gerichtlich zu Protokoll genommenen Zeugenaussagen, sind dem Herrn Botschafter der französischen Republik ab-schriftlich mitgetheilt worden. Dieselben ergeben als zweifellos, dass die Verhaftung in ihrem ganzen Verlauf ausschliesslich auf deutschem Gebiet und ohne Ueberschreitung der französischen Grenze vor sich gegangen ist. || Das gerichtliche Verfahren gegen Schnäbele hat das Verbrechen des Landesverrathes, begangen im Gebiete des deutschen Reiches, zum Gegenstande und gründet sich auf vollgültige Beweise seiner Schuld, bestehend in Geständnissen des in gleicher Sache angeklagten Reichsangehörigen Klein und in eigenhändigen, in Metz zur Post gegebenen und von Schnäbele seitdem anerkannten Briefen des Letzteren. Auf Grund der erwiesenen und später von Schnäbele selbst eingestandenen Schuld hat das Reichsgericht befohlen, denselben zu verhaften, sobald er sich auf deutschem Gebiete würde betreten lassen. Dies ist der Fall gewesen am 20. d. M. bei Gelegenheit einer zwischen Schnäbele und dem



deutschen Polizeikommissar Gautsch verabredet gewesenen geschäftlichen Zusammenkunft auf der Grenze. || Die gerichtliche Verurtheilung Schnäbele's wird unter diesen Umständen nicht zweifelhaft sein können und voraussichtlich um so strenger ausfallen, als Schnäbele bei seiner strafbaren Thätigkeit das Ansehen gemissbraucht hat, welches ihm seine Stellung in dem, ein besonderes Maass von gegenseitigem Vertrauen voraussetzenden amtlichen Grenzverkehr beider Länder verlieh. Schnäbele hat das für den internationalen Verkehr unentbehrliche Vertrauen dadurch geschädigt, dass er seine amtliche Stellung im Grenzdienste benutzte, um deutsche Reichsangehörige für Geld zu verbrecherischen Handlungen gegen ihr Vaterland zu verleiten. Durch diesen Amtsmissbrauch wird in den Augen des Gerichtes die Strafbarkeit Schnäbele's erhöht, unabhängig von der Frage, ob derselbe in höherem Auftrage gehandelt hat. Der Unterzeichnete erlaubt sich, diesen Gesichtspunkt für den Fall hervorzuheben, dass Schnäbele nach seiner gegenwärtigen Freilassung von neuem auf deutschem Gebiete betroffen werden sollte, ohne durch vorgängige amtliche Verabredung gegen Verhaftung gedeckt zu sein.

Der Unterzeichnete giebt sich der Hoffnung hin, dass der Herr Botschafter aus den mitgetheilten Aktenstücken die Ueberzeugung schöpfen werde, dass der gerichtliche Haftbefehl gegen Schnäbele wohlbegründet war und dass die Ausführung desselben innerhalb der deutschen und ohne Verletzung französischer Hoheitsrechte stattgefunden hat. Wenn der Unterzeichnete dennoch für seine Pflicht gehalten hat, den Befehl zur Freilassung Schnäbele's von dem Kaiser, seinem Allernädigsten Herrn, zu erbitten, so ist er dabei von der völkerrechtlichen Auffassung geleitet worden, dass Grenzüberschreitungen, welche auf Grund dienstlicher Verabredungen zwischen Beamten benachbarter Staaten erfolgen, jederzeit als unter der stillschweigenden Zusicherung freien Geleites stehend anzusehen seien. Es ist nicht glaublich, dass der deutsche Beamte Gautsch\*) den Schnäbele zu einer Besprechung in der Absicht aufgefordert habe, seine Verhaftung möglich zu machen; es liegen aber Briefe vor, welche beweisen, das Schnäbele, als er verhaftet wurde, sich an der Stelle, wo dies geschah, in Folge einer mit dem diesseitigen Beamten getroffenen Verabredung befand, um gemeinsame amtliche Geschäfte zu erledigen. Wenn die Grenzbeamten bei derartigen Gelegenheiten der Gefahr ausgesetzt wären, auf Grund von Ansprüchen, welche die Gerichte des Nachbarstaates an sie machen, verhaftet zu werden, so würde in der dadurch für sie gebotenen Vorsicht eine Erschwerung der laufenden Grenzgeschäfte liegen, welche mit dem Geiste und den Traditionen der heutigen internationalen Beziehungen nicht in Einklang

\*) Polizeikommissar zu Ars-sur-Moselle. Er hatte in zwei Briefen vom 13. und 16. April Schnäbele aufgefordert, zu einer amtlichen Besprechung zu ihm an die Grenze zu kommen. In einem unterm 30. April an die Pariser Zeitung „Tems“ gerichteten Schreiben verwahrt sich Gautsch gegen die Verwechslung mit dem Kriminalkommissar von Tausch (s. folgte. Nr.) und erklärt, bis zum 20. April keinerlei Kenntniss von dem Verhaftungsbefehle gegen Schnäbele gehabt zu haben.

Nr. 9596.  
Deutschland.  
23. April 1887.

steht. Der Unterzeichnete ist daher der Meinung, dass derartige geschäftliche Zusammenkünfte jeder Zeit als unter dem Schutze gegenseitig zugesicherten freien Geleites stehend gedacht werden sollten. In diesem Sinne hat er, unter voller Anerkennung der Berechtigung des Verfahrens der diesseitigen Gerichte und Beamten, das Sachverhältniss bei Seiner Majestät dem Kaiser, zum Vortrag gebracht; Allerhöchstieselben haben dahin zu entscheiden geruht, dass in Betracht der völkerrechtlichen Motive, welche für unbedingte Sicherstellung internationaler Verhandlungen sprechen, der p. Schnäbele trotz seiner Festnahme auf deutschem Gebiet und trotz der gegen ihn vorliegenden Schuldbeweise in Freiheit zu setzen sei.

Indem der Unterzeichnete dies zur Kenntniss des Herrn Botschafters der französischen Republik bringt, fügt er hinzu, dass die erforderlichen Weisungen zur Haftentlassung des Schnäbele ergangen sind, und bittet Se. Excellenz gleichzeitig die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung entgegenzunehmen.

von Bismarck.

Seiner Excellenz dem ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der französischen Republik Herrn Herbette.

**Nr. 9597. DEUTSCHLAND.** — Mittheilung des Reichsjustizamts an die Norddeutsche Allg. Ztg. Amtliche Darstellung der Gründe für die Verhaftung Schnäbele's und deren Ausführung, zur Berichtigung der namentlich in der französischen Presse verbreiteten falschen Berichte. — [Nordd. Allg. Ztg. v. 28. April 1887.]

Nr. 9597.  
Deutschland.  
28. April 1887.

Im Februar dieses Jahres wurden der Handelsagent Tobias Klein zu Strassburg und der Fabrikant Martin Grebert zu Schiltigheim unter dem Verdachte des Landesverraths verhaftet, und wurde gegen Beide unter der Beschuldigung, „im Inlande in nicht rechtsverjährter Zeit Festungspläne und Nachrichten, von denen sie wussten, dass ihre Geheimhaltung der französischen Regierung gegenüber für das Wohl des deutschen Reiches erforderlich war, dieser Regierung mitgetheilt zu haben“, auf Grund des § 92 Nr. 1 Strafgesetzbuchs die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet. Klein wurde bei seiner Verhaftung im Besitze dreier Briefe gefunden, in welchen Auskunft über die Befestigungsarbeiten zu Strassburg verlangt wird und aus denen sich ergibt, dass der Briefschreiber gleiche Nachrichten bereits aus Metz erhalten hat. Klein legte nach anfänglichem Leugnen auf Vorhalt der gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente, insbesondere nach Vorlegung eines anscheinend von seiner Hand herrührenden, M. Marthe unterzeichneten Schreibens an Hirsch vom 18. August 1882, in welchem über die Armirung der Strassburger Forts nähere Angaben gemacht werden, ein Geständniss ab. Im Jahre 1879 oder 1880 sei er von dem französischen Polizei-Agenten Hirschhauer zu Paris

mit der Spionage in Mainz und Strassburg beauftragt worden. Er habe die ihm von demselben brieflich vorgelegten Fragen, welche sich meist auf die Beschaffenheit, Lage und Construction der Forts von Mainz und Strassburg bezogen, unter der Adresse Hirsch in Paris und unter anderen Adressen beantwortet und habe für seine Thätigkeit bis zu seiner Verhaftung monatlich 200 Mark bezogen. An den Hirschhauer sei er durch den damaligen französischen Grenzpolizei-Beamten Fleuriel zu Avricourt gewiesen worden, welcher Letzterer auch gelegentlich selbst einzelne Sendungen vermittelt habe. Vor etwa zwei Jahren habe ihm Hirschhauer geschrieben, dass er von jetzt ab mit der Sache nichts weiter zu thun habe und ihn an den Obersten Vincent zu Paris, als den Chef des Bureau des renseignements, empfehlen werde; einstweilen solle er seine Briefe an Picard in Nancy adressiren. Letzteres habe er gethan, bis er von dem französischen Polizei-Commissar Schnaeble zu Pagny zu einer Zusammenkunft eingeladen und dabei von diesem aufgefordert worden sei, in Zukunft seine Briefe an Kenzig in Pont-à-Mousson zu adressiren. Dementsprechend habe er seitdem correspondirt. Die bei ihm gefundenen Briefe rührten von Schnaeble her; die eigenthümliche Form der Briefe habe bezweckt, sie im Falle einer etwaigen Beschlagnahme als Familienbriefe erscheinen zu lassen. In Folge des Geständnisses Klein's ertheilte der Untersuchungsrichter dem ihm beigegebenen Criminal-Commissar v. Tausch den Auftrag, auf den des Landesverrathes beschuldigten französischen Polizei-Commissar Schnaeble zu fahnden und ihn, im Falle er das deutsche Gebiet betreten sollte, zu verhaften und vorzuführen. In Ausführung dieses Auftrages ist Schnaeble am 20. d. M. verhaftet worden. Die Verhaftung hat erwiesenermaassen auf deutschem Gebiete stattgefunden. Nachdem Schnaeble bei seiner ersten Vernehmung jede Schuld in Abrede gestellt und behauptet hatte, dass seine Verhaftung auf französischem Gebiete erfolgt sei, hält er die letztere Behauptung nicht mehr bestimmt aufrecht, giebt vielmehr die Möglichkeit eines Irrthums zu und räumt zugleich ein, die fraglichen drei Briefe geschrieben und die als landesverrätherisch gekennzeichnete Correspondenz des Klein vermittelt zu haben. Der von Schnaeble und Klein genannte französische Oberst Vincent ist bei dem Reichsgerichte bereits aus den Landesverraths-Processen wider den dänischen Capitän Sarauw und wider den Redacteur Prohl als Chef des französischen Nachrichten-Bureaus zu Paris bekannt. Der Untersuchungsrichter hat gegen Schnaeble den Haftbefehl wegen Landesverraths auf Grund der §§ 92 Nr. 1 und 47 Strafgesetzbuchs erlassen. Der angeschuldigte Grebert scheint zu französischen Grenzpolizei-Beamten, insbesondere zu dem Polizei-Commissar Gerber zu Avricourt, ähnliche Beziehungen wie Klein zu Schnaeble unterhalten zu haben.

Nr. 9597.  
Deutschland,  
23. April 1887.

## Die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln\*).

Nr. 9598. **GROSSBRITANNIEN-FRANKREICH.** — Vertrag in Bezug auf die Unabhängigkeit der Inseln Huahine, Raiatea und Borabora. [1.]

Nr. 9598.  
Gross-  
britannien-  
Frankreich.  
19. Juni 1847.

S. M. le Roi des Français et S. M. la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, désirant écarter une cause de discussion entre leurs Gouvernements respectifs, au sujet des îles de l'océan Pacifique désignées ci-après, ont cru devoir s'engager réciproquement: || 1<sup>o</sup> A reconnaître formellement l'indépendance des îles de Huahine, Raiatea et Borabora (sous le vent de Tahiti) et des petites îles adjacentes qui dépendent de celles-ci; || 2<sup>o</sup> A ne jamais prendre possession desdites îles ou d'une ou plusieurs d'entre elles, soit absolument, soit à titre de protectorat ou sous aucune autre forme quelconque; || 3<sup>o</sup> A ne jamais reconnaître qu'un Chef ou Prince régnant à Tahiti puisse en même temps régner sur une ou plusieurs des autres îles susdites; et réciproquement qu'un Chef ou Prince régnant dans une ou plusieurs de ces dernières puisse régner en même temps à Tahiti, l'indépendance réciproque des îles désignées ci-dessus et de l'île de Tahiti et dépendances étant posée en principe. || Les soussignés, Ministre Plénipotentiaire de S. M. le Roi des Français près la Cour de Londres et le principal Secrétaire d'État pour les Affaires étrangères de S. M. Britannique, munis des pouvoirs nécessaires, déclarent, en conséquence, par les présentés, que leursdites Majestés prennent réciproquement cet engagement. || En foi de quoi, les soussignés ont signé la présente Déclaration et y ont fait apposer le sceau de leurs armes. || Fait double à Londres, le 19 juin de l'an de grâce 1847.

Signé: Jarnac. || Palmerston.

---

\*) Die folgenden Aktenstücke sind entnommen dem Gelbbuch: Affaires des Nouvelles-Hébrides et des Îles-sous-le-vent de Tahiti (1887).

---

Nr. 9599. **FRANKREICH.** — Marquis d'Harcourt, französischer Botschafter in London, an Lord Derby, Staatssekretär des Ausw. — Anfrage über die Stellung der grossbritannischen Regierung zur Unabhängigkeit der Neuen Hebriden. [2.]

Londres, le 15 janvier 1878.

Monsieur le Comte, il s'est établi entre l'île de la Nouvelle-Calédonie et le groupe des Nouvelles-Hébrides des rapports d'ordre commercial qui se sont rapidement développés en raison de leur voisinage et qui présentent pour la prospérité de notre établissement colonial une importance considérable. || Mon Gouvernement, qui attache beaucoup de prix à ce que ces relations continuent sur le même pied, se préoccupe, dans une certaine mesure, d'un mouvement d'opinion qui se serait produit en Australie dans ces derniers temps. Les journaux de ce pays auraient dénoncé l'intention qu'ils attribuent à la France, de réunir les Nouvelles-Hébrides à ses possessions, et demanderaient qu'afin de prévenir cette éventualité, l'archipel dont il s'agit fût placé sous la souveraineté de la Couronne d'Angleterre. || Sans attacher à ce mouvement de l'opinion une très grande importance, mon Gouvernement tient toutefois à déclarer que, pour ce qui le concerne, il n'a pas le projet de porter atteinte à l'indépendance des Nouvelles-Hébrides, et il serait heureux de savoir que, de son côté, le Gouvernement de Sa Majesté est également disposé à la respecter.

d'Harcourt.

Nr. 9599.  
Frankreich.  
15. Jan. 1878.

Nr. 9600. **GROSBRIANNIEN.** — Lord Derby an Marquis d'Harcourt. — Bereitwilligkeit der grossbritannischen Regierung, die Unabhängigkeit der Neuen Hebriden zu erhalten. [3.]

Foreign Office, february 26<sup>th</sup> 1878.

Monsieur l'Ambassadeur, with reference to the Note which Your Excellency did me the honour to address to me, on the 18<sup>th</sup> ultimo stating, in consequence of certain articles which had appeared in the Australian papers, that the french Government had no intention of interfering with the independence of the New Hebrides islands, and requesting a similar assurance on the part of Her Majesty's Government, I have the honour to state to Your Excellency that her Majesty's Government have no intention of proposing any measures to Parliament with a view of changing the condition of independence which the New Hebrides islands now enjoy.

Derby.

Nr. 9600.  
Gross-  
britannien.  
26. Febr. 1878.

**Nr. 9601. FRANKREICH.** — Min. des Ausw. Waddington an den Botschafter in London, Pothuau. — Bitte um Modifikation des Vertrages von 1847. [4.]

(Extrait.)

Paris, le 21 juillet 1879.

Nr. 9601.  
Frankreich.  
21. Juli 1879.

Aux termes de la Déclaration échangée à Londres le 19 juin 1847, la France et l'Angleterre se sont réciproquement interdit de prendre possession des trois îles de Huahine, Raiatea et Borabora, dont la situation préoccupe aujourd'hui M. le Ministre de la Marine. || Peut-être le Gouvernement anglais consentirait-il à se départir en notre faveur de la rigueur des stipulations contractées par nous en 1847 et à modifier les termes de la Déclaration que nous avons souscrite dans des circonstances sensiblement différentes de celles qui se présentent aujourd'hui. Je vous prierais de vouloir bien entretenir officieusement Lord Salisbury de cette question et je vous serai obligé de me faire savoir comment il l'envisage.

Waddington.

**Nr. 9602. FRANKREICH.** — Botschafter in London Pothuau an den Min. des Ausw. Waddington. — Bereitwilligkeit der grossbritannischen Regierung. [5.]

(Extrait.)

Londres, le 24 novembre 1879.

Nr. 9602.  
Frankreich.  
24. Nov. 1879.

J'ai entretenu Lord Salisbury des Îles-sous-le-Vent de l'archipel de la Société. Il paraît disposé à entrer dans l'examen de cette question dont il comprend l'importance pour nous; seulement il désirerait la rattacher à celle de Terre-Neuve, afin que toutes deux soient traitées simultanément.

Pothuau.

**Nr. 9603. FRANKREICH.** — Marinemin. Jauréguiberry an den Min. des Ausw. Freycinet. — Anrufung des französischen Schutzes auf Raiatea. [6.]

(Extrait.)

Paris, le 26 juin 1880.

Nr. 9603.  
Frankreich.  
26. Juni 1880.

Je viens de recevoir par San-Francisco de M. le Commandant des Établissements français de l'Océanie le télégramme dont la teneur suit: „Les chefs de Raiatea ont sollicité la protection française. Je l'ai accordée provisoirement, sous réserve que la Convention avec l'Angleterre serait annulée.“

Jauréguiberry.



**Nr. 9604. FRANKREICH.** — Min. des Ausw. Freycinet an den gross-britannischen Botschafter in Paris Lyons. — Vorläufige Ablehnung des Schutzes. [7.]

Paris, le 28 juin 1880.

Monsieur l'Ambassadeur, en réponse à votre demande verbale d'informations relative à l'incident de Raiatea, je m'empresse de vous faire savoir que M. le Ministre de la marine a envoyé au Commandant de nos établissements de l'Océanie un télégramme pour l'inviter à ne pas accueillir la demande de protection des chefs de Raiatea, attendu que la Convention de 1847, qui fait actuellement l'objet de négociations entre nos deux Gouvernements, subsiste encore avec tous ses effets.

C. de Freycinet.

Nr. 9604.  
Frankreich.  
28. Juni 1880.

**Nr. 9605. FRANKREICH.** — Vertreter d. Min. d. Ausw. Jauréguiberry an den Ges. in Paris Adams. — Neue Aufforderung zur Modifikation des Vertrages von 1847. [8.]

(Extrait.)

Paris, le 27 août 1880.

Le Gouvernement de la Reine sait dans quelles circonstances et par quels motifs le Commandant de Tahiti a été conduit à préjuger l'issue des pourparlers engagés entre les deux Cabinets, en consentant, sur la demande réitérée des chefs indigènes, à l'extension conditionnelle de notre Protectorat à l'île Raiatea. Il nous permettra d'insister auprès de lui sur les avantages que présenterait toute solution qui serait calculée de façon à ménager les convenances aussi bien que les intérêts des deux Pays. J'ai lieu de penser, d'ailleurs, que le Gouvernement britannique juge, comme nous-mêmes, le moment venu de modifier un état de choses créé il y a plus de trente ans et répondant à des préoccupations spéciales qui n'ont plus de raison d'être aujourd'hui. S'il en est ainsi, comme nous l'espérons, nous serions prêts, pour notre part, à rechercher, de concert avec lui, les moyens que nous pourrions avoir de reconnaître, d'une façon également amicale, cette marque de son désir de bonne entente avec nous. || Il est, vous le savez, un autre point du globe où l'Angleterre et la France ont également à résoudre des difficultés depuis longtemps pendantes entre elles et dont leurs efforts n'ont pas réussi jusqu'à présent à amener l'aplanissement; je veux parler des droits respectifs des deux Nations à Terre-Neuve. Nous avons été, dès lors, conduits à nous demander si, au point de vue qui nous occupe, il ne serait pas avantageux, dans les circonstances actuelles, de lier ensemble les deux questions et d'en poursuivre le règlement parallèle, ainsi que le Gouvernement de la Reine, sous le précédent Ministère, nous en avait spontanément suggéré l'idée. La reprise, dans ces conditions nouvelles, des négociations relatives au régime du French Shore, suspendues en fait depuis le commencement de l'année, donnerait à l'Angleterre un gage de notre sincère désir d'arriver à un accord

Nr. 9605.  
Frankreich.  
27. Aug. 1880.



Nr. 9605.  
Frankreich.  
27. Aug. 1880.

sur les différentes questions spéciales qui restent à débattre entre elle et nous, et nous aimons à penser que la conviction de notre bonne volonté à cet égard serait de nature à hâter la régularisation de notre situation respective aux Îles-sous-le-Vent dans un sens conforme aux nécessités actuelles.

Jauréguiberry.

**Nr. 9606. GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris Lyons an den Min. d. Ausw. Saint-Hilaire. — Bereitwilligkeit der grossbrit. Regierung. [9.]

(Extrait.)

Paris, november 5<sup>th</sup> 1880.

Nr. 9606.  
Gross-  
britannien.  
5. Nov. 1880.

Monsieur le Ministre, Her Majesty's Government have given their best attention to the note dated the 27<sup>th</sup> August last, which was addressed by Vice-Amiral Jauréguiberry to M. Adams on the subject of the provisional assumption of the Protectorate of Raiatea by the French commandant at Tahiti. || The note in question while representing the difficulties which the French Government see in the way of the withdrawal of the Protectorate, suggests that the abrogation which the French Government desires to obtain of the declaration of 1847 respecting the independence of Raiatea and the adjacent islands might be treated in conjunction with the outstanding questions between the two Governements concerning the Newfoundland Fisheries. || Her Majesty's Government are quite willing to take the occasion of reopening the negociations for the settlement of the difficulties connected with the French Fishery Rights on the coast of Newfoundland, as proposed in Admiral Jauréguiberry's note. || In the mean time Her Majesty's Government are willing to agree to the suspension of the orders which the French Government has expressed itself ready to issue for the withdrawal of its protectorate at Raiatea, on the understanding that the Protectorate is only provisionally continued, and that, in the event of the proposed negotiations not resulting, within a date to be fixed, in the abrogation of the declaration of 1847, the Protectorate shall be at once withdrawn, and the declaration maintained and observed in its fullest entirety. Lyons.

**Nr. 9607. GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris Lyons an den Min. d. Ausw. Saint-Hilaire. — Stellung d. grossbr. Regierung zum franz. Protektorat auf Raiatea. [10.]

Paris, february 11<sup>th</sup> 1881.

Nr. 9607.  
Gross-  
britannien.  
11. Febr. 1881.

Monsieur le Ministre, Her Majesty's Government consider, that it is most undesirable that the present state of affairs with regard to Raiatea should be protected longer than is strictly necessary, and I have the honour, on their behalf, to propose to the French Government that the 30<sup>th</sup> of June next be fixed as the date at which the French Protectorate shall be withdrawn, should no agreement have been arrived at in the meanwhile for the abrogation of the Declaration of 1847. Lyons.

**Nr. 9608. FRANKREICH.** — Min. des Ausw. Saint-Hilaire an den engl. Botsch. — Bitte um Verlängerung des Termins zur Verständigung. [11.]

Paris, le 28 février 1881.

Nr. 9608.  
Frankreich.  
28. Febr. 1881.

Monsieur l'Ambassadeur, nous demeurons tout disposés à accepter, conformément aux termes de l'accord primitif, la fixation d'un délai à l'expiration duquel, dans le cas où les négociations n'aboutiraient pas à une entente amiable, les choses se trouveraient replacées, de plein droit, à Raiatea dans leur ancien état. Nous avons l'espoir que l'accord recherché par nous pourra être obtenu effectivement avant la date du 30 juin 1881. Toutefois, le Gouvernement britannique se rendra facilement compte avec nous que des pourparlers, portant sur un point séparé de nous par d'aussi grandes distances, et qui se compliquent encore du règlement simultané des questions intéressant le régime du French-Shore à Terre-Neuve, pourront, contre notre gré, et en dépit des efforts conciliants des deux Gouvernements, s'étendre par la force des choses au delà de cette époque relativement rapprochée. Ne serait-il pas prudent de prévoir, dès aujourd'hui, la nécessité d'un délai plus large et de prolonger jusqu'au 31 décembre de la présente année le terme de nos négociations? Tel est le désir que m'exprime l'amiral Cloué, et je serais heureux que le Gouvernement de la Reine voulût bien reconnaître la convenance d'en tenir compte. Barthélemy Saint-Hilaire.

**Nr. 9609. GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris Lyons an den Min. des Ausw. Saint-Hilaire. — Verlängerung des Verständigungstermins. [12.]

Paris, april 12<sup>th</sup> 1881.

Nr. 9609.  
Gross-  
britannien.  
12. Apr. 1881.

Monsieur le Ministre, as regards the Protectorate of Raiatea, Her Majesty's Government are willing that the original date proposed for its withdrawal, namely the 30<sup>th</sup> of June, shall be extended to the 30<sup>th</sup> of September next, subject to the possibility of a further extension of time, if necessary, by mutual consent of the two Governments.

Lyons.

**Nr. 9610. FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an den Botsch. in London, Waddington. — Forderung freien Handelns auf den Neuen Hebriden. [15.]

(Télégramme.)

Paris, le 22 juillet 1885.

Au cours d'une conversation, Lord Lyons m'ayant exprimé la crainte qu'un convoi de récidivistes ne fût prochainement dirigé sur la Nouvelle-Calédonie, je lui ai répondu qu'il n'en était pas question pour le moment, mais qu'en vue précisément de dissiper, pour l'avenir, les appréhensions des Australiens, je vous avais prié de proposer, à l'occasion, à Lord Salisbury un

Nr. 9610.  
Frankreich.  
22. Juli 1885.

Nr. 9610. arrangement, aux termes duquel nous renoncerions à envoyer des récidivistes  
 Frankreich. dans cette partie de l'Océanie, pourvu que l'Angleterre nous laissât toute  
 22. Juli 1885. liberté d'action aux Nouvelles-Hébrides. Lord Lyons m'a demandé si les îles  
 Loyalty seraient comprises dans cet arrangement. Je lui ai répondu affirma-  
 tivement. Il m'a paru disposé à recommander cette combinaison à Lord  
 Salisbury. C. de Freycinet.

Nr. 9611. **FRANKREICH.** — Botsch. in London, Waddington, an  
 den Min. des Ausw. Freycinet. — Stellung Australiens zu  
 der Frage. [18.]

(Télégramme.)

Londres, le 30 avril 1886.

Nr. 9611. J'ai interrogé Lord Rosebery au sujet des Nouvelles-Hébrides; il m'a dit  
 Frankreich. qu'il ne pouvait me donner une réponse officielle avant le retour de ses  
 30. April 1886. Collègues et la réunion du Conseil. „Mais, a-t-il ajouté, je ne puis vous  
 dissimuler que la réponse sera défavorable. Je viens de recevoir de nombreuses  
 dépêches d'Australie, et je dois vous dire que, sauf à Sydney, on est unanime  
 à repousser toute cession des Nouvelles-Hébrides; encore, à Sydney, la minorité  
 opposante a-t-elle été très forte. Comme le Gouvernement s'est engagé, au  
 temps de Lord Derby, à ne pas trancher la question sans avoir consulté les  
 colons, et la consultation ayant été négative, je ne vois pas ce que nous  
 pouvons faire. || Il vaut mieux que je vous le dise sans plus tarder, afin que  
 vous puissiez prévenir M. de Freycinet confidentiellement.“ Waddington.

Nr. 9612. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an den Botsch. in London.  
 — Landung französ. Truppen auf den Neuen Hebriden. [19.]

(Télégramme.)

Paris, le 9 juin 1886.

Nr. 9612. A la suite des nouvelles venues d'Australie sur une expédition française  
 Frankreich. aux Nouvelles-Hébrides, je me suis renseigné au Ministère de la Marine.  
 9. Juni 1886. Tout se réduit à des mesures de protection prises par le Gouverneur de la  
 Nouvelle-Calédonie à la suite de massacres de nos nationaux. Il a envoyé deux  
 navires avec ordre de débarquer quelques troupes à terre et de les y maintenir  
 jusqu'à ce que le calme soit entièrement rétabli. Il n'a été aucunement question  
 d'une prise de possession, ni d'un protectorat, ni d'un acte quelconque en violation  
 des arrangements intervenus entre l'Angleterre et nous. C. de Freycinet.

Nr. 9613. **FRANKREICH.** — Marinemin. Aube an den Gouverneur von  
 Neu-Caledonien. — Keine Okkupation der Neuen He-  
 briden. [20.]

(Télégramme.)

Paris, le 13 juin 1886.

Nr. 9613. Il convient d'éviter toute manifestation qui pourrait faire croire à une prise de  
 Frankreich. possession des Nouvelles-Hébrides ou à l'établissement d'un protectorat, de pour-  
 13. Juni 1886. suivre énergiquement l'opération commencée et de vous maintenir jusqu'à nouvel  
 ordre dans les postes que vous occupez. Aube.

**Nr. 9614. FRANKREICH.** — Botsch. in London, Waddington, an den Min. des Ausw. Freycinet. — Zweifel der Australier an dem Massacre auf den Neuen Hebriden. [23.]

(Télégramme.)

Londres, le 6 juillet 1880.

J'ai rappelé à Lord Rosebery l'affaire des Îles-sous-le-Vent de Tahiti. De son côté, il m'a parlé des Nouvelles-Hébrides et a exprimé quelque étonnement au sujet du maintien de notre poste militaire dans ces îles. Je lui ai répondu que nous n'avions aucune intention d'annexer, mais qu'il fallait bien découvrir et arrêter les meurtriers de nos nationaux et que, d'ailleurs, il me semblait que les susceptibilités des colonies australiennes dépassaient la mesure. Il m'a dit alors qu'en Australie on paraissait douter de la réalité du massacre de nos nationaux dont personne ne pouvait donner de détails. Je lui ai répondu qu'il ne pouvait y avoir aucun doute sur le massacre et que les détails, toujours difficiles à recueillir, vous parviendraient sans doute plus tard, l'affaire ayant été engagée par les autorités de la Nouvelle-Calédonie.

Waddington.

Nr. 9614.  
Frankreich.  
6. Juli 1880.

**Nr. 9615. GROSSBRITANNIEN.** — Staatssekretär des Ausw. an den franz. Botsch. Waddington. — Stellung Australiens zu der Neu-Hebridenfrage. [24. Anh.]

Foreign Office, July 7<sup>th</sup> 1886.

In the conversation which I had the honour to hold with your Excellency on the 30<sup>th</sup> of April last with regard to the question of the New Hebrides, I stated that, although I could not, at that moment, return a formal answer to the proposal made by the French Government on the subject, I was unable to hold out any hopes of a reply being given in the sense desired by your Excellency. For putting all other considerations aside, Her Majesty's Government could not but be mainly guided in this matter by the opinion of the Australian colonies, which, they had now ascertained, is strongly opposed to any agreement of the kind suggested. It was therefore superfluous to discuss any other objections which Her Majesty's Government might have entertained. || The proposal as understood by Her Majesty's Government was to the effect, that no objection should be raised by this country to the acquisition of the New Hebrides by France, and that, in return for this concession, France should engage not to send convicts or recidivists to any place in the Pacific Ocean. I now beg leave to inform you, Monsieur l'Ambassadeur, that Her Majesty's Government, after long and careful consideration of all the issues involved in this important question, vitally affecting, as it does, Her Majesty's dominions in the Pacific, are unable to consent to any departure from the present understanding between Great Britain and France by which the two countries are bound to respect the independence of the New Hebrides. || They are well aware of the difficulties arising from the transportation of French

Nr. 9615.  
Gross-  
britannien.  
7. Juli 1886.

Nr. 9615. Gross-  
britannien.  
7. Juli 1886. criminals to the neighbourhood of British dominions against which they have felt it their duty earnestly and repeatedly to protest. But the opinion of the Australian colonies which are the parties chiefly affected in this proceeding is overwhelmingly, if not unanimously, opposed to the Arrangement suggested by Your Excellency in a spirit which I readily recognize as conciliatory and amicable.

Rosebery.

Nr. 9616. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den Botsch. in London, Waddington. — Forderung der Sicherstellung der Unterthanen beider Staaten. [25.]

(Télégramme.)

Paris, le 15 juillet 1886.

Nr. 9616.  
Frankreich.  
15. Juli 1886.

De nouveau, Lord Lyons m'a entretenu de la question des Nouvelles-Hébrides. Je lui ai dit, et je vous prie de répéter à Lord Rosebery que nous sommes allés dans ces îles pour assurer la sécurité de nos nationaux, mais qu'il n'est jamais entré dans notre pensée d'y faire un établissement qui serait contraire à nos engagements. Il y aurait un moyen d'arriver plus rapidement au résultat que nous poursuivons: ce serait que l'Angleterre s'entendît avec nous pour établir dans les Nouvelles-Hébrides des garanties de sécurité pour les nationaux des deux pays. Veuillez faire une ouverture dans ce sens à Lord Rosebery. Nous préviendrions ainsi dans l'avenir les incidents qui ont alternativement obligé la France et l'Angleterre à intervenir militairement.

C. de Freycinet.

Nr. 9617. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den Min. des Ausw. Freycinet. — Stellung des neuen grossbritannischen Staatssekretärs zu der Frage. [31.]

Londres, le 11 août 1886.

Nr. 9617.  
Frankreich.  
11. Aug. 1886.

J'ai eu aujourd'hui mon premier entretien avec Lord Iddesleigh. Abordant la question des Nouvelles-Hébrides, je lui ai rappelé les déclarations réitérées, faites par vous à Lord Lyons, et par moi à Lord Rosebery sur notre ferme volonté de respecter les engagements pris. „Mais, ai-je ajouté, la situation ne peut continuer dans ces îles telle qu'elle a été dans ces dernières années. Depuis quatre ans nous avons eu une vingtaine de nos nationaux assassinés dans les Nouvelles-Hébrides, et nous avons dû prendre les mesures nécessaires pour punir les auteurs de ces meurtres et en prévenir le renouvellement. C'est pour cela que nous avons établi sur trois points des postes militaires. Les Anglais ont eu à s'occuper de faits analogues, et les Allemands ont envoyé l'Albatros bombarder plusieurs villages indigènes. Il est donc de toute nécessité d'établir un système de surveillance ou de police qui puisse garantir

la sécurité des Européens établis dans l'Archipel. Nous convions le Gouvernement anglais à une entente sur ce sujet, et nous sommes prêts à examiner de suite les propositions qu'il croira pouvoir nous faire." || Lord Iddesleigh me répondit que le retrait de nos postes militaires faciliterait beaucoup la négociation; puis il me demanda différents renseignements sur les faits qui avaient motivé notre action. Je lui ai alors expliqué comment elle s'était produite, et je lui ai rappelé notamment que vous avez remis à Lord Lyons la liste authentique de nos nationaux assassinés. Quant au retrait de nos postes, il ne peut avoir lieu avant que les deux Gouvernements ne soient tombés d'accord sur les mesures destinées à sauvegarder dans l'avenir le bon ordre dans ces îles. "Je sais, ai-je dit, que les colonies australiennes font beaucoup de bruit au sujet de cette affaire; mais nous ne pouvons tenir compte de susceptibilités aussi exagérées et à notre avis aussi peu fondées. Nous avons affaire au Gouvernement anglais et nous ne demandons pas mieux que de nous entendre avec lui; mais nous ne pouvons laisser nos nationaux sans défense pour plaire aux Australiens." Je lui ai enfin rappelé que l'ouverture que j'avais faite à Lord Rosebery datait déjà de trois semaines et que les retards ne provenaient pas de notre fait. || Nous avons ensuite parlé des Îles-sous-le-Vent, et je lui ai exposé longuement tout l'historique de l'affaire, en insistant sur l'intérêt qu'il y aurait pour les deux pays à conclure cet arrangement, dans les termes que j'ai proposés à Lord Rosebery. || Lord Iddesleigh m'a autorisé à vous dire qu'il répondrait prochainement sur ces divers points.

Waddington.

---

**Nr. 9618. GROSSBRITANNIEN.** — Staatssekretär des Ausw. Iddesleigh an den franz. Botschafter in London. — Vorschlag vereinten militärischen Vorgehens. [32. Anhang.]

Foreign Office, August 26<sup>th</sup> 1886.

My dear Ambassador, Since I had the pleasure of a conversation with you on the 23<sup>rd</sup> inst. respecting the New-Hebrides, I have been giving my most anxious attention to the proposal of your Government for a joint commission for the protection of the life and property of British and French subjects in that group. || I believe, that we are both equally impressed with the importance of putting an end as soon as possible to the growing excitement which the continued presence of French troops in those islands is creating in this country and in the Australian colonies. || In view of the solemn and reiterated assurances of your Government, I cannot doubt that they are determined loyally to respect the international agreement concerning the independence of the New Hebrides. Indeed the proposal they have made for a joint Commission, points to a desire to put an end to the present tension

Nr. 9617.  
Frankreich.  
11. Aug. 1886.

Nr. 9618.  
Gross-  
britannien.  
26. Aug. 1886.



Nr. 9618. Gross-britannien. 26. Aug. 1886. by removing the French military posts as soon as some provision has been made for securing the objects which we have in view and which are common to both countries. If I am right in this conclusion, I think you will agree with me, that no time should be lost in carrying out that proposal which will no doubt, on the one hand, allay the irritation produced here by the continued military occupation, and, on the other hand, dispel the idea of a French annexation, so widely encouraged by some portions of the public press in New Caledonia and in Paris. || I concur in the opinion which you privately expressed to me, that the carrying out of the agreement should be confided to the naval officers of the two countries, and, assuming therefore that the military posts will be removed immediately upon the issue of the necessary instructions to the British and French commanders, I would suggest that the two Governments should at once nominate competent officers to draw up suitable regulations and that it should be made known that this solution has been adopted. || The matter is one which certainly calls for some immediate action, and it has occurred to me after our last conversation that a private and unofficial interchange of ideas between us might facilitate and expedite its settlement. I trust the course I have adopted will meet with your approval, and that you will frankly cooperate with me in bringing about a solution of the question without prolonging the official correspondence beyond what may be necessary to give effect to the proposal of your Government.

Iddesleigh.

---

Nr. 9619. **FRANKREICH.** — Geschäftsträger in London an den Min. des Ausw. Freycinet. — Vorschlag gemeinsamer Verhandlung der Neu-Hebriden- und Tahitifrage. [35.]

Londres, le 9 septembre 1886.

Nr. 9619. Frankreich. 9. Sept. 1886. A la conférence à laquelle m'avait convié Lord Iddesleigh, se trouvaient Lord Salisbury et le Secrétaire d'Etat aux Colonies, M. Stanhope, avec le Ministre des Affaires étrangères. Ils m'ont chargé de vous faire la proposition suivante: joindre les deux questions des Iles-sous-le-Vent de Tahiti et des Nouvelles-Hébrides, et les résoudre simultanément, c'est-à-dire que l'Angleterre nous délierait de notre engagement de 1847, tandis que la France et la Grande-Bretagne enverraient aux Nouvelles Hébrides la Commission navale suggérée par Lord Iddesleigh et que les détachements français quitteraient ces îles.

d'Aubigny.

---

Nr. 9620. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an den Geschäftsträger in London d'Aubigny. — Bedingte Zustimmung zu dem Vorschlage. [36.]

Paris, le 12 septembre 1886.

Nr. 9620. Frankreich. 12. Sept. 1886. Vous pouvez annoncer au Gouvernement anglais que nous adhérons volontiers à la proposition de Lord Iddesleigh dont rend compte votre télégramme



du 9 courant. Nous sommes donc prêts à constituer sans délai, dans les conditions qui vous ont été indiquées, la Commission navale destinée à préparer le modus vivendi aux Nouvelles-Hébrides. Il est un point cependant que nous devons réserver, c'est celui qui consisterait à retirer nos postes dès la nomination de la Commission. Il en résulterait que nous livrerions sans défense, jusqu'à l'établissement du modus vivendi en expectative, les intérêts mêmes que nous avons entrepris de sauvegarder. Les indigènes, voyant repartir subitement nos troupes, sans qu'aucun moyen efficace de protection les remplace, se trouveraient encouragés à commettre de nouveaux excès, tandis que les colons européens auxquels nous avons voulu rendre confiance seraient en droit de se croire abandonnés. Personne en vérité ne s'expliquerait une telle précipitation. Nous espérons qu'après un nouvel examen, Lord Iddesleigh reconnaîtra le bien fondé de ces observations. Nous n'avons aucun désir de prolonger l'état actuel, qui constitue pour nous une charge sans compensation, puisque nous nous sommes interdit de prendre ces îles. Le Cabinet anglais a notre parole: il doit donc être assuré de l'empressement que nous mettrons à faire cesser une situation anormale qui, dans notre pensée, a toujours été transitoire.

C. de Freycinet.

**Nr. 9621. GROSSBRITANNIEN.** — Grossbritannische Regierung an die französische Regierung. — Vertragsprojekt. [38. Anhang I.]

I. The Arrangement provisionally adopted at Paris for the settlement of the Newfoundland Fisheries question not having been concurred in by the Colonial Legislature, principally on account of the 17<sup>th</sup> article relating to the sale of bait, it is agreed that its further consideration is to stand over with full reservation of all rights on both sides. || II. In view of the unforeseen delay which has taken place in the ratification of the Fishery Arrangement, and in compliance with the renewed representations of the French Government, Her Majesty's Government consent to proceed with the abrogation of the Declaration of 1847 relating to the Raiatea group of islands, without reference to the Fishery Arrangement, and as soon as the agreement, herein-after contained for the future protection of life and property in the New-Hebrides, by mean of a joint naval Commission, and for the withdrawal of the French military posts from that group, shall be carried out. || III. A naval joint Commission shall be immediately constituted, composed of British and French naval officers on the Pacific Station, charged with the duty of maintaining order and of protecting the lives and property of British and French subjects in the New-Hebrides. || A Declaration to that effect shall be signed by the two Governments which shall contain among others a provision that: || Neither Power shall, from the date of the Declaration, separately land any force, military or naval, in the New-Hebrides, without the consent of the other

Nr. 9621.  
Gross-  
britannien.

Nr. 9620.  
Frankreich.  
12. Sept. 1886.

Nr. 9621.  
Gross-  
britannien.

of them or except in accordance with the Regulations to be drawn up and approved by both Governments for the guidance of the Commission and further that the duties of the Commission shall be performed by naval forces only. || V. The Regulations for the guidance of the Commission shall be drawn up as soon as possible by the British and French naval commanders on the Pacific Station designated for that purpose and shall be transmitted by them to the two Governments for approval. || VI. Immediately on the approval by the two Governments of the Regulations, the French military Posts shall be withdrawn from the New-Hebrides. || VII. On the withdrawal of the French military Posts from the New-Hebrides, Her Majesty's Government will at once proceed to the abrogation of the Declaration of 1847, it being understood that the assurances relating to trade and to convicts which are contained in the Note verbale of october 24<sup>th</sup> 1885, communicated by Monsieur de Freycinet to Lord Lyons shall remain in full force.

---

**Nr. 9622. FRANKREICH.** — Französische Regierung an die gross-britannische Regierung. — Gegenvorschläge. [38. Anhang II.]

Nr. 9622.  
Frankreich.

I. L'Arrangement provisoirement adopté à Paris pour le règlement de la question des Pêcheries de Terre-Neuve n'ayant pas été agréé par la Législature coloniale, principalement à cause de l'article 17, qui est relatif à la vente de l'appât, il est convenu que l'exécution de cet Arrangement est suspendue, sous complète réserve de tous les droits des deux Parties. || II. En présence de l'ajournement imprévu qu'a subi la ratification de l'Arrangement des Pêcheries, et eu égard aux observations réitérées du Gouvernement français, le Gouvernement de Sa Majesté consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847, relative au groupe des Îles-sous-le-Vent de Tahiti, en laissant de côté l'Arrangement des Pêcheries, et cela aussitôt qu'aura été mis à exécution l'accord ci-après formulé pour la protection, à l'avenir, des personnes et des biens aux Nouvelles-Hébrides, au moyen d'une Commission mixte. || III. Une Commission navale mixte, composée d'officiers de marine appartenant aux stations française et anglaise du Pacifique, sera immédiatement constituée: elle sera chargée de maintenir l'ordre et de protéger les personnes et les biens des sujets français et britanniques dans les Nouvelles-Hébrides. || IV. Une Déclaration à cet effet sera signée par les deux Gouvernements. || V. Les Règlements destinés à guider la Commission seront élaborés, le plus tôt possible, par les Commandants anglais et français des bâtiments de la station du Pacifique désignés à cet effet, et ils seront transmis par eux aux deux Gouvernements, pour être présentés à leur approbation. || Dès que ces Règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires français auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides,

le Gouvernement de Sa Majesté britannique procédera à l'abrogation de la Déclaration de 1847. Il est entendu que les assurances relatives au commerce et aux condamnés qui sont contenues dans la Note verbale du 24 octobre 1885, communiquée par M. de Freycinet à Lord Lyons, demeureront en pleine vigueur.

Nr. 9622.  
Frankreich.

**Nr. 9623. FRANKREICH.** — Botschafter in London, Waddington, an Lord Iddesleigh. — Erläuterungen zu den französischen Gegenanschlägen. [39. Anhang.]

Article Premier. Par la modification proposée à cet article, le Gouvernement français a pour but de déterminer avec plus de netteté quel est, aux yeux des deux Gouvernements, l'état actuel de l'Arrangement des pêcheries de Terre-Neuve du 14 novembre 1885. || Art. 2. Le but essentiel de l'Arrangement proposé par le Gouvernement de la Reine au Gouvernement français est d'établir un système de protection permanent et efficace des nationaux des deux Pays, des Européens en général et de leurs biens dans les Nouvelles-Hébrides. L'établissement des postes français, provisoirement placés dans ces îles, a eu précisément pour but d'assurer cette protection à nos nationaux. Aussi bien, le retrait de ces postes ne peut être considéré comme le but du présent Arrangement entre les deux Gouvernements; il doit, au contraire, en être la conséquence et s'effectuer aussitôt que l'accord aura été établi et que les règlements approuvés de part et d'autre entreront en vigueur. Il semblerait dès lors peu conforme au caractère de l'entente d'insérer, dans un certain nombre d'articles, et spécialement dans l'article 2, ainsi que le propose le Gouvernement de la Reine, la clause portant que les troupes françaises devront quitter les Nouvelles-Hébrides. || L'insertion de cette stipulation dans l'article 6 des contre-propositions françaises donnerait à cette clause une forme plus en rapport avec l'esprit général qui inspire le présent arrangement. || Les assurances spontanées déjà fournies antérieurement par le Gouvernement français, jointes à cette nouvelle stipulation de l'article 6, ne peuvent laisser planer aucun doute sur la sincérité de ses intentions dans cette question. D'ailleurs, il ne se refuserait pas à confirmer cet engagement dans une correspondance indépendante du texte de l'accord projeté. || Il paraît également opportun, afin d'éviter tout malentendu, de substituer le terme groupe des Îles-sous-le-Vent de Tahiti, employé dans le texte de la Déclaration de 1847, à l'expression Îles de Raïatea, qui figure dans le Projet anglais. || Art. 3. L'article 3 est maintenu tel qu'il existe dans la rédaction proposée par le Gouvernement anglais. || Art. 4. L'idée de la Commission mixte, suggérée par le Cabinet de Londres et formulée dans l'article 3, n'a rien que d'acceptable. || Mais le Gouvernement français a des objections très sérieuses à élever contre la stipulation contenue dans le second paragraphe de l'article 4 du Projet anglais, aux termes de laquelle, à partir de la Déclaration constituant cette Commission

Nr. 9623.  
Frankreich.

Nr. 9623.  
Frankreich.

mixte, chacune des deux Puissances s'interdirait de débarquer séparément aucune force aux Nouvelles-Hébrides sans le consentement de l'autre. Ce serait faire abstraction du cas de force majeure; or, les incidents qui ont motivé la récente intervention française démontrent au contraire qu'il importe d'en tenir compte, si l'on ne veut pas s'exposer à placer les commandants des navires des deux Pays dans l'obligation de refuser leur aide à leurs nationaux, lorsque ceux-ci courraient des risques sérieux pour leurs personnes et pour leurs biens. Une semblable prescription, par sa nature même, semble être plutôt du domaine des règlements qui seront destinés à guider la Commission et que les chefs des stations navales des deux Puissances dans le Pacifique auront mission d'élaborer. || Le Gouvernement français a des objections de même nature à élever en ce qui touche la clause de l'article 4, qui obligerait la Commission mixte à exécuter son mandat avec le concours exclusif des forces navales. Cette disposition restrictive constituerait un véritable empiètement sur les attributions conférées par la Déclaration projetée aux chefs des deux stations, qui doivent être seuls compétents pour déterminer ce point dans les règlements à intervenir. || Telles sont les considérations qui déterminent le Gouvernement français à proposer une contre-rédaction de l'article 4. || Art. 5. L'article 5 est maintenu tel qu'il existe dans le Projet du Gouvernement anglais. || Art. 6 et 7. L'article 6 se trouve fondu avec l'article 7 dans les contre-propositions françaises pour les motifs exposés au commencement de la présente Note, sous la rubrique de l'article 2. || Les considérations qui ont amené le Gouvernement français à remanier le texte de la communication anglaise s'inspirent du désir de hâter la réalisation de l'entente poursuivie, en ménageant les légitimes susceptibilités de chacun et en dégageant l'acte qui doit consacrer cette entente de tout ce qui peut en dénaturer le caractère ou en compliquer inutilement l'économie.

---

Nr. 9624. **GROSSBRITANNIEN.** — Staatssekretär des Ausw. an den Botschafter in London, Waddington. — Einwände gegen die französischen Gegenvorschläge. [40. Anhang.]

Foreign Office, November 26<sup>th</sup> 1886.

Nr. 9624.  
Gross-  
britannien.  
26. Nov. 1886.

Her Majesty's Government have carefully considered the counter-proposals put forward on behalf of the French Government in your Excellency's Note of the 2<sup>nd</sup> instant, with reference to the text of the Arrangement now under negotiation respecting the Islands-to-the-Leeward of Tahiti and the New Hebrides: and I have now the honour to lay before you the following observations in reply. || Article Premier. The word execution inserted by the French Government in their proposed text appears to be open to objection, as it would imply that the provisional Arrangement respecting the Newfoundland fisheries is absolutely binding, whereas it is, in fact, inchoate owing to its

non acceptance by the Newfoundland legislature. || It is accordingly suggested, that the phrase "execution, etc." should be omitted, and that the article should conclude as follows: "Il est convenu que cet Arrangement restera en suspens, sous complète réserve de tous les droits des deux Parties." Subject to this amendment, Her Majesty's Government are prepared to accept the suggested alteration of the wording of this article. || Article II. In deference to the objections urged by the French Government, Her Majesty's Government are ready to omit from this article the clause relating to the withdrawal of the French military posts from the New Hebrides, and to accept instead the alteration of article 6 in the manner proposed. The commencement of the latter article would accordingly run thus: "On the approval by the two Governments of the regulations and on the consequent withdrawal of the French military posts from the New Hebrides, etc." || But in according their consent to this important alteration, Her Majesty's Government consider, that before the agreement is signed, the independent assurance which the French Government offer to give by correspondence, upon this point, shall make it clear that the withdrawal of the French posts shall take place immediately on the approval of the Regulations by the two Governments. || There is a slight verbal change in the French translation of the original English text which it would appear desirable to amend. The word "representations" has been rendered as "observations". It is suggested that the word "instances" would be a more correct equivalent. || Article IV. Her Majesty's Government see no objection to the proposed alteration in this article, provided the French Government agree that the regulations to be drawn up by the commissioners shall ensure that no independent and isolated action shall take place except in case of emergency; that military force shall only be resorted to, if the Commission should deem it expedient, and that the forces employed shall not remain in the islands longer than is thought necessary by the British and French commissioners. || The remaining articles (n<sup>rs</sup> III and V) being agreed to by both Governments, call for no further observations, and if the French Government should accept the suggestions and proposals contained in the present Note, Her Majesty's Government would lose no time in giving directions for an Arrangement to be duly prepared in the terms agreed upon, with a view to its signature in the usual manner.

Iddesleigh.

---

Nr. 9625. **FRANKREICH.** — Minister des Ausw. an den Botschafter in London, Waddington. — Vermittlungsversuch. [41.]

Paris, le 16 mars 1887.

Monsieur, par une communication du 26 novembre dernier, que vous avez transmise à M. de Freycinet, le 29 du même mois, le Principal Secrétaire d'Etat de la Reine pour les Affaires étrangères vous a fait connaître que le

Nr. 9625.  
Frankreich.  
16. März 1887.

Nr. 9625.  
Frankreich.  
16. März 1887.

Gouvernement anglais acceptait, dans leur ensemble, les contre-propositions françaises relatives aux Nouvelles-Hébrides et aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti; il faisait seulement les réserves suivantes, qui portent à peu près exclusivement sur certaines formules. || Art. 1<sup>er</sup> du Projet français. — Le texte français de l'article 1<sup>er</sup> stipule que "l'exécution de l'arrangement concernant la pêche de Terre-Neuve "est suspendue". || Le Gouvernement anglais propose de supprimer le mot exécution et de rédiger ainsi la fin de l'article 1<sup>er</sup>: "Il est convenu que cet arrangement restera en suspens;" il se fonde sur ce que l'arrangement en question ne peut être considéré comme définitif, la législation de Terre-Neuve ayant refusé de l'accepter. || Nous avons soutenu le contraire et vous savez que nous nous sommes précisément prévalus, pour réclamer l'abrogation de la Déclaration de 1847, relative aux Îles-sous-le-Vent, du caractère définitif qu'avait à nos yeux l'arrangement signé, le 14 novembre 1885, par les Plénipotentiaires des deux pays, et que le Gouvernement britannique lui avait reconnu lui-même, en mentionnant la conclusion dans le discours de la Couronne. || Il nous serait donc difficile d'accepter la rédaction proposée, rédaction qui impliquerait que nous ne considérons plus l'arrangement du 14 novembre comme liant le Gouvernement anglais vis-à-vis de nous, et que, dès lors, la négociation entre nous et lui, au sujet des pêcheries, reste ouverte. Il semble difficile, d'ailleurs, que le Cabinet de Londres puisse maintenir ses exigences, en présence des termes dans lesquels lord Salisbury, au début même des pourparlers destinés à rattacher la question des Îles-sous-le-Vent de Tahiti à celle des Nouvelles-Hébrides, a tenu à préciser avec vous les conditions dans lesquelles l'affaire des pêcheries se trouvait désormais posée entre les deux Gouvernements: "Il est bien convenu, disait-il, que l'arrangement du 14 novembre n'est pas mort, mais endormi", et, lorsque vous avez ajouté que "l'exécution seule en serait suspendue", Sa Seigneurie n'y a pas contredit. || A l'article 2, le Gouvernement anglais demande une modification de forme. Cet article débute ainsi: "En présence de l'ajournement imprévu qu'a subi la ratification de l'arrangement des pêcheries, et eu égard aux observations du Gouvernement français, le Gouvernement britannique consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847, etc. . . ." || Le Gouvernement britannique estime que le mot observations n'est pas une traduction suffisamment exacte du terme representations que porte le Projet anglais, et il suggère celui d'instances. || Ce dernier terme paraît d'autant moins admissible pour nous que la concession que nous fait l'Angleterre aux Îles-sous-le-Vent n'est que la contre-partie des avantages qu'elle trouve au retrait de nos troupes des Nouvelles-Hébrides. || D'autre part, on ne peut nier que le terme d'observations ne soit pas celui qui conviendrait le mieux, si l'on songe que notre présence aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti n'est que le résultat d'une atteinte directe portée par nous à cette Déclaration de 1847 dont l'article où il figure a pour objet de consacrer l'abrogation légale à notre profit. On pourrait donc lui substituer, soit celui de suggestions, soit celui de pro-



positions, ou même celui de représentations. Vous apprécierez laquelle de ces trois expressions aurait le plus de chances d'être accueillie. || Tout en déclarant accepter les modifications à l'article 6 telles qu'elles sont proposées par nous, le Gouvernement anglais a cru devoir en amender légèrement la teneur dans le texte qu'il reproduit. — Le projet français porte: "Dès que les Règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides..." || Dans la note anglaise, cet article est ainsi formulé: "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que, en conséquence, les postes français auront été retirés . . . ." || Il suffit de rapprocher les deux textes pour apprécier la valeur de cette divergence. Le plus simple paraît être de supprimer la difficulté en supprimant les mots qui sont contestés, soit dans notre rédaction, soit dans la rédaction anglaise, et de rétablir ainsi le passage: || "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires auront été retirés . . . ." || Le Cabinet de Londres doit, d'ailleurs, être d'autant plus rassuré sur nos intentions, en ce qui concerne le retrait de nos postes des Nouvelles-Hébrides, qu'il a pour garant de la ponctuelle exécution de cette partie de l'accord projeté l'intérêt que nous avons nous-mêmes à hâter le moment où nous verrons disparaître les obstacles qui s'opposent à l'établissement définitif de notre autorité sur l'archipel des Îles-sous-le-Vent de Tahiti. || D'autre part, le Gouvernement anglais demande que, avant la signature de l'arrangement, l'assurance particulière que le Gouvernement français offre de donner, par lettre, au sujet du retrait de nos postes des Nouvelles-Hébrides, précise bien que ce retrait aura lieu immédiatement après l'approbation des règlements par les deux Gouvernements. || Nous sommes disposés à accorder sur ce point au Gouvernement anglais la satisfaction qu'il demande, sauf à préciser également, dans la même communication, les conditions dans lesquelles l'approbation des deux Gouvernements devrait être considérée comme acquise et suffisante. || Enfin, à propos de l'article 4 de notre projet, le Cabinet de Londres insiste pour que le Gouvernement français consente à ce que les règlements que les Commissaires doivent rédiger stipulent nettement qu'aucune action indépendante et isolée ne devra avoir lieu, sauf en cas d'urgence, qu'on ne devra avoir recours à la force que si les Commissaires le jugent à propos, et que les troupes employées ne devront pas rester dans l'archipel plus longtemps que les Commissaires anglais et français le jugeront nécessaire. || Ce sont là les garanties que nous avons nous-mêmes demandées; rien ne s'oppose donc à ce que le Gouvernement français consente à donner, par voie de correspondance, au Gouvernement anglais, les assurances qu'il réclame de ce chef. || Je vous serai obligé de communiquer, sans délai, au Cabinet de Londres ces indications qui témoignent de notre désir de hâter, selon ses vues, le règlement des questions pendantes aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti et aux Nouvelles-Hébrides, et vous voudrez bien me tenir au courant des résultats de votre démarche. Flourens.



**Nr. 9626. FRANKREICH.** — Botschafter in London an den Marquis v. Salisbury. — Neuer Verständigungsversuch. [43. Anhang.]

Londres, le 4 mai 1887.

Nr. 9626.  
Frankreich.  
4. Mai 1887.

Monsieur le Marquis, par une lettre du 26 novembre dernier, Lord Iddesleigh me faisait connaître que le Gouvernement de la Reine accepte dans son ensemble les contre-propositions que je lui avais soumises relativement aux Nouvelles-Hébrides et aux Îles-sous-le-Vent. Sa Seigneurie faisait seulement quelques réserves qui portent à peu près exclusivement sur certaines formules. || Et d'abord, le texte français de l'article 1<sup>er</sup> stipule que "l'exécution de l'arrangement concernant les pêcheries de Terre-Neuve est suspendue". || Le Gouvernement de la Reine propose de supprimer le mot exécution et de rédiger ainsi la fin de l'article: || "Il est convenu que cet arrangement restera en suspens . . ." Il se fonde sur ce que l'arrangement en question ne peut être considéré comme définitif, la Législature de Terre-Neuve ayant refusé de l'accepter. || Mon Gouvernement est d'avis que le mot exécution répond à la réalité des faits. En effet, l'arrangement du 14 novembre 1885 a été annoncé solennellement au Parlement anglais dans le discours de la Couronne, lorsque le précédent Cabinet, présidé par Votre Excellence, était en fonctions. A cette époque, il était accepté comme valide par les deux Gouvernements et depuis lors aucun acte officiel n'est venu modifier la situation. || A l'article 2, Lord Iddesleigh demandait une modification de forme. Cet article débute ainsi: || "En présence de l'ajournement imprévu qu'a subi la ratification de l'arrangement des pêcheries et eu égard aux observations du Gouvernement français, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847." || Le Gouvernement britannique estime que le mot observations n'est pas une traduction suffisamment exacte du terme anglais representations. Mon Gouvernement, dans le but de faire disparaître toute divergence sur ce point, est prêt à adopter l'expression représentations qui paraît être la traduction la plus exacte du mot anglais representations. || Le Gouvernement de la Reine a cru devoir introduire une légère modification à la teneur de l'article 6. Le projet français porte: || "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides . . ." || Dans la note anglaise cet article est ainsi formulé: || "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que, en conséquence, les postes français auront été retirés . . ." || Nous ne voyons pas de raison pour modifier la rédaction que nous avons proposée, les mots par suite répondant bien à la situation existante, telle que nous l'avons toujours comprise. || D'ailleurs, le Gouvernement de la Reine doit être d'autant plus rassuré sur les intentions de mon Gouvernement, en ce qui concerne le retrait des postes militaires des Nouvelles-Hébrides, qu'il a pour garant de la ponctuelle exécution de cette partie de l'accord projeté l'intérêt de la France à hâter le moment où dis-

paraîtront les obstacles qui s'opposent à l'établissement définitif de son autorité sur l'archipel des Îles-sous-le-Vent. || En outre, le Gouvernement de la Reine demande que, avant la signature de l'arrangement, l'assurance particulière, que le Gouvernement français offre de donner par lettre au sujet du retrait de ses postes des Nouvelles-Hébrides, précise bien que ce retrait aura lieu immédiatement après l'approbation des règlements par les deux Gouvernements. M. Flourens est prêt à accorder sur ce point la satisfaction demandée, sauf à préciser également dans la même communication les conditions dans lesquelles l'approbation des deux Gouvernements devrait être considérée comme acquise et suffisante. || Enfin, à propos de l'article 4 du contre-projet français, Lord Iddesleigh a insisté pour que le Gouvernement français consente à ce que les règlements que les Commissaires doivent rédiger stipulent nettement, qu'aucune action indépendante et isolée ne devra avoir lieu, sauf en cas d'urgence qu'on ne devra avoir recours à la force que si les Commissaires le jugent à propos, que les troupes employées ne devront pas rester dans l'archipel plus longtemps que les Commissaires anglais et français le jugeront nécessaire. || Ce sont là des garanties que le Gouvernement français avait lui-même précédemment demandées au Secrétaire d'Etat pour les Affaires étrangères. Rien ne s'oppose donc à ce qu'il consente à donner, par voi de correspondance, au Gouvernement de la Reine les assurances réclamées par lui de ce chef. || Telles sont, Monsieur le Marquis, les observations que mon Gouvernement me charge de vous présenter. Elles témoignent de son désir d'arriver, selon les vues exprimées par le prédécesseur de Votre Excellence, au règlement des questions pendantes aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti et aux Nouvelles-Hébrides. Je serai reconnaissant à Votre Seigneurie de me faire savoir l'accueil qu'elles auront rencontré auprès du Gouvernement de la Reine.

Waddington.

---

Nr. 9627. **GROSSBRITANNIEN.** — Marquis v. Salisbury an den französischen Botschafter in London. — Weitere Modifikation des Vertrages. [44. Anhang.]

Foreign Office, May 19<sup>th</sup>, 1887.

Monsieur l'Ambassadeur, Her Majesty's Government have given their careful consideration to your Excellency's communication of the 4<sup>th</sup> instant, in which you propose further modifications of the Arrangement now under negotiation between the two Governments respecting the New Hebrides and the Islands to the leeward of Tahiti. || As regards article I<sup>er</sup>, I would begin by observing, that the Arrangement signed at Paris on the 14<sup>th</sup> of November 1885 was signed, subject to the approval of the British and French Governments, and that it was fully understood that the final approval of Her Majesty's Government could only be given on the acceptance of the Arrangement by the Legislature of Newfoundland. The words therefore used by the late Lord Iddesleigh in his letter to Your Excellency of the 26<sup>th</sup> of November last

Nr. 9626.  
Frankreich.  
4. Mai 1887.

Nr. 9627.  
Gross-  
britannien.  
19. Mai 1887.

Nr. 9627.  
Gross-  
britannien.  
19. Mai 1887.

accord, in the opinion of Her Majesty's Government, more strictly with the facts of the case, than those proposed in the French text, and Her Majesty's Government adhere therefore to their objection to the word "exécution" in article I, and would prefer to omit that article altogether. || As regards article II, Her Majesty's Government accept the substitution of the word "représentations" for "observations" and, as regards article VI, they will not press the amendments suggested in Lord Iddesleigh's letter of the 26<sup>th</sup> of November last. || If, as I trust, the omission of article I which I have suggested is accepted by your Government, the remaining articles being now settled, Her Majesty's Government will at once give directions for an Arrangement to be prepared in the terms agreed upon with a view to its signature, upon the receipt of the independent assurance, which Your Excellency informs me the French Government is ready to give, regarding the withdrawal of their posts from the New Hebrides.

Salisbury.

Nr. 9628. **FRANKREICH.** — Minister des Ausw. an den französischen Botschafter in London, Waddington. — Forderung der Einlösung des Versprechens Englands in Bezug auf den Suez-Kanal. [45.]

Paris, le 8 juin 1887.

Nr. 9628.  
Frankreich.  
8. Juni 1887.

Vous m'avez fait connaître, par votre dépêche du 23 mai, la réponse de Lord Salisbury aux dernières propositions que vous aviez été chargé de lui communiquer sur le projet d'arrangement concernant les Nouvelles-Hébrides. Il en résulte que l'entente peut être considérée comme établie sur tous les points, sauf sur l'article 1<sup>er</sup>, le principal Secrétaire d'Etat maintenant la rédaction adoptée par Lord Iddesleigh pour définir la valeur actuelle de la Convention de Terre-Neuve, et se refusant à déclarer que l'exécution seule en est suspendue. || Nous sommes toujours aussi désireux d'arriver à un prompt règlement de l'affaire des Nouvelles-Hébrides, et nous ne demandons qu'à voir disparaître les derniers obstacles qui peuvent encore le retarder. J'incline, d'ailleurs, à penser avec vous que, en présence de la situation nouvelle que nous crée, dans la question des pêcheries, la sanction donnée par le Gouvernement anglais au bill sur la vente de la boîte, nous n'avons plus les mêmes motifs que naguère d'insister pour le maintien de la rédaction proposée par nous pour l'article 1<sup>er</sup>. Il semble même qu'aujourd'hui notre intérêt doit nous dissuader de défendre la validité d'un arrangement qui pourrait avoir pour conséquence d'entraver, sans compensation, notre liberté d'action vis-à-vis des résidents anglais indûment établis sur le French shore. || Rien ne s'opposerait donc plus à ce que l'entente fût constatée entre nous et l'Angleterre dans les conditions qui vous ont été déjà indiquées, si l'accord intervenu, aux termes de votre lettre du 22 mars, entre les deux gouvernements pour la

négociation simultanée de la question des Nouvelles-Hébrides et de celle du Canal de Suez, ne nous mettait pas dans l'obligation d'attendre, pour faire une communication dans ce sens à Lord Salisbury, que, suivant les promesses réitérées qu'il nous a faites, le Gouvernement anglais nous donne enfin, sur le Canal de Suez, la réponse que nous attendons depuis près d'une année.

Flourens.

Nr. 9628.  
Frankreich.  
8. Juni 1887.

**Nr. 9629. GROSSBRITANNIEN.** — Marquis von Salisbury an den grossbritannischen Gesandten in Paris. — Nochmaliges Vertragsprojekt. [46.]

Foreign Office, octobre 21<sup>st</sup> 1887.

I inclose to you the draft of a Convention with respect to the New Hebrides, which is the result of the various communications and conversations that have passed upon the subject. The controversy has lasted longer than was anticipated and has created some disquietude in the minds of Her Majesty's subjects in Australia: and I hope, that by accepting the inclosed proposals the French Government may be able to bring it to a satisfactory termination. || In the year 1878, the Marquis d'Harcourt, then French Ambassador at this Court, verbally assured Lord Derby, that France entertained no intention of annexing the New Hebrides and received from Lord Derby a corresponding assurance in return. When in the beginning of last year two of the islands of this group were occupied by a small French force, a general apprehension was created, especially among the colonists of Australia and New-Zealand that a policy was in contemplation not consistent with the assurances the Marquis d'Harcourt had been instructed to convey. The French Government have, however, constantly assured us, in a categorical manner, that they entertained no projects of annexation, and that they were prepared to remove their troops as soon as sufficient security was given to them that the lives and properties of French settlers upon the islands would be protected from attacks by the natives. The provisions of the draft Convention which is inclosed seem well calculated to effect the objects which both Governments desire. But the acceptance of it by Her Majesty's Government must be entirely conditional on an undertaking by the French Government that the evacuation shall not be postponed beyond a fixed date. || The French Government are anxious, that this opportunity shall be taken to release them from an engagement entered into in 1847 to the effect that they would not assume the Protectorate of the island of Raiatea, near Tahiti. The desirability of acceding to this proposal under certain conditions, has for several years been admitted by Her Majesty's Government. In the autumn of 1880, it was proposed to make this concession simultaneously with a Convention which was being negotiated for the settlement of the disputed fishery questions in Newfoundland. In view of the

Nr. 9629.  
Gross-  
britannien.  
21. Oct. 1887.

Nr. 9629.  
Gross-  
britannien.  
21. Oct. 1857.

probability of this Convention being concluded, Lord Granville, in october 1880, consented "to a provisional French Protectorate over the island for a strictly limited time". The agreement for that purpose was renewed at the end of six months and, since then, has been renewed every six months up to the present time. || The Newfoundland Convention which was to have made the French Protectorate of Raiatea definitive was signed in october 1885; but it contained a provision, that it should not be ratified until it had been accepted by the Legislature of Newfoundland. Before its signature it had been submitted to that colony and in its ultimate form was not objected to by them. There was no ground to apprehend its final rejection. After its signature, however, an objection, which proved in the judgment of the colony fatal, was taken to an article in it which gave to the French fishermen liberty to purchase bait in the colonial waters: and during the present year a Bill has passed the Legislature of Newfoundland and has been approved which is directly at variance with the stipulation as to the purchase of bait, contained in the Convention. || The result of this failure upon Raiatea has been that, contrary to all expectation, the French Protectorate has never been made definitive. It does not however appear to Her Majesty's Government desirable or indeed practicable to remit to an aboriginal Administration an island which has been for seven years under French Government: and on this account as well as in view of the peculiar circumstances attending the failure of the Convention of 1885, they are willing to transfer the stipulation in question to the present Convention, subject of course to the undertakings given in a note verbale to Lord Lyons on the 24<sup>th</sup> october 1885.

---

**Nr. 9630. FRANKREICH-GROSSBRITANNIEN.** — Vertrag, betreffend die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln. [48.]

Nr. 9630.  
Frankreich-  
Gross-  
britannien.  
16. Nov. 1857.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, désirant abroger la Déclaration du 19 juin 1847 relative aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti et assurer, en même temps, pour l'avenir, la protection des personnes et des biens aux Nouvelles-Hébrides, sont convenus des articles suivants: || Article Premier. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847 relative au groupe des Îles-sous-le-Vent de Tahiti, aussitôt qu'aura mis à exécution l'accord ci-après formulé pour la protection, à l'avenir, des personnes et des biens aux Nouvelles-Hébrides, au moyen d'une Commission mixte. || Article 2. Une Commission navale mixte, composée d'officiers de marine appartenant aux stations française et anglaise du Pacifique, sera immédiatement constituée; elle sera chargée de maintenir l'ordre et de protéger les personnes et les biens des citoyens français et des sujets britanniques dans les Nouvelles-Hébrides. || Article 3. Une déclaration à cet effet sera signée par les deux Gouvernements. || Article 4.

Les règlements destinés à guider la Commission seront élaborés par les deux Gouvernements, approuvés par eux et transmis aux commandants français et anglais des bâtiments de la station navale du Pacifique, dans un délai qui n'excédera pas quatre mois à partir de la signature de la présente Convention, s'il n'est pas possible de le faire plus tôt. || Article 5. Dès que ces règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires français auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique procédera à l'abrogation de la Déclaration de 1847. Il est entendu que les assurances, relatives au commerce et aux condamnés, qui sont contenues dans la Note verbale du 24 octobre 1885, communiquée par M. de Freycinet à Lord Lyons, demeureront en pleine vigueur. || En foi de quoi, les soussignés dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets. || Fait en double, à Paris, le 16 novembre 1887.

Nr. 9630.  
Frankreich-  
Gross-  
britannien.  
16. Nov. 1887.

Signé: Flourens. Egerton.









UNIVERSITY OF FLORIDA



3 1262 08553 3312

327,08  
8005-  
+8

(st)

